

SAMMLUNG

der für die

österreichischen Universitäten

giltigen

Gesetze und Verordnungen

herausgegeben

im Auftrage und mit Benützung der amtlichen Quellen
des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht.

ZWEITER BAND

redigirt von

Friedrich Freiherrn von Schweickhardt

k. k. Ministerial-Concipist.



WIEN 1885.

K. K. SCHULBÜCHERVERLAG.

In Commission der

Manz'schen k. k. Hofverlags- und Universitäts-Buchhandlung.

SAMMUNG

der für die

österreichischen Universitäten

giltigen

Gesetze und Verordnungen

herausgegeben

im Auftrage und unter Benützung der amtlichen Quellen
des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht.

ZWEITER BAND

herausgegeben von

Friedrich Freiherrn von Schweickhardt

k. k. Hofrath und Ministerial-Consulent.



WIEN 1885.

K. K. SCHULBUCHVERLAG.

In Commission bei

Menz'schen k. k. Hofverlags- und Universitäts-Buchhandlung.

Vorwort.

Der vorliegende Band ist ursprünglich im Jahre 1883 als II. Supplementband zu der „Sammlung der für die österreichischen Universitäten giltigen Gesetze und Verordnungen“ erschienen. Er umfasst:

1. Sämmtliche seit Abschluss des I. Supplementbandes (August 1875) neu erschienenen, auf das österreichische Universitätswesen Bezug nehmenden Gesetze, Verordnungen und Erlässe normativen Charakters.

2. Eine Reihe von Erlässen früheren Datums, deren Aufnahme sich nachträglich als zweckentsprechend erwiesen hat; hierher gehören insbesondere die Geschäftsordnungen der akademischen Behörden und die Statuten für sämmtliche an den philosophischen Facultäten bestehende Seminarien.

Da nun mittlerweile von dem im Jahre 1870 erschienenen Hauptbande sowie von dem I. Supplementbande eine zweite, umgearbeitete Auflage von dem Unterfertigten in der Weise veranstaltet wurde, dass diese beiden Bände in einen zusammengezogen wurden, welcher sohin das ganze bis 1875 erschienene Gesetzesmaterial umfasst (siehe Vorwort zu der II. Auflage der Sammlung der für die österreichischen Universitäten giltigen

Gesetze, Wien 1885, k. k. Schulbücherverlag), so stellt sich der vorliegende Band dieser neuen Auflage gegenüber als II. Band des ganzen Werkes dar.

Es erschien daher angezeigt, ihn auch äusserlich als solchen zu bezeichnen, und wird derselbe hiermit als II. Band der „Sammlung der für die österreichischen Universitäten giltigen Gesetze u. s. w.“ neu herausgegeben.

Wien, im Januar 1885.

Der Herausgeber.

Inhalts-Übersicht

des II. Bandes.

A. Allgemeiner Theil.

Zum Abschnitte

I. Generelle Satzungen.

Lehrer- und Studirende gleichmässig betreffend.

	Seite
Unterabtheilung: Studienordnung	755
„ Bestimmungen über Collegiengelder	755
„ Anordnungen über die Unterrichtssprache	756
„ Verhältniss der österreichischen Universitäten zum Aus- lande	758

Zum Abschnitte

II. Rechte und Pflichten der Universitäts-Lehrer.

Unterabtheilung: a) Organisation der akademischen Behörden	761
„ b) Universitäts-Professoren	767
„ c) Privatdocenten, Assistenten, Adjuncten und Supplenten	774
„ d) Geschäftsordnungen der akademischen Behörden	786

Zum Abschnitte

III. Rechte und Pflichten der Universitätshörer.

Unterabtheilung: a) Aufnahme, Immatriculation, Inscription, Löschung der Collegien, Absolutorien und Abgangszeugnisse	889
„ b) Disciplinurvorschriften und Studentenverbindungen	893
„ c) Allgemeine Vorschriften über Stipendien und Stiftungen	898
„ d) Vorschriften über die Wehrpflicht der Univ.-Studirenden	907
„ e) Allgemeine Vorschriften über die Erwerbung des Doctorgrades	909

B. Besonderer Theil.

Zum Abschnitte

IV. Theologische Facultät.

Seite

Unterabtheilung: a)	Principielle Bestimmungen über die theologischen Studien und das Verhältniss derselben zur Staatsgewalt und zum Ordinariate	910
„ b)	Verhältnisse der theologischen Professoren	910
„ d)	Besondere Stipendienvorschriften für die theologische Facultät	911
„ f)	Evangelische theologische Facultät	913
„ g)	Griechisch-orientalisch-theologische Facultät	914

Zum Abschnitte

V. Rechts- und staatswissenschaftliche Facultät.

Unterabtheilung: a)	Juridische Studienordnung und Erläuterung derselben	936
„ b)	Specielle Anordnungen über die Unterrichtssprache an einigen juristischen Facultäten	940
„ c)	Besondere Stipendienvorschriften für die juristische Facultät	940
„ d)	Theoretische Staatsprüfungen	941
„ f)	Rechts- und staatswissenschaftliche Seminarien	950

Zum Abschnitte

VI. Medicinische Facultät.

Unterabtheilung: a)	Besondere Bestimmungen über das Lehrpersonale an den medicinischen Studien	968
„ b)	Vorschriften, welche sich auf alle oder doch auf mehrere Zweige der Heilkunde beziehen (mit Ausschluss des Stipendienwesens)	968
„ e)	Geburtshilfliches Studium	973
„ f)	Pharmaceutisches Studium	977
„ g)	Thierärztliches Studium	979

Zum Abschnitte

VII. Philosophische Facultät.

Unterabtheilung: a)	Philosophisches Facultätsstudium und Doctorat	986
„ c)	Wissenschaftliche Anstalten und Institute im Anschlusse an die philosophische Facultät	987
„ d)	Anhang, Universitäts-Bibliotheken	1059
Anhang (während der Drucklegung erschienene Verordnungen):		
Nachtrag		1068
Chronologischer Index		1075
Sachregister		1090

Sammlung

der für die

österreichischen Universitäten

giltigen

Gesetze und Verordnungen.

1. Band

W. K. Müller'sche Buchhandlung

Sammlung

Österreichischen Universitäten

Gesetze und Verordnungen

Zum Abschnitte

I. Generelle Satzungen,

Lehrer und Studirende gleichmässig betreffend

Unter-Abtheilung: Studienordnung.

3a) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
18. September 1875, Z. 12266,

an den Landespräsidenten der Bukowina,

betreffend die Eintheilung des Studienjahres an der k. k. Franz Josefs-Universität zu Czernowitz*).

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. August d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, dass an der Universität Czernowitz das Studienjahr aus zwei gleich langen Semestern, von denen das erste vom 1. October bis letzten Februar, das zweite aber vom 1. März bis 31. Juli zu dauern hat, zu bestehen habe, wodurch für die gedachte Universität eine theilweise Abänderung des §. 64 der mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 29. September 1850 genehmigten akademischen Studienordnung Platz greift.

Euer Hochwohlgeboren wollen gefälligst Fürsorge treffen, dass die academischen Behörden der Universität Czernowitz sofort nach ihrer Constituirung von dem Inhalte dieser Allerhöchsten Entschliessung in Kenntniss gesetzt werden.

Zum Abschnitte I

Unter-Abtheilung: Bestimmungen über Collegiengelder.

19c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
20. Jänner 1874, Z. 13210 ex 1873

an den akademischen Senat der Universität Krakau,

betreffend die Evidenzhaltung des Anmeldungstages der Collegien bei Studirenden, die um Befreiung vom Collegiengelde eingeschritten sind.

Auf die mit Bericht vom . . . gestellte Anfrage, in welcher Weise die Bestimmung des Ministerial-Erlasses vom 10. April 1857, Z. 6367**) betreffend die Evidenzhaltung des Anmeldungstages der

*) Das Gesetz vom 31. März 1875, R.-G.-Bl. Nr. 40, ist betreffend die Errichtung einer Universität in Czernowitz, aufgenommen im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub Nr. 20c.

**) Sub Nr. 12 im I. Bde. dieser Sammlung.

Collegien mit jener des Ministerial-Erlasses vom 30. April 1871, Z. 8825*) über die Anticipativ-Bezahlung der Collegiengelder in Einklang zu bringen sei, wird dem . . eröffnet, dass im Sinne des ersteren Erlasses bei der Unterschrift der Docenten im Meldungsbuche jedenfalls der Tag der Anmeldung des Collegiums beizusetzen ist, und dass es lediglich dem Docenten freisteht, neben diesem auch den Tag der Beisetzung ihrer Unterschrift anzumerken.

Zum Abschnitte I

Unter-Abtheilung: Anordnungen über die Unterrichtssprache.

**20d) Gesetz vom 28. Februar 1882,
betreffend die k. k. Karl Ferdinands-Universität in Prag.**

R.-G.-Bl. 1882, Stück VIII Nr. 24.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1. Vom Beginne des Wintersemesters 1882/1883 an werden in Prag zwei Universitäten bestehen, nämlich die „k. k. deutsche Karl Ferdinands-Universität“ und die „k. k. böhmische Karl Ferdinands-Universität.“

An der deutschen Universität ist die deutsche Sprache, an der böhmischen die böhmische die ausschliessliche Unterrichtssprache. Der Gebrauch der lateinischen Sprache bleibt jedoch im üblichen Umfange aufrecht.

Die beiden Universitäten sind räumlich gesondert und haben getrennte Organisation und Verwaltung.

§. 2. Ein Professor oder Privatdocent kann nur einer der beiden Universitäten angehören.

Ein Studirender darf nur an einer der beiden Universitäten immatriculirt sein; doch kann er auch an der anderen Universität als ausserordentlicher Hörer Vorlesungen besuchen, wenn er mindestens die Hälfte der Stundenzahl an jener Universität hört, an welcher er immatriculirt ist. Die an der anderen Universität angenommenen Vorlesungen sind ihm so anzurechnen, als ob er sie an jener Universität frequentirt hätte, an welcher er immatriculirt ist.

§. 3. Das der Prager Karl Ferdinands-Universität oder einzelnen Facultäten derselben derzeit gehörige Vermögen ist als ein gemeinschaftliches Vermögen der beiden Universitäten, beziehungsweise der betreffenden Facultäten, anzusehen.

Rücksichtlich der Stiftungen, deren Verwaltung, Verleihung oder Präsentation dem akademischen Senate, dem Rector oder einzelnen

*) Sub Ia Nr. 19b im I. Supl.-Bde. dieser Sammlung.

Professorencollegien zukommt, sind beide Universitäten gleichberechtigt, insoweit in den betreffenden Stiftungsurkunden keine einschränkenden Bestimmungen enthalten sind.

Die näheren Modalitäten der Ausübung der den beiden Universitäten in Zukunft gemeinschaftlich zustehenden Rechte in Ansehung der Verwaltung, Verleihung und Präsentation solcher Stiftungen werden nach Einvernehmung beider Universitäten vom Unterrichtsminister festgesetzt.

§. 4. Die an der Karl Ferdinands-Universität bestehenden wissenschaftlichen Anstalten, Sammlungen und Institute sind jenen Lehrkanzeln zu belassen, mit welchen sie derzeit verbunden sind, wovon der botanische Garten und jene Kliniken ausgenommen sind, welche für die deutsche medicinische Facultät nicht nothwendig sind, dagegen zur Activirung der medicinischen Facultät der böhmischen Universität benöthigt werden.

Die Beziehungen der klinischen und anatomischen Institute zu den Heilanstalten sind nach dem Grundsatz des gleichen Anspruches beider Universitäten zu regeln.

§. 5. Die vorstehenden Bestimmungen des Gesetzes sind nach Massgabe der Activirung der Facultäten der böhmischen Universität durchzuführen.

§. 6. Der Minister für Cultus und Unterricht ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

20e) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 5. Mai 1879, Z. 6275*),

an das Rectorat der Universität in Lemberg,

betreffend die Prüfungs- und Amtssprache an der Lemberger Universität.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. April d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, dass die polnische Sprache in der Art und Weise und der Ausdehnung, in welcher dieselbe durch die Verordnung vom 5. Juni 1869, Landesgesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1869 Nr. 24, bei den im §. 1 bis 3 dieser Verordnung angeführten Behörden und Aemtern eingeführt worden ist, auch als Geschäftssprache der akademischen Behörden der Lemberger Universität zu gelten hat.

Weiters haben Seine k. und k. Apostolische Majestät allergnädigst anzuordnen geruht, dass als Prüfungssprache bei den strengen Prüfungen an den weltlichen Facultäten die polnische Sprache angesehen werde, mit alleiniger Ausnahme der Prüfung aus dem deutschen Rechte, welche, insolange dieses Recht noch in der deutschen Sprache vorgetragen wird, auch in dieser Sprache vorzunehmen ist.

*) Vergl. den Min.-Erl. vom 4. Mai 1871, Z. 4034 (im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub Ia Nr. 20a).

Zugleich bleibt jedoch den Candidaten der strengen Prüfungen gestattet, vorausgesetzt, dass die nach den Bestimmungen der Rigorosen-Ordnung zur Theilnahme an dieser Prüfung berufenen Professoren der betreffenden Sprache mächtig sind, die Prüfung auch in der deutschen oder ruthenischen Sprache abzulegen.

Hiervon setze ich das Rectorat zur weiteren Veranlassung mit dem Beifügen in Kenntniss, dass die Handkataloge und Colloquien-Zeugnissblankette, welche zum Gebrauche der nicht in polnischer Sprache vortragenden Professoren bestimmt sind, in der bezüglichen Sprache auszufertigen sind, und das den anher vorzulegenden Sitzungsprotokollen der akademischen Behörden stets eine deutsche Uebersetzung beizulegen ist.

20f) Auszug aus dem Erlasse des Ministers für Cultus und Unterricht vom 3. April 1882, Z. 5204*),

an 1. den Statthalter für Galizien, 2. das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Lemberg,

betreffend die Vortragssprache an der Universität Lemberg.

Was . . . den Fortbestand der ruthenischen Lehrkanzeln (an der Lemberger Universität) betrifft, so bemerke ich, dass . . . nach der gegenwärtigen Einrichtung der Lemberger Universität alle Professoren in der Regel zur Abhaltung der ihnen obliegenden Vorlesungen in der polnischen Sprache verbunden sind, wovon nur in jenen Fällen eine Ausnahme einzutreten hat, wo durch die Regierung, unbeschadet des für jeden Candidaten geltenden Erfordernisses der vollkommenen Kenntniss einer der beiden Landessprachen eine anderweitige Bestimmung getroffen wird, oder bereits früher getroffen wurde, wie dies eben in Ansehung der in Frage stehenden, für den Vortrag in ruthenischer Sprache bestehenden Lehrkanzeln der Fall ist.

Zum Abschnitte I

Unter-Abtheilung: Verhältnisse der österreichischen Universitäten zum Auslande.

26b) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 31. März 1881, Z. 2909,

an das Decanat der medicinischen Facultät der Universität Prag, womit die Bestimmungen des §. II der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850 über die Bedingungen der Immatriculation von Ausländern an einer österreichischen Universität erläutert werden.

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

In Erledigung des Berichtes vom . . . finde ich dem Antrage des Professoren-Collegiums auf ausnahmsweise Zulassung des Studirenden

*) Der vorstehende Erlass interpretirt die Bestimmungen des Min.-Erl. vom 14. Mai 1871, Z. 4034 (im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub Ia Nr. 20a).

der Medicin N. N. zu den medicinischen Rigorosen an der Universität Prag keine Folge zu geben.

Hierzu bestimmt mich die Erwägung, dass die Aufnahme des N. N. als ordentlicher Studirender im Sinne der bestehenden Vorschriften nicht hätte stattfinden sollen, da im §. 11 der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850*) zwar die Beurtheilung, ob ein Ausländer, welcher die Aufnahme als ordentlicher Studirender an einer österreichischen Universität anstrebt, die erforderliche Vorbildung besitze, dem immatriculirenden Decan überlassen, diese Immatriculation jedoch zugleich an die ganz bestimmte Voraussetzung geknüpft ist, dass der betreffende Studirende im Allgemeinen denjenigen Grad von Vorbildung besitzt, welcher von den österreichischen Studirenden bei ihrer Immatriculation gefordert wird.

Durch die gedachte Bestimmung der Studienordnung wurde hiernach keineswegs die subjective Anschauung des Decans über die individuelle Reife des einzelnen Candidaten für massgebend erklärt, sondern es wurde vielmehr offenbar mit Rücksicht darauf, dass die Verschiedenheit der Studieneinrichtungen in den einzelnen Staaten die Feststellung einer allgemeinen Regel diesfalls nicht zulässig erscheinen lässt — zunächst der Beurtheilung des Decans anheimgegeben, ob die von den Studirenden beigebrachten Zeugnisse auswärtiger Anstalten dasjenige Mass von Vorbildung garantiren, welches von den einheimischen Studirenden als Vorbedingung der Immatriculation gefordert wird, ob mithin diese Zeugnisse nach der Einrichtung der betreffenden Lehranstalt als dem Maturitätszeugnisse eines österreichischen Gymnasiums gleichwerthig angesehen werden können oder nicht.

Es wird nun allerdings im §. 11 l. c. das Abgangszeugniss einer auswärtigen Universität als für die Immatriculation zureichend erklärt, allein es ist schon in dem h. o. Erlasse vom 25. März 1870, Z. 1974**) darauf hingewiesen worden, dass ein solches Zeugniss nicht unbedingt die Immatriculation ermögliche, sondern nur dann, wenn es „als genügend“ anzusehen sei. Dieses wird aber dann nicht der Fall sein, wenn an der betreffenden auswärtigen Universität bezüglich der Aufnahme von ordentlichen Studirenden im Wesentlichen andere Grundsätze befolgt werden, als welche hier in Kraft stehen, insbesondere also, wenn daselbst der Nachweis einer Maturitätsprüfung nicht gefordert wird, wobei allerdings nicht ausgeschlossen ist, dass unter besonderen Umständen auch in solchen Fällen die ausnahmsweise Zulassung der Immatriculation mit h. o. Zustimmung stattfindet.

Regelmässig sind jedoch in Hinkunft nur solche Ausländer als ordentliche Studirende aufzunehmen, welche ein Maturitätszeugniss oder ein diesem gleichwerthiges Document vorzuweisen vermögen.

*) Sub I Nr. 1 im I. Bd. dieser Sammlung.

**) Der cit. Min.-Erl., welcher sich auf den Vorgang bei der Immatriculation von Inländern, die bisher an einer ausländischen Universität studirt haben, bezieht, ist abgedruckt im I. Bd. dieser Sammlung sub Nr. 448.

Anmerkung. Analoge Erlässe ergingen aus Anlass specieller Fälle auch an andere Decanate, so der Min.-Erl. v. 15. Juni 1881, Z. 8301 an das Decanat der medicinischen Facultät Krakau und der Min.-Erl. vom 28. Juni 1881, Z. 9053 an jenes der medicinischen Facultät Innsbruck. Auch in dem an das Decanat der medicinischen Facultät in Wien gerichteten Min.-Erl. vom 7. December 1878, Z. 18509 wird der gleiche Grundsatz ausgesprochen, und weiters über die vom Professoren-Collegium angeregte Frage, ob es nicht zulässig sei, Ausländer, welche die genügende Vorbildung nicht nachzuweisen vermögen, mit der Beschränkung zu immatriculiren, dass denselben die Ablegung der Rigorosen nicht gestattet wird, Folgendes verfügt: Was die Frage der Zulassung zu der Rigorosen anlangt, so ist in der medicinischen Rigorosen-Ordnung vom 15. April 1872 (Suppl.-Bd. I, III e, Nr. 172a dieser Sammlung) eine Beschränkung rücksichtlich der Zulassung der ordnungsmässig aufgenommenen ordentlichen Studirenden zu den strengen Prüfungen nicht ausgesprochen, und kann insbesondere aus dem §. 2 Absatz 2 dieser Rigorosen-Ordnung, wonach behufs dieser Zulassung auch die Zeugnisse, auf deren Grundlage die Immatriculation stattgefunden hat, vorzulegen sind, nicht abgeleitet werden, da diese Bestimmung offenbar nur den Zweck hat, die Ueberprüfung zu ermöglichen, ob bei der Immatriculation im Einklange mit den bestehenden Vorschriften vorgegangen wurde. Hier-nach sind alle diejenigen, welche die vorgeschriebene Studienzeit als ordentliche Studirende zurückgelegt, und die sonstigen in der Rigorosen-Ordnung vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben, vorausgesetzt, dass bei der Immatriculation ordnungsmässig vorgegangen wurde, anstandslos zu den strengen Prüfungen zuzulassen. Es erscheint demnach auch nicht zulässig, bei der Aufnahme eines ordentlichen Studirenden einen beschränkenden Zusatz rücksichtlich der Zulassung zu den Rigorosen auszusprechen.

Zum Abschnitte

II. Rechte und Pflichten der Universitäts-Lehrer.

Unter-Abtheilung a: Organisation der akademischen Behörden.

56e) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom
24. October 1875, Z. 17140,

betreffend die Bezüge und Stellung des Kanzleipersonales der österreichischen
Universitäten.

Auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 23. October 1875
finde ich anzuordnen wie folgt:

§. 1. Die Kanzlei- und Quästursgeschäfte an den österreichischen
Universitäten werden von Kanzleidirectoren, Universitäts-Secretären,
Quästoren, Officialen und Kanzlisten besorgt.

§. 2. Die Kanzleidirectoren stehen in der VIII., die Universitäts-
Secretäre und die Quästoren in der IX, die Officialen in der X., die
Kanzlisten in der XI. Rangscasse und geniessen die diesen Rangscassen
entsprechenden Bezüge.

§. 3. An der Universität Wien besteht der Status der Kanzlei-
beamten aus: 1 Kanzleidirector, 1 Official und 1 Kanzlisten. Rück-
sichtlich der Quästur verbleibt es bei der in Folge der Allerhöchsten
Entschliessung vom 20. August 1872 (Ministerial-Erlass vom 28 August
1872, Z. 10417*) durchgeführten Systemisirung.

Der Status der Kanzleibeamten in Prag besteht aus 1 Kanzlei-
director, 1 Quästor, 1 Official und 1 Kanzlisten.

An den Universitäten Innsbruck, Graz, Krakau und Lemberg be-
steht das Kanzleipersonale aus 1 Universitäts-Secretär, 1 Official und
1 Kanzlisten, an der Universität Czernowitz aus 1 Universitäts-Secretär
und 1 Kanzlisten.

Ausserdem ist in Wien, Krakau und Lemberg je 1 ständiger
Diurnist zu verwenden, und kann auch an den anderen Universitäten
bei eintretendem Mehrbedarf an Arbeitskräften eine ausnahmsweise Auf-
nahme von Diurnisten für das Schreibgeschäft stattfinden.

Eigene Quästoren bestehen nur an den Universitäten Wien und
Prag; an den übrigen Universitäten werden die Quästorsgeschäfte vom
Official oder Kanzlisten besorgt.

§. 4. Die Kanzleidirectoren und Universitäts-Secretäre werden
auf Vorschlag des akademischen Senates vom Minister für Cultus und
Unterricht ernannt.

Die Ernennung der übrigen Kanzleibeamten steht dem akademischen
Senate gegen die einzuholende Bestätigung des Landeschefs zu.

*) Aufgenommen sub IIa, Nr. 56, 1 im vorliegenden Suppl.-Bde. dieser
Sammlung.

§. 5. Die Disciplinargewalt über die Beamten der Universitätskanzlei wird in erster Instanz vom Rector und akademischen Senate nach Massgabe der Bestimmungen über die Disciplinarbehandlung der landesfürstlichen und der denselben gleichgestellten Beamten und Diener ausgeübt.

§. 6. Zur Erlangung der Stelle eines Kanzleidirectors oder Universitäts-Secretärs ist der Nachweis der absolvirten juristischen Studien und der mit Erfolg abgelegten, theoretischen Staatsprüfungen erforderlich.

Zur Erlangung der übrigen Beamtenstellen genügt der Nachweis der absolvirten Gymnasialstudien; der mit den Quästurgeschäften zu betrauende Beamte hat sich über die abgelegte Staatsprüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft auszuweisen.

Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen können nur vom Minister für Cultus und Unterricht zugelassen werden.

§. 7. Die von einzelnen Beamten der Universitätskanzlei anlässlich von Promotionen u. s. w. bisher genossenen Taxbezüge werden durch die gegenwärtige Verordnung nicht berührt; dagegen haben die bisher gewährten regelmässigen Remunerationen, wie namentlich jene für die Besorgung der Quästurgeschäfte zu entfallen, insoferne sie nicht als Honorar für specielle, nicht zu den regelmässigen Verpflichtungen des betreffenden Beamten gehörige Leistungen (Gebäude-Inspection u. s. w.) anzusehen sind.

§. 8. Die mit den Quästurgeschäften zu betrauenden Beamten haben eine Caution zu erlegen, deren Höhe vom Landeschef festgestellt wird.*)

§. 9. Diese Verordnung tritt mit 1 Jänner 1876 in Wirksamkeit.

56f) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 14. Juli 1878, Z. 11263,

an die Rectorate sämmtlicher Universitäten,

**betreffend den Vorgang bei der Wahl der Mitglieder des akademischen
Senates und der Wahlmänner für die Rectorswahl.**

In dem Gesetze vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63**), betreffend die Organisation der akademischen Behörden, ist eine ausdrückliche Bestimmung über den Vorgang, welcher bei der Wahl der Mitglieder des akademischen Senats, sowie der Wahlmänner für die Rectorswahl (§§. 9 und 10 des Gesetzes) zu beobachten ist, nicht enthalten, und es sind daher in dieser Beziehung wiederholt Zweifel entstanden und Anfragen anher gerichtet worden.

Ich finde mich demnach bestimmt, um weiteren Zweifeln und Schwierigkeiten in dieser Richtung zu begegnen und einen gleich-

*) Durch diese Verordnung ist insbesondere das Hofkammerdecret vom 11. Mai 1815, Z. 13747 (sub IIa Nr. 30 im I. Bde. dieser Sammlung) ausser Kraft getreten.

**) Aufgenommen sub IIa, Nr. 56b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

förmigen Vorgang an allen Universitäten zu erzielen, Nachfolgendes auszusprechen:

Da in dem gedachten Gesetze der Vorgang bei zwei der wichtigsten akademischen Wahlen, nämlich bei der Decanatswahl (§. 7) und bei der Rectorswahl (§. 10) ausdrücklich und eingehend normirt und kein Grund ersichtlich ist, warum für die Eingangs bezeichneten Wahlen andere Vorschriften gelten sollten, so haben die eben gedachten Bestimmungen auch auf die Wahlen der Mitglieder des akademischen Senates, sowie der Wahlmänner für die Rectorswahl sinngemässe Anwendung zu finden.

Hiernach wird aber, bei dem Umstande, als die eventuell vorzunehmende engere Wahl bei einem cumulativen Wahllacte nicht entsprechende Anwendung finden kann, und jedenfalls nähere Bestimmung erheischen würde, die Wahl der Wahlmänner für die Rectorswahl in Zukunft nicht mehr in einem Wahllacte, sondern wie dieses auch schon bisher bisweilen geschehen ist, seitens jedes Professoren-Collegiums in vier abgesonderten Wahllacten vorzunehmen sein.

In dem Falle, als die engere Wahl eines Mitgliedes des akademischen Senates oder eines Wahlmannes für die Rectorswahl zu keinem Resultate führt, ist nicht die Analogie der Decanswahl, sondern jene der Rectorswahl (§. 10) als massgebend anzusehen und daher zwischen den in die engere Wahl Einbezogenen durch das Los zu entscheiden.

Von dem Inhalte dieses Erlasses wolle das Rectorat die Professoren-Collegien verständigen.

56g) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 15. Juli 1878, Z. 9968,

an alle Rectorate der österreichischen Universitäten,

betreffend die Ersatzwahlen für den akademischen Senat.

Aus Anlass eines speciellen Falles finde ich in Erläuterung des §. 9 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63*), betreffend die Organisation der akademischen Behörden, auszusprechen, dass im Falle ein von dem Professoren-Collegium gewähltes Mitglied des akademischen Senats aus dieser Function vor Ablauf der dreijährigen Wahlperiode ausscheidet, die hiedurch erforderliche Neuwahl nicht für 3 Jahre, sondern stets nur für den Rest der durch die dreijährige Wahlperiode bestimmten Functionsdauer der übrigen gewählten Mitglieder des akademischen Senats vorzunehmen ist.

*) Aufgenommen sub IIa, Nr. 56b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

56h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
28. December 1880, Z. 19232,

an die akademischen Senate sämtlicher Universitäten,
betreffend die Bestimmung des Prorectors oder Prodecanes in den Fällen,
wo der Rector oder Decan des letztverflossenen Studienjahres an der Ueber-
nahme oder Fortführung dieser Function dauernd gehindert ist.*)

Mit Rücksicht auf eine an einzelnen Universitäten wahrgenommene verschiedene Praxis, eröffne ich dem Rectorate, dass im Sinne des Gesetzes vom 27. April 1873 R.-G.-Bl. Nr. 63**), betreffend die Organisation der akademischen Behörden, der Prorector oder Prodecan niemals durch Wahl zu bestimmen ist, vielmehr in dem Falle, als der Rector oder Decan des letztverflossenen Studienjahres an der Uebernahme oder Fortführung des Prorectorates, beziehungsweise Prodecanats aus irgend einem Grunde dauernd gehindert erscheint, in analoger Anwendung des §. 9 des citirten Gesetzes der nächstletzte Rector oder Decan sich der Führung des Prorectorates, respective Prodecanates so lange zu unterziehen hat, bis er in dieser Function durch den nächsten abtretenden Rector, rücksichtlich Decan abgelöst wird.

Hievon wolle das Rectorat dem akademischen Senate, sowie den einzelnen Professoren-Collegien Mittheilung machen.

56i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
3. Februar 1881, Z. 1406

an das Rectorat der Universität Czernowitz
womit der Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 28. Decem-
ber 1880, Z. 19232 erläutert wird***).

Mit dem Berichte vom hat das Rectorat zu meiner Kenntniss gebracht, dass nach Ansicht des akademischen Senates der h. o. Erlass vom 28. December 1880, Z. 19232, betreffend die Bestimmung des Prorectors und Prodecanes in den Fällen, wo der Rector oder Decan des letztverflossenen Studienjahres an der Uebernahme oder Fortführung dieser Function dauernd gehindert ist, mit dem §. 13 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 nicht im Einklange stehe.

Diese Ansicht erscheint jedoch in keiner Weise zutreffend. §. 13 l. c. hat offenbar in erster Reihe die Tendenz, die Vertretung des Rectors und des Decans in der Erfüllung ihrer bezüglichen Functionen

*) Eine analoge Bestimmung enthielt der Min.-Erl. vom 9. Februar 1850, Z. 803 (sub Nr. 36 im I. Bd. dieser Sammlung).

**) Aufgenommen sub IIa Nr. 56b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

*** In gleichem Sinne wurde der Min.-Erl. vom 28. December 1880, Z. 19232 (aufgenommen sub IIa, 56h im vorliegenden Suppl.-Bde.) auch in dem an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Lemberg gerichteten Min.-Erl. vom 9. Februar 1881, Z. 1798 erläutert.

zu regeln; der erste Absatz dieses Paragraphs bestimmt diesfalls, wer zur Vertretung des Rectors und Decans im Falle ihrer Verhinderung überhaupt berufen ist; der zweite Absatz enthält die Norm für den Fall, dass diese Verhinderung eine dauernde ist.

Dass nun dieser zweite Absatz lediglich den Rector und den Decan im Auge hat, respective dass nur diese unter der dort gebrauchten Bezeichnung: „akademische Würdenträger“ zu verstehen sind, der Prorector und Prodecan aber hierunter nicht begriffen werden können, ergibt sich ganz zweifellos aus dem daselbst gebrauchten Ausdrucke „Neuwahl“, da von einer „Neuwahl“ zu den Functionen des Prorectors oder Prodecans offenbar nicht die Rede sein kann.

Es ergibt sich dieses aber weiters auch aus dem Wesen der Institution. Der Prorector und der Prodecan ist in Folge der früheren Bekleidung des Rectorates, beziehungsweise Decanates ex lege zur Vertretung des Rectors, respective Decanes berufen; es ist ihnen — bekanntlich in analoger Nachbildung einer Einrichtung des altrömischen Staatsrechtes — die Amtsgewalt zu dem gedachten Ende und in dem entsprechenden Umfange kraft gesetzlicher Bestimmung verlängert, prorogirt. Als Prorector oder Prodecan im Sinne des Gesetzes kann daher nicht etwa zunächst der Vertreter des Rectors oder Decans, sondern nur derjenige betrachtet werden, dessen Amtsgewalt in der bezeichneten Weise über die eigentliche Amtsdauer in Folge gesetzlicher Bestimmung erstreckt ist. Es kann somit von einer Bestimmung dieser Functionäre durch Wahl in keinem Falle die Rede sein, was auch noch darin seine Bestätigung findet, dass in dem Gesetze jede, sonst nicht zu entbehrende, Bestimmung über die Vornahme der Wahl eines Prorectors oder Prodecans völlig mangelt.

Die getroffene Massregel erscheint aber auch als zweckmässig, weil sie dem für die Zusammensetzung des akademischen Senates massgebenden Gedanken, die akademischen Functionäre längere Zeit im Amte, respective diesem geschäftskundige Theilnehmer zu erhalten, am meisten entspricht.

56k) Erlass des leitenden Ministers für Cultus und Unterricht vom 8. Februar 1880, Z. 1724,

an alle Universitäts-Rectorate,

betreffend den Vorgang bei der Wahl der Vertreter der Privatdocenten im Professoren-Collegium.

Zur Regelung des Vorganges bei der in Gemässheit des §. 5 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63*), betreffend die Organisation der akademischen Behörden, vorzunehmenden Wahl der Vertreter der Privatdocenten im Professoren-Collegium, finde ich anzuordnen, dass diese Wahl in dem zunächst hiefür anberaumten Termine

*) Aufgenommen sub IIa, Nr. 56b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

nur dann mit Giltigkeit vorgenommen werden kann, wenn zu derselben die Majorität der an der Facultät habilitirten stimmberechtigten Privatdocenten erschienen ist.

Erst in dem Falle, als zu diesem Wahllacte ungeachtet der nachgewiesenen ordnungsmässigen Einladung die Majorität der Privatdocenten sich nicht einfinden sollte, ist die Wahl in einem zweiten Termine von den erscheinenden Privatdocenten ohne Rücksicht auf deren Anzahl vorzunehmen. Die Privatdocenten sind jedoch zu diesem neuerlichen Wahllacte mit dem ausdrücklichen Beisatze einzuladen, dass bei demselben die Wahl unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erscheinenden vorgenommen werden würde.

Hiernach wolle das Rectorat das Weitere veranlassen.

561) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 3. Juni 1877, Z. 10802,

womit die nachfolgende

Instruction

in Betreff der Inventarisirung der Lehrmittelsammlungen an den philosophischen und medicinischen Facultäten erlassen wird:

§. 1. Die an den Universitäten bestehenden Lehrmittelsammlungen sind zu inventarisiren.

Die Inventarisirung ist von dem, die unmittelbare Aufsicht über die betreffende Sammlung führenden Fachprofessor zu übernehmen.

§. 2. Gegenstände der Inventarisirung sind alle zur Aufbewahrung geeigneten naturhistorischen Objecte, natürliche und künstliche Präparate, plastische Lehrmittel, Modelle, Sammlungen der historischen Hilfswissenschaften, numismatische, sphragistische Sammlungen, Instrumente, Apparate, Zeichnungen, Karten, Tabellen, Einrichtungsstücke, diverse Hilfsgegenstände zoologischer und botanischer Institute etc.

Nur Gegenstände, welche zum täglichen Gebrauche und Verbrauche dienen, z. B. Chemikalien, ordinäre Geräthschaften etc. sind nicht zu inventarisiren. Gefässe, welche durch ihre eigenthümliche Beschaffenheit oder durch ihre grosse Zahl einen Werth repräsentiren, sind summarisch anzuführen.

§. 3. Die Inventarien sind in zwei Parien auszufertigen. Von diesen ist ein Pare im Archive der betreffenden Lehrmittelsammlung zu hinterlegen. Die zur Controle des Inventars dienenden Acten, wie Dotationsanweisung, Jahresrechnung, Kauf- und Geschenks-Journale u. s. w., sowie die Fachkataloge sind ebendasselbst aufzubewahren.

Ein zweites Pare mit dem Visum des Decanes der betreffenden Facultät ist der Landesstelle vorzulegen.

§. 4. Am Schlusse eines jeden Solarjahres ist ein Nachtragsinventar über die im Laufe des Jahres eingetretenen Veränderungen zu verfassen, welches sich rücksichtlich der Form an das Hauptinventar anzuschliessen hat, und von welchem ein Pare ebenfalls der Landes-

stelle vorzulegen ist, während das zweite bei der betreffenden Sammlung zu verbleiben hat. Objecte, welche, wie z. B. Drogen, von Zeit zu Zeit erneuert werden müssen, sind in das Nachtragsinventar jenes Jahres, in welchem die Nachschaffung erfolgte, mit der ursprünglichen Inventarsnummer und der Bemerkung „Ersatz“ versehen, ferner mit der Angabe der Acquisitionsart, eventuell Preisbezeichnung, einzustellen.

Allfällige Abgänge sind in einer besonderen Rubrik ersichtlich zu machen.

§. 5. Von 5 zu 5 Jahren hat der betreffende Fachprofessor eine inventarmässige Revision der ganzen Sammlung vorzunehmen und hierüber im Wege des Decanates einen Bericht an die Landesstelle zu erstatten.

§. 6. Die Inventarien sind mit fortlaufender Nummer zu führen, welche auf den Stücken, wo es thunlich ist, deutlich ersichtlich zu machen ist. Ferner haben diese Inventarien die Gattung und Zahl der Stücke, die Zeit und Art der Erwerbung, bei Schenkungen den beiläufigen Werth, bei Kaufsgegenständen den Preis und den Hinweis auf den betreffenden Acquisitionsposten in der Jahresrechnung zu enthalten.

§. 7. Die Inventarien sind möglichst übersichtlich und fachgemäss anzulegen.

Umfasst eine Sammlung Lehrmittel diverser Art, z. B. Präparate, Instrumente, Bücher etc., so kann das Hauptinventar aus Theilinventaren zusammengesetzt sein, deren jedes die Gegenstände derselben Art umfasst, mit laufender Nummer zu führen ist und in allem Uebrigen den Bestimmungen der Paragraphe 1 bis 6 unterliegt.

§. 8. Der betreffende Fachprofessor ist für die entsprechende Aufbewahrung und Erhaltung der seiner Obsorge anvertrauten Lehrmittel verantwortlich und haftet für jeden durch sein Verschulden veranlassten Schaden.

§. 9. Die Anlage wissenschaftlicher Kataloge bleibt dem Leiter der Sammlung überlassen, doch müssen die Inventarsnummern auf den Sammlungsgegenständen verbleiben.

§. 10. Im Falle eines Wechsels in der Person des die Aufsicht über eine Sammlung führenden Fachprofessors sei es, dass derselbe austritt oder mit Tod abgeht, hat der Facultätsdecan zum Zwecke der protokollarischen Uebergabe, beziehungsweise Uebernahme der Sammlung die Delegirung eines Beamten des Rechnungs-Departements der Landesstelle in Anspruch zu nehmen.

Der Decan hat das Inventar nach der letzten, vom früheren Vorstande gemachten Eintragung durch sein Visum abzuschliessen und die Existenz und Zahl der vorhandenen Inventarsfascikel im Protokolle anzugeben.

§. 11. Die von einem interimistischen Leiter einer Sammlung in was immer für einer Weise acquirirten Gegenstände sind in das Inventar der supplirten Lehrkanzel nach den angegebenen Bestimmungen einzutragen.

§. 12. Sollte sich bei dem Ableben eines Professors ein Abgang in der ihm anvertrauten Sammlung ergeben, so hat der Facultätsdecan

an die Landesstelle zu berichten, welche sodann im geeigneten Wege aus dem Vermögen des Verstorbenen die gebührende Entschädigung hereinzubringen hat. Finden sich im Inventar (§. 6) Gegenstände bezeichnet, über deren Acquisition kein Nachweis vorliegt, so hat der Decan von den Lieferanten oder den Erben des Professors die Einlieferung der Rechnungen zu veranlassen und hierüber der Landesstelle zu berichten.

§. 13. Der Decan der betreffenden Facultät hat jedem Vorstande einer Sammlung diese Instruction amtlich bekannt zu geben.

56m) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 28. August 1872, Z. 1047,

an 1. das Universitäts-Consistorium in Wien, 2. den Statthalter für Nieder-
österreich,

betreffend die Organisirung des Beamten- und Besoldungsstatus der Wiener Universitäts-Quästur.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. August d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, dass der Beamten- und Besoldungsstatus der Wiener Universitäts-Quästur definitiv organisirt und in nachstehender Weise gegliedert werde:

1. Ein Quästor mit Eintausend zweihundert (1200) Gulden Jahresgehalt und 250 Gulden Quartiergeld und dem Range nach der IX. Rangklasse.

2. Ein Quästurs-Controllor mit Eintausend (1000) Gulden Jahresgehalt und 200 Gulden Quartiergeld und dem Range nach der X. Rangklasse.

3. Ein erster Quästurs-Official mit Achthundert (800) Gulden Gehalt und 150 fl. Quartiergeld und dem Range nach der XI. Diätenklasse.

4. Ein zweiter Quästurs-Official mit Sechshundert (600) Gulden Jahresgehalt und 150 fl. Quartiergeld und dem Range nach der XI. Diätenklasse und

5. Ein Quästursdiener mit Vierhundert (400) Gulden Jahresgehalt und einer Naturalwohnung oder 100 fl. Quartiergeld und einer Dienstkleidung.

Zum Abschnitte II

Unter-Abtheilung b: Universitäts-Professoren.

90n) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 19. November 1881, Z. 16888,

an alle Landesschulbehörden,

betreffend die Berechnung des Probetrienniums an Staats-Lehranstalten.

Aus Anlass einer von einer k. k. Landesschulbehörde gestellten Anfrage, welche Wirkung die Militärdienstleistung eines Mittelschullehrers

zur Erfüllung der gesetzlichen Präsenzdienstpflcht auf die Berechnung des Probetrienniums ausübe, finde ich der k. k. Landesschulbehörde zur weiteren Darnachachtung zu eröffnen, dass es im Geiste und Zwecke des Institutes des Probetrienniums an Staats-Lehranstalten (Studienhofcommissions-Decret vom 16. September 1826, Z. 4412) gelegen ist, dass der Probendienst in dem bestimmten Staatslehramte effectiv drei Jahre zu dauern hat, und dass daher die in irgend einem anderen Dienstzweige verbrachte Zeit in das Probetriennium nicht eingerechnet werden kann.*)

900) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
14. Jänner 1879, Z. 18262 ex 1878,

an das Decanat der philosophischen Facultät Wien,

betreffend die akademische Stellung der mit Titel und Charakter eines ordentlichen beziehungsweise ausserordentlichen Professors ausgezeichneten ausserordentlichen Professoren und Privatdocenten.

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

Die in den Berichten vom 13. November und 18. December v. J., Z. 630 gestellte Anfrage greift ihrer Natur nach über den diesmal vorliegenden Anlass ihrer Levirung hinaus, da die Frage, wie die mit Titel und Charakter ordentlicher Professoren bekleideten ausserordentlichen Universitäts-Professoren in den akademischen Personalverzeichnissen rangirt werden sollen, nicht wohl entschieden werden kann, ohne dass gleichzeitig festgestellt wird, welche rechtliche Wirkung überhaupt einer solchen Auszeichnung, nämlich der Verleihung von Titel und Charakter eines ordentlichen Professors zuzuerkennen sei?

Da hierüber die bestehenden Directiven keine ausdrücklichen Bestimmungen enthalten, finde ich aus Anlass der von dem Decanate gestellten Anfrage Nachstehendes zu erklären:

Mit der Verleihung von Titel und Charakter einer staatsdienstlichen Stellung sind nach dem feststehenden Wesen dieser Auszeichnung alle mit letzterer Stellung verbundenen Ehrenvorzüge, niemals aber der Anspruch auf die Bezüge oder auf die mit einer solchen Stellung verbundenen dienstlichen Functionen verliehen.

Insoweit es sich daher bei den mit Titel und Charakter eines ordentlichen Universitäts-Professors bekleideten akademischen Lehrern

*) Obgleich der vorstehende Min.-Erl. nur für Mittelschullehrer erlassen worden ist, so muss derselbe doch, nachdem das Studienhofcommissions-Decret vom 16. September 1826, Z. 4417 (sub IIb ad Nr. 61 im I. Bde. dieser Sammlung) das Probetriennium für das sämmtliche Lehrpersonal regelt, auch auf Universitätsprofessoren sinngemäss Anwendung finden; selbstverständlich mit der in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 24. Februar 1855 (sub IIb Nr. 82 im I. Bde. dieser Sammlung) für die dort angeführten Personen eingeräumten Begünstigung.

nicht um blosse Ehrenvorzüge, sondern um wirkliche, vielleicht sogar (wie die Bekleidung einzelner akademischer Würden und die Theilnahme an den strengen Prüfungen mit einem gewissen utile verbundenen) akademische Functionen handelt, wird diesen Professoren die Gleichstellung mit den ordentlichen Professoren der Facultät nicht zuzugestehen sein, dieselben können insbesondere die nur ordentlichen Professoren zugänglichen akademischen Würden nicht erlangen und sie haben ferner, falls sie hiezu nicht aus einem anderen Grunde berufen sind, kein Recht zur Theilnahme an den Sitzungen des Professoren-Collegiums und an den strengen Prüfungen behufs Erwerbung des Doctorgrades.

In den akademischen Personalverzeichnissen sind diese Professoren, um Irrungen über ihre Functionen hintanzuhalten, unter den ausserordentlichen Professoren, jedoch unter Anführung des Umstandes, dass ihnen Titel und Charakter eines ordentlichen Professors verliehen sei, zu verzeichnen.

In analoger Weise sind Privatdocenten, denen der Titel eines ausserordentlichen Professors verliehen wurde, im Personalstande der Privatdocenten oder in einer abgesonderten Rubrik vor denselben unter Bemerkung der ihnen verliehenen Auszeichnung aufzuführen. Auf die mit der ausserordentlichen Professur verbundenen akademischen Rechte und Functionen haben solche Privatdocenten, da ihnen überhaupt der Charakter von Staatsdienern fehlt, selbstverständlich keinen Anspruch.

An diesen aus dem bestehenden Systeme sich ergebenden Grundsätzen ist in Hinkunft ausnamslos festzuhalten . . .

90 p) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. September 1872, Z. 11995

an die Rectorate sämmtlicher Universitäten,
**betreffend die Ausübung anderer öffentlicher Functionen durch Universitäts-
Professoren.**

Da das Unterrichtsministerium seine Aufmerksamkeit darauf richten muss, ob die Professoren den Aufgaben des ihnen übertragenen Lehramtes in ihrem vollen Umfange nachkommen, und der Pflege der ihnen anvertrauten wissenschaftlichen Gebiete obliegen, oder darin durch die Erfüllung von Obliegenheiten, welche sie neben denselben übernommen haben, beirrt werden, sehe ich mich bestimmt, das Rectorat aufzufordern, mir anzuzeigen, ob und welche Professoren der dortigen Universität noch irgend eine andere Function, sei es als Mitglied des Landtages oder Reichsrathes oder eines Gemeinderathes, sei es als Verwaltungsrath von Erwerbsgesellschaften u. dgl. ausüben.

Ich finde ferner anzuordnen, dass in jedem Falle, in welchem ein in einen Vertretungskörper gewählter Professor durch die Ausübung der diesfälligen Function von der Erfüllung seiner lehramtlichen Verpflichtung

tungen zeitweilig abgehalten wird, mir angezeigt werde, in welcher Weise für seine Verwendung im Lehramte Vorsorge getroffen worden ist.

Schliesslich erachte ich es für nöthig, die Aufmerksamkeit des Rectorates darauf zu lenken, dass das Verbot der Annahme von Verwaltungsstellen bei Erwerbsgesellschaften von Seite activer Staatsbeamten durch die Allerhöchste Entschliessung vom 3. Juni 1860*) hinsichtlich der Mitglieder des Lehrstandes nur insoweit eine Einschränkung erfahren hat, als letzteren die Annahme von solchen Stellen gestattet werden kann, wenn in den betreffenden Fällen durch die Ausübung der damit verbundenen Functionen die Erfüllung ihrer ursprünglichen Berufspflichten nicht gehindert wird.

Es werden daher Professoren, welche derartige Stellen anzunehmen gesonnen sind, die Bewilligung zur Annahme vom Unterrichtsministerium mit dem Nachweise zu erwirken haben, dass durch die Annahme der betreffenden Function ihre lehramtliche Thätigkeit keine Einbusse erleidet.

90 q) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 14. Juni 1858, Z. 17637 ex 1857,

an das Decanat des philosophischen Professoren-Collegiums der Prager Universität,

womit es als unzulässig erklärt wird, dass von Seite der akademischen Behörden Anträge auf Erwirkung von Auszeichnungen für Universitätsprofessoren eingebracht werden.

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

Indem das Decanat unter dem 14. Juni 1857 einen cumulativen Antrag auf Erwirkung Allerhöchster Auszeichnungen für drei Facultätsprofessoren einbrachte, hat dasselbe einen Gegenstand in den Bereich collegialer Berathung aufgenommen, welcher seiner Natur nach und mit Rücksicht auf die unangenehmen Folgen, welche die Aeusserung abweichender Meinungen nach sich ziehen müsste, zu einer gründlichen Erörterung in diesem Collegium nicht geeignet ist. Aus diesem Grunde haben derlei collegialische Anträge künftig zu unterbleiben.

90 r) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 6. Jänner 1881, Z. 110,

an die akademischen Senate sämtlicher Universitäten,
betreffend die Verleihung des Universitätstitels.

Anlässlich der in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Verleihungen des Universitätstitels seitens der akademischen Senate mehrerer

*) Min.-Erl. vom 22. Juni 1860, Z. 1146/C. U. M. sub IIb Nr. 87 im I. Bde. dieser Sammlung.

Universitäten, finde ich dem Senate zu eröffnen, dass das von den Universitäten vormals geübte Recht der Verleihung von Universitätstiteln mit Rücksicht auf die derzeitige Verfassung der Universitäten, die Stellung derselben als Staatsanstalten und die Bestimmung des Art. 4 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, betreffend die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt als erloschen anzusehen ist und die Verleihung des Universitätstitels stets die allergnädigste Genehmigung Seiner k. und k. Apostolischen Majestät zur Voraussetzung hat, welche im Wege des Ministeriums für Cultus und Unterricht einzuholen ist.

Zugleich bin ich jedoch in der Lage, dem akademischen Senate mitzutheilen, dass Seine k. und k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Jänner l. J. den bisher, insbesondere auch den seit Wirksamkeit des citirten Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 von den akademischen Senaten der österreichischen Universitäten ausgegangenen Verleihungen des Universitätstitels nachträglich die Allerhöchste Genehmigung allergnädigst zu ertheilen geruht haben.

90s) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
28. März 1874, Z. 4105,

an die akademischen Senate sämmtlicher Universitäten

betreffend die Geheimhaltung der Beschlüsse der akademischen Körperschaften.

Anlässlich eines vorgekommenen Falles muss ich dem akademischen Senate zur eigenen Beachtung sowie zur Verständigung der Professoren-Collegien bemerken, dass alle Beschlüsse der akademischen Körperschaften bis zu ihrer officiellen Verlautbarung geheim zu halten sind. Insbesondere ist über eingeleitete Verhandlungen bis zu deren endgiltigem Abschlusse, sowie über Anträge an eine Oberbehörde bis zu der von der letzteren getroffenen Entscheidung Stillschweigen zu beobachten.

90t) Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 29. September 1855, Z. 42976,

betreffend die Bemessung des Einkommens der Universitäts-Professoren.

Se. k. k. Apostol. Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 9. September 1855 allergnädigst zu genehmigen geruht, dass die Bezüge an Collegiengeldern und Rigorosums-Taxen den Professoren der Wiener Rechtsfacultät für jedes Jahr decursive, und zwar mit Schluss eines jeden Studienjahres, nach dem wirklichen Ertrage der letztern zur Einkommensteuer gezogen werden, und dass

zum Behufe der Besteuerung diese Bezüge ohne weitere Anforderung specieller Bekenntnisse seitens der Professoren durch die Universitätskanzlei und Quästur mit Schluss des Studienjahres mittelst einer für jede Facultät eigens zu liefernden und von dem Facultätsdecane mitzufertigenden individuellen Nachweisung bei der k. k. Steueradministration zur Anmeldung gebracht und von dieser letztern die Steuerbemessung mit Rücksicht auf die anderweitigen Bezüge der zweiten Classe, sowie die Vorschreibung der Steuer und die Ausfertigung der betreffenden Zahlungsaufträge vorgenommen werde; endlich dass diese ausnahmsweise Begünstigung auch auf die Professoren der übrigen Facultäten der Wiener Universität, sowie aller anderen Universitäten ausgedehnt werde.

90u) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
27. October 1881, Z. 15308,

an die Statthaltereien für Niederösterreich, Steiermark, Tirol, Böhmen, Galizien
und die Landesregierung der Bukowina,

**betreffend die Besteuerung des Einkommens der Universitätsprofessoren aus
Remunerationen für die Leitung von Seminarien und Abhaltung von Special-
collegien.**

Das k. k. Finanzministerium hat mit Zuschrift vom 28. September 1881, Z. 20120 anher eröffnet, dass die Remunerationen, welche den mit der Leitung der an den philosophischen Facultäten bestehenden Seminarien betrauten Professoren hiefür am Schlusse eines jeden Semesters oder nach Ablauf des Studienjahres bewilligt werden, ebenso wie die Remunerationen und Honorare, welche einzelnen Professoren für die Abhaltung von Specialcollegien bewilliget werden, da sich dieselben als ein Entgelt für eine Dienstleistung darstellen, welches von dem Dienstleistenden nach Aufhören der Beschäftigung bezogen wird, in Gemässheit des §. 4 IIa des Einkommensteuer-Patentes vom 29. October 1849 der Einkommensteuer nach der II. Classe unterliegen.

Bezüglich der Einkommensteuer-Behandlung dieser Remunerationen ist bisher sehr ungleichmässig vorgegangen worden. Da dieselben nicht als stehende (im Vorhinein festgesetzte) Genüsse angesehen werden können, bezüglich deren allein bei der Auszahlung von Seite der Staatscassen nach §. 17 der Einkommensteuer-Vollzugsvorschrift vom 11. Jänner 1850 (R.-G.-Bl. Nr. 10 ex 1850) der unmittelbare Steuerabzug zu erfolgen hat, so hat das Finanzministerium gleichzeitig zur Erzielung eines gleichmässigen Vorganges an die unterstehenden Finanz-Landesbehörden den Auftrag erlassen, diese Remunerationen vom Jahre 1881 angefangen im Sinne des 2. Absatzes des §. 12 des Einkommensteuer-Patentes vom 29. October 1849 der Steuerbemessung unterziehen zu lassen und demgemäss die Bemessungs-Behörden anzuweisen, in analoger Anwendung der mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 9. September 1855 den Universitätsprofessoren in Ansehung der Fatirung und Besteuerung

der Collegiengelder und Rigorosentaxen gewährten Begünstigung auch die erwähnten Remunerationen für jedes Steuerjahr decursive und zwar mit Schluss eines jeden Studienjahres, demnach für das Steuerjahr 1881 nach der Höhe der im Studienjahre 1880/81 bezogenen Beträge unter Rücksichtnahme auf die anderweitigen in der II. Classe einkommensteuerpflichtigen Bezüge der betreffenden Professoren der Besteuerung zu unterziehen.

Um die Steuerbemessungs-Behörden in die Lage zu setzen, die Steuerbemessung rechtzeitig vornehmen zu können, beehre ich mich Eure hienach zu ersuchen, die den betreffenden Professoren bewilligten Remunerationen vom Studienjahre 1880/81 angefangen sofort und in Hinkunft am Schlusse eines jeden Studienjahres der competenten Steuerbemessungs-Behörde mittelst individueller Verzeichnisse durch das dortige Rechnungsdepartement bekannt geben zu lassen und die fernere Vornahme des unmittelbaren Steuerabzuges bei der Auszahlung der gedachten Remunerationen einzustellen.

Sollte der Steuerabzug bei Auszahlung der Remunerationen für das Studienjahr 1880/81 bereits vollzogen sein, so wäre hievon in der Nachweisung an die Steuerbemessungs-Behörde Mittheilung zu machen.

Zum Abschnitte II

Unter-Abtheilung c: Privatdocenten, Assistenten, Adjuncten.

109e) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
10. October 1877, Z. 13204,

betreffend die Habilitirung von Privatdocenten an den rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten.

Anlässlich des von einer rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät gestellten Antrags, einem Candidaten des akademischen Lehramtes die Habilitirung nur für Specialcollegien aus einem bestimmten Fache (Römisches Recht) zu gestatten, erging der nachfolgende Ministerial-Erlass:

Die Habilitirung eines Privatdocenten hat in Gemässheit der bestehenden Vorschriften stets für ein bestimmtes Fach zu erfolgen. Hierunter kann nach der Beschaffenheit der in der Studienordnung vom Jahre 1855 aufgezählten juristischen Disciplinen in der Regel nur das ganze Gebiet einer solchen Disciplin und nur ausnahmsweise ein bestimmter Theil dann verstanden werden, wenn derselbe wenigstens nach einem relativen Gesichtspunkte die ganze Disciplin umfasst und daher insoweit ein in sich abgeschlossenes Ganze bildet, welches eine selbstständige Behandlung zulässt. Hiernach wird z. B. eine Habilitirung für römisches Sachen- und Obligationenrecht nicht zulässig und nur etwa eine solche für römische Rechtsgeschichte, älteres römisches Recht und dergleichen zu gestatten sein.

Noch weniger kann die Habilitirung für ein ganz willkürlich begrenztes Gebiet innerhalb eines Faches und gar wie im vorliegenden Falle die Ertheilung der *venia legendi* bloß für Specialcollegien mit Ausschluss von allgemeinen Vorlesungen als statthaft angesehen werden, zumal die Annahme nicht begründet ist, dass zur Abhaltung von Specialcollegien eine geringere Befähigung erfordert werde, als zur Abhaltung einer Vorlesung über das Ganze einer juristischen Disciplin.

Unter diesen Umständen sehe ich mich veranlasst, das Professoren-Collegium zu einer neuerlichen Beschlussfassung darüber aufzufordern, ob dem die *venia legendi* für römisches Recht ohne Beschränkung auf Specialcollegien zu ertheilen ist oder nicht.

109f) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 25. März 1875, Z. 3116,

an die akademischen Senate in Wien, Prag, Graz, Innsbruck, Krakau und
Lemberg,

betreffend die Ertheilung von Staats-Unterstützungen zur Heranbildung von Lehrkräften an Hochschulen.

In dem Finanzgesetze für das Jahr 1875 ist ein grösserer Betrag als bisher für den Zweck der Heranbildung von akademischen Lehrkräften eingestellt. Es entsteht damit die Möglichkeit, dem auf einzelnen akademischen Gebieten herrschenden Mangel an Lehrkräften abzuhefen. Zu diesem Ende fordere ich den akademischen Senat auf, den Professoren-Collegien der Facultäten Nachstehendes mitzutheilen.

1. Die Regierung wird die Heranbildung von akademischen Lehrkräften auf zweifachem Wege fördern, nämlich durch Unterstützung von Candidaten des akademischen Berufes und durch Honorirung von Privatdocenten.

2. Die Unterstützung von Candidaten wird in der Regel nur nach Anhörung der Facultät erfolgen. Von dem Ministerium für Cultus und Unterricht werden alle eine solche Unterstützung bezielenden Gesuche der Facultät zur Aeusserung zugestellt werden. Ihrerseits kann die Facultät dem Ministerium Candidaten zur Unterstützung vorschlagen, oder ihr überreichte Gesuche um eine Unterstützung mit ihrem Gutachten dem Ministerium vorlegen.

3. Bei den Vorschlägen hat die Facultät nur solche Candidaten zu berücksichtigen, welche durch ausgezeichnete Anlagen, durch Eifer und wissenschaftliches Bestreben hervorragen, und von denen zugleich anzunehmen ist, dass sie ohne eine Staatsunterstützung den akademischen Beruf nicht ergreifen würden. Auch sind nur Candidaten von durchaus verlässlichem und ehrenwerthem Charakter vorzuschlagen.

Unter mehreren Bewerbern gibt die höhere Tüchtigkeit, und wenn es sich um verschiedene Disciplinen handelt, das stärkere Bedürfniss nach Lehrern den Ausschlag.

4. Als verlässlichste Grundlage für die Beurtheilung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit erscheint die Bestätigung der Candidaten in Seminaren, Laboratorien und überall, wo ein stärkerer Contact den Lehrer mit der Individualität der Schüler näher bekannt macht. Andere Anhaltspunkte gewähren Staatsprüfungs- und Rigorosenzeugnisse, Colloquien, literarische Leistungen u. s. w.

5. Die Eignung für das akademische Lehramt kann mit desto grösserer Sicherheit beurtheilt werden, je weiter der Candidat in seinen Studien fortgeschritten ist. Demzufolge haben Candidaten, welche bereits den Doctorgrad erlangt haben, vor anderen den Vorzug. Dadurch ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass besonders ausgezeichnete und vertrauenswürdige junge Leute auch in jedem früheren Stadium ihrer Ausbildung, selbst auch noch während ihrer Universitätsstudien für eine Staatsunterstützung empfohlen werden können.

6. Die Staatsunterstützung wird entweder als Reisestipendium zum Besuche ausländischer Hochschulen, oder für ungestörte Beendigung der akademischen Studien im Inlande, für Verlängerung des obligaten Aufenthaltes an der Universität u. s. w. gewährt.

7. Bei Bewilligung der Unterstützung werden die Bedingungen bezeichnet, unter denen dieselbe gewährt wird. Eine allen Candidaten gesetzte Bedingung ist, dass sich dieselben nach Beendigung ihrer Studien an einer inländischen Universität habilitiren und durch sechs Jahre an einer solchen in der Lehrthätigkeit verbleiben.

Weiters übernehmen diese Candidaten die Verpflichtung, falls an einer inländischen Universität eine vollständigere Vertretung ihres Faches erforderlich wird, an dieser Universität gegen entsprechendes Honorar zu dociren.

8. Die Honorirung der Privatdocenten kann von den Facultäten beantragt werden, wenn eine Docentur zur vollständigeren Vertretung einer Disciplin benöthigt wird, oder wenn es sich darum handelt, verdiente junge Gelehrte dem akademischen Berufe zu erhalten. Doch haben sich die Facultäten stets gegenwärtig zu halten, dass unserem akademischen Systeme nur die unentgeltliche Docentur entspricht, und dass daher die Honorirung von Docenten auch fernerhin nur in Ausnahmefällen Platz zu greifen hat.

109 g) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
31. Juli 1878, Z. 10147,

an den Statthalter in Graz,

betreffend den Anspruch der Assistenten auf Naturalwohnung.

In Erledigung des Berichtes vom 15. Juni d. J., Z. 7247, über das im Anschlusse zurückfolgende Ansuchen des steiermärkischen Landesausschusses um Entrichtung eines Miethzinses für die Wohnung des Assistenten an der psychiatrischen Klinik in Graz, gebe ich mir die Ehre Euer . . . Nachstehendes zu eröffnen.

Nachdem die Hauptaufgabe der Assistenten an den Kliniken darin besteht, die Kranken zu überwachen, denselben im Falle der Noth ärztliche Hilfe zu leisten, und den Nachtdienst zu besorgen, sie diesen sanitären Obliegenheiten aber nicht nachkommen können, wenn sie nicht im Krankenhause selbst wohnen, so ist es selbstverständlich Sache der Krankenhausverwaltung, in deren Interesse obige Dienste geleistet werden, auch für die Unterbringung und Bedienung der Assistenten, wie für die Beheizung und Beleuchtung ihrer Wohnung Sorge zu tragen und aufzukommen.

Da an diesem nunmehr fast überall durchgeführten Grundsatz auch in Graz festgehalten werden muss, bin ich nicht nur nicht in der Lage, auf das Eingangs erwähnte Ansuchen des Landesausschusses einzugehen, sondern muss Euer . . auch ersuchen, die für die Bedienung des Dr. . . . dann für die Beheizung und Beleuchtung seiner Wohnung, wie für die Wohnung sammt Beleuchtung und Bedienung der Assistenten an der medicinischen und Gebärklinik bisher geleisteten Vergütungsbetrag mit Jänner 1879 einzustellen.

Was die Assistenten der theoretischen Fächer der Medicin, wie der pathologischen Anatomie u. s. w. angeht, so haben dieselben überhaupt keinen Anspruch auf eine Naturalwohnung, worauf Euer . . bei einem allfälligen Personenwechsel gefälligst Rücksicht nehmen wollen.

109h) Studien-Hofcommissions-Decret vom 3. Juni 1839,

(polit. Ges.-Sammlung, Band 67, pag. 96)

an sämtliche Länderstellen,

betreffend die Erlassung eines Substitutions-Normales bei Supplirung von Lehrämtern.*)

Se. Majestät geruhen mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. Mai 1839 eine eigene Substitutions-Vorschrift für die Supplirung bei Lehrämtern allergnädigst zu genehmigen. Von diesem Substitutions-Normale werden der Landesstelle . . . Exemplare zur Vertheilung mit dem Bedeuten mitgetheilt, dass der Termin der Wirksamkeit dieses Normales auf den Anfang des nächsten Schuljahres 1839/40 festgesetzt ist.

Substitutions-Normale

bei Supplirung von Lehrämtern.

§. I. Zur Aufstellung eines eigentlichen Substituten oder Supplenten wird bei Lehrämtern nur dann geschritten, wenn 1. ein Lehramt wirklich erledigt, und eine neue Besetzung desselben einzuleiten,

*) Obgleich das nachstehende Substitutions-Normale in mehreren Punkten für die Universitäten ohne Belang ist, und auch hinsichtlich der sich auf die Volksschulen beziehenden Bestimmungen mehrfach durch spätere Landesgesetze abgeändert worden ist, so wurde dasselbe doch im Contexte in extenso abgedruckt, um den einheitlichen Charakter dieser Vorschrift nicht zu alteriren.

oder 2. wenn in Fällen der Verhinderung eines Professors oder Lehrers, z. B. bei einem Diensturloabe desselben, bestimmt vorauszusehen ist, die Verhinderung werde ununterbrochen, durch längere Zeit dauern. Als längere Zeit wird hier die Dauer wenigstens durch ein ganzes Schulsemester verstanden.

§. II. In anderen Fällen der Verhinderung eines Lehramts-Individuum, durch Erkrankung, durch eine Reise auf eine kürzere Zeit u. dergl. wird zur einstweiligen Besorgung des Unterrichts eine andere Aushilfe getroffen. Nämlich 1. wo bei einer Lehranstalt, oder bei einer Studienabtheilung, gleichviel, ob bei dem zu supplirenden oder einem verwandten Lehrfache, ein Adjunct oder Assistent vorhanden ist, wird zuvörderst dieser zur einstweiligen Ertheilung des Unterrichtes verwendet. 2. Bei Haupt- und Realschulen übernimmt der Director, und bei Gymnasien der Präfect, die Lehrstunden des verhinderten Lehrers. 3. Bei den höheren Lehranstalten ergibt sich die einstweilige Aushilfe, wenn es sich nur um einige Tage handelt, oft dadurch, dass der eine Professor sein eigenes Lehrfach durch mehrere Stunden als gewöhnlich, nämlich auch in denjenigen Stunden vorträgt, welche der verhinderte Professor in demselben Jahrgange des Studiums zu geben hätte, wogegen dieser nach dem Aufhören des Hindernisses seine Vorlesungen um eben so viel länger hält und die anderen unterbleiben. 4. Wo endlich keines dieser Mittel angewendet werden kann, werden andere Professoren bestimmt, welche nebst ihrem eigenen Unterrichtsfache jenes des verhinderten Professors zu besorgen haben. Bei dieser Besorgung wird in Fällen, wo der verhinderte Professor mehr als ein Lehrfach oder in mehr als in Einem Jahrgange Vorlesungen zu geben hat, die Obliegenheit für die anderen Professoren auf eine für den Unterricht zweckmässige und für die betheiligten Individuen billige Art dadurch erleichtert, dass sich mehrere in die verschiedenen Lehrfächer oder Jahrgänge theilen. Es gehört zu der ordentlichen Dienstpflicht jedes Adjuncten, Assistenten, Lehrers, Professors und jedes der obgenannten Vorsteher der Lehranstalt in derlei Fällen die Supplirung zu übernehmen, insoweit dadurch die Zahl ihrer wöchentlichen Unterrichtsstunden nicht über zwanzig steigen würde.

§. III. Einzelne Dienstverrichtungen, woran das hiezu eigentliche verpflichtete Individuum gehindert ist, nämlich Erstattung von Gutachten, Prüfungen, Exhorten u. dgl. werden jederzeit von dem übrigen hiezu geeigneten Personale übernommen, und wird diese Uebernahme gleichfalls für ordentliche Dienstpflicht auch der Lehrbeamten angesehen.

§. IV. Die Vorsteher einer Lehranstalt und die Behörden, welche eine unnöthige Substitution, oder dort, wo die Dienstbesorgung durch die oben (§. II.) bemeldete Aushilfe hätte geschehen können, eine förmliche Substitution, oder ohne Grund anstatt einer minder kostspieligen eine kostspieligere Art anordnen, oder aber die Dauer der Substitution verlängern, bleiben dafür, und besonders für die dem Fonde dadurch zugehenden Kosten verantwortlich und haben den diesfälligen Ersatz ohne Nachsicht zu leisten.

§. V. Da es nach den Grundsätzen der bestehenden Substitutions-Vorschriften zu der ordentlichen Dienstpflicht eines jeden in was immer für einem Dienste angestellten, oder eines mit Gehalt quiescirten Beamten gehört, die Verrichtungen eines mangelnden oder verhinderten Beamten theilweise, oder auf kürzere Zeit auch gänzlich, mit oder ohne Beibehaltung der Obliegenheiten seines eigenen Dienstplatzes auf sich zu nehmen, so wird einem angestellten oder mit Gehalt quiescirten Beamten, wie auch einem mit dem Adjutum versehenen Lehramts-Adjuncten oder Assistenten, welche sei es zu einer eigenen Substitution, oder zu einer blossen Aushilfe, bei einer Lehranstalt innerhalb ihres gewöhnlichen Wohnortes verwendet werden, nur dann eine Substitutionsgebühr angewiesen, wenn die Supplirung durch dieselben über drei Monate ununterbrochen gedauert, oder wenn die Dauer einer nach §. II eingeleiteten Aushilfe sich unerwartet länger, nämlich über drei Monate verzogen hat. Bei dieser Berechnung werden die Herbstferien oder die grossen Schulferien nicht miteingerechnet. Jedoch wird, sobald einmal die Supplirung oder Aushilfe länger als drei Monate gedauert hat, die Substitutionsgebühr auch für die ersten drei Monate erfolgt.

§. VI. Die Substitutionsgebühr ist verschieden, je nachdem der Substitut oder Supplent bereits einen Gehalt, eine Pension oder ein Adjutum aus einem öffentlichen Fonde bezieht oder nicht. Im ersteren Falle wird, nebst noch einigen anderen Nebenumständen, ferner unterschieden, ob der Supplent während der Supplirung des Lehramts von den Dienstleistungen seiner eigenen Anstellung enthoben ist, oder dieselben beibehält. Nach Verschiedenheit dieser Fälle besteht die Substitutionsgebühr, immer vorausgesetzt, dass sie nach §. V überhaupt eintreten kann, entweder in zehn oder in dreissig, oder in fünfzig oder aber in sechzig Procent desjenigen Gehaltes, welcher mit dem supplirten Lehramte in der untersten Gehaltsstufe systemmässig verbunden ist. Und zwar erhält 1. der Supplent, welcher während der Supplirung eines Lehramtes seinen eigenen, mit einem Gehalte verbundenen Dienst nicht zu besorgen hat, nebst diesem Gehalte noch zehn Procent; 2. ebenso ein mit Gehalt quiescirter Beamter, welcher vor Uebernahme der Supplirung am Orte der Lehranstalt seinen gewöhnlichen Wohnort hatte, nebst seiner Pension ebenfalls zehn Procent; 3. ein Adjunct oder Assistent eines Lehramtes, so lange er das Adjutum seiner Anstellung geniesst, nebst diesem Adjutum noch dreissig Procent; 4. ein besoldeter Vorsteher irgend einer Lehranstalt, wenn derselbe ein Lehramt, sei es an der seiner eigenen Leitung anvertrauten Lehranstalt oder an einer anderen supplirt und wo er mit dieser Supplirung auch die Dienstverrichtungen seines eigenen Amtes verrichtet, nebst seinem Gehalte noch dreissig Procent; 5. ein besoldeter Beamter, Lehrer oder Professor ausser den hier oben Nr. 3 und 4 vorkommenden Fällen, welcher nebst der vollen Besorgung seines eigenen Dienstes ein Lehramt supplirt, nebst dem Gehalte dieses seines eigenen Dienstes noch fünfzig Procent oder die Hälfte; 6. ebenso ein mit Gehalt quiescirter

Beamte, welcher ein Lehramt ausserhalb seines gewöhnlichen Wohnortes supplirt, nebst seiner Pension noch fünfzig Procent oder die Hälfte; 7. ein Supplent eines Lehramtes, welcher keinen Gehalt noch eine Pension aus einem öffentlichen Fonde bezieht, und zwar ohne Unterschied, mag er vor der übernommenen Supplirung am Orte der Lehranstalt wohnhaft gewesen sein oder nicht, sechzig Procent von dem systemisirten Gehalte des supplirten Lehramtes als Substitutionsgebühr.

§. VII. Im Falle als von demselben Individuum mehr als ein Lehramt gleichzeitig supplirt würde, hat der Supplent von dem höher besoldeten supplirten Lehramte die oben (§. VI.) ausgesprochene Gebühr; und beinebst von den minder besoldeten supplirten Lehrämtern im Falle des §. VI Nr. 1 bis 4 einschliesslich die Hälfte, im Falle des §. VI Nr. 5, 6 und 7 dreissig Procent, des mit den letzteren Aemtern systemmässig verbundenen Gehaltes zu beziehen. Unter verschiedenen Lehrämtern sind aber nicht zweierlei Fächer, welche ein und derselbe Professor systemmässig zu lehren hat, sondern blos solche Lehrfächer verstanden, für welche nach dem Status der Lehranstalt zwei Individuen systemisirt sind.

§. VIII. Von den besonderen Remunerationen, welche für einige Nebenlehrämter, z. B. für den Unterricht in der Erziehungskunde, in der gerichtlichen Arzneykunde, in der arabischen, syrischen und chaldäischen Sprache u. dergl. fixirt sind, erhält der Supplent in jedem Falle Anspruch auf eine Substitutionsgebühr, das ist denselben Betrag, welchen der wirkliche Professor erhalten haben würde.

§. IX. Auf die freie Wohnung, welche mit dem supplirten Dienste bei Lehranstalten etwa verbunden ist, hat der Substitut nur dann Anspruch, wenn dieselbe wirklich zur Verfügung steht, und auf die Taxen für Prüfungen und bei Promotionen zu einem akademischen Grade nur insofern, als derselbe die Function, für welche die Taxe bestimmt ist, zu verrichten geeignet ist, und sie wirklich verrichtet. Auf das Quartiergeld und auf die mit dem Lehramte, nebst dem Gehalte, der freien Wohnung und den Taxen etwa verbundenen anderen Emolumente hat der Supplent niemals Anspruch. Hinsichtlich der Remunerationen oder Emolumente für Nebendienste ausserhalb der Lehranstalt, welche mit dem supplirten Lehr- oder Vorsteheramte bei Lehranstalten verknüpft sind, z. B. für die mit einer Lehrkanzel des medicinischen Studiums verbundene Besorgung eines Krankenhauses, treten die mit den Hofkammer-Erlässen vom 11. April 1828 und vom 15. April 1835 erlassenen Bestimmungen über Substitutionsgebühren in Wirksamkeit.

§. X. Bei Berechnung der Substitutionsgebühr nach obigen Vorschriften werden noch folgende Bestimmungen zu Grunde gelegt:

1. Bei Geistlichen, welche man zur Supplirung eines Dienstes bei Lehranstalten verwendet, wird der Gehalt oder das Emolument, welche sie von ihrem kirchlichen Beneficium oder Kirchendienste, sei es auch aus einem öffentlichen Fonde, beziehen, niemals als eine Berechnung der Substitutionsgebühr (§. VI) in Anschlag kommende Besoldung angesehen.

2. Wo der Gehaltsbetrag des supplirten Dienstes nach Verschiedenheit des geistlichen oder weltlichen Standes verschieden ist, wird derjenige Gehaltsbetrag zur Berechnung der Substitutionsgebühr angenommen, welcher dem Stande des Supplenten entspricht.

3. Wenn der Supplent nur einen Theil des dem supplirten Professor für seinen Gehalt obliegenden Unterrichtes zu besorgen hat, wird die Quote des Gehaltsbetrages, nach welcher die Substitutionsgebühr zu berechnen ist, da kein anderer leicht und allgemein anwendbarer Massstab angenommen werden kann, nach dem Verhältniss der für jeden Theil des Unterrichtes systemisirten Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden bestimmt und dabei insbesondere die sonntägliche Exhorte des Religionslehrers zwei Lehrstunden gleich angenommen.

4. Auf die Supplirung besonderer Dienstverrichtungen, welche einem Lehramtsindividuum obliegen, ohne dass demselben dafür nebst dem Gehalte des Lehramtes noch eine eigene Remuneration bemessen ist, und welche nicht ein Theil des eigentlichen Unterrichtes sind, z. B. auf das blosse Abhalten der Exhorten anstatt des hiezu bestimmten Religionslehrers, dann auf den Fall, wo ein Professor seinen Unterricht wegen einer Abtheilung der Studirenden in mehreren Lehrzimmern doppelt gibt, haben die Vorschriften des gegenwärtigen Normales über die Ausmass der Substitutionsgebühr keine Anwendung, sondern in solchen Fällen wird, insofern die Uebernahme der Verrichtung nicht schon nach §. II, III und V für Dienstpflicht des hiezu verwendeten Individuums angesehen werden muss, von der k. k. Studien-Hofcommission eine den Umständen angemessene Remuneration bestimmt.

§. XI. Demjenigen, welcher zur Supplirung eines Dienstes in einen andern Ort sich begeben muss, gebührt für die Reise die normalmässige Vergütung der Fuhrkosten, und für die Zeit, welche er auf der Reise zubringt, der Bezug der normalmässigen Diäten, jedoch beides bei einem Supplenten, welcher schon eine im Diätenschema vorkommende Anstellung hat, nach der Diätenklasse seiner eigenen Dienst-kategorie, nicht nach jener des supplirten Amtes, bei Adjuncten oder Assistenten der Lehrämter nach der zehnten, bei allen übrigen nach der zwölften Diätenklasse.

Während der Supplirung erhält der Supplent nur dann die Diäten und Reisekosten nach dem allgemeinen Diätennormale, wenn derselbe ausserhalb des Ortes der Lehranstalt zu einem Geschäfte beordert wird. In diesen letzteren Fällen werden Diäten und Reisekosten immer nach der Classe des supplirten Dienstpostens ausgemessen.

§. XII. Die Substitutionsgebühr wird von dem Tage anzufangen angewiesen, an welchem der Supplent den Eid als solcher abgelegt, und wo keine Beeidigung einzutreten hatte oder diese erst später (§. XIX) erfolgen kann, an welchem er zuerst die Unterrichtsstunden oder Vorlesungen angefangen hat, und von demjenigen Tage an eingestellt, wo der neuernannte Professor, Lehrer oder Supplent in den Genuss tritt oder wo der Substitutionsauftrag aufgehört hat. Spätere Prüfungen einzelner Schüler, die Ausstellung der Zeugnisse und die

Ausfertigung der Prüfungsacten, dann die Uebergabe der Lehrmittelsammlungen sind kein Grund, die Substitutionsgebühr auf längere Zeit anzusprechen.

§. XIII. Jedoch wird die Substitutionsgebühr, falls der Substitutionsauftrag nicht vor oder unter den Ferien aufgehört hat, auch für die Zeit der Herbst- oder der grossen Schulferien, ebenso wie für die Zeit aller kleinern Ferien erfolgt.

Die Vorsteher der Lehranstalten und die Behörden sorgen aber dafür, dass der Substitutionsauftrag allsogleich ausdrücklich und in Voraus zurückgenommen werde, sobald als es denselben bekannt wird, dass zum Wiederaufange des Unterrichtes keine weitere Supplirung nöthig sein wird.

Wenn daher schon vor den Ferien bekannt wird, dass nach denselben schon der neuernannte oder verhinderte Professor einzutreten hat, so erlischt der Substitutionsauftrag mit dem letzten Unterrichts- oder Prüfungstage vor den Ferien. Wenn aber erst während der Ferien der Antritt eines neuen Lehrers oder Professors bekannt wird, so hört der Substitutionsauftrag, und mithin das Fortfliessen der Substitutionsgebühr an demjenigen Tage auf, wo dieser Eintritt dem unmittelbaren Vorsteher der Lehranstalt bekannt geworden ist. Wenn endlich ein mit Erlaubniss der Behörde abwesendes Lehrindividuum supplirt wird, so endigt sich die etwa auf Kosten des öffentlichen Fonds eingeleitete Supplirung mit dem Tage, bis zu welchem Tage die Absentirung bewilligt war. Wenn aber der Supplent selbst bei dem Eintritte des neuen Schuljahres die Supplirung niederlegen will, so hat er dieses vor dem Eintritte der Ferien anzuzeigen und für die Ferienzeit die Substitutionsgebühr nicht mehr zu beziehen.

Uebrigens hat die Ausfolgung der Substitutionsgebühr auch für die Ferienzeit auch bei denjenigen Individuen statt, welche nach obiger Vorschrift §. V nur bei einer ununterbrochenen Dauer der Supplirung von wenigstens drei Monaten Anspruch auf eine Substitutionsgebühr haben, wenn nur anders die daselbst vorgesehene Bedingung eingetreten ist, dass die wirkliche Dienstleistung durch dieselben nach Abschlag der grossen Schulferien wenigstens drei Monate ununterbrochen gedauert hat.

§. XIV. In den Fällen einer eigentlichen Substitution (§. I) kann die Substitutionsgebühr, und zwar wenn der Supplent nicht unter der Vorschrift des §. V begriffen ist, gleich anfänglich, sonst aber nach Verlauf der daselbst festgesetzten drei ersten Monaten monatlich zahlbar angewiesen, jedoch immer nur für den schon ganz abgelaufenen Monat und gegen die von dem unmittelbaren oder wenn dieser selbst der Percipient ist, von dem nächst höheren Vorsteher der Lehranstalt vidirte Quittung erhoben werden.

Dieser setzt seine Vidirung nur dann bei, wenn der Supplent während der ganzen Zeit, für welche die Quittung lautet, den Dienst wirklich versehen, wenn der Supplirungsauftrag nicht früher, als die Quittung aussagt, aufgehört, und wenn sich mittlerweile die Qualität

des Supplenten, nach welcher ihm in Gemässheit des §. VI die Gebühr berechnet wurde, nicht geändert hat. Die Quittung zur letzten Behebung der Substitutionsgebühr wird erst nach vollzogener Uebergabe der Lehrmittelsammlungen und nach Ablieferung der Studienzeugnisse und Kataloge vidirt. In anderen Fällen wird die Gebühr erst nach beendigter Supplirung liquidirt und angewiesen.

§. XV. Die Substitutionsgebühren werden allemal aus demjenigen Fonde bestritten, aus welchem die Besoldung des supplirten Beamten geflossen ist oder fliesst. Wo aber durch die Schuld des supplirten Beamten die Substitution bei seinem Dienste verursacht wird, ersetzt dieser Beamte, wenn er während der Substitution im Genusse seines Gehaltes bleibt, die durch die Substitution veranlassten Kosten der Casse, aus welcher sie gezahlt worden sind.

§. XVI. In Fällen einer eigentlichen Substitution steht die Auswahl und Aufstellung des Supplenten bei Haupt- und Realschulen, welche unter der Leitung der Consistorien stehen, dem Consistorium, im lombardisch-venezianischen Königreiche und in Dalmatien dem Ispettore generale dell' istruzione elementare; bei Gymnasien dem Director der Gymnasialstudien des Landes, bei den höheren Lehranstalten dem Studiendirector, die Verfügung der blossen einstweiligen Dienstbesorgung (§. II) dem unmittelbaren Vorsteher der Lehranstalt zu. Der ausgewählte (förmliche) Supplent wird allsogleich, und wo dieses möglich ist, noch vorläufig der Landesstelle angezeigt, damit die Genehmigung oder anderweitige Anordnung derselben noch vor dem Eintritte des vorgeschlagenen Supplenten an die Lehranstalt gelangen kann. Ueber die zur einstweiligen Dienstbesorgung eingeleitete Verfügung ist eine Anzeige an die Landesstelle nur dann nöthig, wenn dieselbe schon einen ganzen Monat dauert. Von der in der allgemeinen Instruction für die Studiendirectoren (in Wien Vicedirectoren) vom Jahre 1809 §. II, Nr. 6 vorkommenden Anordnung, dass jede eingeleitete Supplirung einzeln an die k. k. Studien-Hofcommission angezeigt werden soll, ist es abgekommen, und werden die im Laufe des Jahres stattgehabten Supplirungen oder Dienstbesorgungen, letztere jedoch nur insoweit, als sie über eine Woche dauerten, oder im Laufe des Schuljahres bei einem und demselben Lehrer mehreremale eintreten, blos in dem Jahresberichte, über den Zustand der Lehranstalt, mit genauer Angabe des Supplenten, der Ursache und Dauer der Supplirung und des Ausmasses der angewiesenen Substitutionsgebühr, unter Anführung des Datum und Numerus der diesfälligen Verordnungen der Landesstelle und zwar in der Rubrik der Personalveränderungen angezeigt.

§. XVII. Individuen, welche nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, sind zur Supplirung eines Lehramtes gar nicht zu verwenden. Wenn es nöthig sein sollte, eine solche Art der Supplirung einzuleiten, für welche das gegenwärtige Normale eigentlich keine Bestimmung enthält, z. B. dass ein aus einem öffentlichen Fonde besoldeter Beamter oder Lehrer, welcher nicht am Orte der Lehranstalt domicilirt, zur Supplirung berufen werden wollte, müsste zur Aufstellung eines

solchen Supplenten die vorläufige Genehmigung der Studien-Hofcommission und deren Bestimmung eingeholt werden, ob einem solchen Supplenten nebst dem Gehalte seines eigenen Dienstes nur sechzig Procent, oder der ganze Betrag des Gehaltes anzuweisen sei, welcher mit der untersten Gehaltsstufe des supplirten Lehramtes verbunden ist. Auch darf ohne vorläufige Genehmigung der Studien-Hofcommission kein Lehrer oder Professor dergestalt zum Supplenten eines andern Lehrfaches aufgestellt werden, dass er sein eigenes Lehrfach nicht zugleich versehen, mithin auch für dieses ein Supplent aufgestellt werden soll. Endlich darf in Gemässheit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. kund gemacht mit Studien-Hofcommissions-Decret vom 17. August 1822, Z. 5375/372 kein Lehramts-Individuum zum Supplenten aufgestellt werden, welches durch Uebernahme der Supplirung mehr als zwanzig Unterrichtsstunden wöchentlich erhalten würde.

§. XVIII. Die Vorschriften dieses Normales haben auch für die Supplirung im Falle des Austritts, oder der Verhinderung eines besoldeten Vorstehers einer Lehranstalt, ihre volle Anwendung, wo dann ein Lehrer oder Professor, welcher nebst seinem Lehramte die Vorsteherstelle, gleich viel ob an der eigenen oder an einer anderen Lehranstalt versieht, unter der Bedingung des obigen §. VII eine Substitutionsgebühr von dreissig Procent des mit der supplirten Stelle systemmässig verbundenen Gehalts erhält.

§. XIX. Wenn zur Supplirung eines Lehr- oder Vorsteheramtes bei den Lehranstalten ein Individuum verwendet wird, welches noch nicht für den Staatsdienst vereidet ist: so wird der Supplent für die ihm anvertraute Supplirung, nach der für die Lehrer oder Vorsteher vorgeschriebenen Form in Eid genommen. Diese Beeidung findet aber nur im Falle einer eigentlichen Substitution (§. I), ferner nur bei Supplirung solcher Dienststellen, bei deren Antritt der wirkliche Vorsteher oder Lehrer den Eid abzulegen hat, endlich niemals früher als nach erfolgter Genehmigung der Landesstelle (§. XVI) statt. Auch ist der ernannte und von der Landesstelle genehmigte Supplent nicht früher zur Ablegung des Diensteides zu verhalten, als unmittelbar ein oder den Tag zuvor, wo er den Unterricht oder die Leitung der Lehranstalt zu übernehmen hat.

§. XX. Diese für das Lehrpersonale festgesetzten Bestimmungen haben auch auf das Unterrichts- und Leitungspersonale der unter der Oberleitung der k. k. Studien-Hofcommission stehenden wissenschaftlichen Bildungsinstitute, als Bibliotheken, Sternwarten, Museen, Convicte etc. ihre volle Anwendung; dagegen sind alle bei diesen und bei den öffentlichen Lehranstalten angestellten administrativen Beamten, als: Kassiere, Kanzlisten etc. nach den für alle anderen öffentlichen Beamten bestehenden Substitutions-Vorschriften zu behandeln.

§. XXI. Bei den Trivialschulen, sowie auch bei allen denjenigen Lehranstalten, deren Personale nicht aus einem öffentlichen Fonde besoldet wird, hat das gegenwärtige Normale keine Anwendung; sondern es wird sich hinsichtlich der ersten nach den Vorschriften der politischen

Verfassung der Volksschulen, hinsichtlich der letztern nach der bisherigen Observanz benommen. In dem Falle, wo ein schon in Besoldung stehender Beamter zur Supplirung eines der letztgenannten Dienstposten verwendet wird, ist immer der Grundsatz zu befolgen, dass auf dem Fonde, aus welchem der Gehalt des supplirten Dienstes fließt, nur so viel als Substitutionsgebühr gewiesen wird, als die eigentliche Gebühr für die Supplirung beträgt, nämlich jener Betrag, den der Supplent nebst dem Gehalte seines Dienstpostens noch zu beziehen hat.

§. XXII. Das gegenwärtige Normale tritt mit dem Anfange des nächsten Schuljahres 1839/40 sowohl für die an diesem Tage schon vorhandenen, als auch für die erst seither aufzunehmenden Supplenten in Wirksamkeit, und werden dadurch alle früheren Verordnungen über die Supplirung der Dienstplätze des Leitungs- und des Lehrpersonales der Lehranstalten aufgehoben. Wenn ein Fall vorkäme, welcher in diesem Normale nicht entschieden ist, muss darüber die Entscheidung der k. k. Studien-Hofcommission eingeholt werden.

109i) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 30. Jänner 1877, Z. 723,

an den Statthalter für Tirol,

betreffend die Berechnung der Substitutionsgebühr im Falle der Supplirung eines mit einem fixen Gehalte angestellten ausserordentlichen oder eines ordentlichen Professors.

Auf das Ansuchen Euer . . . um eine principielle Entscheidung über den Berechnungsmodus der Substitutionsgebühren für die Supplenten Dr. . . . beehre ich mich Euer . . . zu eröffnen, dass bei Supplirung eines mit einem fixen Gehalte angestellten ausserordentlichen Professors, für dessen Lehrfach eine ordentliche Lehrkanzel nicht systemisirt ist, oder welcher neben einem Ordinarius ausnahmsweise bestellt wurde, nur dessen Gehalt bei der Procentual-Berechnung der Supplirungsgebühr zur Grundlage genommen werden kann.

Bei der Supplirung einer ordentlichen Lehrkanzel schreibt jedoch der §. 6 des Substitutionsnormales vom 3. Juni 1839*) ganz bestimmt die Berechnung nach der untersten Gehaltsstufe vor, uns kann es hierbei nicht beirren, dass diese Lehrkanzel vor Eintritt der Supplentur von einem ausserordentlichen Professor mit einem niedrigeren als dem untersten systemmässigen Gehalte versehen wurde.

Der vorausgegangenen Bewilligung eines Jahres-Honorars für die Thätigkeit eines Docenten kann bei der Berechnung der Supplenten-gebühr kein alternirender Einfluss beigemessen werden.

*) Siehe oben.

Zum Abschnitte II

*Unterabtheilung d: Geschäftsordnungen der akademischen Behörden.***A. Universität Wien.**

109 k) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht
vom 1. December 1874, Z. 11335*),

an das Decanat der Universität Wien,

betreffend die Genehmigung einer neuen Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Wiener Universität.

Der mit Bericht vom vorgelegte Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für den akademischen Senat wird genehmigt.

**Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität
Wien.**

I. Behandlung der Geschäfte.

§. 1. Die Geschäftsstücke, soferne sie nicht dem Rector selbst übergeben werden, müssen in der Universitäts-Kanzlei zum Einreichungs-Protokolle überreicht werden.

§. 2. Dem Rector übergebene Geschäftsstücke werden von diesem an die Kanzlei zur Eintragung in das Einreichungs-Protokoll geleitet.

§. 3. Alle Geschäftsstücke, welche nicht schon dem Rector selbst übergeben wurden, sind diesem von der Kanzlei, mit dem Tage der Einreichung und der Einreichungszahl versehen, vorzulegen.

Es hat dieses regelmässig im Laufe des Tages der Einreichung, bei Geschäftsstücken, welche einen dringenden Gegenstand betreffen, aber sogleich zu geschehen.

§. 4. Die Geschäftsstücke werden entweder mit Berathung und Schlussfassung des Senates in einer Versammlung (Sitzung) oder als Currentien vom Rector im eigenen Namen behandelt und erledigt.

§. 5. Der Rector hat in Ansehung der ihm selber übergebenen Geschäftsstücke sogleich, bei den übrigen sobald sie ihm von der Kanzlei zugekommen sind, zu bestimmen, ob dieselben zum Vortrage gebracht, oder im currenten Wege erledigt werden sollen. Er bezeichnet jenes auf den Geschäftsstücken und alle, welche ohne derlei Bezeichnung von ihm zurückgelangen, werden im currenten Wege behandelt und erledigt.

§. 6. Für die im currenten Wege zu erledigenden Geschäftsstücke hat der Kanzlei-Director die früher gelaufenen Verhandlungsacten (Prioren) zu sammeln, den etwa nothwendigen Actenauszug zu machen und den Verfügungsantrag oder den Expeditionsentwurf zu concipiren.

*) Die nachstehende Geschäftsordnung ist an Stelle der mit Min.-Erl. vom 7. Juni 1850, Z. 4502 genehmigten Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Wien getreten.

§. 7. Das Concept des Verfügungsantrages oder Expeditionsentwurfes ist sammt den etwaigen Voracten und dem Actenauszuge dem Rector zur Genehmigung vorzulegen, welche durch die Unterschrift ertheilt wird.

§. 8. Wird ein Geschäftsstück einem Einzelreferenten oder einer Commission zum Vortrage zugewiesen, was zugleich mit der Bezeichnung des Geschäftsstückes zum Vortrag (§. 5) geschieht, so ist dasselbe sammt Beilagen, Prioren und einem auf einem Referatsbogen gefertigten Actenauszuge längstens innerhalb drei Tagen von der Kanzlei mitzutheilen.

Die Actenauszüge werden im Allgemeinen von dem Kanzlei-Director gemacht; in Betreff der Verleihung von Stipendien hat sie der Universitäts-Actuar zu besorgen. Dieser hat auch die erforderlichen Competenztabellen anzufertigen.

§. 9. Der Antrag nebst der Begründung wird von dem Referenten oder nach Weisung desselben von dem Kanzlei-Director concipirt.

II. Sitzungen.

§. 10. Der Senat hat regelmässig jeden Monat Sitzung. Der Rector kann aber auch ausserdem nach seinem Befunde eine Sitzung veranlassen.

Wenn vier Mitglieder des Senates die Abhaltung einer Sitzung verlangen, so ist der Rector gehalten, den Senat sofort einzuberufen.

§. 11. Zu jeder Sitzung werden die Senats-Mitglieder durch von dem Rector ausgehende schriftliche Einladungen mindestens zwei Tage vorher berufen.

§. 12. Dem Rector muss bei jeder Sitzung ein Verzeichniss der in derselben zum Vortrage zu bringenden Geschäftsstücke vorgelegt werden.

§. 13. Jeder Referent hat in der Sitzung regelmässig alle Geschäftsstücke zum Vortrag zu bringen, welche ihm länger als drei Tage vor derselben zur Bearbeitung zugekommen sind.

Geschäftsstücke, deren Erledigung dringend ist, hat der Referent nach Bedürfniss in kürzerer Zeit zum Vortrage zu bringen und kann hiezu von dem Rector schon gleich bei der Zutheilung angewiesen werden.

§. 14. In jeder Sitzung ist das Einreichungs-Protokoll sammt dem darüber geführten alphabetischen Index vorzulegen und in dem vom Rector zu erstattenden Currentienbericht ist:

a) die Zahl der von einer zur anderen Sitzung erledigten Currentien anzuzeigen;

b) die Auskunft, ob alle Stücke erledigt, oder welche und aus was für Gründen unerledigt aufbehalten wurden, beizufügen; und

c) diejenigen Stücke, welche für die Versammlung ein eigentliches Interesse gewähren, sind im Currentienreferate der Sitzung zur Kenntniss zu bringen.

§. 15. Es steht wie dem Rector so auch jedem Mitgliede frei, ausser den für die Sitzung zum Vortrage bestimmten Geschäftsstücken

selbstständige Anträge zu stellen und zur Berathung und Schlussfassung zu bringen.

Solche selbstständige Anträge müssen schriftlich abgefasst sein und von den Antragstellern längstens vor Beginn der Sitzung dem Rector übergeben werden.

§. 16. Das im vorhergehenden Paragraphe Bestimmte gilt auch von Interpellationen, welche gleichfalls jedes Mitglied stellen kann.

§. 17. Der Rector eröffnet und schliesst die Sitzung. Er leitet sie und erhält die Ordnung in derselben aufrecht.

III. Berathung und Schlussfassung.

§. 18. Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände in der Sitzung zur Berathung und Schlussfassung zu kommen haben, ist:

1. Der Currentienbericht.
2. Die von der vorigen Sitzung zurückgebliebenen Gegenstände.
3. Die Vortragsstücke in der vom Rector zu bezeichnenden Ordnung, zuletzt die Stipendien-Verleihungen.
4. Die vorliegenden selbstständigen Anträge und Interpellationen, gleichfalls in der Ordnung, wie sie der Rector festsetzt.

§. 19. Der Referent hat zuerst dem auf dem Referatsbogen schriftlich enthaltenen Actenauszuge und begründeten Antrage gemäss Vortrag zu erstatten.

Auch jeder sonstige Antragsteller ist befugt, über seinen schriftlichen Antrag und dessen Begründung einen Vortrag zu halten.

§. 20. Nach dem Ende des Vortrages des Referenten oder sonstigen Antragstellers eröffnet der Rector die Besprechung (Debatte).

§. 21. Niemand darf das Wort nehmen, wenn er nicht dasselbe von dem Rector begehrt und erhalten hat. Dieser hat es nach der Reihe, in welcher die Anmeldung zum Worte geschah, zu ertheilen.

§. 22. Auf Verlangen eines Mitgliedes ist über den Schluss der Debatte abzustimmen. Nach ausgesprochenem Schlusse der Debatte sind nur noch die zum Worte schon Angemeldeten, dann der Referent oder Antragsteller, wenn sie es wünschen, zu hören.

§. 23. Anträge, welche in Ansehung des in Berathung genommenen Gegenstandes entgegen jenem des Referenten oder sonstigen Antragstellers, oder zu dessen Verbesserung (Amendements) gestellt werden, können bis zum Anfange der Abstimmung vorgebracht werden.

§. 24. Wenn nach dem Ende des Vortrages des Referenten oder sonstigen Antragstellers sich über Aufforderung des Rectors Niemand zum Worte meldet, oder sobald der angenommene Schluss der Debatte wirksam geworden ist, wird zur Abstimmung geschritten.

§. 25. Die Fragestellung geschieht durch den Rector. Ein Antrag auf Aussetzung des Beschlusses auf eine spätere Zeit ist vor allen materiellen Verbesserungsvorschlägen zur Abstimmung zu bringen.

Der von zwei Anträgen weiter gehende hat den Vorrang vor dem anderen. Im Uebrigen gehen die Verbesserungsvorschläge, sie mögen einen Zusatz oder eine Abänderung beantragen, dem ursprünglichen Antrage vor.

§. 26. Wenn gegen die Fragestellung Anstand erhoben wird, findet darüber Debatte und Abstimmung statt.

§. 27. Die Abstimmung geschieht in der Regel mündlich, jedoch blos durch Bejahung oder Verneinung; eine Motivirung ist nicht gestattet.

Die Senats-Mitglieder stimmen, falls von einem Mitgliede namentliche Abstimmung verlangt wird, nach ihrer Rangordnung.

Der Rector gibt seine Stimme nur im Falle der Stimmengleichheit ab. Er macht das Ergebniss der Abstimmung bekannt und verkündet den gefassten Beschluss.

§. 28. Es ist jedem Senats-Mitgliede erlaubt, eine schriftliche Begründung seiner Meinung (Separat-Votum) niederzulegen. Diese muss aber unter eigenhändiger Fertigung entweder sogleich in der Sitzung oder längstens den zweiten Tag darnach dem Rector übergeben werden.

§. 29. Bei Besetzung von Stellen und Würden erfolgt die Abstimmung durch Stimmzettel, welche vom Vorsitzenden übernommen und von ihm und dem Nächstsitzenden eröffnet und vorgelesen werden. Ergibt sich dabei keine absolute Stimmenmehrheit, so wird eine zweite Abstimmung vorgenommen und wenn auch dabei keine absolute Majorität erzielt wird, so wird zur engeren Wahl geschritten, auf welche Diejenigen gesetzt werden, welche im zweiten Wahlgange die beiden höchsten Stimmzahlen hatten. Führt auch diese engere Wahl zu keinem Resultate, so entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

IV. Sitzungs-Protokoll.

§. 30. Ueber jede Sitzung ist ein Protokoll durch den Kanzlei-Director und in dessen Verhinderung durch den Actuar der Universität zu führen.

§. 31. Das Sitzungs-Protokoll muss die Zeit des Anfanges und Endes der Sitzung, die anwesenden und die Entschuldigung der abwesenden Senats-Mitglieder, dann die verhandelten Gegenstände nach der Reihe, wie sie vorkommen, enthalten.

§. 32. Jedes Geschäftsstück, welches zur Verhandlung kommt, ist im Sitzungs-Protokolle mit Einreichungszahl und Tag und kurzer Inhaltsangabe anzuführen.

§. 33. Ebenso werden selbstständige Anträge, wenn sie schriftlich gestellt werden (§. 15), dem Sitzungs-Protokolle eingeschaltet.

Das Gleiche gilt von schriftlichen Interpellationen.

§. 34. Aus der Debatte kommt nichts in das Sitzungs-Protokoll. Nur die Anträge und Beschlüsse sind in die Sitzungs-Protokolle aufzunehmen, welche eigentlich als blosse Beschluss-Protokolle abzufassen sind.

§. 35. Endlich muss in dem Sitzungs-Protokolle die Abstimmung mit genauer Angabe des Stimmenverhältnisses und insoweit es verlangt wird, auch der Einzelstimmen und der gefasste Beschluss vollständig und bestimmt erscheinen.

Im Falle sich ein Senats-Mitglied der Stimme enthält, ist dieses in dem Sitzungs-Protokolle ausdrücklich anzumerken

§. 36. Das Sitzungs-Protokoll wird sämmtlichen in der Sitzung gegenwärtig gewesenen Mitgliedern des Senates zur Kenntnissnahme mitgetheilt.

Die Unterfertigung des Circulationsbogens gilt als die Erklärung der Nichtbeanständigung.

Will ein Mitglied gegen die Fassung des Protokolls einen Anstand erheben, so hat es dies sofort zu thun. In einem solchen Falle findet in der nächsten Sitzung die Richtigstellung des Protokolles durch Beschluss des Senates statt.

Das unbeanständete oder richtig gestellte Protokoll wird durch die Unterschrift des Rectors beglaubigt.

V. Vollziehung der Beschlüsse.

§. 37. Die Vollziehung der vom Senate gefassten Beschlüsse geschieht durch den Rector.

§. 38. Die dem Beschlusse entsprechende Expedition ist auf dem Referatsbogen durch den Kanzlei-Director zu concipiren, wenn nicht der Senat dem Referenten die Abfassung übertragen oder der Referent selbst sich die Abfassung vorbehalten hat.

§. 39. Wenn in Folge eines Beschlusses über einen selbstständigen Antrag eines Senats-Mitgliedes eine Expedition zu erlassen ist, so ist über die schriftliche Eingabe des Antrages ein Referatsbogen zu machen, auf welchem unter Berufung auf diese und einem Auszuge daraus oder der mündlich vorgetragenen Begründung der Antragsteller oder nach dessen Weisung der Kanzlei-Director die Expedition zu concipiren hat.

Die schriftliche Eingabe ist in einem solchen Falle in das Einreichungs-Protokoll einzutragen und mit einer Geschäftszahl zu versehen, andere schriftliche Anträge, sowie Interpellationen sind als Beilagen des Sitzungs-Protokolles bei diesem zu belassen.

§. 40. Die zur Vollziehung der gefassten Beschlüsse des Senates gemachten Expeditionen-Entwürfe sind von dem Referenten durch seine Unterschrift zu bekräftigen. Mit dieser versehen werden sie der Genehmigung des Rectors unterbreitet.

VI. Ausfertigung der Expeditionen.

§. 41. Die auszufertigenden Expeditionen mit Ausnahme der Bescheide werden von dem Rector, Bescheide bloß durch den Kanzlei-Director der Universität unterfertigt.

1091) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
31. Jänner 1874, Z. 858,

an das Decanat des theologischen Professoren-Collegiums der Universität Wien,
**betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-
Collegium der theologischen Facultät in Wien.**

Die mit Bericht vom vorgelegte Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät an der Wiener Universität wird hiermit genehmigt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät der Universität Wien.

Erster Abschnitt.

Von den Geschäften des Professoren-Collegiums und der Behandlung derselben im Allgemeinen.

§. 1. Alle an das Professoren-Collegium oder an den Decan gerichteten Erlässe der Behörden und Eingaben der Parteien werden in der Decanatskanzlei eingebracht, daselbst von dem Decan oder seinem Actuar mit dem Tage ihres Einlaufes und der entsprechenden Geschäftszahl bezeichnet und mit dieser Bezeichnung und einer kurzen Angabe ihres Inhaltes in das Geschäftsprotokoll eingetragen.

Desgleichen sind im Geschäftsprotokoll jede vom Decan vollzogene Ausführung der vom Professoren-Collegium im Wege des Umlaufes (§§. 11 ff.) oder in der Sitzung (§§. 22 ff., 74) gefassten Beschlüsse, sowie die von ihm selbstständig getroffenen Anordnungen (§. 17) zu verzeichnen.

Und sollte der im §. 18, Absatz 2, des Gesetzes vom 27. April 1873 (R.-G.-Bl. Nr. 63), betreffend die Organisation der Universitäts-Behörden, vorgesehene Fall eintreten, so ist nicht blos dieser selbst, sondern auch die für denselben vom Unterrichtsminister getroffene Verfügung in der eben gedachten Weise im Geschäftsprotokoll zu bemerken.

§. 2. Das Geschäftsprotokoll ist für jedes Studienjahr abgesondert zu führen. Dasselbe wird nach Schluss des Studienjahres eingebunden und mit der Ueberschrift: „Geschäftsprotokoll des Professoren-Collegiums der theologischen Facultät an der k. k. Universität in Wien“ versehen. Die Kosten hiefür hat der Decan des betreffenden Studienjahres aus dem Kanzleipauschale zu bestreiten.

§. 3. Jeder Decan hat zu dem unter ihm geführten Geschäftsprotokoll über alle wichtigeren Geschäftsstücke einen alphabetischen Realindex anzufertigen. Dieser Realindex ist dem in der Registratur des Professoren-Collegiums bereits vorhandenen als Fortsetzung anzuschliessen.

§. 4. Diejenigen Actenstücke, welche bei dem Professoren-Collegium zu verbleiben haben, werden nach ihren Protokollszahlen in fortlaufender Reihe geordnet und in entsprechende Fascikel gebunden.

Diese sind mit einem Umschlage zu versehen, auf welchem die darin enthaltenen Actenstücke nach ihren Protokollszahlen ersichtlich gemacht werden.

Die Sitzungsprotokolle (§. 62 ff.) werden zusammen in einen abgesonderten Fascikel gebunden.

§. 5. Das „Reichsgesetzblatt“, das „Landesgesetz- und Verordnungsblatt“, ferner das „Verordnungsblatt des Ministeriums für Cultus und Unterricht“ und das „Wiener Diöcesanblatt“ werden in hergebrachter Weise eingebunden und in dem Bibliothekkasten des Professoren-Collegiums an entsprechender Stelle eingereiht. Die Kosten des Einbandes hat gleichfalls der Decan zu tragen (§. 2); und zwar ein jeder Decan für je ein Kalenderjahr, nämlich für dasjenige, dessen Schluss in sein Decanatsjahr fällt.

§. 6. Die dem Professoren-Collegium innerhalb eigenen Wirkungskreises zustehenden Geschäfte sind im §. 14 des oben (§. 1) angeführten Gesetzes bestimmt.

§. 7. Die Ueberwachung der an der hiesigen theologischen Facultät etwa stattfindenden schriftlichen Concursprüfungen kann nur von wirklichen Professoren, welche Mitglieder des Professoren-Collegiums sind (§. 5 des gedachten Gesetzes), geführt werden.

§. 8. Für die in dem oben (§. 1) angeführten Gesetze (§. 14, Z. 4) erwähnte Verleihung des Doctorgrades besteht eine eigene Promotionsordnung.

§. 9. Die übrigen durch das angezogene Gesetz dem Professoren-Collegium zugewiesenen Geschäfte sondern sich in Betreff ihrer Behandlung in solche, die nur vom Decan, und in solche, die vom gesammten Professoren-Collegium zu erledigen sind. Zu den ersteren gehören die currenten Geschäftsstücke und alle jene, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen (§. 18, Abs. 3, des Ges. über die Org. der Univers.-Beh.); zu den letzteren alle übrigen.

§. 10. Der Decan erledigt die ihm zustehenden Geschäftsstücke allein; er hat jedoch dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung darüber zu berichten (§. 18, Abs. 3, des gen. Ges.).

§. 11. Vom Professoren-Collegium werden die demselben vorbehaltenen Geschäfte (§. 9) entweder in der Sitzung oder im Wege des Umlaufes erledigt.

Die erstere Art der Erledigung bildet die Regel; die letztere findet nur ausnahmsweise und nur bei dringenden Geschäftsstücken statt.

§. 12. Ob ein Geschäftsstück als so dringend anzusehen sei, dass es im Wege des Umlaufes erledigt werden müsse, entscheidet von Fall zu Fall der Decan.

§. 13. Ist ein Geschäftsstück im Wege des Umlaufes zu erledigen, so hat der Decan über dasselbe einen bestimmten Antrag, und zwar in der Weise zu verfassen, dass darüber mit einfacher Bejahung oder Verneinung abgestimmt werden kann. Diesen Antrag hat er sammt dem bezüglichen Actenstücke und dessen etwaigen Beilagen allen wirklichen Professoren, welche Mitglieder des Professoren-Collegiums sind (§. 5

des Ges. über die Org. der Univers.-Beh.), durch den Facultätsdiener zustellen zu lassen.

§. 14. Die genannten Professoren haben das ihnen zugestellte Actenstück und den Antrag des Decans mit thunlichster Beschleunigung in Erwägung zu ziehen, ihre bezügliche Meinung mit ihrer Unterschrift unter dem vom Decan gestellten Antrage an der entsprechenden Stelle zu verzeichnen und sodann die sämtlichen Schriftstücke ohne Verzug dem Facultätsdiener zurückzustellen.

Damit das Amtsgeheimniss (§. 61) gewahrt werde, hat die Circulation der gedachten Acten unter Verschluss zu geschehen.

§. 15. Jene Meinung, für welche die absolute Mehrheit der wirklichen Professoren, welche Mitglieder des Collegiums sind (§. 13), sich erklärt hat, ist als Beschluss des Professoren-Collegiums anzusehen und diesem als solcher in der nächsten Sitzung vom Decan zur Kenntniss zu bringen.

Falls die von den genannten Professoren abgegebenen Stimmen, die des Decans mit eingerechnet, sich in gleiche Hälften theilen, so hat die durch jene Hälfte, in welcher die Stimme des Decans sich befindet, vertretene Meinung als Beschluss des Professoren-Collegiums zu gelten.

Die Vollziehung der in dieser Weise gefassten Beschlüsse des Professoren-Collegiums liegt dem Decan ob.

§. 16. Wird im Wege des Umlaufes die im §. 15 erwähnte Stimmenmehrheit nicht erzielt, so ist der fragliche Gegenstand in einer ausserordentlichen Sitzung des Professoren-Collegiums (§. 22) zu verhandeln.

§. 17. Wenn Gefahr im Verzuge ist, trifft der Decan selbstständig die erforderlichen Anordnungen (§. 18, Abs. 3, des Ges. über die Org. der Univers.-Beh.). Er hat jedoch in der nächsten Sitzung dem Professoren-Collegium nicht blos die von ihm selbstständig getroffenen Anordnungen zur Kenntniss zu bringen, sondern nöthigenfalls auch die Gründe, aus welchen er das betreffende Geschäftsstück für so dringend erachtet hat, darzulegen.

Im Uebrigen sind in dieser Hinsicht die Bestimmungen des §. 32 dieser Geschäftsordnung massgebend.

§. 18. In allen übrigen, ausser den in den §§. 11—15 und dem §. 17 erwähnten, Fällen hat die Erledigung der dem Professoren-Collegium vorbehaltenen Geschäfte (§. 9) in der Sitzung desselben (§§. 22 ff.) stattzufinden.

§. 19. Für jedes der in der Sitzung zu erledigenden Geschäftsstücke hat der Decan aus den wirklichen Professoren, welche Mitglieder des Collegiums sind (§. 5 des Ges. über die Org. der Univers.-Beh.), einen Referenten zu benennen und diesem das bezügliche Actenstück sammt dessen etwaigen Beilagen und den allfälligen Voracten durch den Facultätsdiener unter Verschluss (§. 14, Abs. 2) zu dem Zwecke zuzustellen, dass er darüber einen Bericht (Referat) erstatte.

Dieser Bericht hat einen kurzen Actenauszug, den Antrag des Referenten und dessen Begründung zu enthalten.

§. 20. Bei Benennung des Referenten hat der Decan die besonderen Berufskenntnisse der einzelnen Professoren zu berücksichtigen, sowie darauf zu sehen, dass der eine oder andere aus ihnen nicht unnöthiger Weise überbürdet werde.

Schwierigkeiten, die etwa in dieser Beziehung sich ergeben, sind entweder im Wege des Umlaufes (§§. 11 ff.), oder in der Sitzung (§§. 22 ff.) vor das Professoren-Collegium zu bringen, welches dieselben endgiltig zu entscheiden, eventuell den Referenten durch die Wahl zu bestimmen hat (§. 59).

§. 21. Der Referent hat den ihm aufgetragenen Bericht binnen der vom Decan bestimmten Frist zu liefern. Wäre ihm dies nicht möglich, so hat er darüber beim Decan, eventuell in der nächsten Sitzung beim Professoren-Collegium, sich zu rechtfertigen und um eine längere Frist anzusuchen.

Bei Geschäftsstücken von besonderer Wichtigkeit hat der Decan den ihm vom Referenten überreichten Bericht noch vor der Sitzung allen Denen, welche zur Theilnahme an derselben berechtigt sind, behufs eingehender Kenntnissnahme unter Verschluss (§. 14, Abs. 2) mitzutheilen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Sitzungen des Professoren-Collegiums.

§. 22. Die Sitzungen des Professoren-Collegiums zerfallen in ordentliche und ausserordentliche (§. 14 des Ges. über die Org. der Univ.-Beh.). Die ersteren finden in der Regel jeden zweiten Monat, die letzteren bei besonderen Anlässen (vgl. §§. 16, 58) statt. Zu den erstgenannten ist auch die im §. 17, Absatz 2, des eben angeführten Gesetzes erwähnte zu zählen.

§. 23. Den Tag und die Stunde der Sitzung bestimmt der Decan, unter Berücksichtigung der etwaigen amtlichen Verhinderung aller Derer, die zur Anwesenheit in der Sitzung berechtigt sind.

Derselbe hat auch die Einladung zur Sitzung ergehen zu lassen, und zwar hat diese schriftlich und mit genauer Angabe der Tagesordnung zu geschehen.

§. 24. Zur Sitzung sind einzuladen alle wirklichen Professoren, welche dem Professoren-Collegium als Mitglieder angehören; ferner diejenigen Privatdocenten, welche im Professoren-Collegium Sitz und beratende Stimme haben (§. 5 des Ges. über die Org. d. Univ.-Beh.), sowie auch die Supplenten.

§. 25. Inwieferne die zur Anwesenheit in der Sitzung Berechtigten hiezu auch verpflichtet seien, ist im §. 15 des eben erwähnten Gesetzes bestimmt.

§. 26. Wenn in der Sitzung solche Gegenstände verhandelt werden sollen, die einen der Anwesenden persönlich angehen, so hat dieser vor Beginn der betreffenden Verhandlung das Sitzungslocale zu verlassen.

Sollte aus einem derartigen Anlass eine Vertretung des Decans nöthig werden, so hat diese nach §. 13, Absatz 1, des oben (§. 25) erwähnten Gesetzes stattzufinden.

§. 27. Wer in der Sitzung beschliessende Stimme habe, mit anderen Worten, stimmberechtigtes Mitglied derselben sei, bestimmt der §. 5 des eben angeführten Gesetzes.

Den Supplenten als solchen kommt überhaupt nur eine berathende Stimme zu.

§. 28. Damit in einer Sitzung gültige Beschlüsse gefasst werden können, ist ausser der rechtmässigen Einberufung dieser Sitzung (§§. 23, 24, 75) noch nothwendig, dass wenigstens die Hälfte der wirklichen Professoren, welche dem Collegium als Mitglieder angehören, in derselben anwesend sei (§. 16 des Ges. über die Org. der Univ.-Beh.).

§. 29. Den Vorsitz führt der Decan. Ihm zunächst, und zwar zur Rechten, sitzt der Prodecan, zur Linken der im Amte älteste ordentliche Professor; weiter zur Rechten und zur Linken nehmen die übrigen ordentlichen Professoren, dann die ausserordentlichen Professoren, die Privatdocenten und nach diesen die Supplenten, je nach ihrem Dienstalter, Platz.

Sollte jedoch das Professoren-Collegium in seiner Mitte den Rector oder Prorector haben, so gebührt diesem der erste Sitz zur Rechten des Decans; in welchem Falle der Prodecan den ersten Sitz zur Linken des Decans einzunehmen hat.

§. 30. Der Decan hat die Sitzung zu eröffnen. Demselben liegt die Leitung der Verhandlungen und überhaupt die Aufrechthaltung der Ordnung in der Sitzung ob. Ihm allein steht es auch zu, die Sitzung zu schliessen.

§. 31. Nach Eröffnung der Sitzung wird zunächst die Anwesenheit der erschienenen Mitglieder constatirt, eventuell über die Zulässigkeit des Wegbleibens der nicht erschienenen in Gemässheit des §. 15 des Gesetzes über die Organisation der Universitäts-Behörden beschlossen.

Dann werden vom Decan die seitens der Behörden an ihn oder an das Professoren-Collegium eingelangten Erlässe, insoferne diese nicht Gegenstand eines für diese Sitzung bestimmten Referates sind, der Versammlung zur Kenntniss gebracht.

Sodann macht der Decan die inzwischen vom Professoren-Collegium im Wege des Umlaufes gefassten Beschlüsse (§. 15) bekannt und berichtet über die von ihm allein bis zu dieser Sitzung erledigten Geschäftsstücke (§§. 10, 17).

Darauf folgt die Verhandlung der in der letztverflossenen Sitzung unerledigt gebliebenen Geschäftsstücke (§. 58, Abs. 2).

Alsdann haben die für diese Sitzung bestimmten Referenten, und zwar in der auf der Tagesordnung angegebenen Reihenfolge (§. 23, Abs. 2), ihre Berichte vorzutragen (§. 19).

§. 32. Sollte der oben (§. 31, Abs. 3) gedachte Bericht des Decans bei irgend einem Mitgliede der Versammlung einen Zweifel

hervorrufen, so ist dieses berechtigt, vom Decan darüber Aufklärung zu verlangen.

Erscheint ihm die vom Decan gegebene Aufklärung unzureichend, so ist darüber von der Versammlung, und zwar ohne Debatte, abzustimmen.

Erachtet die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder (§. 27) die vom Decan gegebene Aufklärung für ungenügend, so kann dieser die fragliche Angelegenheit vor den akademischen Senat bringen, welcher darüber in Gemässheit des §. 19, Absatz 3, des Gesetzes über die Organisation der Universitäts-Behörden zu entscheiden hat.

Im entgegengesetzten Falle ist die betreffende Angelegenheit als erledigt anzusehen.

§. 33. Sobald ein Referent seinen Vortrag (§. 31, Abs. 5) beendigt hat, eröffnet der Decan mit der an die Versammlung gerichteten Frage, ob nicht Jemand über den vorliegenden Gegenstand zu sprechen wünsche, die Erörterung der fraglichen Angelegenheit (Debatte).

§. 34. Nach Eröffnung der Debatte steht es jedem Mitgliede der Versammlung, wenn es gleich nicht stimmberechtigt ist (§. 27), frei, vom Decan das Wort zu verlangen.

Niemand darf das Wort nehmen, ohne es vom Decan verlangt und erhalten zu haben. Dieser hat das Wort in derselben Reihenfolge zu ertheilen, in der es verlangt wurde.

Zweifel, die etwa aus Anlass der Ertheilung oder Verweigerung des Wortes rege werden, hat die Versammlung endgiltig zu entscheiden.

§. 35. Den Redner darf ausser dem Decan Niemand unterbrechen.

Der Decan hat das Recht, an den Redner nöthigenfalls den Ordnungsruf ergehen zu lassen.

Den Zweifel, ob ein Ordnungsruf berechtigt sei, entscheidet endgiltig die Versammlung.

§. 36. Jedes stimmberechtigte Mitglied (§. 27) der Versammlung ist befugt, den Schluss der Debatte zu beantragen.

Ueber einen solchen Antrag ist ohne Debatte abzustimmen.

Entscheidet wenigstens die Hälfte der übrigen stimmberechtigten Mitglieder sich für diesen Antrag, so darf vom Decan Niemandem mehr das Wort ertheilt werden. Denjenigen aber, die es bereits erhalten haben, bleibt es unbenommen, davon Gebrauch zu machen.

Auch ist jedenfalls noch der Referent, wenn er es verlangt, zu hören.

§. 37. So lange die Abstimmung nicht begonnen hat, steht es jedem Mitgliede der Versammlung frei, auf den in Verhandlung begriffenen Gegenstand bezügliche Anträge zu stellen, mögen diese dem Antrage des Referenten entgegengesetzt sein, oder blos zum Zwecke haben, diesen zu verbessern (Amendements), oder auch nur die weitere Verhandlung oder Beschlussfassung über denselben zu vertagen.

Es ist aber auch ein jeder Antragsteller berechtigt, so lange über den von ihm ausgegangenen Antrag nicht abgestimmt worden, denselben zurückzuziehen.

§. 38. Nach Schluss der Debatte oder, wenn Niemand sich zum Worte gemeldet, gleich nach der in dieser Hinsicht vom Decan an die Versammlung gerichteten Anfrage (§. 33) ist über den bezüglichen Gegenstand zur Abstimmung zu schreiten.

§. 39. Alle im Laufe der Verhandlung gestellten und nicht zurückgezogenen Anträge müssen zur Abstimmung gebracht werden.

§. 40. Vor Allem ist über die Vertagungsanträge abzustimmen.

Dann wird über jene Anträge abgestimmt, welche dem des Referenten entgegengesetzt sind, und unter diesen zuerst über diejenigen, welche einen weiteren, und hierauf über diejenigen, welche einen engeren Umfang haben als der vom Referenten gestellte Antrag. Innerhalb einer jeden dieser beiden Arten von Anträgen geht derjenige vor, welcher von dem des Referenten am weitesten entfernt ist.

Sodann sind die Verbesserungsanträge zur Abstimmung zu bringen, und unter diesen zuerst diejenigen, die eine Aenderung des ursprünglichen Antrages, und dann die, welche blos einen Zusatz zu demselben enthalten.

Endlich wird über den vom Referenten gestellten Antrag abgestimmt, wenn nicht etwa die Annahme desselben bereits durch die bisherigen Abstimmungen zweifellos festgestellt ist.

§. 41. Den Gegenstand der Abstimmung formulirt der Decan.

Wird gegen die von diesem gestellte Abstimmungsfrage von Seite irgend eines Mitgliedes der Versammlung ein Anstand erhoben, so hat darüber Debatte und Abstimmung stattzufinden.

§. 42. Der Referent stimmt zuerst. Auf ihn folgen die übrigen stimmberechtigten Mitglieder (§. 27) nach ihrem Dienstalder, und zwar vom jüngsten Mitgliede angefangen aufwärts, mit Ausnahme des Decans, welcher ohne Rücksicht auf das Dienstalder stets der letzte zu stimmen hat.

§. 43. Die Abstimmung geschieht durch blosse Bejahung oder Verneinung der vorgelegten Frage. Eine Motivirung der Abstimmung ist nicht gestattet.

§. 44. Diejenige Meinung, für welche die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Versammlung sich ausgesprochen hat, ist als Beschluss der Versammlung anzusehen und als solcher sofort vom Decan bekannt zu geben.

In dem Falle, dass die abgegebenen Stimmen sich in gleiche Hälften theilen, hat die Bestimmung des §. 15, Absatz 2, dieser Geschäftsordnung Anwendung zu finden.

§. 45. In der Regel ist die Abstimmung eine öffentliche. Sollte jedoch auch nur Ein Stimmführer eine geheime Abstimmung beantragen, so hat die Abstimmung geheim zu geschehen.

§. 46. Bei der geheimen Abstimmung haben die Stimmberechtigten ihr Votum auf einen Zettel zu schreiben, diesen zusammenzulegen, so dass die Schrift nicht sichtbar ist, und ihn sodann in die hiefür bestimmte Urne zu werfen.

§. 47. Der Decan hat die in der Urne gesammelten Stimmzettel zuerst, und zwar unter der Controle des zunächst zu seiner Rechten sitzenden Mitgliedes der Versammlung, uneröffnet zu zählen.

Wenn die Zahl der Stimmzettel mit jener der Stimmberechtigten nicht übereinkommt, so bleiben die Stimmzettel uneröffnet, und die Abstimmung findet von Neuem statt.

Im entgegengesetzten Falle nimmt der Decan, und zwar ebenfalls unter der oben gedachten Controle, die Eröffnung der Stimmzettel und die Zählung der Stimmen vor.

§. 48. Auf Stimmzettel, welche etwa ein bedingtes oder alternatives Votum, oder überhaupt gar keines enthalten, oder deren Schrift ganz unleserlich ist, wird bei Zählung der Stimmen keine Rücksicht genommen.

Sollten sich die Stimmen in gleiche Hälften theilen, so entscheidet der Decan, welche von den beiden Meinungen als Beschluss des Professoren-Collegiums zu gelten habe.

§. 49. Nach Bekanntgebung des Beschlusses sind die sämtlichen Stimmzettel vom Decan zu vertilgen.

§. 50. Jedes Mitglied der Versammlung ist berechtigt, auch selbstständige, d. i. zu den für die betreffende Sitzung zum Vortrage bestimmten Gegenständen in keiner Beziehung stehende Anträge (vgl. §. 37) zu stellen. Diese müssen jedoch von demselben schriftlich abgefasst und unterzeichnet sein und dem Decan längstens gleich nach Eröffnung der Sitzung überreicht werden.

§. 51. Der Decan hat die ihm rechtzeitig (§. 50) überreichten Anträge unmittelbar nach Erstattung des im §. 31, Absatz 3, gedachten Berichtes zur Kenntniss der Versammlung zu bringen; im Uebrigen aber ist es in sein Ermessen gestellt, sie entweder in derselben oder in der nächsten Sitzung zur Verhandlung zu bringen.

Ist der betreffende Antragsteller mit der vom Decan verfügten Vertagung seines Antrages nicht zufrieden, so hat darüber die Versammlung ohne Debatte endgiltig zu beschliessen.

§. 52. Soll ein selbstständiger Antrag in derselben Sitzung, in der er gestellt wurde, verhandelt werden, so hat dies unmittelbar nach Erledigung der für diese Sitzung bestimmten Vortragsstücke (§. 31, Abs. 5) zu geschehen.

Für die weitere Behandlung dieser Anträge haben im Wesentlichen dieselben Bestimmungen zu gelten, wie für die der eben genannten Vortragsstücke (§§. 33 ff.). Nur bezüglich der Abstimmung (§. 42) greift, falls der betreffende Antragsteller nicht stimmberechtigt ist (§. 27), selbstverständlich die Ausnahme Platz, dass derselbe in dieser Sache überhaupt nicht stimmen kann.

§. 53. Unter den im §. 50 angeführten Modalitäten ist jedes Mitglied der Versammlung berechtigt, auch Interpellationen an den Decan zu richten.

§. 54. Der Decan hat die ihm überreichten Interpellationen nach Bekanntmachung der etwaigen selbstständigen Anträge (§. 51), und wenn keine solchen gestellt wurden, unmittelbar nach Erstattung des im §. 31, Absatz 3, genannten Berichtes der Versammlung zur Kenntniss zu bringen.

Im Uebrigen aber ist es ihm, mit Ausschluss aller Rechtsmittel, anheimgestellt, die gedachten Interpellationen entweder noch in derselben, oder aber erst in der nächstfolgenden Sitzung zu beantworten. Jedoch über die nächstfolgende Sitzung kann er diese Beantwortung nicht hinausschieben.

§. 55. Soll eine Interpellation noch in derselben Sitzung, in der sie eingebracht wurde, beantwortet werden, so kann dies erst nach Erledigung der für diese Sitzung bestimmten Vortragsstücke (§. 31, Abs. 5), und wenn in derselben etwa selbstständige Anträge zu erledigen sind, erst nach Erledigung dieser (§. 52) geschehen.

§. 56. In dem Falle, dass irgend ein Mitglied der Versammlung die Beantwortung der Interpellation für unzureichend erachtete, haben die Bestimmungen des §. 32 sinngemässe Anwendung zu finden.

§. 57. So lange die Sitzung nicht rechtmässig geschlossen (§. 30), ist es keinem stimmberechtigten Mitgliede gestattet, dieselbe ohne zureichenden, vom Decan, und in weiterem Zuge, von der Versammlung selbst, anerkannten Grund zu verlassen.

§. 58. Hat die Sitzung bereits über drei Stunden gedauert, so kann jeder Stimmberechtigte den Schluss derselben beantragen.

Erklärt wenigstens die Hälfte der übrigen Stimmberechtigten sich für diesen Antrag, so hat der Decan die Sitzung ohne weiters zu schliessen. Die in derselben unerledigt gebliebenen Geschäftsstücke haben in Gemässheit des §. 31, Absatz 4, für die nächste, eventuell ausserordentliche, Sitzung auf die Tagesordnung zu kommen.

§. 59. An der Wahl des Referenten können nur wirkliche Professoren, welche Mitglieder des Professoren-Collegiums sind (§. 27), sich betheiligen.

Auch gewählt zum Referenten kann nur einer der eben Genannten werden (§. 19).

Die etwaige Ablehnung dieser Wahl hat keine suspensive Wirkung.

Im Uebrigen sind für diese Wahl die für jene des Decans geltenden Vorschriften (§. 7 des gen. Ges.) massgebend.

§. 60. Der für die Wahl des Referenten vorgeschriebene Vorgang (§. 59) ist auch bei einer etwaigen Wahl anderer Geschäftsträger oder Vertreter des Professoren-Collegiums zu beobachten.

Jedoch zur Annahme dieser Wahl ist der Gewählte in keiner Weise verpflichtet.

§. 61. Ueber die vom Professoren-Collegium, sei es im Wege des Umlaufes (§§. 11—15), oder in der Sitzung (§§. 22—60), gepflogenen Verhandlungen darf ausser dem Decan kein Mitglied des Collegiums, beziehungsweise kein Theilnehmer der Sitzung, ohne Ermächtigung von Seite des Professoren-Collegiums oder des Decans, solchen Personen, die weder zu den dem Professoren-Collegium vorgesetzten Behörden zählen, noch auch irgendwie dem Professoren-Collegium als Mitglieder angehören, eine Mittheilung machen.

Dritter Abschnitt.

Von dem Sitzungsprotokoll und der Vollziehung der in der Sitzung gefassten Beschlüsse.

§. 62. Ueber jede Sitzung ist ein eigenes Protokoll aufzunehmen und mit der fortlaufenden Zahl der Sitzungen des bezüglichen Studienjahres zu bezeichnen.

Als Protokollführer hat das jüngste Mitglied der Versammlung aus der Reihe der wirklichen Professoren zu fungiren.

§. 63. In dem Sitzungsprotokoll werden alle Geschäfte angeführt, welche in der betreffenden Sitzung vorgekommen sind, und zwar in derselben Ordnung, in welcher sie zur Verhandlung gebracht wurden.

Sind irgendwelche Gegenstände, die in der Tagesordnung für die betreffende Sitzung bestimmt waren, auf die nächste Sitzung vertagt worden, so ist auch dieses im Sitzungsprotokoll zu bemerken.

Insbesondere ist darin auch das Urtheil über das etwaige Wegbleiben von Professoren, die zur Anwesenheit in der Sitzung verpflichtet sind (§. 15, Abs. 2, des Gesetzes über die Org. der Univ.-Beh.), zu verzeichnen.

§. 64. Bei Vortragsstücken sind im Sitzungsprotokoll deren wesentlicher Inhalt, ferner der vom Referenten gestellte Antrag und der darüber gefasste Beschluss anzuführen. Das bezügliche Referat selbst ist, wenn es der Referent ausdrücklich verlangt und dieses Verlangen gleich nach der Abstimmung über den bezüglichen Gegenstand dem Vorsitzenden kundgemacht hat, dem Sitzungsprotokoll als Beilage anzuschliessen. Im entgegengesetzten Falle wird es zu den übrigen Acten des Professoren-Collegiums gelegt.

Sind über das Vortragsstück ausser dem Antrage des Referenten noch andere Anträge gestellt worden, so sind auch diese sammt den über sie gefassten Beschlüssen im Sitzungsprotokoll namhaft zu machen.

§. 65. Der gefasste Beschluss ist blos mit Angabe der Stimmenzahl für, beziehungsweise wider, im Sitzungsprotokoll ersichtlich zu machen.

§. 66. Aus der Debatte kommt nichts ins Sitzungsprotokoll.

Wenn jedoch ein Antragsteller, der mit seinem Antrage in der Minderheit geblieben ist, gleich nach der Abstimmung über diesen Antrag dem Decan erklärt, dass er diesen seinen Antrag mit den dafür geltend gemachten Gründen schriftlich (Separatvotum) einbringen und dem Sitzungsprotokoll als Beilage beigeschlossen wissen wolle, so ist nicht blos diese Erklärung im Sitzungsprotokoll anzumerken, sondern auch das Separatvotum, wofern es längstens binnen drei Tagen, von dem auf die Sitzung folgenden Tage an gerechnet, eingebracht wurde, dem Sitzungsprotokoll beizulegen.

Ein später eingebrachtes, wenn gleich übrigens rechtzeitig angemeldetes, Separatvotum hat der Decan zurückzuweisen.

Die Thatsache, dass das, übrigens rechtzeitig angemeldete, Separatvotum innerhalb der festgesetzten Frist nicht eingebracht wurde, ist im Sitzungsprotokoll zu bemerken.

Eine später, als oben bestimmt worden, gemachte Anmeldung eines Separatvotums ist ganz ausser Acht zu lassen und im Sitzungsprotokoll gar nicht zu erwähnen.

§. 67. Längstens nach Verlauf von acht Tagen, von dem auf die Sitzung folgenden Tage an gerechnet, hat der Decan den Entwurf des Sitzungsprotokolls sammt dessen etwaigen Beilagen mittelst eines Umlaufsbogens allen Denen, welche an der betreffenden Sitzung theilgenommen haben, zur Einsichtnahme und allfälligen Beisetzung von Bemerkungen mitzutheilen.

§. 68. Hat einer der Genannten gegen die Fassung des Sitzungsprotokolls etwas einzuwenden, so steht es ihm frei, dies unter seiner Namensfertigung auf dem Umlaufsbogen zu bemerken.

§. 69. Ueber die von einem Theilnehmer der Sitzung gegen die ursprüngliche Fassung des Sitzungsprotokolls gemachte Einwendung muss allen übrigen Theilnehmern derselben Gelegenheit, sich zu äussern, geboten werden. War ihnen diese nicht schon durch den ersten Umlaufsbogen geboten, so hat es der Decan mittelst eines neuen zu thun.

§. 70. Bezüglich der Berichtigung des Sitzungsprotokolls hat als Regel zu gelten, dass dieselbe nur dann vorzunehmen ist, wenn wenigstens die absolute Mehrheit der sämtlichen Theilnehmer der betreffenden Sitzung sich dafür erklärt hat.

§. 71. Die auf dem Umlaufsbogen ohne alle Bemerkung beigesetzten Unterschriften aller Theilnehmer der bezüglichen Sitzung haben als Zeichen und Ausdruck ihrer vollen Zustimmung zu der Fassung des Sitzungsprotokolls zu gelten.

§. 72. Das ohne alle Bemerkung zurückgelangte, eventuell richtig gestellte, Sitzungsprotokoll ist von dem Protokollführer und dem Decan zu unterzeichnen und sodann mit seinen allfälligen Beilagen vom Decan unverweilt dem hohen Ministerium für Cultus und Unterricht zur Kenntnissnahme vorzulegen.

§. 73. Das über die Wahl des Decans und des Beisitzers des akademischen Senates dem Unterrichtsminister vorzulegende Protokoll (§§. 7—9, 12 des Ges. über die Org. der Univ.-Beh.) ist von den sämtlichen Wählern zu unterzeichnen.

§. 74. Die Vollziehung der in einer Sitzung des Professoren-Collegiums gefassten Beschlüsse kommt dem Decan zu.

§. 75. Ist für den Decan in dauernder Weise ein Stellvertreter eingesetzt (§. 13, Abs. 2, des oben gedachten Gesetzes), so fallen die sämtlichen in dieser Geschäftsordnung dem Decan zugetheilten Functionen dem genannten Stellvertreter des Decans zu.

109 m) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 4. März 1850, Z. 1808,

an das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Wien,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Wien.

Der mit Bericht vom vorgelegten im Anschlusse rückfolgenden Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät Wien ertheile ich hiermit meine Bestätigung.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Wiener Universität.

Erster Abschnitt.

Von den Geschäften des leitenden Lehrkörpers und ihrer Behandlung überhaupt.

§. 1. Alle Erlässe der Behörden, so wie alle Eingaben der Parteien werden in der Kanzlei des Decans des Professoren-Collegiums eingebracht, daselbst mit der fortlaufenden Geschäftszahl, dann dem Tage ihres Einlaufens bezeichnet und mit dieser Zahl, dem Datum ihres Einlangens und einer kurzen Angabe des Inhaltes in das Geschäfts-Protokoll eingetragen.

§. 2. Zum Behufe der weiteren Behandlung ist zwischen currenten und nicht currenten Geschäften zu unterscheiden. Als currente Geschäftsstücke sind diejenigen anzusehen, welche im §. 19 des provisorischen Gesetzes über die Organisation der akademischen Behörden*) als solche bezeichnet sind. Alle übrigen, bei welchen demnach eine Entscheidung der Schlussfassung in Frage steht, bei welcher es sich nicht um eine einfache Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise sich handelt, sind als Angelegenheiten des ganzen leitenden Lehrkörpers zu betrachten.

§. 3. Die currenten Geschäfte werden durch den Decan des Professoren-Collegiums erledigt, welcher darüber in der nächsten Versammlung des leitenden Lehrkörpers Bericht erstattet.

§. 4. Die übrigen Angelegenheiten werden von dem ganzen Professoren-Collegium entweder ordentlicher Weise über einen in seiner Versammlung zu haltenden Vortrag oder in besonderen Fällen im Wege des Umlaufes erledigt.

§. 5. Wird dieser letztere, ausserordentliche Weg eingeschlagen, so ist der Act sammt seinen Beilagen und mit einem bestimmten Antrage über dessen Erledigung dergestalt unter die Mitglieder des

*) Nunmehr §. 19 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, sub IIa Nr. 56 b im I. Bde. dieser Sammlung.

Professoren-Collegiums in Umlauf zu setzen, dass diese ihre schriftliche Abstimmung nur mit einer Bejahung oder Verneinung abzugeben haben. Der auf solche Weise gefasste Beschluss wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben. Wann diese Form der Erledigung in Anwendung zu kommen hat, bestimmt von Fall zu Fall der Decan des Professoren-Collegiums.

§. 6. Für die ordentliche Behandlung der collegialischen Geschäfte werden die einzelnen Vortragsstücke an Referenten aus der Mitte des Lehrkörpers zugetheilt.

Diese Zutheilung geht von dem Decane aus, der darauf zu sehen hat, dass dabei, wo es nöthig ist, die Stellung und die besonderen Berufskenntnisse der Mitglieder gehörig berücksichtigt und einzelne nicht überbürdet werden.

§. 7. Den Referenten sind die zugetheilten Stücke sammt ihren Beilagen und den allfälligen Voracten aus der Registratur des Lehrkörpers ohne Verzug zuzustellen, worauf jeder Referent den Actenauszug, seinen Antrag und dessen Begründung zum Vortrage für die nächste Sitzung vorzubereiten hat.

Zweiter Abschnitt.

Von den Sitzungen.

§. 8. Die Sitzungen des Professoren-Collegiums theilen sich in ordentliche und ausserordentliche, die ersteren werden alle 14 Tage an einem vom Collegium für längere Zeit zu bestimmenden Tage abgehalten. Bei dringenden Veranlassungen werden ausserordentliche Versammlungen einberufen, worüber der Decan zu entscheiden und wozu er die Einladungen zu besorgen hat.

§. 9. In den Versammlungen führt der Decan des Professoren-Collegiums den Vorsitz, dem der Decan des Doctoren-Collegiums zur Seite steht. Ist der erstere verhindert, so hat der Prodecan, oder in dessen Ermanglung der älteste Professor an dessen Stelle zu treten.

§. 10. Der Vorsitzende hat die Sitzung zu eröffnen und zu schliessen, er bestimmt, so weit sie nicht schon vorgeschrieben ist, die Ordnung der Vorträge, leitet die Verhandlung und wacht über die Aufrechthaltung der Ordnung in der Versammlung.

§. 11. Die Verhandlungen beginnen mit der Prüfung und Entscheidung über die Entschuldigungen, welche von der Sitzung weggebliebene Mitglieder eingeschickt haben, oder welche wegen eines Ausbleibens aus früheren Sitzungen geltend gemacht werden. Hierauf folgt der Vortrag über die erledigten currenten Geschäfte, endlich über jene Erlässe von Behörden, welche nicht besonders zum Referate zugetheilt wurden.

§. 12. Sind diese Verhandlungen geschlossen, so haben die Referenten die ihnen zugetheilten Stücke vorzutragen, wobei die Regel gilt, dass alle jene Stücke zum Vortrage zu bringen sind, welche dem Referenten mindestens drei Tage vor der Sitzung zugestellt wurden, oder dass doch die Ursachen der Verspätung angegeben werden müssen.

Falls durch den Vorsitzenden keine andere Ordnung bestimmt wird, folgen sich die Referenten nach dem Dienstalder.

§. 13. Ausser den auf besagte Weise in Vortrag kommenden Gegenständen steht auch jedem Mitgliede des Professoren-Collegiums das Recht zu, selbständige Anträge zur Verhandlung zu bringen. Solche Anträge sind dem Vorsitzenden vor der Sitzung zu übergeben, welcher zu bestimmen hat, ob sie noch in dieser oder in der nächsten Versammlung zu verhandeln sind; entscheidet er sich für das Letztere, so kann der Antragsteller verlangen, dass der Präses über die Dringlichkeit durch einen Beschluss des Collegiums entscheiden lasse.

Dritter Abschnitt.

Form der Verhandlung und Schlussfassung.

§. 14. Sobald ein Referent den Actenauszug, seinen Antrag und dessen Begründung vorgetragen und die etwa insbesondere entscheidenden Beilagen des Actes abgelesen hat, erklärt der Vorsitzende die Erörterung (Debatte) als eröffnet. Ebenso ist es zu halten, wenn der Antragsteller eines selbständigen Antrages dessen Begründung geendigt hat.

§. 15. Diese Erklärung hat die Wirkung, dass nun jedes Mitglied das Wort verlangen kann, um über oder gegen den Antrag zu sprechen. Der Vorsitzende gibt jedem von ihnen das Wort in der Ordnung, wie es sich gemeldet hat.

§. 16. In der Regel hat jedes Mitglied nur einmal über denselben Gegenstand das Wort zu ergreifen, es wäre denn, dass es persönlich angegriffen, oder offenbar missverstanden worden wäre.

§. 17. Wird der Schluss der Debatte in Antrag gebracht, so hat der Vorsitzende, ohne einer weiteren Erörterung darüber Raum zu geben, einfach darüber abstimmen zu lassen. Fällt der Beschluss bejahend aus, so ist die Debatte als geschlossen zu behandeln und unverzüglich zur Abstimmung in der Hauptsache überzugehen.

§. 18. Da jeder Stimmberechtigte die Befugniss hat, gegen einen Antrag, welchem er nicht beitreten zu können glaubt, das Wort zu ergreifen, und es selbst in der Verpflichtung eines jeden liegt, sich gegen einen nicht annehmbaren Antrag zu erheben, wenn dieses nicht schon von einem Anderen aus denselben Gründen geschehen ist; so ist bei einem Antrage, über welchen niemand das Wort verlangt hat, eine eigene Abstimmung überflüssig, sondern er ist als mit allgemeiner Zustimmung angenommen anzusehen.

§. 19. Haben aber nach einmal eröffneter Debatte entweder Alle, welche das Wort verlangten, bereits gesprochen, oder wurde der Antrag auf den Schluss der Debatte angenommen, so muss jedesmal zur förmlichen Abstimmung geschritten werden.

Nur kann noch vor derselben demjenigen, welcher den bestrittenen Antrag gestellt hat, auf sein Verlangen von dem Vorsitzenden gestattet werden, den Antrag zu vertheidigen.

§. 20. Bei der Abstimmung ist vor Allem über jene Anträge zu entscheiden, welche auf die Vertagung der weiteren Verhandlung über den Hauptantrag gestellt sind. Liegen solche nicht vor, so ist über jene abzustimmen, welche einen weiteren Umfang haben als der ursprüngliche Antrag, dann über die übrigen nach Massgabe ihrer Entfernung von demselben. Endlich sind die Verbesserungsvorschläge und Zusätze und zuletzt der ursprüngliche Antrag zur Abstimmung zu bringen, falls letzteres noch nothwendig sein sollte. Anträge, welche blos auf Verwerfung eines anderen Antrages gerichtet sind, werden nicht eigens zur Abstimmung gebracht.

§. 21. Für jeden Act der Abstimmung hat der Vorsitzende die Umfrage so zu formuliren, dass blos mit einer Bejahung oder Verneinung votirt werden kann. Eine Motivirung der Abstimmung ist nicht gestattet.

§. 22. Die Abstimmung geschieht mündlich durch Namensaufruf nach der Rangordnung der Votanten. Der Decan des Doctoren-Collegiums wird zuerst zur Stimmgebung eingeladen.

§. 23. Wofür sich die Stimmgebenden oder die Mehrheit derselben ausgesprochen haben, das ist zum Beschlusse zu erheben. Theilen sich die Stimmen gleich, dann hat der Vorsitzende mit seiner Stimme den Ausschlag zu geben. Der gefasste Beschluss ist von dem Vorsitzenden unverweilt der Versammlung kund zu geben und wird in das Protokoll aufgenommen.

Vierter Abschnitt.

Von den Sitzungsprotokollen und der Vollziehung der gefassten Beschlüsse.

§. 24. Für jede Sitzung des Professoren-Collegiums ist ein abgesondertes Protokoll zu führen und mit der fortlaufenden Zahl der Sitzungen des Studienjahres zu bezeichnen.

Wer das Protokoll zu führen habe, wird, so lange dem Lehrkörper ein eigener Actuar fehlt, durch Uebereinkommen der Mitglieder bestimmt.

§. 25. In dem Protokolle sind alle Geschäfte aufzuführen, welche in der Sitzung vorgekommen sind, und zwar in der Reihenfolge, in welcher sie verhandelt wurden.

Bei den Vortragsstücken ist eine kurze Anzeige ihres Inhaltes, dann der Antrag des Referenten, sowie die davon abweichenden Anträge oder Verbesserungsvorschläge aufzunehmen, nicht aber die darüber geführte Debatte. Der Beschluss ist so wie er aus der Umfrage des Vorsitzenden hervorging, und zwar mit der Angabe einzuschalten, ob er einhellig oder durch Stimmenmehrheit gefasst wurde.

§. 26. Wünscht ein Stimmführer, welcher in der Minorität geblieben ist, dass seine Nichtzustimmung zu dem gefassten Beschlusse in dem Protokolle angemerkt werde, so hat er dieses Verlangen sogleich bei der Kundmachung des Beschlusses an den Vorsitzenden zu richten, welcher darüber zu wachen hat, dass diese Anmerkung wirklich in das Protokoll eingeschaltet wird.

§. 27. Glaubt aber ein Stimmführer Ursache zu dem Wunsche zu haben, dass auch die Gründe, auf welche er in der Debatte seine von dem Antrage abweichende Meinung gestützt hat, bei dem Protokolle ersichtlich gemacht werden, so hat er dieses Verlangen sogleich nach der Schlussfassung in der Sitzung anzukündigen, dann sein votum separatum schriftlich abzufassen, zu unterzeichnen und dem Vorsitzenden entweder noch in derselben Versammlung oder längstens binnen drei Tagen nach der Sitzung zu übergeben, der es dem Protokolle beischliesst. Spätere Eingaben dieser Art werden nicht angenommen.

§. 28. Das geschlossene Protokoll wird von dem Protokollsführer unterschrieben und von dem Vorsitzenden durch seine Unterzeichnung verificirt. Jedem Mitgliede des Professoren-Collegiums steht das Recht zu, Einsicht in das Protokoll zu nehmen.

§. 29. Die Vollziehung der vom Professoren-Collegium gefassten Beschlüsse liegt dem Decane ob. Alle Ausfertigungen des Lehrkörpers werden durch ihn unterzeichnet. Die Vollziehung der Beschlüsse, so wie überhaupt die Art der Erledigung jeder Eingabe ist in dem Geschäfts-Protokolle anzumerken.

§. 30. Wenn der Decan glaubt, die Ausführung eines von der Versammlung gefassten Beschlusses nicht verantworten zu können, so hat er dieses in der nämlichen oder in der nächsten Sitzung dem Lehrkörper anzuzeigen, und den Fall dem Universitäts-Consistorium zur Entscheidung vorzulegen.

§. 31. Wenn in einer Versammlung des Lehrkörpers Anträge auf Abänderung dieser Geschäftsordnung gestellt werden, so sind sie zwar noch in derselben Sitzung zu begründen, ein Beschluss kann darüber aber nur in einer späteren dazu zu bestimmenden Sitzung, und nur durch die Bestimmung von zwei Drittel der Anwesenden gefasst werden. Solche Abänderungen sind dann dem hohen k. k. Ministerium des Cultus und Unterrichts mit einem eigenen Berichte vorzulegen.

109n) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 7. April 1850, Z. 2788,

an das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Wien,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät Wien.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat die nachfolgende Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät Wien genehmigt.

§. 1. Das Professoren-Collegium versammelt sich in regelmässigen Sitzungen unter dem Voritze seines jeweiligen Decanes. — Ihn vertritt der Prodecan, diesen der Senior der ordentlichen Professoren.

Von der ersten Sitzung.

§. 2. Nach bestätigter Wahl des neuen Decanes gibt der abtretende Decan die ministerielle Bestätigung dem Professoren-Collegium in einer eigens dazu bestimmten Sitzung bekannt.

Ferner theilt er noch in dieser ersten Sitzung dem Professoren-Collegium alle jene während der Ferien etwa erfolgten Personalveränderungen mit, welche auf die Constituirung des Professoren-Collegiums für das neue Schuljahr Einfluss nehmen.

Er tritt alsdann die Leitung der Versammlung an den neuen Decan ab, und nimmt seinen Platz als Prodecan ein.

§. 3. In derselben Sitzung werden Tag und Stunde der regelmässigen Sitzungen des Professoren-Collegiums für das nächste Semester durch Abstimmung festgesetzt.

Von der Uebergabe der Decanats-Acten.

§. 4. Nach dieser Sitzung verfügt sich der neue Decan mit dem abtretenden und in Gesellschaft zweier Professoren als Zeugen binnen 24 Stunden in das Kanzleilocale des Decanates, um dort sämtliche Acten desselben zu übernehmen.

§. 5. Der abtretende Decan übergibt sämtliche Actenstücke, welche während seiner Gerenz protocollariter behandelt wurden, jede ämtliche Correspondenz ohne Ausnahme, wie alle durch ihn selbst von seinem Vorgänger übernommenen Actenstücke, hiermit Exhibiten-Protokoll, Exhibiten und Beilagen jeder Art an den neuen Decan.

§. 6. Ueber den ganzen Act der Uebergabe wird ein ausführliches Protokoll aufgenommen; sich ergebende Anstände genau darin verzeichnet, und dasselbe von dem Decane, dem Prodecane und den beiden Professoren als Zeugen unterfertigt.

Dieses Protokoll wird in den Acten des Decanates registriert, und dem Prodecane eine vidirte Abschrift desselben ausgefolgt.

§. 7. In der nächsten Sitzung des Professoren-Collegiums theilt der Decan demselben die geschehene Uebergabe unter Vorlegung des im vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Protokolles mit.

§. 8. Der Decan ist verpflichtet, sobald als möglich (längstens in den ersten vier Wochen) die gründliche Einsicht in die Decanats-Acten des verflossenen Schuljahres zu nehmen, und etwa dabei sich ergebende Anstände dem Professoren-Collegium zur Kenntniss zu bringen.

Von der Einladung zu den Sitzungen.

§. 9. Zu den regelmässigen Sitzungen findet keine Einladung statt. Die Einladung zu einer ausserordentlichen Sitzung geschieht jedesmal unter Beifügung eines kurzen Programmes.

Eine ausserordentliche Sitzung kann auch von dem Decane nicht verweigert werden, wenn von vier Mitgliedern eine solche schriftlich verlangt wird, wobei zugleich der von ihnen angegebene Zeitpunkt einzuhalten ist.

§. 10. Jede Einladung muss wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung schriftlich erfolgen.

Von dem Erscheinen bei den Sitzungen.

§. 11. Jeder Professor, welcher Mitglied des Professoren-Collegiums ist, hat die Pflicht, bei den Versammlungen desselben zu erscheinen, oder sein Wegbleiben zu entschuldigen.

Ueber die Zulässigkeit der angeführten Entschuldigungsgründe urtheilt das Professoren-Collegium ohne Debatte; das Urtheil wird im Protokolle verzeichnet.

§. 12. Zu einem giltigen Beschlusse ist die Anwesenheit von der Hälfte der Professoren, welche Mitglieder des Professoren-Collegiums sind, nothwendig.

Verhandlungsgegenstände, bei denen es sich um das Interesse eines bestimmten Lehrfaches handelt, sind dem betreffenden Professor voraus anzuzeigen.

§. 13. In der Mitte eines jeden Semesters versammelt der Decan sämmtliche Professoren und Privatdocenten zu einer Besprechung über die Frequentation der Studirenden, bei welcher sie ihre hierüber gemachten Erfahrungen gegenseitig austauschen.

Gegen das Ende eines jeden Semesters beruft der Decan sämtliche Lehrer mit Einschluss aller Privat-Dozenten und der Lehrer im engeren Sinne zu einer allgemeinen Versammlung, in welcher die Wünsche und Anträge aller Gegenwärtigen in Betreff des Unterrichtes und der Disciplin vorzubringen und zu besprechen sind.

Das Protokoll der Versammlung, über dessen Inhalt das Professoren-Collegium in einer darauf folgenden Sitzung sein Gutachten abzugeben hat, wird mit diesem Gutachten an das Ministerium eingesendet.

Vom Decane.

§. 14. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt er selbst, und berichtet darüber dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle mit Vorlegung desselben.

Eben so verhält er sich, wenn er überhaupt selbständig anordnen zu müssen glaubte, weil Gefahr im Verzuge war.

§. 15. Die ämtliche Correspondenz des Decanes geschieht immer im Namen des Professoren-Collegiums.

Gegenzeichner der von demselben ausgehenden Acten ist jedesmal Jener, welcher bei der letzten Decanwahl nächst dem gewählten Decane die meisten Stimmen erhalten hatte.

§. 16. Der Decan eröffnet und schliesst die Professoren-Collegiums-Sitzungen, hält die Ordnung in denselben und die Beobachtung der Geschäftsordnung aufrecht, legt die Frage zur Berathung vor, gewährt und nimmt das Wort, ruft zur Sache, und nöthigenfalls zur Ordnung, reassumirt die Debatte; stellt die zur Abstimmung zu bringende Frage, macht das Resultat der Abstimmung bekannt, spricht die Beschlüsse des Professoren-Collegiums aus, und dictirt sie zu Protokoll. Er wacht endlich darüber, dass keine gesetzwidrigen Beschlüsse gefasst werden.

§. 17. Der Decan als beständiger ordentlicher Referent des Professoren-Collegiums in den dasselbe betreffenden Angelegenheiten bringt die zur Verhandlung bestimmten Gegenstände nach den Nummern des von ihm genau zu führenden Exhibitenprotokolles zum Vortrage.

§. 18. Als beständigem Referenten steht es dem Decane frei, jedem Sprecher nach geendigtem Vortrage das ihm nöthig scheinende zu erwidern und den Antrag zum Schluss der Debatte zu stellen.

Von der Reihenfolge der Gegenstände in den Sitzungen.

§. 19. Die Gegenstände sind in den Sitzungen in folgender Ordnung vorzunehmen:

1. Referat des Decanes nach der Tagesordnung.
2. Die übrigen Gegenstände nach der Tagesordnung.
3. Die vor der Sitzung angemeldeten Interpellationen.
4. Vorlesung, Annahme und Beglaubigung des Sitzungsprotokolles am Schlusse der Sitzung.

Vom Referate des Decanes.

§. 20. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung bringt der Decan die dem Professoren-Collegium mitzutheilenden Gegenstände nach den fortlaufenden Nummern des von ihm geführten Exhibitenprotokolles zum Vortrage; mit Ausnahme jener Gegenstände, deren Entscheidung dem Decane zukommt, worüber ihm der collective Vortrag freisteht.

Hiebei werden die von den Behörden eingelangten und zur Kenntniss des Collegiums zu bringenden Verordnungen in extenso vorgelesen.

Wenn Zweifel über den Sinn irgend einer Verordnung entstehen, bestimmt die Majorität die Auslegungsweise, bis nicht von derjenigen Behörde, welche die Verordnung erliess, eine authentische Auslegung erfolgt wäre.

§. 21. Die Erledigung der vom Decane mitgetheilten Geschäftsstücke geschieht auf dreifache Weise.

1. Currenter durch den Decan selbst. Ist sie dem Falle gemäss schon vorausgegangen, so reicht die einfache Mittheilung hin. Nach der factischen Mittheilung an das Professoren-Collegium geht das Stück ad acta mit der Bemerkung der Mittheilung und mit ihrem Datum.

2. Durch Vortrag an das Professoren-Collegium und Beschluss nach oder auch ohne Besprechung, je nach dem Falle.

3. Durch Ernennung eines Referenten oder referirenden Comités und Beschlussfassung in einer der nächsten Sitzungen nach bezüglichlicher Debatte über das Referat.

Von der weiteren Tagesordnung.

§. 22. Nach dem Referate des Decanes bilden die Berichte der Comités, oder Referenten, die Anträge und Interpellationen der einzelnen Mitglieder die Gegenstände der weiteren Tagesordnung.

Doch haben die etwa auf die Tagesordnung gehörigen Wahlen, Personalien jeder Art und Rechnungslegungen und die dem Decane

wichtig scheinenden Interpellationen vor allen anderen Gegenständen den Vorrang.

§. 23. Von der Tagesordnung wird nur durch Majoritätsbeschluss abgegangen.

Jeder gegen die Tagesordnung entstehende Zweifel wird durch Entscheidung der Majorität beseitigt.

Vom Sitzungsprotokolle und dem Schriftführer.

§. 24. Das Sitzungsprotokoll enthält die Beschlüsse der Majorität und die Anzeigen der abgeschlossenen oder anzuschliessenden Separat-Voten, wie auch der Proteste; es wird am Schlusse der betreffenden Sitzung vorgelesen und in der vom Collegium genehmigten Gestalt sofort durch den Decan, die Schriftführer und sämtliche anwesende Mitglieder beglaubigt.

§. 25. Die beiden Schriftführer werden durch Einigung bestimmt; kommt eine solche nicht zu Stande, so sind die beiden jüngsten Professoren Schriftführer.

Von der Ordnung für das Reden.

§. 26. Kein Mitglied soll reden ohne vorher vom Decane das Wort begehrt und erhalten zu haben.

§. 27. Derjenige, der das Wort hat, darf während seiner Rede von keinem andern Mitgliede unterbrochen werden.

Das Verlangen um das Wort ist stets zulässig und gilt nicht als Störung.

§. 28. Wer den Redner stört oder sich Persönlichkeiten erlaubt, wird vom Vorsitz zur Ordnung, wer vom Gegenstande der Verhandlung abweicht, zur Sache gerufen.

Sollte der Vorsitz dies unterlassen, so kann er von jedem Mitgliede mit den Worten „Zur Ordnung“, „zur Sache“ daran erinnert werden.

Wenn wiederholtes zur Ordnung- oder zur Sache-Rufen an dem Redner fruchtlos bleibt, so nimmt der Vorsitz demselben das Wort.

§. 29. Es ist jedem Mitgliede in jedem Zeitraume der Sitzung gestattet, nachdem es sich das Wort erbeten und dasselbe erhalten hat, einen Protest zu Protokoll zu geben.

Von dem Referate und dem Referenten.

§. 30. Jedes Referat hat mit einem Antrage zu schliessen, über dessen Annahme oder Nichtannahme mit Bezug auf das Referat die Debatte geführt wird.

§. 31. Dem Referenten steht es frei, jedem einzelnen Redner nach vom Decane erhaltenem Worte zu repliciren. Er hat am Schlusse das Wort.

Von den Anträgen.

§. 32. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums hat das Recht einen Antrag zu stellen. Ein Antrag bezieht sich entweder auf einen Gegenstand der Tagesordnung, oder nicht.

§. 33. Wenn ein Antrag sich auf einen Gegenstand bezieht, der nicht mit der Tagesordnung im Zusammenhange steht, ist er bei dem Decane schriftlich anzumelden, damit er, im Möglichkeitsfalle, noch auf die Tagesordnung gebracht werde.

§. 34. Der Decan setzt das Professoren-Collegium von allen auf die oben angegebene Weise, in oder ausser der Sitzung an ihn gelangten Anträgen in Kenntniss.

§. 35. Kommt der Antrag an die Tagesordnung, so wird abgestimmt: 1. ob der Gegenstand in Berathung zu ziehen; 2. ob die Debatte unmittelbar zu eröffnen oder ein Referent zu ernennen sei.

§. 36. Wird für eine unmittelbar zu eröffnende Debatte entschieden, so vertritt der Antragsteller die Stelle des Referenten und es gilt für ihn, was vom Referenten in den §§. 30 und 31 gesagt worden ist.

§. 37. Verlangt Niemand das Wort, so wird sogleich zur Endabstimmung über den Antrag geschritten.

§. 38. Wird über einen Antrag durch einen Referenten berichtet, steht dem Antragsteller immer nach dem Vortrage des Referates die Replik frei, ohne dass jedoch darum der §. 31 ausser Wirksamkeit träte.

§. 39. Wird durch ein Comité berichtet, so gilt nicht blos §. 38 auch für diesen Fall; sondern es steht auch während der Debatte jedem Mitgliede des referirenden Comité's, den Referenten desselben ausgenommen, frei, gegen dasjenige zu sprechen und zu stimmen, was im Comité nicht durch Einstimmigkeit beschlossen ward.

Vom Schlusse der Debatte.

§. 40. Der Schluss der Debatte ergibt sich von selbst, oder er wird beantragt.

§. 41. Diesen Antrag kann der Decan, wie auch jedes Mitglied stellen.

Ist nicht die Majorität gegen den Antrag des Decans, so ist der Antrag giltig und von Wirksamkeit.

Der Antrag eines Einzelnen auf Schluss zur Debatte ist nur dann wirksam, wenn er von zwei Mitgliedern unterstützt ward und in der darauf erfolgten Abstimmung die Majorität für sich hatte.

Von der Art, die Fragen zur Abstimmung zu bringen.

§. 42. Nach Schluss und Reassumirung der Debatte trägt der Vorsitz die aus den Anträgen zu stellenden Fragepunkte derart kurz und bestimmt vor, dass mit Bejahung oder Verneinung abgestimmt werden kann.

§. 43. Jeder Antragsteller hat das Recht, zu verlangen, dass sein Antrag mit den Worten seiner eigenen Fragestellung zur Abstimmung gebracht werde.

§. 44. Die zur Abstimmung zu bringende Frage wird, wenn keinerlei Einwendung mehr gegen ihre Fassung erhoben wird, in das Protokoll gesetzt, und unmittelbar vor der Abstimmung aus demselben noch einmal vorgelesen.

§. 45. Liegen mehrere Anträge vor, so werden sie einzeln und in der Ordnung, wie sie eingebracht wurden, zur Abstimmung gebracht; es wäre denn, dass die Majorität einen Antrag als präjudicieller Natur erklärte. Ohne diesen Grund wird die Reihenfolge nur durch einstimmigen Beschluss geändert. Durch jede Abstimmung wird daher nur über Annehmen und Ablehnen eines einzigen Antrages gültig entschieden.

§. 46. Jedem Mitgliede steht es frei, die Theilung einer Frage behufs der Abstimmung zu verlangen. Die Theilung erfolgt, wenn nicht die Majorität dagegen protestirt.

Von der Art der Abstimmung und des Scrutins.

§. 47. Die Abstimmung geschieht in der Regel mündlich durch Bejahung oder Verneinung. Alle Abstimmungen, die unmittelbar auf Personen Bezug haben, werden durch geheimes Scrutin vorgenommen; nur durch Majoritätsbeschluss wird von Letzterem abgegangen.

Das geheime Scrutin geschieht durch Stimmzettel oder durch Kuglung.

§. 48. Motivirte Vota können bei der Abstimmung nie stattfinden.

§. 49. Die Abstimmung beginnt immer von dem Jüngsten, steigt nach dem Alter auf, und schliesst mit dem Vorsitzenden, welchem der Decan des Doctoren-Collegiums vorangeht.

§. 50. Die Stimmzettel werden von dem Vorsitzenden übernommen und von ihm und dem Nächstsitzenden eröffnet und vorgelesen. Ebenso wird von ihm die Kuglung geleitet und ihr Resultat bekannt gegeben.

§. 51. Bei jeder Abstimmung ist die absolute Stimmenmehrheit entscheidend. Bei Stimmengleichheit entscheidet das schon abgegebene Votum des Vorsitzenden.

Bei geheimer Abstimmung durch Kuglung enthält sich der Decan derselben, wenn mit Einschluss seiner Person eine gerade Zahl von Votirenden vorhanden ist.

§. 52. Nur anwesende Mitglieder sind stimmfähig; doch kann jedes abwesende Mitglied seine Meinung durch ein anderes Mitglied, welches dazu das Wort verlangt und erhalten hat, ablesen lassen. Bei der Abstimmung selbst zählt jedoch eine solche Kundgebung nie als Votum mit.

§. 53. Vota separata werden im Laufe der Sitzung angemeldet und längstens binnen 48 Stunden in zwei gleichlautenden Exemplaren dem Decane, schriftlich abgefasst und von dem Aussteller gefertigt, überreicht. Davon wird das eine dem an die hohe Behörde abzusenden den Berichte beigeschlossen, das andere im Beginne der nächsten Sitzung verlesen. Beide Exemplare aber werden vom Decane und dem Schriftführer als gleichlautend beglaubiget.

Vom Schlusse der Sitzung und der Vertagung.

§. 54. Der Schluss der Sitzung ist vom Vorsitzenden deutlich anzuzeigen, und soll in der Regel nicht früher eintreten, als bis die ganz Tagesordnung erschöpft ist.

§. 55. Der Vorsitzende kann die Vertagung der Sitzung beantragen, sie aber nur nach Majoritäts-Beschluss verfügt werden. Auch jedes Mitglied kann die Vertagung der Sitzung beantragen.

§. 56. Hebt der Vorsitzende die Sitzung gegen den Majoritäts-Beschluss auf, so dictirt er den Grund davon zu Protokoll, und jedem Mitgliede ist es gestattet, einen Protest dem Protokolle beizulegen.

**Von den Abänderungen und Ergänzungen dieser Geschäfts-
Ordnung.**

§. 57. Alle hier angenommenen Bestimmungen sind nach erfolgter ministerieller Genehmigung so lange giltig, und für alle Mitglieder verbindlich, bis nicht eine Aenderung in denselben durch ministerielle Weisung oder Genehmigung stattfindet.

§. 58. Aenderungen, Erläuterungen oder Ergänzungen dieser Geschäftsordnung können zu jeder Zeit von jedem Mitgliede beantragt werden, und es werden solche Anträge wie ein jeder andere behandelt.

**109 o) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unter-
richt vom 23. November 1849, Z. 8125,**

an den Decan der philosophischen Facultät in Wien,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät in Wien.

In Erledigung des Berichtes vom . . . mit welchem die Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät vorgelegt wurde, genehmige ich diese Geschäftsordnung . . .

**Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philo-
sophischen Facultät Wien.**

§. 1. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt der Decan, und berichtet darüber dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle (Provisorisches Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden, Z. 6903/237, §. 19).*)

§. 2. Geschäfte, welche ihrer Beschaffenheit nach nur vom Collegium selbst besorgt werden können, zerfallen für die Form ihrer Behandlung in folgende Kategorien:

a) Entscheidungen, bei denen eine verschiedene Auslegung des Gesetzes, sowie eine abweichende Beurtheilung der obwaltenden Verhältnisse denkbar ist, ohne dass gerade dem einen oder andern Mitgliede eine ausnehmende Competenz darüber zustünde, oder schwierige,

*) Nunmehr §. 18 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

nur von einem Einzelnen zu leistende Voruntersuchungen erfordert würden. Solche Fälle hat der Decan in der Sitzung vorzutragen, eine Discussion darüber zu eröffnen, wenn es nothwendig erachtet wird, und nach derselben durch Rundfrage die Entscheidung einzuholen.

b) Erledigungen, die besondere Sachkenntniss oder schwierige Vorhebungen erheischen. In diesen Fällen hat der Decan einen Referenten oder eine Commission aus mehreren Mitgliedern zu ernennen, welche in einer nächsten Sitzung Bericht erstatten. Dieser Bericht wird wieder eventuell einer Discussion unterzogen, und hierauf durch Rundfrage, sei es in seiner ursprünglichen Gestalt, sei es mit den von der Majorität gewünschten Veränderungen zum Beschlusse erhoben, oder verworfen. In letzterem Falle ernennt der Decan einen anderen Referenten oder eine andere Commission.

c) Selbständige Anträge einzelner Mitglieder. Betreffen dieselben minder bedeutende Gegenstände, so können sie sofort in Verhandlung genommen, und nach kurzer Discussion mit Rundfrage entschieden werden. Wichtigere Vorschläge dieser Art sollen in der Regel erst nach Ankündigung in einer vorhergehenden Sitzung zur Berathung kommen, welche immer wieder in der angedeuteten Weise stattfindet. Die Entscheidung, ob der Gegenstand gleich behandelt werden sollte, oder einer nächsten Sitzung vorzubehalten sei, steht im Allgemeinen dem Decane zu; auf Verlangen eines Mitgliedes wird darüber abgestimmt. Solche Anträge können im Verlaufe der Sitzung angemeldet, aber immer erst nach Beendigung der vorliegenden Geschäfte eingebracht werden, wenn sie überhaupt noch in derselben Sitzung vorzunehmen sind.

§. 3. Jedes Mitglied, welches während einer Discussion eine Aeusserung zu machen wünscht, verlangt das Wort, und kommt in der Reihe, in welcher dies geschah, zum Sprechen. Wer das Wort hat, darf nicht unterbrochen werden. Jedes Mitglied hat das Recht, auf Schluss der Discussion anzutragen. Ueber diesen Antrag wird sofort abgestimmt, und, wenn die Majorität sich für den Schluss der Discussion ausspricht, werden keine neuen Anmeldungen zum Worte mehr angenommen; die bis dahin angemeldeten Sprecher machen nach Belieben von ihrem Rechte auf das Wort Gebrauch, oder leisten darauf Verzicht. Die Discussion ist nicht protokollarisch.

§. 4. Bei Abstimmungen formulirt der Decan die schwebenden Fragen. Die Mitglieder antworten mit Ja und Nein, und jede Abstimmung wird mit Anführung der Namen der Votirenden protokollirt. Die Reihe der Umfrage ist willkürlich; der Decan hat in Fällen, wo specielle Fachkenntnisse erfordert werden, darauf zu achten, dass die kompetenteren Mitglieder zuerst ihre Stimmen abgeben. In allen Fragen findet auf Verlangen eines Mitgliedes geheime Abstimmung statt. *)

§. 5. Vota separata sind entweder sofort zu Protokoll zu geben, oder, nachdem der Hauptinhalt derselben bei der Abstimmung mündlich

*) Die Aufnahme des Schlussabsatzes des §. 4 wurde mit Min.-Erl. vom 22. Februar 1876, Z. 1276, genehmigt.

angegeben, längstens binnen drei Tagen dem Decan schriftlich einzuschicken. Später einlaufende oder bei der Abstimmung nicht angekündigte Separatvoten werden nicht berücksichtigt. Der Decan hat zu prüfen, ob das schriftlich abgegebene Separatvotum mit der mündlich gemachten Aeusserung des betreffenden Mitgliedes im Wesentlichen übereinstimmt, und in diesem Falle dasselbe dem Sitzungs-Protokolle beizulegen. Findet diese Uebereinstimmung nicht statt, so hat er es dem betreffenden Mitgliede zu eröffnen, und auf dessen Verlangen das eingeschickte Schriftstück unter der ausdrücklichen Bemerkung, dass es nicht als ein Theil des Sitzungs-Protokolles anzusehen ist, an die Behörde gelangen zu lassen. Sind die Abweichungen von der mündlichen Aeusserung so bedeutend, dass durch ein Vortragen des Votums in seiner neuen Gestalt eine Aenderung des fraglichen Beschlusses der Versammlung irgend zu erwarten steht, so hat der Decan, wenn der Gegenstand den Aufschub zulässt, die Expedition des Stückes zu sistiren, und die Sache in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen.

§. 6. Am Anfange jeder Sitzung wird die Anwesenheit der erschienenen Mitglieder des Collegiums constatirt, über die Entschuldigung der in dieser oder einer früheren Sitzung Weggebliebenen ohne Debatte abgestimmt, und das Urtheil im Protokolle verzeichnet. (§. 16 des prov. Gesetzes.)*)

§. 7. Das Sitzungs-Protokoll hat alle Hauptvorgänge einer Sitzung zu enthalten; es wird am Schlusse der betreffenden Sitzung vorgelesen und in der vom Collegium genehmigten Gestalt sofort durch den Decan, den Schriftführer und ein drittes Mitglied beglaubigt. Schriftführer sind die beiden zum Professoren-Collegium gehörenden Privatdocenten.

§. 8. Abwesende Mitglieder sind an alle Beschlüsse der Anwesenden gebunden. Denjenigen, welche nach vorhergegangener schriftlicher Entschuldigung abwesend waren, schickt der Decan nachher das Protokoll der Sitzung zur Einsicht, jedoch ohne Voracten, und mit Präclusiv-Termin der Rückstellung, wofern diese nicht sogleich erfolgt.

§. 9. Der Decan kann die Voten über irgend einen Gegenstand auch schriftlich durch Umlauf sammeln, er darf aber nur dann eine wirkliche Abstimmung als auf diesem Wege erfolgt annehmen, wenn die Umfrage auf ein blosses Ja und Nein zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen gestellt war, und lediglich in dieser Form beantwortet ist, nicht aber, wenn in den schriftlichen Bemerkungen der Mitglieder entweder mehrere abweichende Meinungen oder neue Vorschläge, oder neue zur Sache gehörige Nachrichten vorkommen. In diesem Falle gibt der Decan eine Uebersicht der eingegangenen Aeusserungen, und formulirt die Frage zu einem wiederholten Umlaufe. Falls sich auch dann kein Resultat ergibt, hat er den Gegenstand in einer der nächsten Sitzungen auf den mündlichen Weg der Verhandlung zu bringen. Der Erfolg einer solchen schriftlichen Abstimmung ist durch Circulare oder in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

*) §. 15 des cit. Gesetzes vom 27. April 1873.

§. 10. Der Vorsitzende stimmt gleich den übrigen Mitgliedern, jedoch immer zuletzt, wenn er nicht nach §. 4 sein Votum früher abzugeben hat; seine Stimme gibt bei gleichen Voten den Ausschlag.

§. 11. In Verhinderungsfällen wird der Decan durch den Prodecan, dieser aber durch den im Amte ältesten ordentlichen Professor ersetzt. (§. 14 des prov. Gesetzes.)*)

§. 12. Das Stimmrecht eines Mitgliedes ist suspendirt in Angelegenheiten, wobei es allein oder doch hauptsächlich auf dessen persönliches Interesse ankommt. Das Mitglied hat beim Beginne der betreffenden Verhandlung das Sitzungslocale zu verlassen.

§. 13. Zu allen Beschlüssen ist absolute Stimmenmehrheit, und Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Professoren erforderlich, welche Mitglieder des Collegiums sind. (§. 17 des prov. Gesetzes.**)*)

§. 14. Findet der Decan in irgend einer Angelegenheit eine Abweichung von dem hier vorgeschriebenen Geschäftsgange nöthig, so hat er dazu in jedem speciellen Falle die Ermächtigung des Collegiums einzuholen.

§. 15. Jedem neu eintretenden Mitgliede des Collegiums hat der Decan die Geschäftsordnung ungesäumt mitzutheilen.

B. Universität Graz.

109p) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 30. November 1874, Z. 10992,

an den akademischen Senat der Universität Graz,

betreffend die Genehmigung einer neuen*) Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Graz.**

Der mit dem Berichte vom . . . vorgelegte Entwurf einer neuen Geschäftsordnung des akademischen Senates der Grazer Universität wird hiermit genehmigt.

Geschäftsordnung des akademischen Senates der k. k. Universität zu Graz.

§. 1. Die dem akademischen Senate als oberster akademischer Behörde durch das Gesetz vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 22, zugewiesenen Geschäfte werden theils vom Universitäts-Rector als Senatsvorstand, und in Verhinderung des Rectors von dessen gesetzlichem Stellvertreter (§. 13 des erwähnten Gesetzes) unmittelbar, theils vom akademischen Senate besorgt.

*) Nunmehr §. 13 des cit. Gesetzes.

**) Nunmehr §. 16 des cit. Gesetzes.

***) Durch diesen Erlass ist die mit Min.-Erl. vom 13. Februar 1850, Z. 885 genehmigte Geschäftsordnung des akademischen Senates der Universität Graz wieder ausser Kraft gesetzt worden.

§. 2. Der Rector nimmt alle an ihn, an den akademischen Senat oder an die Universität gerichteten Geschäftsstücke in Empfang, lässt sie, mit der Angabe des Datums des Einlangens und der Geschäftszahl versehen, in das Geschäftsprotokoll eintragen und bewahrt dieselben, insofern nicht die Natur der Sache deren Rückgabe an eine Behörde, an die betreffenden Decanate oder an eine Partei erheischt, in der Registratur.

§. 3. Die Geschäfte, deren Erledigung dem Rector obliegt, sind:

- a) die currenten Geschäftsstücke (§. 4);
- b) alle Geschäftsstücke, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen;
- c) die Ausführung der Beschlüsse des akademischen Senates.

Glaubt er die Ausführung eines Beschlusses des akademischen Senates nicht verantworten zu können, so legt er nach vorausgegangener Verständigung der Senatsmitglieder den Fall dem Unterrichtsminister vor;

- d) die Führung eines Normalienbuches, in welches alle die Studienangelegenheiten betreffenden Verordnungen mit einer fortlaufenden Zahl einzureihen sind.

§. 4. Als currente Geschäfte sind insbesondere zu behandeln:

- a) Die Bestimmung der Zeit der vorzunehmenden Promotionen;
- b) die Einsendung der Cataloge an das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes;
- c) die Vorlage der Protokolle der einzelnen Facultäten, welche jedoch vor der Absendung drei Tage zur Einsichtnahme für die Senatsmitglieder in der Rectoratskanzlei aufzuliegen haben;
- d) die Intimation der vom Ministerium eingelangten Verordnungen an die bezüglichen Decane.

Verfügungen, welche nach deren ausdrücklichem Inhalte nur die persönlichen Verhältnisse einzelner Professoren oder Lehrer betreffen, sind, wenn nicht die Verfügung selbst eine weitere Mittheilung vorschreibt, nur demjenigen durch das Decanat der betreffenden Facultät mitzutheilen, dessen persönliche Angelegenheit sie behandeln, wofern nicht etwa der Rector von der vorgesetzten Behörde ausdrücklich zur ausschliessenden Amtshandlung aufgefordert erscheint.

§. 5. Die im Wirkungskreise des akademischen Senates liegenden Geschäfte (§. 19 des obigen Gesetzes) werden von demselben in Sitzungen erledigt.

Ausnahmsweise und in besonders dringenden Fällen kann der Rector die Voten über einen Gegenstand auch schriftlich durch Umlauf sammeln; er darf aber nur dann eine wirkliche Abstimmung als auf diesem Wege erfolgt annehmen, wenn die Umfrage auf ein blosses Ja und Nein zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen gestellt war, und lediglich in dieser Form beantwortet ist, nicht aber, wenn in den schriftlichen Bemerkungen der Mitglieder entweder mehrere abweichende Meinungen oder neue Vorschläge oder neue zur Sache gehörige Nachrichten vorkommen. In diesem Falle hat der Rector den Gegenstand in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung auf dem mündlichen Wege

zur Verhandlung zu bringen. Der Erfolg der schriftlichen Abstimmung ist durch Circulare oder in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

Ist Gefahr im Verzuge, so hat der Rector selbständig die erforderlichen Anordnungen zu treffen, hat jedoch in der nächsten Sitzung hierüber Bericht zu erstatten.

§. 6. Der akademische Senat versammelt sich auf schriftliche Einladung des Rectors in der Regel monatlich einmal (ordentliche Sitzung).

Ausserordentliche Sitzungen können vom Rector im Falle der Nothwendigkeit, müssen aber von demselben angeordnet werden, wenn mindestens drei Senatsmitglieder dies schriftlich verlangen, in welchem Falle die ausserordentliche Sitzung spätestens vor Ablauf von acht Tagen abzuhalten ist.

Die Einladungen zu den Sitzungen des akademischen Senates, welche mindestens 24 Stunden vorher zu erfolgen haben, sollen die Angabe der wichtigeren Gegenstände enthalten.

§. 7. Der Rector trägt die Geschäftsstücke, welche eine Erledigung durch den akademischen Senat erheischen, entweder selbst im Senate vor, oder theilt sie einige Tage vor der Sitzung einem oder mehreren Mitgliedern zum Vortrage zu, unbeschadet des Rechtes des akademischen Senates, Referenten selbst zu bestellen.

Die Vertheilung der Referate an die Mitglieder des akademischen Senates hat möglichst gleichmässig zu erfolgen.

§. 8. Jedes vortragende Mitglied liefert in der Sitzung eine genaue Darstellung des Gegenstandes und der auf dessen Erledigung Einfluss nehmenden Verhältnisse, es liest, wenn auch nur ein Mitglied dieses verlangt, den Inhalt der diesen Gegenstand betreffenden Acten ganz oder theilweise vor und stellt unter kurzer Anführung der Beweggründe seinen Antrag.

§. 9. Der Vorsitzende hat die Ordnung und parlamentarische Führung der Debatte aufrecht zu erhalten, und es steht ihm daher zu, das Wort zu ertheilen, einen Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder endlich ihm selbst das Wort zu entziehen, wobei jedoch dem Letzteren das Recht der Berufung an die Versammlung gewahrt bleibt.

Er reassumirt die Debatte, stellt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen, gibt des Ergebniss der Abstimmung bekannt und dictirt die Beschlüsse zu Protokoll.

§. 10. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich.

Der Rector stimmt wie jedes andere Mitglied, gibt aber seine Stimme zuletzt ab. Führt die mündliche Abstimmung zu Stimmengleichheit, so gibt die Stimme des Rectors den Ausschlag. — Bei allen Personalien und auch sonst, wenn ein Drittel der Anwesenden es verlangt, erfolgt die Abstimmung geheim, durch Stimmzettel oder Kugelung.

§. 11. Zu einer giltigen Schlussfassung, welche nach absoluter Stimmenmehrheit erfolgt, ist die Anwesenheit der Hälfte der Senatsmitglieder erforderlich.

§. 12. Betrifft der zu behandelnde Gegenstand die persönlichen Verhältnisse eines Mitgliedes des akademischen Senates oder die Verhältnisse eines Angehörigen desselben, so verlässt es vor Beginn der Verhandlung dieser Angelegenheit den Sitzungssaal und tritt erst nach erfolgter Erledigung dieser Angelegenheit wieder ein.

§. 13. Das Protokoll über jede Sitzung wird von zwei hiezu von Fall zu Fall vom Rector bezeichneten Mitgliedern des akademischen Senates geführt, am Schlusse der Sitzung verificirt und von sämtlichen Anwesenden unterzeichnet.

§. 14. Das Sitzungs-Protokoll enthält die Geschäftszahl des zu behandelnden Actes, die wesentliche Darstellung des Gegenstandes, das Resultat der Abstimmung und, soferne der Beschluss des akademischen Senates dies erheischt, die kurze Angabe der wichtigeren Beweggründe.

Jedes Mitglied, dessen bei der Abstimmung ausgesprochene Meinung mit dem Beschlusse nicht übereinstimmt, kann die Aufnahme seines Votums und jene seiner Gründe fordern oder dem Berichte ein besonderes Votum beischliessen.

Ein Gleiches gilt von thatsächlichen Berichtigungen, welche ein Mitglied über Bemerkungen, die im Protokolle Aufnahme finden, während der Sitzung vorbringt.

Das schriftliche Votum ist längstens binnen drei Tagen dem Rector zu übergeben und muss seinem wesentlichen Inhalte nach demjenigen entsprechen, was in der Senatssitzung mündlich vorgebracht wurde.

§. 15. Der Rector hat für die unverzügliche Expedition der gefassten Beschlüsse und ihre Ausführung, und im Falle des §. 3 für die schleunige Uebersendung der Acten an das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes zu sorgen.

§. 16. Die Expeditionen der Beschlüsse des akademischen Senates an Behörden sind vom Rector und dem allfälligen Referenten zu unterfertigen.

Für jene Geschäftsstücke, für die kein Referent bestellt wurde, wird für die Dauer eines Jahres ein Gegenzeichner gewählt.

§. 17. Abänderungen der Geschäfts-Ordnung und Zusätze zu derselben werden durch Beschlüsse des akademischen Senates verfügt, treten aber erst nach erfolgter Genehmigung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht in Wirksamkeit.

109 q) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
23. Februar 1882, Z. 19768 ex 1881,

an das Decanat der theologischen Facultät der Universität Graz,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät Graz.

Dem mit Bericht vom 23. December 1881, Z. 34 vorgelegten Entwurfe der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät Graz finde ich die Genehmigung zu ertheilen

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät der Universität Graz.

§. 1. Die dem Professoren-Collegium der theologischen Facultät zugewiesenen Geschäfte werden theils vom Decan, theils vom Professoren-Collegium besorgt.

§. 2. Der Decan hat alle an das Professoren-Collegium, an die Facultät oder an das Decanat gerichteten Geschäftsstücke in Empfang zu nehmen, mit dem Datum des Einlangens und der Geschäftszahl zu versehen (zu präsentiren), in das Geschäfts-Protokoll einzutragen und sie nach der Erledigung in der Registratur aufzubewahren, insoferne nicht die Rückgabe derselben an eine Behörde oder Partei erforderlich ist.

§. 3. Der Decan besorgt für sich allein:

- a) Die currenten Geschäftsstücke (§. 4).
- b) Jene Angelegenheiten, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen.
- c) Die Ausführung der Beschlüsse des Professoren-Collegiums.
Glaubt er die Ausführung eines Beschlusses nicht verantworten zu können, so legt er den Fall dem Unterrichtsminister vor.
- d) Die Gebahrung mit den der Facultät überwiesenen Geldern.
- e) Die Ordnung der bestehenden Gesetz- und Verordnungs-Sammlungen.
- f) Die Uebung der Dicipinargewalt über die Studierenden, soweit die Gesetze ihm eine solche gewähren.
- g) Die selbständige Verfügung in allen Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist.

Ueber diese Geschäftsführung hat der Decan in der nächsten Sitzung dem Professoren-Collegium kurz Bericht zu erstatten.

§. 4. Als currente Geschäftsstücke sind zu behandeln:

- a) Alle die Immatriculation und Inscription der ordentlichen, dann die Aufnahme und Inscription der ausserordentlichen Hörer betreffenden Geschäftsstücke.
- b) Die Zusammenstellung der Vorlese-Ordnung und der Prüfungs-Ordnung, auf Grund der von den Docenten demselben übergebenen Daten; die Richtigstellung der Cataloge, die Vidirung der Frequentations-Zeugnisse und die Ausfertigung von Absolutorien.
- c) Die Bestimmung der Tage für die abzuhaltenden strengen Prüfungen (Rigoresen) und die sonstigen zur Abhaltung derselben nothwendigen Vorkehrungen (Einladung der betheiligten Professoren, Führung des Rigoresen-Protokolles u. s. w.).
- d) Die zur Vornahme der Promotion erforderlichen Einleitungen und Geschäfte.
- e) Die Anfertigung und Vorlage der nach den Studiengesetzen oder auf Grund specieller Aufträge zu liefernden Ausweise, Berichte u. dgl. Berichte des Decans über Gegenstände von grösserer Bedeutung werden vom Professor, welcher darüber in der Sitzung referirte, oder in dessen Ermangelung von einem zu bestimmenden Professor als Gegenzeichner unterfertigt.

f) Die Intimation der an einzelne Professoren gerichteten oder zur Kenntnissnahme derselben bestimmten Erlässe, Verordnungen u. s. w.

§. 5. Die dem Professoren-Collegium vorbehaltenen Geschäfte werden von demselben in Sitzungen erlediget.

Ausnahmsweise kann der Decan einen Sitzungsgegenstand im Circulationswege zur Behandlung bringen. In diesem Falle hat er einen bestimmten Antrag zu stellen und darf die Abstimmung und Erledigung als auf diesem Wege erfolgt nur dann betrachten, wenn die Majorität der Mitglieder des Professoren-Collegiums diesem Antrage einfach (ohne Zusatz) beistimmt, sonst ist der Gegenstand in der nächsten Sitzung zur Verhandlung zu bringen.

§. 6. Das Professoren-Collegium versammelt sich über schriftliche Einladung des Decans, wenn nach dessen Ermessen ein hinreichender Verhandlungsgegenstand vorliegt. Auf schriftliches Verlangen eines Drittheils der stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums hat der Decan eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen. Die Einladung zu der Sitzung soll die bedeutenderen Verhandlungs-Gegenstände enthalten und wenigstens 24 Stunden vor derselben erfolgen.

§. 7. In der Sitzung trägt der Decan den Verhandlungs-Gegenstand vor oder fordert dasjenige Mitglied des Professoren-Collegiums zum Vortrage auf, dem er einzelne Geschäftsstücke zum Referate zugewiesen hat.

Der Vortragende gibt mündlich oder schriftlich eine möglichst vollständige Darstellung des betreffenden Gegenstandes und stellt mit einer kurzen Begründung seinen Antrag.

§. 8. Der Decan leitet die Debatte. Jedes Mitglied, welches eine Aeusserung zu machen wünscht, hat das Wort zu verlangen. Dem Decan steht es zu, das Wort zu ertheilen, den Redner vor Unterbrechung zu schützen, denselben zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder endlich ihm selbst das Wort zu entziehen, worüber jedoch letzterer die Entscheidung der Versammlung verlangen kann. Ueber den eingebrachten Antrag auf Schluss der Debatte muss sofort abgestimmt werden.

Der Decan formulirt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen und bringt das Resultat der Abstimmung zu Protokoll. Die Abstimmung erfolgt mündlich nach dem Senium im Amte, in allen Personalangelegenheiten aber, sowie, wenn ein Antrag auf geheime Abstimmung angenommen wurde, durch Stimmzettel.

Ueber Vorgänge in den Sitzungen des Collegiums ist das pflichtmässige Amtsgeheimniss zu beobachten.

§. 9. Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Professoren-Collegiums erforderlich. Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Decanes den Ausschlag.

§. 10. Betrifft der zu behandelnde Gegenstand die persönlichen Verhältnisse eines Mitgliedes des Professoren-Collegiums, so hat dasselbe bei Beginn der Verhandlung dieser Angelegenheit den Sitzungssaal zu verlassen.

§. 11. Das Sitzungs-Protokoll hat die wesentliche Darstellung des verhandelten Gegenstandes, des Resultates der Abstimmung (Anführung der Stimmen für und wider) und des darnach gefassten Beschlusses zu enthalten.

§. 12. Jedes Mitglied, dessen Votum mit dem gefassten Beschlusse nicht übereinstimmt, kann seine abweichende Meinung zu Protokoll geben oder in einem Separatvotum, welches dem Protokolle beizuschliessen ist, schriftlich ausführen.

Das Separatvotum muss unmittelbar nach gefasstem Beschlusse angemeldet und längstens binnen 48 Stunden dem Decan übergeben werden; es muss seinem wesentlichen Inhalte nach mit dem übereinstimmen, was der betreffende Votant in der Sitzung selbst mündlich vorgebracht hat.

§. 13. Am Anfang einer jeden Sitzung wird die Anwesenheit der erschienenen Mitglieder des Professoren-Collegiums constatirt. Ueber die Zulässigkeit der von den Weggebliebenen angeführten Entschuldigungsgründe urtheilt der Lehrkörper ohne Debatte. Das Urtheil wird im Protokolle verzeichnet (§. 15 des Gesetzes vom 27. April 1873).

§. 14. Abwesende Mitglieder sind an die Beschlüsse der Anwesenden gebunden. Denjenigen, welche nach vorhergegangener schriftlicher Entschuldigung abwesend waren, sendet der Decan das Protokoll der Sitzung zur Einsicht.

§. 15. Der Decan hat die von ihm einzuhaltenden Amtsstunden öffentlich anzukündigen. Im Verhinderungsfalle vertritt die Stelle des Decans der Prodecan.

§. 16. Jedem neu eintretenden Mitgliede des Professoren-Collegiums hat der Decan die Geschäftsordnung ungesäumt mitzutheilen.

109 r) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 14. Juni 1881, Z. 8238*),

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Graz, betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Graz.

Dem mit Bericht vom vorgelegten Entwurfe der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Graz finde ich die Genehmigung zu ertheilen.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Graz.

§. 1. Die dem Professoren-Collegium der k. k. rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät durch das Gesetz über die Organisation der Universitätsbehörden vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 zugewiesenen

*) Durch diesen Erlass wurde die mit Min.-Erl. vom 13. November 1849, Z. 7804 genehmigte Geschäftsordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Graz, sowie der Min.-Erl. vom 1. December 1875, Z. 16740, betreffend die Abänderung des §. 18 derselben, wieder aufgehoben.

Geschäfte werden theils von dem Decan als Facultätsvorstande, theils vom Professoren-Collegium besorgt.

§. 2. Der Decan hat alle an das Professoren-Collegium, an die Facultät oder an das Decanat gesendeten oder eingereichten Geschäftsstücke in Empfang zu nehmen, mit dem Datum des Einlangens und der Geschäftszahl zu versehen (zu präsentiren), in das Geschäftsprotokoll einzutragen und sie nach der Erledigung, insoweit diese nicht die Rückgabe derselben an eine Behörde oder Partei erfordert, in der Registratur aufzubewahren.

§. 3. Die Geschäfte, welche der Decan für sich allein zu besorgen hat, sind:

- a) Die currenten Geschäftsstücke (§. 18 des oben angeführten Gesetzes u. unten §. 4);
- b) alle jene Angelegenheiten, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen (§. 18 des cit. Gesetzes);
- c) die Ausführung der Beschlüsse des Professoren-Collegiums;
- d) die Behandlung leichterer Disciplinarvergehen der Studirenden nach §. 13 u. 18 der prov. Disciplinarordnung vom 13. October 1849, Z. 7215;
- e) die Ueberwachung der Facultäts- und der Seminar-Bibliothek;
- f) die Gebahrung mit den der Facultät überwiesenen Fonds und sonstigen Geldern;
- g) die Anlegung respective Fortführung einer Normaliensammlung, in welche alle in Studienangelegenheiten erflossenen Gesetze, Verordnungen und Weisungen einzureihen sind; endlich
- h) die selbständige Verfügung in allen Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist (§. 18 des cit. Ges.).

Ueber diese Geschäftsführung hat der Decan in der nächsten Sitzung dem Professoren-Collegium kurz zu berichten.

§. 4. Als currente Geschäftsstücke sind zu behandeln:

- a) alle die Immatriculation der ordentlichen und die Aufnahme der ausserordentlichen Hörer betreffenden Geschäftsstücke;
- b) die Bestimmung der Tage für die abzuhaltenden strengen Prüfungen (Rigorosen) und die sonstigen zur Abhaltung derselben nothwendigen Vorkehrungen (Erledigung der Gesuche um Zulassung, Einladung der betheiligten Professoren, Führung des Rigorosen-Protokolles u. s. w.);
- c) die zur Vornahme der Promotionen erforderlichen Einleitungen und Geschäfte;
- d) die Anfertigung und Vorlage der nach den Studiengesetzen oder auf Grund specieller Aufträge zu liefernden Ausweise, Berichte u. dgl.;
- e) die Intimation der an einzelne Professoren oder Docenten gerichteten oder zur Kenntnissnahme derselben bestimmten Erlässe, Verordnungen u. s. w.;
- f) anderweitige Einläufe von untergeordnetem Belange.

§. 5. Die dem Professoren-Collegium vorbehaltenen Geschäfte werden von demselben in Sitzungen erledigt.

Nur ausnahmsweise und in dringenden Fällen kann der Decan einen Sitzungsgegenstand im Circulationswege zur Behandlung bringen. Er hat aber in solchem Falle stets einen bestimmten Antrag schriftlich vorzulegen und darf die Abstimmung und Erledigung als auf diesem Wege erfolgt nur dann betrachten, wenn der gestellte Antrag von der Majorität der stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums einfach (ohne Zusatz) angenommen ist. Erscheint dagegen der Antrag von der Majorität nur mit Beschränkungen oder Modificationen acceptirt oder ganz abgelehnt, so ist der Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

§. 6. Das Professoren-Collegium versammelt sich über schriftliche Einladung des Decans, so oft nach dessen Ermessen hinreichender Verhandlungsstoff für eine Sitzung vorliegt (regelmässige Sitzungen).

Eine ausserordentliche Sitzung kann der Decan bei sich ergebender Nothwendigkeit und muss er mit thunlichster Beschleunigung dann anordnen, wenn mindestens ein Drittheil der stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums dies schriftlich verlangt.

Die Einladungen zu den Sitzungen, deren Zustellung in der Regel wenigstens 24 Stunden vorher erfolgt sein muss, sollen die Angabe der bedeutenderen Verhandlungsgegenstände enthalten. Ueber einen in den Einladungen nicht angeführten Gegenstand kann nur dann sofort verhandelt werden, wenn zwei Drittheile der anwesenden Stimmberechtigten damit einverstanden sind.

§. 7. In der Sitzung trägt der Decan die Verhandlungsgegenstände entweder selbst vor oder fordert diejenigen Mitglieder des Professoren-Collegiums zum Vortrage auf, denen er einzelne Geschäftstücke zum Referate zugewiesen hat. Die Vertheilung der Referate an die Mitglieder des Professoren-Collegiums soll möglichst gleichmässig erfolgen und kann vom Collegium über Antrag geändert werden.

Der Vortragende gibt mündlich oder schriftlich eine vollständige und genaue Darstellung des Gegenstandes auf Grund der diesfälligen Actenstücke und stellt unter kurzer Anführung der Beweggründe seinen Antrag.

§. 8. Der Decan eröffnet und leitet die Debatte und hat die Ordnung und parlamentarische Führung derselben aufrecht zu halten; es steht ihm daher zu, das Wort zu ertheilen, einen Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen, oder ihm selbst das Wort zu entziehen, worüber jedoch letzterer die Entscheidung der Versammlung verlangen kann.

Zum Schlusse der Erörterung fasst der Decan die wesentlichen Momente der Debatte zusammen, formulirt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen und constatirt das Ergebniss der Abstimmung.

§. 9. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich nach dem Senium im Amte. Der Vorsitzende gibt seine Stimme zuletzt ab. In allen Personalangelegenheiten, sowie wenn ein Antrag auf geheime Ab-

stimmung gestellt und angenommen wird, hat dieselbe durch Stimmzettel oder Kuglung zu erfolgen.

§. 10. Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums erforderlich (§. 16 des cit. Ges.). Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefasst, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Decans den Ausschlag.

§. 11. An der Berathung und Entscheidung einer die persönlichen Verhältnisse eines Mitgliedes des Professoren-Collegiums oder eines seiner Angehörigen betreffenden Angelegenheit kann dieses nicht theilnehmen. Es hat deshalb bei Beginn der Verhandlung dieser Angelegenheit das Sitzungslocale zu verlassen und nach Erledigung derselben wieder einzutreten.

§. 12. Das Sitzungsprotokoll hat der Decan zu besorgen und derart herzustellen, dass die jedem Theilnehmer an der Sitzung obliegende Unterfertigung desselben längstens am dritten Tage nach der Sitzung erfolgen kann. Dasselbe hat eine genaue Angabe des verhandelten Gegenstandes, des Resultates der Abstimmung (Anführung der Stimmen für und wider) und des darnach gefassten Beschlusses zu enthalten.

§. 13. Jedem Votanten steht es frei, die von ihm angeführten Gründe seiner Abstimmung in schriftlicher Abfassung dem Protokolle beizufügen und wenn seine bei der Verhandlung ausgesprochene Meinung von dem gefassten Beschlusse abweicht, ist er berechtigt, diese seine Meinung schriftlich auszuführen in einem Separatvotum, welches dem Protokolle beizuschliessen ist.

Das Separatvotum muss jedoch unmittelbar nach gefasstem Beschlusse angemeldet und ebenso wie die oben erwähnte schriftliche Begründung längstens binnen 48 Stunden dem Decan übergeben werden; es darf auch darin nichts Wesentliches enthalten sein, was der betreffende Votant nicht in der Sitzung selbst mündlich vorgebracht hat.

Thatsächliche Berichtigungen, welche ein Mitglied des Professoren-Collegiums gegenüber der Darstellung des Protokolles vorzubringen wünscht, sind, wenn sie sich nicht im kurzen Wege besorgen lassen, in der nächsten Sitzung zur Erledigung zu bringen. In solchem Falle ist die angemeldete Einwendung vom Decan im Protokolle vorzumerken.

§. 14. Der Decan hat für die ungesäumte Expedition der erledigten Geschäftsstücke und für die Ausführung der gefassten Beschlüsse zu sorgen.

Alle von dem Decan auf Grund eines Beschlusses des Professoren-Collegiums im Namen desselben zu erstattenden Berichte sind, wenn der bezügliche Beschluss auf Grund eines besonderen Referates gefasst wurde, von dem Referenten, sonst aber von demjenigen Mitgliede des Professoren-Collegiums mitzufertigen, welches für die Dauer des Studienjahres in der ersten Sitzung als Gegenzeichner zu wählen ist.

§. 15. Für den amtlichen Verkehr des Decans mit den Studirenden und anderen Parteien ist täglich, die gesetzlichen Ferialtage ausgenommen, wenigstens eine Stunde zu bestimmen und öffentlich anzukündigen.

§. 16. Abänderungen der Geschäftsordnung und Zusätze zu derselben werden durch Beschluss des Professoren-Collegiums verfügt, treten aber erst nach erfolgter Genehmigung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht in Wirksamkeit.

109s) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom
26. Februar 1864, Z. 839,

an das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät Graz,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät in Graz.

Die unter dem im Entwurfe vorgelegte Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät in Graz erhält die hierortige Genehmigung.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät in Graz.

1. Die Versammlungen des Professoren-Collegiums, deren allmonatlich wenigstens eine stattfinden soll, werden vom Decane oder in dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, durch schriftliche Einladung der einzelnen Mitglieder einberufen.

Diese Einladung muss denselben wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung zugestellt werden, und kann hievon nur in äusserst dringenden Fällen, unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung von Seite des Collegiums, abgegangen werden.

2. Wenn wenigstens drei Mitglieder die Abhaltung einer Sitzung schriftlich verlangen, so muss die Einberufung des Collegiums und zwar in der von den Antragstellern bestimmten Frist erfolgen.

3. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums ist verpflichtet, bei den Sitzungen zu erscheinen und muss im Verhinderungsfalle seine Abwesenheit entschuldigen.

Ueber die Stichhaltigkeit der Entschuldigung entscheidet erforderlichen Falles das Collegium.

4. Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit wenigstens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

5. Bei Verhandlungen und Beschlüssen, welche rein persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes betreffen, darf dieses nicht anwesend sein, ausser wenn das Collegium dessen Gegenwart für nöthig erachtet.

6. Der Decan führt den Vorsitz bei den Versammlungen. Im Verhinderungsfalle wird er durch den Prodecan, und dieser durch den Senior der ordentlichen Professoren vertreten.

7. Kommt ein Gegenstand zur Verhandlung, welcher das Lehrfach oder die Geschäftsführung des Vorsitzenden betrifft, sowie auch, wenn über einen vom Vorsitzenden selbst geschäftsordnungsmässig eingebrachten Antrag verhandelt wird, so übergibt der Vorsitzende für

die Dauer dieser Verhandlung den Vorsitz an den zu seiner Stellvertretung Berufenen.

8. Alle Beschlüsse des Collegiums erfolgen durch absolute Stimmenmehrheit.

9. Ist die Anzahl der Stimmenden mit Einschluss des Vorsitzenden eine gerade Zahl, so hat der Vorsitzende 2 Stimmen, — in allen anderen Fällen votirt er wie jedes andere Mitglied.

10. Die Tagesordnung setzt der Decan für jede Sitzung fest, und es soll dieselbe den Mitgliedern wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung auf geeignete Weise zur Kenntniss gebracht werden.

In den im §. 1 vorgesehenen Dringlichkeitsfällen muss wenigstens die Veranlassung zur Einberufung der Versammlung zugleich mit der Einladung den Mitgliedern bekannt gegeben werden.

11. Abweichungen von der Tagesordnung können nur durch Beschluss der Versammlung gestattet werden.

12. In der Regel sollen nach Eröffnung der Sitzung zuerst die seit der letzten Sitzung eingelaufenen und vom Decan erledigten currenten Geschäftsstücke nach den fortlaufenden Nummern des Geschäftsprotokolles mitgetheilt werden und hierauf erst die Verhandlungsgegenstände folgen.

13. Currente Geschäftsstücke, welche eben nur die Handhabung und Ausführung bestehender Vorschriften betreffen, erledigt der Decan unmittelbar und gibt darüber dem Collegium Bericht.

In dringlichen Fällen kann der Decan auch selbständig Anordnungen treffen, worüber er jedoch dem Collegium sobald als möglich Bericht zu erstatten hat.

14. Die Erledigung nicht currenter Geschäftsstücke erfolgt dadurch:

a) dass sie der Decan dem Collegium vorträgt und dessen Beschluss einholt, ob der Gegenstand sogleich zur Verhandlung und eventuell zur Beschlussfassung gelangen solle, oder aber erst einem Berichterstatter oder einem Comité, die dann von dem Collegium gewählt werden, zur Bearbeitung übergeben werden solle — oder

b) dass er den Gegenstand sogleich nach dessen Einbringung einem Berichterstatter oder einem Comité übergibt, die sonach in der Sitzung schriftlich Bericht zu erstatten haben.

15. Der Versammlung steht es übrigens dann frei, durch Beschluss eine neue Berichterstattung durch einen anderen Referenten oder ein Comité anzuordnen.

16. Das Protokoll über jede Sitzung wird von zwei hiezu vom Collegium gewählten Mitgliedern geführt, am Schlusse der Sitzung verificirt und von sämmtlichen Anwesenden unterzeichnet.

17. Der Vorsitzende hat die Ordnung und parlamentarische Führung der Debatte aufrecht zu erhalten und es steht ihm daher zu, das Wort zu ertheilen, einen Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder endlich selbst das Wort zu entziehen.

Er reassumirt die Debatte, stellt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen, gibt das Ergebniss der Abstimmung bekannt und dictirt die Beschlüsse des Collegiums zu Protokoll.

Der Vorsitzende hat auch das Recht, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen, wenn er dies zu vertraulicher Besprechung eines Gegenstandes oder zur Herstellung der parlamentarischen Ordnung für nöthig erachtet.

18. Dem Vorsitzenden steht es zu, jedem Sprecher nach beendigtem Vortrage unmittelbar zu erwidern — ein Recht, welches ausser ihm nur dem Berichterstatter oder dem Antragsteller, dessen Antrag ohne vorhergehende Berichterstattung zur Verhandlung kommt, in der Verhandlung über den Bericht oder den Antrag eingeräumt ist.

Alle Uebrigen erhalten nur in der Reihenfolge das Wort, in welcher sie dasselbe verlangten.

Unterbrechungen eines Redners sind, die dem Vorsitzenden nach §. 17 zustehenden Mahnungen ausgenommen, durchaus unstatthaft.

19. Der Schluss der Debatte erfolgt nur mit Zustimmung der Versammlung.

Nach ausgesprochenem Schlusse der Debatte darf nur mehr dem Berichterstatter oder dem Antragsteller das Wort ertheilt werden.

20. Jeder Antragsteller hat das Recht, zu verlangen, dass sein Antrag genau so, wie er ihn selbst zu Protokoll dictirt, zur Abstimmung gebracht wird.

21. Ueber die Reihenfolge der zur Abstimmung zu bringenden Fragen (Amendements und Anträge) entscheidet der Vorsitzende.

Er muss jedoch, bevor er zur Abstimmung schreitet, die von ihm bestimmte Reihenfolge der Fragen dem Collegium bekannt geben, dieses kann dann diese Reihenfolge ändern und endgiltig feststellen.

22. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich.

23. Bei allen Personalien und auch sonst, wenn ein Drittel der Anwesenden es verlangt, erfolgt die Abstimmung geheim durch Stimmzettel oder Kugelung.

24. Es steht jedem Mitgliede frei, ein Separatvotum abzugeben, doch muss dies sogleich nach erfolgter Abstimmung angekündigt — im Protokolle bemerkt und binnen 48 Stunden schriftlich beim Decanate eingebracht werden.

Später angekündigte oder eingebrachte Separatvota werden als nicht gegeben betrachtet und sind als ordnungswidrig zurückzuweisen.

25. Abwesende haben kein Stimmrecht. Sie können zwar ihre gutachtliche Aeusserung in einer bestimmten Angelegenheit durch ein anwesendes Mitglied vorlesen lassen, doch hat eine solche Meinungsäusserung für die Abstimmung keine Giltigkeit und steht es Abwesenden auch nicht zu, ein Separatvotum einzubringen.

26. Die Verhandlung über einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand kann nur durch Beschluss des Collegiums vertagt werden.

27. Verhandlungsgegenstände, bei denen es sich um die Interessen eines bestimmten Lehrfaches handelt, sollen, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist, in Abwesenheit des betreffenden Professors nicht verhandelt werden.

28. Vor erschöpfter Tagesordnung kann die Sitzung nur über Beschluss der Versammlung geschlossen werden.

29. Die Beschlüsse des Collegiums werden vom Decane ausgefertigt und von ihm unterzeichnet, und erhalten überdies die Gegenzeichnung eines hiezu alljährlich vom Collegium gewählten Mitgliedes — in Fällen, wo ein Bericht erstattet und der Antrag des Referenten, so wie dessen Motivirung vom Collegium zum Beschlusse erhoben wurde, auch die Gegenzeichnung des Berichterstatters.

30. Veröffentlichungen über Beschlüsse des Collegiums oder über Vorgänge im Collegium dürfen nur mit Genehmigung des Collegiums erfolgen.

31. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung sind nach erfolgter ministerieller Genehmigung für jedes Mitglied so lange verbindlich, bis nicht eine Aenderung derselben durch ministerielle Weisung oder Genehmigung stattfindet.

32. Aenderungen, Zusätze oder Erläuterungen der Geschäftsordnung können von jedem Mitglied ordnungsmässig beantragt werden und werden wie jeder andere Antrag behandelt.

109t) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 30. Mai 1878, Z. 4544,

an das Decanat der philosophischen Facultät in Graz,

betreffend die Genehmigung mehrerer Abänderungen in der Geschäftsordnung des Professoren-Collegiums der philosophischen Facultät in Graz.

Durch diesen Erlass wurde die Geschäftsordnung des Professoren-Collegiums der philosophischen Facultät Graz in der nachstehenden Form festgestellt.

Geschäftsordnung des Professoren-Collegiums der philosophischen Facultät in Graz.

§. 1. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt der Decan und berichtet darüber dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle (Gesetz vom 27. April 1873 betreffend die Organisation der akademischen Behörden. R.-G.-Bl. 1873, St. XXII, §. 18).

§. 2. Geschäfte, welche ihrer Beschaffenheit nach nur vom Collegium selbst besorgt werden können, zerfallen für die Form ihrer Behandlung in folgende Kategorien:

a) Entscheidungen, bei denen eine verschiedene Auslegung des Gesetzes, sowie eine abweichende Beurtheilung der obwaltenden Verhältnisse denkbar ist, ohne dass gerade dem einen oder anderen Mitgliede eine ausnehmende Competenz darüber zustünde, oder schwierige, nur von einem Einzelnen zu leistende Voruntersuchungen erfordert werden. Solche Fälle hat der Decan in der Sitzung vorzutragen, eine Discussion darüber zu eröffnen, wenn es nothwendig erachtet wird, und darüber abstimmen zu lassen.

b) Erledigungen, die besondere Sachkenntniss oder schwierige Vorerhebungen erheischen. In diesen Fällen schlägt der Decan einen Referenten oder eine Commission aus mehreren Mitgliedern vor, welche in einer nächsten Sitzung Bericht erstatten. Dieser Bericht wird wieder eventuell einer Discussion unterzogen und hierauf durch Abstimmung, sei es in seiner ursprünglichen Gestalt, sei es mit den von der Majorität gewünschten Veränderungen zum Beschlusse erhoben oder verworfen. In letzterem Falle schlägt der Decan einen anderen Referenten oder eine andere Commission vor (§. 16 des citirten Gesetzes). Die speciellen schriftlichen Referate sind, falls sie vom Collegium nicht angenommen werden, auf Verlangen der Berichterstatter mit ihrer Unterschrift versehen, den entscheidenden Behörden mit vorzulegen. Das unverändert oder mit Aenderungen angenommene Referat wird, in der Regel vom Decan mitunterzeichnet, seinem amtlichen Berichte beigegeben.

c) Selbständige Anträge einzelner Mitglieder. Betreffen dieselben minder bedeutende Gegenstände, so können sie sofort in Verhandlung genommen und nach kurzer Discussion entschieden werden. Wichtigere Vorschläge dieser Art sollen in der Regel erst nach Ankündigung in einer vorhergehenden Sitzung zur Berathung kommen, welche immer wieder in der angedeuteten Weise stattfindet. Die Entscheidung, ob der Gegenstand gleich behandelt werden solle oder einer nächsten Sitzung vorzubehalten sei, steht im Allgemeinen dem Decane zu; auf Verlangen eines Mitgliedes wird darüber abgestimmt. Solche Anträge können im Verlaufe der Sitzung angemeldet, aber immer erst nach Beendigung der vorliegenden Geschäfte eingebracht werden.

§. 3. Die in die obigen Kategorien (§. 2) fallenden Geschäftstücke, sowie anderweitige wichtige, die Facultät betreffende Gegenstände, werden in den ordentlichen, vom Decane einzuberufenden Sitzungen behandelt. Im Falle der Nothwendigkeit kann der Decan ausserordentliche Sitzungen abhalten, und ist er zur Anordnung einer solchen binnen acht Tagen verpflichtet, wenn unter genauer Angabe des Gegenstandes mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Professoren dieses Verlangen stellt.

§. 4. Jedes Mitglied, welches während einer Discussion eine Aeusserung zu machen wünscht, verlangt das Wort und gelangt in der Reihe, in welcher dies geschah, zum Sprechen. Wer das Wort hat, darf nicht unterbrochen werden. Jedes Mitglied hat das Recht, auf Schluss der Discussion anzutragen. Ueber diesen Antrag wird sofort abgestimmt und, wenn die Majorität sich für den Schluss der Discussion ausspricht, werden keine neuen Anmeldungen zum Worte mehr angenommen; die bis dahin angemeldeten Sprecher machen nach Belieben von ihrem Rechte auf das Wort Gebrauch oder leisten darauf Verzicht.

§. 5. Bei Abstimmungen formulirt der Decan die schwebenden Fragen. Die Mitglieder stimmen mit Ja oder Nein. In einzelnen Fällen kann, wenn von Seite eines Mitgliedes der Antrag gestellt wird, geheime Abstimmung oder Protokollirung der Abstimmung mit Anführung der

Namen beschlossen werden. Ueber einen solchen Antrag wird ohne Debatte abgestimmt.

§. 6. Vota separata sind entweder sofort zu Protokoll zu geben oder, nachdem der Hauptinhalt derselben bei der Abstimmung mündlich angegeben, längstens binnen drei Tagen dem Decane schriftlich einzuschicken. Später einlaufende oder bei der Abstimmung nicht angekündigte Separatvoten werden nicht berücksichtigt. Der Decan hat zu prüfen, ob das schriftlich abgegebene Separatvotum mit der mündlich gemachten Aeusserung des betreffenden Mitgliedes im Wesentlichen übereinstimmt, und in diesem Falle dasselbe dem Sitzungsprotokolle oder dem betreffenden Actenstücke beizulegen. Findet diese Uebereinstimmung nicht statt, so hat er es dem betreffenden Mitgliede zu eröffnen und auf dessen Verlangen das eingeschickte Schriftstück unter der ausdrücklichen Bemerkung, dass es nicht als Separatvotum, sondern als nachträgliche Aeusserung anzusehen ist, an die Behörde gelangen zu lassen. Sind die Abweichungen von der mündlichen Aeusserung so bedeutend, dass durch ein Vortragen des Votums in seiner neuen Gestalt eine Aenderung des fraglichen Beschlusses der Versammlung irgend zu erwarten steht, so hat der Decan, wenn der Gegenstand den Aufschub zulässt, die Expedition des Stückes zu sistiren und die Sache in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen.

§. 7. Am Anfange jeder Sitzung wird die Anwesenheit der erschienenen Mitglieder des Collegiums constatirt, über die Entschuldigung der in dieser oder einer früheren Sitzung Weggebliebenen ohne Debatte abgestimmt und das Urtheil im Protokolle verzeichnet (§. 15 des cit. Gesetzes).

§. 8. Das Sitzungs-Protokoll, das vom Decane oder einem Mitgliede des Collegiums geführt wird, hat alle Hauptvorgänge einer Sitzung zu enthalten. Die Discussion ist nicht protokollarisch.

§. 9. Abwesende Mitglieder sind an alle Beschlüsse der Anwesenden gebunden. Denjenigen, welche nach hervorgegangener schriftlicher Entschuldigung abwesend waren, sendet der Decan das Protokoll der Sitzung auf Verlangen zur Einsicht, jedoch ohne Voracten und mit Präclusiv-Termin der Rückstellung, sollte diese nicht sogleich erfolgen.

§. 10. Der Decan kann ausnahmsweise und in besonders dringenden Fällen die Voten über irgend einen Gegenstand auch schriftlich durch Umlauf sammeln, er darf aber nur dann eine wirkliche Abstimmung als auf diesem Wege erfolgt annehmen, wenn die Umfrage auf ein blosses Ja und Nein zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen gestellt war und lediglich in dieser Form beantwortet ist, nicht aber, wenn in den schriftlichen Bemerkungen der Mitglieder entweder mehrere abweichende Meinungen oder neue Vorschläge oder neue zur Sache gehörige Nachrichten vorkommen. In diesem Falle hat der Decan den Gegenstand in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung (§. 3) auf mündlichem Wege zur Verhandlung zu bringen. Der Erfolg einer solchen durch Circulare eingeholten Abstimmung ist in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

§. 11. Der Vorsitzende stimmt gleich den übrigen Mitgliedern, jedoch immer zuletzt; seine Stimme gibt bei gleichen Voten den Ausschlag.

§. 12. Mit Ausnahme der currenten Geschäftsstücke (§. 1) haben sämtliche Ausfertigungen und Berichte des Decans die Gegenzeichnung eines jährlich hiezu vom Collegium erwählten Mitgliedes zu erhalten.

§. 13. In Verhinderungsfällen wird der Decan durch den Prodecan, dieser aber durch den im Amte ältesten ordentlichen Professor ersetzt (§. 13 des cit. Gesetzes).

§. 14. Das Stimmrecht eines Mitgliedes ist suspendirt in Angelegenheiten, wobei es allein oder doch hauptsächlich auf dessen persönliches Interesse ankommt. Jenes Mitglied hat beim Beginne der betreffenden Verhandlung das Sitzungslocale zu verlassen.

§. 15. Zu allen Beschlüssen ist absolute Stimmenmehrheit und die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Professoren erforderlich, welche Mitglieder des Collegiums sind (§. 16 des cit. Gesetzes).

§. 16. Findet der Decan in irgend einer Angelegenheit eine Abweichung von dem hier vorgeschriebenen Geschäftsgange nöthig, so hat er dazu in jedem speciellen Falle die Ermächtigung des Collegiums einzuholen.

§. 17. Jedem neu eintretenden Mitgliede des Collegiums hat der Decan ein Exemplar der Geschäftsordnung ungesäumt zu übergeben.

C. Universität Innsbruck.

109u) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht
vom 25. Juni 1879, Z. 8866,

an das Rectorat der Universität Innsbruck,

**betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für den akademischen
Senat der k. k. Universität Innsbruck.**

Dem mit Bericht vom . . . vorgelegten Entwurfe der Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Innsbruck finde ich die Genehmigung zu ertheilen.

Geschäftsordnung für den akademischen Senat der k. k. Universität Innsbruck.

§. 1. Die Stellung und Zusammensetzung, die Aufgaben und den Wirkungskreis des akademischen Senates bestimmt das Gesetz.

§. 2. Die Geschäfte, welche dem akademischen Senate zugewiesen sind, werden von demselben entweder in seinen Versammlungen oder durch seinen Vorsitzenden, den Rector magnificus, oder dessen gesetzlichen Stellvertreter im Namen des Senates erledigt.

§. 3. Die Versammlungen des akademischen Senates ordnet der Vorsitzende nach Massgabe des Bedürfnisses an.

Derselbe ist verpflichtet, wenn wenigstens drei Mitglieder die Einberufung der Versammlung schriftlich verlangen und dieselbe als dringlich bezeichnen, längstens binnen drei Tagen eine solche anzuberaumen.

§. 4. Der Vorsitzende beruft die Senatsmitglieder zur Sitzung durch eine schriftliche Einladung. Diese Einladung hat die Tagesordnung zu enthalten und ist den Senatsmitgliedern wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung zur Einsicht und Unterfertigung zuzustellen. Von dieser Frist kann nur in dringenden Fällen abgegangen werden; doch muss dann der Vorsitzende auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes beim Beginn der Sitzung vor Allem die Dringlichkeitsfrage zur Abstimmung bringen.

Wird dieselbe verneint, so ist der Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Ist es aus irgend einem Grunde nicht möglich, die Einladung in obiger Form einem Senatsmitgliede rechtzeitig zu übermitteln, so ist die Abgabe einer Einladungskarte zur Sitzung in dessen Wohnung oder an dem von ihm dem Rector zu bezeichnenden Ort als gültige Einladung zu betrachten.

§. 5. Die Mitglieder des Senates sind verpflichtet, in den Versammlungen desselben zu erscheinen oder ihr Wegbleiben zu entschuldigen.

Ueber die Zulässigkeit der angeführten Entschuldigungsgründe entscheidet der Senat ohne Debatte, das Urtheil wird im Protokoll verzeichnet.

Erscheint ein Mitglied in drei aufeinander folgenden Sitzungen nicht, ohne dass seine Abwesenheit dem Senate gerechtfertigt erscheint, oder bleibt es überhaupt häufig weg, so ist der Rector verpflichtet, dasselbe schriftlich zum Erscheinen aufzufordern und, wenn dies ohne Erfolg ist, dem akademischen Senate die Anzeige zu machen. Ist auch dieses fruchtlos, so hat der akademische Senat Bericht an den Unterrichtsminister zu erstatten.

§. 6. Den Verhandlungen des versammelten Senates und dessen Beschlussfassung sind alle wichtigeren, nach §. 19 des Gesetzes vom 27. April 1873, R. G. Bl. Nr. 63 in seinen Wirkungskreis gehörigen Angelegenheiten der Universität vorbehalten.

§. 7. In dringenden Fällen und wo Gefahr im Verzuge, ist aber der Rector befugt, auch in solchen Angelegenheiten, die der Verhandlung und Beschlussfassung des Senates vorbehalten sind, selbständig die erforderlichen Verfügungen zu treffen. (Org. Gesetz §. 18 und 21.)

Doch hat er alsdann unverweilt den Senat einzuberufen und dessen Genehmigung der getroffenen Verfügung unter Darlegung der Verhältnisse, die dazu nöthigten, zu erwirken.

Im Collisionsfalle ist sogleich dem Ministerium Bericht zu erstatten und das Sitzungsprotokoll demselben anzuschliessen.

§. 8. Sonst erledigt der Rector in Gemässheit der §§. 21 und 18 des Gesetzes vom 27. April 1873 alle currenten und solche Angelegenheiten, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen, im eigenen Wirkungskreise und berichtet darüber dem Senate in der nächsten Sitzung.

Doch steht es dem Rector frei, in zweifelhaften und principiell wichtigen Fällen auch solche Gegenstände vor den akademischen Senat zu bringen und dessen Zustimmung zu seinen Anträgen einzuholen.

§. 9. Die Sitzungen des akademischen Senates eröffnet der Vorsitzende, wenn die zur Fassung eines giltigen Beschlusses erforderliche Anzahl von Mitgliedern (vide §. 15) anwesend ist. Ist dies nicht der Fall, so ist die Sitzung auf einen der nächsten Tage zu verlegen und dieses den Mitgliedern schriftlich mitzutheilen, ohne die Tagesordnung in dieser neuerlichen Einladung zu wiederholen.

§. 10. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen des Senates und vollzieht dessen Beschlüsse; ihm liegt die Handhabung der gesammten Geschäftsführung des akademischen Senates ob, er ist zunächst dafür verantwortlich.

In der Regel bringt der Rector selbst alle Gegenstände der Sitzung in Vortrag, und zwar zuerst die in der Zwischenzeit von einer Sitzung zur andern von ihm selbst erledigten Geschäftsstücke und getroffenen Verfügungen lediglich zur Kenntnissnahme oder nach Umständen zur Genehmigung; sodann aber die der Berathung und Beschlussfassung des Senates unterliegenden Gegenstände.

Er bearbeitet dieselben acten- und geschäftsmässig und schliesst seinen Vortrag eventuell mit einem motivirten Antrage.

Wenn der akademische Senat es für zweckmässig erachtet, so kann er einen Referenten oder ein Comité zur Erhebung, Vorbereitung, Prüfung und motivirten Antragstellung wählen; auch ist der Senat in allen Fällen berechtigt, in Sachen, deren zweckmässige und erschöpfende Behandlung durch Fachkenntnisse bedingt ist, welche kein Mitglied des Senates besitzt, von Sachverständigen Bericht und Gutachten einzuholen.

§. 11. Jedes Senatsmitglied ist berechtigt, Anträge zu stellen, dieselben zu begründen und Interpellationen an den Vorsitzenden zu richten; die Anträge sind dem Vorsitzenden auf dessen Verlangen schriftlich zu übergeben.

Der Senat entscheidet, ob dieselben in der laufenden oder erst in der nächsten Sitzung in Verhandlung kommen oder ob darüber zur Tagesordnung übergangen werden solle. Interpellationen, welche wenigstens zwei Mitglieder unterstützen, ist der Rector verpflichtet, in der laufenden oder nächsten Sitzung zu beantworten.

Ueber die Beantwortung der Interpellation ist stets die Debatte zu eröffnen. Der Senat entscheidet, ob selbständige Anträge in der laufenden oder erst in der nächsten Sitzung in Verhandlung kommen oder ob darüber zur Tagesordnung übergegangen werden solle.

§. 12. Der Rector eröffnet die Debatte, ertheilt den einzelnen Mitgliedern das Wort in der Ordnung, in welcher sich dieselben darum bewerben; der Rector ist berechtigt, den Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder ihm nach wiederholtem Ordnungsrufe das Wort zu entziehen.

§. 13. Die Aufrechthaltung der Ordnung in der Debatte ist Sache des Vorsitzenden. Wenn es zur Wiederherstellung der Ordnung und

und Ruhe nothwendig oder zu einer leichteren Ausgleichung der hervorgetretenen Gegensätze durch vertrauliche Besprechung zweckmässig erscheint, so kann derselbe die Sitzung auf kürzere oder längere Zeit unterbrechen und sodann in der erneuerten Verhandlung die Debatte wieder aufnehmen lassen. Jedes Mitglied kann den Antrag auf Schluss der Debatte stellen, über den sofort abgestimmt werden muss.

Wird dieser Antrag angenommen, so haben nur noch jene Mitglieder, welche sich vor Stellung desselben zum Worte gemeldet hatten, das Recht, zu sprechen.

§. 14. Der Vorsitzende bestimmt die Reihenfolge, in welcher die Anträge zur Abstimmung gelangen sollen; erhebt ein Mitglied gegen die vom Vorsitzenden bestimmte Reihenfolge Einsprache, so hat der Senat durch Abstimmung zu entscheiden. Der Vorsitzende stimmt nur in dem unten angegebenen Falle mit.

§. 15. Die Abstimmung erfolgt in der Regel öffentlich; geheim und schriftlich nur dann, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder es verlangt.

Zu einer giltigen Schlussfassung fordert das Gesetz die Anwesenheit wenigstens der Hälfte der Senatsmitglieder und die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden.

Ist die Mehrheit der Votanten für oder gegen einen Antrag vorhanden, so wird derselbe als angenommen oder abgelehnt betrachtet. Sind aber die Stimmen der Votanten getheilt, so gibt auch der Vorsitzende seine Stimme ab.

§. 16. Die Beschlüsse des akademischen Senates werden vom Rector ausgefertigt, von ihm unterzeichnet und erhalten überdies, sowohl das Concept, als auch die Reinschrift, die Gegenzeichnung des Prorectors oder in Verhinderung desselben seines gesetzlichen Stellvertreters; in Fällen, wo ein Bericht erstattet und der Antrag des Referenten, sowie dessen Motivirung vom akademischen Senate zum Beschlusse erhoben wurde, auch die Gegenzeichnung des Berichterstatters.

§. 17. Glaubt der Vorsitzende die Ausführung eines gefassten Beschlusses nicht verantworten zu können, so hat er das Recht, die Ausführung desselben zu sistiren; doch muss er hierüber innerhalb der nächsten acht Tage dem Ministerium unter Anschluss des Sitzungsprotokolles Bericht erstatten und dem Senate Anzeige machen. In dringenden Fällen aber hat er unter persönlicher Verantwortung die ihm geeignet erscheinenden Vorkehrungen zu treffen.

§. 18. Separatvota der einzelnen Votanten, welche dieselben dem Protokolle anzuschliessen beabsichtigen, müssen sogleich nach erfolgter Abstimmung angemeldet, im Protokolle bemerkt und binnen 48 Stunden dem Vorsitzenden übergeben werden. Später angekündigte oder eingebrachte Separatvota sind nicht mehr anzunehmen.

§. 19. Jedes Mitglied des akademischen Senates ist berechtigt, in die Acten Einsicht zu nehmen.

§. 20. Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände in der Sitzung zu erledigen sind, bestimmt die Tagesordnung. Abweichungen

von dieser Tagesordnung können erforderlichen Falles durch Senatsbeschluss zugelassen werden. Ebenso kann die Vertagung eines auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes nur auf Beschluss des Senates stattfinden.

Dem Vorsitzenden steht zwar das Recht zu, auch solche Gegenstände, welche in der Tagesordnung nicht bezeichnet sind, im Laufe der Sitzung zur Verhandlung vorzuschlagen, allein es muss in solchen Fällen auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes der Versammlung der Gegenstand bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

§. 21. Bei Verhandlungen und Beschlussfassungen über persönliche Angelegenheiten eines Senatsmitgliedes oder solcher Personen, die mit ihm in auf- und absteigender Linie oder in den Seitenlinien bis einschliesslich des zweiten Grades verwandt oder verschwägert sind, darf dieses Mitglied nicht anwesend sein, ausser wenn der Senat es für nöthig erachtet.

Betrifft die Angelegenheit den Vorsitzenden selbst, oder dessen Verwandte oder Verschwägte, oder handelt es sich um dessen ämtliche Geschäftsführung, so übergibt derselbe vor seiner Entfernung den Vorsitz für die Dauer dieser Verhandlung an den gesetzlich berufenen Stellvertreter und es finden die Bestimmungen dieses Paragraphen auch Anwendung auf den Vorsitzenden.

§. 22. Behufs Ausübung seines Aufsichts- sowie seines Entscheidungsrechtes als Berufungsinstanz und in Kompetenzstreitigkeiten (Org. Ges. §. 19) ist der Senat berechtigt, von den akademischen Behörden die Vorlegung aller jener Acten, sowie alle jene Auskünfte zu verlangen, welche er zur vollständigen Aufklärung des betreffenden Gegenstandes als dienlich erachtet.

§. 23. Findet der akademische Senat es für nothwendig, den Beschluss einer Facultät zu sistiren, so ist unverweilt dem Ministerium unter Anschluss aller darauf bezüglichen Acten Bericht zu erstatten.

§. 24. In jeder Sitzung ist ein Protokoll zu führen, worin das Wesentliche der Verhandlungen in möglichster Kürze, ferner die Beschlüsse mit Angabe des Stimmenverhältnisses, sowie die Separatvota mit kurzer Begründung, in chronologischer Reihenfolge zu verzeichnen sind.

Das Sitzungsprotokoll führt der Secretär, ausgenommen, wenn der Rector die Führung des Protokolles einem Mitglied des Senates übertragen sollte.

Das Protokoll wird am Schlusse jeder Sitzung verlesen und nach Aufnahme der von den einzelnen Senatsmitgliedern gemachten Zusätze geschlossen und von allen Anwesenden unterfertigt. Werden über die Zulassung von Zusätzen Bedenken erhoben, so sind die divergirenden Meinungen zu Protokoll zu nehmen.

Sollte der Schluss des Protokolles wegen vorgerückter Zeit unmöglich sein, so wird zur Verification des Protokolles die Sitzung auf einen der drei nächstfolgenden Tage vertagt. — Jenen Mitgliedern, welche bei dieser Gelegenheit nicht anwesend sind, wird das Protokoll

in ihre Wohnung zur Untertigung gesendet, ohne dass sie jedoch das Recht haben, Zusätze zu machen.

Kann ein Mitglied aus wichtigen Gründen nicht zur Verifications-sitzung erscheinen, so ist es berechtigt einem andern Mitgliede das Mandat zu ertheilen, für dasselbe Zusätze zum Protokolle zu machen.

109 v) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 23. Februar 1873, Z. 1519,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität
Innsbruck,

**betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium
der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Innsbruck. *)**

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse der nachstehenden Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Innsbruck die Genehmigung ertheilt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Innsbruck.

§. 1. Die Bearbeitung der Geschäftsstücke ist regelmässig Pflicht des Decans.

§. 2. Referenten aus dem Stande des Professoren-Collegiums bestellt der Decan:

- a) für Besetzungsvorschläge,
- b) für Habilitationsacte,
- c) für legislative Arbeiten,
- d) für alle Gegenstände, deren erschöpfende Behandlung durch Fachkenntniss bedingt, welche ein Mitglied des Collegiums amtlich vertritt.

§. 3. Für Stipendiengesuche ernennt das Collegium einen ständigen Referenten.

§. 4. In die Berathungen des Professoren-Collegiums werden in der Regel Geschäftsstücke nicht einbezogen, welche betreffen:

- a) Auskünfte an Parteien oder Behörden,
- b) Erstattung periodischer Ausweise,
- c) einleitende Vorkehrungen,
- d) Ausführungen gefasster Beschlüsse,
- e) Verfügungen, die nach klaren gesetzlichen Bestimmungen zu treffen sind,

*) Die nachstehende Geschäftsordnung ist an Stelle der mit Min.-Erl. vom 5. Februar 1850, Z. 842, genehmigten Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät Innsbruck getreten.

- f) Zulassung zu Doctorats- oder Staatsprüfungen,
- g) Begutachtung nachträglicher Aufnahmsgesuche,
- h) überhaupt alle Einläufe untergeordneter Wichtigkeit.

Für die acten- und gesetzmässige Erledigung dieser Geschäfte trägt der Decan die alleinige Verantwortung; dem Decan steht es jedoch frei, soweit er hiezu nicht ohnehin schon gesetzlich verpflichtet ist, in zweifelhaften und principiell wichtigen Fällen auch solche Gegenstände vor das Professoren-Collegium zu bringen.

§. 5. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums hat das Recht der Einsicht in die Acten der Facultät, sofern der Decan dagegen im einzelnen Falle keinen Anstand erhebt.

§. 6. Die Versammlungen des Professoren-Collegiums werden nach Massgabe des Bedürfnisses vom Decan oder dessen Stellvertreter durch schriftliche Einladung der einzelnen Mitglieder einberufen. Diese Einladung muss zugleich mit der Tagesordnung wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung zugestellt werden, von welcher Frist nur in dringenden Fällen abgegangen werden kann. In solchen Fällen muss der Vorsitzende auf Verlangen eines Mitgliedes des Professoren-Collegiums die Dringlichkeitsfrage zuerst zur Abstimmung bringen.

§. 7. Wenn wenigstens drei Mitglieder die Abhaltung einer Sitzung schriftlich verlangen, so muss dieselbe innerhalb der von den Antragstellern bestimmten Frist (unter Berücksichtigung des §. 6) einberufen werden.

§. 8. Bei Verhandlungen und Beschlüssen, welche persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes oder einer mit demselben durch Familienbände verbundenen Person betreffen, darf dieses nicht anwesend sein, ausser wenn das Collegium dessen Gegenwart für nothwendig erachtet.

§. 9. Bei Verhandlungen über das Lehrfach oder die Geschäftsführung des Vorsitzenden oder über einen von diesem geschäftsordnungsmässig eingebrachten Antrag übergibt der Vorsitzende für die Dauer dieser Verhandlung den Vorsitz an den berufenen Stellvertreter.

§. 10. Alle Beschlüsse des Collegiums erfolgen durch absolute Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit wird diejenige Ansicht zum Beschluss erhoben, für welche der Vorsitzende gestimmt hat.

§. 11. Abweichungen von der Tagesordnung können nur in Dringlichkeitsfällen durch Beschluss der Versammlung gestattet werden (§. 6). Ebenso kann die Vertagung über einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand nur durch Beschluss des Collegiums eintreten.

§. 12. Die Erledigung nicht currenter Geschäftsstücke erfolgt:

a) Durch sofortige Verhandlung und Beschlussfassung des Professoren-Collegiums auf Grund des Vortrages des Vorsitzenden oder des vom Decan bestellten Referenten;

b) durch Verhandlungen und Beschlussfassung in einer späteren Sitzung auf Grund des Vortrages eines von dem Professoren-Collegium aus seiner Mitte eigens aufgestellten Referenten oder Comités.

§. 13. Die Vorgänge in der Sitzung werden in chronologischer Folgeordnung in einem Protokolle constatirt. Dasselbe führt immer das jüngste Mitglied des Professoren-Collegiums. Die Correctheit der Führung bestätigen die Stimmführer durch Namensunterschrift, wobei es ihnen freisteht, in Kürze ergänzende Bemerkungen zum Protokolle zu machen.

§. 14. Der Vorsitzende hat die Ordnung der Debatte aufrecht zu erhalten und es steht ihm daher zu, das Wort zu ertheilen, einen Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder endlich selbst das Wort zu entziehen.

Er reassumirt die Debatte, gibt das Ergebniss der Abstimmung bekannt und nimmt die Beschlüsse des Collegiums zu Protokoll. Der Vorsitzende hat auch das Recht, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen, wenn er dies zu vertraulicher Besprechung eines Gegenstandes oder zur Herstellung der Ordnung für nöthig erachtet.

§. 15. Der Schluss der Debatte erfolgt nur mit Zustimmung der Versammlung.

Nach ausgesprochenem Schlusse der Debatte darf nur mehr der Berichterstatter, der Antragsteller und der Vorsitzende das Wort ergreifen.

§. 16. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich. Bei Wahlen oder wenn die Hälfte der Anwesenden es verlangt, erfolgt die Abstimmung geheim.

§. 17. Separatvota der einzelnen Mitglieder müssen sogleich nach erfolgter Abstimmung angekündigt, im Protokolle bemerkt und binnen 48 Stunden schriftlich beim Decanate eingebracht werden. Später angekündigte oder eingebrachte Separatvota sind zurückzuweisen.

§. 18. Veröffentlichungen in der Presse über Beschlüsse des Collegiums oder über Vorgänge im Collegium dürfen nur mit Genehmigung des Collegiums erfolgen und gilt es als unehrenhaft, wenn ein Mitglied solche ohne dieselbe unmittelbar oder mittelbar veranlasst; die Statthaftigkeit anderweitiger Mittheilungen zu ermessen bleibt dem Tacte der Mitglieder überlassen, so weit nicht der Gegenstand ausdrücklich als ein geheim zu haltender bezeichnet ist.

§. 19. Jedem neu eintretenden Mitgliede hat der Decan die Geschäftsordnung mitzutheilen.

109 w) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. April 1881, Z. 4994,

an das Decanat der philosophischen Facultät der Universität Innsbruck,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät in Innsbruck.

Dem mit Bericht vom vorgelegten Entwurf der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät der Universität Innsbruck finde ich die Genehmigung zu ertheilen.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät der Universität Innsbruck.

§. 1. Die Stellung und Zusammensetzung, die Aufgaben und den Wirkungskreis des Professoren-Collegiums bestimmt das Gesetz.

§. 2. Die Geschäfte, welche dem Professoren-Collegium zugewiesen sind, werden von demselben entweder in seinen Versammlungen oder durch seinen Vorsitzenden, den Decan, oder dessen gesetzlichen Stellvertreter im Namen des Collegiums erledigt.

§. 3. Die Versammlungen des Professoren-Collegiums ordnet der Vorsitzende nach Massgabe des Bedürfnisses an.

Derselbe ist verpflichtet, wenn wenigstens drei Mitglieder die Einberufung der Versammlung schriftlich verlangen und dieselbe als dringlich bezeichnen, längstens binnen drei Tagen eine solche anzuberaumen.

§. 4. Der Vorsitzende beruft die Mitglieder des Collegiums zur Sitzung durch eine schriftliche Einladung. Diese Einladung hat die Tagesordnung zu enthalten und ist den Mitgliedern wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung zur Einsicht und Unterfertigung zuzustellen. Von dieser Frist kann nur in dringenden Fällen abgegangen werden; doch muss dann der Vorsitzende auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes beim Beginn der Sitzung vor Allem die Dringlichkeitsfrage zur Abstimmung bringen.

Wird dieselbe verneint, so ist der Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Ist es aus irgend einem Grunde nicht möglich, die Einladung in obiger Form einem Mitgliede des Collegiums rechtzeitig zu übermitteln, so ist die Abgabe einer Einladungskarte zur Sitzung in dessen Wohnung oder an dem von ihm dem Decan zu bezeichnenden Ort als gültige Einladung zu betrachten.

Stehen Gegenstände auf der Tagesordnung, welche die Interessen eines bestimmten Faches berühren, so sind die Professoren desselben jedenfalls vor der Sitzung davon in Kenntniss zu setzen.

§. 5. Jeder Professor, welcher Mitglied des Professoren-Collegiums ist, hat die Pflicht, in den Versammlungen desselben zu erscheinen oder sein Wegbleiben zu entschuldigen.

Ueber die Zulässigkeit der angeführten Entschuldigungsgründe entscheidet das Collegium ohne Debatte; das Urtheil wird im Protokoll verzeichnet.

Erscheint ein Professor in drei aufeinander folgenden Sitzungen nicht, ohne dass seine Abwesenheit dem Collegium gerechtfertigt erscheint, oder bleibt er überhaupt häufig weg, so ist der Decan verpflichtet, ihn schriftlich zum Erscheinen aufzufordern und, wenn dies ohne Erfolg ist, dem akademischen Senate die Anzeige zu machen. Ist auch dieses fruchtlos, so hat der akademische Senat Bericht an den Unterrichtsminister zu erstatten. (Org. G. §. 15.)

§. 6. Den Wirkungskreis des Professoren-Collegiums bilden nach §. 14 des Gesetzes vom 27. April 1873 R. G. Bl. Nr. 63 alle Unter-

richts- und Disciplinar-Angelegenheiten, welche nicht ausschliesslich dem akademischen Senate vorbehalten sind, insbesondere die a. a. O. aufgezählten Gegenstände.

§. 7. In dringenden Fällen und wo Gefahr im Verzuge, ist aber der Decan befugt, auch in solchen Angelegenheiten, die der Verhandlung und Beschlussfassung des Collegiums vorbehalten sind, selbstständig die erforderlichen Verfügungen zu treffen. (Org. G. §. 18.)

Doch hat er alsdann unverweilt das Collegium einzuberufen und dessen Genehmigung der getroffenen Verfügung unter Darlegung der Verhältnisse, die dazu nöthigten, zu erwirken.

Im Collisionsfalle ist sogleich dem Ministerium Bericht zu erstatten und das Sitzungsprotokoll demselben anzuschliessen.

§. 8. Sonst erledigt der Decan in Gemässheit des §. 18 des Gesetzes vom 27. April 1873 alle currenten und solche Angelegenheiten, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen, im eigenen Wirkungskreise und berichtet darüber dem Collegium in der nächsten Sitzung.

Doch steht es dem Vorsitzenden frei, in zweifelhaften und principiell wichtigen Fällen auch solche Gegenstände vor das Professoren-Collegium zu bringen und dessen Zustimmung zu seinen Anträgen einzuholen.

§. 9. Die Sitzungen des Professoren-Collegiums eröffnet der Vorsitzende, wenn die zur Fassung eines giltigen Beschlusses erforderliche Anzahl von Mitgliedern (vgl. §. 15) anwesend ist. Ist dies nicht der Fall, so ist die Sitzung auf einen der nächsten Tage zu verlegen und dieses den Mitgliedern schriftlich mitzutheilen, ohne die Tagesordnung in dieser neuerlichen Einladung zu wiederholen.

§. 10. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen des Professoren-Collegiums und vollzieht dessen Beschlüsse; ihm liegt die Handhabung der gesamten Geschäftsführung des Collegiums ob, er ist zunächst dafür verantwortlich.

In der Regel bringt der Vorsitzende selbst alle Gegenstände der Sitzung in Vortrag, und zwar zuerst die in der Zwischenzeit von einer Sitzung zur andern von ihm selbst erledigten Geschäftsstücke und getroffenen Verfügungen lediglich zur Kenntnissnahme oder nach Umständen zur Genehmigung; sodann aber die der Berathung und Beschlussfassung des Collegiums unterliegenden Gegenstände.

Er bearbeitet dieselben acten- und geschäftsmässig und schliesst seinen Vortrag eventuell mit einem motivirten Antrage.

Wenn das Professoren-Collegium es für zweckmässig erachtet, so kann es einen Referenten oder ein Comité zur Erhebung, Vorbereitung, Prüfung und motivirten Antragstellung wählen; auch ist das Collegium berechtigt, in Sachen, deren zweckmässige und erschöpfende Behandlung durch Fachkenntnisse bedingt ist, welche kein Mitglied desselben besitzt, von Sachverständigen Bericht und Gutachten einzuholen.

§. 11. Jedes Mitglied des Collegiums ist berechtigt, Anträge zu stellen, dieselben zu begründen und Interpellationen an den Vorsitzenden

zu richten; die Anträge sind dem Vorsitzenden auf dessen Verlangen schriftlich zu übergeben.

Das Collegium entscheidet, ob dieselben in der laufenden oder erst in der nächsten Sitzung in Verhandlung kommen oder ob darüber zur Tagesordnung übergangen werden solle. Interpellationen, welche wenigstens zwei Mitglieder unterstützen, ist der Vorsitzende verpflichtet, in der laufenden oder nächsten Sitzung zu beantworten.

Ueber die Beantwortung der Interpellation ist stets die Debatte zu eröffnen.

§. 12. Der Vorsitzende eröffnet die Debatte, ertheilt den einzelnen Mitgliedern das Wort in der Ordnung, in welcher sich dieselben darum bewerben; er ist berechtigt, den Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder ihm nach wiederholtem Ordnungsrufe das Wort zu entziehen.

§. 13. Die Aufrechthaltung der Ordnung in der Debatte ist Sache des Vorsitzenden. Wenn es zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe nothwendig oder zu einer leichteren Ausgleichung der hervorgetretenen Gegensätze durch vertrauliche Besprechung zweckmässig erscheint, so kann derselbe die Sitzung auf kürzere oder längere Zeit unterbrechen und sodann in der erneuerten Verhandlung die Debatte wieder aufnehmen lassen. Jedes Mitglied kann den Antrag auf Schluss der Debatte stellen, über den sofort abgestimmt werden muss.

Wird dieser Antrag angenommen, so haben nur noch jene Mitglieder, welche sich vor Stellung desselben zum Worte gemeldet hatten, das Recht, zu sprechen.

§. 14. Der Vorsitzende bestimmt die Reihenfolge, in welcher die Anträge zur Abstimmung gelangen sollen; erhebt ein Mitglied gegen die vom Vorsitzenden bestimmte Reihenfolge Einsprache, so hat das Collegium durch Abstimmung zu entscheiden. Der Vorsitzende stimmt nur in dem unten angegebenen Falle mit.

§. 15. Die Abstimmung erfolgt in der Regel öffentlich; geheim und schriftlich dann, wenn wenigstens drei Mitglieder es verlangen, und stets in Angelegenheiten der Mitglieder des Collegiums.

Zu einer giltigen Beschlussfassung, welche nach absoluter Stimmenmehrheit erfolgt, ist die Anwesenheit der Hälfte der dem Collegium angehörigen Professoren erforderlich. (Org. G. §. 16.)

Ist die Mehrheit der Votanten für oder gegen einen Antrag vorhanden, so wird derselbe als angenommen oder abgelehnt betrachtet. Sind aber die Stimmen der Votanten getheilt, so gibt auch der Vorsitzende seine Stimme ab.

§. 16. Die Beschlüsse des Professoren-Collegiums werden vom Decan ausgefertigt, von ihm unterzeichnet und erhalten überdies, sowohl das Concept, als auch die Reinschrift, die Gegenzeichnung des Prodecans oder in Verhinderung desselben seines gesetzlichen Stellvertreters; in Fällen, wo ein Bericht erstattet und der Antrag des Referenten, sowie dessen Motivirung vom Collegium zum Beschlusse erhoben wurde, auch die Gegenzeichnung des Berichterstatters.

§. 17. Glaubt der Vorsitzende die Ausführung eines gefassten Beschlusses nicht verantworten zu können, so hat er das Recht, die Ausführung derselben zu sistiren; doch muss er hierüber innerhalb der nächsten acht Tage dem Ministerium unter Anschluss des Sitzungsprotokolles Bericht erstatten und dem Collegium die Anzeige machen. In dringenden Fällen aber hat er unter persönlicher Verantwortung die ihm geeignet erscheinenden Vorkehrungen zu treffen.

§. 18. Separatvota der einzelnen Votanten, welche dieselben dem Protokolle anzuschliessen beabsichtigen, müssen sogleich nach erfolgter Abstimmung angemeldet, im Protokolle bemerkt und binnen 48 Stunden dem Vorsitzenden übergeben werden. Später angekündigte oder eingebrachte Separatvota sind nicht mehr anzunehmen.

§. 19. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums ist berechtigt, in die Acten Einsicht zu nehmen.

§. 20. Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände in der Sitzung zu erledigen sind, bestimmt die Tagesordnung. Abweichungen von dieser Tagesordnung, sowie die Vertagung eines auf derselben stehenden Gegenstandes, können nur auf Beschluss des Collegiums stattfinden. Jedem Mitgliede des Collegiums steht zwar das Recht zu, auch solche Gegenstände, welche in der Tagesordnung nicht bezeichnet sind, im Laufe der Sitzung zur Verhandlung vorzuschlagen, allein es muss in solchen Fällen auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes der Versammlung der Gegenstand bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

§. 21. Bei Verhandlungen und Beschlussfassungen über persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes des Collegiums oder solcher Personen, die mit ihm in auf- und absteigender Linie oder in den Seitenlinien bis einschliesslich des zweiten Grades verwandt oder verschwägert sind, darf dieses Mitglied nicht anwesend sein, ausser wenn das Collegium es für nöthig erachtet.

Betrifft die Angelegenheit den Vorsitzenden selbst, oder dessen Verwandte oder Verschwägte, oder handelt es sich um dessen amtliche Geschäftsführung, so übergibt derselbe den Vorsitz für die Dauer dieser Verhandlung an den gesetzlich berufenen Stellvertreter und es finden die Bestimmungen dieses Paragraphen auch Anwendung auf den Vorsitzenden.

§. 22. In jeder Sitzung ist ein Protokoll zu führen, worin das Wesentliche der Verhandlungen in möglichster Kürze, ferner die Beschlüsse mit Angabe des Stimmenverhältnisses, sowie die Separatvota mit kurzer Begründung, in chronologischer Reihenfolge zu verzeichnen sind. Ueber Verlangen von mindestens drei Mitgliedern sind die Votanten im Protokolle namentlich anzuführen.

Als Protokollführer fungiren nacheinander in alphabetischer Reihenfolge die Professoren, welche Mitglieder des Collegiums sind.

Das Protokoll wird am Schlusse jeder Sitzung verlesen und nach Aufnahme der von den einzelnen Mitgliedern gemachten Zusätze geschlossen und von allen Anwesenden unterfertigt. Werden über die Zulassung von Zusätzen Bedenken erhoben, so sind die divergirenden Meinungen zu Protokoll zu nehmen.

Sollte der Schluss des Protokolles wegen vorgerückter Zeit unmöglich sein, so wird zur Verification des Protokolles die Sitzung auf einen der drei nächstfolgenden Tage vertagt. — Jenen Mitgliedern, welche bei dieser Gelegenheit nicht anwesend sind, wird das Protokoll in ihre Wohnung zur Unterfertigung gesendet, ohne dass sie jedoch das Recht haben, Zusätze zu machen.

Kann ein Mitglied aus wichtigen Gründen nicht zur Verificationsitzung erscheinen, so ist es berechtigt, einem andern Mitgliede das Mandat zu ertheilen.

109 x) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 22. März 1870, Z. 2479,

an das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität
Innsbruck,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Innsbruck.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Innsbruck die Genehmigung ertheilt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Innsbruck.

§. 1. Die Versammlungen des Professoren-Collegiums werden, so oft es nöthig erscheint, vom Decane, oder in dessen Verhinderung durch dessen Stellvertreter durch schriftliche Einladung der einzelnen Mitglieder einberufen. Diese Einladung muss zugleich mit der Tagesordnung wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung zugestellt werden, von welchem Vorgange nur in den dringendsten Fällen abgegangen werden kann.

§. 2. Wenn wenigstens zwei Mitglieder die Abhaltung einer Sitzung schriftlich verlangen, so muss dieselbe und zwar innerhalb der von den Antragstellern bestimmten Frist einberufen werden.

§. 3. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums ist verpflichtet, bei den Sitzungen zu erscheinen und muss im Verhinderungsfalle seine Abwesenheit entschuldigen. Ueber die Stichhaltigkeit der Entschuldigung entscheidet erforderlichen Falles das Collegium.

§. 4. Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit wenigstens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

§. 5. Bei Verhandlungen und Beschlüssen, welche rein persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes betreffen, darf dieses nicht anwesend sein, ausser wenn das Collegium dessen Gegenwart für nöthig erachtet.

§. 6. Der Decan führt den Vorsitz bei den Versammlungen. Im Verhinderungsfalle wird er durch den Prodecan, und dieser durch den Senior der ordentlichen Professoren vertreten.

§. 7. Kommt ein Gegenstand zur Verhandlung, welcher das Lehrfach oder die Geschäftsführung des Vorsitzenden betrifft — sowie auch, wenn über einen vom Vorsitzenden selbst geschäftsordnungsmässig eingebrachten Antrag verhandelt wird — so übergibt der Vorsitzende für die Dauer dieser Verhandlung den Vorsitz an den zu seiner Stellvertretung Berufenen.

§. 8. Alle Beschlüsse des Collegiums erfolgen durch absolute Stimmenmehrheit.

§. 9. Ist die Anzahl der Stimmenden mit Einschluss des Vorsitzenden eine gerade Zahl, so hat der Vorsitzende 2 Stimmen, — in allen anderen Fällen votirt er wie jedes andere Mitglied.

§. 10. Die Tagesordnung setzt der Decan für jede Sitzung fest und es soll dieselbe den Mitgliedern wenigstens 24 Stunden vor der Sitzung auf geeignete Weise zur Kenntniss gebracht werden. In den im §. 1 vorgesehenen Dringlichkeitsfällen muss wenigstens die Veranlassung zur Einberufung der Versammlung zugleich mit der Einladung den Mitgliedern bekannt gegeben werden.

§. 11. Abweichungen von der Tagesordnung können nur durch Beschluss der Versammlung gestattet werden.

§. 12. In der Regel sollen nach Eröffnung der Sitzung zuerst die seit der letzten Sitzung eingelaufenen und vom Decan erledigten currenten Geschäftsstücke nach den fortlaufenden Nummern des Geschäftsprotokolles mitgetheilt werden und hierauf erst die Verhandlungsgegenstände folgen.

§. 13. Currente Geschäftsstücke, welche eben nur die Handhabung und Ausführung bestehender Vorschriften betreffen, erledigt der Decan unmittelbar und gibt darüber dem Collegium Bericht.

In dringlichen Fällen kann der Decan auch selbständig Anordnungen treffen, worüber er jedoch dem Collegium sobald als möglich Bericht zu erstatten hat.

§. 14. Die Erledigung nicht currenter Geschäftsstücke erfolgt dadurch:

- a) Dass sie der Decan dem Collegium vorträgt und dessen Beschluss einholt, ob der Gegenstand sogleich zur Verhandlung und eventuell zur Beschlussfassung gelangen solle oder aber erst einem Berichterstatter oder einem Comité, die dann von dem Collegium gewählt werden — zur Bearbeitung übergeben werden solle — oder
- b) dass er den Gegenstand sogleich nach dessen Einbringung einem Berichterstatter oder einem Comité übergibt, die dann in der Sitzung schriftlich Bericht zu erstatten haben.

§. 15. Der Versammlung steht es übrigens dann frei, durch Beschluss eine neue Berichterstattung durch einen anderen Referenten oder ein Comité anzuordnen.

§. 16. Das Protokoll über jede Sitzung wird vom Notar geführt, am Schlusse der Sitzung verificirt und von sämmtlichen Anwesenden unterzeichnet.

§. 17. Der Vorsitzende hat die Ordnung und parlamentarische Führung der Debatte aufrecht zu erhalten und es steht ihm daher zu, das Wort zu ertheilen, einen Redner zur Sache oder zur Ordnung zu rufen oder endlich selbst das Wort zu entziehen.

Er reassumirt die Debatte, stellt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen, gibt das Ergebniss der Abstimmung bekannt und dictirt die Beschlüsse des Collegiums zu Protokoll.

Der Vorsitzende hat auch das Recht, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen, wenn er dies zu vertraulicher Besprechung eines Gegenstandes oder zur Herstellung der parlamentarischen Ordnung für nöthig erachtet.

§. 18. Dem Vorsitzenden steht es zu, jedem Sprecher nach beendigtem Vortrage unmittelbar zu erwidern — ein Recht, welches ausser ihm nur dem Berichterstatter oder dem Antragsteller, dessen Antrag ohne vorhergehende Berichterstattung zur Verhandlung kommt, in der Verhandlung über den Bericht oder den Antrag eingeräumt ist.

Alle Uebrigen erhalten nur in der Reihenfolge das Wort, in welcher sie dasselbe verlangten.

Unterbrechungen eines Redners sind, die dem Vorsitzenden nach §. 17 zustehenden Mahnungen ausgenommen, durchaus unstatthaft.

§. 19. Der Schluss der Debatte erfolgt nur mit Zustimmung der Versammlung.

Nach ausgesprochenem Schlusse der Debatte darf nur mehr dem Berichterstatter oder dem Antragsteller das Wort ertheilt werden.

§. 20. Jeder Antragsteller hat das Recht zu verlangen, dass sein Antrag genau so, wie er ihn selbst zu Protokoll dictirt, zur Abstimmung gebracht wird.

§. 21. Ueber die Reihenfolge der zur Abstimmung zu bringenden Fragen (Amendements und Anträge) entscheidet der Vorsitzende. Er muss jedoch, bevor er zur Abstimmung schreitet, die von ihm bestimmte Reihenfolge der Fragen dem Collegium bekannt geben, dieses kann dann diese Reihenfolge ändern und endgiltig feststellen.

§. 22. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich.

§. 23. Bei allen Personalien und auch sonst, wenn ein Drittel der Anwesenden es verlangt, erfolgt die Abstimmung geheim durch Stimmzettel oder Kugelung.

§. 24. Es steht jedem Mitgliede frei, ein Separat-Votum abzugeben, doch muss dies sogleich nach erfolgter Abstimmung angekündigt, im Protokolle bemerkt und binnen 48 Stunden schriftlich beim Decanate eingebracht werden.

Später angekündigte oder eingebrachte Separatvota werden als nicht abgegeben betrachtet und sind als ordnungswidrig zurückzuweisen.

§. 25. Abwesende haben kein Stimmrecht. Sie können zwar ihre gutachtliche Aeussderung in einer bestimmten Angelegenheit durch ein anwesendes Mitglied vorlesen lassen, doch hat eine solche Meinungsäusserung für die Abstimmung keine Giltigkeit und steht es Abwesenden auch nicht zu, ein Separatvotum einzubringen.

§. 26. Die Verhandlung über einen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand kann nur durch Beschluss des Collegiums vertagt werden.

§. 27. Verhandlungsgegenstände, bei denen es sich um die Interessen eines bestimmten Lehrfaches handelt, sollen, wenn nicht Gefahr am Verzuge ist, in Abwesenheit des betreffenden Professors verhandelt werden.

§. 28. Vor erschöpfter Tagesordnung kann die Sitzung nur über Beschluss der Versammlung geschlossen werden.

§. 29. Die Beschlüsse des Collegiums werden vom Decane ausgefertigt und von ihm unterzeichnet und erhalten überdies die Gegenzeichnung des alljährlich vom Collegium gewählten Notars; in Fällen, wo ein Bericht erstattet und der Antrag des Referenten, sowie dessen Motivirung vom Collegium zum Beschlusse erhoben wurde, auch die Gegenzeichnung des Berichterstatters.

§. 30. Veröffentlichungen über Beschlüsse des Collegiums oder über Vorgänge im Collegium dürfen nur mit Genehmigung des Collegiums erfolgen.

§. 31. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung sind nach erfolgter ministerieller Genehmigung für jedes Mitglied so lange verbindlich, bis nicht eine Aenderung derselben durch ministerielle Weisung oder Genehmigung stattfindet.

§. 32. Aenderungen, Zusätze oder Erläuterungen der Geschäftsordnung können von jedem Mitglied ordnungsmässig beantragt werden und werden wie jeder andere Antrag behandelt.

D. Universitäten in Prag. *)

109 y) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 8. Juli 1850, Z. 5463,

an den akademischen Senat der Prager Universität,

womit die nachstehende Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Prager Universität genehmigt wurde.

Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Prag.

§. 1. Zur Besorgung der Senatsgeschäfte werden ordentliche oder aber auch ausserordentliche Sitzungen gehalten.

Den Vorsitz dabei führt der Universitätsrector und in dessen Verhinderung der Prorector oder das ihm zunächst stehende Mitglied des akademischen Senates.

*) Die nachstehenden Geschäftsordnungen sind insolange für die akademischen Behörden beider in Prag bestehender Universitäten als geltend anzusehen, als nicht für dieselben neue Geschäftsordnungen eingeführt werden.

Während des Druckes ist dies hinsichtlich des Professoren-Collegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der böhmischen Universität geschehen und ist diese Geschäftsordnung im „Nachtrage“ aufgenommen worden.

§. 2. Die ordentlichen Sitzungen finden vorläufig von 14 zu 14 Tagen statt, und zwar jedesmal am Samstage Nachmittag um 5 Uhr. Fiele die Sitzung auf einen Feiertag, so wird sie den Tag vorher abgehalten.

§. 3. Ausserordentliche Sitzungen werden, wenn dringende oder angehäuften Geschäfte es erheischen, vom Vorstande (Rector) angesagt. Die Einladung geschieht durch ein Rundschreiben (currende) oder Karten mit Bezeichnung des Gegenstandes.

§. 4. Ausnahmsweise kann der Vorstand auch durch ein Rundschreiben die Stimmen der einzelnen Senatsmitglieder einholen, und darnach den Beschluss fassen. Jedes Mitglied hat seine Aeusserung, den Tag des Empfanges und der Weitersendung des Geschäftsstückes beizufügen.

§. 5. Bei der ordentlichen Sitzung werden die Geschäftsstücke in der Regel nach der Reihenfolge des Einreichungsprotokolls in die Behandlung genommen.

§. 6. Ueber Geschäftsstücke, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, und welche der Rector selbst erledigt, wird von diesem aus dem Geschäftsprotokolle an den Senat berichtet.

§. 7. Geschäftsstücke, welche eine ordentliche Berathung erheischen, werden entweder vom Vorsitzenden unmittelbar, nachdem sie gehörig instruiert worden, dem Senate vorgelegt, oder sie werden vorher einem Mitgliede zur Vortragerstattung (Referat) zugetheilt, wobei auf eine möglichst gleiche Vertheilung der Senatsarbeiten Rücksicht zu nehmen ist. Die Zutheilung geschieht in der Regel eine angemessene Zeit vor dem bestimmten Tage der Sitzung. Jedoch kann auch der Senat bei der Sitzung beschliessen, dass ein oder das andere von den zur Berathung gebrachten Geschäftsstücken vorläufig einem Mitgliede zum Referate zugetheilt werde. Die erforderlichen Voracten hat die Universitätskanzlei aus der Registratur zu liefern.

§. 8. Bei wichtigen und umfangreichen Verhandlungen kann der Rector nach Gutbefinden einen Correferenten bestimmen; in ganz besondern Fällen kann auch durch Senatsbeschluss und mittelst Wahl ein Comité zur vorläufigen, gründlichen Erörterung und zur Antragstellung bestellt werden.

§. 9. Der akademische Senat ist beschlussfähig versammelt, wenn die Hälfte der sämtlichen Mitglieder desselben zugegen ist.

§. 10. Nach eröffneter Sitzung referiren die einzelnen Berichterstatter von ältern Geschäftsstücken in der Ordnung, wie sie vom Vorsitzenden dazu aufgefordert werden. Nur wenn das Protokoll von einer früheren Sitzung noch nicht unterschrieben sein sollte, geht dessen Lesung, allenfällige Berichtigung und Fertigung allen andern Geschäften in der Regel vor.

§. 11. Der Abstimmung über einen Antrag kann eine Debatte vorangehen.

Hat Niemand zur Debatte das Wort verlangt, so sind die einzelnen Mitglieder der Versammlung nach ihrer Sitzordnung von dem

Vorsitzenden aufzufordern, ihre Meinung über den Antrag allenfalls mit den Gründen, auf welche sie dieselbe zu stützen glauben, auszusprechen. Der Vorsitzende hat bei der Umfrage den Gegenstand so einfach zu fassen, dass von jedem Stimmgeber mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Ueber Bedingungen (Amendements), welche einer abgegebenen Meinung beigefügt worden sind, muss besonders abgestimmt werden.

Der Stimmgeber ist bei Abgebung seines Votums nicht zu unterbrechen. Nur wenn er von dem vorliegenden Gegenstande abschweift, kann er von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, und wenn er sein Votum auf ein irriges Factum, oder auf die Unterlassung der Anwendung eines Gesetzes oder dessen irrige Auffassung gründet, kann sowohl von dem Vorsitzenden, als auch jedem anderen Mitgliede der Versammlung, welches dazu ausser der Ordnung das Wort begehrt, und erhalten hat, die berichtigende Aufklärung alsogleich gegeben werden.

§. 12. Hat Jemand vor der Abstimmung über einen Antrag sich zur Debatte gemeldet, so ist ihm das Wort hiezu zu geben, und haben mehrere das Wort verlangt, so sind sie in der Ordnung, wie sie sich gemeldet haben, zuzulassen; doch kann Niemandem mehr als zweimal das Wort gegeben werden.

Nach geschlossener Debatte haben die einzelnen Mitglieder der Versammlung auf die Umfrage des Vorsitzenden ihre Stimme einfach, ohne weitere Ausführung der Motive, für oder gegen den Antrag abzugeben.

Sollte eine abgegebene Stimme an gewisse Bedingungen geknüpft, oder ein Zusatz (Amendement) dazu gemacht werden, so ist in dieser Beziehung nach §. 11 vorzugehen.

§. 13. Nur so lange der Beschluss nicht gefasst ist, steht es jedem Mitgliede frei, sein früher gegebenes Votum abzuändern.

§. 14. Haben alle Mitglieder ihre Stimmen abgegeben, so wird von dem Vorsitzenden der Beschluss nach der absoluten Mehrheit der Stimmen abgefasst. Die blos berathenden Stimmen werden nicht gezählt.

§. 15. Bei gleich getheilten Stimmen hat der Vorsitzende mit seiner Stimme den Ausschlag zu geben, er gibt daher immer zuletzt seine Stimme ab.

§. 16. Der Vorsitzende formulirt den Beschluss für das S. Protokoll, und lässt ihn nebst dem Minoritäts-Erachten unter Namhaftmachung der Stimmführer in dasselbe aufnehmen.

§. 17. Auch in den Berichten an höhere Behörden ist nicht nur der Majoritätsbeschluss, sondern auch das Minoritäts-Erachten unter Anführung der Namen der einzelnen Stimmgeber anzuführen.

§. 18. Selbständige Anträge werden in der Regel schriftlich bei dem Vorsitzenden eingebracht, welcher damit wie mit andern Geschäftsstücken verfährt.

§. 19. Ausnahmsweise können auch mündlich bei der Sitzung aus Veranlassung eines eben verhandelten Gegenstandes, nachdem dazu das Wort begehrt und zugestanden worden, Anträge gestellt werden,

und es ist dann Sache des Vorsitzenden, darüber entweder sogleich abstimmen zu lassen, oder aber die Verhandlung darüber auf die nächste Sitzung zu verweisen.

§. 20. Ueber einen in ordentliche Verhandlung genommenen Antrag ist in der Regel der Antragsteller selbst zum Referenten zu bestellen, und derselbe hat das Recht, so wie darüber vollkommen abgestimmt ist, vor der Schlussfassung nochmals das Wort zu nehmen.

§. 21. Wahlen, welche bei dem Senate vorzunehmen sind, geschehen durch Abgeben von Stimmzetteln, welche der Vorsitzende einsammelt, und unter der Controle des ihm zunächst stehenden Mitgliedes eröffnet. Ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied controlirt den Protokollsführer beim Aufzeichnen der einzelnen Stimmen.

§. 22. Ueber den Ausschlag der Wahl entscheidet, wo nicht im Gesetze für besondere Fälle die absolute Stimmenmehrheit gefordert wird, die relative Mehrheit der Stimmen.

§. 23. Die von den einzelnen Professoren-Collegien an das Ministerium gerichteten und durch den akademischen Senat geleiteten Eingaben, namentlich die Sitzungsprotokolle, so weit diese vorzulegen sind, gelangen unmittelbar an den Senatsvorstand, und werden, insofern darin kein die Gesamtuniversität betreffender Gegenstand vorkommt, mit dem Vidi des Rectors versehen, sogleich weiter befördert.

§. 24. Auf ähnliche Weise wird von dem Rector verfahren, wenn von den höheren Behörden Zustellungen an die einzelnen Professoren- oder Doctoren-Collegien durch den akademischen Senat gemacht werden.

§. 25. Berichte des akademischen Senates an höhere Behörden werden im Concept und in der Reinschrift von einem Mitgliede nach dem Turnus von Sitzung zu Sitzung contrasignirt.

109 z) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
17. Januar 1850, Z. 271,

an den Statthalter von Böhmen,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät Prag.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse der nachstehenden Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Facultät Prag die Genehmigung ertheilt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der theologischen Universität Prag.

1. Das Professoren-Collegium versammelt sich ordentlicher Weise jede Woche im Schuljahre, und zwar, nach neuerem Uebereinkommen, am Dienstag nach den Vorlesungen.

2. *) Zu den Sitzungen wird auch der Decan des Doctoren-Collegiums zugelassen werden nach §. 30 der neuesten Organisation der akademischen Behörden mit Sitz und Stimme — jedoch nur für den Fall der Reciprocität von Seite des theologischen Doctoren-Collegiums, ausnahmsweise werden auch die supplirenden Professoren, jedoch immer nur mit berathender Stimme, vom Decan beigezogen werden.

3. Zur Abhaltung der Sitzung ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Mitglieder des theologischen Lehrkörpers erforderlich.

4. Jeder der stimmfähigen ordentlichen Beisitzer übernimmt in der Regel das Referat über Gegenstände der Berathung, welche in sein Lehrfach einschlagen.

5. Wenigstens einen Tag vor der Sitzung werden, wo möglich, alle zu verhandelnden Gegenstände den Beisitzern durch ein Programm (ausnahmsweise nur mündlich) bekannt gegeben werden.

6. Das Sprechen und Votiren der Nichtdignitäre geschieht in der Ordnung des Seniums in der Professur.

7. Votirt wird nach möglichst kurzen Debatten in der Regel öffentlich mit bündiger Motivirung, geheim nur auf besonderen Beschluss des Professoren-Collegiums.

8. Absolute Stimmenmehrheit ist zum giltigen Beschluss erforderlich.

9. Die Stimme des Vorsitzenden gibt, wo paria sind, den Ausschlag.

10. Der theologische Actuar führt das Protokoll und besorgt die Ausfertigung der Expeditionen.

11. Ueber die jeweiligen Beschlüsse und etwaige Separatvota wird das Protokoll in der Regel binnen 3 Tagen nach der Sitzung verfasst und von den Beisitzern — ohne Beachtung des Seniums — gefertigt und wo möglich sogleich weiter befördert.

12. Gegenwärtige Geschäftsordnung hat auch für die anzustellenden k. k. Professoren der Theologie verbindende Kraft, doch kann selbe, über Verlangen der Mitglieder des Lehrkörpers, in einer gemeinschaftlichen Berathung abgeändert und die nachträgliche Genehmigung des hohen Ministeriums eingeholt werden.

109aa) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 21. Jänner 1850, Z. 318,

an das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Prag,

betreffend die Genehmigung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Prag.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse der nachstehenden Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Prag die Genehmigung erteilt.

*) §. 2 erscheint durch §. 23 und §. 5 des Gesetzes vom 27. April 1873 über die Organisation der akademischen Behörden aufgehoben.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Prag.

§. 1. Das Professoren-Collegium besorgt die ihm zugewiesenen Angelegenheiten in Versammlungen, die unter dem Vorsitze des Decans, oder im Falle seiner Verhinderung unter dem Vorsitze des Prodecans oder endlich des ältesten ordentlichen Professors stattfinden.

§. 2. Diese Versammlungen sind entweder ordentliche, welche in jeder Woche an einem bestimmten Tage, worüber sich das Professoren-Collegium einigt, stattfinden, oder ausserordentliche, welche der Decan oder sein Stellvertreter aus besonderen Anlässen zu halten für nöthig erachtet.

§. 3. Zu den ausserordentlichen Versammlungen werden die Mitglieder des Professoren-Collegiums durch Einladungskarten berufen, welche ausser dem Orte, Tage und der Stunde der Versammlung auch den Zweck derselben kurz andeuten.

§. 4. Zu den ordentlichen Versammlungen ist eine besondere Einladung nur dann nothwendig, wenn sie an einem andern als dem bestimmten Tage der Woche gehalten werden müsste.

§. 5. Um bei diesen Versammlungen einen giltigen Beschluss fassen zu können, ist die Anwesenheit wenigstens der Hälfte der Mitglieder des Professoren-Collegiums dieser Studienabtheilung erforderlich. Das Sitzungsprotokoll führt ein dazu geeignetes Individuum der Studienkanzlei.

§. 6. Der Vorsitzende überwacht die gehörige Führung des Einreichungs- oder Geschäftsprotokolls und des Normalienbuches, die Registratur und Expedition, sowie die gesammte Thätigkeit der Studienkanzlei rücksichtlich dieser Studienabtheilung.

§. 7. Er fertigt die Expeditionen und Correspondenzen im Namen des Professoren-Collegiums und führt das Siegel desselben.

§. 8. Er eröffnet und schliesst die Sitzungen, leitet dabei den Gang der Verhandlung und erhält die nöthige Ordnung.

§. 9. Geschäftsstücke, worüber nach ihrer Eigenschaft dem Lehrkörper zum Behufe der Schlussfassung ein Bericht zu erstatten ist, können von dem Vorsitzenden nach Einsicht des Geschäftsprotokolls einem Mitgliede des Professoren-Collegiums zu diesem Ende mit Bestimmung einer Frist und unter Anschluss der nöthigen Voracten zugeheilt und zugeschickt werden. Bei Bestimmung dieser Frist ist immer der nöthige Bedacht auf die nächste Sitzung zu nehmen.

§. 10. Bei der Wahl des Berichterstatters hat der Vorsitzende Rücksicht zu nehmen auf das einschlägige oder nächst verwandte Fach und auf den Umstand, dass die Mitglieder des Professoren-Collegiums verhältnissmässig gleich mit dergleichen Arbeiten betheilt werden.

§. 11. Die Sitzung wird regelmässig damit begonnen, dass das Protokoll der vorhergehenden Sitzung vorgelesen und nach der allenfalls erfolgten Berichtigung angenommen und von den in der Sitzung gegenwärtig gewesenen Mitgliedern des Professoren-Collegiums unterfertigt wird.

§. 12. Sodann referiren die einzelnen Berichtstatter in der Ordnung, wie sie von dem Vorsitzenden dazu aufgefordert werden, über die ihnen zugetheilten Geschäftsstücke. Der Vorsitzende hat dabei, soweit es thunlich ist, die chronologische Ordnung des Geschäftsprotokolls einzuhalten.

§. 13. Currente Geschäftsstücke und alle, welchenur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt der Decan oder sein Stellvertreter selbst und berichtet darüber dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle.

§. 14. Nach dem Vortrage des Berichtstatters über den betreffenden Gegenstand fordert der Vorsitzende jedes Mitglied der Versammlung insbesondere, und zwar nach ihrer Rangordnung auf, seine Meinung sammt den Gründen, worauf es dieselbe zu stützen vermeint, auszusprechen.

§. 15. Kein Mitglied ist in seinem Votum zu unterbrechen: nur wenn es sich in einem thatsächlichen Irrthume befände, kann der Vorsitzende, oder ein Mitglied, welches diesfalls ausser der Ordnung das Wort begehrt und erhalten hat, die nöthige oder zweckdienliche Aufklärung geben.

§. 16. Wenn alle Mitglieder ihre Meinung ausgesprochen haben, fasst der Vorsitzende den Beschluss und formulirt ihn für das Protokoll, in welches derselbe genau aufzunehmen ist.

§. 17. Zu einem giltigen Beschlusse ist die absolute Stimmenmehrheit nothwendig. Die blos berathenden Stimmen werden dazu nicht mitgezählt.

§. 18. Der Vorsitzende votirt jedenfalls zuletzt. Ist er selbst noch Professor, so wird, falls sich die Stimmen gleich theilen, jene Ansicht zum Beschlusse erhoben, welcher er beigetreten ist; seine Stimme wird also in diesem Falle doppelt gezählt. Ist er nicht mehr Professor, so kann er mit seiner einfachen Stimme, wenn nicht ohnedies eine Mehrheit vorhanden, dirimiren.

§. 19. Eine wiederholte Abstimmung über denselben Gegenstand kann nur vor der Schlussfassung eintreten, wenn der ersten ein factischer Irrthum zum Grunde gelegen wäre.

§. 20. Dieselben Bestimmungen gelten auch für die Abstimmung und Schlussfassung über Gegenstände, worüber der Vorsitzende selbst nur nach dem Geschäftsprotokolle berichtet, falls ein Beschluss des Professoren-Collegiums erzwengt werden soll.

§. 21. Dem Vorsitzenden und jedem Mitgliede des Professoren-Collegiums steht es frei, seine vom Beschlusse abweichende Meinung sammt Gründen ins Sitzungsprotokoll aufnehmen zu lassen, zu welchem Ende dieselbe, jedoch noch vor dem Schlusse der Sitzung, auch schriftlich übergeben werden kann. Ausserdem genügt es, wenn im Sitzungsprotokolle bemerkt wird, ob der Beschluss nach Antrag einhellig oder nach Mehrheit der Stimmen gefasst worden ist.

§. 22. In der Regel kann der Beschluss nur nach den in der Sitzung abgegebenen Stimmen gefasst werden; eine sogenannte Er-

ledigung per rollam darf nur platzgreifen, wenn mit derselben einerseits die nächste Sitzung nicht abgewartet werden kann, anderseits der Gegenstand nicht so wichtig erscheint, um eine ausserordentliche Versammlung des Professoren-Collegiums zu berufen.

Ueber den darnach gefassten Beschluss wird dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung berichtet.

Dem Vorsitzenden wird es aber anheimgestellt, Geschäftsstücke, worüber in einer Sitzung berathen wird, vorläufig bei allen oder bestimmten Mitgliedern circuliren zu lassen, wenn er es für zweckdienlich erachtet.

In beiden Fällen sind die betreffenden Mitglieder auf dem Umschlagsbogen zu benennen, an welche das Geschäftsstück der Ordnung nach zu gelangen hat.

§. 23. Selbstständige Anträge, die ein Mitglied des Professoren-Collegiums zu machen gedenkt, hat es dem Vorsitzenden mit wenigen Worten schriftlich zu übergeben. Der Vorsitzende gibt hierüber dem Antragsteller zuerst das Wort und lässt dann, wenn es sich um einen Beschluss handelt, der Ordnung nach abstimmen. Vor der Schlussfassung kann der Antragsteller noch einmal das Wort verlangen.

§. 24. Wahlen, die das Professoren-Collegium vorzunehmen hat, geschehen durch Stimmzettel, die der Vorsitzende einfordert und unter der Controle des Prodecans eröffnet. Das jüngste Mitglied controlirt den Protokollsführer beim Scrutinium.

§. 25. Bei Wahlen entscheidet gleichfalls die absolute Mehrheit der Stimmen. Erhält im ersten und zweiten Scrutinium Niemand die absolute Mehrheit, so wird das drittemal nur aus den beiden gewählt, welche im zweiten Scrutinium die meisten Stimmen erhielten.

109bb) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 13. Juli 1850, Z. 5541,

an das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Prag, betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät Prag.

Die mir mit dem Berichte vom vorgelegte Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät Prag erhält meine Genehmigung.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der medicinischen Facultät der Universität Prag.

§. 1. Die regelmässigen Sitzungen haben insolange, als eine Verminderung der Geschäfte nicht eingetreten sein wird, in der Regel jede Woche stattzufinden.

§. 2. Ferner sollen Sitzungen gehalten werden:

- a) wenn der Vorstand sie für nothwendig hält; nur muss der Grund angegeben werden, warum solche ausserordentliche Sitzungen nothwendig sind;

b) wenn drei Mitglieder eine Sitzung als dringend beantragen, unter Angabe der Gründe, welche dafür sprechen.

§. 3. Zu einem gültigen Beschlusse ist die Anwesenheit der Hälfte der Professoren, welche Mitglieder des Collegiums sind, nothwendig. Verhandlungsgegenstände, bei denen es sich um die Interessen eines bestimmten Lehrfaches handelt, sind dem betreffenden Professor zum Voraus anzuzeigen.

§. 4. Der Decan hat die Debatte einzuleiten und zu leiten; am Schlusse der Debatte die Gründe dafür und dawider zu recapituliren, und die Fragepunkte so zur Abstimmung zu bringen, dass jeder der Fragepunkte von den Stimmführern blos mit ja oder nein beantwortet werden kann.

§. 5. Der Decan hat das Recht, wie jedes andere Mitglied, Anträge als Vorlagen zu stellen.

§. 6. Er hat nur eine berathende Stimme, wenn er kein wirklicher Professor ist, als wirklicher Professor jedoch eine entscheidende Stimme. In beiden Fällen aber gibt bei Stimmengleichheit sein Votum den Ausschlag.

§. 7. Er betheiligt sich an der Debatte nur insofern, als eine genaue Angabe der Sachlage und der bestehenden Vorschriften von seiner Seite nothwendig ist.

§. 8. Der Decan hat nach geschehener Abstimmung den Majoritätsbeschluss als Beschluss des Professoren-Collegiums zu declariren, denselben mit Rücksicht auf den §. 19*) des provisorischen Organisationsstatutes der akademischen Behörden auszuführen und in der nächsten Sitzung über die Ausführung der wichtigeren Beschlüsse zu berichten.

§. 9. Minoritätserachten sind im Berathungsprotokolle und in den an höhere Behörden zu erstattenden Berichten mit Nennung der Stimmführer aufzuführen. Jedes Mitglied hat überdies das Recht, seine Ansicht mit seinen Worten zu Protokoll zu geben.

§. 10. Die vom Lehrkörper ausgehenden Erlässe und Berichte sind sowohl im Entwurfe, als in der Reinschrift vom Decan zu signiren, und vom Prodecan zu contrasigniren.

§. 11. Beim Beginne der Sitzung stattet der Decan Bericht ab über die Ausführung der in der letzten Sitzung verhandelten und beschlossenen wichtigen Massnahmen.

§. 12. Hierauf folgen die eingelaufenen Geschäftsstücke, in der Regel nach der Reihenfolge der Geschäftszahl.

Bei jedem einzelnen Geschäftsstücke, das zur Sprache kommt, ist die etwa vom Decane ausgegangene Erledigung zur Kenntniss des Lehrkörpers zu bringen, bei den unerledigten Geschäftsstücken aber der letztere zur Berathung und Schlussfassung aufzufordern.

§. 13. Dann hat die Aufforderung zur Stellung von Anträgen zu folgen, endlich die Vorlesung des Protokolls und die Unterschrift der Anwesenden.

*) Nunmehr §. 18 des Gesetzes v. 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 14. Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zu stellen.

Werden mehrere Anträge über einen und denselben Gegenstand gestellt, dann hat die Gesamtsitzung jedesmal die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher dieselben vorzunehmen sind.

§. 15. Kein Mitglied darf sprechen, ohne zuvor das Wort erhalten zu haben. Jedes Mitglied mit Ausnahme des Antragstellers darf in der Regel nur zweimal über denselben Gegenstand das Wort nehmen.

§. 16. Wenn ein Mitglied nur die Gründe des vorhergehenden Sprechers wiederholt, verliert es das Wort.

§. 17. Abschweifungen von dem zu berathenden Gegenstande sind nicht zu gestatten.

§. 18. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung steht dem Decan das Recht des Ordnungsrufes zu.

§. 19. Ob das Nichteinhalten des Ordnungsrufes die Einrückung einer Rüge in das Protokoll nach sich zu ziehen habe, darüber haben sämmtliche anwesende Mitglieder des Lehrkörpers zu entscheiden.

§. 20. Hingegen steht jedem Mitgliede gegen den Ordnungsruf, sowie gegen die weitere Rüge am Ende der Sitzung die Protestation zu, welche ins Protokoll unbeanständet aufgenommen werden muss.

§. 21. Das Professoren-Collegium übergibt von seinen Verhandlungen dem Drucke, was von Interesse für die Wissenschaft ist. Es ernennt dazu eine Commission von 3 Mitgliedern, welche die Auszüge aus den Verhandlungen zu machen haben.

§. 22. Es veröffentlicht solche in der Regel jedes Vierteljahr in der Prager Vierteljahrschrift, und bedient sich hiezu nur in besonderen Fällen, die eine schnellere Verbreitung wünschenswerth machen, der öffentlichen Blätter.

§. 23. Vor dem Drucke liegt der Commissionsbericht jedem Mitgliede — durch 8 Tage — zur Einsicht offen, während welchen die nöthigen Einwendungen gemacht werden können. Nach Verlauf dieser Zeit steht es keinem Mitgliede mehr zu, irgendwo oder irgendwie dagegen zu remonstriren.

§. 24. Von der Drucklegung sind alle Debatten über Gesetze und Verordnungen, sowie in jeder anderen Beziehung alle jene Angelegenheiten ausgeschlossen, welche zu Persönlichkeiten Veranlassung geben können, dann alle nicht geschlossenen Verhandlungen und Debatten. Die Veröffentlichung hat blos vom Professoren-Collegium selbst auszugehen.

§. 25. Jeder Antrag muss zur Abstimmung kommen, sobald auch nur ein Mitglied demselben beitrith. Auch hat Jedermann das Recht, zu fordern, dass sein Antrag oder sein Ansuchen an die höheren Behörden geleitet werde. Der Majorität steht es aber zu, bei der Vorlage zugleich ihre Meinung darzulegen.

§. 26. Vor jeder Abstimmung ist der Antrag oder die Frage, über welche abgestimmt werden soll, deutlich zu wiederholen.

§. 27. Die Formulirung der Frage ist blos dem Vorsitzenden zu überlassen.

§. 28. Die Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf, wenn das Votum zu motiviren ist, also mündlich, öffentlich; hingegen geheim durch Abgabe von Stimmzetteln bei Wahlen und bei Personalangelegenheiten.

§. 29. Der Namensaufruf erfolgt nach dem Senium.

§. 30. Das Resultat der Abstimmung ist sogleich bekannt zu geben.

§. 31. Bei Wahlen sind wenigstens 2 Stimmzähler, 1 Controlor der Wahlzettel beim Verlesen und in der Nachzählung derselben anzunehmen.

§. 32. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel.

§. 33. Bei den Wahlen ist sich sonst nach der Weisung des §. 7 und 8 des prov. Gesetzes über die Organisirung der akademischen Behörden vom 27. September 1849*) zu benehmen.

§. 34. Wenn über Anträge oder Eingaben Bericht zu erstatten ist, so soll ein Referent, nach Umständen nebstbei ein Correferent, oder ein Comité niedergesetzt werden.

§. 35. Während der Sitzung wird das Berathungsprotokoll geführt, am Schlusse derselben vorgelesen, und von allen anwesenden Mitgliedern unterzeichnet.

§. 36. Der Decan mit dem Prodecan haben die Ausfertigung der beschlossenen Erlässe, Berichte und Urkunden nach dem vorliegenden Protokolle entweder selbst zu besorgen, oder durch die ihnen hiefür beigegebenen Individuen besorgen zu lassen.

§. 37. Die vollständige Geschäftsordnung muss gedruckt und jedem Mitgliede ein Exemplar derselben mitgetheilt werden.

§. 38. Eine Revision dieser Geschäftsordnung muss dann vorgenommen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt.

109cc) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. September 1850, Z. 7260,

an den k. k. philosophischen Lehrkörper der Universität Prag,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Prag.

Die mit Bericht vom . . . vorgelegte Geschäftsordnung für die Verhandlungen des leitenden Lehrkörpers der philosophischen Facultät der Universität Prag wird hiemit genehmigt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät an der Prager Universität.

§. 1. Der leitende Lehrkörper oder das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät hält ordentliche und ausserordentliche Sitzungen.

*) Nunmehr §§. 6—8 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 2. Die ordentlichen Sitzungen werden wöchentlich an einem festgesetzten Tage und zur selben Stunde abgehalten. Dazu ist eine specielle Einladung der Mitglieder des Professoren-Collegiums nicht nothwendig.

§. 3. Wenn die ordentliche Sitzung an dem bestimmten Tage wegen eines einfallenden Feiertages oder aus einem anderen Grunde nicht stattfinden kann, so wird sie, wenn dringende Geschäfte es nöthig machen, von dem Decane auf einen anderen Tag bestimmt, wozu in einem solchen Falle die Einladung an die Mitglieder des Professoren-Collegiums mittelst Karten zu geschehen hat. Minder dringende Geschäfte bleiben der nächsten ordentlichen Sitzung vorbehalten.

§. 4. Ausserordentliche Sitzungen finden statt, wenn sie der Decan nöthig erachtet, oder auf Verlangen von wenigstens fünf Mitgliedern des Professoren-Collegiums, die den Gegenstand der Berathung und den Grund der Dringlichkeit anzugeben haben. Der Decan hat in einem solchen Falle Tag und Stunde der Sitzung zu bestimmen und alle Mitglieder des Professoren-Collegiums dazu mittelst Karten einzuladen, auf welchen der Zweck der Sitzung kurz anzugeben ist, und welche bei wichtigeren Angelegenheiten zu versiegeln sind.

§. 5. Eine nicht ordnungsmässig (§. 4) zusammenberufene Versammlung des Professoren-Collegiums kann keine giltigen Beschlüsse fassen.

§. 6. Den Vorsitz bei den Berathungen des Lehrkörpers führt der Decan, in dessen Verhinderung der Prodecan, und wenn auch dieser verhindert sein sollte, so ist der Vorsitzende von dem im Amte ältesten ordentlichen k. k. Professor zu ersetzen.

§. 7. Der Vorsitzende hat in der Regel die Gegenstände in der Ordnung zur Verhandlung zu bringen, in welcher sie im Einreichungsprotokolle erscheinen, welches vor Eröffnung der Sitzung den Mitgliedern des Professoren-Collegiums zur Einsicht vorzulegen ist.

§. 8. Dem Vorsitzenden kommt es zu, die Sitzung zu eröffnen, zu unterbrechen, zu schliessen und zu vertagen.

§. 9. Der Decan oder sein Stellvertreter leitet die Berathungen und Wahlen, und formulirt die zur Abstimmung zu bringenden Fragen. Er überwacht die Führung des Einreichungsprotokolles und Normalienbuches, ferner die Registratur und Expedition der vollendeten Verhandlungen, sowie die ganze Thätigkeit des seiner Studienkanzlei zugewiesenen Personales.

§. 10. Gegenstände der Verhandlung in den Sitzungen des Professoren-Collegiums sind alle vom Gesetze (§. 19 des prov. Gesetzes*) über die Organisirung der akademischen Behörden) demselben vorbehaltenen Geschäfte, als:

- a) Gutachten, Aeusserungen, Berichte, Erlässe und sonstige Eingaben, welche an Behörden, Körperschaften und einzelne Personen ergehen sollen.

*) Nunmehr §. 19 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 über die Organisation der akademischen Behörden.

- b) Die inneren Angelegenheiten des Lehrkörpers.
- c) Die von dem Lehrkörper vorzunehmenden Wahlen jeder Art.
- d) Anträge von Mitgliedern.

§. 11. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums hat das Recht, Anträge zu stellen. Dieselben müssen entweder zu Protokoll dictirt, oder dem Vorsitzenden schriftlich überreicht, und von diesem ohne Verzug zur Kenntniss des Lehrkörpers gebracht werden, welcher darüber entscheidet, ob der Antrag überhaupt zur Verhandlung kommen soll, ob ferner derselbe dringlich ist, und demnach sogleich verhandelt, oder ob er zur reiflicheren Ueberlegung auf die nächste Sitzung verschoben, ob er einem Referenten oder einem Ausschusse zur Berichterstattung zugewiesen werden soll.

§. 12. Zur Eröffnung einer Sitzung ist die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums nöthig.

§. 13. In der Regel ist das Sitzungsprotokoll noch während der betreffenden Sitzung aufzunehmen und am Schlusse derselben vorzulesen und zu fertigen; sollten jedoch Zeit und Umstände solches unmöglich gemacht haben, so geschieht die Eröffnung der Sitzung mit der Ablesung des verfassten Protokolls der vorigen Sitzung.

Dieses muss enthalten:

- a) Die Angabe der vorgekommenen Gegenstände.
- b) Die wörtliche Fassung der zur Abstimmung gebrachten Fragen.
- c) Die Namen der Antragsteller, sowie die von ihnen dictirten Anträge.
- d) Die gefassten Beschlüsse, und zwar, wenn es verlangt wird, mit Angabe der Minorität- und Separat-Voten und den Namen der dafür stimmenden Votanten. — Die von einzelnen Mitgliedern schriftlich eingebrachten Anträge sind sammt ihrer Motivirung dem Protokolle beizuschliessen.
- e) Das Resultat der vorgenommenen Wahlen.

Das Protokoll wird vom Vorsitzenden und sämmtlichen bei der Sitzung anwesenden Mitgliedern unterschrieben. Etwaige Berichtigungen oder Bemerkungen werden zu Protokoll genommen; doch können bereits gefasste Beschlüsse nicht wieder in Frage gestellt werden.

§. 14. Nach vorgenommener Berichtigung des Protokolls, worüber bei abweichenden Meinungen vorerst durch die im §. 13 bezeichneten Mitglieder abgestimmt werden muss, theilt der Vorsitzende der Versammlung die geschehene Ausführung der früheren Beschlüsse, sowie die seit der letzten Sitzung an das Professoren-Collegium oder an den Decan gelangten Zustellungen oder Eingaben mit.

§. 15. Anfragen an den Vorsitzenden in Angelegenheiten des Lehrkörpers können erst nach der Beendigung der zu verhandelnden Gegenstände, jedoch noch vor dem Schlusse der Sitzung geschehen. Die Beantwortung soll wo möglich gleich erfolgen.

§. 16. Einen angemeldeten Antrag hat zuerst der Antragsteller näher zu entwickeln und zu begründen; hierauf leitet der Vorsitzende die Debatte durch Aufruf der Redner ein. Das letzte Wort gebührt dem Antragsteller.

§. 17. Wer für oder gegen den Antrag zu sprechen wünscht, meldet sich bei dem Vorsitzenden, welcher hierüber die Vormerkung macht. Nach der Reihe der Vormerkungen erhalten die Sprecher das Wort.

§. 18. Kein Redner darf in seiner Rede gestört werden; doch kann ein Mitglied auch während der Rede eines Andern um das Wort bitten. Nur der Vorsitzende hat das Recht, ihn wegen Ungebühlichkeiten oder wegen Abschweifens von der Sache zur Ordnung oder zur Sache zu weisen.

§. 19. Jede Präoccupation von Seite des Vorsitzenden vor der Eröffnung der Debatte ist zu vermeiden; daher die Verhandlung in der Regel nicht damit beginnen soll, dass der Vorsitzende seine Meinung zuerst vorträgt, sondern er hat erst nach den bereits vorgemerkten Rednern sich an der Debatte zu betheiligen. Indes steht auch nach ihm jedem Redner das Wort zu.

§. 20. Bei Störungen der Debatte hat der Vorsitzende die Ruhe mit der Glocke wieder herzustellen, welchem Zeichen unbedingt Folge zu leisten ist.

§. 21. Die im §. 19 des prov. Gesetzes über die Organisation der akademischen Behörden*) dem Decane vorbehaltenen Geschäftstücke bilden keinen Gegenstand der Berathung des Professoren-Collegiums.

§. 22. Nach dem Schlusse der Debatte, welcher dann eintritt, wenn keines der Mitglieder mehr über den Gegenstand zu sprechen wünscht, werden vom Vorsitzenden zuerst der ursprüngliche Antrag, dann die gestellten Gegenanträge und Amendements vorgelesen, und nach dieser Vorlesung werden sie in der Ordnung, in welcher sie gestellt wurden, zur Abstimmung gebracht.

§. 23. Besteht der Antrag aus mehreren Theilen, so wird zuerst der ganze Antrag vorgelesen, dann über jeden Theil desselben einzeln und endlich über den ganzen Antrag abgestimmt. — Jene Theile, die eine Vorfrage enthalten, oder den übrigen zur Grundlage dienen, gehen bei der Abstimmung voran.

§. 24. Die zur Abstimmung zu bringenden Fragen müssen so abgefasst sein, dass man darauf mit Ja (einverstanden) oder Nein (nicht einverstanden) antworten kann.

§. 25. Glaubt ein Mitglied, dass der von ihm gestellte und vom Vorsitzenden zum Behufe der Abstimmung formulirte Antrag nicht gehörig aufgefasst worden ist, so kann dasselbe verlangen, dass die Frage mit seinen eigenen Worten zur Abstimmung gelange.

§. 26. Jede Frage wird vor der Abstimmung zu Protokoll dictirt und aus diesem vom Protokollsführer noch einmal vorgelesen.

§. 27. Die stimmberechtigten Mitglieder des Professoren-Collegiums müssen zur Ausübung ihres Stimmrechtes in der Sitzung an-

*) Vergl. §. 18 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63 über die Organisation der akademischen Behörden.

wesend sein; sie müssen dasselbe persönlich ausüben, können sich aber auch des Abstimmens enthalten, was jedoch zu motiviren und mit der Motivirung im Protokolle anzuführen ist.

§. 28. Die Abstimmung geschieht in der Regel durch Namensaufruf der anwesenden Mitglieder des Professoren-Collegiums.

§. 29. Wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder es beantragt, muss geheim abgestimmt werden.

§. 30. Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist die absolute Stimmenmehrheit der Stimmenden nothwendig. Der Vorsitzende hat ebenfalls das Stimmrecht, übt es aber zuletzt aus, und wenn dadurch Stimmengleichheit eintritt, so wird jene Meinung zum Beschlusse, welcher er beigetreten ist.

§. 31. Die Erklärung des Sitzungsbeschlusses geschieht von dem Vorsitzenden. In der Regel sollen alle eingelangten Gegenstände zur Sitzung gebracht und, soweit es möglich ist, auch in Verhandlung genommen werden.

§. 32. Wichtige Gegenstände sollen, ehe sie zur Verhandlung gelangen, vom Professoren-Collegium entweder einem Referenten, oder einem Ausschusse von 3 bis 5 Mitgliedern zur Berathung und Berichterstattung zugewiesen werden. Der Antrag auf Ernennung eines Referenten oder Berathungsausschusses kann auch vor oder während der Verhandlung über den betreffenden Gegenstand gestellt und hierüber sogleich abgestimmt werden.

§. 33. Das von dem Referenten oder Berathungsausschusse verfasste Gutachten wird dem Decan schriftlich zugemittelt und in der nächsten Sitzung des Professoren-Collegiums der Bericht hierüber vorgetragen und dem Sitzungsprotokolle als Beilage angeschlossen.

§. 34. Sollte es sich herausstellen, dass der Referent oder Berathungsausschuss den Gegenstand nicht gründlich genug erörtert oder unrichtig aufgefasst hat, so kann er ihm von dem Professoren-Collegium zur nochmaligen Berathung zurückgestellt oder einem neu ernannten Referenten oder Berathungsausschusse zugewiesen werden. Wichtigere Berichte sollen vor ihrer Expedition dem Professoren-Collegium zur Schlussfassung vorgelesen werden.

§. 35. Alle Wahlen, welche das Professoren-Collegium vorzunehmen hat, sollen mittelst Stimmzettel geschehen. Die Stimmzettel dürfen keine Bedingungen enthalten, daher jede beigesetzte Bedingung als nicht beigesetzt betrachtet wird.

§. 36. Bei Wahlen entscheidet, wenn das Gesetz nicht absolute Stimmenmehrheit fordert, die relative Stimmenmehrheit. Wenn mehrere, als zu wählen sind, eine gleiche Anzahl von Stimmen erhalten, ist die Wahl zwischen denselben vom Lehrkörper sogleich zu wiederholen. Bei einer sich wiederholt ergebenden Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 37. Der Vorsitzende ist ebenfalls zur Abgabe eines Stimmzettels berechtigt.

§. 38. Die Zählung der Stimmzettel und das Verzeichnen der Namen der Gewählten wird unter der Leitung des Vorsitzenden von

zwei durch ihn zu bestimmende Scrutatoren sogleich vorgenommen. Weicht die Anzahl der Stimmzettel von jener der Wähler ab, so muss die Wahl wiederholt werden.

§. 39. Stimmzettel, welche den Namen des Gewählten zweifelhaft lassen, werden gar nicht beachtet.

§. 40. Das Ergebniss der Wahl ist dem Professoren-Collegium sogleich bekannt zu geben und in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen.

§. 41. Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gelten für alle Mitglieder des Professoren-Collegiums, daher auch für die neueintretenden, und können ganz oder theilweise in einer Sitzung, bei der wenigstens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder vorhanden sein müssen, abgeändert und aufgehoben werden, worüber die Bestätigung des hohen Ministeriums nachträglich einzuholen ist.

E. Universität Krakau.

109dd) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom 12. Jänner 1865,
Z. 12350,

an den Rector der Krakauer Universität,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für den akademischen Senat und die vier Professoren-Collegien der k. k. Universität in Krakau.

Indem das Staatsministerium den Bericht des akademischen Senates vom zur Kenntniss nimmt, findet es die mit dem Staats-Min.-Erl. vom 11. Februar 1861, Z. 1362, genehmigte Geschäftsordnung des medicinischen Professoren-Collegiums ausser Anwendung zu setzen und die von dem akademischen Senate mit obigem Berichte vorgelegte Geschäftsordnung für den akademischen Senat und die vier Professoren-Collegien zu genehmigen.

Geschäftsordnung für den akademischen Senat und die vier Professoren-Collegien der k. k. Universität in Krakau.

§. 1. Alle Geschäftsstücke der Universität sind entweder currente, oder solche, die einer eindringlichen Vorberathung zu ihrer Erledigung bedürfen. (Vide §. 19 des Gesetzes über Organisation der akademischen Behörden.)*)

Der Vorstand bestimmt, ob ein Geschäftsstück currenter Natur ist oder nicht.

Currente Stücke erledigt der Vorstand selbst und berichtet darüber dem Collegium in der nächsten Sitzung nach den fortlaufenden Nummern des Geschäftsprotokolls.

§. 2. Die nicht currenten Geschäftsstücke werden regelmässig in den Sitzungen des betreffenden Collegiums erledigt.

*) Nunmehr §. 19 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 3. In dringenden Fällen, in denen die Erledigung nicht einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung gestattet, kann ein Geschäftsstück ausnahmsweise durch schriftliche Umfrage erledigt werden. Hierbei muss aber das Stück mit allen seinen Belegen, mit einem gründlichen Referate und einem motivirten Antrage so instruiert sein, dass die stimmberechtigten Mitglieder, von denen keines übergangen werden darf, sich mit einem blossen Ja oder Nein zu erklären krauchen, was sie durch ihre Namensfertigung bekräftigen. Ein solches Stück wird mit der Aufschrift „durch Umfrage erledigt“ in das Protokoll der nächsten Sitzung einverleibt, nachdem der Vorsitzende über das Resultat der Umfrage zuvor dem versammelten Collegium berichtet hat.

§. 4. Ist Gefahr im Verzuge und gestattet die Erledigung eines Geschäftsstückes auch den mit der Umfrage verbundenen Aufschub nicht, so erledigt der Vorstand selbst das Stück in der Anhoffung der nachträglichen Genehmigung des betreffenden Collegiums, die er in der möglichst bald einzuberufenden Sitzung zu erwirken hat. (Vide §. 19 des Gesetzes über Organisation der akademischen Behörden.)*)

§. 5. Alle in der Sitzung zur Verhandlung kommenden Geschäftsstücke unterliegen einer vorläufigen Vorbereitung durch sachkundige Referate und die darauf basirten Anträge, die entweder durch einen individuellen Referenten, oder durch eine Commission von Fachmännern aus der Mitte des betreffenden Collegiums ausgearbeitet werden, wenn der Gegenstand mehrfache Sachkenntniss voraussetzt.

§. 6. Der Vorstand entscheidet, ob ein Gegenstand durch individuelle oder commissionelle Referate für die Sitzungsverhandlung vorbereitet werden soll. Im ersten Falle bestimmt er den Referenten, nach Umständen auch einen Correferenten, im zweiten die Mitglieder des Vorberathungscomités.

§. 7. Wenn über einen von einem Mitgliede des Collegiums ausgegangenen Antrag ein Comité bestellt wird, ist jedenfalls der Antragsteller in dasselbe aufzunehmen.

Ist der Vorsitzende in der von einem Comité zu berathenden Angelegenheit selbst Fachmann, so ist er jedenfalls Mitglied des Comité's und berechtigt, in diesem Falle den Vorsitz in demselben einzunehmen.

Abgesehen von diesem Falle, wählt das Comité seinen Obmann aus seiner Mitte.

Führt eine wiederholte Wahl zu keinem entscheidenden Ergebnisse, so übernimmt das dem Dienstrange nach älteste Comité-Mitglied den Vorsitz.

§. 8. Wenn bei Ansammlung mehrerer Berathungsgegenstände sich die Nothwendigkeit einer Sitzung ergibt, so ladet der Vorstand die stimmberechtigten Mitglieder des betreffenden Collegiums schriftlich ein, unter Angabe des Tages und der Stunde der abzuhaltenden Sitzung mit Beifügung des Programmes der Berathungsstücke, das zugleich als Tagesordnung für die Sitzungsverhandlungen zu gelten hat.

*) Vergl. die Anmerkung auf der vorigen Seite.

§. 9. Der Vorsitzende theilt nach Eröffnung der Sitzung dem Collegium den wesentlichen Inhalt der von ihm erledigten currenten Stücke mit, die mit ihren Nummern in dem Sitzungsprotokolle zu verzeichnen sind.

Erlässe und wichtige Correspondenzen werden per extensum vorgelesen.

Ausserdem steht jedem Mitgliede frei, eine nähere Kenntniss von irgend einem der mitgetheilten currenten Stücke durch Einsicht in die bezüglichen Acten sich zu verschaffen.

§. 10. Die Berathungsgegenstände werden nach der im Programme angesetzten Tagesordnung von den betreffenden Referenten vorgetragen, wenn nicht der Vorsitzende in einem speciellen Falle sich veranlasst findet, von jener Ordnung abzugehen.

§. 11. Jedes stimmberechtigte Mitglied des Collegiums ist befugt, selbstständige Anträge zur Berathung und Beschlussfassung des Collegiums zu stellen, nur müssen sie schriftlich dem Vorsitzenden überreicht und früher mit der laufenden Zahl des Gestionsprotokolles bezeichnet werden. Der Vorsitzende bestimmt, ob ein solcher Antrag in derselben oder in der nächstfolgenden Sitzung zur Verhandlung kommen soll.

Betont der Antragsteller die Dringlichkeit, so lässt der Vorsitzende durch Stimmenmehrheit darüber entscheiden. Solche Anträge sind so zu behandeln, wie die der Referenten.

§. 12. Hat ein Referent seinen Vortrag geschlossen so erklärt der Vorsitzende die Debatte über den von Jenem gestellten Antrag als eröffnet.

Ergreift keiner der Stimmführer das Wort, so ist der Antrag als durch Stimmeneinhelligkeit zum Beschlusse erhoben zu betrachten, ohne dass eine besondere Abstimmung nöthig wäre.

Wenn einer oder mehrere Stimmführer das Wort verlangen, so sprechen sie in der Reihe, in der sie vom Vorsitzer das Wort erhalten haben, für oder gegen den Antrag.

§. 13. In der Regel hat jeder Sprecher nur einmal das Wort, es sei denn, dass der Vorsitzer einem oder dem anderen Mitgliede zur Beseitigung von Missverständnissen oder zur Abwehr persönlicher Angriffe oder zu dem Ende wiederholt das Wort verleihe, um auf eine von den Vorrednern übersehene, für die Beschlussfassung wichtige Thatsache, oder eine diesfalls massgebende Norm hinzuweisen.

Der Referent darf jedoch so oft das Wort ergreifen, als es zur Vertheidigung, Begründung oder näheren Aufklärung seines Antrages nöthig erscheint.

§. 14. Keiner der Sprecher darf im Flusse seiner Rede durch ein Mitglied unterbrochen werden; eben so wenig darf er selbst von dem Wesen des Gegenstandes abweichen. Im ersten Falle hat der Vorsitzer „zur Ordnung,” im letzten „zur Sache” zu rufen und im Weigerungsfalle das Wort dem von der Sache abschweifenden Sprecher zu entziehen.

§. 15. Die Debatte ist geschlossen, wenn entweder alle Sprecher der Reihe nach ihre Reden gehalten, oder wenn auf Antrag eines Mitgliedes die Mehrheit sich für den Schluss der Debatte entscheidet.

§. 16. Nach dem Schlusse der Debatte bringt der Vorsitz der Anträge auf Vertagung des Referatsantrages, dann die von dem letzteren abweichenden, endlich die denselben ergänzenden oder amendirenden und zuletzt, wenn es noch nöthig ist, denselben so formulirt zur Abstimmung, dass die einzelnen Mitglieder mit Ja oder Nein abstimmen können.

Die Mitglieder stimmen nach der Ordnung ihres Dienstranges, jedoch der Vorsitzende jedenfalls zuletzt.

§. 17. Ueber Anträge, welche eine persönliche Angelegenheit eines Mitgliedes betreffen, findet eine geheime Abstimmung statt, nach Entfernung des betreffenden Mitgliedes aus dem Sitzungssaale.

§. 18. Nur stimmberechtigte Mitglieder eines Collegiums können als Referenten bestellt werden. Das Stimmrecht üben nur die anwesenden Mitglieder.

§. 19. Zu einem rechtskräftigen Beschlusse gehört entweder Einhelligkeit, oder absolute Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag jener Hälfte der Stimmenden als Beschluss, in der sich der Vorsitzende befindet.

§. 20. Vota separata müssen ihrem vollen Inhalte nach in der Sitzung vorgetragen werden und können, wenn sie in wenigen Worten fassbar sind, gleich zu Protokoll dictirt, wenn sie aber grösseren Umfang haben, müssen sie schriftlich abgefasst und längstens binnen drei Tagen von dem betreffenden Votanten dem Vorsitzenden übergeben werden, der sie nur dann dem Protokolle der Sitzung einverleibt, wenn deren schriftliche Fassung mit der mündlich gemachten Aeussderung wesentlich übereinstimmt, sonst aber sie nur als besondere Eingabe oder als selbstständige Anträge betrachtet, über die er ordnungsmässig zu verfügen hat.

§. 21. Die mit einem Beschlusse zusammenhängende Correspondenz, namentlich Berichte an höhere Behörden, entwirft jener Antragsteller, dessen Antrag zum Beschlusse erhoben wurde, jede andere fällt dem Vorsitz zu.

§. 22. Das über jede Sitzung zu führende Protokoll enthält im Eingange, nebst der Angabe des Tages der Sitzung, die Namen der Anwesenden, sowie speciell der abwesenden Mitglieder. (§. 16 des provisorischen Gesetzes vom 27./30. September 1849.)*

Sohin sind alle Geschäfte aufzuführen, welche in der Sitzung vorgekommen sind, und zwar in der Reihenfolge, in der sie verhandelt wurden.

Von jenen Geschäftsstücken, die der Vorsitzende als seit der letzten Sitzung im currenten Wege erledigt zur Kenntniss der Ver-

*) Nunmehr §. 15 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

sammlung bringt, sind nur die Nummern zu verzeichnen (vide auch §. 3 dieser Geschäftsordnung).

Von den Vortragsstücken ist eine kurze Angabe ihres Inhaltes, dann der Antrag des Referenten, sowie die davon abweichenden oder Verbesserungsvorschläge aufzunehmen, nicht aber die darüber geführte Debatte.

Der Beschluss ist, sowie er aus der Umfrage des Vorsitzenden hervorging, und zwar mit der Angabe einzuschalten, ob er einhellig oder durch Stimmenmehrheit gefasst wurde.

Wünscht ein Stimmführer, welcher in der Minorität geblieben ist, dass seine Nichtzustimmung in dem Protokolle angemerkt werde, so hat er dieses Verlangen sogleich bei der Kundmachung des Beschlusses an den Vorsitzenden zu richten, welcher darüber zu wachen hat, dass diese Anmerkung im Protokolle eingeschaltet werde (vide auch §. 20 dieser Geschäftsordnung).

Wurde ein Beschluss nicht mit Stimmeneinhelligkeit gefasst, so sind jedenfalls die Namen der in der Minorität gebliebenen Votanten ausdrücklich anzuführen.

Das Protokoll ist von allen Anwesenden zu unterschreiben.

Das Protokoll bei Sitzungen des akademischen Senats führt der Universitäts-Secretär, oder nach Umständen ein anderes, von dem Rector hiemit beauftragtes Individuum der Universitätskanzlei oder Quästur; bei vertraulichen Sitzungen ein durch Vereinbarung zu bestimmendes Mitglied des Senats.

Wenn über die Protokollführung bei den Sitzungen der Professoren-Collegien keine allseitige Vereinbarung zu erzielen sein sollte, so ist das Protokoll von den drei dem Dienstrange nach jüngsten Professoren oder Supplenten abwechselnd zu führen.

Nach Ergebniss der Umstände kann ausnahmsweise mit Zustimmung des Rectors von dem Decane auch ein geeigneter Beamter der Universitätskanzlei oder Quästur mit der Protokollführung beauftragt werden.

§. 23. Eine Revision dieser Geschäftsordnung im Ganzen kann erst dann beantragt werden, wenn sie in der Durchführung durch wenigstens drei Monate erprobt worden ist. Einzelne Zusätze oder Aenderungsanträge können mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse des einen oder anderen Collegiums nur dann auch früher in Berathung gezogen werden, wenn der diesfällige Antrag wenigstens von einem Drittel der stimmfähigen Mitglieder gestellt wird.

§. 24. Alle auf diese Geschäftsführung der Hochschulen sich beziehenden Bestimmungen des provisorischen Gesetzes über die Organisation der akademischen Behörden, namentlich die betreffenden Anordnungen der §§. 4, 5, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 21 und 22,*) werden in dieser Geschäftsordnung als gesetzliche Voraussetzungen betrachtet.

*) Nunmehr des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden, insbesondere der §§. 4, 5, 13, 14, 15, 16, 18, 19, 20 und 21 desselben.

F. Universität Lemberg.

109ee) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom
11. Februar 1865*), Z. 909 C. U.,

an den Rector der Universität Lemberg,

**betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für den akademischen Senat
der Universität Lemberg.**

Dem mit Bericht vom vorgelegten Entwurfe einer Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Lemberger Universität wird die Genehmigung ertheilt.

Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Lemberg.

§. 1. Der akademische Senat ist die oberste akademische Behörde.

Seinen Wirkungskreis bilden alle allgemeinen Angelegenheiten der Universität, mögen sie Verwaltungs-, Unterrichts- oder Disciplinar-Gegenstände betreffen, sowie alle Angelegenheiten, die ihm durch Gesetze, Statuten, Privilegien oder Stiftungen zugewiesen sind.

Er hat das Recht der Aufsicht über Alles, was zur Universität gehört und nicht durch besondere Anordnungen dem Wirkungskreise einer Facultät zuerkannt ist, der Einsichtnahme in die Verhandlungen aller Professoren-Collegien, das Recht, Beschlüsse einzelner Collegien unter unverzüglicher Berufung an das Ministerium zu sistiren.

Er übt die Disciplin über alle Mitglieder der Lehrer-Collegien und in den gesetzlich bestimmten Fällen über die Studirenden.

Er ist die nächste Berufungs-Instanz gegen Entscheidungen der Decane und Collegien und entscheidet Competenz-Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Collegien. Competenz-Streitigkeiten zwischen diesen und ihm selbst legt er dem Ministerium vor.

Die Correspondenz der Professoren-Collegien mit dem Ministerium geht in der Regel durch ihn, beziehungsweise durch den Rector.

Ihm unterstehen die Universitätsbeamten.

Zur Aufgabe des akademischen Senates gehört insbesondere auch die Aufsicht über die Kanzleibeamten, die Handhabung der Disciplin über dieselben, die Besetzung der betreffenden Aemter, beziehungsweise die Erstattung des diesfälligen Vorschlages und andere sich auf dieselben beziehenden Personal-Angelegenheiten, die Entwerfung und Abänderung der Instruction, die Ueberwachung des geregelten und zweckentsprechenden Geschäftsganges im Allgemeinen u. s. w.

§. 2. Der Rector ist der Vorstand des akademischen Senates.

*) Durch diesen Erlass wurde die mit Min.-Erl. vom 29. April 1853, Z. 1126, genehmigte Geschäftsordnung für den akademischen Senat, welche wieder an Stelle der mit Min.-Erl. vom 21. März 1850, Z. 2281, genehmigten provisorischen Geschäftsordnung getreten war, aufgehoben.

Das Professoren-Collegium der theologischen Facultät Lemberg besitzt bisher keine eigene Geschäftsordnung.

Er trägt zunächst die Verantwortung für die Geschäftsführung des akademischen Senates.

§. 3. Glaubt der Rector die Ausführung eines Beschlusses des akademischen Senates nicht verantworten zu können, so hat er das Recht, diesen Beschluss zu sistiren und den Fall dem hohen Ministerium zur Entscheidung vorzulegen.

Das Recht, Beschlüsse der einzelnen Professoren-Collegien zu sistiren, steht zunächst nur dem ganzen akademischen Senate zu.

§. 4. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt der Rector selbst und berichtet darüber dem akademischen Senate in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle.

Wo Gefahr im Verzuge ist, ordnet er selbstständig an.

Es bleibt ihm aber unbenommen, in der Regel nach seinem Ermessen den Secretär zu Conceptsarbeiten für die currenten Geschäfte des Rectorates zu verwenden.

Eine Ausnahme hievon bilden alle selbst im currenten Wege behandelten Geschäftsstücke, welche Personalangelegenheiten der Professoren, sei es Auszeichnungen, Beförderungen, Gehaltserhöhungen, Remunerationen, Aushilfen oder Gehaltvorschüsse u. dgl. betreffen.

Findet sich der Rector nicht bestimmt, oder ist er verhindert, dergleichen Angelegenheiten selbst zu concipiren, so hat er die Bearbeitung dem Prorector oder einem anderen Mitgliede des akademischen Senates zuzutheilen.

§. 5. Alle anderen, zur Behandlung im currenten Wege nicht geeigneten Geschäftsstücke werden in den Sitzungen des akademischen Senates erledigt und zu diesem Behufe an Referenten zur Berichterstattung und Antragstellung vom Rector vertheilt.

Die Behandlung solcher Geschäftsstücke per rollam findet nicht statt.

§. 6. Referate darf in der Regel der Rector nur an Mitglieder des akademischen Senates übertragen.

§. 7. Eine Ausnahme bildet: a) das ökonomische Referat, welches immer dem Universitäts-Secretär zukommt.

In seiner Eigenschaft als Referent in oeconomicis hat daher auch der Universitäts-Secretär den betreffenden Sitzungen des Senates, jedoch nur cum voto informativo beizuwohnen.

§. 8. Eine weitere Ausnahme bildet: b) das Kanzleireferat. Der jeweilige Decan des rechts- und staatswissenschaftlichen Professoren-Collegiums ist in seiner Eigenschaft als Kanzleidirector zugleich ständiger Kanzleireferent.

Als solcher referirt er im akademischen Senate in allen zum Kanzleireferate gehörigen wichtigeren Angelegenheiten, welche sich zur currenten Behandlung durch den Rector nicht eignen. (§. 1, letzter Absatz.)

Dem Kanzleireferenten liegt ob, wenigstens am Schlusse eines jeden Semesters dem akademischen Senate über die diesfällige Geschäftsgebahrung und über die allenfalls sich bemerkbar machenden Mängel und Gebrechen Vortrag zu erstatten.

Er hat daher auch die Verpflichtung, sich in fortwährender Uebersicht der Geschäftsbehandlung im Allgemeinen und der Verhältnisse des Personals zu erhalten und sich die nöthigen Materialien zu verschaffen, auf deren Grundlage er sohin seine Referate zu erstatten, und auch dem Plenum des Senates oder nach Umständen dem Rector seine auf eigene Wahrnehmung gestützten Anträge stellen kann.

§. 9. Alle Referenten haben ihre Referate selbst zu bearbeiten und die Expedition zu entwerfen. Nur steht ihnen zu, von dem Secretär die vollständige Priorirung aus den Universitätsacten zu verlangen, welchem Ansinnen mit grösster Beschleunigung und Pünktlichkeit zu entsprechen einen Theil der Amtsverpflichtungen des Secretärs bildet.

Jedes Referat hat auf der linken Spalte des Bogens die Geschäftszahl des Stückes und die Darstellung der factischen Umstände, und auf der rechten Spalte den motivirten Antrag zu enthalten.

§. 10. Der akademische Senat versammelt sich auf Einladung des Rectors unter dem Vorsitze des Letzteren.

Die Mitglieder sind zur Anwesenheit verpflichtet; besonders wichtige Gegenstände sind in der Einladungsschrift zu bezeichnen.

Zu einer giltigen Schlussfassung ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

§. 11. In jeder Sitzung hat

1. der Rector Bericht aus dem Gestions-Protokolle zu erstatten, und
2. insbesondere alle Gesetze und Verordnungen des Ministeriums oder der Statthalterei zur Kenntniss zu bringen, darauf haben
3. die Referenten in der vom Rector zu bestimmenden Ordnung ihre Referate zu erstatten.

§. 12. Alle Mitglieder des Senates haben das Recht, über die von den Referenten erstatteten Anträge noch vor der Abstimmung ihre Ansicht auszusprechen, nachdem sie dazu vom Rector das Wort erhalten haben.

Der Rector leitet die Debatte und sorgt insbesondere dafür, dass dieselbe in keiner Hinsicht den Anstand verletze.

Der Rector hat daher das Recht, die betreffenden Mitglieder zur Sache oder zur Ordnung zu rufen, oder denselben nach Umständen auch das Wort zu entziehen.

§. 13. Findet keine Debatte statt, oder ist diese geschlossen, so erfolgt die Abstimmung nach der Rangordnung, welche die Mitglieder des Senates als solche im akademischen Senate einnehmen. Der Rector gibt seine Stimme zuletzt ab.

Die Schlussfassung erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit; bei gleich getheilten Stimmen erwächst jener Antrag zum Beschlusse, für welchen der Vorsitzende votirt hat.

Der Beschluss wird vom Rector ausgesprochen.

§. 14. Ueber jede Senatssitzung muss ein Protokoll geführt werden.

Der Protokollsführer ist in der Regel der Universitäts-Secretär.

Derselbe hat das Protokoll längstens binnen drei Tagen nach jeder Sitzung zu entwerfen und dem Rector zur Genehmigung oder allfälligen Berichtigung vorzulegen.

Das vom Rector genehmigte Protokoll ist sodann sämtlichen Senatsmitgliedern, welche der Sitzung beigewohnt haben, zur Unterschrift zuzumitteln, und hierauf, und zwar spätestens binnen acht Tagen nach jeder Sitzung, dem Ministerium berichtlich vorzulegen.

§. 15. In dem Kopfe des Sitzungsprotokolls müssen die anwesenden und abwesenden Senatsmitglieder angegeben werden.

Hierauf wird die geschehene Berichterstattung aus dem Geschäftsprotokolle und die allfällige Mittheilung der Gesetze und Verordnungen kurz constatirt. Darauf werden alle Referate der betreffenden Sitzung in der Ordnung, in welcher sie erstattet worden sind, und zwar in folgender Art aufgenommen:

Auf der linken Spalte des Bogens wird die Geschäftszahl des Stückes, der Name des Referenten und der kurze Inhalt des in Berathung gezogenen Gegenstandes, und auf der rechten Seite dann der Antrag des Referenten und der Beschluss des Senates, und zwar der letztere mit der Angabe angeführt, ob derselbe einstimmig, oder durch Stimmenmehrheit, und im letzten Falle durch wie viele und welcher Mitglieder Stimmen er zu Stande kam.

Dem Beschlusse müssen auch in Kurzem die Motive desselben beigefügt werden.

Ist der Beschluss durch Stimmenmehrheit gefasst worden, so muss auf Verlangen der Mitglieder, welche in der Minorität geblieben sind, ihr Separatvotum entweder wörtlich in das Protokoll aufgenommen, oder falls sie es schriftlich einbringen wollen, dem Protokolle beigeschlossen werden.

Auch haben sie das Recht, zu verlangen, dass ihr Separatvotum dem allfälligen Berichte eingeschaltet, beziehungsweise beigelegt werde.

Ist der Vorsitzende mit dem Beschlusse des Senates zwar nicht einverstanden, hält er aber den Gegenstand nicht für so wichtig, um die Ausführung des Beschlusses sistiren zu sollen, so hat er selbstverständlich das Recht, seine in der Sitzung ausgesprochene abweichende Ansicht nicht nur in das Protokoll, sondern auch in den allfälligen Bericht aufnehmen zu lassen.

§. 16. Alle in Folge der gefassten Beschlüsse nothwendig gewordenen und von den Referenten entworfenen Expeditionen werden dem Rector zur Approbation vorgelegt.

Dasselbe gilt von allen Expeditionen über currente Geschäftstücke, die nicht vom Rector selbst verfasst worden sind.

Jedoch bleibt es dem jeweiligen Rector unbenommen, dem Kanzleidirector gewisse currente, von dem Secretär concipirte Geschäftstücke ein- für allemal zur Vorrevision zuzuweisen, oder von Fall zu Fall zur Einsicht oder Voräusserung ante approbationem zuzumitteln, und ihn auch bei einzelnen, von dem Rector vorzunehmenden Acten, als: Kanzleivisitationen, Cassescontrirungen u. s. w. beizuziehen.

§. 17. Die mit der Approbation des Rectors versehenen Expeditionen werden von dem Secretär der Kanzlei zur Besorgung der Reinschrift übergeben.

§. 18. Die mundirten und collationirten Expeditionen werden vom Rector unterfertigt.

Berichte an das k. k. Staatsministerium werden, wenn sie der Rector nicht selbst concipirt hat, auch von den betreffenden Concipienten mitgefertigt.

§. 19. Mit dem k. k. Staatsministerium correspondirt der akademische Senat im Wege des k. k. Statthaltereipräsidiiums.

Nur dann berichtet der akademische Senat unmittelbar an das k. k. Staatsministerium, wenn das letztere in einzelnen Fällen eine unmittelbare Berichterstattung oder Aeussierung angeordnet hat, oder wenn es sich um Gesuche und Recurse von Studirenden in Studien-Angelegenheiten handelt, deren Entscheidung dem Ministerium vorbehalten ist, und zwar insbesondere dann, wenn eine Beschleunigung der Verhandlung wegen des Einflusses der Entscheidung auf den regelmässigen und möglichst ungestörten Gang und Fortsetzung der Studien von Seite des Bittstellers nothwendig erscheint, es wäre denn, dass die Eigenschaft desselben als Stipendisten oder Stiftlings, oder andere besondere Rücksichten es nach dem Ermessen des Senates zweckmässig erscheinen lassen, die Verhandlung im Wege der k. k. Statthalterei an das Ministerium zu leiten.

§. 20. Die Eingaben der Professoren-Collegien und Decanate, welche durch den akademischen Senat an das Ministerium zu gelangen haben, werden in der Regel nur mit den auf der Eingabe selbst beizusetzenden Worten einbegleitet: „Wird Einem hohen k. k. Staatsministerium ehrfurchtsvoll“ oder „mit dem Bemerken vorgelegt, dass“

Erachtet jedoch der Rector, dass über diese Eingabe ein Gutachten zu erstatten sei, so muss dieses durch einen besonderen Bericht geschehen.

109ff) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom 5. März 1865, Z. 1800,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Lemberg,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät Lemberg.

In Erledigung des Berichtes vom wird der damit vorgelegte Entwurf der Geschäftsordnung für das rechts- und staatswissenschaftliche Professoren-Collegium in Lemberg . . . hiermit genehmigt.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Lemberg.

§. 1. Das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät führt ein eigenes Gestions-Protokoll, in welchem die einlan-

genden Geschäftsstücke nach fortlaufender Zahl, ihrem wesentlichen Inhalte nach mit der Art und Zeit ihrer Erledigung eingetragen werden. Mit dem Beginne des Functionsjahres des Decans beginnt auch ein neues Geschäftsjahr.

§. 2. Currente Geschäftsstücke, d. h. solche, deren Inhalt blos zur Kenntniss zu nehmen ist, oder bei deren Erledigung es nur auf eine unzweifelhafte Anwendung der bestehenden Vorschriften ankommt, oder wobei es sich lediglich um Verständigungen, Intimationen höherer Entscheidungen und Anordnungen handelt, sowie Angelegenheiten, bei deren Entscheidung offenbar Gefahr am Verzuge ist, erledigt im Namen des Professoren-Collegiums der Decan und berichtet darüber in der nächsten Sitzung. Verordnungen in Studiensachen sind überdies bei den Professoren und Docenten sogleich in Circulation zu setzen.

§. 3. Alle anderen Geschäftsstücke müssen in einer Sitzung auf Grundlage von Referaten durch gesetzmässig gefasste Beschlüsse erledigt werden. Insbesondere gehören hieher alle Personalangelegenheiten, sofern sie nicht ganz unzweifelhaft nach §. 2. current sind. Der Text eines bei solchen Angelegenheiten zu erstattenden Ministerialberichtes ist jedesmal in der Sitzung des Professoren-Collegiums festzustellen.*) Eine Erledigung von Geschäftsstücken per rollam ist untersagt.

§. 4. Den Referenten bestimmt der Decan in der Art, dass eine möglichst gleiche Vertheilung der hieraus für die Professoren entspringenden Mühewaltung erzielt werde. Bei allen Referaten aber, welche ein bestimmtes Lehrfach betreffen, oder zu welchen besondere Fachkenntnisse erfordert werden, ist der Referent aus den betreffenden Fachmännern des Collegiums zu bestellen. Bei wichtigeren Angelegenheiten kann nach Ermessen des Decans oder über Beschluss des Professoren-Collegiums auch ein Correferent bestellt werden.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, über das ihm wenigstens vierundzwanzig Stunden vor der Sitzung zugetheilte Geschäftsstück zu referiren, wenn Inhalt und Umfang desselben dies gestatten. Auch der Decan kann Referent sein, sowie es jedem Mitgliede frei steht, in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Versammlung Anträge zu stellen und selbe im Wege eines schriftlichen Referates zur Verhandlung zu bringen.

§. 5. Das Sitzungsreferat wird auf einem ganzen oder halben Bogen derart verfasst, dass auf der linken Seite die Nummer des Geschäftsstückes und sein wesentlicher Inhalt, auf der rechten Spalte der Antrag niedergeschrieben wird.

§. 6. Die Sitzungen des Professoren-Collegiums sind entweder ordentliche oder ausserordentliche.

Unter ersteren sind jene zu verstehen, welche in der Zeit vom 1. October bis letzten Juli alle vierzehn Tage an in Vorhinein bestimmten Tagen und Stunden abgehalten werden.

*) Die Aufnahme des Absatzes — „Insbesondere — festzustellen“ wurde mit Min.-Erl. v. 25. August 1876, Z. 12792, genehmigt.

Unter den ausserordentlichen sind aber jene Sitzungen zu verstehen, welche der Decan wegen dringender Veranlassungen während des laufenden Studienjahres oder während der Oster- oder Herbst-Ferien beruft.

Sollte für eine ordentliche Sitzung kein Berathungsgegenstand vorhanden sein, so wird die Sitzung durch den Decan im Vorhinein abgesagt.

§. 7. Jedes Mitglied des Professoren-Collegiums hat die Pflicht, bei den Sitzungen zu erscheinen, oder sein Wegbleiben zu entschuldigen (§. 16 des prov. Ges. vom 27./30. September 1849. *)

Während der Oster- und Herbst-Ferien sind keine ordentlichen Sitzungen abzuhalten. Die in Lemberg anwesenden Mitglieder können jedoch in dringenden Fällen zu ausserordentlichen Sitzungen, oder wenn deren nicht genug anwesend sind, um beschlussfähig zu sein, wenigstens zur Theilnahme an Berathungen und Besprechungen von dem Decan berufen werden.

§. 8. Der Decan hat die Sitzung zu eröffnen; er bestimmt die Tagesordnung, leitet und reassumirt nöthigenfalls die Debatte, wacht über Aufrechthaltung der Ordnung in der Versammlung, formulirt und leitet die Abstimmung und verkündigt den Beschluss. Er hat das Recht, nach Umständen die Sitzung abubrechen.

§. 9. Die Sitzung ist zu eröffnen:

1. Mit dem Berichte des Decans über die von ihm seit der letzten Sitzung im eigenen Wirkungskreise erledigten currenten Geschäftsstücke;
2. hierauf folgen die Vortragsstücke in der von dem Decane zu bezeichnenden Ordnung, und sodann
3. die etwa vorliegenden selbstständigen Anträge, die aber schriftlich abgefasst und begründet sein müssen.

§. 10. Ueber jedes Geschäftsstück hat zuerst der Referent (nach ihm der allenfalls bestellte Correferent) gemäss dem auf dem Referatsbogen enthaltenen Actenauszuge und begründeten Antrage seinen Vortrag zu erstatten. Bei Gesuchen um Collegiengeld-Befreiung kann die Begründung des gestellten Antrages auch blos mündlich geschehen.

§. 11. Hierauf eröffnet der Decan die Debatte. Niemand darf das Wort nehmen, wenn er nicht dasselbe vom Decane erbeten hat. Dieser hat es in der Regel nach der Reihe, in welcher die Anmeldung zum Worte geschah, zu ertheilen, ausgenommen, wenn er mit Rücksicht auf specielle Gesetzes-, Fach- oder thatsächliche Kenntnisse eines Mitgliedes sich bestimmt findet, diesem vor den übrigen das Wort zu geben. Kein Redner darf in seinem Vortrage unterbrochen werden.

Der Ruf „zur Sache“ oder „zur Ordnung“ oder die Entziehung des Wortes steht nur dem Decane zu.

*) Nunmehr §. 15 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 12. Jedes Mitglied hat nur das Recht, über einen Verhandlungsgegenstand Einmal das Wort zu begehren. Ausgenommen sind die Fälle:

- a) Wenn ein Mitglied nur auf eine von den Rednern oder Votanten übersehene, für die Entscheidung wichtige Thatsache, oder eine diesfalls entscheidende Norm hinweisen will, um der Debatte oder Abstimmung die wahre Richtung zu geben.
- b) Wenn ein Mitglied von einem Vorredner nur Auflärungen über thatsächliche oder gesetzliche Verhältnisse oder sonstige wichtige Punkte seines Vortrages wünscht.
- c) Wenn der Referent zur Widerlegung der gegen seinen Antrag und dessen Begründung erhobenen Einwendungen es für nöthig erachtet, noch einmal das Wort zu ergreifen.

§. 13. Nach beendeter Debatte wird zur Abstimmung geschritten. Die Fragestellung geschieht durch den Decan. Ein Antrag auf Aussetzung des Beschlusses für eine spätere Zeit ist vor allen materiellen Verbesserungs-Anträgen zur Abstimmung zu bringen. Der von zwei oder mehreren Anträgen weiter gehende ist vor den andern zur Abstimmung zu bringen. Im Allgemeinen geht die Abstimmung über Amendements der Abstimmung über den ursprünglichen Antrag vor.

§. 14. Für jeden Act der Abstimmung hat der Decan die Fragestellung so zu formuliren, dass blos mit einer Bejahung oder Verneinung votirt werden kann.

Die Abstimmung geschieht mündlich.

Die Mitglieder stimmen nach ihrer Rangordnung.

Der Decan stimmt, mit Ausnahme des Falles, wenn er Referent ist, jedenfalls zuletzt. Die Beschlussfassung erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit. Bei sich etwa ergebender Stimmengleichheit ist jene Meinung als Beschluss anzusehen, welcher der Decan beim Votiren beigetreten ist.

§. 15. Wenn eine zu verhandelnde Frage das persönliche Interesse eines Mitgliedes berührt, so hat dieses abzutreten. Im Zweifel wird diese Vorfrage mit Ausschluss des Betheiligten von der Versammlung entschieden; dasselbe geschieht, wenn eine Angelegenheit das persönliche Interesse des Decans selbst betrifft, unter dem Vorsitze seines Stellvertreters.

§. 16. Der Decan kann, wenn seine Ansicht mit dem sich ergebenden Beschlusse nicht übereinstimmt, diese aussprechen und dann auch in dem an das Ministerium oder eine andere Behörde zu erstattenden Berichte ausdrücklich als seine besondere Ansicht aufnehmen lassen.

§. 17. Glaubt der Decan die Ausführung eines gefassten Beschlusses nicht verantworten zu können, so ist er berechtigt, denselben zu sistiren; doch muss er über einen solchen Fall dem akademischen Senate ohne Verzug Bericht erstatten.

§. 18. Zu einer giltigen Schlussfassung ist jedenfalls die Anwesenheit der Hälfte der stimmfähigen Mitglieder erforderlich.

§. 19. Ueber jede Sitzung wird ein Protokoll geführt, dasselbe enthält im Eingange nebst der Angabe des Tages der Sitzung die Namen der anwesenden wie der abwesenden Mitglieder, mit dem bei letzteren beigefügten Grunde der Abwesenheit; sodann das Verzeichniss der Nummern jener Geschäftsstücke, welche der Vorsitzende als seit der letzten Sitzung im currenten Wege erledigt, zur Kenntniss der Versammlung bringt, weiter werden die in der Sitzung verhandelten Gegenstände in der Art aufgenommen, dass auf der linken Seite des halbbrüchig geschriebenen Protokolles die Geschäftsnummer, der Referent und der Inhalt des in Berathung genommenen Stückes, auf der rechten Spalte aber der Beschluss sammt den kurz zusammengefassten Motiven desselben mit der Angabe angeführt werden, ob derselbe einstimmig oder durch Stimmenmehrheit gefasst wurde.

Im letzteren Falle sind die Namen der die Majorität bildenden Votanten, sowie die Namen der in der Minderheit verbliebenen Stimmführer und die Gründe ihres Votums im kurzen aber wesentlichen Auszuge aufzunehmen.

Jedes Mitglied hat übrigens das Recht, zu verlangen, dass sein Separatvotum in Kürze wörtlich in das Protokoll aufgenommen, oder, von ihm selbst schriftlich verfasst, dem Protokolle oder auch dem allenfalls zu erstattenden Berichte angeschlossen werde. Doch ist das Separatvotum im letzten Falle längstens am zweiten Tage nach der Sitzung dem Decane zu übergeben.

Der gefasste Beschluss muss in seinem Wortlaute in der Sitzung endgiltig festgestellt werden; nachträgliche Aenderungen sind nicht zulässig.

§. 20. Wenn bei einer Sitzung auf Anregung des Decanes oder eines Mitgliedes über Angelegenheiten der akademischen Disciplin, z. B. über den Besuch der Collegien, Besprechungen stattfinden, so ist dies und das allfällige Resultat derselben am Schlusse des Protokolls zu bemerken.

§. 21. Protokollsführer sind abwechselnd die beiden dem Range nach jüngsten Mitglieder des Collegiums.

Sollte ein hierzu nicht verpflichtetes Mitglied sich freiwillig zur Führung des Protokolls auf längere Zeit erbieten, so kann von der Versammlung dieses Anerbieten genehmigt werden. Der Protokollsführer hat das ordnungsmässig verfasste Protokoll mit möglichster Beschleunigung dem Decane zu übergeben, so dass selbes, von diesem und sämmtlichen Mitgliedern gefertigt, längstens binnen acht Tagen nach der Sitzung dem Ministerium vorgelegt werden kann.

Die Protokolle der einzelnen Geschäftsjahre sind mit fortlaufenden Nummern zu bezeichnen.

§. 22. Wenn ein Sitzungsgegenstand durch Majoritätsbeschluss erledigt worden ist, so hat der Protokollsführer die Namen der einzelnen Votanten sammt den Gründen ihrer Meinungen auch auf dem Referatsbogen so zu verzeichnen, wie dies im Protokolle (§. 19) geschieht.

§. 23. Die in Folge von Sitzungsbeschlüssen nothwendig gewordenen Expeditionen verfassen die einzelnen Referenten; wenn jedoch ein Referent mit seinem Antrage in der Minderheit geblieben ist, so hat die Expedition jener Stimmführer zu besorgen, welcher der Erste das zum Beschlusse erhobene Votum abgegeben hat. Es unterliegt übrigens keinem Anstande, dass mit Zustimmung des Referenten der Decan selbst solche Arbeiten übernehme.

§. 24. Jedes von einem Referenten besorgte Concept der Expedition wird vor der Reinschrift von dem Decane mit Rücksicht auf den Sitzungsbeschluss geprüft und nöthigenfalls berichtigt. Bevor es von demselben das Expediatur nicht erhalten hat, darf es nicht mundirt werden.

Es kann übrigens bei wichtigen Angelegenheiten beschlossen werden, dass die Expedition vor der Reinschrift in einer besonderen Zusammentretung des Professoren-Collegiums geprüft werden soll; in einem solchen Falle kann das ämtliche Expediatur nur dem in dieser Conferenz genehmigten Concepte gegeben werden.

109gg) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 3. Mai 1853, Z. 1529,

an das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät in Lemberg,
betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Lemberg.

Der mit Bericht vom vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Lemberg erhält die h. o. Genehmigung.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Lemberg.

§. 1. Alle Geschäftsstücke der betreffenden Facultät sind entweder currente Stücke oder nicht. Currente Geschäftsstücke sind:

a) alle jene, die nur zur Wissenschaft oder Darnachachtung des Professoren-Collegiums dienen sollen;

b) alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen.

Die Entscheidung, ob ein Stück, insoferne ein currentes Geschäftsstück ist, steht dem Decane der Facultät zu. Alle übrigen Stücke sind nicht currente Geschäftsstücke.

§. 2. Currente Geschäftsstücke erledigt der Decan und berichtet hierüber dem Professoren-Collegium in der nächsten Sitzung, entweder (in wichtigeren Fällen) durch wörtliches Vorlesen des Stückes oder inhaltlich aus dem Geschäftsprotokolle (prov. Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden, Z. 6903/337, §. 19.*)

*) Nunmehr §. 18 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 3. Die nicht currenten Geschäftsstücke können ihrer Beschaffenheit nach nur vom Professoren Collegium selbst besorgt werden, und sie zerfallen der Form ihrer Behandlung nach in folgende drei Kategorien:

a) Entscheidungen, bei denen eine verschiedene Auslegung des Gesetzes, sowie eine abweichende Beurtheilung der obwaltenden Verhältnisse denkbar ist, ohne dass gerade dem einen oder dem anderen Mitgliede eine ausnehmende Competenz darüber zustände, oder ohne dass schwierige, nur von einem Einzelnen zu leistende, Voruntersuchungen erfordert werden. Solche Fälle hat der Decan in der Sitzung vorzutragen, eine Discussion darüber zu eröffnen, wenn solche als nothwendig erachtet wird, und nach derselben durch Rundfrage die Entscheidung des Collegiums einzuholen.

b) Erledigungen, die besondere Sachkenntniss und schwierige Vorhebungen erheischen. — In diesen Fällen hat der Decan einen Referenten oder eine Commission aus mehreren Mitgliedern zu ernennen, welche darüber in der nächsten Sitzung dem Professoren-Collegium in Form eines geschriebenen Referates berichtet, worin der Sachverhalt auseinandergesetzt, die motivirte Meinung, und allenfalls der an eine Behörde nothwendige formulirte Bericht in Antrag gebracht wird. Diese so vor die Sitzung gebrachte Meinung und der Bericht des Referenten oder der Commission wird eventuell einer Discussion unterzogen, und hierauf durch Rundfragen, sei es in seiner ursprünglichen Gestalt, sei es mit der von der Majorität gewünschten Veränderung, zum Beschlusse erhoben oder verworfen. Im letzteren Falle ernennt der Decan einen anderen Referenten, oder eine andere Commission.

c) Selbstständige Anträge einzelner Mitglieder. Betreffen dieselben wieder bedeutende Gegenstände, so können sie sofort in Verhandlung genommen und nach kurzer Discussion mit Rundfrage entschieden werden. — Wichtigere Vorschläge dieser Art sollen in der Regel erst nach Ankündigung in einer vorhergehenden Sitzung zur Berathung kommen, welche immer wieder in der angedeuteten Weise stattfindet. Die Entscheidung, ob der Gegenstand gleich behandelt werden solle, oder einer nächsten Sitzung vorzubehalten sei, steht im Allgemeinen dem Decane zu; auf Verlangen eines Mitgliedes wird darüber abgestimmt. Solche Anträge können im Verlaufe der Sitzung angemeldet, aber immer erst nach Beendigung der vorliegenden Geschäfte eingebracht werden, wenn sie überhaupt noch in derselben Sitzung vorzunehmen sind.

§. 4. Jedes Mitglied, welches während einer Discussion eine Aeusserung zu machen wünscht, verlangt das Wort und kommt in der Reihe, in welcher dies geschah, zum Sprechen. Wer das Wort hat, darf nicht unterbrochen werden. Jedes Mitglied hat das Recht, auf Schluss der Discussion anzutragen. Ueber diesen Antrag wird sofort abgestimmt, und wenn die Majorität sich für den Schluss der Discussion ausspricht, werden keine Anmeldungen zum Worte mehr angenommen; die bis dahin angemeldeten Sprecher machen nach Belieben von ihrem Rechte auf das Wort Gebrauch oder leisten darauf Verzicht. Die Dis-

cussion wird nur in wichtigeren Fällen, oder wenn der Sprecher es ausdrücklich verlangt, zu Protokoll genommen.

§. 5. Nur wirkliche oder ordentliche Universitäts-Professoren haben eine entscheidende Stimme oder das eigentliche Stimmrecht, alle Privatdocenten hingegen haben nur eine berathende Stimme. *)

§. 6. Bei Abstimmungen formulirt der Decan die schwebenden Fragen, die Mitglieder antworten mit Ja und Nein, und jede Abstimmung wird mit Anführung der Namen der Votirenden protokolliert. Die Reihe der Umfrage ist willkürlich. — Der Decan hat in Fällen, wo specielle Fachkenntnisse erfordert werden, darauf zu achten, dass die kompetenteren Mitglieder zuerst ihre Stimme abgeben.

§. 7. Vota separata sind entweder allsogleich zu Protokoll zu dictiren oder nachdem der Hauptinhalt derselben bei der Abstimmung mündlich abgegeben und im Protokolle vorgemerkt worden, längstens binnen 3 Tagen dem Decane schriftlich einzuschicken. — Später einkommende oder bei der Abstimmung nicht angekündigte Separat-Voten werden nicht berücksichtigt. Der Decan hat zu prüfen, ob das schriftlich abgegebene Separat-Votum mit der mündlich gemachten Aeusserung des betreffenden Mitgliedes und protokollarischen Vormerkung im Wesentlichen übereinstimmt, und in diesem Falle dasselbe dem Sitzungsprotokolle beizulegen. Findet diese Uebereinstimmung nicht statt, so hat er es dem betreffenden Mitgliede zu eröffnen, und auf dessen Verlangen das eingeschickte Schriftstück unter der ausdrücklichen Bemerkung, dass es nicht als Theil des Sitzungsprotokolles anzusehen ist, an die Behörden gelangen zu lassen. Sind die Abweichungen von der mündlichen protokollarisch vorgemerkten Aeusserung so bedeutend, dass durch ein Vortragen des Votums in seiner neuen Gestalt eine Aenderung des fraglichen Beschlusses der Versammlung irgend zu erwarten steht, so hat der Decan, wenn der Gegenstand den Aufschub zulässt, die Expedition des Stückes zu sistiren und die Sache in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen.

§. 8. Der Vorsitzende stimmt gleich den übrigen Mitgliedern, jedoch immer zuletzt, wenn er nicht nach §. 3 a sein Votum früher abzugeben hat; seine Stimme gibt bei gleichen Voten den Ausschlag.

§. 9. Das Stimmrecht eines Mitgliedes ist suspendirt, in Angelegenheiten, wobei es allein oder doch hauptsächlich auf dessen persönliches Interesse ankommt. Das Mitglied hat beim Beginne der betreffenden Verhandlung das Sitzungslocale zu verlassen.

§. 10. Zu allen Beschlüssen ist die absolute Stimmenmehrheit und die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Professoren erforderlich, welche Mitglieder des Collegiums sind, und eine entscheidende Stimme haben (§. 17 des prov. Gesetzes).**)

*) §. 5 erscheint durch §. 5 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, wonach die Privatdocentenvertreter in den in §§. 6 und 10 dieses Gesetzes bezeichneten Fällen eine beschliessende Stimme haben, modificirt.

**) Nunmehr §. 18 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, über die Organisation der akademischen Behörden.

§. 11. Am Anfange jeder Sitzung wird die Anwesenheit der erscheinenden Mitglieder des Collegiums constatirt und im Protokolle angeführt. Auch die in dieser Sitzung Abwesenden werden sammt der von ihnen dem Decane mündlich oder schriftlich gegebenen Entschuldigung im Protokolle verzeichnet.

§. 12. Kein Mitglied darf ohne alle Entschuldigung aus der Sitzung wegbleiben. Ueber die Entschuldigung oder das grundlose Wegbleiben der in dieser oder einer früheren Sitzung Abwesenden wird ohne Debatte abgestimmt und das Urtheil im Protokolle verzeichnet (§. 16 des prov. Gesetzes).*)

§. 13. Ueber alle während der Sitzung vorgekommenen Geschäfte wird ein Sitzungsprotokoll aufgenommen, in der Ordnung, wie die Geschäfte vorkommen, formulirt, und während der Sitzung niedergeschrieben. Schriftführer sind der Reihe nach die Mitglieder des Collegiums mit Ausnahme der Würdenträger.

§. 14. Das Sitzungsprotokoll hat demnach alle Hauptvorgänge einer Sitzung zu enthalten. Am Schlusse der betreffenden Sitzung wird dasselbe vorgelesen und in der vom Collegium genehmigten Gestalt durch alle anwesenden Mitglieder unterfertigt. Dieses Original des Sitzungsprotokolles wird sofort mundirt, das Mundum drei Tage nach der abgehaltenen Sitzung von denselben Mitgliedern unterfertigt, und solches an das hohe Ministerium befördert; das Original aber in den Acten aufbewahrt.

§. 15. Abwesende Mitglieder sind an alle Beschlüsse der Anwesenden gebunden. Demjenigen, welcher nach vorhergegangener schriftlicher Entschuldigung abwesend war, schickt der Decan auf Verlangen desselben nachher das Protokoll der Sitzung zur Einsicht, jedoch ohne Voracten und mit Präclusivtermin der Rückstellung, woferne diese nicht sogleich erfolgt.

§. 16. Der Decan kann die Voten über irgend einen Gegenstand auch schriftlich durch Umlauf sammeln, er darf aber nur dann eine wirkliche Abstimmung als auf diesem Wege erfolgt annehmen, wenn die Umfrage auf ein blosses Ja und Nein zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen gestellt war, und lediglich in dieser Form beantwortet ist, nicht aber wenn in den schriftlichen Bemerkungen der Mitglieder entweder mehrere abweichende Meinungen, oder neue Vorschläge, oder neue zur Sache gehörige Nachrichten vorkommen. In diesem Falle gibt der Decan eine Uebersicht der eingegangenen Aeusserungen und formulirt die Frage zu einem wiederholten Umlaufe. Falls sich auch dann kein Resultat ergibt, hat er den Gegenstand in einer der nächsten Sitzungen auf den mündlichen Weg der Verhandlung zu bringen. Der Erfolg einer solchen schriftlichen Abstimmung ist in der nächsten Sitzung dem Professoren-Collegium zu berichten.

§. 17. In Verhinderungsfällen wird der Decan durch den Prodecan, dieser aber durch den im Amte ältesten ordentlichen Professor ersetzt (§. 16 des prov. Gesetzes).**)

*) Nunmehr §. 15 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63.

***) Nunmehr §. 13 des in Anmerkung 1 citirten Gesetzes.

§. 18. Findet der Decan in irgend einer Angelegenheit eine Abweichung von dem hier vorgeschriebenen Geschäftsgange nöthig, so hat er dazu in jedem speciellen Falle die Ermächtigung des Collegiums einzuholen.

Jedem neu eintretenden Mitgliede des Collegiums hat der Decan die Geschäftsordnung ungesäumt mitzutheilen.

G. Universität Czernowitz.

109hh) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 22. Mai 1876, Z. 7889,

an den akademischen Senat der Universität Czernowitz,

betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Czernowitz.

Die mit Bericht vom . . . vorgelegte Geschäftsordnung für den akademischen Senat der Universität Czernowitz wird genehmigt.

Geschäftsordnung für den akademischen Senat der k. k. Universität Czernowitz.

I. Behandlung der Geschäfte.

§. 1. Die Geschäfte des akademischen Senates werden theils vom Rector, theils vom akademischen Senate erledigt.

§. 2. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen, erledigt der Rector selbst und berichtet darüber dem akademischen Senate in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle.

Desgleichen trifft der Rector selbstständig die erforderlichen Anordnungen, wo Gefahr am Verzuge ist, und berichtet hierüber in der nächsten Sitzung des akademischen Senates (§§. 18 und 21 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. 1873, Nr. 63).

Es bleibt dem Rector unbenommen, den Secretär zu Conceptsarbeiten für die currenten Geschäfte des Rectorates zu verwenden.

Eine Ausnahme hiervon bilden alle nicht im currenten Wege zu behandelnden Geschäftsstücke, welche Personalangelegenheiten der Mitglieder des Lehrkörpers, wie Auszeichnungen, Beförderungen, Gehaltserhöhungen u. dgl. betreffen.

Findet sich der Rector nicht bestimmt, oder ist er verhindert, dergleichen Angelegenheiten selbst zu concipiren, so hat er die Bearbeitung dem Prorector oder einem anderen Mitgliede des akademischen Senates zuzutheilen.

§. 3. Alle anderen, zur Behandlung im currenten Wege nicht geeigneten Geschäftsstücke werden auf Grund der vom akademischen Senate zu fassenden Beschlüsse erledigt.

Der Rector hat das Recht, derartige Geschäftsstücke einzelnen Mitgliedern des akademischen Senates zur Berichterstattung und Antragstellung zuzuweisen. In einem solchen Falle darf der Referent von der Kanzlei die vollständige Priorirung des fraglichen Geschäftsstückes verlangen, und ist diesem Wunsche mit grösster Beschleunigung zu willfahren.

§. 4. Wenn der Rector ein Referat in ökonomischen Angelegenheiten dem Universitäts-Secretär überträgt, so kann in solchen Fällen dem Letzteren in der Senatssitzung ein *votum informativum* ertheilt werden.

II. Sitzungen.

§. 5. Der Senat hält regelmässig jeden Monat eine Sitzung. Der Rector kann aber auch ausserdem nach seinem Ermessen Sitzungen einberufen.

Geschäftsstücke, über welche der Beschluss durch blosse Bejahung oder Verneinung einer formulirten Frage gefasst werden kann, darf der Rector in dringenden Fällen im schriftlichen Wege durch Umlauf zur Abstimmung bringen.

Wenn drei Mitglieder des Senates die Abhaltung einer Sitzung verlangen, so ist der Rector verpflichtet, dieselbe sofort einzuberufen.

§. 6. Die Einladung zu den Sitzungen erfolgt schriftlich und ist jedem Senatsmitgliede wenigstens einen Tag vor der Sitzung zuzustellen, wenn nicht die besondere Dringlichkeit des Falles ein Herabgehen unter diese Frist gebietet.

Besonders wichtige Verhandlungsgegenstände sind in der Einladungsschrift zu bezeichnen.

Zu einer giltigen Schlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Senatsmitglieder erforderlich. (§. 20 des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. 1873, Nr. 63).

§. 7. Jeder Referent (§. 3, Alinea 2) hat in der Sitzung regelmässig alle Geschäftsstücke zum Vortrage zu bringen, welche ihm länger als acht Tage vor derselben zur Bearbeitung zugekommen sind.

Geschäftsstücke, deren Erledigung dringend ist, hat der Referent nach Bedürfniss in kürzerer Frist zum Vortrage zu bringen, doch ist ihm dies vom Rector gleich bei der Zutheilung bekannt zu geben.

§. 8. In jeder Sitzung hat der Rector das Einreichungsprotokoll vorzulegen und über die Erledigung der darin verzeichneten Geschäftsstücke zu berichten.

§. 9. Jedem Mitgliede des akademischen Senates steht es frei, ausser den für die Sitzung zum Vortrage bestimmten Geschäftsstücken selbstständige Anträge zu stellen, und zur Berathung und Schlussfassung zu bringen.

Werden solche selbstständige Anträge erst während der Sitzung eingebracht, dann müssen dieselben über Verlangen von auch nur drei Mitgliedern zur Berathung auf die nächste Sitzung verwiesen werden, in welchem Falle sie von dem Antragsteller längstens vor Beginn der Sitzung dem Rector schriftlich zu übergeben sind.

§. 10. Jedes Mitglied des akademischen Senates ist berechtigt, am Beginn oder am Schlusse der Sitzung Interpellationen, sei es mündlich oder schriftlich, an den Vorsitzenden zu stellen.

Diese Interpellationen werden entweder noch in derselben oder aber in der nächstfolgenden Sitzung beantwortet.

§. 11. Bei Verhandlungen und Beschlüssen, welche persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes oder einer mit demselben durch Bande der Verwandtschaft oder Schwägerschaft bis zum vierten Grade verbundenen Person betreffen, darf dieses nicht anwesend sein, ausser wenn der Senat dessen Gegenwart für nothwendig erachtet.

§. 12. Der Rector eröffnet, leitet und schliesst die Sitzung. Er hat daher das Recht, die einzelnen Mitglieder zur Sache oder zur Ordnung zu rufen, oder ihnen nach Umständen auch das Wort zu entziehen.

III. Berathung und Schlussfassung.

§. 13. Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände in der Sitzung zur Berathung und Schlussfassung zu kommen haben, ist:

1. die Entschuldigungen, welche von der Sitzung weggebliebene Mitglieder eingeschickt haben, oder welche wegen eines Ausbleibens aus früheren Sitzungen geltend gemacht werden;
2. der Bericht über die currentien und die circulando erledigten Geschäftsstücke;
3. die von der vorigen Sitzung zurückgebliebenen Gegenstände;
4. die Vortragsstücke in der vom Rector zu bezeichnenden Ordnung;
5. die vorliegenden selbstständigen Anträge gleichfalls in der Ordnung, wie sie der Rector festsetzt.

§. 14. Jeder Referent, sowie Jeder, der einen selbstständigen Antrag eingebracht hat (§ 9), hat das Recht, über seinen Antrag zu dessen Begründung einen Vortrag zu halten.

Nach diesem Vortrage eröffnet der Rector die Debatte hierüber.

§. 15. Die Eröffnung der Debatte hat die Wirkung, dass nunmehr jedes Mitglied das Wort verlangen darf, um für oder gegen den Antrag zu sprechen. Der Rector hat es in der Reihenfolge, in welcher die Anmeldung zum Worte geschah, zu ertheilen.

§. 16. Auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes ist über den Schluss der Debatte abzustimmen. Nach ausgesprochenem Schluss der Debatte sind nur noch die zum Worte schon Angemeldeten, dann der Referent oder Antragsteller, wenn sie es wünschen, zum Worte zuzulassen.

§. 17. Nach geschlossener Debatte schreitet der Rector zur Abstimmung.

§. 18. Die Fragestellung geschieht durch den Rector.

Ein etwaiger Vertagungsantrag ist vor allen materiellen Verbesserungsvorschlägen zur Abstimmung zu bringen.

Von mehreren Anträgen gelangt der am weitesten gehende vor den übrigen zur Abstimmung.

Im Allgemeinen gehen Aenderungsanträge dem ursprünglichen Antrage vor.

Zusatzanträge aber, welche die Annahme des Hauptantrages zur Voraussetzung haben, kommen nach dessen Annahme zur Abstimmung.

§. 19. Wenn gegen die Fragestellung Anstand erhoben wird, findet darüber Debatte und Abstimmung statt.

§. 20. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich durch Bejahung oder Verneinung; eine Motivirung ist nicht gestattet.

Bei Wahlen im Falle des §. 7 des Gesetzes vom 27. April 1873 (R.-G.-Bl. 1873, Nr. 63) erfolgt die Abstimmung mittelst Stimmzetteln.

Die Senatsmitglieder stimmen, falls von Einem Mitgliede namentliche Abstimmung verlangt wird, nach ihrer Rangordnung.

Der Rector gibt seine Stimme nur im Falle der Stimmen-gleichheit ab.

Der durch Stimmenmehrheit oder Einhelligkeit gefasste Beschluss ist von dem Rector unverweilt der Versammlung kund zu geben und wird in das Protokoll aufgenommen.

§. 21. Es ist jedem Senatsmitgliede mit Einschluss des Rectors unbenommen, eine schriftliche Begründung seiner Meinung (Separat-votum) niederzulegen. Diese muss aber in der Sitzung angemeldet und unter eigenhändiger Fertigung längstens den dritten Tag darnach dem Rector übergeben werden.

§. 22. Veröffentlichungen in der Presse über Beschlüsse des Senates oder über Vorgänge in demselben dürfen nur mit Genehmigung des Senates erfolgen, und es gilt als unehrenhaft, wenn ein Mitglied solche ohne eingeholte Genehmigung mittelbar oder unmittelbar veranlasst. Die Statthaftigkeit anderweitiger Mittheilungen zu ermessen, bleibt dem Tacte der Mitglieder überlassen, so weit nicht der Gegenstand ausdrücklich als ein geheim zu haltender bezeichnet ist.

IV. Sitzungsprotokolle.

§. 23. Ueber jede Sitzung wird ein Protokoll aufgenommen, mit dessen Führung in der Regel der Universitäts-Secretär betraut ist.

§. 24. Das Sitzungsprotokoll muss die Namen der anwesenden und die Entschuldigungen der abwesenden Senatsmitglieder, dann die verhandelten Gegenstände nach der Reihe, in der sie vorkamen, enthalten.

§. 25. Jedes Geschäftsstück, welches zur Verhandlung kommt, ist im Sitzungsprotokolle mit der Einreichungszahl und einer kurzen Inhaltsangabe anzuführen.

§. 26. Ebenso werden selbstständige Anträge, wenn sie schriftlich gestellt werden (§. 9), dem Sitzungsprotokolle eingeschaltet oder beigefügt.

Das Gleiche gilt von schriftlichen Interpellationen (§. 10).

§. 27. Aus der Debatte kommt nichts in das Sitzungsprotokoll. Nur die Anträge und Beschlüsse sind in dasselbe aufzunehmen.

§. 28. In das Sitzungsprotokoll muss die Abstimmung mit genauer Angabe des Stimmenverhältnisses und, wenn es verlangt wird,

auch der Einzelstimmen, sowie der gefasste Beschluss vollständig und bestimmt aufgenommen werden.

Im Falle sich ein Senatsmitglied der Stimme enthält, ist dieses in dem Sitzungsprotokolle ausdrücklich anzumerken.

§. 29. Das Sitzungsprotokoll wird den sämtlichen in der Sitzung anwesend gewesenen Mitgliedern zur Kenntnissnahme mitgetheilt, und von diesen, falls sie keinen Anstand gegen die Fassung des Protokolls erheben, unterfertigt.

Will ein Mitglied gegen die Fassung des Protokolls einen Anstand erheben, so hat er dies sofort zu thun.

In einem solchen Falle findet in der nächsten Sitzung die Richtigstellung des Protokolls durch Beschluss des Senates statt.

V. Vollziehung der Beschlüsse.

§. 30. Die Vollziehung der durch den Senat gefassten Beschlüsse geschieht durch den Rector.

§. 31. Die dem Beschlusse entsprechende Expedition ist auf dem Referatsbogen durch den Rector oder in dessen Auftrage von dem Universitätssecretär zu concipiren, wenn nicht der Senat dem Referenten die Abfassung übertragen oder der Referent selbst sich die Abfassung vorbehalten hat.

§. 32. Derartige von einem Referenten ausgearbeitete Expeditionsentwürfe sind von demselben durch seine Unterschrift zu bekräftigen. Mit dieser versehen, werden sie der Genehmigung des Rectors vorgelegt.

§. 33. Die auszufertigenden Expeditionen werden vom Rector unterzeichnet. Der Bericht ist überdies vom Referenten in dem Falle mitzuunterzeichnen, wenn in dem Berichte fachmännische Fragen Erörterung finden.

109ii) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 3. Juli 1876, Z. 9760,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Czernowitz, betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät *) der Universität Czernowitz.

Die mit Bericht vom vorgelegte Geschäftsordnung des Professoren-Collegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Czernowitz wird hiermit genehmigt.

*) Mit den Min.-Erlässen vom 13. Juli 1876, Z. 9764, und vom 8. October 1876, Z. 12867, wurden die Geschäftsordnungen für die Professoren-Collegien der philosophischen und griech.-or. theologischen Facultät Czernowitz genehmigt. Diese Geschäftsordnungen sind mit der hier abgedruckten des Professoren-Collegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät wörtlich gleichlautend.

Geschäftsordnung für das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Czernowitz.

I. Behandlung der Geschäfte.

§. 1. Die Geschäfte des Collegiums werden theils vom Decan, theils vom Collegium erledigt.

§. 2. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen, erledigt der Decan selbst und berichtet darüber dem Collegium in der nächsten Sitzung aus dem Geschäftsprotokolle.

Desgleichen trifft der Decan selbstständig die erforderlichen Anordnungen, wo Gefahr im Verzuge ist, und berichtet hierüber in der nächsten Sitzung des Collegiums.

Es bleibt dem Decane unbenommen, das Kanzleipersonale zu Conceptsarbeiten im Einvernehmen mit dem Rectorate zu verwenden.

§. 3. Alle anderen Geschäftsstücke werden auf Grund der vom Collegium zu fassenden Beschlüsse erledigt.

Der Decan hat das Recht, derartige Geschäftsstücke einzelnen Mitgliedern des Collegiums zur Berichterstattung und Antragstellung zuzuweisen. In einem solchen Falle darf der Referent die vollständigen Voracten des fraglichen Geschäftsstückes verlangen, und ist diesem Wunsche mit grösster Beschleunigung zu willfahren.

II. Sitzungen.

§. 4. Das Collegium hält regelmässig jeden Monat eine Sitzung. Der Decan kann aber auch ausserdem nach seinem Ermessen Sitzungen einberufen.

Geschäftsstücke, über welche der Beschluss durch blosse Bejahung oder Verneinung einer formulirten Frage gefasst werden kann, darf der Decan in dringenden Fällen im schriftlichen Wege durch Umlauf zur Abstimmung bringen.

Wenn drei Mitglieder des Collegiums die Abhaltung einer Sitzung verlangen, so ist der Decan verpflichtet, dieselbe sofort einzuberufen.

§. 5. Die Einladung zu den Sitzungen erfolgt schriftlich und ist jedem Mitgliede des Collegiums wenigstens einen Tag vor der Sitzung zuzustellen, wenn nicht die besondere Dringlichkeit des Falles ein Herabgehen unter diese Frist gebietet.

Besonders wichtige Verhandlungsgegenstände sind in der Einladungsschrift zu bezeichnen.

Zu einer giltigen Schlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

§. 6. Jeder Referent hat in der Sitzung regelmässig alle Geschäftsstücke zum Vortrag zu bringen, welche ihm länger als acht Tage vor derselben zur Bearbeitung zugekommen sind.

Geschäftsstücke, deren Erledigung dringend ist, hat der Referent nach Bedürfniss in kürzerer Frist zum Vortrage zu bringen, doch ist ihm dies vom Decane gleich bei der Zutheilung bekannt zu geben.

§. 7. In jeder Sitzung hat der Decan das Einreichungsprotokoll vorzulegen und über die Erledigung der darin verzeichneten Geschäftsstücke zu berichten.

§. 8. Jedem Mitgliede des Collegiums steht es frei, ausser den für die Sitzung zum Vortrage bestimmten Geschäftsstücken selbstständige Anträge zu stellen und zur Berathung und Schlussfassung zu bringen.

Werden solche selbstständige Anträge erst während der Sitzung eingebracht, dann müssen dieselben über Verlangen von auch nur drei Mitgliedern zur Berathung auf die nächste Sitzung verwiesen werden, in welchem Falle sie von dem Antragsteller längstens vor Beginn der Sitzung dem Decan schriftlich zu übergeben sind.

§. 9. Jedes Mitglied des Collegiums ist berechtigt, am Beginne oder am Schlusse der Sitzung Interpellationen, sei es mündlich oder schriftlich, an den Vorsitzenden zu stellen.

Diese Interpellationen werden entweder noch in derselben, oder aber in der nächstfolgenden Sitzung beantwortet.

§. 10. Bei Verhandlungen und Beschlüssen, welche persönliche Angelegenheiten eines Mitgliedes oder einer mit demselben durch Bande der Verwandtschaft oder Schwägerschaft bis zum vierten Grade verbundenen Person betreffen, darf dieses nicht anwesend sein, ausser wenn das Collegium dessen Gegenwart für nothwendig. erachtet

§. 11. Der Decan eröffnet, leitet und schliesst die Sitzung. Er hat daher das Recht, die einzelnen Mitglieder zur Sache oder zur Ordnung zu rufen, oder ihnen nach Umständen auch das Wort zu entziehen.

III. Berathung und Schlussfassung.

§. 12. Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände in der Sitzung zur Berathung und Schlussfassung zu kommen haben, ist:

1. Die Entschuldigungen, welche von der Sitzung weggebliebene Mitglieder eingeschickt haben, oder welche wegen eines Ausbleibens aus früheren Sitzungen geltend gemacht werden.

2. Der Bericht über die Currentien und die circulando erledigten Geschäftsstücke.

3. Die von der vorigen Sitzung zurückgebliebenen Gegenstände.

4. Die Vortragsstücke in der vom Decan zu bezeichnenden Ordnung.

5. Die vorliegenden selbstständigen Anträge, gleichfalls in der Ordnung, wie sie der Decan festsetzt.

§. 13. Jeder Referent, sowie Jeder, der einen selbständigen Antrag eingebracht hat, hat das Recht, über seinen Antrag zu dessen Begründung einen Vortrag zu halten.

Nach diesem Vortrage eröffnet der Decan die Debatte hierüber.

§. 14. Die Eröffnung der Debatte hat die Wirkung, dass nunmehr jedes Mitglied das Wort verlangen darf, um für oder gegen den Antrag zu sprechen.

Der Decan hat es in der Reihenfolge, in welcher die Anmeldung zum Worte geschah, zu ertheilen.

§. 15. Auf Verlangen auch nur Eines Mitgliedes ist über den Schluss der Debatte abzustimmen. Nach ausgesprochenem Schluss der Debatte sind nur noch die zum Worte schon Angemeldeten, dann der Referent oder Antragsteller, wenn sie es wünschen, zum Worte zuzulassen.

§. 16. Nach geschlossener Debatte schreitet der Decan zur Abstimmung.

§. 17. Die Fragestellung geschieht durch den Decan.

Ein etwaiger Vertagungsantrag ist vor allen materiellen Verbesserungsvorschlägen zur Abstimmung zu bringen.

Von mehreren Anträgen gelangt der am weitesten gehende vor den übrigen zur Abstimmung.

Im Allgemeinen gehen Abänderungsanträge dem ursprünglichen Antrage vor.

Zusatzanträge aber, welche die Annahme des Hauptantrages zur Voraussetzung haben, kommen nach dessen Annahme zur Abstimmung.

§. 18. Wenn gegen die Fragestellung Anstand erhoben wird, findet darüber Debatte und Abstimmung statt.

§. 19. Die Abstimmung erfolgt in der Regel mündlich durch Bejahung oder Verneinung; eine Motivirung ist nicht gestattet.

Bei Wahlen erfolgt die Abstimmung mittelst Stimmzetteln.

Die Mitglieder stimmen, falls von Einem Mitgliede namentliche Abstimmung verlangt wird, in umgekehrter Rangordnung.

Der Decan gibt seine Stimme nur im Falle der Stimmengleichheit ab.

Der durch Stimmenmehrheit oder Einhelligkeit gefasste Beschluss ist von dem Decan unverweilt der Versammlung kund zu geben und wird in das Protokoll aufgenommen.

§. 20. Es ist jedem Mitgliede mit Einschluss des Decans unbenommen, eine schriftliche Begründung seiner Meinung niederzulegen. Diese muss aber in der Sitzung angemeldet und unter eigenhändiger Fertigung längstens den dritten Tag darnach dem Decan übergeben werden.

§. 21. Veröffentlichungen in der Presse über Beschlüsse des Collegiums oder über Vorgänge in demselben dürfen nur mit Genehmigung desselben erfolgen, und es gilt als unehrenhaft, wenn ein Mitglied solche ohne eingeholte Genehmigung mittelbar oder unmittelbar veranlasst.

Die Statthaftigkeit anderweitiger Mittheilungen zu ermessen, bleibt dem Tacte der Mitglieder überlassen, so weit nicht der Gegenstand ausdrücklich als ein geheim zu haltender bezeichnet ist.

IV. Sitzungsprotokolle.

§. 22. Ueber jede Sitzung wird ein Protokoll aufgenommen, mit dessen Führung das dem Range nach jüngste Mitglied des Collegiums betraut ist.

§. 23. Das Sitzungsprotokoll muss die Namen der anwesenden und die Entschuldigungen der abwesenden Mitglieder, dann die verhandelten Gegenstände nach der Reihe, in der sie vorkamen, enthalten.

§. 24. Jedes Geschäftsstück, welches zur Verhandlung kommt, ist im Sitzungsprotokolle mit der Einreichungszahl und einer kurzen Inhaltsangabe anzuführen.

§. 25. Ebenso werden selbstständige Anträge, wenn sie schriftlich gestellt werden, dem Sitzungsprotokolle eingeschaltet oder beigeschlossen.

Das Gleiche gilt von schriftlichen Interpellationen.

§. 26. Aus der Debatte kommt nichts in das Sitzungsprotokoll. Nur die Anträge und Beschlüsse sind in dasselbe aufzunehmen.

§. 27. In das Sitzungsprotokoll muss die Abstimmung mit genauer Angabe des Stimmenverhältnisses und, wenn es verlangt wird, auch der Einzelstimmen, sowie der gefasste Beschluss vollständig und bestimmt aufgenommen werden.

Im Falle sich ein Mitglied der Stimme enthält, ist dieses in dem Sitzungsprotokolle nebst Angabe seines Grundes ausdrücklich anzumerken.

§. 28. Das Sitzungsprotokoll wird den sämtlichen in der Sitzung anwesend gewesenen Mitgliedern zur Kenntnissnahme mitgetheilt und von diesen, falls sie keinen Anstand gegen die Fassung des Protokolles erheben, unterfertigt.

Will ein Mitglied gegen die Fassung des Protokolles einen Anstand erheben, so hat es dies sofort zu thun. In einem solchen Falle findet in der nächsten Sitzung die Richtigstellung des Protokolles durch Beschluss des Collegiums statt.

V. Vollziehung der Beschlüsse.

§. 29. Die Vollziehung der durch das Collegium gefassten Beschlüsse geschieht durch den Decan.

§. 30. Die dem Beschlusse entsprechende Erledigung ist auf dem Referatsbogen durch den Decan oder durch einen der oben bezeichneten Kanzleibeamten zu concipiren, wenn nicht das Collegium dem Referenten die Abfassung übertragen oder der Referent selbst sich die Abfassung vorbehalten hat.

§. 31. Derartige von einem Referenten ausgearbeitete Entwürfe sind von demselben durch seine Unterschrift zu bekräftigen. Mit dieser versehen, werden sie der Genehmigung des Decans vorgelegt.

§. 32. Die auszufertigenden Erledigungen werden vom Decan unterzeichnet. Der Bericht ist überdies vom Referenten in dem Falle mitzuunterzeichnen, wenn in dem Berichte fachmännische Fragen Erörterung finden.

Zum Abschnitte

III. Rechte und Pflichten der Universitätshörer.

Unterabtheilung a: Aufnahme, Immatriculation, Inscription, Löschung der Collegien, Absolutorien und Abgangszeugnisse.

118a) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
13. November 1881, Z. 17003,

betreffend die Abkürzung der im §. 56 der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850, R.-G.-Bl. Nr. 370, für die Einholung der Frequenzbestätigung seitens der Universitäts-Studirenden festgestellten Frist.

Auf Grund Allerhöchster Entschliessung vom 3. November 1881 wird in Abänderung der Bestimmung des §. 56 der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850, R.-G.-Bl. Nr. 370, festgesetzt, dass sich die Universitäts-Studirenden statt wie bisher binnen der letzten drei Wochen in Hinkunft binnen der letzten 14 Tage jedes Semesters um die Bestätigung des Besuches der Vorlesungen bei den betreffenden Docenten und bei dem Decane zu melden haben.

Diese Anordnung hat mit dem Studienjahre 1881/82 in Kraft zu treten.

118b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
13. November 1877, Z. 18392,

an die akademischen Senate der Universitäten,

womit ein strengerer Vorgang bei Handhabung der Inscriptionsvorschriften und die Vorlage von Semestral-Ausweisen über die bewilligten nachträglichen Inscriptionen angeordnet wird.

Bei wiederholten Anlässen ist zu meiner Kenntniss gelangt, dass an einigen Universitäten in den letzten Jahren die nachträglichen Inscriptionen von Studirenden in ungewöhnlich grosser Anzahl vorgekommen sind, und dass solche nachträgliche Inscriptionen selbst noch unmittelbar vor Schluss des Semesters stattgefunden haben.

Ein solcher Vorgang steht mit der akademischen Ordnung und den bestehenden Studienvorschriften (§. 32 der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850) nicht im Einklange.

Es ist hierbei auch ohne entscheidenden Belang, dass von den Studirenden häufig der Mangel der nöthigen Geldmittel zur Zahlung des Collegiengeldes als Ursache der Versäumniss der Inscriptionsfrist angeführt wird, zumal dürftigen und würdigen Studirenden die Erwirkung der Befreiung vom Collegiengelde ermöglicht ist und die ausgedehnte Zulassung nachträglicher Inscriptionen blos auf Grund des angedeuteten Umstandes nur geeignet wäre, die Vorschriften über die Vorausbezahlung des Collegiengeldes illusorisch zu machen.

Ich fordere sonach den akademischen Senat zu grösserer Strenge in Handhabung der Inscriptionsvorschriften auf. Es ist als Grundsatz festzuhalten, dass, was immer der Grund der Versäumniss der ordentlichen Frist war, eine nachträgliche Inscriptio nur in den ersten Wochen nach Ablauf dieser Frist, „wo die Vorlesungen noch nicht zu weit vorgerückt sind, um mit gehörigem Erfolge gehört zu werden“ (§. 32 cit.), bewilligt werden darf.

Ich ersuche zugleich den akademischen Senat, mir nach Ablauf eines jeden Semesters ein Verzeichniss der in demselben ertheilten Bewilligungen zu nachträglicher Inscriptio, unter Angabe des Datums und Grundes der Bewilligung, vorzulegen.

118 c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 22. Februar 1880, Z. 2486,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Prag,
**betreffend die Unstatthaftigkeit der Verweigerung der factischen Inscriptio
bei vom akademischen Senate bewilligter nachträglicher Inscriptio.**

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

. . . . In Bezug auf die im Berichte vom gestellte Anfrage wird dem Decanate eröffnet, dass, sobald der akademische Senat die nachträgliche Inscriptio bewilligt hat, es dem einzelnen Docenten nicht mehr freisteht, die Inscriptio in seinen Vorlesungen mit Rücksicht auf die allzu vorgerückte Zeit zu verweigern.

118 d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 29. April 1880, Z. 6582,

an die Rectorate sämmtlicher Universitäten,
**betreffend die Vorlage von Semestral-Ausweisen über die stattgefundenen
Inscriptionen.**

Ich finde anzuordnen, dass von nun an in jedem Semester, sobald die Inscriptio im Wesentlichen als abgeschlossen zu betrachten sind, unverweilt ein summarischer Ausweis über die Anzahl der für das betreffende Semester an den einzelnen Facultäten inscribirten ordentlichen und ausserordentlichen Studirenden unmittelbar anher vorgelegt werde.

118e) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
31. August 1882, Z. 885 C. U. M.,

womit aus Anlass der Activirung der Universität mit böhmischer Vortrags-
sprache in Prag Bestimmungen zur Ordnung des Uebergangszustandes und
zur Regelung einiger die Verhältnisse der beide in Prag bestehende Universi-
täten betreffenden Fragen getroffen werden.

Anlässlich der bevorstehenden Activirung der Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag finde ich zur Ordnung des Uebergangszustandes, sowie zur Regelung einiger die Verhältnisse beider Universitäten betreffenden Fragen nachstehende Bestimmungen zu treffen, indem ich mir vorbehalte, die diesfalls noch weiters erforderlichen Verfügungen in einem späteren Zeitpunkte nach gepflogenen Einvernehmen beider Universitäten zu erlassen:

1. Die im abgelaufenen Studienjahre an der Prager Universität immatriculirten Studirenden, welche ihre Studien an der mit Beginn des Studienjahres 1882/83 zu activirenden Universität mit böhmischer Vortragssprache fortzusetzen beabsichtigen, bedürfen hierzu keines Abgangszeugnisses und haben aus diesem Anlasse keine Immatriculations-taxe zu entrichten, sondern sind ohneweiters in die Vorlesungen zu inscribiren und in die Matrikel der ordentlichen Studirenden der Universität mit böhmischer Vortragssprache aufzunehmen.

2. Auf die immatriculirten Studirenden jeder der beiden Universitäten, welche Vorlesungen an der anderen in der Eigenschaft von ausserordentlichen Studirenden besuchen (§. 3 des Gesetzes vom 28. Februar 1882,*) R.-G.-Bl. Nr. 24), haben in letzterer Beziehung im Allgemeinen die für die ausserordentlichen Studirenden überhaupt geltenden Vorschriften Anwendung zu finden.

Denselben ist jedoch in Zukunft nicht ein blos für 2 Semester gültiger Meldungsbogen in Folioformat, sondern ein Meldungsbuch für 8 bis 10 Semester in dem sonst üblichen Formate auszufolgen, auf welchem in entsprechender Weise ersichtlich zu machen ist, dass dasselbe für diese ausserordentlichen Studirenden bestimmt ist.

Im Studienjahre 1882/83 können ausnahmsweise noch die für die übrigen ausserordentlichen Studirenden geltenden Meldungsbogen im Gebrauche behalten werden.

3. Die rechtskräftig ausgesprochene Verweisung eines ordentlichen Studirenden von der einen der beiden Universitäten (§. 13, 3. und 4. der provisorischen Disciplinar-Ordnung für die Universitäten vom 13. October 1849, R.-G.-Bl. 416) gilt auch für die andere, und ist daher jedes auf Verweisung lautende Erkenntniss des akademischen Senats der einen Universität sofort nach Rechtskraft desselben der anderen Universität mitzutheilen.

4. Jenen Studirenden, welche vor dem Studienjahre 1882/83 an der Prager Universität mit der Ablegung der strengen Prüfungen zur Erlangung des juristischen oder philosophischen Doctorgrades begonnen

haben, ist es freigestellt, dieselben auch an der böhmischen Universität fortzusetzen und zum Abschluss zu bringen, in welchem Falle auch seitens dieser Universität die Promotion und die Ausfertigung des Doctor-Diploms zu erfolgen hat.

118f) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 6. Mai 1878, Z. 5385,

an die Rectorate sämmtlicher Universitäten,

betreffend die Zulassung von Frauen zu Universitäts-Vorlesungen.

Es sind wiederholt Anfragen seitens der akademischen Behörden anher gerichtet worden, wie sich mit Zulassung von Frauen zu den Universitäts-Vorlesungen zu verhalten sei.

Ich habe in dieser Angelegenheit auch bereits an einige Universitäten Weisungen erlassen und finde mich dermalen bestimmt, um einen gleichmässigen Vorgang zu erzielen, nachfolgende allgemeine Grundsätze für alle Universitäten vorzuschreiben.

Von einer allgemeinen Zulassung der Frauen zu dem akademischen Studium kann im Geiste der bestehenden Normen zweifellos nicht die Rede sein, da es ein durchgreifender Grundsatz unseres Unterrichtswesens ist, dass mindestens der höhere Unterricht stets unter Trennung der beiden Geschlechter ertheilt wird.

Hiernach kann die Zulassung von Frauen zu Universitäts-Vorlesungen nur ganz ausnahmsweise und nur bei besonderen im einzelnen Falle zu würdigenden Umständen platzgreifen.

Eine solche Ausnahme wird zunächst in der Weise möglich sein, dass ausschliesslich für Frauen bestimmte Vorlesungen abgehalten werden (Ministerial-Verordnung vom 5. Februar 1849, Z. 974), falls sich dies irgendwie als ganz unbedenklich und durch besondere Gründe gerechtfertigt darstellen sollte.

Auch dann aber müsste in jedem einzelnen Falle vor Abhaltung solcher Vorlesungen erst die hierortige Genehmigung eingeholt werden.

Dagegen wird der Zutritt von Frauen zu den regelmässigen für die männliche Jugend bestimmten Universitäts-Vorlesungen nur in ganz seltenen Fällen zu gestatten sein. Die Entscheidung aber, ob ein solcher Fall vorhanden ist, wird zunächst die Facultät im Einverständnisse mit dem Docenten zu treffen haben, dergestalt, dass, falls eine Einigung zwischen der Facultät und dem Docenten nicht erzielt wird, die Zulassung nicht stattfinden kann.

Immer wird ferner auch dem akademischen Senate zustehen, durch eigenen Beschluss den Besuch der Vorlesungen durch Frauen an der ganzen Universität vollständig auszuschliessen.

Alle über eine derartige Frage getroffenen Bestimmungen sind in den Sitzungsprotokollen der Professoren-Collegien und des Senates, unter Ersichtlichmachung der für die Anordnung massgebend gewesenen

Gründe, anzumerken, und ich behalte mir vor, anlässlich der Einsicht in diese Protokolle auch meinerseits die mir angemessen erscheinende Anordnung zu treffen.

Selbst aber in jenen Ausnahmefällen, wo der Besuch von Vorlesungen den Frauen gestattet wird, sind dieselben weder zu immatriculiren, noch als ausserordentliche Hörerinnen aufzunehmen, sondern es ist denselben lediglich die factische Frequenz (das Hospitiren) und immer nur für einzelne, bestimmt bezeichnete Vorlesungen zu gestatten.

Selbstverständlich ist denselben daher auch kein ämtliches Document über die Zulassung zu der Vorlesung und keine ämtliche Bestätigung des Besuches derselben auszufertigen.

118g) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 1. Juli 1873, Z. 132,

an sämtliche Landesschulräthe und an die Landesschulbehörden von Tirol und Triest,

betreffend die Ablegung der Gymnasial-Maturitätsprüfung seitens eines Candidaten, der sich mit einem an einer Realschule erworbenen Maturitätszeugniss ausweist.

Die am Gymnasium mit Abhaltung der Maturitätsprüfung für die Universitätsstudien betrauten Commissionen werden ermächtigt, bezüglich eines Candidaten, der sich mit einem gesetzlich erworbenen Maturitätszeugnisse für Studien an technischen Hochschulen ausweist, von der Prüfung aus Mathematik, Physik und Naturgeschichte in dem Falle abzusehen, als die in jenem Maturitätszeugnisse enthaltenen Noten nicht unter „befriedigend“ stehen.

In das neuerworbene Zeugniss sind die Noten bezüglich der so ausgelassenen Fächer aus dem ersten Zeugniss und unter Berufung auf dasselbe einzusetzen.

Bei Feststellung des Grades der Reife (ob schlechthin, oder mit Auszeichnung) sind sämtliche Noten des neuen Zeugnisses in Anschlag zu bringen.

Uebrigens bleiben alle Normen aufrecht, welche über die Zulassung externer Candidaten zu den bezeichneten Prüfungen bestehen.

Zum Abschnitte III.

Unterabtheilung b: Disciplinarvorschriften und Studentenverbindungen.

127a) Verordnung des Justizministeriums vom 27. Februar 1855 (R.-G.-Bl. 1855, Nr. 39, S. 323),

wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgrenze,
betreffend die Verständigung von den gegen Studirende eingeleiteten strafgerichtlichen Untersuchungen und gefällten Strafurtheilen.

Um die für einige öffentliche Lehranstalten bereits bestehenden Vorschriften über die Disciplinarbehandlung solcher Studirender, die in

eine strafgerichtliche Untersuchung verfallen, oder von einem Strafgerichte von einer ihnen angeschuldigten strafbaren Handlung nicht gänzlich schuldlos gesprochen werden, künftig allgemein in Anwendung bringen zu können, verordnet das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Cultus und öffentlichen Unterricht, wie folgt:

So oft wider einen Studirenden oder Schüler was immer für einer öffentlichen Lehranstalt wegen eines Verbrechens, Vergehens oder einer Uebertretung die Specialuntersuchung eingeleitet wird (§§. 415 und 416 der neuen St. P. O.), so ist dies von dem Untersuchungsgerichte dem Vorstande der Lehranstalt, an welcher der Studirende oder Schüler als solcher eingetreten ist, zur Kenntniss zu bringen. Diesem Vorstande haben die Strafgerichte auch jedes wider einen Studirenden oder Schüler einer öffentlichen Lehranstalt wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder wegen einer Uebertretung ergangene Enderkenntniss, sobald dasselbe in Rechtskraft erwachsen ist, (§§. 283, 287, 289 und 416 der St. P. O.), unter Anschluss einer beglaubigten Abschrift des Erkenntnisses sammt Entscheidungsgründen, bekannt zu geben, ohne dass übrigens deshalb der Vollzug eines wider einen Studirenden etwa ergangenen Strafurtheils aufgeschoben werden darf.

Das bei polizeilichen Verhaftungen der Studirenden zu beobachtende Verfahren wurde mit dem an die Polizeidirectionen gerichteten Circular des bestandenen Polizeiministeriums vom 13. Juli 1861, Z. 4275, und dem an die Universitäten gerichteten Erlasse des bestandenen Staatsministeriums, Abtheilung für Cultus und Unterricht, vom 10. August 1861, Z. 6510, geregelt, nach welchem letzteren von jeder Verhaftung eines Studirenden längstens binnen 48 Stunden die akademischen Behörden zu verständigen sind, und dem Rector, dem Decan des betreffenden Professoren-Collegiums oder einem von diesem delegirten Professor im Falle der Verhaftung eines Studenten das Recht zusteht, Auskunft von der Behörde zu erbitten, sowie jene Umstände, welche ihnen aus dem berufsmässigen Verkehre mit Studirenden etwa bekannt geworden, zur geeigneten Berücksichtigung zu empfehlen. Die verhafteten Studirenden sind ferner anständig zu behandeln und nach aller Thunlichkeit von gewöhnlichen Arrestanten aus den unteren Volksclassen abgesondert zu halten und in allen jenen Fällen auf freiem Fusse zu untersuchen, in welchen auch andere, nicht den untersten Volksclassen angehörende Personen unter gleichen Umständen und in gleichen Fällen auf eine solche Begünstigung gesetzlichen Anspruch haben. Hierbei hat das Polizeiministerium in dem oben citirten Erlasse die Polizeidirectionen aufmerksam gemacht, dass die akademischen Senate und Professoren-Collegien als wirkliche Behörden anzusehen und ihre Vorstände daher mit ämtlicher Autorität ausgerüstet sind, dass sohin der oben erwähnte Verkehr der Rectoren, Professoren-Decane oder von ihnen ad actum delegirten Professoren ein ämtlicher sei, bei welchem es nur im Interesse der wünschenswerthen Beschleunigung liegen könne, wenn nach Zulass der Umstände statt eines schriftlichen Verkehrs ein mündliches Einvernehmen gepflogen wird. Andererseits wurde mit dem erwähnten Staatsministerial-Erlasse den akademischen Senaten empfohlen, im Falle eines derartigen Einschreitens zu Gunsten eines verhafteten Studirenden mit Umsicht und strengster Gewissenhaftigkeit vorzugehen, von dieser Berechtigung überhaupt nicht zu häufig oder unter dem Impulse zu weit gehender Nachsicht und Milde zu Gunsten unwürdiger Studirender Gebrauch zu machen und zu berücksichtigen, dass dieses Einschreiten als ein ämtliches anzusehen ist, und daher die bei demselben gegebenen Auskünfte und die geltend gemachten Motive der Verwendung als Angaben in einer Amtssache zu betrachten sind.

**127 b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
20. Juni 1876, Z. 7914,**

an die Rectorate aller Universitäten, technischen Hochschulen, der Akademie
der bildenden Künste und der Handels-Hochschule in Wien,

mit Weisungen in Sachen der Studenten-Verbindungen.

In der Anlage erhält das Rectorat einen Erlass des Herrn Ministers des Innern in Sachen der Studenten-Verbindungen, welcher unter Einem an sämtliche Landeschefs ergeht.

Das Rectorat wird aufgefordert, diesen Erlass den Studirenden bekannt zu geben und die Befolgung desselben, soweit dies in den Wirkungskreis der akademischen Behörden gehört, strenge zu überwachen.

Bei diesem Anlasse bringe ich zugleich in Erinnerung, dass zwar die Studenten-Verbindungen als solche nicht der akademischen, sondern der allgemeinen Vereinsaufsicht unterliegen, dass aber die Studirenden persönlich auch für Jenes, was sie in der Eigenschaft als Mitglieder eines Vereines unternehmen, ihren akademischen Behörden verantwortlich bleiben und hiefür in Disciplinar-Behandlung gezogen werden können.

Eine solche Disciplinar-Behandlung wird insbesondere stets dann einzuleiten sein, wenn dem Rectorate seitens der politischen Behörde die Anzeige zukommt, dass einer Studenten-Verbindung eine Verwarnung ertheilt, oder dass die Auflösung einer solchen Verbindung rechtskräftig beschlossen wurde.

Endlich ist bei diesem Anlasse den Studirenden bekannt zu geben, dass sich in Hinkunft als „Studenten-Verbindungen“ oder als „akademische“ Verbindungen nur solche Vereine werden constituiren dürfen, welche ausschliesslich aus Studirenden bestehen.

Anmerkung. Der mitgetheilte Erlass des Ministers des Innern lautet:

**Erlass des Ministers des Innern im Einvernehmen mit dem Minister
für Cultus und Unterricht ddt. 1. Juni 1876, Z. 2209, an alle
Landeschefs in Sachen der Studenten-Verbindungen.**

Im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht findet das Ministerium des Innern in der Erwägung, dass weder das Gesetz über das Vereinsrecht vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134, noch auch ein anderes seither erflossenes Gesetz Sonderbestimmungen über Studenten-Vereine enthalten, hiermit anzuordnen, dass alle bereits bestehenden Studenten-Verbindungen, welche als Vereine im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134, anzusehen und nicht bereits nach den Vorschriften dieses Gesetzes gebildet sind, sich bei Vermeidung der gesetzlichen Folgen binnen 3 Monaten vom Tage der Verlautbarung dieser Anordnung den gedachten Vorschriften gemäss zu benehmen, somit umzubilden, oder aber aufzu-

lösen haben, dass ferner alle künftig entstehenden solchen Verbindungen nur nach den Bestimmungen des mehr bezogenen Gesetzes sich constituiren dürfen.

Die akademischen Behörden, namentlich die Rectorate der Universitäten, der technischen Hochschulen, der Akademie der bildenden Künste und der Handels-Hochschule in Wien sind durch das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht angewiesen worden, den Studirenden der Hochschulen diese Anordnung durch Anschlag auf dem schwarzen Brette bekannt zu geben. Dabei wird auch verlautbart, dass die Studirenden für ihre Haltung als Angehörige eines Vereines — unabhängig von den im Vereinsgesetze gesetzten Folgen — auch ihrer akademischen Disciplinarbehörde verantwortlich bleiben, weshalb immer, wenn gegen einen derartigen Verein eine Verfügung nach dem Vereinsgesetze platzgreift, davon die betreffende akademische Disciplinarbehörde in Kenntniss zu setzen sein wird.

Ich ersuche nun Hochdieselben die mit der Durchführung des Vereinsgesetzes und der bezüglichlichen staatlichen Aufsicht betrauten Organe hiervon entsprechend zu verständigen, die genaue Durchführung der getroffenen Massregeln zu überwachen, und über diesen Gegenstand bis 1. September d. J. zu berichten.

Uebrigens möchte ich bei diesem Anlasse nicht unbemerkt lassen, dass Vereine, welche sich als Studenten-Verbindungen bezeichnen oder geriren, z. B. das Prädicat „akademisch“ oder ein analoges führen, nur aus Studirenden bestehen dürfen.

127c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Minister des Innern vom 26. Februar 1881,
Z. 2202,

an die akademischen Senate der Universitäten und die Rectorate der technischen Hochschulen,

betreffend die Einflussnahme der akademischen Behörden bei der Gründung von Studenten-Vereinen.

Anlässlich eines speciellen Falles hat sich das Ministerium für Cultus und Unterricht veranlasst gesehen, bei dem Ministerium des Innern die Frage anzuregen, ob nicht den akademischen Disciplinarbehörden bei der Gründung von Studentenvereinen eine angemessene Einflussnahme einzuräumen wäre.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat bei der Erörterung dieser Frage hervorgehoben, dass es in manchen Fällen bedenklich sei, wenn bei Bildung von Studentenvereinen einerseits das Princip der staatlichen Genehmigung ausgeschlossen ist und andererseits den akademischen Behörden keinerlei Einflussnahme auf diese Vereine zukommt, weil es auf diese Art möglich wird, dass ein Studentenverein, dessen Bestand und Statuten mit der akademischen Disciplin und den Auf-

gaben des akademischen Lebens nicht im Einklange stehen, zur Bildung gelangt, ohne dass der akademischen Disciplinar-Behörde auch nur Gelegenheit gegeben würde, sich diesfalls auszusprechen.

Wenn nun gleich die Studentenvereine als solche, sowohl was ihre Gründung, als die Aufsicht über dieselben anbelangt, nach den diesfalls vom Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht festgestellten Grundsätzen nicht unmittelbar unter die akademischen, sondern zunächst unter die allgemeinen Vereinsvorschriften fallen, so schliesst dies doch keineswegs aus, dass auch den akademischen Behörden innerhalb des Rahmens des Vereinsgesetzes eine entsprechende Ingerenz vom Standpunkte der Disciplinarvorschriften eingeräumt werde, wie denn auch bereits mit dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 1. Juni 1876, Z. 2209 M. J. *) ausgesprochen wurde, dass die Studirenden für ihre Haltung als Angehörige eines Vereines auch ihrer akademischen Disciplinarbehörde verantwortlich bleiben.

In Uebereinstimmung hiermit findet demnach das Ministerium des Innern einvernehmlich mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht Nachstehendes anzuordnen:

In jedem Falle der Erstattung einer Anzeige über die beabsichtigte Gründung eines Studentenvereines ist vorläufig der akademische Senat unter Uebermittlung eines Exemplares der vorgelegten Statuten um seine Aeusserung vom Standpunkte der akademischen Disciplinarvorschriften anzugehen.

Die bezügliche Anfrage ist im Hinblick auf die im §. 6 des Vereinsgesetzes vorgezeichnete Untersagungsfrist von vier Wochen mit grösster Beschleunigung, und zwar wo möglich binnen drei Tagen, an den akademischen Senat zu leiten.

Erklärt die akademische Behörde innerhalb einer Frist von acht Tagen, dass der projectirte Verein im Hinblick auf seine Statuten, nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gegen die bestehenden akademischen Disciplinarvorschriften verstösst, so hat die Landesstelle unter entsprechender Rücksichtnahme auf diesen Ausspruch nach §. 6 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht instanzmässig das Amt zu handeln.

Wenn binnen acht Tagen nach Uebermittlung der Statuten an den akademischen Senat derselbe eine Aeusserung nicht erstattet, so hat die Landesstelle ohneweiters mit der instanzmässigen Amtshandlung unter der Annahme vorzugehen, dass der projectirte Verein vom Standpunkte der akademischen Disciplinarvorschriften nicht als gesetzwidrig sich darstellt.

Indem ich den akademischen Senat hiervon in Kenntniss setze, fordere ich denselben zugleich auf, dafür Sorge zu tragen, dass die bezügliche von der Vereinsbehörde gewünschte Aeusserung vorkommendenfalls stets binnen längstens acht Tagen abgegeben werde.

*) Aufgenommen sub III b Nr. 127 b im vorliegenden Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

Zum Abschnitte III.

*Unterabtheilung c: Allgemeine Vorschriften über Stipendien und Stiftungen.*152b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
3. Februar 1880, Z. 862,

an sämtliche politische Landesstellen,
betreffend den Vorgang bei der Veranlagung von Stiftungscapitalien.

Aus Anlass einzelner Uebelstände, welche bei der Veranlagung von Stiftungscapitalien wahrgenommen worden sind, ersuche ich Euer . . . in Bezug auf die in das h. o. Ressort gehörenden Stiftungen über die genaue Befolgung der für die Verwaltung von Stiftungscapitalien bestehenden Vorschriften, insbesondere aber darüber wachen zu wollen, dass bei der Elocirung von Stiftungscapitalien die gesetzmässige Sicherheit stets auf das eingehendste geprüft werde.

Ist das Stiftungsvermögen in hierzu directivmässig geeigneten Werthpapieren angelegt, so ist für sofortige, genaue Vinculirung derselben Sorge zu tragen und auch darauf zu achten, dass nicht zu einer Conversion des Capitaless ein ungünstiger Zeitpunkt gewählt und die Stiftung auf diese Art Verlusten am Curse ihrer Effecten ausgesetzt wird.

Im Interesse des Staatscredits wollen Euer . . . auch darauf hinwirken, dass disponible Stiftungsgelder möglichst oft in k. k. Staatspapieren angelegt werden.

In allen bedenklichen oder zweifelhaften, die Verwaltung einer Stiftung berührenden Angelegenheiten von grösserer Wichtigkeit wird stets die hierortige Schlussfassung einzuholen sein.

152c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
19. Juni 1879, Z. 9375,

an sämtliche Landeschefs und das Rectorat der Wiener Universität,
betreffend die rechtzeitige Verleihung erledigter Studenten-Stipendien.

Anlässlich einiger wahrgenommenen Fälle, dass Verhandlungen über Verleihung von Studenten-Stipendien, welche bereits mit Beginn des . . . Studienjahres zur Erledigung gelangt waren, erst nahezu am Schlusse des Studienjahres zum Austrage gelangt sind, ersuche ich, die geeigneten Massnahmen zu treffen, dass solche Verhandlungen, wenn thunlich, schon in den ersten drei Monaten jedes Studienjahres zum Abschlusse gelangen, auf dass die Wohlthat des Stipendiums dem Studirenden rechtzeitig zu Theil werde.

152d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
17. Februar 1882, Z. 2753,

an sämtliche politische Landesstellen, die Rectorate aller Universitäten,
technischen Hochschulen und der Hochschule für Bodencultur,

betreffend die Regelung einiger Stipendien-Stiftungsangelegenheiten.

Die k. k. Statthalterei erhält hiermit Normen über einige bei Studenten-Stipendien-Stiftungen vorkommende Fragen, bezüglich welcher sich eine Regelung als erforderlich herausgestellt hat, zur Kenntnissnahme und Darnachachtung in vorkommenden Fällen.

I.

So oft es sich um die Constituirung und Formalisirung neugegründeter Studenten-Stipendien- oder akademischer Preis-Stiftungen handelt, ist zur Vornahme und Durchführung aller Massnahmen, welche bis zur Ausfertigung des Stiftsbriefes und Activirung der Stiftung erforderlich sind, jene politische Landesstelle, in deren Verwaltungsgebiete die Stiftung gegründet wurde, als die competente Stiftungsbehörde selbst dann berufen, wenn die Stiftung für das Verwaltungsgebiet einer anderen politischen Landesstelle bestimmt ist. Selbstverständlich ist in solchen Fällen das erforderliche Einvernehmen mit der politischen Landesstelle dieses anderen Verwaltungsgebietes im Correspondenzwege zu pflegen und sind auch die betreffenden Finanzprocuraturen zur geeigneten Mitwirkung verpflichtet.

Erst wenn die Stiftung förmlich und endgiltig constituirt ist, tritt bezüglich der weiteren Verwaltung und Gebarung die Competenz jener politischen Landesstelle in Wirksamkeit, für deren Verwaltungsgebiet die Stiftung bestimmt ist.

II.

Sollte der Fall vorkommen, dass Studenten Stipendien oder akademische Preis-Stiftungen im Inlande mit der Bestimmung für ausländische Institute oder für's Ausland überhaupt gegründet werden, so ist vor Beginn der Stiftungsverhandlung über die Annehmbarkeit einer solchen Stiftung an das Ministerium für Cultus und Unterricht zu berichten.

III.

Bei Ausschreibung der Concurse zur Wiederverleihung von Stipendien oder zur ersten Verleihung neugegründeter Stipendien sind, um einerseits unberufene Bewerbungen zum voraus auszuschliessen, andererseits aber Beschwerdeführungen gegen erfolgte Verleihungen thunlichst hintanzuhalten, die wesentlichen und entscheidenden Bestimmungen der Stiftbriefe bezüglich der Competenz genau zu verlautbaren.

IV.

Wenn sich der Fall ergibt, dass eine Studenten-Stipendien-Stiftung wegen andauernden Mangels von berechtigten oder befähigten Be-

werben nicht persolvirt werden kann, so ist dies dem Ministerium für Cultus und Unterricht zur Kenntniss zu bringen, um eventuell eine Permutirung der Stiftung in's Werk zu setzen.

V.

Bei Vergebung freiverleihbarer Studenten-Stipendien oder bei Bestätigung anderweitiger Verleihungen ist mit Sorgfalt darauf zu achten, ob nicht schon andere Mitglieder einer und derselben Familie (Brüder) im Genusse von Stipendien stehen, und ist in solchen Fällen unter motivirter Darlegung der obwaltenden Verhältnisse die Gestattung oder Verweigerung einer solchen Cumulirung in Einer Familie beim Ministerium für Cultus und Unterricht in Antrag zu bringen, jene Fälle selbstverständlich ausgenommen, wo der gleichzeitige Genuss von Stipendien seitens mehrerer Brüder stiftbrieflich gestattet ist.

VI.

Die Landesstelle ist ermächtigt, Studirende der Mittelschulen, welche nach Absolvirung des Untergymnasiums oder der Unterrealschule an eine Staatsgewerbeschule oder an eine andere, vom Staate erhaltene oder an eine mit dem Rechte zur Ausstellung staatsgiltiger Zeugnisse ausgestattete Privat-Fach-Lehranstalt übertreten, im weiteren Genusse von Studien-Stipendien in jenen Fällen zu belassen, wenn bei Aufnahme in diese Fach-Lehranstalten der Nachweis über das absolvirte Untergymnasium oder über die absolvirte Unterrealschule als Bedingung gilt. Selbstverständlich wird in jedem einzelnen Falle genau zu untersuchen sein, ob ein solches Zugeständniss nicht etwa ausdrücklich durch den Stiftbrief ausgeschlossen ist oder der Bestimmung der Stiftung nicht geradezu widerstreitet.

VII.

Nachdem es vorkommen kann, dass die von Behörden oder von anderen competenten Organen, als z. B. akademischen Senaten oder Professoren-Collegien, erfolgten Verleihungen von Studenten-Stipendien in Folge berechtigter Vorstellungen bei der höheren Instanzbehörde rückgängig gemacht werden, so wird, um den in solchen Fällen durch vorzeitige Flüssigmachung der Stipendienraten sich ergebenden Schwierigkeiten zu begegnen, angeordnet, dass bei Stipendien, welche nicht in die Kategorie der freiverleihbaren gehören, die Stipendienraten erst dann flüssig zu machen sind, wenn die Verleihung binnen der zur Anbringung von Beschwerden und Vorstellungen in politisch-administrativen Angelegenheiten vorgezeichneten Recursfrist nicht angefochten wird und sonach in Rechtskraft tritt.

In sonstigen Fällen ist die Ausfolgung von Stipendienraten vorläufig wieder zu sistiren, wenn innerhalb der obbezeichneten Frist eine Vorstellung von berechtigter Seite bei der verleihenden Behörde oder dem verleihenden Organe eingebracht wird.

VIII.

Um die Wohlthat des Stipendienbezuges den Studirenden thunlichst bald zukommen zu lassen, ist sorgfältig darauf zu achten, dass die Ausschreibung zur Bewerbung erledigter oder neugegründeter Stipendien nicht unnöthigerweise zu weit hinausgeschoben und dass die Verleihungsverhandlung soviel als möglich beschleunigt werde.

**152e) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
1. Februar 1882, Z. 1797,**

an sämtliche politische Landesstellen, die Rectorate aller Universitäten, technischen Hochschulen und der Hochschule für Bodencultur,

womit die Ausfolgung von Stipendienraten bei Stipendien, deren Genuss über die Studienzeit hinaus zum Zwecke der Erlangung des Doctorgrades oder des Diplomes an einer Hochschule, beziehentlich der Lehrbefähigung für das Lehramt an Mittelschulen zugestanden ist, normirt wird.

Die k. k. Statthalterei erhält hiermit nachfolgend eine Norm über die Ausfolgung der Stipendienraten bei Stipendien, deren Genuss über die Studienzeit hinaus zum Zwecke der Erlangung des Doctorgrades oder des Diplomes an einer Hochschule, beziehentlich der Lehrbefähigung für das Lehramt an Mittelschulen zugestanden wird, zur Kenntnissnahme und Darnachachtung:

Um in jenen Fällen, wo der Genuss eines Stipendiums über die ordnungsmässige Studienzeit hinaus zum Zwecke der Erlangung des Doctorgrades oder des Diplomes an einer Hochschule, beziehentlich der Lehrbefähigung für das Lehramt an Mittelschulen zugestanden wird, die Ausfolgung der Stipendienraten in Uebereinstimmung mit den bezüglich der strengen oder Diplom-Prüfungen, beziehentlich der Lehramts-Prüfungen geltenden Vorschriften allgemein zu regeln, finde ich zu verordnen wie folgt:

1. Wird der Genuss eines Stipendiums einem absolvirten Hörer der Rechte zum Zwecke der juridischen Rigorosen und zur Erlangung des juridischen Doctorgrades auf ein weiteres Studienjahr nach Ablauf der ordnungsmässigen Studiendauer bewilligt, so ist der auf dieses Studienjahr entfallende Stipendienbetrag in drei gleichen Raten, und zwar nach jeder der drei mit günstigem Erfolge abgelegten strengen Prüfungen nach Vorweisung der bezüglichlichen Original-Prüfungsbestätigung flüssig zu machen.

2. Stipendisten, welche dem medicinisch-chirurgischen Studium obliegen, und bei welchen der Doctorgrad als Bedingung zur Ausübung der ärztlichen Praxis gilt, haben, um im Bezuge ihres Stipendiums während des auf das letzte ordnungsmässige Studienjahr unmittelbar folgenden Studienjahres zu verbleiben, mindestens die vorgezeichneten drei Vorprüfungen noch innerhalb der Studienjahre abzulegen, so dass sie nach Absolvirung der Studienjahre sich nur noch den eigentlichen strengen Prüfungen zu unterziehen haben. Der Stipendienbetrag ist

denselben sodann in drei gleichen Raten, zahlbar nach erfolgter günstiger Ablegung jeder der drei strengen Prüfungen, anzuweisen.

3. An Stipendisten der philosophischen Facultät, welche den Doctorgrad zu erlangen wünschen, ist das auf ein weiteres Studienjahr zugestandene Stipendium in drei gleichen Raten ausfolgen zu lassen, und zwar so, dass die erste Rate nach der auf Grund der wissenschaftlichen Abhandlung erfolgten Zulassung zur ersten strengen Prüfung, die zweite und dritte aber nach Ablegung jeder der zwei strengen Prüfungen flüssig gemacht wird.

4. Wenn sich ein Hörer der philosophischen Facultät, der sich der Lehramtsprüfung für das Gymnasial-Lehramt unterziehen will, im Genusse eines Stipendiums befindet, so ist das Stipendium, wenn er in dessen Bezüge zu dem angegebenen Zwecke belassen wird, in drei gleichen Raten auszufolgen, und zwar die erste nach Uebernahme der Aufgaben zur häuslichen Bearbeitung, die zweite nach bestandener Clausurprüfung, die dritte endlich nach bestandener mündlicher Prüfung.

Das Gleiche gilt von den Candidaten des Realschul-Lehramtes.

5. Den Stipendisten der technischen Hochschulen, welche ein Diplom erwerben wollen, ist der nach Vollendung der lehrplanmässigen Studien jeder Fachschule für ein folgendes Jahr zugestandene Jahresbetrag in drei gleichen Raten auszufolgen und zwar so, dass die erste Rate nach der Ablegung der ersten Abtheilung der strengen Prüfung, beziehungsweise nach Beibringung des Nachweises über die auf Grund vorzüglicher Semestral-Prüfungen erfolgte Nachsicht der Ablegung dieser Prüfungsabtheilung, die zweite nach Ablegung der schriftlichen (graphischen) Prüfung der zweiten Abtheilung, bei Chemikern nach Lösung der praktischen Aufgabe, die dritte endlich nach Ablegung der mündlichen Prüfung der zweiten Abtheilung flüssig zu machen ist.

6. Bei Stipendisten der Hochschule für Bodencultur, welche das Diplom anstreben, ist der auf ein den lehrplanmässigen Studien folgendes Jahr zugestandene Jahresbetrag ebenfalls in drei Raten, und zwar die erste nach Ausweis über die abgelegte erste Gruppenprüfung, beziehungsweise Beibringung des Nachweises über die auf Grund vorzüglicher Fortgangsklassen erfolgte Nachsicht der Ablegung dieser Prüfung, die zweite nach Ablegung der schriftlichen Clausurprüfung und die dritte nach Ablegung der mündlichen zweiten Abtheilung der strengen Prüfung auszufolgen.

7. Die Ausfolgung des über die ordnungsmässige Studienzeit hinaus zugestandenen Stipendiums für Doctoranden der römisch-katholischen Theologie ist derart einzurichten, dass nach jeder der vorgeschriebenen mit Erfolg abgelegten vier strengen Prüfungen ein Viertel des Stipendienbetrages flüssig gemacht werde. Wird aber der Bezug eines Stipendiums behufs Erlangung des bezeichneten theologischen Doctorgrades zum voraus auf die Dauer von zwei unmittelbar auf die Studienzeit folgenden Studienjahren zugestanden, so sind die Stipendienraten in Viertheilen nach jedem mit Erfolg abgelegten Rigorosum zur Ausfolgung anzuweisen.

8. Sollte der Fall vorkommen, dass ein Zögling der k. k. evangelisch-theologischen Lehranstalt in Wien, der das Doctorat anstrebt, im Genusse eines Stipendiums steht, so ist der Stipendienbetrag zu gleichen Hälften nach Ablegung der vorgezeichneten zwei Rigorosen auszufolgen.

Das Gleiche hat auch bezüglich der Candidaten des griechisch-orientalischen theologischen Doctorates an der Universität in Czernowitz zu gelten.

9. Selbstverständlich hat diese Vorschrift auf Fälle, wo der Stiftbrief andere Bestimmungen trifft, keine Anwendung.

10. Auch wird dadurch an den bezüglich der Zugestehung des Stipendiengenusses über die Studienzeit hinaus bestehenden Normen nichts geändert.

152 f) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 16. October 1877, Z. 3751,

an den akademischen Senat der Universität Wien,

betreffend die Competenz bei Bewilligung von Stipendien-Cumulirungen.

Der akademische Senat hat unter dem den Antrag gestellt, es möge demselben die Ermächtigung ertheilt werden, Cumulirungen solcher Stipendien, welche sich in der eigenen Administration der Universität befinden, innerhalb der Maximalbeträge, welche der an die niederösterreichische Statthalterei unter dem 26. Mai 1876, Z. 7864 *) ergangene Ministerialerlass festsetzt, im eigenen Wirkungskreise zu bewilligen.

Diesem Antrage vermag ich nach Anhörung der niederösterreichischen Statthalterei nicht zu willfahren, indem die Cumulirung von Stipendien nicht als Ausfluss des Verleihungsrechtes einzelner Stipendien aufgefasst werden kann, sondern vielmehr als eine Amtshandlung gelten muss, die der Stiftungsbehörde aus dem Titel der Oberaufsicht und der Evidenzhaltung vorzubehalten ist. Dazu kommt, dass Beispielsfolgerungen unausbleiblich wären.

In der Sache selbst wird dem akademischen Senate der Inhalt des bezogenen Ministerial-Erlasses zu dem Ende in Abschrift mitgetheilt, dass Anträge wegen Cumulirungen im Sinne dieses Normales jedenfalls gestellt werden können. Auch wird die Statthalterei im Sinne dieses Normales das Amt zu handeln haben.

*) Der Ministerial-Erlass vom 26. Mai 1876, Z. 7864 lautet: Unter Bezugnahme auf den Bericht vom ermächtige ich Ew. . . . in Abänderung des Ministerial-Erlasses vom 3. Mai 1871, Z. 4533, zur Genehmigung von Stipendien-Cumulirung für Studirende, und zwar bei Schülern der Mittelschulen bis zum Maximalbetrage von zweihundert (200), bei Hörern der Hochschule bis zum Maximalbetrage von dreihundert (300) Gulden, soweit die Bestimmungen der bezüglichen Stiftbriefe solchen Cumulirungen nicht entgegenstehen.

Die gleiche Ermächtigung wurde sämmtlichen Landeschefs mit Min.-Erl. vom 16. April 1879, Z. 5324, ertheilt (aufgenommen im vorliegenden Bande dieser Sammlung sub III a Nr. 152 g).

152g) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
16. April 1879, Z. 5324,

an sämtliche politische Landesstellen
betreffend die Competenz bei Bewilligung der Cumulirung von Studenten-
Stipendien.

Ich ermächtige die Statthaltereien und Landesregierungen als Stiftungsbehörden der Studenten-Stipendien-Stiftungen, Cumulirungen von Studenten-Stipendien für Studirende der Mittelschulen bis zum Maximalbetrage von zweihundert (200), für Hörer der Hochschulen aber (mit Ausnahme der theologischen Studien) bis zum Maximalbetrage von dreihundert (300) Gulden, soweit die Bestimmungen der Stiftbriefe solchen Cumulirungen nicht entgegenstehen, im eigenen Wirkungskreise zu genehmigen, während für Cumulirungen über diese Beträge hinaus die Zustimmung des Ministeriums einzuholen ist.

Hierbei wird ausdrücklich bemerkt, dass Staatsunterstützungen, welche in Gestalt von Stipendien verliehen werden, bei vorkommenden Cumulirungen den eigentlichen Studenten-Stipendien gleichzuhalten sind, und dass daher bei vorkommender Cumulirung von Genüssen dieser zwei Kategorien nach der gleichen, eingangs gegebenen Norm vorzugehen ist.

152h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
30. Juni 1880, Z. 351 C. U. M.,

womit die Bewerbung um ausländische Staatsstipendien seitens österreichischer Studirender überhaupt und die Annahme eines solchen Stipendiums ohne ausdrückliche, zuvor zu erwirkende Bewilligung der Regierung untersagt wird.

Da sich aus der Annahme eines ausländischen Staatsstipendiums seitens eines österreichischen Staatsangehörigen möglicherweise Anlass zu Conflicten mit den staatsbürgerlichen Pflichten des Stipendiaten ergeben kann, so wird die Bewerbung um ausländische Staatsstipendien seitens österreichischer Studirender überhaupt und die Annahme eines solchen Stipendiums ohne ausdrückliche vorher zu erwirkende Bewilligung der Regierung, welche im Wege des Vorstandes der Lehranstalt, welcher der Studirende angehört, bei der Landesstelle anzusuchen ist, untersagt.

Diese Vorschrift hat auf Privatstipendien, sowie auf jene Staatsunterstützungen, welche diesseitigen Staatsangehörigen seitens der ungarischen Regierung verliehen werden sollten, keine Anwendung zu finden.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. *)

*) Kundgemacht im Reichsgesetzblatte unter Nr. 98 am 6. August 1880.

152i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
24. Mai 1879, Z. 7923,

an sämtliche Landeschefs, sowie an die Rectorate aller Universitäten und
technischen Hochschulen,

**betreffend die Modalitäten des Genusses von Privatstipendien an ausländischen
Lehranstalten.**

Um beurtheilen zu können, ob bei denjenigen Studirenden der Hochschulen, welche sich als Inländer im Genusse eines Privat-Studenten-Stipendiums befinden, im Falle sie ihre Studien an einer ausserhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehenden Hochschule fortsetzen, alle Forderungen erfüllt werden, welche an Stipendisten beim Besuche einer inländischen Hochschule vorschriftsgemäss gestellt werden, finde ich zu verordnen, dass die Bestimmung des Ministerial-Erlasses vom 19. Juni 1852, Z. 3920,*) wonach der Fortbezug eines landesfürstlichen Stipendiums beim Uebertritte an eine ausländische Hochschule stets an die specielle, über Antrag der Statthalterei oder Landesregierung von dem Ministerium für Cultus und Unterricht zu ertheilende Bewilligung gebunden ist, auch auf Privat-Stipendien volle Anwendung finde.

Das Gleiche hat auch beim Besuche einer in den Ländern der ungarischen Krone gelegenen Hochschule zu gelten.

Selbstverständlich bleiben jene Fälle ausgenommen, wo der Genuss des Stipendiums ausdrücklich an das Studium an einer inländischen Hochschule gebunden ist. Diese Verfügung hat sofort in Wirksamkeit zu treten und hat dieselbe auch auf jene Stipendisten Anwendung zu finden, welche — im Genusse eines Privat-Stipendiums stehend — ihren Studien an Hochschulen des Auslandes, beziehungsweise innerhalb der Länder der ungarischen Krone obliegen und bezüglich deren eine ministerielle Genehmigung noch nicht ertheilt ist.

152k) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
30. Juni 1879, Z. 9845,

an das Rectorat der Wiener Universität,

**betreffend den Genuss eines Universitätsstipendiums seitens eines Ausländers
im Auslande.**

Mit Bezug auf den Bericht vom . . ., dessen Inhalt zur Kenntniss genommen wird, ergeht an das Rectorat das Ersuchen, die Einleitung zu treffen, dass in Fällen, wo ein Ausländer sich um ein Universitätsstipendium bewirbt, jedesmal genau untersucht werde, ob ein solches Stipendium stiftsbriefmässig von einem Ausländer im Auslande genossen werden darf, welcher Umstand auch schon in der Concursausschreibung mit möglichster Klarheit ersichtlich zu machen sein wird.

*) Aufgenommen sub III c Nr. 146 im I. Bde. dieser Sammlung.

Die Frage über Ertheilung von Dispensen vom Studium im Inlande ist gegebenenfalls vor der Verleihung des Stipendiums dem Ministerium zur Entscheidung vorzulegen.

1521) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
8. Mai 1879, Z. 6532,

an die Statthalter in Triest und Dalmatien,

betreffend die Ausdehnung einiger ursprünglich nur zum Besuche der Wiener Universität und technischen Hochschule bestimmten Stipendien für Studierende aus Istrien und Dalmatien auch auf andere Hochschulen.

Bei Creirung der durch die Allerh. Entschliessungen vom 28. Juni 1840 und vom 23. Juni 1846 in das Leben gerufenen Staatsstipendien für Hörer der technischen Wissenschaften aus Dalmatien und aus Istrien mit Görz und Gradisca ist ausdrücklich die Bedingung gestellt worden, dass die betreffenden Stipendisten ihren Studien am Wiener polytechnischen Institute zu obliegen haben, und wurde diese Bestimmung bezüglich der Stipendisten aus Istrien und Görz auch noch in der nachgefolgten Allerh. Entschliessung vom 1. September 1856 aufrecht erhalten.

In ähnlicher Weise wurde in der Allerh. Entschliessung vom 28. Februar 1823 bei Gelegenheit der Gründung von juridischen und medicinisch-chirurgischen Staatsstipendien für Studirende aus Istrien ausdrücklich ausgesprochen, dass der Genuss dieser Stipendien an den Besuch der Wiener Universität gebunden ist. Das Gleiche ist auch bezüglich der für Dalmatiner bestehenden medicinisch-chirurgischen Staatsstipendien der Fall.

Nachdem diese Bestimmung bei der dermal bestehenden freien Wahl von Staatslehranstalten im Inlande nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, theile ich Euer auf Grund der mit Allerh. Entschliessung vom 2. Mai d. J. zur Kenntnissnahme mit, dass die Beschränkung des Genusses der oben angeführten Stipendien für Studirende aus Dalmatien und aus Istrien mit Görz-Gradisca bestimmten Staatsstipendien auf die technische Hochschule und die Universität in Wien fortan zu entfallen hat; dabei bleibt jedoch das Studium an einer inländischen Universität noch fortan unerlässliche Bedingung für den Genuss dieser Stipendien.

Ausserdem theile ich auf Grund derselben Allerh. Entschliessung mit, dass die für einige der erwähnten Staatsstipendien bestehenden Reisekostenvergütungen aus dem Staatsschatze bei künftigen Verleihungen auf sich zu beruhen haben.

Von dem Inhalte des vorstehenden Erlasses wurde nachträglich auch das Rectorat der Wiener technischen Hochschule durch Min.-Erl. vom 26. Juni 1879, Z. 6460, in Kenntniss gesetzt.

Zum Abschnitte III.

Unterabtheilung d: Vorschriften über die Wehrpflicht der Universitätshörer.

156h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
27. März 1871, Z. 1928,

an sämtliche akademische Senate und die Landeschefs von Böhmen, Mähren, Galizien, Steiermark und Niederösterreich, ferner an die Rectorate der böhmischen Hochschulen,

betreffend die den studirenden Einjährig-Freiwilligen zur Fortsetzung ihrer Studien freigelassene Zeit.

Der Herr Reichs-Kriegsminister hat in wiederholt hierher gerichteten Zuschriften eindringlich darauf hingewiesen, dass die mit dem Kriegsministerial-Rescripte vom 1. April 1869, Z. 1923 (mitgetheilt mit dem h. o. Erlasse vom 9. April 1869, Z. 2732,*) den Einjährig-Freiwilligen, welche in die Kategorie der Studirenden gehören, zum Behufe des Collegienbesuches bis zum Beginne des laufenden Studienjahres gewährte Freilassung der Vormittage an allen Werktagen sich als mit den militärdienstlichen Obliegenheiten derselben unvereinbar erweise und daher in so ausgedehntem Masse nicht ferner zugestanden werden könne.

Hiernach wurde von mir im Einvernehmen mit dem Herrn Reichs-Kriegsminister vereinbart, dass vom 2. Semester des laufenden Studienjahres 1870/71 angefangen, bis auf Weiteres den Einjährig-Freiwilligen, welche ihre Studien wirklich fortsetzen — abgesehen von den dem Militärdienste ausschliesslich vorbehaltenen Ferialzeiten — frei zu lassen seien:

a) in der Dauer des akademischen Winter-Semesters täglich die Zeit von 9 bis 1 Uhr Vormittags;

b) in der Dauer des akademischen Sommer-Semesters an vier Wochentagen die Zeit von 9 bis 1 Uhr, an zwei Tagen in der Woche aber jene von 10 bis 1 Uhr Vormittags und überdies:

c) Medicinern und Technikern nach Thunlichkeit an 2 Tagen in der Woche auch Nachmittags zwei Stunden zum Besuche von Laboratorien und Zeichnungs-Uebungen.

Der akademische Senat wird hievon zur weiteren Verständigung mit der Aufforderung in die Kenntniss gesetzt, auf eine, soweit es nur immer möglich ist, so geartete Gruppierung der Vorlesungen hinzuwirken, dass die Hauptcollegien, insbesondere jene über

*) Sub III d Nr. 155 im I. Bande dieser Sammlung. Vergl. übrigens die Note zur Verordnung des Reichs-Kriegsministeriums vom 28. September 1870, Z. 4088, Abth. II. sub Nr. 156 d im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

die Lehrfächer der theoretischen Staatsprüfungen der Juristen, dann der medicinischen Rigorosen in die nach Obigem den Einjährig-Freiwilligen für den Collegienbesuch frei gelassenen Stunden fallen.

156i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
22. September 1878, Z. 15363,

an die Rectorate aller Universitäten,

**betreffend die Vergünstigungen, welche den zur activen Militärdienstleistung
einberufenen Studirenden gewährt werden.**

Durch die in den letzten Monaten erfolgte Mobilisirung eines Theiles der k. k. Armee sind auch zahlreiche Universitäts-Studirende betroffen worden, welche hierdurch an der regelmässigen Fortsetzung ihrer Universitäts-Studien verhindert sind.

Ich halte es für die Pflicht der Unterrichtsverwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass die Nachtheile, welche den Einzelnen in Folge der Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht gegenüber anderen nicht in gleicher Lage befindlichen zugehen können, nach Möglichkeit hintangehalten werden.

Eine allgemeine Verfügung in dieser Richtung ist allerdings dadurch ausgeschlossen, dass es bei jeder derartigen Massregel sowohl auf das Stadium, in welchem der einzelne Studirende sich zur Zeit seiner Einberufung zur Armee befunden hat, als auch auf den Zeitpunkt ankommt, in welchem derselbe in der Lage sein wird, zu den Studien zurückzukehren. Selbstverständlich kann auch die Inscription der derzeit bei der Armee befindlichen Studirenden in die Vorlesungen des bevorstehenden Semesters nicht stattfinden, da diese die persönliche Anwesenheit des Studirenden und die Möglichkeit eines wirklichen Betriebs der Studien zur gesetzlichen Voraussetzung hat.

Dagegen nehme ich keinen Anstand, schon gegenwärtig zu gestatten, dass denjenigen Studirenden, welche im abgelaufenen Semester nur in Folge der Einberufung zur Armee verhindert waren, die Vorlesungen bis zum Schlusse zu frequentiren und die Bestätigung der Frequenz zu erwirken, diese Bestätigung ertheilt werde. Ich finde ferner auszusprechen, dass Studirenden, welche etwa in einem nicht allzu vorgerückten Zeitpunkte des kommenden Winter- eventuell Sommer-Semesters zu den Studien zurückkehren sollten, die nachträgliche Inscription ungeachtet des Ablaufes der Inscriptionsfrist gestattet sein soll. Desgleichen wird jenen Studirenden, welche in Folge der Einberufung einen der gesetzlichen Prüfungstermine versäumt haben, wie dieses insbesondere bei der rechtshistorischen Staatsprüfung der Fall sein kann, die nachträgliche Zulassung zur Ablegung der Prüfung, nöthigenfalls in einem ausserordentlichen Termine, von dem Präsidium der Prüfungs-

commission zu bewilligen sein und ist ferner eben diesen Studirenden in den Fällen, wo die Ablegung einer Prüfung Voraussetzung der Inscription in einen höheren Jahrgang ist, die provisorische Inscription in diesen Jahrgang auch vor Ablegung der Prüfung zu gestatten.

Endlich behalte ich mir vor, auch in den Fällen, wo in Folge der Einberufung der factische Verlust eines oder mehrerer Semester eintreten würde, so weit als möglich die nach der Beschaffenheit des einzelnen Falles zulässige Abhilfe etwa durch eine von den Gesetzen nicht verwehrte Contrahirung von Studienabschnitten oder dergleichen eintreten zu lassen.

Von diesem Erlasse wolle das Rectorat die Decanate, die Vorstände der Prüfungscommissionen und die Studirenden, letztere durch Ankündigung am schwarzen Brette, in Kenntniss setzen.

Zum Abschnitte III.

*Unterabtheilung e: Allgemeine Vorschriften über die Erwerbung des
Doctorengrades.*

172c) Verordnung der n. ö. Landesregierung vom 5. December
1833, Z. 64450,

an die Wiener medicinische Facultät,

betreffend die Ausstellung von Diploms-Duplicaten.

Da Amortisirungen blos bei jenen Urkunden üblich sind, welche übertragbare Rechte begründen und durch deren Uebergang an eine zweite Person der Eigenthümer derselben beeinträchtigt werden könnte, wie dies bei Privat- und öffentlichen Obligationen der Fall ist, von einem in Verlust gerathenen Diplom aber nicht leicht in Bezug auf die Privatrechte des Eigenthümers ein Missbrauch gemacht werden kann, dieser aber, wenn er gemacht werden sollte, durch die erfolgte Amortisirung nicht immer verhindert werden kann, und der dabei Betretene ohnehin den gesetzlichen Strafen unterliegt, da ferner auch bei ähnlichen Urkunden, wie bei in Verlust gerathenen Tauf-, Trau- und Todtenscheinen, Pässen, Adelsdiplomen die Amortisirung zur Erhaltung eines Duplicates nicht nothwendig ist, so ist zur Ausstellung eines Diploms-Duplicates keine vorläufige Amortisirung des in Verlust gerathenen Diploms im Allgemeinen nothwendig. Sollte jedoch in einzelnen besonderen Fällen nach dem Dafürhalten des Universitäts-Consistoriums oder einer einzelnen Facultät diese Umsicht erforderlich und somit denselben daran besonders gelegen sein, die vermeintliche Amortisirung des in Verlust gerathenen Diploms einzuleiten, so kann diese bisherige Uebung auch fernerhin gegen dem beobachtet werden, dass statt des Wortes „Amortisirung“ die Ueberschrift „Ungiltigkeits-Erklärung“ zu wählen ist.

(Mit Staaatsministerial-Verordnung vom 22. Juni 1866, Z. 3371 C. U., wurde diese Verordnung aus Anlass eines speciellen Falles dem akademischen Senate in Krakau zur Darnachachtung mitgetheilt.)

Zum Abschnitte

IV. Theologische Facultät.

Unterabtheilung a: Principielle Bestimmungen über die theologischen Studien und das Verhältniss derselben zur Staatsgewalt und zum Ordinariate.

177b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
26. August 1880, Z. 13220,

an das Rectorat der Universität Krakau und den Statthalter für Galizien,
betreffend die Organisirung der theologischen Facultät in Krakau. *)

Se. k. u. k. apost. Majestät haben mit Allerh. Entschliessung vom 15. August d. J. die Errichtung einer ordentlichen Lehrkanzel für Moraltheologie und einer ausserordentlichen Lehrkanzel für Kirchenrecht an der theologischen Facultät in Krakau zu genehmigen und zugleich der genannten Facultät vom Sommer-Semester des Jahres 1881 ab die Ausübung des Promotionsrechtes zu dem theologischen Doctorsgrade nach Massgabe der für die übrigen theologischen Facultäten bestehenden Vorschriften wieder a. g. zu gestatten geruht.

Weiteres geruhten Se. Majestät mit Rücksicht darauf, dass hiernach diese Facultät in ihrer Einrichtung den übrigen theologischen Facultäten gleichstehen wird, vorbehaltlich der verfassungsmässigen Genehmigung der bezüglichen Auslage zu bewilligen, dass vom 2. Semester des kommenden Studienjahres resp. vom 1. April 1881 ab die Bestimmungen des Gesetzes vom 19. März 1872, R.-G.-Bl. Nr. 30, betreffend die Gehalte der Professoren an den theologischen Facultäten, mit der Massgabe in Wirksamkeit treten, dass diesen Professoren der Anspruch auf Quinquennalzulagen von dem Zeitpunkte der Wirksamkeit dieses Gesetzes erwächst und sie daher in die erste Quinquennalzulage mit 1. April 1886 einrücken.

Zum Abschnitte IV.

Unterabtheilung b: Verhältniss der theologischen Professoren.

197c) Gesetz vom 18. Mai 1881,
betreffend die Pensionsbehandlung der Professoren an der theologischen Facultät
in Krakau.

(R.-G.-B. 1881, Nr. 56.)

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

*) Durch diese Allerh. Entschliessung ist der §. 6 des Gesetzes vom 19. März 1872, R.-G.-Bl. Nr. 30 (sub IV b Nr. 197 a im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung), hinsichtlich der theologischen Facultät Krakau ausser Wirksamkeit getreten.

§. 1. Die Bestimmungen des §. 1 des Gesetzes vom 9. April 1870 (R.-G.-Bl. Nr. 47), wonach für die Pensionsbehandlung des Lehrpersonales der vom Staate erhaltenen Lehranstalten die Pensionsvorschrift vom 9. December 1866 (R.-G.-Bl. Nr. 157) mit der im gedachten §. 1 angegebenen Modification massgebend ist, hat auch auf die Professoren der theologischen Facultät in Krakau Anwendung zu finden.*)

§. 2. Erlangt jedoch ein Professor dieser Facultät eines der den Professoren geistlichen Standes der Krakauer Universität stiftungsgemäss vorbehaltenen Curatbeneficien, so verliert er mit dem Zeitpunkte der Institution auf dieses Beneficium jeden Anspruch auf einen Ruhegenuss, und zwar ohne Unterschied, ob ihm das Beneficium vor oder nach dem Uebertritte in den Ruhestand verliehen worden ist.**)

§. 3. Der Unterrichtsminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

197d) Auszug aus dem Erlasse des Ministers für Cultus und Unterricht vom 25. Mai 1880, Z. 7807,***)

an 1. den Statthalter für Galizien, 2. das Decanat der theologischen Facultät der Universität Lemberg,

betreffend die Abhaltung der Vorträge über Pastoraltheologie an der theologischen Facultät der Universität Lemberg.

Se k. u. k. apostolische Majestät haben mit Allerh. Entschliessung vom 20. Mai l. J. a. g. zu genehmigen geruht, dass an der theologischen Facultät der Universität Lemberg eine zweite ordentliche Lehrkanzel für Pastoraltheologie errichtet und von den beiden hiernach für dieses Fach bestehenden Lehrkanzeln die eine dem lateinischen, die andere dem ruthenischen Ritus vorbehalten werde.

Zum Abschnitte IV.

Unterabtheilung d: Besondere Stipendienvorschriften für die theologische Facultät.

217a) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 18. Jänner 1882, Z. 941,

an sämtliche politische Landesstellen,

betreffend die Behandlung von Stipendien bei Zöglingen der Cleriker-Seminarien.

Mit Staatsministerial-Erlass vom 19. April 1865, Z. 3382,†) ist als Norm ausgesprochen worden, dass Stipendisten, welche in ein

*) Aufgenommen sub II b Nr. 90 b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

**) Die erwähnten Beneficien sind: die Pfarre zu St. Anna in Krakau, die Pfarre zu St. Nikolaus in Krakau, die Pfarre zu St. Florian in Krakau und die Pfarre zu Zielonki.

***) Durch diesen Min.-Erl. wurde der Staats-Min.-Erl. vom 9. Juli 1867, Z. 5162 (sub IV b Nr. 197 im I. Bde. dieser Sammlung), umgeändert.

†) Aufgenommen sub IV d Nr. 217 im I. Bde. dieser Sammlung.

bischöfliches Alumnat behufs der theologischen Studien treten und daselbst einen Freiplatz erhalten, wenn das Institut aus dem Religionsfonde Dotationsbeiträge und letzterer Subventionen aus dem Staatsschatze empfängt, das Stipendium in der Weise und zu dem Ende zu belassen sei, damit das Kostgeld des Freiplatzes hieraus bestritten und der etwaige Mehrbetrag dem Betheilten zur eigenen Disposition erfolgt werde.

Aus Anlass zahlreicher Gesuche um Ausfolgung der Stipendienbeträge an die mit Stipendien betheilten Alumnen zu deren eigenen Händen finde ich die vorstehende Norm abzuändern und Folgendes anzuordnen:

1. In den obbezeichneten Fällen sind Stipendien, deren jährlicher Ertrag sich auf höchstens fünfzig (50) Gulden beläuft, den stipendierten Alumnen zur Gänze auf die Hand auszufolgen; während bei Stipendien höheren Jahresbetrages der Rest über fünfzig Gulden nach dem eingangs citirten Ministerial-Erlasse zu behandeln ist, es wäre denn, dass besondere Gründe für eine Ausnahme von dieser Regel sprechen, in welchen Fällen an das Ministerium zu berichten ist.

2. Sind die Stipendien ausdrücklich oder ausschliesslich für theologische Studien bestimmt und die Stifflinge im Seminare oder Aluminate untergebracht, so ist nach dem Ministerial-Erlasse vom 16. April 1879, Z. 5324,*) betreffend die Cumulirung von Stipendien mit Staatsunterstützungen, beziehentlich Stift- oder Freiplätzen, vorzugehen, wobei der Freiplatz im Aluminate nach seinem Geldwerthe anzurechnen ist.

3. Jene Stipendien, welche von Hörern der Theologie ausserhalb des Alumnates genossen werden, mögen dieselben lediglich für theologische Studien bestimmt oder allgemeine Universitätsstipendien sein, bleiben von den vorstehenden Anordnungen unberührt.

4. Dagegen sind jene Stipendien, deren Genuss ausdrücklich an theologische Aluminate (Clerical-Seminarien) gebunden ist, zur Deckung der Kosten des Freiplatzes zu verwenden, wobei genau wahrzunehmen ist, welche Bedürfnisse speciell aus dem Stipendienetrage zu Gunsten des Stipendisten zu decken kommen. Gegebenenfalls ist die Ausfolgung eines Theilbetrages des Stipendienetragnisses bis zur Höhe von jährlichen 50 (fünfzig) Gulden als Handgeld an den Stipendisten zur Deckung solcher Bedürfnisse nicht ausgeschlossen.

*) Aufgenommen sub III c Nr. 152 g im vorliegenden Bande dieser Sammlung.

Zum Abschnitte IV.

*Unterabtheilung f: Evangelisch-theologische Facultät.*239 b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
23. Mai 1878, Z. 7822,an das Professoren-Collegium der k. k. evangelisch-theologischen Facultät
in Wien,**betreffend eine Regulirung des Beneficienwesens an dieser Facultät.**

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Mai d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, dass vom nächsten Studienjahre angefangen bis auf weitere Verfügung die an der evangelisch-theologischen Facultät in Wien systemisirten 15 Staatsstipendien auf zehn, und zwar in der Weise reducirt werden, dass fünf Stipendien mit je zweihundert Gulden und ebenso fünf Stipendien mit je einhundert Gulden festgestellt werden, und dass die Zahl der Freitischstellen mit einem Kostenaufwande von je neunzig Gulden des Jahres auf fünfzehn herabgemindert wird.

Im Uebrigen wird an den mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. October 1862 für die Verleihung der Beneficien allergnädigst genehmigten, mit dem Staatsministerial-Erlasse vom 6. December 1862, Z. 12882, bekannt gegebenen Grundsätzen nichts geändert; desgleichen verbleibt es bei den mit dem nämlichen Erlasse getroffenen näheren Bestimmungen hinsichtlich der Verleihung der Stipendien und Freitische. Sollte sich künftig bei etwa gesteigerter Frequenz ein grösseres Bedürfniss an der Facultät herausstellen, so wäre eine Vermehrung der Beneficien nach Zulass der finanziellen Mittel nicht ausgeschlossen.

Die Einstellung eines besonderen Betrages in den jährlichen Staatsvoranschlag zum Zwecke der Bewilligung ausserordentlicher Unterstützungen für Studirende an der evangelisch-theologischen Facultät wird künftig nicht mehr stattfinden; es bleibt jedoch dem Professoren-Collegium unbenommen, in ganz besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die Bewilligung solcher ausserordentlicher Unterstützungen zu beantragen, da selbe auf Rechnung des allgemein für „Unterstützungen für Studirende an Hochschulen“ präliminirten Credits bewilligt werden können.

Zum Abschnitte IV.

Unterabtheilung g: Griechisch-orientalisch-theologische Facultät in Czernowitz.

239 b) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 30. August 1875, Z. 13240,

betreffend die Aufhebung der griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt in Czernowitz und die Errichtung der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät an der Czernowitzer Franz Josephs-Universität.

Auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 29. August 1875 finde ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1. Die in C z e r n o w i t z bestehende griechisch-orient.-theologische Lehranstalt ist aufgehoben.

An ihre Stelle tritt die griechisch-orient.-theologische Facultät der k. k. C z e r n o w i t z e r Franz Josephs-Universität.

§. 2. Insoweit nicht nachstehend besondere Bestimmungen getroffen werden, gelten für die genannte theologische Facultät die allgemeinen akademischen Vorschriften und Einrichtungen.

Die besonderen Bestimmungen, welche für die katholisch-theologischen Facultäten gelten, haben auf die C z e r n o w i t z e r griechisch-orient.-theologische Facultät keine Anwendung.

§. 3. An der C z e r n o w i t z e r griechisch-orient.-theologischen Facultät werden nachfolgende ordentliche Lehrkanzeln systemisirt:

- a) Für das Bibelstudium und die Exegese des alten Bundes;
- b) für das Bibelstudium und die Exegese des neuen Bundes;
- c) für Dogmatik;
- d) für Moraltheologie;
- e) für Kirchengeschichte;
- f) für Kirchenrecht;
- g) für die praktische Theologie;
- h) für orientalische Sprachen.

Die sonstigen Lehrgegenstände, deren Studium nach dem Lehrplane obligat ist, werden, soweit es die Qualification der einzelnen Persönlichkeiten zulässt, mit je einer der systemisirten Kanzeln verbunden.

Nach derselben Massgabe kann den Professoren auch auferlegt werden, über nicht obligate Lehrgegenstände zu lesen.

Nur insoweit das Eine oder Andere unthunlich erscheint, wird für die Vertretung der obligaten Nebenfächer, dann derjenigen Specialdisciplinen, deren Vertretung wünschenswerth erscheint, durch Bestellung von ausserordentlichen Professoren oder Zulassung von Privatdocenten gesorgt.

§. 4. Ueber alle Vorschläge der Facultät wegen Ernennung von Professoren, sowie über die Anträge derselben auf Zulassung von

Privatdocenten hat der Landespräsident vor der Vorlage an das Ministerium das Gutachten des Czernowitzer Erzbischofs einzuholen.

Das Gutachten des Erzbischofs wird auch Seitens des Ministers für Cultus und Unterricht eingeholt, wenn derselbe eine von der Facultät nicht vorgeschlagene Persönlichkeit für eine Professur in Antrag bringen will.

§. 5. In Fällen, in denen die Besetzung einer Professur im Berufswege nicht möglich ist, kann mit Genehmigung des Ministers für Cultus und Unterricht ausnahmsweise eine schriftliche Concursprüfung ausgeschrieben werden.

Die Prüfungsfragen bestimmt die Facultät.

Die Ausschreibung des Concurses erfolgt durch das Ministerium für Cultus und Unterricht.

Die Elaborate sind an die Facultät einzusenden, welche dieselben beurtheilt und sohin die ihr geeignet erscheinenden Bewerber zu einem Colloquium und einer Probevorlesung beruft. Nach dem Ergebnisse dieser letzteren erstattet die Facultät ihren Besetzungsvorschlag. (§. 4.)

In besonderen Fällen kann das Colloquium und die Probevorlesung erlassen, oder zur Abhaltung derselben eine andere theologische Lehranstalt delegirt werden, doch bedarf es hiezu der Genehmigung des Ministers für Cultus und Unterricht, welcher auch hierüber das Gutachten des Erzbischofs abverlangt.

§. 6. Die Bestellung von Supplenten für erledigte Lehrkanzeln erfolgt durch die Facultät, doch ist hievon dem Erzbischofe Anzeige zu machen, und die Bestätigung des Ministers für Cultus und Unterricht einzuholen.

§. 7. Die in Gemässheit des Gesetzes vom 27. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 63, von der Facultät vorgenommenen Wahlen sind dem Erzbischofe anzuzeigen.

§. 8. Der Erzbischof ist berechtigt sich von der Pflege der theologischen Wissenschaften an der Facultät und von dem Fortgange der Studien Kenntniss zu verschaffen, und die ihm hiernach erforderlich scheinenden Anträge an den Minister für Cultus und Unterricht zu richten.

§. 9. Für den Umfang der den ordentlichen und ausserordentlichen Professoren obliegenden Verpflichtung, ihr Lehrfach ordnungsmässig zu vertreten, sind die jeweiligen Studieneinrichtungen massgebend.

Ein ordentlicher Professor muss mindestens neun, ein ausserordentlicher mindestens sieben Stunden wöchentlich lesen.

§. 10. Der Umstand, dass ein Studirender der Facultät dem Diöcesan-Seminar angehört, kann seinen akademischen Rechten und Pflichten nicht Abbruch thun.

Doch ist die Anzeige an den Vorstand des Seminars zu erstatten, sobald einem Seminar-Zöglinge ein pflichtwidriges Benehmen zur Last fällt, oder gegen ihn eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, oder eine Disciplinarstrafe verhängt wird.

Die gleiche Anzeige ist an die betreffende Diöcesan-Behörde zu erstatten, wenn der gedachte Fall sonst hinsichtlich eines in den Clerus einer in- oder ausländischen Diöcese aufgenommenen Priesterstands-Candidaten eintritt.

§. 11. Der Lehrplan und die Prüfungs-Ordnung für die theologische Facultät sind im Anhang A und B beigegeben.

Dieselben gelten zunächst provisorisch für die nächsten drei Studienjahre.

Die Geschäfts-Ordnung für seine Verhandlungen entwirft das Professoren-Collegium selbst und legt dieselbe dem Minister für Cultus und Unterricht zur Bestätigung vor.

§. 13. Diese Verordnung tritt mit 1. September l. J. in Kraft.

Die Uebergangsbestimmungen enthält der Anhang C.

Anhang A.

Provisorischer Lehrplan der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der k. k. Czernowitzer Franz Josephs-Universität.

§. 1. Unbeschadet der akademischen Lernfreiheit gelten für diejenigen Studirenden der griechisch-oriental.-theologischen Facultät, welche sich auf Grund ihrer theologischen Studien dem Staats- oder Kirchendienste widmen oder den theologischen Doctorgrad erlangen wollen, nachstehende Vorschriften:

§. 2. Diese Studirenden müssen die Facultät durch mindestens 4 Jahre besuchen, und während dieser Zeit nachfolgende Gegenstände in nachstehender Reihenfolge hören:

Im 1. Jahre:

Im 1. Semester:

Encyklopädie und Methodologie der theologischen Studien, wöchentlich 2 bis 3 Stunden.

In beiden Semestern:

Hebräische Sprache, Bibelstudium und Exegese des alten Bundes, zusammen 8 bis 9 Stunden.

Im 2. Semester:

Bibelstudium und Exegese des neuen Bundes, 3 bis 4 Stunden.

Im 2. Jahre:

Im 1. Semester:

Bibelstudium und Exegese des alten Bundes (Fortsetzung), 3 bis 4 Stunden.

In beiden Semestern:

Bibelstudium und Exegese des neuen Bundes (Fortsetzung), 3 bis 4 Stunden, Kirchengeschichte und kirchliche Statistik, 7 bis 8 Stunden.

Im 3. Jahre:

In beiden Semestern:

Dogmatik, 7 bis 8 Stunden, Moraltheologie, 7 bis 8 Stunden.

Im 4. Jahre:

In beiden Semestern:

Praktische (Pastoral-) Theologie, einschliesslich der Katechetik, Homiletik, Liturgik und der dazu gehörigen Uebungen, zusammen im I. Semester 10 bis 12 Stunden, im II. Semester 7 bis 8 Stunden, Kirchenrecht und kirchlicher Geschäftsstyl 5 bis 6 Stunden.

§. 3. Ausser den vorangeführten Gegenständen sind die im §. 1 genannten Studirenden noch zu hören verpflichtet:

1. An der philosophischen Facultät:

- a) binnen der ersten 3 Jahre ein Collegium über Philosophie.
- b) binnen allen 8 Semestern ein Collegium über österreichische Geschichte.

2. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät:

Im 7. Semester:

Geschichte und Institutionen des römischen Rechts.

§. 4. Welche Collegien ausser den vorangeführten von den Candidaten des theologischen Doctorgrades auszuweisen sind, bestimmt die theologische Rigorosen-Ordnung.

§. 5. Die Professoren der theologischen Facultät haben ihre Vorlesungen so einzurichten, dass es den im §. 1 genannten Studirenden möglich ist, ihren hier normirten Verpflichtungen nachzukommen.

Es sind daher die im §. 2 bezeichneten Collegien alljährlich (beziehungsweise jeden Semester), und zwar ungefähr in der oben bestimmten wöchentlichen Stundenzahl zu lesen und ist jede Stunden-collision zwischen obligaten Fächern desselben Semesters hintanzuhalten.

§. 6. Ausser den im §. 2 bezeichneten sind in angemessenen Zeiträumen noch nachstehende Collegien zu lesen:

- a) Ueber Grammatik des neutestamentlichen Sprachidioms,
- b) über biblische Geschichte: Archäologie,
- c) über biblische Hermeneutik,
- d) über Geschichte des neuen Bibelcanons,
- e) über Patrologie,
- f) über Dogmengeschichte und Apologetik,
- g) über Kirchenslavische Sprache,
- h) über Symbolik der orientalischen Kirche,
- i) Erklärung eines Nemocanons (insbesondere des Nemocanonos XIV titulorum).

§. 7. Hinsichtlich aller wichtigen Disciplinen sind in angemessenen Zwischenräumen Seminarübungen (Conversatorien etc.) an der Facultät abzuhalten, deren Einrichtung in einem von dem Professoren-Collegium verfassten und von dem Minister für Cultus und Unterricht bestätigten Statute bestimmt wird.

§. 8. Die ordentliche Vortragssprache der theologischen Facultät ist wie an den weltlichen Facultäten der Czernowitzer Universität die Deutsche. Eine Ausnahme tritt nur hinsichtlich der praktischen Theologie — Pastoral, Katechetik, Homiletik, Liturgik und der dazu

gehörigen Uebungen — ein, für welche das Rumänische und Ruthenische als ordentliche Vortragssprache gilt.

Ausnahmsweise wird zur Erleichterung des Uebergangs gestattet, dass vorerst der deutsche Vortrag auf Kirchengeschichte, Kirchenrecht und die theologischen Hilfsdisciplinen beschränkt bleibt.

§. 9. Den Studirenden der theologischen Facultät wird ein Semester nur dann angerechnet, wenn sie in einem Jahre obligate oder nichtobligate Collegien in solcher Anzahl frequentirt haben, dass bei gleicher Theilung auf einen Semester mindestens 20 (auf den 4. und 8. Semester mindestens 12) Stunden wöchentlich entfallen. Bei dieser Berechnung zählen auch an anderen Facultäten frequentirte Collegien.

Anhang B.

Provisorische Prüfungs-Ordnung der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der k. k. Czernowitzer Franz Josephs-Universität.

§. 1. Diejenigen Studirenden der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät, welche sich auf Grund ihrer theologischen Studien dem Staats- oder Kirchendienste widmen oder den theologischen Doctorgrad erlangen wollen, haben sich zu Ende des 4. und zu Ende des 8. Semesters einer Prüfung zu unterziehen.

§. 2. Die Prüfung am Ende des 4. Semesters ist eine exegetisch-historische, welche vorgenommen wird:

- a) aus dem Bibelstudium und der Exegese des alten Bundes,
- b) aus dem Bibelstudium und der Exegese des neuen Bundes,
- c) aus der Kirchengeschichte und der kirchlichen Statistik.

§. 3. Die Prüfung am Ende des 8. Semesters ist eine systematisch-praktische, welche vorgenommen wird:

- a) aus der Dogmatik,
- b) aus der Moraltheologie,
- c) aus der praktischen Theologie,
- d) aus dem Kirchenrechte.

§. 4. Das Aufsteigen in den 3. theologischen Jahrgang ohne Ablegung der im §. 2 bezeichneten Prüfung gilt als Verzicht auf die Anstellung im Staats- oder Kirchendienste, sowie auf Erlangung des theologischen Doctorgrades.

Eine nachträgliche Ablegung der Prüfung wird nicht gestattet, und eine Nachsicht derselben nicht gewährt.

Die im §. 3 bezeichnete Prüfung kann auch nach absolvirten theologischen Studien abgelegt werden.

Inwiefern diese Prüfung durch den erlangten theologischen Doctorgrad ersetzt werden kann, wird bei Erlassung der theologischen Rigorosen-Ordnung bestimmt. (§. 12.)

§. 5. Die Anmeldung zur exegetisch-historischen Prüfung erfolgt bei dem Decanate, jene zur systematisch-praktischen Prüfung bei dem Vorstande der betreffenden Prüfungs-Commission. Dem Anmeldungsgesuche muss das Maturitätszeugniss und der Index beiliegen.

§. 6. Die Prüfung wird in jener Sprache vorgenommen, welche für den betreffenden Prüfungsgegenstand die ordentliche Unterrichtssprache ist.

§. 7. Die Approbation der Prüfungscandidaten (§§. 2 und 3) erfolgt mit Zuerkennung des Calcüls „genügend“ aus allen oder mit Zuerkennung des Calcüls „ausgezeichnet“ aus allen oder einzelnen Prüfungsgegenständen.

Die Reprobation (Calcül „ungenügend“) erfolgt auf ein halbes oder ein ganzes Jahr.

§. 8. Candidaten, welche bei der exegetisch-historischen Prüfung auf ein halbes Jahr reprobirt wurden, können in die Gegenstände des 3. Jahrganges provisorisch unter der Bedingung inscribirt werden, dass sie bei wiederholter Prüfung bestehen.

Candidaten, welche bei der exegetisch-historischen Prüfung auf ein ganzes Jahr reprobirt wurden, sind verpflichtet, während desselben Collegien über die Prüfungsgegenstände zu frequentiren, wobei sie die zur Anrechnung der Semester des 2. Jahrganges erforderliche Stundenzahl einzuhalten haben.

§. 9. Bei wiederholter Reprobation sind die Candidaten stets auf ein ganzes Jahr zurückzuweisen.

Oefter als zweimal kann eine Prüfung nicht wiederholt werden.

§. 10. Ueber das Prüfungs-Resultat ist den Candidaten ein Zeugniss auszufertigen und dasselbe sammt dem allfälligen Wiederholungstermine auch im Index anzumerken.

Der Wiederholungstermin ist auch im Zeugnisse ersichtlich zu machen.

§. 11. Die Zusammensetzung der Prüfungscommissionen und die Instruction für dieselben werden in einer besonderen Verordnung normirt.

§. 12. Die Einrichtung der strengen theologischen Doctoratsprüfungen wird auf Grund der Anträge des Professoren-Collegiums in einer besonderen Verordnung normirt.

Anhang C.

Uebergangsbestimmungen zu der Verordnung vom 30. August 1875, betreffend die Aufhebung der griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt in Czernowitz und die Errichtung und Einrichtung der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät an der Czernowitzer Franz Josephs-Universität.

§. 1. Den Professoren der griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt in Czernowitz, welche als ordentliche oder ausserordentliche Professoren an die griechisch-orientalisch-theologische Facultät der Czernowitzer Franz Josephs-Universität berufen werden, wird in Ansehung aller mit ihrer neuen Stellung verbundenen Rechte und Ansprüche die an der Lehranstalt zurückgelegte Dienstzeit so angerechnet, als ob sie dieselbe in gleicher Eigenschaft an einer k. k. Universität zurückgelegt hätten.

§. 2. Studirenden, welche auf Grund eines akademisch giltigen Maturitätszeugnisses an der Czernowitzer griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt aufgenommen worden sind, werden die daselbst ordnungsmässig zurückgelegten Studienjahre in das theologische Facultätsstudium an der Czernowitzer Universität eingerechnet.

Diese Studirenden können daher sofort in die Lehrgegenstände des nächst höheren theologischen Jahrganges inscribirt werden, sie haben jedoch jene obligaten Fächer früherer Jahrgänge, welche sie etwa an der theologischen Lehranstalt nicht gehört haben, an der Facultät nach Möglichkeit nachzutragen.

§. 3. Hat ein solcher Studirender der griechisch-orientalischen Lehranstalt (§. 2) die daselbst zur ordnungsmässigen Zurücklegung eines Jahrganges erforderliche Prüfung nicht bestanden, so hängt es von dem nach Beschaffenheit des Falls zu schöpfenden Urtheile des Professoren Collegiums ab, ob ihm die Inscription in den nächst höheren Jahrgang der Facultät unbedingt oder nur gegen eine besondere Aufnahmeprüfung zu gestatten ist.

§. 4. Studirende, welche etwa ohne ein akademisch giltiges Maturitätszeugniss an der griechisch-orientalischen Lehranstalt aufgenommen worden sind, können an der Facultät nur als ausserordentliche Hörer inscribirt werden und die Rechte der ordentlichen Hörer nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Ministers für Cultus und Unterricht erlangen.

§. 5. Studirende, welche die griechisch-orientalisch-theologische Lehranstalt ordnungsmässig absolvirt haben, können auf Grund ihrer dortigen Studien zu den strengen Prüfungen an der theologischen Facultät dann zugelassen werden, wenn ihre Aufnahme an der erstgenannten Lehranstalt auf Grund eines akademisch giltigen Maturitätszeugnisses erfolgt ist.

§. 6. Ein Studirender des letzten Jahrganges der theologischen Lehranstalt, welcher im Studienjahre 1874/5 die zur ordnungsmässigen Absolvirung desselben erforderliche Prüfung nicht bestanden hat, kann diese Prüfung während des Studienjahres 1875/6 vor den betreffenden Fachprofessoren der Facultät wiederholen.

Besteht er diese Prüfung mit Erfolg, so wird angenommen, dass er das theologische Studium an der griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt ordnungsmässig absolvirt habe (§. 5).

239d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
2. April 1879, Z. 5566,

an das Rectorat der Franz Josephs-Universität in Czernowitz,

mit welchem die Allerhöchst genehmigte Rigorosen-Ordnung für die griechisch-orientalisch-theologische Facultät in Czernowitz kundgemacht wird.

Seine k. und k. Apostliche Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. April d. J. die nachstehende Rigorosen-Ordnung für die griechisch-orientalisch-theologische Facultät in Czernowitz a. g. zu genehmigen geruht.

Rigorosen-Ordnung

für die griechisch-orientalisch-theologische Facultät der k. k. Franz Josephs-Universität in Czernowitz.

§. 1. Das Doctorat der Theologie kann an der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der Universität Czernowitz von Angehörigen der griechisch-orientalischen Kirche durch Ablegung von zwei strengen Prüfungen unter nachfolgenden Voraussetzungen erworben werden.

§. 2. Die Zulassung zu den strengen Prüfungen ist durch den Nachweis bedingt, dass der Candidat die theologischen Studien an der theologischen Facultät in Czernowitz oder an einer anderen österreichischen theologischen Facultät in der Eigenschaft eines ordentlichen Hörers vorschriftsmässig absolviert hat.

Die Ablegung der systematisch-praktischen Prüfung aus der griechisch-orientalischen Theologie (§ 3 der provisorischen Prüfungs Ordnung für die griechisch-orientalisch-theologische Facultät) ist keine nothwendige Vorbedingung für die Zulassung zu den Rigorosen, vielmehr wird diese Prüfung durch den erlangten Doctorgrad ersetzt.

Mit Genehmigung des Ministers für Cultus und Unterricht kann die Ablegung der Rigorosen auch Studirenden gestattet werden, welche ein mindestens dreijähriges theologische Studium an einer griechisch-orientalischen Lehranstalt der Monarchie zurückgelegt haben, dafern diese Candidaten sich mit einem akademisch giltigen Maturitätszeugnisse ausweisen können und ausserdem durch eine entsprechende Anzahl von Semestern Collegien an einer theologischen Facultät frequentirt haben.

Studirende, welche die bestandene griechisch-orientalisch-theologische Lehranstalt in Czernowitz ordnungsmässig absolviert haben, sind von der Facultät zu den strengen Prüfungen zuzulassen, dafern ihre Aufnahme an der erstgenannten Lehranstalt auf Grund eines akademisch giltigen Maturitätszeugnisses erfolgt ist (§. 5 des Anhangs C zu der hierortigen Verordnung vom 30. August 1875, Z. 13240.

§. 3. Das Gesuch um Zulassung zu den strengen Prüfungen ist an den Decan zu richten, welcher dasselbe nach Lage der Sache im eigenen Wirkungskreise, eventuell nach Beschluss des Professoren-Collegiums erledigt oder dem Ministerium vorlegt (§. 2).

Das Maturitätszeugniss, das Absolutorium, sowie die übrigen Documente, auf Grund deren die Zulassung zu den Rigorosen erfolgt, sind beim Decane zu hinterlegen.

§. 4. Die zwei Rigorosen (§. 1) umfassen folgende Prüfungsgegenstände:

I. Bibelstudium und Exegese des alten Bundes, Bibelstudium und Exegese des neuen Bundes (die Exegese sowohl des alten als des neuen Bundes im Urtexte), Kirchengeschichte.

II. Dogmatik, Moraltheologie, praktische Theologie, Kirchenrecht.

Die Rigorosen sind in der vorstehend bezeichneten Reihenfolge abzulegen.

§. 5. Die Rigorosen werden öffentlich abgehalten; jedes derselben dauert mindestens zwei Stunden.

Die Prüfung wird in jener Sprache vorgenommen, welche für den betreffenden Gegenstand an der theologischen Facultät in Czernowitz die ordentliche Vortragssprache ist. Ausnahmen können nur für Candidaten zugelassen werden, welche ihre Studien nicht an der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät in Czernowitz absolvirt haben.

§. 6. Zwischen den zwei Rigorosen soll in der Regel ein Zeitraum von 3 Monaten verstreichen. Wurde jedoch der Candidat beim vorhergehenden Rigorosum einstimmig approbirt, so kann ihm der Decan für das nächste Rigorosum auch einen kürzeren Termin gewähren.

§. 7. Die Prüfungscommission besteht bei jedem Rigorosum aus dem Decan (in dessen Verhinderung dem Prodecan) des Professoren-Collegiums als Vorsitzenden und vier Professoren, welche in der Regel die ordentlichen Professoren der Prüfungsfächer sein sollen (§§. 8 und 9), als Examinatoren.

§. 8. In Ermanglung eines ordentlichen Professors für ein Prüfungsfach oder bei Verhinderung desselben ist der ausserordentliche Professor dieses Faches und in Ermanglung oder Verhinderung auch eines solchen, jener ordentliche oder ausserordentliche Professor beizuziehen, der den betreffenden Gegenstand factisch lehrt oder dessen Fach demselben am nächsten steht.

§. 9. Wird die oben bestimmte Zahl von vier Examinatoren durch die hiernach (§§. 7 und 8) berufenen Vertreter der Prüfungsfächer nicht erschöpft, so ist dieselbe aus der Reihe der übrigen ordentlichen Professoren zu ergänzen. Diese zur Ergänzung der Commission beigezogenen Mitglieder haben jedoch nur das Recht, nicht die Pflicht, zu examiniren.

Die Bestimmung derselben bleibt zunächst dem Uebereinkommen des Professoren-Collegiums überlassen, welches dem Unterrichtsminister zur Genehmigung vorzulegen ist.

§. 10. Würde bei mehrfacher Besetzung eines Prüfungsfaches mit ordentlichen Professoren durch die Beiziehung aller die Zahl von vier Examinatoren überschritten, so haben dieselben in der Theilnahme an dem betreffenden Rigorosum zu alterniren.

§. 11. Der Vorsitzende hat immer das Recht, aber nur dann auch die Pflicht, selbst zu examiniren, wenn er Nominalprofessor eines Prüfungs-

faches ist und ihn im Falle des Alternirens mit anderen Professoren die Reihe trifft. In solchem Falle hat die Prüfungscommission aus noch drei Mitgliedern zu bestehen; der Vorsitzende bezieht in diesem Falle den doppelten Taxbetrag.

§. 12. Jedes Mitglied der Prüfungscommission hat dem Rigorosum vom Anfange bis zum Ende beizuwohnen. Der Abstimmung und Schlussfassung geht eine Besprechung über das Ergebniss der Prüfung voraus.

Die Abstimmung jedes Mitgliedes erfolgt auf Grund des Gesamtergebnisses der Prüfung mit dem Calcül „ausgezeichnet“, „genügend“ oder „ungenügend“. Der Gesamtcalcül wird nach der Stimmenmehrheit geschöpft, im Falle etwaiger Stimmengleichheit (§. 11) nach den ungünstigeren Stimmen.

§. 13. Erhält ein Candidat den Gesamtcalcül „ungenügend“, so kann er zu keinem weiteren Schritte behufs Erlangung des Doctorgrades, sondern nur zur Wiederholung desselben Rigorosums, und zwar nicht vor Ablauf von drei Monaten, zugelassen werden. Wird er hiebei abermals reprobirt, so ist nur mehr eine Wiederholung zulässig. Bei nochmaliger (dritter) Reprobation ist der Candidat von der Erwerbung des Doctorgrades der Theologie an einer Universität der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für immer ausgeschlossen.

§. 14. Für jedes Rigorosum hat der Candidat eine Taxe von 30 fl. ö. W. zu entrichten. Hievon erhält der Vorsitzende und jedes Mitglied der Commission 5 fl.; die erübrigenden 5 fl. sind an den Universitäts-Kanzleifond abzuführen.

Für jede Wiederholung eines Rigorosums ist die halbe Gesamtaxe mit 15 fl. ö. W. zu entrichten. Hievon erhält der Vorsitzende und jedes Commissionsmitglied je 3 fl. Der Beitrag für den Universitäts-Kanzleifond entfällt bei Wiederholungen.

§. 15. Die Einzelntaxbezüge haben die Natur von Präsenzgeldern und können daher nur für die wirkliche Function in Anspruch genommen werden. Ist ein Commissionsmitglied aus was immer für einem Grunde hieran verhindert, so hat der Decan für dessen Ersatz nach den Bestimmungen der §§. 8 bis 10 zu sorgen. Ist dieses nicht mehr thunlich, die Abhaltung des Rigorosums mit den übrigen Commissionsmitgliedern aber doch noch möglich, so ist der erledigte Taxbetrag als ein sich ergebender Rest zu betrachten, dessen Verwendung der Bestimmung des Professoren-Collegiums vorbehalten bleibt.

§. 16. Die Promotion erfolgt unter dem Vorsitze des Rectors und im Beisein des Decans durch einen ordentlichen Professor (per turnum) als Promotor in Form der übrigen Sponsionen.

§. 17. Die Promotionstaxe beträgt 40 fl. ö. W. Hievon beziehen der Rector 15 fl. ö. W., der Decan und der Promotor je 5 fl., der Rest ist an den Universitäts-Kanzleifond abzuführen, aus welchem die Zahlungen für die Ausfertigung des Diploms und sonstige mit der Promotion zusammenhängende Auslagen zu bestreiten sind.

§. 18. Diese Rigorosen-Ordnung tritt sofort in Kraft.

Insoweit dieselbe keine besonderen Bestimmungen enthält, finden die allgemeinen akademischen Vorschriften, welche die Erwerbung des Doctorgrades betreffen, auch auf die Erwerbung des Doctorates der griechisch-orientalischen Theologie Anwendung.

239e) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht
vom 1. Juni 1876, Z. 6208,

womit eine Prüfungs-Commission für die nach der Ministerial-Verordnung vom 30. August 1875 (R.-G.-Bl. Nr. 122) Anhang B von Studirenden der griechisch-orientalischen Theologie der k. k. Universität in Czernowitz abzulegenden Prüfungen eingesetzt und eine Instruction für die Abhaltung dieser Prüfungen erlassen wird.

Zur Ausführung der Bestimmungen der Ministerial-Verordnung vom 30. August 1875, R.-G.-Bl. Nr. 122, Anhang B, wird verordnet, wie folgt:

§. 1. Zur Abhaltung der in Gemässheit dieser Ministerial-Verordnung, Anhang B, von Studirenden der griechisch-orientalischen Theologie der k. k. Universität in Czernowitz abzulegenden Prüfungen wird eine Prüfungs-Commission in Czernowitz niedergesetzt, welche aus zwei Abtheilungen besteht, von denen die eine die exegetisch-historischen, die andere die systematisch-praktischen Prüfungen abhält.

§. 2. Vorstände und Mitglieder beider Abtheilungen dieser Prüfungs-Commission werden — in der Regel auf Antrag des Landes-Präsidenten der Bukowina — vom Minister für Cultus und Unterricht ernannt.

Derselbe beruft in diese Commission die ordentlichen Professoren der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der Czernowitzer Universität, andere Lehrkräfte dieser Universität, so wie sonstige geeignete Persönlichkeiten geistlichen und weltlichen Standes.

§. 3. Die Prüfungs-Commission führt als Siegel den k. k. Adler mit der Umschrift: k. k. Prüfungs-Commission für Studirende der griechisch-orientalischen Theologie in Czernowitz.

§. 4. Die Prüfungs-Commission untersteht unmittelbar dem Minister für Cultus und Unterricht, der Landes-Präsident hat jedoch auf die Angelegenheiten der Commission denjenigen Einfluss zu nehmen, welchen das Interesse des Staats- und Kirchendienstes im Lande erfordert.

Wegen des an diesen Prüfungen betheiligten kirchlichen Interesses ist auch der Erzbischof von Czernowitz und das erzbischöfliche Consistorium berechtigt, auf die Prüfungen den hier näher bestimmten Einfluss zu nehmen.

§. 5. In Gemässheit des im §. 4 normirten Grundsatzes verkehren die Vorstände der Prüfungs-Commission — und zwar jeder für sich

in Angelegenheiten seiner Abtheilung — in der Regel direct mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht, welches seinerseits, so oft es dies erforderlich findet, die Aeussierung des Landes-Präsidenten oder des Erzbischofs, beziehungsweise des erzbischöflichen Consistoriums abverlangt.

Nur in Angelegenheiten von allgemeinem Interesse für den Staats- oder Kirchendienst haben die Vorstände der Prüfungs-Commission ihre Berichte an das Ministerium durch den Landes-Präsidenten vorzulegen, welchem sohin freisteht, seine Aeussierung beizufügen, oder auch die der kirchlichen Behörde abzuverlangen.

Der allfällige Verkehr zwischen der Prüfungs-Commission und dem Erzbischofe wird stets durch den Landes-Präsidenten vermittelt.

§. 6. Der Landes-Präsident sorgt für Localitäten, Kanzleierfordernisse und anderen äussern Bedarf der Commission.

§. 7. Gemeinsame Angelegenheiten beider Abtheilungen der Prüfungs-Commission werden nach gemeinschaftlicher Berathung der Abtheilungs-Vorstände durch den rangälteren Vorstand dem Ministerium (oder dem Landes-Präsidenten) vorgelegt.

Als rangälterer Vorstand gilt, wenn beide Professoren sind, jener, der länger ordentlicher Professor ist, sonst jener, der früher zum Commissions-Vorstande ernannt wurde.

Der rangältere Vorstand nimmt auch jene Zuschriften und Gesuche entgegen, welche an die Commission überhaupt (ohne Beisatz) gerichtet sind und erledigt sie je nach dem Gegenstande entweder selbst, oder verweist sie an den anderen Vorstand.

§. 8. Im Verhinderungsfalle wird der Abtheilungs-Vorstand durch den rangältesten der Commission angehörenden ordentlichen Professor vertreten.

§. 9. Jeder der beiden Commissions-Vorstände ist für den Zustand des Prüfungswesens in seiner Abtheilung verantwortlich.

§. 10. Jeder Commissions-Vorstand führt ein Gestions-Protokoll über die in seiner Abtheilung einlangenden Geschäftsstücke, der rangältere Vorstand auch ein solches über die Geschäftsstücke, welche beide Abtheilungen der Commission betreffen.

§. 11. Wo nicht ein gemeinsames Vorgehen beider Commissions-Vorstände vorgeschrieben ist, entscheidet jeder Abtheilungs-Vorstand über die in seiner Abtheilung eingelangten Angelegenheiten. Es steht ihm indessen frei, zur Entscheidung schwieriger und wichtiger Angelegenheiten eine Conferenz aller Mitglieder der Abtheilung einzuberufen, welche dann unter seiner Leitung beräth.

Der rangältere Vorstand kann auch eine Conferenz sämmtlicher Mitglieder der Prüfungs-Commission einberufen, wenn es sich um die Entscheidung einer wichtigen Angelegenheit für beide Abtheilungen der Commission handelt.

Involvirt die Entscheidung des Vorstandes oder der Conferenz einen Abspruch über Rechte oder Interessen von Parteien (z. B. über die Zulassung zur Prüfung), so ist in der Entscheidung der binnen vier-

zehn Tagen zu ergreifende Recurs an das Unterrichtsministerium vorzubehalten.

§. 12. Die Abtheilungs-Vorstände haben das Recht, dem Landes-Präsidenten die Personen namhaft zu machen, deren Ernennung zu Mitgliedern ihrer Abtheilung sie anstreben (§. 2).

Sie sind zu einem solchen Vorschlage verpflichtet, wenn in Folge Abgangs von Commissions-Mitgliedern eine Lücke in der Commission entstanden ist oder sonst das Bedürfniss nach Vermehrung der Prüfungs-Commissäre eintritt.

§. 13. Die Abtheilungs-Vorstände haben durch geeignete, von Zeit zu Zeit zu veranlassende Kundmachungen in der amtlichen Czernowitzer Zeitung dafür zu sorgen, dass die Prüfungscandidaten in die Kenntniss desjenigen gelangen, was ihnen bezüglich der Vornahme der Prüfungen zu wissen nothwendig ist.

§. 14. Wo sich die Candidaten zur Prüfung zu melden, und welche Belege sie beizubringen haben, bestimmt die provisorische Prüfungs-Ordnung (§. 5). Die Anmeldung hat mittelst eines kurzen schriftlichen Gesuches zu geschehen, die Belege sind im Original beizubringen.

Für den ordentlichen Termin der exegetisch-historischen Prüfung (unten §. 17) muss die Anmeldung bis längstens 1. Juli erfolgen.

Die Zulassung oder Nichtzulassung zur Prüfung wird mittelst Indorsat-Bescheides auf das Anmeldungsgesuch ausgesprochen, wobei im Falle der Zulassung die Beilagen zurückzubehalten sind, im Falle der Nichtzulassung die Recursfrist zu bestimmen ist.

§. 15. Bei der exegetisch-historischen Prüfung übermittelt der Decan der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät nach Ablauf des Meldungstermines das alphabetisch geordnete Verzeichniss der Zugelassenen sammt ihren Belegen im kurzen Wege dem Vorstande der betreffenden Prüfungs-Abtheilung.

§. 16. Der Abtheilungs-Vorstand bestimmt Tag und Stunde der Prüfungen und setzt die Special-Commission zur Abhaltung derselben zusammen.

Bei der exegetisch-historischen Prüfung werden die festgestellten Prüfungstage und die für sie nach der Ordnung des Alphabets bestimmten Candidaten dem Decane der theologischen Facultät zur Verlautbarung am schwarzen Brette bekannt gegeben.

§. 17. Die exegetisch-historische Prüfung wird in den letzten 14 Tagen des Monats Juli abgehalten.

Ausnahmsweise können Candidaten, welche ihre Vorbereitung bis zu diesem Termine nicht zu vollenden vermochten, auch in den ersten Tagen des Monats October zur Prüfung zugelassen werden.

Candidaten, welche bei ihrer ersten Prüfung für ein halbes Jahr zurückgewiesen wurden, haben die Prüfung in den letzten 14 Tagen des darauffolgenden Winter-Semesters zu wiederholen.

§. 18. Für die systematisch-praktische Prüfung werden eigentliche Termine nicht bestimmt, doch sind Candidaten,

welche sich während der letzten 6 Wochen des 8. Semesters zu dieser Prüfung gemeldet haben, zu derselben noch vor Ausgang des Schuljahres zuzulassen.

Candidaten, welche sich später melden, hat der Commissions-Vorstand — mit Ausnahme der Ferien-Monate — längstens 3 Wochen nach der Anmeldung zur Prüfung zuzulassen.

Solche Candidaten müssen ihrem Anmeldungsgesuche auch das Absolutorium beilegen.

§. 19. Bei Zusammensetzung der Special-Commissionen haben die Abtheilungs-Vorstände darauf zu achten, dass alle Mitglieder der Commission möglichst gleichviel in Anspruch genommen werden.

Die Mitglieder der Prüfungs-Commission dürfen nur in jenen Fächern prüfen, für welche sie zu Examinatoren ausdrücklich ernannt sind, was bei Zusammensetzung der Special-Commissionen zu berücksichtigen ist.

Mitglieder, welche wegen Verwandtschafts- oder anderer Verhältnisse zu Prüfungs-Candidaten nicht unbefangen erscheinen, dürfen in die betreffenden Special-Commissionen nicht berufen werden.

Die Zusammensetzung der Special-Commissionen darf nicht verlauten. Die Commissions-Vorstände haben sich daher zur Einladung der Commissäre nur des amtlichen Weges zu bedienen.

§. 20. Da stets einzelne Prüfungs-Commissäre beider Abtheilungen der Commission angehören dürften, so haben die Abtheilungs-Vorstände sich über Tag und Stunde der Prüfungen im Einvernehmen zu erhalten, um Collisionen zu vermeiden.

§. 21. Die Special-Commissionen für die exegetisch-historischen Prüfungen bestehen aus einem Vorsitzenden und zwei Examinatoren, jene für die systematisch-praktischen Prüfungen aus einem Vorsitzenden und drei Examinatoren.

Der Vorsitzende kann ebenfalls aus einem Fache examiniren, er kann jedoch die Commission auch so zusammensetzen, dass er sich am Prüfen nicht betheiligt.

Es steht nichts im Wege, dass ein Examinator auch aus zwei Prüfungsfächern examinirt.

§. 22. Der Erzbischof von Czernowitz hat das Recht, bei jeder Prüfung entweder selbst zu erscheinen oder einen Abgeordneten zu derselben zu entsenden.

Er und sein Abgeordneter ist auch berechtigt, einzelne Fragen an die Candidaten zu richten.

Auf die Berathung und Abstimmung der Prüfungs-Commission nimmt der Erzbischof oder sein Stellvertreter keinen Einfluss.

§. 23. Die Prüfungen werden öffentlich und mündlich abgehalten.

§. 24. Der Vorsitzende hat dafür zu sorgen, dass auf dem Prüfungstische alle Bücher erliegen, die etwa bei der Prüfung aus einzelnen Fächern (z. B. der Exegese) zum Nachschlagen benöthigt werden. Desgleichen müssen die Beilagen der Anmeldungsgesuche der Candidaten den Prüfungs-Commissären zur Hand sein.

§. 25. Für die Dauer der einzelnen Prüfung ist massgebend, dass dieselbe so lange fortzusetzen ist, bis die Commission ein sicheres Urtheil über die Befähigung und Kenntnisse des Candidaten erlangt hat.

Als Minimum der Prüfungdauer wird angenommen:

a) bei der exegetisch-historischen Prüfung:

für 3 Candidaten zusammen $4\frac{1}{2}$ Stunden,

für 2 Candidaten 3 Stunden,

für 1 Candidaten $1\frac{1}{2}$ Stunde;

b) bei der systematisch-praktischen Prüfung:

für 3 Candidaten zusammen 6 Stunden,

für 2 Candidaten zusammen 4 Stunden,

für 1 Candidaten 2 Stunden.

§. 26. Mit wie viel Candidaten die Prüfung zugleich vorzunehmen ist, bestimmt der Abtheilungs-Vorstand anlässlich der Zusammensetzung der Special-Commissionen. In der Regel sollen 2 Candidaten zusammen genommen werden, nur wenn die Zahl der Candidaten eine ungewöhnlich grosse ist, können auch je 3 gleichzeitig examinirt werden.

§. 27. Die Prüfung darf nicht unterbrochen werden. Nur wenn den Candidaten ein Unwohlsein überfällt, das ihn nach Ermessen des Vorsitzenden an der Fortsetzung der Prüfung hindert, kann der Vorsitzende einen zweiten, möglichst nahen Termin zur Fortsetzung der Prüfung anberaumen.

§. 28. Die Prüfungs-Commissäre examiniren in der vom Vorsitzenden bestimmten Reihenfolge. Der Vorsitzende prüft immer zuletzt. Er bestimmt die Dauer der Prüfung aus dem einzelnen Gegenstande, jedoch mit der Beachtung, dass in der Regel für jeden Gegenstand die gleiche Prüfungsdauer Platz zu greifen hat.

Der Vorsitzende ist auch berechtigt, Fragen, die ihm ungehörig erscheinen, zu inhibiren.

§. 29. Wird ein Prüfungs-Commissär durch Unwohlsein oder aus einem anderen Grunde an der Fortsetzung der Prüfung gehindert, so bestimmt der Vorsitzende, ob ein anderer Commissär einzutreten hat, oder die Prüfung in einem anderen Termine, der womöglich noch auf denselben Tag zu bestimmen ist, fortgesetzt werden soll.

§. 30. Der Vorsitzende sorgt für die Handhabung der Ordnung im Prüfungssaale.

Lassen sich die Zuhörer Ungehörigkeiten zu Schulden kommen, so kann der Vorsitzende nach fruchtloser Abmahnung den Saal räumen lassen.

§. 31. Zeigt sich schon in der ersten Stunde der Prüfung, dass der Candidat jedenfalls zu reprobiren ist, so kann ihm der Vorsitzende dieses — nach kurzer Umfrage bei den Commissären — bekannt geben und kann alsdann, jedoch nur mit Zustimmung des Candidaten, die Prüfung nach der ersten Stunde geschlossen, und die Reprobation sofort ausgesprochen werden.

Dieser Vorgang ist im Prüfungs-Protokolle anzumerken.

§. 32. Abgesehen von dem im vorigen Paragraphen erwähnten Falle zieht sich die Commission nach geschlossener Prüfung zur Berathung und Abstimmung über das Prüfungs-Ergebniss zurück.

§. 33. Jeder Prüfungs-Commissär hat seine Stimme nach dem Gesamt-Ergebnisse der Prüfung abzugeben. Der Candidat ist daher zu reprobiren, wenn er auch nur aus einem einzigen Prüfungsgegenstande ungenügende Kenntnisse an den Tag gelegt hat.

§. 34. Der Candidat ist approbirt, wenn die Mehrheit der Prüfungs-Commissäre sich für die Approbation ausgesprochen hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende, dessen Stimme auch sonst immer mitzählt, und zwar ohne Unterschied, ob er sich selbst am Prüfen betheiligt oder nicht.

Ueber die Frage, ob einem Candidaten der Calcül „ausgezeichnet“ aus einzelnen oder aus allen Gegenständen zuzuerkennen sei, kann erst berathen werden, wenn die einstimmige Approbation des Candidaten feststeht.

Ueber die Art des Calcüls aus den einzelnen Gegenständen so wie über die Zeit, auf welche die Reprobation auszusprechen ist, wird ebenso wie über Approbation und Reprobation abgestimmt.

§. 35. Sofort nach vorgenommener Abstimmung wird das Resultat in dem Prüfungs-Protokolle und dem Index angemerkt und das Zeugniß ausgefertigt und dieses letztere, so wie das Protokoll, von den Mitgliedern der Commission unterzeichnet.

Die Anmerkung im Index unterfertigt nur der Vorsitzende.

Das Abstimmungs-Verhältniss — ob nämlich Stimmeneinhelligkeit oder Stimmenmehrheit vorhanden war — wird nur im Protokolle angeführt, Calcül und Reprobationstermin aber auch im Zeugniß und Index.

Dem Zeugniß so wie der Anmerkung im Index wird das Commissionssiegel begedrückt.

§. 36. Nach Ausfertigung der im vorigen Paragraphen bezeichneten Acte begibt sich die Prüfungs-Commission in das Prüfungslocale zurück, wo alsdann das Urtheil der Commission vom Vorsitzenden öffentlich verkündigt wird.

Hiebei wird ausdrücklich bemerkt, ob das Urtheil mit Stimmeneinhelligkeit oder Stimmenmehrheit beschlossen wurde.

Nach der Verkündigung werden den Candidaten die Zeugnisse und die Beilagen des Anmeldungsgesuches behändigt.

§. 37. Gegen das Urtheil der Commission findet kein Recurs statt.

§. 38. Von jeder Reprobation ist das Decanat zu verständigen, damit dieselbe in den Katalogen angemerkt und in eventuell ausgefertigte Index-Duplicate aufgenommen werde.

Auch bei der Prüfungs-Commission sind die Reprobirten von den Abtheilungs-Vorständen in Evidenz zu halten.

§. 39. Für die Prüfung ist eine Taxe von 12 Gulden zu entrichten, welche sammt dem Stempel für das Prüfungs-Zeugniß längstens 24 Stunden vor Abhaltung der Prüfung zu erlegen ist.

Die Befreiung vom ganzen oder halben Collegiengelde befreit entsprechend auch von der Prüfungstaxe. Andere Befreiungen werden nicht gewährt, auch ist bei wiederholter Prüfung die Taxe in jedem Falle zu entrichten.

Die eingegangenen Taxen werden unter den Vorsitzenden und die Prüfungs-Commissäre nach Verhältniss der Zahl der Candidaten, bei deren Prüfung dieselben fungirt haben, vertheilt.

§. 40. Nach Schluss eines jeden Schuljahres erstatten die Abtheilungs-Vorstände Bericht an das Ministerium über die im Verlaufe des Jahres abgehaltenen Prüfungen, woraus zu entnehmen sein muss:

- a) die Gesamtzahl der Geprüften,
- b) die Zahl der Approbirten und der Reprobirten, der Calcül der Approbation und der Termin der Reprobation, dann ob das Urtheil der Commission mit Stimmeneinhelligkeit oder Stimmenmehrheit gefällt wurde,
- c) wie viele der Candidaten sich der Prüfung zum ersten und wie viele zum wiederholten Male unterzogen haben.

Bei diesem Anlasse haben die Commissions-Vorstände auch ihre sonstigen Wahrnehmungen über Fähigkeit und Fleiss der Candidaten, über den Stand des Prüfungswesens im Allgemeinen, über die Nothwendigkeit von Reformen in den Prüfungs- oder Studieneinrichtungen u. s. w. darzulegen.

§. 41. Gleichzeitig mit dem Berichte an das Ministerium haben die Abtheilungs-Vorstände einen solchen auch durch den Landespräsidenten an das erzbischöfliche Consistorium zu leiten.

In diesem Berichte sind die Candidaten mit Vor- und Zunamen und Geburtsort anzuführen und bei jedem Einzelnen die oben sub b) und c) bezeichneten Daten beizufügen.

Ausserdem haben die Commissions-Vorstände bei diesem Anlasse über Alles zu berichten, was für die kirchliche Behörde von Interesse sein kann.

§. 42. Die Prüfungs-Zeugnisse sind nach dem beifolgenden Formulare auszufertigen.

In dem Prüfungs-Protokolle sind die Prüfungen nach fortlaufenden Nummern anzuführen; dasselbe muss die oben im §. 31 und 35 angeführten Daten und eine Rubrik für Anmerkungen enthalten.

Das Protokoll ist nur einfach zu führen, doch haben die Commissions-Vorstände ein amtliches Verzeichniss der Geprüften anzulegen, in welchem bei Jedem derselben Jahr und Tag der Prüfung angegeben und die Nummer des Protokolls, unter der die Prüfung eingetragen wurde, bezogen ist.

239 f) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 16. October 1875, Z. 16300*)

an den akademischen Senat der Universität in Czernowitz,
betreffend die Erläuterung einiger Bestimmungen der provisorischen Prüfungsordnung der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der Universität Czernowitz.

Auf die mit Bericht vom gestellten Anfragen wird dem akademischen Senate Nachstehendes eröffnet:

1. Es entspricht dem Geiste der Uebergangs-Bestimmungen zu der h. o. Verordnung vom 30. August d. J., Z. 13240, dass Studirende der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät, welche einen für ihren Lehrgang vorgeschriebenen Gegenstand bereits an der bestandenen griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt gehört haben, nicht verpflichtet sind, denselben an der Facultät abermals zu belegen, vorausgesetzt, dass der Gegenstand der Vorträge vollkommen identisch ist.

2. Hinsichtlich der Frage, ob die Studirenden des heurigen 4. theologischen Jahrganges zur Frequenz der Collegien über theologische Encyklopädie und Methodologie, Philosophie und österreichische Geschichte zu verhalten sind, wird auf §. 2, Abs. 2 der citirten Uebergangs-Bestimmungen verwiesen, wobei die Beurtheilung, inwieweit die Nachtragung der genannten Collegien möglich ist, selbstverständlich dem Professoren-Collegium zusteht.

3. Hinsichtlich des Collegiums über römisches Recht wird gestattet, dass dasselbe nach Wahl der Studirenden im 5. oder 7. Semester gehört werden kann.

4. Hinsichtlich der Studirenden, welche gegenwärtig in das 3. und 7. Semester treten, wird angeordnet, dass dieselben bei der von ihnen am Schlusse des laufenden Studienjahres abzulegenden exegetisch-historischen, resp. systematisch-praktischen Prüfung aus denjenigen Lehrgegenständen zu dispensiren sind, über welche sie bereits an der bestandenen griechisch-orientalisch-theologischen Lehranstalt Semestral- oder Annualprüfungen mit gutem Erfolge abgelegt haben, vorausgesetzt, dass diese Prüfungen das ganze Gebiet des betreffenden Lehrgegenstandes umfassten.

239 g) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 31. October 1881, Z. 11507,

betreffend die Voraussetzungen der den Prüfungscandidaten der griechisch-orientalischen Theologie an der Universität Czernowitz zustehenden Befreiung von der Entrichtung der Prüfungstaxe.

Ich finde mich bestimmt, anzuordnen, dass die in Gemässheit des §. 39 der Ministerial-Verordnung vom 1. Juni 1876, Z. 6208 **) den

*) Die Aufnahme dieses Min.-Erl. erfolgte hauptsächlich wegen Punkt 3 desselben, welcher eine Modification der provisorischen Prüfungs-Ordnung für die griechisch-orientalisch-theologische Facultät in Czernowitz enthält.

**) Ministerial-Verordnungsblatt vom Jahre 1876, Nr. 21, Seite 87.

Prüfungscandidaten der griechisch-orientalischen Theologie an der Universität Czernowitz aus dem Titel einer Befreiung vom Collegiengelde zustehende Befreiung von der ganzen oder halben Prüfungstaxe nur bezüglich jener Prüfungen geltend gemacht werden kann, welche der Candidat innerhalb des auf sein letztes Studiensemester nächstfolgenden Studienjahres ablegt. Für später abgelegte Prüfungen ist der Candidat unbedingt zur Entrichtung der vollen Taxe verpflichtet.

239h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
20. Juli 1881, Z. 9410,

an den Vorstand der Prüfungscommission für Studirende der griechisch-orientalischen Theologie in Czernowitz,

betreffend die Ausfertigung der Zeugnisse für die bei einer dieser Prüfungen mit Stimmeneinhelligkeit approbirten Candidaten.

Ich finde anzuordnen, dass in den Fällen, wo ein Candidat bei einer der Prüfungen für Studirende der griechisch-orientalischen Theologie mit Stimmeneinhelligkeit (wenn auch ohne Auszeichnung) approbirt wird, die Thatsache der einstimmig erfolgten Approbation in dem betreffenden Prüfungszeugnisse ausdrücklich anzuführen ist.

In die Prüfungszeugnisse der mit Stimmenmehrheit approbirten Candidaten ist ein bezüglicher Beisatz nicht aufzunehmen.

Im Uebrigen bleiben die bestehenden Vorschriften unverändert.

239i) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. Juli 1877, Z. 9761 ex 1876,

an das Professoren-Collegium der theologischen Facultät in Czernowitz und den Landespräsidenten der Bukowina,

betreffend die Errichtung eines theologischen Seminars an der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät in Czernowitz.

Mit dem citirten Erlasse wurde die Errichtung eines theologischen Seminars an der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät in Czernowitz auf Grund der nachstehenden provisorischen Statuten genehmigt.

Provisorische Statuten

des theologischen Seminars an der griechisch-orientalisch-theologischen Facultät der k. k. Universität in Czernowitz.

§. 1. Zweck.

Das theologische Seminar ist eine mit der theologischen Facultät der k. k. Franz Josephs-Universität verbundene Anstalt, die zum Zweck hat: die Erweiterung und Vertiefung des in den theologischen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger

wissenschaftlicher Arbeit, zum Theil auch die Vorbereitung für die theologische Praxis.

§. 2. Eintheilung.

Dieses theologische Seminar zerfällt nach den wichtigeren Disciplinen des Lehrplanes der Facultät in acht Abtheilungen, nämlich in die Seminar-Abtheilung für:

1. Die alttestamentliche exegetische Theologie;
2. die neutestamentliche exegetische Theologie;
3. die historische Theologie, mit einer besonderen Unter-Abtheilung für die Patrologie;
4. die dogmatische Theologie;
5. die Moraltheologie;
6. die praktische Theologie;
7. das Kirchenrecht;
8. die Katechetik.

Das Professoren-Collegium sorgt bei der Feststellung der Vorlese-Ordnung dafür, dass in jedem Semester so viele Abtheilungen thätig seien, als die Verhältnisse der Facultät und der Zweck der Seminar-Einrichtungen es erfordern.

§. 3. Leitung der Seminar-Uebungen.

Die Seminar-Uebungen werden von den betreffenden ordentlichen und ausserordentlichen Professoren geleitet. Ausnahmsweise können vom Professoren-Collegium zur Leitung derselben Privatdocenten, welche sich hiezu erbieten, zugelassen werden.

Die katechetischen Uebungen leitet immer der Docent der Katechetik.

§. 4. Verwaltung des Seminars.

Die Verwaltung der Seminar-Angelegenheiten wird durch die Gesammtheit der an dem Seminar beschäftigten akademischen Docenten unter dem Vorsitz des jeweiligen Decans besorgt.

Bei allen Beschlüssen der Seminarverwaltung entscheidet die Mehrheit der Stimmen, bei Stimmengleichheit der Vorsitzende.

§. 5. Mitglieder.

An den Seminar-Uebungen können alle an der theologischen Facultät inscribirten ordentlichen und ausserordentlichen Hörer sich betheiligen. Wirkliche Mitglieder des Seminars aber können nur ordentliche Hörer der theologischen Facultät sein und behalten dieses Recht noch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium.

Die Aufnahme als wirkliches Mitglied in eine Seminar-Abtheilung ist an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die Disciplin, mit welcher sich die Abtheilung beschäftigt, wenigstens durch ein Semester besucht habe.

Ausnahmen hievon können von dem Leiter der Abtheilung, in welcher die Aufnahme gewünscht wird, dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der oben bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann. In einem solchen

Falle ist der Aufnahmswerber gehalten, über Verlangen des Leiters der Seminar-Abtheilung seine Vorkenntnisse durch eine mündliche oder schriftliche Prüfung auszuweisen. Abgesehen von dem Grunde mangelnder Vorkenntnisse kann die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung in der Regel nur wegen beharrlichen Unfleisses in dem Besuche der Vorlesungen oder früheren Seminar-Uebungen verweigert werden. Aus diesem Grunde kann auch die Ausschliessung bereits aufgenommener Mitglieder erfolgen.

Die Aufnahme der Mitglieder in's Seminar findet durch den Leiter der betreffenden Seminar-Abtheilung statt. Ueber dieselben ist ein besonderer Vormerk zu führen.

§. 6. Seminar-Uebungen.

Die Seminar-Uebungen bestehen theils in mündlichen Vorträgen und Erörterungen, theils in schriftlichen Ausarbeitungen, und wirkliche Mitglieder sind verpflichtet, sich an allen Uebungen thätig zu betheiligen. Ist Einer aber Mitglied mehrerer Seminar-Abtheilungen, so ist er in schriftlichen Ausarbeitungen nur in einer Abtheilung gehalten.

Die Uebungen sind so einzurichten, dass sie stets für ein Semester ein gleichartiges Ganzes bilden.

Die Ankündigung und das Abmelden der Seminar-Uebungen erfolgt in derselben Weise wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen.

Die Seminar-Uebungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet.

Die vom Leiter einer Seminar-Abtheilung ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminar-Uebungen gilt in derselben Weise wie die Colloquien-Zeugnisse als Nachweis entsprechender Verwendung.

Der Unterricht im Seminar ist unentgeltlich.

§. 7. Prämien.

Gelungene schriftliche Arbeiten werden prämiirt.

Zu diesem Zwecke bezieht die Seminar-Anstalt aus dem Bukowinaer griechisch-orientalischen Religionsfonde jährlich einen Betrag von zweihundert Gulden.

Das Prämium darf nicht fünfzig Gulden überschreiten.

Die Prämien werden durch die Seminarverwaltung verliehen.

§. 8. Seminar-Bibliothek.

Das Seminar-Institut hat eine eigene Bibliothek, welche den Mitgliedern zu möglichst freier Benützung zur Verfügung gestellt wird.

Als Dotation erhält die Seminar-Bibliothek aus dem Bukowinaer griechisch-orientalischen Religionsfonde jährlich den Betrag von dreihundert Gulden.

Das Geld wird zu Händen des jeweiligen Decans angewiesen und von der Verwaltung unter die im betreffenden Schuljahre fungirenden Seminar-Abtheilungen vertheilt.

Die Verrechnung der Dotation der Seminar-Bibliothek liegt dem Decan ob.

Derselbe hat die diesbezüglichen documentirten Rechnungen der Leiter der einzelnen Seminar-Abtheilungen dem h. k. k. Bukowinaer Landespräsidium vorzulegen.

§. 9. Schlussbestimmung.

Am Schlusse des Sommersemesters hat die Seminarverwaltung einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Leistungen des Seminars im abgelaufenen Studienjahre an das hohe k. k. Unterrichtsministerium zu erstatten.

V. Rechts- und staatswissenschaftliche Facultät.

Unterabtheilung a: Juridische Studienordnung und Erläuterung derselben.

250 c) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 1. Juni 1880, Z. 8258,

betreffend die Behandlung jener Studirenden der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät, welche ihre ordentlichen juristischen Studien mit einem Sommersemester beginnen oder von einer anderen Facultät übertreten.

Auf Grund Allerhöchster Entschliessung vom 28. Mai 1880 finde ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Studirende, welche die Maturitätsprüfung vor Beginn des Wintersemesters nicht mit Erfolg abgelegt haben, können zwar in beliebige Gegenstände des I. Jahrganges der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien als ausserordentliche Studirende inscribirt werden, das in dieser Eigenschaft zugebrachte ausserordentliche Semester ist ihnen aber in keinem Falle in die gesetzliche Studienzeit einzurechnen.

§. 2. Falls solche Studirende vor Beginn des Sommersemesters die Maturitätsprüfung mit Erfolg bestanden und sohin ihre Aufnahme als ordentliche Studirende für das Sommersemester erwirkt haben, können sie nach vier, in der Eigenschaft von ordentlichen Studirenden zugebrachten Semestern im sogenannten Ostertermine zur rechtshistorischen Staatsprüfung zugelassen werden, vorausgesetzt, dass sie in diesen vier Semestern alle für das erste Biennium vorgeschriebenen obligaten Gegenstände ordnungsmässig frequentirt haben.

§. 3. Solchen Studirenden hat der Decan der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät den Studiengang in der Art zu bestimmen, dass auch die von ihnen in dem ausserordentlichen Semester besuchten obligaten Gegenstände im Laufe der vier ordentlichen Semester, soferne dies ohne Stundencollision möglich ist, nochmals gehört werden; nur rücksichtlich der an der philosophischen Facultät zu hörenden Gegenstände ist diese wiederholte Frequenz nicht zu verlangen.

§. 4. Hat ein solcher Studirender die rechtshistorische Staatsprüfung am Schlusse eines Wintersemesters mit Erfolg abgelegt, so ist er nach vier weiteren Semestern, in welchen er die Gegenstände des zweiten Bienniums zu frequentiren hat, zur judiciellen Staatsprüfung zuzulassen und ihm das Absolutorium auszufolgen.

Auch für das zweite Biennium hat der Decan einem solchen Studirenden den Studiengang, und zwar derart vorzuzeichnen, dass juristische Collegien des zweiten Bienniums, welche der Studirende etwa noch vor abgelegter rechtshistorischer Staatsprüfung gehört hat, in der Regel (§. 3) nochmals frequentirt werden müssen; nur das Collegium

über Nationalökonomie kann ausnahmsweise schon in dem letzten Semester des ersten Bienniums mit voller Rechtswirkung frequentirt werden.

§. 5. Die vorstehenden Bestimmungen (§§. 2—4) haben auch auf jene Studirenden Anwendung zu finden, welche ein Semester als ordentliche Studirende an einer anderen als der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugebracht haben und in einem Sommersemester an die letztgedachte Facultät übertreten.

§. 6. Studirenden, welche zwei oder mehrere Semester an einer anderen als der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugebracht haben, kann das Professoren-Collegium mit Rücksichtnahme auf deren bisherige Studienrichtung und Verwendung gestatten, die Gegenstände des ersten und zweiten Jahrganges im Verlaufe von zwei oder drei Semestern zu absolviren und sich am Schlusse dieser Semester in dem regelmässigen (Juli- oder October-) Termine der rechtshistorischen Staatsprüfung zu unterziehen.

Dieses darf jedoch nur unter der Voraussetzung geschehen, dass das bisher betriebene Studium wenigstens einigermaßen und nach einer gewissen Richtung als eine Vorbereitung für die juristischen Studien angesehen werden kann, dass ferner für jedes fehlende juristische Semester wenigstens zwei an einer anderen Facultät zugebrachte Semester in Anrechnung gebracht werden und dass endlich sämtliche obligate Gegenstände des ersten Bienniums ordnungsmässig frequentirt wurden. Lediglich der Besuch der an der philosophischen Facultät zu hörenden Collegien kann auch dem zweiten Biennium vorbehalten werden.

250d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 30. October 1878, Z. 17.238,

an die Decanate sämmtlicher rechts- und staatswissenschaftlicher Facultäten,
womit Weisungen betreffend die Anrechenbarkeit der an der Agramer juristischen Facultät zurückgelegten Rechtsstudien getroffen werden.

Auf Grund der mir mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. October d. J. ertheilten Ermächtigung finde ich dem Decanate Nachfolgendes zu eröffnen:

Die mit dem hierortigen Erlasse vom 28. September 1868, Z. 8318, verlautbarte Allerhöchste Entschliessung vom 19. September 1868 *), womit gestattet wurde, dass die absolvirten Studirenden der Agramer Rechtsakademie an jeder Universität der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ohne Weiteres zu den Rigorosen und zur Promotion zugelassen werden und dass der Uebergang von Studirenden der Akademie ohne Weiteres nur mit Wahrung des rechtmässig erreichten Jahrganges stattfinde, hat auch rücksichtlich der an Stelle der

*) Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub V a, Nr. 249.

Rechtsakademie getretenen juristischen Facultät in Agram unverändert zu gelten.

Ferner haben die Bestimmungen dieser Allerhöchsten Entschliessung auch auf die die Agramer Universität besuchenden Studirenden der Rechte aus Istrien und Dalmatien volle Anwendung zu finden, wobei nur ausdrücklich bemerkt wird, dass solche Studirende selbstverständlich um die Qualification für den staatlichen Conceptsdienst oder eine öffentliche juristische Praxis in den im Reichsrathe vertretenen Ländern zu erlangen, die Rigorosen oder die judicielle und staatswissenschaftliche Staatsprüfung in diesen Ländern abgelegt haben müssen.

Diese Bestimmungen wolle das Decanat in vorkommenden Fällen zur Richtschnur nehmen.

250 e) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 9. Mai 1882, Z. 7601,

an die Decanate sämtlicher rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten,
betreffend die Immatriculation von Studirenden österreichischer Staatsangehörigkeit an einer Universität der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder auf Grund eines Abgangszeugnisses der Agramer Universität.

Mit dem auf Grund Allerhöchster Entschliessung vom 19. September 1868 ergangenen Ministerial-Erlasse vom 28. September 1868, Z. 8318, *) wurde gestattet, dass die absolvirten Studirenden der Agramer Rechtsakademie an jeder Universität der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ohneweiters zu den Rigorosen und zur Promotion zugelassen werden, und dass der Uebergang von Studirenden dieser Rechtsakademie an eine österreichische Universität ohneweiters und nur mit Wahrung des rechtmässig erreichten Jahrganges stattfinden kann, eine Bestimmung, die in Gemässheit des zufolge Allerhöchster Entschliessung vom 16. October 1878 erflossenen Ministerial-Erlasses vom 30. October 1878, Z. 17238, **) auch rücksichtlich der an Stelle der Rechtsakademie getretenen juristischen Facultät in Agram unverändert zu gelten hat.

Durch diese Bestimmung sind jedoch die übrigen für die Zulassung zum Studium an einer österreichischen Universität bestehenden Anordnungen selbstverständlich in keiner Weise berührt worden, und es besteht daher insbesondere auch die Vorschrift, dass österreichische Staatsangehörige, welche die Maturitätsprüfung nicht an einem hiesigen Gymnasium bestanden haben, nur ausnahmsweise mit hierortiger Bewilligung als ordentliche Studirende aufgenommen werden können (Ministerial-Erlass vom 8. März 1869, R.-G.-Bl. Nr. 31, auch

*) Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub V a, Nr. 249.

**) Aufgenommen im vorliegenden Bande sub V a, Nr. 250 d.

hinsichtlich der von der Agramer Universität übertretenden Studirenden in voller Kraft.

Da nun in letzter Zeit Fälle vorgekommen sind, dass solche Studirende, ungeachtet sie die Maturitätsprüfung an einem Gymnasium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nicht bestanden haben, sofort an einer hierländigen Universität immatriculirt wurden, so sehe ich mich veranlasst, das Decanat aufmerksam zu machen, dass Studirenden der Rechte, welche österreichische Staatsangehörige sind, die Immatriculation an einer Universität der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder auf Grund eines Abgangszeugnisses der Agramer Universität nur dann zu gestatten ist, wenn die erwähnten Studirenden entweder die Maturitätsprüfung an einem hierländigen Gymnasium bestanden oder die ausnahmsweise Anerkennung ihres anderwärts erworbenen Maturitätszeugnisses im Sinne des Ministerial-Erlasses vom 8. März 1869, R.-G.-Bl. Nr. 31, erwirkt haben.

250f) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
30. Juni 1877, Z. 10.017,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Lemberg,
**womit die Ausfolgung des Absolutoriums über die juristischen Studien an
einen Privatisten als unstatthaft erklärt wird.**

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

In Erledigung des Berichtes vom . . . finde ich, dem Gesuche des Studirenden der Rechte . . . um Ausfolgung des Absolutoriums keine Folge zu geben, da derselbe über sein Ansuchen mit dem h. o. Erlasse vom . . . auf Grund des Absatzes 7 des Ministerial-Erlasses vom 2. October 1855, Z. 15162,*) ausnahmsweise als Privatist zu den Staatsprüfungen zugelassen wurde, auf Ausfolgung des Absolutoriums aber nur diejenigen Studirenden Anspruch haben, welche in der Eigenschaft eines ordentlichen, öffentlichen Hörers ordnungsmässig die juristischen Studien absolvirt haben.

250 g) Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht
vom 29. September 1856, Z. 14.709,

wirksam für alle Kronländer,

**womit die Bestimmungen der Allerh. Entschliessung vom 17. September 1856,
betreffend die Zulassung von Individuen, die bei einer öffentlichen Behörde in
Verwendung stehen oder practiciren, zur Aufnahme als ordentliche oder ausser-
ordentliche Hörer öffentlicher Vorlesungen über rechts- und staatswissenschaft-
liche, sowie auch über technische Gegenstände, kundgemacht werden.**

Se. k. k. Apostol. Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 17. September 1856, unter Aufhebung der diesfalls

*) Aufgenommen sub V a, Nr. 240 im I. Bde. dieser Sammlung.

bestehenden älteren Vorschriften, allergnädigst zu bestimmen geruht, dass alle bei was immer für einer öffentlichen Behörde bleibend oder provisorisch, mit oder ohne Gehalt angestellten und in Verwendung befindlichen Beamten und practicirenden Individuen zur Aufnahme als ordentliche oder ausserordentliche Hörer und sohin zum Besuche der Vorlesungen über rechts- und staatswissenschaftliche Studien auf Universitäten und Rechtsakademien, sowie auch über technische Studien an Oberrealschulen und höheren technischen Lehranstalten zuzulassen sind, insoferne sie nach den durch die allgemeinen Studiengesetze diesfalls vorgezeichneten Vorbedingungen hiezu geeignet erscheinen, und nicht die Pflichten ihrer amtlichen Stellung durch den Besuch der Vorlesungen eine Beeinträchtigung erleiden.

In letzterer Beziehung werden sie bei ihrer Meldung zur Immatriculation oder Inscription die amtliche Bewilligung des Chefs der betreffenden Landesbehörde, in den Fällen aber, wenn ein Bewilligungswerber im Gremium einer Centralstelle angestellt ist, verwendet wird oder practicirt, des Chefs der bezüglichen Centralstelle beizubringen haben.

Diese Bewilligungen haben stets zunächst nur auf ein Studienjahr zu lauten.

Nach Erforderniss des Dienstes wird die ertheilte Bewilligung jederzeit wieder zurückgenommen werden können.

Sollte die Immatriculation, Inscription oder ein Studienzeugniss ohne die gedachte amtliche Bewilligung erlangt werden, so sind dieselben für null und nichtig anzusehen.

Die Vorsteher der betreffenden Lehranstalten oder Lehrabtheilungen, sowie die Docenten, haben die bezüglichen Daten in ihren Registern oder Katalogen genau anzumerken.

Zum Abschnitte V.

Unterabtheilung b: Specielle Anordnungen über die Unterrichtssprache an einigen juristischen Facultäten.

256 a) Auszug aus dem Erlasse des Staatsministeriums vom 25. Februar 1864, Z. 1192,*)

an den Statthalter für Tirol,

betreffend die Einführung von Vorträgen in italienischer Sprache im I. Biennium an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Innsbruck.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Februar d. J. allergnädigst zu gestatten geruht,

*) Die Einführung von italienischen Vorträgen im II. Biennium und die Vermehrung der Dotation auf 5000 fl. erfolgte durch Min.-Erl. vom 9. October 1869, Z. 9166 (sub V b, Nr. 256 im I. Bde. dieser Sammlung).

dass an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Innsbruck vom Studienjahre 1864/65 an die schwierigeren Lehrfächer der ersten zwei Jahrgänge auch in italienischer Sprache vorgetragen werden dürfen und für diese Vorträge eine jährliche Dotation im Gesamtbetrage von 1800 fl. aus dem tirolischen Studienfonde angewiesen werde.

Die Bestimmung der genaueren Modalitäten der Abhaltung dieser Vorträge bleibt dem Staatsministerium vorbehalten.

Zum Abschnitte V.

Unterabtheilung c: Besondere Stipendienvorschriften für die juristische Facultät.

261 a) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 15. April 1874, Z. 3822,

an den Statthalter für Tirol,

womit der Fortbezug eines Stipendiums nach absolvirtem juristischen Quadriennium behufs Ablegung der II. und III. theoretischen Staatsprüfung als unzulässig bezeichnet wird.

Die auf Allerhöchsten Entschliessungen beruhende Begünstigung der Mediciner und Rechtshörer, nach welcher dieselben im Genusse des bis zur Studienvollendung bezogenen Stipendiums auf ein weiteres Jahr behufs Erwerbung des Doctorgrades belassen werden, kann auf Juristen, welche nach Absolvirung der Studien sich der zweiten und dritten theoretischen Staatsprüfung unterziehen wollen, umsoweniger Anwendung finden, als im entgegengesetzten Falle nur eine Prämie für den Aufschub dieser Prüfungen statuirt würde.

Zum Abschnitte V.

Unterabtheilung d: Theoretische Staatsprüfungen.

287 c) Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom 31. October 1877, Z. 9087,

betreffend die Anberaumung ausserordentlicher Prüfungstermine für Candidaten, welche an der Ablegung der rechtshistorischen Staatsprüfung im ordentlichen Termine verhindert waren.

Die rücksichtlich der Zulassung zur rechtshistorischen Staatsprüfung bestehenden Vorschriften, wonach als ordentliche Termine lediglich der Juli- und Octobertermin bestimmt sind und im Ostertermine ausschliesslich Candidaten zugelassen werden, welche in einem dieser Termine repro- birt wurden, können in jenen Fällen zu einer nicht gerechtfertigten

Härte führen, wo ein Candidat durch einen unverschuldeten Unfall an dem Erscheinen im ordentlichen Termine verhindert war und sohin in Anwendung der gedachten Vorschriften eines Studienjahres verlustig wird.

Um nun einerseits der hierin liegenden Unbilligkeit abzuhelpfen, andererseits aber zugleich der Gefahr eines Missbrauches nach Thunlichkeit zu begegnen, finde ich anzuordnen, dass Candidaten, welche an der Ablegung der rechtshistorischen Staatsprüfung im ordentlichen Termine ohne ihr Verschulden verhindert waren, zur Ablegung derselben in ausserordentlichen Terminen, jedoch nur unter nachstehenden Voraussetzungen und Modalitäten zugelassen werden können:

1. Eine solche ausnahmsweise Zulassung wird nur Candidaten gewährt, welche sich zur Ablegung der rechtshistorischen Staatsprüfung im Octobertermine rechtzeitig gemeldet hatten und an dem Erscheinen in diesem Termine ohne ihr Verschulden verhindert waren. Eine weitere Voraussetzung ist, dass ein solcher Candidat sein Ausbleiben vor der Prüfung entschuldigt und um Anberaumung eines ausserordentlichen Prüfungstermines im Laufe des Wintersemesters gebeten hat.

2. Die Zulassung in dem ausserordentlichen Prüfungstermine findet nur statt, wenn der Candidat in einer alle Zweifel ausschliessenden Weise darzuthun vermag, dass ihm das Erscheinen im Octobertermine in Folge unverschuldeter und unabwendbarer Hindernisse unmöglich war. Bestand das Hinderniss in Krankheit des Candidaten, so muss das Krankheitszeugniss jedenfalls vom Landesmedicinalrathe oder Bezirksarzte bestätigt sein. Auch ein solches Krankheitszeugniss gibt jedoch noch keinen unbedingten Anspruch auf Zulassung zur Prüfung im ausserordentlichen Termine. Auf die Zulassung haben ferner nur solche Candidaten Anspruch, deren Verhalten stets den akademischen Gesetzen gemäss war und welche die Collegien ordnungsmässig frequentirt haben.

3. Die Zulassung in dem ausserordentlichen Prüfungstermine kann nur vom Ministerium für Cultus und Unterricht auf einen vom Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät nach Einvernehmung des Präses der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission hierauf gestellten Antrag bewilligt werden. Sind das Professoren-Collegium und der Präses der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission einverständlich gegen die Zulassung, so ist der Candidat zurückzuweisen, ohne dass gegen die Zurückweisung eine Beschwerde offen stünde. Wird dem Ansuchen Folge gegeben, so ist dem Candidaten damit zugleich die Bewilligung ertheilt, sich provisorisch in die Gegenstände des dritten Jahrganges einschreiben zu lassen.

4. Für die Abhaltung dieser Prüfungen wird kein bestimmter Termin festgesetzt, sondern es wird der Prüfungstag, nach Zulass der Umstände und unter möglichster Berücksichtigung des von dem Candidaten gestellten Ansuchens, vom Präses der Staatsprüfungs-Commission von Fall zu Fall bestimmt. Ist die Zulassung zur Prüfung mehreren Candidaten bewilligt, so sind dieselben nach Massgabe der allgemeinen Vorschriften (§. 83 der Prüfungs-Instruction) womöglich für denselben Tag zur Prüfung vorzuladen.

Ein späterer als der Ostertermin kann für die Ablegung dieser Prüfungen nicht zugestanden werden (1).

5. Wird der Candidat bei der Prüfung im ausserordentlichen Termine approbirt, so wird ihm das Wintersemester in das vorgeschriebene Quadriennium eingerechnet. Im Falle der Reprobation ist die Wiederholung der Prüfung frühestens im nächsten Julitermine zu gestatten und verliert die provisorische Inscription (4) ihre Wirksamkeit.

287d) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 28. Juni 1881, Z. 4918,

an den Präses der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission in Wien, womit einige Bestimmungen des Min.-Erl. vom 31. October 1877, Z. 9087, betreffend die Einführung eines ausserordentlichen Termines zur Abhaltung der rechtshistorischen Staatsprüfungen erläutert werden.

In dem Berichte vom 3. April d. J. haben Euer... auf die Uebelstände hingewiesen, welche mit dem in Folge des h. o. Erlasses vom 31. October 1877, Z. 9087 eingeführten ausserordentlichen Termine für die rechtshistorischen Staatsprüfungen verknüpft sind, und die Mittel zur Sprache gebracht, welche geeignet wären, diesen Uebelständen wenigstens theilweise zu begegnen.

Ohne auf die Motive zurückzukommen, welche für die Zulassung eines solchen ausserordentlichen Termines ausschlaggebend waren, finde ich nur in letzterer Richtung Folgendes zu bemerken:

Das Präsidium wünscht die Bestimmung eines Präclusivtermines (etwa Ende October), bis zu welchem die Gesuche um Anberaumung eines ausserordentlichen Termines zu überreichen sind. In dem citirten h. o. Erlasse ist diesfalls von der Voraussetzung ausgegangen, dass das Gesuch um Bewilligung eines ausserordentlichen Termines gleichzeitig mit der Entschuldigung des Ausbleibens von dem ordentlichen Termine einzubringen ist. Da sich das strenge Festhalten an diesem Grundsatz in manchen Fällen als zu hart erwiesen hat, ist — das Vorhandensein der übrigen Erfordernisse vorausgesetzt — die Zulassung auf den im Einvernehmen mit Euer... gestellten Antrag des Professoren-Collegiums ausnahmsweise auch in Fällen zugestanden worden, wo das Gesuch um Bewilligung des ausserordentlichen Termines erst nachträglich eingebracht worden war.

Eine grössere Strenge in dieser Richtung herbeizuführen wird aber durchaus von dem Vorgehen des Präsidiums der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission und des Professoren-Collegiums abhängen, da nach den Bestimmungen des erwähnten h. o. Erlasses in dem Falle, wo diese beiden Factoren diesfalls einig sind, ohneweiters die Zurückweisung der betreffenden Gesuche zu erfolgen hat. Es wird daher insbesondere auch nichts dagegen zu erinnern sein, vielmehr der Tendenz dieses Erlasses durchaus entsprechen, wenn daran festgehalten

und auch ausdrücklich ausgesprochen wird, dass nur solche Gesuche um Anberaumung eines ausserordentlichen Termines in weitere Verhandlung genommen werden, welche bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte eingebracht worden sind; dass dagegen alle später einlangenden Gesuche ohneweiters zurückgewiesen werden. Selbstverständlich wird übrigens auch daran festzuhalten sein, dass die vorgeschriebene Abmeldung von der Prüfung (§. 1 der h. o. Verordnung) stattgefunden haben muss.

Was die von Euer... ferner angeregte Festsetzung eines Termines vor Weihnachten für die Vornahme der betreffenden Prüfungen anlangt, so bemerke ich, dass in Gemässheit des h. o. Erlasses vom 31. October 1877 die Bestimmung des Termines dem Ermessen des Präsidiums der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission anheimgegeben und nur der Ostertermin diesfalls als der äusserste Zeitpunkt bezeichnet ist, wonach es auch in dieser Beziehung wesentlich in der Hand des Präsidiums gelegen sein dürfte, die im Berichte angedeuteten Uebelstände, die übrigens bei der relativ nicht bedeutenden Anzahl der betreffenden Candidaten nicht so bedeutend sein können, thunlichst hintanzuhalten.

Schliesslich bemerke ich noch, dass die in Gemässheit des h. o. Erlasses vom 1. Juni 1880, Z. 8258, zur rechtshistorischen Staatsprüfung ausserhalb der ordentlichen Termine zugelassenen Candidaten diese Prüfung in dem sonst für Rigorosanten bestimmten eigentlichen Ostertermine und nicht in einem eigens für sie anzuberaumenden ausserordentlichen Termine abzulegen haben.

287 e) Erlass des leitenden Ministers für Cultus und Unterricht vom 29. September 1879, Z. 3310,

an die Präsidien der theoretischen Staatsprüfungs-Commissionen für Juristen, betreffend die Bestimmung des Reprobationstermines im Falle wiederholter Reprobation bei einer Staatsprüfung.

Candidaten, welche bereits zweimal bei derselben theoretischen Staatsprüfung reprobirt worden sind, können hinfort in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen auch vor Ablauf eines Jahres, jedoch keinesfalls früher als nach einem halben Jahre, beziehungsweise nach einem akademischen Semester zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden.

Diese Abkürzung des in dem Ministerial-Erlasse vom 7. October 1859 (R.-G.-Bl. Nr. 186*) normirten Prüfungstermines ist jedoch nur dann zulässig, wenn sich wenigstens Einer der Prüfungscommissäre für die Approbation des Candidaten ausgesprochen hat und alle Prüfungscommissäre sich damit einverstanden erklären.

*) Aufgenommen sub V d, Nr. 27 b im I. Bde. dieser Sammlung.

287 f) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
29. Juni 1882, Z. 758, C. U. M.,

an den Statthalter für Böhmen und das Präsidium der theoretischen Staatsprüfungs-Commission in Prag,

betreffend die aus Anlass der Activirung der Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag erforderlichen Bestimmungen über Ablegung der theoretischen Staatsprüfungen in deutscher und böhmischer Sprache.

In Gemässheit der Allerhöchsten Entschliessung vom 11. April 1881, betreffend die Activirung der Universität mit böhmischer Vortragssprache, ist die Sprache der Staatsprüfungen in Prag in der Weise zu regeln, dass bei den Prüfungscandidaten die vollkommene Kenntniss der deutschen Sprache und die Fähigkeit, sich ihrer zu bedienen, sichergestellt werde.

Ich finde hienach auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 27. Juni 1882 in dieser Richtung Nachstehendes anzuordnen:

1. Die Staatsprüfungs-Commission in Prag hat auch nach Activirung der Universität mit böhmischer Vortragssprache als eine einheitliche in allen ihren Abtheilungen fortzubestehen.

Die nach den bestehenden Vorschriften dem Decane, beziehungsweise dem Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zukommenden Functionen bezüglich der Meldung und der Zulassung der Candidaten der rechtshistorischen Staatsprüfung sind in Hinkunft von den Decanen und den Professoren-Collegien der beiden Facultäten für die der betreffenden Facultät angehörigen ordentlichen Studirenden auszuüben. Der Präses der rechtshistorischen Staatsprüfungs-Commission hat sohin, wie bisher, die Verweisung der zugelassenen Candidaten zu den Special-Commissionen vorzunehmen.

2. Jedem Candidaten, welcher eine Staatsprüfung vor der Prüfungs-Commission in Prag ablegt, ohne Unterschied an welcher Universität er die Vorlesungen frequentirt hat, steht es frei, dieselbe entweder ausschliesslich in deutscher oder in deutscher und böhmischer Sprache abzulegen.

3. Im Falle die Prüfung in deutscher und böhmischer Sprache abgelegt wird, muss dieselbe mindestens aus Einem Prüfungsfache in deutscher Sprache abgelegt werden.

Die Wahl der Prüfungsfächer, beziehungsweise des Prüfungsfaches, bleibt in allen Fällen dem Candidaten freigestellt.

Bei der judiciellen Staatsprüfung sind die in der juristischen Studienordnung vom 2. October 1855 angeführten vier Disciplinen (österr. bürgerl. Recht, Handels- und Wechselrecht, Civilprocess und Verfahren ausser Streitsachen, Strafrecht und Process) als je Ein Fach zu betrachten.

4. Wenn ein Candidat bei der Prüfung zwar hinreichende Fachkenntnisse ausweist, seine Kenntniss der deutschen Sprache aber bei der hierüber gesondert vorzunehmenden Abstimmung als unzureichend erkannt wird, so hat derselbe die Prüfung aus dem in deutscher Sprache

geprüften Fache, beziehungsweise, wenn deren mehrere sind, aus einem derselben in dem von der Commission nach Massgabe der bestehenden Vorschriften zu bestimmenden Termine in deutscher Sprache zu wiederholen. Bevor diese Wiederholungsprüfung mit Erfolg bestanden ist, hat die abgelegte Staatsprüfung keine rechtliche Wirkung. Die Commission für die Wiederholungsprüfung ist in der sonst üblichen Weise zusammenzusetzen.

5. Das an der Universität mit böhmischer Vortragssprache erlangte Doctorat der Rechte hat nur dann gleiche Wirkung mit den vollkommen abgelegten Staatsprüfungen, wenn jedes der Rigorosen mindestens aus Einem Prüfungsfache in deutscher Sprache mit gutem Erfolge abgelegt worden ist (§. 3).

6. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit 1. October 1882 in Kraft; alle mit denselben nicht im Widerspruche stehenden Vorschriften über die Staatsprüfungen bleiben auch ferner in Wirksamkeit.

287 g) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
14. April 1877, Z. 4192,

an die rechts- und staatswissenschaftliche Staatsprüfungs-Commission in Wien,
betreffend die Anwendung der italienischen Sprache bei den theoretischen Staatsprüfungen daselbst.

Ich finde mich bestimmt, anzuordnen, dass es von der bisher ausnahmsweise gestatteten Anwendung der italienischen Sprache bei den theoretischen Staatsprüfungen in Wien vom 1. Jänner 1878 an abzukommen hat. *)

287 h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
5. August 1880, Z. 11747,

an das Präsidium der staatswissenschaftlichen Staatsprüfungs-Commission in
Wien,
betreffend den Zeitpunkt, bis zu welchem in jedem Studienjahre die staatswissenschaftlichen Staatsprüfungen vorzunehmen sind.

Auf den Bericht vom 23. Juli d. J. Z. 142 finde ich anzuordnen, dass künftighin die staatswissenschaftlichen Staatsprüfungen an der Universität Wien mit 15. Juli abgeschlossen werden.

*) Die italienische Sprache wurde bei den theoretischen Staatsprüfungen in Wien zur aushilfsweisen Anwendung zugelassen mit Ministerial-Erlass vom 16. August 1862, Z. 7767 (sub V d, Nr. 281 im I. Bde. dieser Sammlung). Dieser Erlass erscheint sohin vollständig aufgehoben.

287i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
8. Juni 1880, Z. 17683 ex 1879*),

an die Vorstände der juristischen Staatsprüfungs-Commissionen,
**betreffend die Ausfertigung der Zeugnisse für die bei einer der theoretischen
Staatsprüfungen mit Stimmeneinhelligkeit approbirten Candidaten.**

Ich finde anzuordnen, dass in den Fällen, wo ein Candidat bei einer der theoretischen Staatsprüfungen mit Stimmeneinhelligkeit (wenn auch ohne Auszeichnung) approbirt wird, die Thatsache der einstimmig erfolgten Approbation in dem Prüfungszeugnisse ausdrücklich zu erwähnen ist.

In die Staatsprüfungs-Zeugnisse der mit Stimmenmehrheit approbirten Candidaten ist ein bezüglicher Beisatz nicht aufzunehmen.

Im Uebrigen bleiben die bestehenden Vorschriften unverändert.

287k) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
8. Februar 1881, Z. 560,

an die ersten Vorstände sämtlicher theoretischer Staatsprüfungskommissionen,
betreffend die Besteuerung des Einkommens aus Staatsprüfungstaxen.

Das k. k. Finanzministerium hat mit Note vom 8. Jänner d. J., Z. 34670 ex 1880 anher die Mittheilung gemacht, dass das Einkommen, welches die Vorstände und Mitglieder der theoretischen Staatsprüfungskommissionen an Staatsprüfungstaxen beziehen, da dasselbe sich als ein Entgelt für eine Dienstleistung darstellt, nach §. 4 II. a) des Einkommensteuerpatentes als der Einkommensteuer nach der II. Classe unterliegend anzusehen ist. Da ferner bezüglich der Einbeziehung dieses Einkommens in die Besteuerung von den Bemessungsbehörden nicht allseitig ein gleichmässiger Vorgang beobachtet wurde, so hat das Finanzministerium die unterstehenden Finanz-Landesbehörden gleichzeitig angewiesen, zu veranlassen, dass dieses Einkommen, jedoch erst vom 1881 angefangen, nach den obbezogenen gesetzlichen Bestimmungen in die Einkommensteuerbemessung einbezogen werde.

Zur Behebung der Schwierigkeiten, welche mit der Fatirung der betreffenden Taxbezüge zur Einkommensteuerbemessung für die einzelnen Bezugsberechtigten verbunden wären, hat zugleich das Finanzministerium die Steuerbemessungs-Behörden in analoger Anwendung der mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 9. September 1855 den Universitätsprofessoren in Ansehung der Fatirung und Besteuerung der Collegiengelder und Rigorosen-Taxen gewährten Begünstigung angewiesen, die Bezüge an Staatsprüfungstaxen in ähnlicher Weise, wie die letzterwähnten Bezüge für jedes Steuerjahr decursiv, und zwar mit Schluss eines jeden Studienjahres nach dem wirklichen Ertrage des Letzteren, demnach für

*) Enthalten im Reichsgesetzblatte vom Jahre 1880 unter Nr. 69, Seite 221.

das Steuerjahr 1881 nach dem Ertrage des Studienjahres 1880/81 ohne Einholung specieller Bekenntnisse der Einkommensteuer zu unterziehen.

Zu dem Ende erscheint es jedoch nothwendig, dass die Vorstände der einzelnen Staatsprüfungscommissionen am Schlusse eines jeden Studienjahres mittelst individueller Verzeichnisse die im Laufe desselben von den einzelnen Mitgliedern der Staatsprüfungscommission bezogenen Staatsprüfungstaxen der betreffenden Steuerbemessungsbehörde zur Anmeldung bringen, welche auf Grund dieser Nachweisung die Steuerbemessung mit Rücksicht auf die anderweitigen Bezüge der II. Classe, sowie die Ausfertigung der bezüglichlichen Zahlungsaufträge vorzunehmen hat.

Indem ich Euer Hochwohlgeboren hievon mit dem Ersuchen in die Kenntniss setze, die weitere Verständigung der Vorstände der anderen Abtheilungen der dortigen Staatsprüfungscommission zu veranlassen, füge ich bei, dass hiernach die erwähnten Prüfungstaxenverzeichnisse von den einzelnen Vorständen mit Schluss eines jeden Studienjahres, und zwar zunächst für das Studienjahr 1880/81 sofort nach Ablauf desselben zu verfassen und der betreffenden Steuerbemessungsbehörde zu übermitteln sind.

2871) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
26 Juni 1877, Z. 402, C. U. M.,
betreffend neue **Formulare zu den statistischen Nachweisungen der Hochschulen.**

Ueber Antrag der k. k. statistischen Central-Commission habe ich die Anfertigung eines neuen, wesentlich vereinfachten Formulares zu den statistischen Nachweisungen der Hochschulen und verwandter Lehranstalten angeordnet.

Dieses Formular, wovon die erforderlichen Exemplare an die Rectorate und Vorstände der Anstalten unmittelbar von der statistischen Central-Commission werden übersendet werden, ist schon für die nächstbevorstehende statistische Aufnahme zur Grundlage zu nehmen.

In Folge dessen haben die bisher mit den Ministerial-Erlässen vom 28. Juli 1863, Z. 5529*), vom 3. April 1875, Z. 4162 und vom 11. August 1876, Z. 457, C. U. M. vorgezeichneten statistischen Nachweisungen völlig zu entfallen und ist für die Ablieferung der neuen Nachweisung der Termin von 14 Tagen nach Ablauf der Herbstferien genau einzuhalten.

*) Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub V d, Nr. 282.

287 m) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
25. August 1881, Z. 12731,

an die Rectorate sämmtlicher Universitäten und die Decanate der theologischen
Facultäten in Olmütz und Salzburg,

**betreffend die Verwendung eines neuen Formulars zur statistischen Nach-
weisung der strengen Prüfungen an den Universitäten, dann den ausser dem
Verbande mit einer Universität stehenden theologischen Facultäten.**

Mit Berufung auf den Ministerial-Erlass vom 26. Juni 1877, Z. 402, C. U. M.*), womit neue Formulare zu den statistischen Nachweisungen der Hochschulen vorgezeichnet worden sind, wird bekanntgegeben, dass zur Nachweisung der strengen Prüfungen an den Universitäten, dann den ausser dem Verbande mit einer Universität stehenden theologischen Facultäten vom Studienjahre 1880/81 an, neu redigirte Formulare zur Verwendung zu kommen haben, welche durch die k. k. statistische Central-Commission beige stellt werden.

Die mit Ministerial-Erlass vom 26. Februar 1878, Z. 3011 für die Universitäten vorgeschriebene Vorlage tabellarischer Ausweise über die an den einzelnen Facultäten abgelegten strengen Prüfungen und stattgefundenen Promotionen hat in Zukunft gänzlich zu entfallen.

287 n) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
14. Mai 1882, Z. 7926,

an die Statthalter für Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Böhmen,
Mähren, Galizien und den Landespräsidenten für die Bukowina,

**betreffend den Vorgang bei Vorlage der statistischen Jahresausweise über
die Universitäten, die ausser dem Verbande mit einer Hochschule stehenden
theologischen Facultäten, die technischen Hochschulen und die Hochschule
für Bodencultur.**

In theilweiser Abänderung der Staatsministerial-Erlässe vom 28. Juli 1863, Z. 5529**) und vom 15. Jänner 1866, Z. 12256 ex 1865***) finde ich anzuordnen, dass vom Studienjahre 1882/83 ab die statistischen Ausweise über die Universitäten, die ausser dem Verbande einer Hochschule stehenden theologischen Facultäten, dann die technischen Hochschulen und die Hochschule für Bodencultur von Seite der akademischen Behörden in triplo auszufertigen sind, und dass je ein Exemplar derselben direct an das Ministerium für Cultus und Unterricht, die vorgesetzte Landesstelle und die statistische Central-Commission einzusenden ist.

*) Aufgenommen im vorliegenden Bande sub V d, Nr. 287 l.

**) Sub V d, Nr. 282 im I. Bde. dieser Sammlung.

***) In der 2. Anmerkung zu Nr. 286 sub V d im I. Bde. dieser Sammlung.

f) Rechts- und staatswissenschaftliche Seminarien).*

295 e) Provisorisches Statut

für das rechtswissenschaftliche und das staatswissenschaftliche Seminar an der k. k. Universität Wien.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26 November 1873, Z. 15419).

1. Zweck der Seminare ist: die Erweiterung und Vertiefung des in den rechts- und staatswissenschaftlichen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger wissenschaftlicher Arbeit, zum Theile auch die Vorbereitung für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis durch entsprechend eingerichtete Unterrichts-Collegia.

2. Jedes der beiden Seminare besteht aus der Gesammtheit derjenigen rechts- und staatswissenschaftlichen Uebungscolligia (Conversatorien, Disputatorien, Practica etc.), welche von dazu berufenen akademischen Lehrern (3) unter der Bezeichnung „Seminar“ angekündigt und gehalten werden; jedes dieser Collegia bildet für sich eine Abtheilung des betreffenden Seminars.

3. Zur Leitung von Seminar-Abtheilungen sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berufen.

Ausnahmsweise können auch Privatdocenten, welche sich erbieten, vom Professoren-Collegium dazu ermächtigt werden.

4. Es ist durch die Gesammtheit des Professoren-Collegiums dafür Sorge zu tragen, dass in jedem Semester Seminar-Collegien in solcher Zahl gehalten werden, wie es den an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät jeweils obwaltenden Verhältnissen und dem Zwecke der Seminar-Einrichtung entspricht.

5. Die Verwaltung der Seminar-Angelegenheiten wird durch die Gesammtheit der an dem betreffenden Seminar jeweils beschäftigten akademischen Lehrer unter dem Vorsitze des ältesten unter ihnen besorgt.

Die Seminar-Verwaltung legt, insoweit ihr nicht ausdrücklich in einzelnen Angelegenheiten die Beschlussfassung eingeräumt ist (6), ihre Anträge dem Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zur Begutachtung und Beschlussfassung vor.

Die Vertretung der Seminare nach Aussen liegt dem Decane ob.

6. Aufgabe der Seminar-Verwaltungen ist:

*) Die nachstehenden Seminarstatuten sind dem Normalstatute für die rechts- und staatswissenschaftlichen Seminarien nachgebildet, welches mit Min.-Erl. vom 27. September 1873, Z. 12719 erlassen wurde (aufgenommen im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub V f Nr. 295 d).

a) Collegiale Berathung allgemeiner Seminar-Angelegenheiten und etwaiger zur Beförderung des Seminarzweckes an das Professoren-Collegium zu stellender Anträge;

b) Feststellung des am Schlusse des Sommersemesters an das Unterrichtsministerium zu erstattenden Berichtes über die Arbeiten und Leistungen des betreffenden Seminars im abgelaufenen Jahre. Die Seminar-Verwaltung hat diesen Bericht sowie ihre etwaigen Anträge (a) dem Professoren-Collegium vorzulegen, welches dieselben an das Unterrichtsministerium leitet;

c) Beschlüsse über Anschaffungen von Lehrmitteln zu Seminarzwecken und Verwaltung der zu diesem Behufe angewiesenen Geldmittel (7). — Die diesbezügliche Rechnung wird jeweils vor Semesterchluss zu Handen des Professoren-Collegiums gelegt;

d) Anträge an das Professoren-Collegium, betreffend die Verwendung der zur Prämiirung preiswürdiger schriftlicher Arbeiten der Seminaristen jeweilig verfügbaren Geldmittel (8), insbesondere auch über das Ausmass und die Zutheilung solcher Preise.

Die Beschlussfassung über diese Anträge bleibt dem Professoren-Collegium vorbehalten.

Bei allen Beschlüssen einer Seminar-Verwaltung entscheidet die Mehrheit der Stimmen, bei Stimmengleichheit der Vorsitzende.

7. Zur Anschaffung der nöthigsten Lehrmittel (Quellenwerke, Sammlungen von Gesetzen und Präjudicien etc.) wird jeder der beiden Seminar-Verwaltungen für das erste Jahr ihrer Thätigkeit eine Pauschalsumme angewiesen, welche für das rechtswissenschaftliche Seminar 200, für das staatswissenschaftliche 100 Gulden beträgt; weiterhin wird jeder dieser Verwaltungen eine jährliche Dotation von 100 für das rechtswissenschaftliche, von 60 Gulden für das staatswissenschaftliche Seminar angewiesen, um damit allmählich eine Handbibliothek des Seminars herzustellen.

Seitens der Regierung werden diese Beträge zu Handen des Decans angewiesen, welchem die weitere Ueberweisung an die Seminar-Verwaltungen obliegt. Die Seminar-Verwaltungen haben die Verwendung dieser Beträge dem Professoren-Collegium auszuweisen.

8. Im Laufe eines jeden Semesters werden die zur Prämiirung ausgezeichneten schriftlichen Arbeiten der Seminaristen zu Gebote stehenden Geldmittel (600 fl. jährlich) zu Handen des Decans angewiesen. Derselbe hat von der hiernach verfügbaren Summe der Leitung (5) jedes Seminars eine Quote zur Disposition zu stellen, deren relative Grösse sich bestimmt nach der Anzahl der an den beiden Seminaren jeweils fungirenden Seminar-Abtheilungen. Die einzelne Prämie darf nie weniger als 50 fl. betragen (6, d). Nicht verwendete Beiträge bleiben für das nächste Jahr zur Disposition.

9. Die Ankündigung, das An- und Abmelden der Seminar-Uebungen erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen. Ueber die Mitglieder der Seminare ist ein besonderer Vormerk zu führen.

10. Zur ordentlichen Theilnahme an den Seminar-Arbeiten können nur ordentliche Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugelassen werden. Doch ist diese Theilnahme auch noch durch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet.

Ueberdies steht es dem Leiter einer jeden Seminar-Abtheilung frei, den Zutritt zu den von ihm geleiteten Uebungen auf Verlangen auch Zuhörern zu gewähren, welche zur Mitwirkung bei den Uebungen nicht verpflichtet sind.

11. Die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung ist in der Regel an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die Disciplin, mit welcher sich die Abtheilung beschäftigt, frequentirt habe.

Ausnahmen hievon können von dem Leiter der Abtheilung, in welche die Aufnahme gewünscht wird, dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der im vorigen Absatze bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann. In einem solchen Falle ist jedoch der Aufnahmewerber gehalten, auf Verlangen des Leiters der Seminar-Abtheilung seine Vorkenntnisse durch eine mündliche oder schriftliche Prüfung auszuweisen.

12. Niemand kann gleichzeitig an mehr als zwei Abtheilungen der beiden Seminare zusammengenommen als ordentliches Mitglied (10) sich betheiligen.

13. Abgesehen von den aus Vorstehendem (10, 11, 12) sich ergebenden Hindernissen kann die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung in der Regel (14) nur wegen beharrlichen Unfleisses in dem Besuche der Vorlesungen oder früherer Seminar-Uebungen verweigert werden.

14. In besonderen Fällen, wo die Beschaffenheit der in Aussicht genommenen Seminar-Arbeiten es erheischt, kann der Leiter der betreffenden Abtheilung die Aufnahme an dieselbe durch besonders gestellte Bedingungen beschränken. Er kann insbesondere ein höheres, als das gemeinhin erforderliche Mass von Vorkenntnissen (11) zur Aufnahmebedingung machen und die Modalitäten bezeichnen, durch welche dieser Bedingung genügt wird; er kann auch, falls es nöthig erscheint, die Aufnahme in die Abtheilung von vornherein auf eine bestimmte Zahl ordentlicher Theilnehmer beschränken.

Dergleichen besondere Beschränkungen der Aufnahme müssen jedoch, um wirksam zu sein, gleichzeitig mit der Ankündigung der Seminar-Vorlesung (9) am schwarzen Brett der Universität durch den betreffenden Docenten zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden.

15. Die Seminar-Uebungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet.

16. Die von dem Leiter einer Seminar-Abtheilung, sei es in Form eines besonderen Zeugnisses, sei es durch speciellen Vormerk in dem Vorlesungsbuch des Hörers, ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminar-Uebungen gilt in derselben Weise, wie die Colloquien-Zeugnisse, als Nachweis entsprechender Verwendung.

Die Seminar-Leitungen haben gelegentlich des ihnen periodisch obliegenden Berichtes an das Unterrichtsministerium (6, b), so oft und so weit es im Interesse der Seminar-Thätigkeit erforderlich erscheint, ihre Wahrnehmungen in Bezug auf etwa auszufüllende Lücken im juristischen Bücherschatz der Universitäts-Bibliothek oder auf zu beseitigende Uebelstände in dessen Verwaltung mitzutheilen und die geeigneten Anträge zu stellen.

295 f) Provisorische Statuten

des rechts- und des staatswissenschaftlichen Seminars an der k. k. Universität in Graz.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. November 1873, Z. 14759).

Mit Genehmigung des Ministeriums für Cultus und Unterricht werden auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 27. September l. J., Z. 12719, nachfolgende provisorische Statuten für das rechts- und das staatswissenschaftliche Seminar der Grazer Universität erlassen:

§. 1. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zu Graz finden Seminar-Uebungen statt.

§. 2. Dieselben bestehen in mündlichen Vorträgen und Erörterungen sowohl, als auch in schriftlichen Ausarbeitungen.

§. 3. Der Zweck dieser Uebungen ist Erweiterung und Vertiefung des durch den Besuch der Vorlesungen gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger wissenschaftlicher Arbeit, zum Theile auch die Vorbereitung auf die Rechts- und Verwaltungspraxis.

§. 4. Die Uebungen scheiden sich in zwei Hauptgruppen: eine rechts- und eine staatswissenschaftliche. Jede dieser Gruppen bildet ein Seminar für sich und zerfällt je nach den Gegenständen, welche zur Behandlung gelangen, in mehrere Unter-Abtheilungen.

§. 5. Die Ankündigung der in einem bestimmten Semester zugänglichen Seminar-Abtheilungen erfolgt in Verbindung mit der Verlautbarung der Vorlese-Ordnung für dasselbe auf Grund der jeweiligen Anerbietungen der Mitglieder des Professoren-Collegiums und dem Beschlusse gemäss, welchen dieses Collegium über die ihm vorliegenden Anerbietungen fasst.

§. 6. Für das Abmelden angekündigter Seminar-Uebungen gelten die hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen bestehenden Bestimmungen. Es ist aber jedem Docenten, der sich zu solchen Uebungen er bietet, anheimgestellt, gleich bei der Anmeldung die Zahl der Schüler zu fixiren, von deren Theilnahme er das Abhalten der Uebungen abhängig macht, sowie umgekehrt auch das zulässige Maximum der Schülerzahl von vorneherein festgesetzt sein muss, daferne der Leiter einer Abtheilung diese Beschränkung für nöthig erachtet.

§. 7. Jedes der beiden Seminare umfasst die einschlägigen Hauptfächer.

§. 8. Bei Anordnung der Uebungen wird thunlichst Sorge getragen, dass die gegenwärtig im ersten Jahrgange stehenden Rechtshörer und sohin alle neu eintretenden während ihres Quadrienniums und im Laufe des diesem folgenden Jahres Gelegenheit finden, sich an Seminar-Uebungen im Gebiete der wichtigsten rechtshistorischen Disciplinen, sowie auch an solchen über die positiv-juridischen oder über die staatswissenschaftlichen Hauptfächer zu betheiligen.

§. 9. Kein Rechtshörer ist zur Theilnahme an derartigen Uebungen verpflichtet; doch werden die damit zugebrachten Stunden den Studierenden in das vorgeschriebene Minimum der Stundenzahl eingerechnet. Auch gelten die von dem Leiter einer Seminar-Abtheilung ausgestellten Zeugnisse über erfolgreiche Theilnahme an den Seminar-Uebungen in derselben Weise wie die Colloquien-Zeugnisse als Nachweis einer entsprechenden Verwendung.

§. 10. Der Theilnahme an den Seminar-Uebungen hat der Besuch der betreffenden Hauptcollegien voranzugehen. Die Theilnehmer sollen in der Regel an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät als ordentliche Hörer inscribirt sein; doch ist die Theilnahme auch noch durch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet. Wer diesen Aufnahms-Bedingungen nicht entspricht, kann zugelassen werden, wenn die am betreffenden Seminar beschäftigten Abtheilungsleiter mit Rücksicht auf den Erfolg einer Prüfung, welcher der Candidat über seine Vorkenntnisse sich zu unterziehen hat, mit seiner Aufnahme einverstanden sind. Die Inscription findet auf besonderen Aufnahmsbögen statt, welche der Facultäts-Decan vidirt und deren Inhalt er in einem besonderen Verzeichnisse vormerkt. Als Aufnahmsbögen können die sogenannten Nationalebögen verwendet werden. Candidaten, welche es versäumen, in den ersten 14 Tagen eines Semesters sich als solche dem Facultäts-Decan vorzustellen, können späterhin nicht mehr aufgenommen werden. Die an Seminarschüler hinauszugebenden Zeugnisse sind gleichfalls ihrem wesentlichen Inhalte nach in dem vorerwähnten Verzeichnisse anzumerken.

§. 11. Die einmal erhaltene Erlaubniss zur Theilnahme wird durch beharrlichen Unfleiss und durch Vergehen, welche bisher die Ausschliessung von den Facultäts-Studien zur Folge hatten, verwirkt.

§. 12. Candidaten, welche wegen ihres Unfleisses im Besuche der Vorlesungen oder ihres sonstigen Verhaltens halber der Aufnahme unter die Seminarschüler unwürdig erscheinen, sind vom Decan nach Rücksprache mit dem Leiter der betreffenden Abtheilung zurückzuweisen. Gegen eine solche Zurückweisung steht der Recurs an das Professoren-Collegium offen. Ausserdem berechtigt die Wahrnehmung, dass die von vornherein limitirte Schülerzahl bereits erreicht ist, zur Verweigerung der Aufnahme. In diesem Falle treffen die Leiter der Seminar-Abtheilungen die Auswahl unter den zur Aufnahme Vorgemerkten nach dem Grade der Würdigkeit. Sobald die zulässige Anzahl voll wird, ist dies durch Anschlag am schwarzen Brett der Facultät bekannt zu geben.

§. 13. Der Unterricht im Seminar ist unentgeltlich.

§. 14. Für gediegene schriftliche Arbeiten erhalten die Seminar-schüler, welche zugleich ordentliche Rechtshörer sind oder unmittelbar vorher es waren, Geldpreise aus Staatsmitteln zuerkannt, für deren Zahl und Höhe die diesfalls zu Gebote stehenden Mittel, vorläufig 200 fl. per Jahr, massgebend sind und über deren Vertheilung auf jedes der beiden Seminare über Vorschlag der Leiter der Seminar-Abtheilungen von Semester zu Semester das Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät entscheidet.

§. 15. Zur Begründung zweier Seminar-Bibliotheken, auf deren Benützung die Schüler beider Seminare Anspruch haben, stehen aus Staatsmitteln für das erste Jahr 250 fl., für jedes folgende Jahr 100 fl. zur Verfügung, über deren Verwendung die Gesamtheit der Leiter der beiderseitigen Abtheilungen entscheidet. Ausserdem geniessen jene Schüler beim Gebrauche der Universitäts-Bibliothek alle Erleichterungen, welche den Seminarschülern an der philosophischen Facultät eingeräumt sind.

§. 16. Die Gesamtheit der Leiter der Seminar-Abtheilungen ist auch zur Verwaltung der inneren Seminargeschäfte überhaupt berufen. Sie fasst ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Gleichheit der Stimmen steht die Entscheidung dem Professoren-Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zu. Eben dahin kann jeder Docent am Seminar, der sich durch einen Beschluss der Abtheilungs-Leiter beschwert erachtet, recurriren, und was das Collegium hierüber anordnet, ist vom Facultäts-Decane zu vollziehen.

§. 17. Auf die vorbezeichnete Weise sind insbesondere auch alle didaktischen Fragen, welche die Seminar-Uebungen betreffen, der Erledigung zuzuführen.

§. 18. Den Vorsitz bei den bezüglichen Berathungen führt der älteste unter den jeweiligen Abtheilungs-Leitern. Diesem obliegt auch die Anfertigung der Berathungs-Protokolle. Die Durchführung der darin verzeichneten Beschlüsse und die Handhabung der Ordnung innerhalb der Seminare steht dem Decan zu. Im Verkehre nach Aussen werden beide Seminare gleichfalls durch den jeweiligen Facultäts-Decan vertreten.

§. 19. Am Schlusse eines jeden Studienjahres erstattet jeder Abtheilungs-Leiter an das Ministerium für Cultus und Unterricht einen eingehenden Bericht über die Leistungen und Bedürfnisse der von ihm geleiteten Abtheilung, welche Berichte das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät mit seinem Gutachten einzubegleiten hat.

295g) Provisorische Statuten

für das rechts- und staatswissenschaftliche Seminar an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der k. k. Universität zu Innsbruck.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. November 1873, Z. 15084.)

Titel I.

Zweck und Mittel.

§. 1. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät in Innsbruck besteht ein rechtswissenschaftliches und ein staatswissenschaftliches Seminar.

§. 2. Der Zweck dieser Seminare ist: die Erweiterung und Vertiefung des in den rechts- und staatswissenschaftlichen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger, wissenschaftlicher Arbeit, zum Theile auch die Vorbereitung für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis.

§. 3. Die Uebungen im Seminare bestehen theils in mündlichen Vorträgen und Erörterungen (Conversatorien, Disputatorien, Practica etc.), theils in schriftlichen Ausarbeitungen.

§. 4. Jedes Seminar besitzt ausser den nöthigen Localitäten eine Handbibliothek und sonstige zur freien Benützung der Mitglieder überlassene Lehrmittel.

§. 5. Zur Begründung zweier Seminarbibliotheken stehen aus Staatsmitteln für das erste Jahr, und zwar: für das rechtswissenschaftliche Seminar 150 fl., für das staatswissenschaftliche 100 fl., für jedes folgende Jahr, für ersteres 70 fl. und für das letztere 30 fl. zur Verfügung, welche zu Beginn jedes Studienjahres zu Händen des Decans angewiesen werden. Dem Decan obliegt sohin die weitere Ueberweisung dieser Beträge an die Seminarvorstände.

Titel II.

Organisation.

§. 6. Zur Leitung der Seminararbeiten sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berufen.

Ausnahmsweise können von dem Professoren-Collegium zur Leitung der Seminararbeiten auch Privatdocenten, welche sich dazu anbieten, zugelassen werden.

§. 7. Jedes Seminar ist als ein Ganzes zu behandeln; die einzelnen Abtheilungen werden von Semester zu Semester nach Massgabe der Betheiligung der Professoren gebildet, so dass jeder Professor eine eigene Abtheilung leitet.

§. 8. Zur Verwaltung der Seminar-Angelegenheiten wählt die Facultät am Anfang jedes Semesters einen eigenen Vorstand für jedes Seminar. Mit der Verwaltung ist die Oberaufsicht über die Lehrmittel verbunden. Zu seiner Unterstützung ernennt der Vorstand aus den

Mitgliedern einen Custos, der eine, den Mitteln des Seminars angemessene Remuneration erhält.

§. 9. Die Vertretung des Seminars nach Aussen liegt dem jeweiligen Decane ob.

§. 10. Die Facultät nimmt zu Anfang jedes Semesters die Vertheilung der Dotation auf die einzelnen Abtheilungen vor.

§. 11. Die Leiter der Seminar-Abtheilungen entscheiden über Aufnahme oder Ausschluss eines Mitgliedes, über die Preiswürdigkeit der eingerichteten Arbeiten und stellen auf Verlangen eine Bestätigung über die Theilnahme an den Seminar-Uebungen aus.

Titel III.

§. 12. Zur Theilnahme an den Seminar-Uebungen können in der Regel nur ordentliche Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugelassen werden. Doch ist die Theilnahme an den Seminar-Arbeiten auch noch durch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet. Ausnahmsweise können auch Hörer anderer Facultäten in eine Seminar-Abtheilung aufgenommen werden.

§. 13. Die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung ist in der Regel an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die Disciplin, mit welcher sich die Abtheilung beschäftigt, frequentirt habe.

Ausnahmen hiervon können von dem Leiter der Abtheilung, in welche die Aufnahme gewünscht wird, dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der im vorigen Absatze bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann. In einem solchen Falle ist jedoch der Aufnahmewerber gehalten, auf Verlangen des Leiters der Seminar-Abtheilung seine Vorkenntnisse durch eine mündliche oder schriftliche Prüfung auszuweisen.

§. 14. Abgesehen von dem Grunde mangelnder Vorkenntnisse kann die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung in der Regel nur wegen beharrlichen Unfleisses in dem Besuche der Vorlesungen oder früherer Seminar-Uebungen verweigert werden. Aus diesem Grunde kann auch die Ausschliessung bereits aufgenommener Mitglieder erfolgen.

§. 15. Die Ankündigung, das An- und Abmelden der Seminar-Uebungen erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen.

Ueber die Mitglieder des Seminars ist ein besonderer Vormerk zu führen.

§. 16. Der Unterricht im Seminar ist unentgeltlich. Durch die Abhaltung von Seminar-Uebungen wird Seitens der Professoren der Pflicht genügt, öffentliche Vorlesungen (Collegia publica) zu halten.

§. 17. Die Seminar-Uebungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet.

§. 18. Die von dem Leiter einer Seminar-Abtheilung ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminar-Uebungen

gilt in derselben Weise, wie die Colloquien-Zeugnisse, als Nachweis entsprechender Studienerfolge.

§. 19. Für Prämiirung tüchtiger, schriftlicher Arbeiten ist jedem Seminare vorläufig die Summe von 100 fl. pro Jahr zur Verfügung gestellt, welcher Betrag in zwei decursiven Raten mit Schluss eines jeden Semesters zu Handen des Decans angewiesen wird. Die Höhe einer Prämie darf den Betrag von 50 fl. nicht übersteigen.

§. 20. Die Mitglieder der Seminare geniessen bei Benützung der Universitätsbibliothek die ihnen nach den Anordnungen des Ministeriums für Cultus und Unterricht zukommenden Begünstigungen.

Das Verzeichniss der Seminarmitglieder wird dem Vorstande der Bibliothek am Beginne des Semesters mitgetheilt und jede Aenderung im Bestande rechtzeitig angezeigt.

§. 21. Am Schlusse eines jeden Studienjahres erstattet jeder Abtheilungs-Vorstand an das Ministerium für Cultus und Unterricht einen eingehenden Bericht über die Leistungen und Bedürfnisse der von ihm geleiteten Abtheilung, welche Berichte das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät mit seinem Gutachten einzubegleiten hat.

295 h) Provisorische Statuten

für die rechts- und staatswissenschaftlichen Seminare an den Universitäten in Prag.*)

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. November 1873, Z. 15.702.)

Mit Genehmigung des Ministeriums für Cultus und Unterricht werden auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 27. September 1873, Z. 12.719 nachfolgende provisorische Statuten für das rechts- und staatswissenschaftliche Seminar an der Universität Prag erlassen:

I. Zweck und Einrichtung der Seminare.

§. 1. An der Prager rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät bestehen zwei Seminare: Ein rechtswissenschaftliches und ein staatswissenschaftliches.

§. 2. Der Zweck dieser Seminare ist die Erweiterung und Vertiefung des in den rechts- und staatswissenschaftlichen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstständiger, wissenschaftlicher Arbeit, zum Theil auch die Vorbereitung für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis.

§. 3. Innerhalb dieser Seminare werden in jedem Semester Abtheilungen oder Uebungscurse in derjenigen Art und Zahl gebildet, wie sie den Verhältnissen der Facultät, den zu Gebote stehenden Lehrkräften und den Bedürfnissen der Studirenden als entsprechend sich herausstellen.

*) Die nachstehenden Statuten sind insolange für die rechts- und staatswissenschaftlichen Seminarien an beiden in Prag bestehenden Universitäten als giltig anzusehen, als nicht für dieselben neue Statuten eingeführt werden.

§. 4. Zur Leitung der Seminararbeiten sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berufen. Ausnahmsweise können dazu auch Privatdocenten, die sich dazu erbieten, durch Beschluss der Facultät zugelassen werden.

§. 5. Die Verwaltung der inneren Angelegenheiten jedes Seminars wird durch die Gesamtheit der an demselben beschäftigten akademischen Lehrer besorgt. Bei gemeinsamen Berathungen gebührt der Vorsitz und die Entscheidung im Falle von Stimmengleichheit dem ältesten Stimmführer.

§. 6. Die Vertretung der Seminare nach Aussen, insbesondere auch die Correspondenz in Seminarangelegenheiten obliegt dem jedesmaligen Decan der Facultät.

II. Uebungen in den Seminaren.

§. 7. Die Uebungen in den Seminaren bestehen theils in mündlichen Vorträgen und Erörterungen (Conversatorien, Disputatorien, exegetischen und praktischen Uebungen), theils in schriftlichen Ausarbeitungen über aufgegebenen und nach Umständen auch selbstgewählte Themata. Die nähere Einrichtung des Uebungscurses bleibt dem leitenden Lehrer überlassen. Doch hat jeder Cursus für ein Semester ein gleichartiges Ganzes auszumachen.

§. 8. Die Vertreter der dem einen oder dem anderen Seminar angehörig Fächer haben sich von Semester zu Semester über die Art, die Zahl und den Umfang der anzustellenden Uebungscurse zu verständigen. Die demzufolge abzuhaltenden Seminarübungen werden im Lections-Kataloge, beziehungsweise am schwarzen Brett angekündigt.

III. Aufnahme in die Seminare.

§. 9. Zur Theilnahme an den Seminararbeiten können in der Regel nur ordentliche Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugelassen werden. Doch ist die Theilnahme an den Arbeiten auch noch durch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet.

§. 10. Die Aufnahme in eine Seminar-Abtheilung (Uebungscursus) ist in der Regel an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die betreffende Disciplin gehört habe. Ausnahmen hiervon können von dem Leiter der Abtheilung dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann.

§. 11. Jedes Mitglied des Seminars ist verpflichtet, sich an den Arbeiten desselben zu betheiligen; ob ausserdem noch Zuhörer zugelassen werden sollen, bleibt dem Ermessen des betreffenden Docenten überlassen.

§. 12. Die höchste Zahl der in eine Abtheilung (d. h. in einen semestralen Uebungscursus) aufzunehmenden Mitglieder wird vorläufig auf fünfzehn festgesetzt, die Zahl der Zuhörer, wenn solche zugelassen werden, bestimmt der Abtheilungsleiter.

§. 13. Sollte sich eine grössere Anzahl von Aufnahmewerbern melden, so hat der Leiter des betreffenden Uebungscurses durch ein-

gehende mündliche oder schriftliche Prüfungen die Würdigsten zu ermitteln, unter gleich Würdigen aber das Los entscheiden zu lassen.

§. 14. Wegen beharrlichen Unfleisses im Besuche der Vorlesungen, sowie bei früheren Seminar-Uebungen kann die Aufnahme von vornherein verweigert werden.

§. 15. Das An- und Abmelden zu den Seminarübungen erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen. Doch haben sich die Aufnahmswerber zunächst bei dem Leiter des Uebungscursus, an welchem sie theilzunehmen wünschen, und erst, wenn ihnen von diesem die Aufnahme bewilligt und durch einen Vormerk im Anmeldungs-buche bescheinigt ist, auf der Universitäts-Quästur zu melden. Die Aufnahme gilt nur für das laufende Semester. Ueber die Mitglieder der Seminare wird ein besonderer Vormerk geführt. Die Zuhörer sind lediglich als Gäste zu behandeln, welche der betreffende Docent in privater Evidenz zu halten hat.

IV. Rechte und Verpflichtungen der Theilnehmer.

§. 16. Die Mitglieder des Seminars wie die Zuhörer verpflichten sich durch ihren Beitritt zum regelmässigen Besuch der für die Seminar-Uebungen festgesetzten Stunden, sowie zur regen und aufmerksamen Theilnahme an den Uebungen selbst, die Mitglieder insbesondere noch zur sorgfältigen Ausführung der aufgegebenen schriftlichen Arbeiten.

§. 17. Die ordentlichen Mitglieder des Seminars haben Anspruch auf Benützung der zu den Zwecken des Seminars anzulegenden Handbibliothek, zu deren Anschaffung und Erweiterung von der Regierung im Schuljahre 1873/74 200 fl. (und zwar für das rechtswissenschaftliche Seminar 120 fl., für das staatswissenschaftliche 80 fl.), in jedem folgenden Jahre 80 fl. (und zwar für das rechtswissenschaftliche Seminar 50 fl., für das staatswissenschaftliche 30 fl.) angewiesen werden.

§. 18. Wegen beharrlicher nicht gerechtfertigter Versäumniss der im §. 16 bezeichneten Verpflichtungen oder sonst unwürdigen Verhaltens kann die Ausschiessung aus dem Seminar erfolgen. Auch bei gerechtfertigter Verhinderung durch längere Zeit scheidet der Betreffende aus dem Seminar aus; über die Ausscheidung oder Ausschiessung entscheidet der Leiter des Uebungscurses.

V. Prämien.

§. 19. Für das rechtswissenschaftliche Seminar werden sechs, für das staatswissenschaftliche vier jährliche Prämien zu je 40 fl. errichtet. Die erforderlichen Geldmittel werden von der Regierung zu Handen des Decans angewiesen.

§. 20. Diese Prämien sind bestimmt, eine Anerkennung des Fleisses derjenigen ordentlichen Seminar-Mitglieder zu bilden, die sich, ausser sonst musterhafter Erfüllung ihrer Verpflichtungen, im Laufe des Jahres noch durch Abfassung einer grösseren selbstständigen schriftlichen Arbeit ausgezeichnet haben. Die Preisarbeit muss spätestens bis 15. Juni jedes Jahres abgeliefert werden.

§. 21. Ueber die Zuerkennung der Prämien entscheidet in jedem Seminar die Gesamtheit der Uebungsleiter. Kommen nicht alle Prämien zur Vertheilung, so kann durch Beschluss der Gesamtheit der Uebungsleiter der Betrag der einzelnen Prämien entsprechend erhöht werden. Ausserdem bleiben nicht vertheilte Prämienbeträge für das nächste Schuljahr zur Disposition. Die Auszahlung der Prämien erfolgt am Ende des Sommersemesters auf Anweisung des Decans.

VI. Allgemeine Bestimmungen.

§. 22. Der Unterricht in den Seminaren ist unentgeltlich. Durch die Abhaltung von Seminarübungen wird seitens der Professoren der Pflicht genügt, anderweite unentgeltliche Vorlesungen (*collegia publica*) zu halten.

§. 23. Die Seminarübungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stunden eingerechnet. Diese Bestimmung hat auf blosse Zuhörer keine Anwendung.

§. 24. Die von dem Leiter einer Seminar-Abtheilung ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminarübungen gilt in derselben Weise, wie die Colloquien-Zeugnisse, als Nachweis entsprechender Verwendung.

§. 25. Am Schlusse des Sommersemesters hat die Seminarleitung (§. 5) einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Leistungen des Seminars im abgelaufenen Jahre im Wege des Decanats dem Unterrichts-Ministerium vorzulegen. Das Decanat hat diesen Bericht mit seinem Gutachten zu begleiten.

295i*) Provisorische Statuten

des rechtswissenschaftlichen und des staatswissenschaftlichen Seminars an der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Krakauer k. k. Universität.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. November 1873, Z. 14693.)

Mit Genehmigung des Ministeriums für Cultus und Unterricht wird auf Grund der Ministerialverordnung vom 27. September 1873, Z. 12719 nachfolgendes provisorische Statut für das rechts- und staatswissenschaftliche Seminar an der Krakauer Universität erlassen:

I. Zweck.

§. 1. Der Zweck der Seminare ist die Erweiterung und Vertiefung des in den rechts- und staatswissenschaftlichen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger wissenschaft-

*) Das Statut des rechts- und staatswissenschaftlichen Seminars an der Universität Lemberg konnte erst in den Nachhang aufgenommen werden.

licher Arbeit, zum Theile auch die Vorbereitung für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis.

II. Eintheilung.

§. 2. Jedes der beiden Seminare zerfällt nach dem Gegenstande der Seminarübungen in mehrere Abtheilungen. Das Professoren-Collegium trägt Sorge, dass an beiden Seminaren in jedem Semester Abtheilungen in solcher Zahl gebildet werden, wie es den Verhältnissen der Facultät entspricht.

III. Verwaltung.

§. 3. Die Verwaltung der Seminarangelegenheiten wird bis auf Weiteres durch die Gesamtheit der an dem Seminare beschäftigten akademischen Lehrer (bei gemeinsamen Berathungen unter dem Vorsitze des ältesten derselben) besorgt.

Das Professoren-Collegium behält sich jedoch vor, diese Verwaltung in den einzelnen Seminaren einem eigenen Seminarvorstande zu übertragen, welchen dasselbe für eine gewisse Zeit aus den am Seminar beschäftigten ordentlichen Professoren wählt.

Die Vertretung der Seminare nach Aussen obliegt dem jeweiligen Decan.

IV. Uebungen im Seminar.

§. 4. Die Uebungen im Seminar bestehen theils in mündlichen Vorträgen und Erörterungen (Conversatorien, Disputatorien, Practica etc.), theils in schriftlichen Ausarbeitungen.

Die Uebungen sind so einzurichten, dass sie stets für ein Semester ein gleichartiges Ganzes umfassen.

Die schriftlichen Ausarbeitungen sind von den Seminarmitgliedern zu Hause in angemessener Frist anzufertigen. Für diese ist in der Regel eine allgemein gehaltene Anleitung durch vorausgegangene mündliche Unterredung und entsprechende mündliche Uebungen zu geben.

Eines specielleren Eingehens auf das besondere Thema hat sich der Leiter der Seminarübungen zu enthalten, damit nicht die Arbeiten der selbstständigen wissenschaftlichen Thätigkeit entkleidet, zu blossen Reproductionen herabsinken. Dagegen sind die eingegangenen Arbeiten der Regel nach im Seminar einer möglichst eingehenden kritischen Besprechung zu unterwerfen. Blosser Vorträge der Lehrer ohne Selbstthätigkeit der Studirenden sind ausgeschlossen.

Auf die Ausbildung der freien Rede ist besonders Gewicht zu legen.

V. Leitung.

§. 5. Zur Leitung der Seminararbeiten sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berechtigt.

Ausnahmsweise können von dem Professoren-Collegium zur Leitung der Seminararbeiten auch Privatdocenten, welche sich dazu erbieten, zugelassen werden.

*Die
erfolgt in
lungen.*

*Der
Durch
fessoren der
halten.*

§. 6. Die

1. ordentliche

2. ausserordentliche

Zu 1. Zur

Mitglieder können

schaftlichen Facultät

den Seminararbeiten

itorium gestattet.

Zu 2. Ausserordentliche

Facultät, so

der andern drei Facultäten

in den Seminarübungen

Hat der Leiter

auf eine bestimmte

jedoch zu den Uebungen

oder unbeschränkte

nach ordentliche

glieder anzusehen

§. 7. Die

Quästur in derselben

Der bei der

Seminarleiter um

§. 8. Bezüglich

1. Die Aufnahm

die Bedingung gek

über die Discipli

quantirt habe.

Ausnahmen

welche die Aufnahm

nach ohne den Bes

der Besitz genüge

In einem s

über Verlangen

durch eine mündl

2. Jedem

Aufnahme in di

Anzahl ordentlich

Jede solch

gemacht werden.

Thaa, Oesterr. U

Die Ankündigung, das An- und Abmelden der Seminarübungen erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen.

Der Unterricht im Seminar ist unentgeltlich.

Durch die Abhaltung von Seminarübungen wird seitens der Professoren der Pflicht genügt, öffentliche Vorlesungen (*Collegia publica*) zu halten.

VI. Mitglieder.

§. 6. Die an den Seminarübungen theilnehmenden Mitglieder sind:

1. ordentliche,
2. ausserordentliche.

Zu 1. Zur Theilnahme an den Seminarübungen als ordentliche Mitglieder können nur ordentliche Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät zugelassen werden. Doch ist die Theilnahme an den Seminararbeiten auch noch durch Ein Jahr nach erlangtem Abolutorium gestattet.

Zu 2. Ausserordentliche Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät, sowie die ordentlichen und ausserordentlichen Hörer der andern drei Facultäten können nur als ausserordentliche Mitglieder zu den Seminarübungen zugelassen werden.

Hat der Leiter einer Seminarabtheilung die Aufnahme in dieselbe auf eine bestimmte Zahl ordentlicher Mitglieder beschränkt, den Zutritt jedoch zu den Uebungen auch anderen Hörern in einer beschränkten oder unbeschränkten Zahl gestattet, so sind diese letzteren, wenn sie auch ordentliche Rechtshörer sein sollten, als ausserordentliche Mitglieder anzusehen und zu behandeln.

§. 7. Die Inscription in die Seminarübungen erfolgt bei der Quästur in derselben Weise, wie bezüglich der sonstigen Vorlesungen.

Der bei der Quästur Inscibirte hat sich sodann beim betreffenden Seminarleiter um Aufnahme in die Seminarabtheilung zu melden.

§. 8. Bezüglich der Aufnahme gilt Folgendes:

1. Die Aufnahme in eine Seminarabtheilung ist in der Regel an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die Disciplin, mit welcher sich die Abtheilung beschäftigt, frequentirt habe.

Ausnahmen hievon können von dem Leiter der Abtheilung, in welche die Aufnahme gewünscht wird, dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der im vorigen Absatze bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann.

In einem solchen Falle ist jedoch der Aufnahmewerber gehalten, über Verlangen des Leiters der Seminarabtheilung seine Vorkenntnisse durch eine mündliche oder schriftliche Prüfung auszuweisen.

2. Jedem Leiter einer Seminarabtheilung steht das Recht zu, die Aufnahme in die Abtheilung von vorneherein auf eine bestimmte Anzahl ordentlicher oder ausserordentlicher Mitglieder zu beschränken.

Jede solche Beschränkung muss im Lectionskataloge ersichtlich gemacht werden.

Die Wahl zwischen den sich meldenden Hörern steht ausschliesslich dem Leiter zu.

3. Abgesehen von den in den beiden vorhergehenden Absätzen erwähnten Hindernissen kann die Aufnahme in eine Seminarabtheilung nur wegen beharrlichen Unfleisses in dem Besuche der Vorlesungen oder früherer Seminarübungen verweigert werden.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausschliessung bereits aufgenommener Mitglieder erfolgen.

§. 9. Mit Rücksicht auf das Vorhergehende gibt der Leiter der Seminarabtheilung sein nomen receptum oder verweigert dasselbe.

Der Leiter hat die Namen der nicht aufgenommenen, jedoch in der Quästur Inscibirten der letzteren im kurzen Wege behufs Berichtigung der Inscriptionen mitzutheilen.

§. 10. Die Seminarübungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet.

§. 11. Die von dem Leiter einer Seminarabtheilung einem ordentlichen Mitgliede ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminarübungen gilt in derselben Weise, wie die Colloquienzeugnisse, als Nachweis entsprechender Verwendung.

§. 12. Die Quästur hat dem Decanate gleichzeitig mit dem Kataloge über die Rechtshörer ein Verzeichniss über die Seminarmitglieder zu übergeben.

VII. P r ä m i e n.

§. 13. Die zur Prämiirung wissenschaftlicher Arbeiten der Studirenden zu Gebote stehenden Geldmittel werden, insoweit es die rechts- und staatswissenschaftliche Facultät betrifft, zu Prämien für schriftliche Arbeiten der Seminaristen verwendet.

Dieser Geldbetrag, welcher für beide Seminare zusammen auf jährlich 200 fl. bestimmt ist, wird in zwei decursiven Raten mit Schluss eines jeden Semesters zu Handen des Decans angewiesen.

Ueber die Zuerkennung der Prämien entscheidet die Gesammtheit der an beiden Seminarien thätigen Leiter der Seminarabtheilungen am Ende eines jeden Semesters.

Die Prämie für eine einzelne Arbeit beträgt 10 bis 60 fl. ö. W. Nach Umständen kann an die Stelle der Prämie im Gelde ein passendes Werk rechts- oder staatswissenschaftlichen Inhalts treten.

Der Decan zahlt die Prämien gegen Quittung aus und legt bei Vorlegung des Schlussberichtes (§. 15) Rechnung.

Etwaige Ersparnisse bleiben zu Prämiirungen im nächsten Semester vorbehalten, können jedoch nöthigenfalls zur Erhöhung des Bibliotheksfondes benützt werden.

VIII. B i b l i o t h e k.

§. 14. Für beide Seminare hat eine Bibliothek zu bestehen, für welche jährlich 100 fl. bestimmt werden. Es sollen — namentlich was

das rechtswissenschaftliche Seminar betrifft — Quellenausgaben, je nach Bedürfniss, in mehreren Exemplaren angeschafft werden.

Der bezeichnete Betrag wird halbjährig in anticipativen Raten zu Händen des Decans angewiesen, der hieraus alle Auslagen für die Bibliothek zu bestreiten und darüber bei Vorlage des Schlussberichtes (§. 15) Rechnung zu legen hat.

Die Bibliothek steht unter der Verwaltung eines von dem rechts- und staatswissenschaftlichen Professoren-Collegium aus den Seminarleitern zu erwählenden Professors.

Die Beschlussfassung über die zu machenden Anschaffungen geschieht von der Gesamtheit der Seminarleiter.

IX. S c h l u s s b e r i c h t.

§. 15. Am Schlusse des Sommersemesters hat die Seminarleitung einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Leistungen des Seminars im abgelaufenen Jahre im Wege des Professoren-Collegiums dem Unterrichtsministerium vorzulegen.

2951) Provisorisches Statut

für das rechtswissenschaftliche und das staatswissenschaftliche Seminar an der k. k. Franz Josephs-Universität in Czernowitz.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 5. März 1876, Z. 2342.)

I. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der k. k. Franz Josephs-Universität in Czernowitz bestehen zwei Seminare, ein rechtswissenschaftliches und ein staatswissenschaftliches, deren jedes nach dem Gegenstande der Seminarübungen in mehrere Abtheilungen zerfällt (§. 1, 3 der Min.-Verordnung vom 27. September 1873, Z. 12719 *).

Der Zweck dieser Seminare ist: die Erweiterung und Vertiefung des in den rechts- und staatswissenschaftlichen Collegien gewonnenen Wissens, die Anleitung der Studirenden zu selbstthätiger wissenschaftlicher Arbeit, zum Theile auch die Vorbereitung für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis (§. 2 eodem).

II. Die Uebungen im Seminare bestehen theils in mündlichen Vorträgen und Erörterungen (Conversatorien, Disputatorien, Practica etc.), theils in schriftlichen Ausarbeitungen. Die Uebungen werden so eingerichtet, dass sie stets für ein Semester ein gleichartiges Ganze umfassen (§. 10 l. c).

III. Die Verwaltung der Seminarangelegenheiten wird durch die Gesamtheit der an dem Seminare in dem betreffenden Studienjahre beschäftigten akademischen Lehrer unter dem Vorsitze eines für je drei

*) Aufgenommen im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub Vf. Nr. 285 d.

Jahre durch das Professoren-Collegium aus den am Seminare beschäftigten ordentlichen Professoren gewählten Vorstandes besorgt. Die Vertretung des Seminars nach Aussen obliegt dem jeweiligen Decan (§. 4 der cit. Vdg.).

IV. Aufgabe der Seminar-Verwaltungen ist namentlich:

a) Beschlussfassung über die den einzelnen Seminarleitern behufs Anschaffung von Lehrmitteln zu Gebote zu stellenden Geldmittel (§. 17 ebenda). Die Geldmittel werden in ihrer Gesamtheit zu Handen des Decans angewiesen und in der Regel so vertheilt, dass die Quote für jedes Seminar nach der Zahl der an beiden Seminaren in einem Studienjahre fungirenden Abtheilungen verhältnissmässig bestimmt wird.

b) Zuerkennung und Ausmessung von Geldprämien für ausgezeichnete schriftliche Arbeiten der Seminaristen. Die zur Prämiirung wissenschaftlicher Arbeiten der Studirenden zu Gebote stehenden Geldmittel werden nämlich, „insoweit es die rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten betrifft“, zu Prämien für Arbeiten der Seminaristen, und zwar in der Regel nach dem oben sub IV. a) festgesetzten Theilungsmassstabe verwendet. (§. 15, 17 der Vdg.)

Nicht verwendete Beträge werden für die Seminarbibliotheken nach IV a) verausgabt.

c) Am Schlusse des Sommersemesters hat jede der beiden Seminar-Verwaltungen einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Leistungen des Seminars im abgelaufenen Jahre im Wege des Decanats dem hohen Unterrichtsministerium vorzulegen. Das Decanat hat diesen Bericht mit seinem Gutachten zu begleiten (§. 11 eod.).

Bei allen Beschlüssen einer Seminarverwaltung entscheidet die Mehrheit der Stimmen, bei Stimmengleichheit der Vorsitzende.

V. Die innere Geschäftsführung und die Verrechnung der Dotationen für Lehrmittel und Prämien liegt den Seminarvorständen ob. Diese haben die betreffenden belegten Rechnungen dem Decane zu übergeben, welcher sie der hohen Regierung übermittelt.

VI. Zur Leitung der Seminararbeiten in den einzelnen Seminarabtheilungen sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berufen. Ausnahmsweise können von dem Professoren-Collegium zur Leitung der Seminararbeiten auch Privatdocenten, welche sich dazu erbieten, zugelassen werden (§. 5 d. Vdg.).

Gegen die Ablehnung eines solchen Anerbietens steht letzteren der Recurs an das hohe Unterrichtsministerium offen.

VII. Es wird vom Professoren-Collegium dafür Sorge getragen, dass an beiden Seminaren in jedem Semester Uebungen in solcher Zahl gehalten werden, wie es den Verhältnissen der Facultät, den decretmässigen Verpflichtungen jedes einzelnen akademischen Lehrers und dem Zwecke der Seminareinrichtung entspricht (§. 6 l. c.). Zu den diesbezüglichen Sitzungen werden jene Nichtmitglieder des Professoren-Collegiums, die an Seminarübungen betheiligt sind (III, IV), mit beratender Stimme beigezogen.

VIII. Die Ankündigung, das An- und Abmelden der Seminarübungen, erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen. Ueber die Mitglieder des Seminars ist ein besonderer Vormerk zu führen (§. 11 d. Vdg.).

IX. Zur Theilnahme an den Seminararbeiten können in der Regel nur ordentliche Hörer der betreffenden Facultät zugelassen werden. Doch ist die Theilnahme an den Seminararbeiten auch noch durch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet (§. 7 ebenda).

Ueberdies steht es dem Leiter jeder Seminarabtheilung frei, zu den Seminarübungen ausser den ordentlichen Seminarmitgliedern auch Zuhörer, welche zur Mitwirkung bei den Uebungen weder berechtigt, noch verpflichtet sind, zuzulassen (§. 17 l. c.).

Dem Leiter einer Seminarabtheilung kommt das Recht zu, die Aufnahme in die Abtheilung von vornherein auf eine bestimmte Zahl ordentlicher oder ausserordentlicher Mitglieder (Zuhörer) zu beschränken (§. 17 d. Vdg.).

X. Die Aufnahme in eine Seminarabtheilung ist in der Regel an die Bedingung geknüpft, dass der Aufnahmewerber die Hauptvorlesung über die Disciplin, mit welcher sich die Abtheilung beschäftigt, frequentirt habe. Ausnahmen hievon können von dem Leiter der Abtheilung, in welche die Aufnahme gewünscht wird, dann zugelassen werden, wenn auch ohne den Besuch der im vorigen Absatze bezeichneten Vorlesung der Besitz genügender Vorkenntnisse angenommen werden kann.

In einem solchen Falle ist jedoch der Aufnahmewerber gehalten, über Verlangen des Leiters der Seminarabtheilung seine Vorkenntnisse durch eine mündliche oder schriftliche Prüfung auszuweisen (§. 8 d. Vdg.).

XI. Abgesehen von den vorstehenden (IX, X) Gründen kann die Aufnahme in eine Seminarabtheilung in der Regel nur wegen beharrlichen Unfleisses in dem Besuche der Vorlesungen oder früheren Seminarübungen verweigert werden. Aus diesem Grunde kann und soll auch die Ausschliessung bereits aufgenommener Mitglieder durch den Leiter der Seminarabtheilung erfolgen (§. 9 d. Vdg.).

XII. Der Unterricht im Seminar ist unentgeltlich (§. 11 d. Vdg.).

XIII. Die Seminarübungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet (§. 13 d. Vdg.).

XIV. Die von dem Leiter einer Seminarabtheilung ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminarübungen gilt in derselben Weise, wie die Colloquien-Zeugnisse, als Nachweis entsprechender Verwendung (§. 14 d. Vdg.).

XV. Seminaristen sind berechtigt, eine grössere Zahl von Werken gleichzeitig aus der Universitätsbibliothek zu entlehnen, wenn sie eine Bestätigung eines Seminarleiters darüber beibringen, dass sie dieselben zu einer Seminararbeit benöthigen.

Zum Abschnitte

VI. Medicinische Facultät.

Unterabtheilung a: Besondere Bestimmungen über das Lehrpersonale an den medicinischen Facultäten.

309 b) Gesetz vom 13. April 1881,

R. G. B. Nr. 36,

betreffend die Zuerkennung von Quinquennalzulagen an die Professoren der Staats-Hebammenschulen und die Gewährung von charaktermässigen Pensionen an die Witwen derselben.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1. Der durch das Gesetz vom 6. Juni 1872 *) mit jährlich 900 fl. festgesetzte Gehalt der Professoren an den Staats-Hebammenschulen wird nach je fünf Jahren, die ein solcher Professor — sei es vor, sei es nach dem Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes — in dieser Stellung zurückgelegt hat, bis einschliesslich zum fünfzehnten Jahre dieser Dienstleistung um je 200 fl. erhöht.

§. 2. Die Witwen der Professoren an diesen Schulen erhalten eine charaktermässige Pension von jährlich 350 fl.

§. 3. Dieses Gesetz tritt mit 1. Juli 1881 in Wirksamkeit.

§. 4. Mein Minister für Cultus und Unterricht ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Unterabtheilung b: Vorschriften, welche sich auf alle oder doch mehrere Zweige des Heilwesens beziehen (mit Ausschluss des Stipendienwesens).

332 h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 16. August 1874, Z. 10310,

an den Statthalter für Triest,

betreffend die Führung eines im Auslande erworbenen Titels eines Doctors der Medicin.

(Aus Anlass eines speciellen Falles.)

Den mit Bericht vom . . . vorgelegten Recurs des Wund-, Geburts- und Zahnartes . . . gegen die Statthaltereie-Entscheidungen vom . . . nach welchem der Recurrent zur Führung des Titels eines

*) Aufgenommen im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub VIa, Nr. 309 a.

Doctors der Medicin insolange als nicht berechtigt erkannt wurde, als eine Nostrification seines an der Universität in Giessen erlangten medicinischen Doctor-Diplomes nicht erfolgt, finde ich keine Folge zu geben.

Diese Entscheidung stützt sich auf nachfolgende Gründe: Es liegt schon in dem Begriffe öffentlicher Titel und Würden, dass dieselben ausschliessliche sind, und dass die Staatsgewalt, welche sie anerkannte, sei es allgemein durch Gesetze oder durch specielle Concession diese Ausschliesslichkeit zu schützen hat. Nach der österreichischen Gesetzgebung gibt es für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nur ein auf inländischen Universitäten erworbenes, oder ein zwar im Auslande erlangtes, aber im Inlande, sei es durch Nostrification, sei es durch eine Anstellung in einem Universitäts-Lehramte anerkanntes Doctorat. Jedes andere ist hierlands als nicht existent zu betrachten und daher auch die Führung des Doctortitels nicht gestattet — und zwar in dem gegebenen Falle umsoweniger, als das Doctorat der Medicin noch immer in gewisser Beziehung specielle Berechtigungen dem einfachen wundärztlichen Diplome gegenüber gewährt.

332i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 18. August 1882, Z. 12746,

an den Statthalter für Böhmen,

**betreffend die Abhaltung der naturhistorischen Vorprüfungen der Mediciner,
sowie des ersten pharmaceutischen Rigorosums an der böhmischen Universität
in Prag.**

Mit Beziehung auf den Bericht vom 25. Juli d. J., womit Euer . . die Anträge des Professoren-Collegiums der böhmischen philosophischen Facultät hinsichtlich der Regelung einiger Fragen aus Anlass der Activirung dieser Facultät vorgelegt haben, beehre ich mich Euer . . . zur weiteren Verständigung des gedachten Professoren-Collegiums Nachfolgendes zu eröffnen:

Die naturhistorischen Vorprüfungen der Mediciner, sowie das erste pharmaceutische Rigorosum werden schon vom nächsten Studienjahre ab auch an der philosophischen Facultät der Universität mit böhmischer Vortragssprache mit voller Rechtswirkung vorgenommen resp. abgelegt werden können.

Hiervon wollen Euer . . auch der medicinischen und philosophischen Facultät der deutschen Universität entsprechende Mittheilung machen.

**332 k) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
14. November 1882, Z. 19324,**

an 1. den Statthalter für Böhmen, 2. das Decanat der medicinischen Facultät der deutschen Universität Prag, 3. das Decanat der philosophischen Facultät der böhmischen Universität in Prag,

betreffend die Delegation des Decanes der böhmischen philosophischen Facultät zur Abhaltung der Vorprüfungen für Mediciner.

Auf Grund der Allerhöchsten Entschliessung vom 10. November d. J. finde ich anzuordnen, dass bis zur Activirung der medicinischen Facultät mit böhmischer Vortragssprache in Prag die im Anhang zur medicinischen Rigorosenordnung vom 15. April 1872, Z. 4398, dem Decan der medicinischen Facultät zugewiesenen Functionen in Ansehung der von den betreffenden Professoren der böhmischen philosophischen Facultät abzuhaltenden naturhistorischen Vorprüfungen der Mediciner ausnahmsweise von dem Decan der böhmischen philosophischen Facultät auszuüben sind.

Hiervon wird das Decanat unter Bezugnahme auf den h. o. Erlass vom 18. August d. J., Z. 12746*), mit dem Beifügen in Kenntniss gesetzt, dass von dem Inhalte dieses Erlasses gleichzeitig den Decanaten der medicinischen Facultäten der Universitäten Wien, Graz, Innsbruck und Krakau die entsprechende Mittheilung gemacht wird.

**332 l) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
16. Juli 1882, Z. 9642,**

an das Decanat der medicinischen Facultät in Wien und den Statthalter für Niederösterreich,

betreffend die Errichtung eines geburtshilflichen Operations-Institutes an der medicinischen Facultät der Wiener Universität.

Ich finde mich im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern bestimmt, die Errichtung eines geburtshilflichen Operations-Institutes an der medicinischen Facultät der Universität Wien anzuordnen, für welches bis auf Weiteres das im Anschlusse mitfolgende auf Grundlage des Gutachtens der Vorstände der geburtshilflichen Kliniken verfasste provisorische Statut als massgebend anzusehen ist.

Dieses Operations-Institut hat mit 1. September 1882 in's Leben zu treten.

Provisorisches Statut

für das geburtshilfliche Operations-Institut an der medicinischen Facultät der Universität Wien.

§. 1. Der Zweck des Instituts ist die Ausbildung einer grösseren Anzahl von geübten Geburtshelfern.

*) Aufgenommen sub VI b, Nr. 331 i im vorliegenden Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

§. 2. Die Leiter des Institutes sind die drei Professoren der Geburtshilfe an der Wiener Universität.

§. 3. Zum Eintritte in das Institut ist jeder Angehörige der im Reichsrathe vertretenen Länder unter Nachweisung des erworbenen Doctordiplomes der gesammten Heilkunde berechtigt.

§. 4. Die Dauer des Curses beträgt 6 Monate, der erste Curs beginnt mit 1. September und endet mit letzten Februar, der zweite beginnt mit 1. März und endet mit letzten August. Ausnahmsweise kann den Frequentanten die Zeit ihrer Verwendung auf ein Jahr erstreckt werden.

§. 5. In jedem Curse können in der Regel nur 9 Frequentanten aufgenommen werden, von denen je 3 jeder der 3 Kliniken zugetheilt werden. Die Zutheilung von mehr als 4 Frequentanten auf eine Klinik ist unzulässig.

§. 6. Noch dienende oder eben aus dem Dienste austretende Spitalsärzte haben ihre Candidatur bei dem betreffenden Spitalsdirector anzumelden, welcher die Gesuche mit seinen Vorschlägen an das Professoren-Collegium leitet. Bewerber aber, welche in keinem Dienstverhältnisse zu einem Spitale stehen, melden ihre Candidatur eventuell unter Nachweisung ihrer bisherigen Verwendung unmittelbar beim Decanate an.

§. 7. Ueber die Verleihung aller Stellen entscheidet das Professoren-Collegium, doch hat dasselbe vor allen Anderen die concurrirenden Spitalsärzte zu berücksichtigen.

§. 8. Die Frequentanten unterstehen den Professoren und ihren Stellvertretern, haben auf den Kliniken im Auftrage des Professors den Subalterndienst, insbesondere die Inspection zu besorgen; sind dagegen berechtigt, allen Operationen als Hilfsärzte beizuwohnen und bald thunlichst je nach ihrer Vertrauenswürdigkeit unter der Leitung der Professoren oder ihrer Stellvertreter auch in viva geburtshilfliche Operationen vorzunehmen.

In Ausführung dessen wird den Frequentanten bei Beginn des Curses eine Instruction eingehändigt.

§. 9. Nach Beendigung des Curses werden den Frequentanten auf Verlangen über ihre Verwendung vom Vorstande ausgestellte und vom Decanate vidirte Zeugnisse ausgefolgt.

332 m) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
17. Februar 1883, Z. 1995,

an das Decanat der medicinischen Facultät der Universität Wien,
betreffend die Genehmigung einer Instruction für die Frequentanten des geburtshilflichen Operations-Institutes an der medicinischen Facultät der Universität Wien.

Dem mit Bericht vom . . . vorgelegten, im Anschlusse rückfolgenden Entwurf einer Instruction für die Frequentanten des geburtshilflichen Operationsinstitutes an der medicinischen Facultät der Universität Wien ertheile ich . . . die Bestätigung.

Instruction

für die Frequentanten des geburtshilflichen Operations-Institutes.

§. 1. Die Frequentanten des Institutes unterstehen in jeder Hinsicht dem klinischen Vorstande und dessen Stellvertretern, haben sich im Allgemeinen der bestehenden Hausordnung zu fügen, alle vom Vorstande oder dessen Stellvertreter getroffenen Anordnungen zu befolgen und sich namentlich im Kreisszimmer den vorhandenen Vorschriften gemäss zu benehmen.

§. 2. Die Frequentanten haben täglich um 8 Uhr Morgens an der Klinik zu erscheinen, die Vormittags- und Abend-Visite mitzumachen und sich unter Tags überhaupt wiederholt an der Klinik umzusehen, um namentlich interessante Geburtsfälle ihrer Beobachtung nicht entgehen zu lassen.

§. 3. Ausserdem sind die Frequentanten verpflichtet, im Turnus durch je 24 Stunden den Inspectionsdienst zu versehen und haben dieselben während der Inspectionszeit beständig entweder im Kreiss- oder im Inspectionszimmer sich aufzuhalten. Während dieser Zeit ist auch jede Entfernung aus dem Hause früher dem dienstthuenden Assistenten zur Kenntniss zu bringen.

§. 4. Der Inspections-Frequentant ist verpflichtet, während der Zeit des Inspectionsdienstes sich von den Gesundheits- und Geburtsverhältnissen der im Kreisszimmer anwesenden Pflegebefohlenen Kenntniss zu verschaffen und jede ankommende Gebärende gleich nach dem Betreten des Kreisszimmers in den angedeuteten Beziehungen zu untersuchen, um allfällige Abnormitäten rechtzeitig dem dienstthuenden Assistenten zur Kenntniss zu bringen.

§. 5. Ueber die Vorkommnisse während der Inspectionszeit hat jeder Frequentant ein eigenes Inspectionsprotokoll zu führen und dasselbe beim Abtreten vom Inspectionsdienste nach Ausfüllung sämtlicher Rubriken dem dienstthuenden Assistenten zur Revision und Unterschrift vorzulegen.

§. 6. Im Falle des Bedarfes sind die Frequentanten verpflichtet, auch an der Durchführung des administrativen Schreibgeschäftes theilzunehmen.

§. 7. Jeder Frequentant hat möglichst bald die Befähigung zur Ausführung geburtshilflicher Operationen sich anzueignen und in einer Prüfung zu erweisen, damit er nach Massgabe seiner Befähigung im Turnus zu Operationen an den Lebenden herangezogen werden kann.

§. 8. Geburtshilfliche Hilfeleistungen, was immer für einer Art, sowie eigentliche geburtshilfliche Operationen dürfen von den Frequentanten jedoch nur mit Zustimmung des Vorstandes oder dessen Stellvertretern und unter der Verantwortlichkeit derselben durchgeführt werden.

Unterabtheilung e: Geburtshilfliches Studium (der Hebammen).

**380 d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
15. Juni 1881, Z. 8600,**

an die Directionen sämtlicher Hebammen-Lehranstalten,
betreffend die Erlassung einer revidirten Hebammen-Instruction.

Laut einer Mittheilung des k. k. Ministeriums des Innern vom 4. Juni d. J., Z. 6183, ist von der revidirten Instruction für Hebammen, welche auch im Reichsgesetzblatte veröffentlicht wird, den betreffenden Hebammen-Lehranstalten im Wege der Landesbehörden eine angemessene Anzahl von Druckexemplaren sammt Belehrung zur Verfügung gestellt worden.

Indem ich die Direction hierauf aufmerksam mache, weise ich über Ersuchen des Ministeriums des Innern die Direction an, jeder Hebamme beim Angelobungsacte ein Druckexemplar der erwähnten Instruction sammt Belehrung in der üblichen Landessprache zur weiteren Darnachachtung einzuhändigen.

Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Juni 1881,
mit welcher eine revidirte Hebammen-Instruction erlassen wird.

Frauenspersonen, welche die Befähigung zur Ausübung der Hebammenkunst in den österreichischen Ländern erworben haben und daselbst ihren Beruf ausüben wollen, haben sich hiebei nach folgender Instruction zu benehmen, welche auch den Amtsärzten und den betreffenden Behörden zur Darnachachtung zu dienen hat.

§. 1. Die Hebammen unterstehen der politischen Behörde I. Instanz (der k. k. Bezirkshauptmannschaft, oder der mit den Geschäften der politischen Bezirksbehörde betrauten Gemeindebehörde, Magistrat, Bürgermeisteramt), beziehungsweise dem Amtsarzte derselben.

§. 2. Die Hebammen haben bei dieser Behörde den Ort, wo sie ihre Praxis ausüben wollen, anzuzeigen, sich hierauf dem Amtsarzte vorzustellen und demselben die im §. 3 vorgeschriebenen Instrumente und Geräthe vorzuweisen.

Unter Vorzeigung der amtlichen Bestätigung ihrer erstatteten Anzeige haben sich dieselben bei dem Gemeindevorstande ihres Wohnortes,

beziehungsweise bei der Ortspolizeibehörde zu melden und ihre Wohnung, die jederzeit mit einem Schilde am Hause ersichtlich zu machen ist, anzuzeigen; ebenso ist auch jeder Wohnungswechsel zur Anzeige zu bringen.

§. 3. Die Instrumente und Geräthschaften, welche die Hebamme wohl verwahrt, geordnet und sorgfältig gereinigt jederzeit bereitzuhalten und, wenn sie zu einer Entbindung gerufen wird, mit sich zu nehmen hat, sind folgende:

Eine Klysterspritze mittlerer Grösse mit den dazu gehörigen, vorne gut abgerundeten Afterröhrchen und einem an die Spritze passenden Mutterrohr aus Zinn; einen metallenen und einen englischen elastischen weiblichen Katheter, eine Nabelschnurschere, einen entsprechenden Vorrath von Nabelbändchen und eine Nagelbürste.

Nebstdem hat die Hebamme noch nachfolgende Mittel, über deren Zubereitung und Gebrauch der §. 3 der in einem Anhange beigegebenen Belehrung das Nähere enthält, in wohl verstopften, rein gehaltenen Flaschen mit sich zu führen:

1. 100 Gramme krystallisirte, durch Zusatz von etwas Wasser zum Zerfliessen gebrachte Carbolsäure behufs Herstellung einer Desinfections-Flüssigkeit;

2. 50 Gramme Carbolöl, das ist eine Mischung aus 2 Grammen krystallisirter Carbolsäure und 48 Grammen reinen Olivenöles;

3. 25 Gramme Zimmtinctur;

4. 25 Gramme Aetherweingeist (Hoffmannsgeist).

Die vorangeführten Gegenstände muss die Hebamme jederzeit in gutem Zustande zur Hand haben.

Weil die Carbolsäure im krystallisirten und im zerflossenen Zustande und auch in stärkeren wässerigen Lösungen äusserlich angewendet ätzend und innerlich genommen sogar giftig wirkt, muss die Hebamme, um jeden Missbrauch zu verhüten, auf die Verwahrung der Carbolsäure ihre besondere Aufmerksamkeit richten und darf von derselben nur in der Weise Gebrauch machen, wie ihr vom Arzte oder in §. 3 der Belehrung vorgeschrieben wird.

Die Hebamme darf weder einzelne der vorangeführten Gegenstände, noch den ganzen Apparat bei den Gebärenden oder Entbundenen zurücklassen.

Der Amtsarzt wird sich von Zeit zu Zeit überzeugen, ob der Apparat im completen und brauchbaren Zustande erhalten werde.

Ueberdies muss jede Hebamme ein gutes Lehrbuch für Hebammen, jedenfalls aber dasjenige besitzen, das ihr beim Schulunterrichte als Leitfaden diene, um sich darin Rath zu erholen zu können.

§. 4. Die Hebammen sollen sich eines ehrbaren, nüchternen Lebenswandels befleissen, und Gebärenden, welche ihre Hilfe in Anspruch nehmen, ohne Unterschied ob arm oder reich, ob bei Tag oder Nacht, mit voller Bereitwilligkeit und nach bestem Wissen den nöthigen Beistand leisten.

§. 5. Die Hebammen haben sich stets der strengsten Reinlichkeit zu befleissen und die Berührung mit kranken Personen und mit fau-

lenden Stoffen jeder Art sorgfältig zu meiden, damit an ihren Fingern, Geräthschaften oder Kleidern keine schädlichen Stoffe haften bleiben, die gelegentlich der Untersuchungen oder Hilfeleistungen in den Körper ihrer Pflegebefohlenen gerathen und das so gefährliche Kindbettfieber erzeugen können.

Aus diesem Grunde werden die Hebammen mit Hinweis auf die Belehrung auf's strengste verpflichtet, jedesmal vor Berührung einer Pflegebefohlenen ihre Hände und Geräthe mit der Desinfections-Flüssigkeit auf's gründlichste zu reinigen.

§. 6. Hat die Hebamme eine Gebärende in Pflege übernommen, so darf sie sich von derselben während des Geburtsverlaufes nicht entfernen und muss auch nach jeder regelmässigen Geburt mindestens drei Stunden nach dem Abgange der Nachgeburt bei der Entbundenen bleiben.

Im Falle einer vorhandenen Regelwidrigkeit des Verlaufes der Geburt oder bei drohender Gefahr muss sie stets die Ankunft des herbeigerufenen Arztes abwarten, bei der Pflegebefohlenen so lange verweilen, als es der Arzt für nothwendig erachtet, und den Weisungen des letzteren pünktlichst nachkommen.

Mit Ausnahme des zwingenden Nothfalles, dass eine zweite Hebamme nicht herbeigezogen werden kann, ist es nicht erlaubt, dass eine Hebamme zwei Gebärenden zu gleicher Zeit Beistand leiste und abwechselnd von der einen zur anderen gehe, weil aus einem derartigen Vorgange grosse Gefahr für die eine oder für beide Gebärende entstehen könnte.

§. 7. Bei gefahrdrohenden oder regelwidrigen Vorkommnissen, mögen dieselben Schwangere, Gebärende oder Wöchnerinnen oder deren neugeborene Kinder betreffen, sowie beim plötzlichem Tode einer Schwangeren oder Gebärenden ist die Hebamme unter schwerer Verantwortung verpflichtet, unverzüglich die Herbeirufung eines geeigneten Arztes zu veranlassen (§§. 7 bis 9 der Belehrung).

§. 8. Es ist den Hebammen auf's strengste verboten, bei Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen oder Kindern ärztliche Ordinationen und ohne zwingende Noth Verrichtungen vorzunehmen, deren Vornahme nur dem Geburtshelfer oder dem Arzte zusteht.

§. 9. Bei todt scheinenden Kindern von lebensfähiger Ausbildung, an denen noch keine offenbaren Zeichen der Fäulniss wahrnehmbar sind, hat die Hebamme in Abwesenheit eines sofort herbeizurufenden Arztes die ihr gelehrtten Wiederbelebungsversuche mit Fleiss und Beharrlichkeit so lange fortzusetzen, bis entweder das Kind regelmässig athmet, oder aber bis die Erfolglosigkeit der Bemühungen, die mindestens durch eine halbe Stunde vorzunehmen sind, vorliegt.

§. 10. Die Hebamme hat dafür zu sorgen, dass jede Geburt eines Kindes, bei welcher sie Hilfe geleistet hat, behufs Eintragung in die Geburtsregister rechtzeitig angezeigt werde.

§. 11. Bei der Geburt eines lebensschwachen, scheinodten oder sonst in Lebensgefahr schwebenden Kindes christlicher Eltern ist die

Hebamme verpflichtet, auf die Nothwendigkeit der Nothtaufe aufmerksam zu machen, und kann die Nothtaufe von der christlichen Hebamme über Aufforderung oder mit Zustimmung der Eltern, bei einem unehelichen Kinde mit Zustimmung der Mutter vorgenommen werden. Die Hebamme hat dafür zu sorgen, dass die vollzogene Nothtaufe dem zuständigen Seelsorger angezeigt werde.

§. 12. Die Hebamme ist verpflichtet, dem Seelsorger oder dem mit der Führung der Geburtsbücher sonst betrauten Organe über Verlangen die zur Eintragung in die Geburtsbücher erforderlichen Daten in Betreff der Mutter, deren ledigen, verheirateten oder Wiwenstand bekannt zu geben. Zu diesem Zwecke hat auch die Hebamme bei der ceremoniellen Taufe eines Kindes gegenwärtig zu sein.

§. 13. Der Hebamme obliegt es, die Veranstaltung zu treffen, dass jedes todtgeborene Kind ohne Rücksicht auf den Grad der erreichten körperlichen Entwicklung der vorschriftsmässigen Leichenbeschau unterzogen werde.

§. 14. Wird eine Hebamme berufen, um einer unerfahrenen Frauensperson wegen Schmerzen oder Beschwerden im Unterleibe Hilfe zu leisten, so hat sie dieselbe genau zu untersuchen und, wenn sie Kennzeichen der Schwangerschaft findet, dies derselben mitzutheilen und sie zu ermahnen, Sorge zu tragen, dass dem Gedeihen der Leibesfrucht nicht geschadet werde.

Ist jedoch die untersuchte Person schon in der Geburt begriffen, so hat die Hebamme ihr den nöthigen Beistand zu leisten, im Falle einer Erkrankung aber die Beiziehung eines Arztes zu empfehlen.

§. 15. Jede Hebamme ist verpflichtet, der Ortspolizeibehörde unverzüglich die Anzeige zu machen, wenn sich ihr der begründete Verdacht einer stattgefundenen Kindestödtung, Fruchtabtreibung oder einer anderen ähnlichen strafbaren Handlung aufdrängt.

§. 16. Jede Hebamme, welche die Verderbung oder Abtreibung einer Leibesfrucht, die Unterschabung oder Verwechslung eines Kindes absichtlich herbeiführt, oder aber bei einer solchen strafbaren Handlung als Mitschuldige oder Theilnehmerin mitwirkt, sowie auch jene, welche die ihr obliegende Pflicht, bei Verdacht eines Verbrechens oder Vergehens unverzüglich die Anzeige an die Behörde zu machen verabsäumt, verfällt der Strenge des Strafgesetzes.

§. 17. Die Hebammen sollen die Geheimnisse der sich ihrer Pflege anvertrauenden Personen gewissenhaft bewahren und haben nur in den Fällen, in welchen sie zur Anzeige verpflichtet sind, oder wenn sie von der Behörde hiezu aufgefordert werden, die erforderlichen Mittheilungen zu machen.

§. 18. Wird eine Hebamme von der politischen oder Gerichtsbehörde zu einer Untersuchung verwendet, so hat sie nach ihrem besten Wissen das genau anzugeben, was sie bei der Untersuchung vorgefunden hat.

§. 19. Jede des Schreibens kundige Hebamme hat die einzelnen Rubriken in den in der Belehrung näher bezeichneten Geburtstabellen,

welche ihr von der politischen Behörde zugestellt werden, pünktlich und wahrheitsgetreu auszufüllen und die ordnungsmässig geführten Tabellen in den ihr von dem Amtsarzte bekanntgegebenen Terminen an die Bezirksbehörde zu Handen des Amtsarztes behufs Durchsicht, Prüfung und Zusammenstellung für wissenschaftliche Zwecke vorzulegen.

Zur richtigen Ausfüllung der Geburtstabellen wird ihr empfohlen, über alle Geburten, bei welchen sie in ihrem Berufe thätig war, genaue Aufschreibungen in einem Tagebuche zu machen.

§. 20. Im Uebrigen werden die Hebammen angewiesen, sich genau an diese ihnen mit dem Diplome oder von der politischen Behörde zukommende Instruction und Belehrung zu halten und insbesondere verpflichtet, die in letzterer bezeichneten Vorsichten zur Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten und des Kindbettfiebers auf's genaueste zu beobachten.

§. 21. Die vorstehenden Bestimmungen treten an die Stelle der mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 25. März 1874, R.-G.-Bl. Nr. 32 kundgemachten Instruction und des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 23. October 1878, Z. 10381.*)"

Unterabtheilung f: Pharmaceutisches Studium.

391b) Auszug aus dem Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 28. Juli 1879, Z. 11425,

an den Landespräsidenten der Bukowina,

betreffend die Errichtung eines pharmaceutischen Curses an der Universität Czernowitz.

In Erledigung des Berichtes vom finde ich die Errichtung eines pharmaceutischen Curses an der Universität Czernowitz nach Massgabe der Studien- und Prüfungsordnung für Pharmaceuten vom 29. Mai 1859, R.-G.-Bl. Nr. 113,**) zu genehmigen und anzuordnen, dass der erste Jahrgang dieses Curses mit Beginn des Studienjahres 1879/80 in das Leben trete, welchem sich sohin der zweite Jahrgang im nächstfolgenden Studienjahre anzuschliessen hat.

Mit dem vom Professoren-Collegium der philosophischen Facultät vorgelegten Lectionsplane für diesen Lehrcurs nehme ich keinen Anstand mich einverstanden zu erklären

Von dem Inhalte dieses Erlasses wollen Euer . . . das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät in Czernowitz zur weiteren Veranlassung in Kenntniss setzen.

*) Aufgenommen sub VI e, Nr. 380 c im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

**) Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub VI f, Nr. 388.

391c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
2. Juli 1878, Z. 10389,

an die Decanate der medicinischen Facultäten in Wien, Graz, Prag, Innsbruck
und Krakau,

**betreffend die genaue Durchführung der im Schlussabsatz des §. 12 der
pharmaceutischen Prüfungsordnung enthaltenen Vorschrift.**

Es ist zu meiner Kenntniss gelangt, dass bei Abhaltung des III. pharmaceutischen Rigorosums die am Schluss des §. 12 der pharmaceutischen Prüfungsordnung vom 14. Juni 1859^{*)} enthaltene Bestimmung, wonach die vom Candidaten über die selbstverfertigten pharmaceutischen Präparate und über die chemische Analyse verfasste schriftliche Abhandlung bei der III. strengen Prüfung vorzuliegen hat, nicht immer gehörig gehandhabt, vielmehr an manchen Universitäten von der Forderung der Abfassung und Vorlage dieser schriftlichen Abhandlung ganz Umgang genommen wird.

Mit Rücksicht auf die diesbezüglich bestehende Prüfungsvorschrift und im Interesse der Erzielung eines möglichst sicheren Prüfungsergebnisses ersuche ich das Decanat, Fürsorge zu treffen, dass dieser Vorschrift, falls es nicht schon bisher der Fall gewesen sein sollte, künftighin in vollem Umfange Rechnung getragen werde.

391d) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
8. December 1882, Z. 20097,

an das Decanat der philosophischen Facultät Czernowitz,

**betreffend den Vorgang bei Aufnahme von ausländischen Candidaten der
Pharmacie in die pharmaceutischen Universitätsstudien.**

Auf die Anfrage vom 21. October d. J., Z. 29, betreffend den Vorgang bei Aufnahme von ausländischen Candidaten der Pharmacie, in die pharmaceutischen Universitätsstudien, wird dem Decanate Nachstehendes eröffnet:

Ausländer können das Magisterium der Pharmacie an einer österreichischen Universität erwerben, wenn sie die vorgeschriebenen Studien und strengen Prüfungen im Sinne der mit Allerh. Entschliessung vom 29. Mai 1859 genehmigten Studien- und Prüfungs-Ordnung ordnungsmässig zurückgelegt und den sonstigen in dieser Studien- und Prüfungs-Ordnung gestellten Anforderungen entsprochen haben.

Die im Auslande abgelegte Tiroler-Prüfung, sowie die im Auslande an einer Apotheke zugebrachte Servirzeit können behufs Aufnahme in die pharmaceutischen Universitätsstudien als Ersatz für die im Inlande abzulegende Prüfung, resp. nachzuweisende Servirzeit anerkannt werden, sofern kein Zweifel darüber besteht, dass dieselben mit Rücksicht auf die in dem betreffenden auswärtigen Staate diesfalls be-

^{*)} Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub VI f, Nr. 388.

stehenden Einrichtung im Zusammenhalte aller Umstände im Wesentlichen als gleichwerthig anzusehen sind.

Die Entscheidung hierüber anlässlich der Gesuche von ausländischen Candidaten um Aufnahme in die pharmaceutischen Universitätsstudien liegt im Wirkungskreise des Professoren-Collegiums, sobald sich dasselbe die Ueberzeugung verschafft hat, dass die Vorkenntnisse und Bedingungen der Aufnahme (absolvirtes Untergymnasium, Lehr- und Servirzeit, Tiropfung) mit jenen im Wesentlichen übereinkommen, welche für die Aufnahme der inländischen Candidaten vorgeschrieben sind. In dem Falle, als sich das Professoren-Collegium diese Ueberzeugung nicht vollends zu verschaffen vermöchte, es sich aber nur um kleinere Mängel (Mangel der griechischen Sprachkenntniss, theilweisen Abgang der dreijährigen Lehr- oder zweijährigen Servirzeit u. s. w.) handelt, gleichzeitig aber befürwortende Gründe für die Aufnahme vorliegen sollten, ist die hieramtliche Genehmigung von Fall zu Fall einzuholen.

Mit Rücksicht jedoch darauf, dass das Verbot der Verwendung ausländischer Pharmaceuten als Gehilfen in inländischen Apotheken noch dermalen aufrecht erhalten ist (Allerh. Entschliessung vom 12. Januar 1834, Studien-Hofcomm.-Decret vom 15. Januar 1834, Z. 125), erscheint es auch nicht zulässig, dass ausländische Pharmaceuten auf Grund ihres an inländischen Universitäten erworbenen Diplomes Dienstverhältnisse in österreichischen Apotheken eingehen.

Zu diesem Ende wird den an Ausländer auszufolgenden Magister-Diplomen eine Stylisirung zu geben sein, welche von vorneherein jede Zuerkennung einer Berechtigung zur Ausübung der pharmaceutischen Praxis im Inlande ausschliesst, wie auch die mit dem h. a. Erlasse vom 27. December 1855, Z. 19.631,*) vorgeschriebene Eidesabnahme auf die Apotheker-Instruction gegenüber den zu graduirenden Ausländern zu entfallen hat.

Zum Abschnitte VI.

Unterabtheilung g: Thierärztliches Studium.

400 e) Auszug aus dem Erlasse des Ministeriums des Innern vom 11. Juni 1881, Z. 8246,

an den Statthalter für Galizien,

betreffend die Errichtung einer Thierarznei- und Hufbeschlagsschule in Lemberg.

Mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 27. December 1880 haben Se. k. und k. Apostolische Majestät die Errichtung einer Thierarznei- und Hufbeschlagsschule in Verbindung mit einer Thierheilanstalt in Lemberg, sowie die Systemisirung des Lehrpersonales dieser Anstalt nach dem mit der galizischen Landesvertretung und dem Lemberger Stadtmagistrate rücksichtlich der Beitragsleistungen zu den Errichtungs- und Unterhaltungskosten dieser Anstalt getroffenen Uebereinkommen mit

*) Aufgenommen im I. Bde. dieser Sammlung sub VI f, Nr. 380.

dem dem Staatsschatze für die Errichtung zur Last fallenden Kostenbetrage von 38.876 fl. und dem für die Erhaltung der Anstalt entfallenden Jahreserfordernisse im Betrage von 16.138 fl. allergnädigst zu genehmigen geruht

Rücksichtlich der Organisation des Unterrichtes an dieser Anstalt hat der mitfolgende Lehrplan und das beiliegende Schema des Personal- und Besoldungsstatut zur Richtschnur zu dienen. *) Rücksichtlich der Jahres- und der strengen Prüfungen, sowie rücksichtlich der Ausstellung der Diplome für Thierärzte gelten die Bestimmungen, welche in dem für das thierärztliche Studium kundgemachten Plane (Kundmachung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 12. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 97 **) vorgeschrieben sind.

Der Unterricht wird sowohl an der Thierarznei- als auch an der Hufbeschlagschule in polnischer Sprache und für Inländer unentgeltlich ertheilt. Ausländer können an der Thierarzneischule unter den im §. 22 des vorbezoogenen Studienplanes gegebenen Normen zum Studium zugelassen werden. Die von der Lemberger Veterinär-Anstalt ausgestellten thierärztlichen Diplome und Befähigungszeugnisse sind rücksichtlich der damit erworbenen Rechte den vom Wiener Thierarznei-Institute ausgefertigten Diplomen und Zeugnissen gleichgestellt.

Die Leitung der Anstalt geschieht durch die Direction, welche dem Ministerium für Cultus und Unterricht untersteht. ***)

Die Directionsgeschäfte führt der zum Director ernannte Professor, dem zur Besorgung der ökonomischen und administrativen Geschäfte ein Hausverwalter, welcher die Qualification eines Staatsbeamten besitzen muss, beigegeben ist.

Die Ernennung des Directors und der Professoren erfolgt auf Grund des Vorschlages des Lehrkörpers über Antrag des Unterrichtsministeriums von Sr. Majestät, jene des Adjuncten und der Assistenten vom Unterrichtsministerium, die sonstigen Beamten und Diener ernennt der Statthalter.

Für die Vertretung der obligaten Lehrgegenstände sind bestimmt:

1. eine Lehrkanzel für descriptive und pathologische Anatomie;
2. eine Lehrkanzel für Physiologie und Thierproduction (Naturgeschichte, Hygiene, Racenlehre, Zuchtkunde, Geburtshilfe und Exterieur der Hausthiere);
3. eine Lehrkanzel für medicinische und chirurgische Pathologie und Therapie mit Einschluss der Seuchenlehre und Veterinärpolizei, Operationslehre und Kliniken;
4. die Vorträge über Arzneimittel-, Instrumenten- und Verbandlehre, gerichtliche Veterinärkunde, Geschichte der Thierheilkunde, Vieh- und Fleischbeschau sind dem Adjuncten zugewiesen;

*) Der Lehrplan für das Thierarznei-Institut und die Hufbeschlagsschule ist weiter unten in extenso abgedruckt.

**) Aufgenommen sub VI f, Nr. 400 b im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung.

***) Seit Beginn des Jahres 1882 ist die Thierarznei- und Hufbeschlagsschule in Lemberg überhaupt in das Ressort des Ministeriums für Cultus und Unterricht übergegangen.

5. die Vorträge über die naturwissenschaftlichen Fächer, Physik, Chemie, Botanik, werden für die Schüler der Thierarzneischule durch die betreffenden Universitäts-Dozenten gegen besondere Remuneration besorgt.

Der anatomischen und der klinischen Lehrkanzel ist je ein Assistent zugewiesen.

Für die Hufbeschlagsschule werden ein Hufbeschlagslehrer und nach Bedarf 3—4 praktische Beschlagsschmiede bestellt. Ersterer hat die Vorträge über die Theorie und Praxis des Hufbeschlages zu halten....

Es wird eine der ersten Aufgaben des neu ernannten Directors sein, für die Veterinär-Anstalt ein Reglement auszuarbeiten, in welchem innerhalb der vorstehenden Grundsätze alle den Unterricht und die Verwaltung betreffenden näheren Bestimmungen auszuführen sind. Dieses Reglement ist zur Genehmigung vorzulegen.*)

A. Lehrplan für die Thierarzneischule.

1. Zur Aufnahme als ordentliche Hörer in das thierärztliche Studium ist der Nachweis über die Absolvierung der 6. Gymnasial- oder Realclasse, oder einer landwirthschaftlichen Mittelschule, dann über das vollendete 17. und nicht überschrittene 26. Lebensjahr erforderlich.

Eine Nachsicht des überschrittenen Alters kann allen Jenen zu Theil werden, welche eine ununterbrochene Beschäftigung mit wissenschaftlichen oder landwirthschaftlichen Studien und Arbeiten nachweisen können.

2. Der Besuch einzelner Vorlesungen ist gegen Anmeldung bei dem Director und dem betreffenden Professor gestattet. Ueber den Besuch dieser Vorlesungen werden Frequentations-Zeugnisse gegeben, aus welchen übrigens keinerlei Rechte zur Ausübung der thierärztlichen Praxis erwachsen.

3. Die Studiendauer für den thierärztlichen Lehrcurs wird auf drei Jahre oder sechs Semester festgestellt; diplomirte Aerzte und Wundärzte können diesen Lehrcurs in zwei Jahren vollenden.

4. Der Beginn des Studienjahres, sowie die Zeit der Jahresferien richtet sich nach den für die k. k. Universitäten bestehenden Vorschriften.

5. Die obligaten Lehrgegenstände für den dreijährigen Curs sind:

I. Jahrgang.

1. Semester.

- a) Einleitung in das thierärztliche Studium durch 2 Wochen, wöchentlich 3 Stunden;
- b) Physik, wöchentlich 5 Stunden;
- c) Zootomie sämtlicher Hausthiere, wöchentlich 5 Stunden;

*) Das erwähnte Reglement ist bislang noch nicht ausgearbeitet worden.

- d) allgemeine unorganische Chemie, wöchentlich 3 Stunden;
- e) Thierproductionslehre, wöchentlich 3 Stunden;
- f) Theorie des Huf- und Klauenbeschlages, wöchentlich 2 Stunden;
- g) Secirübungen;
- h) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, und zwar im Niederwirken und Herrichten todter Hufe zum Beschlage, beide Uebungen in den durch die Stundeneintheilung zu fixirenden vorlesungsfreien Stunden.

2. Semester.

- a) Zootomie mit Berücksichtigung der topographischen und chirurgischen Zootomie, wöchentlich 5 Stunden;
- b) Organische Chemie mit besonderer Berücksichtigung der physiologischen und pathologischen Chemie, wöchentlich 3 Stunden;
- c) Thierproductionslehre, wöchentlich 5 Stunden;
- d) Botanik mit Beziehung auf die für die Thierheilkunde wichtigen Pflanzen, wöchentlich 2 Stunden;
- e) Uebungen im Secirsaale;
- f) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, beide wie im 1. Semester.

II. Jahrgang.

3. Semester.

- a) Allgemeine Pathologie und pathologische Zootomie, wöchentlich 3 Stunden;
- b) Physiologie mit mikroskopischen Uebungen, wöchentlich 2 Stunden;
- c) Pharmakognosie, Arzneimittellehre und Receptirkunde, wöchentlich 3 Stunden;
- d) Besuch der Kliniken, täglich;
- e) Uebungen im Secirsaale, dann Verfertigung zweier anatomischer Präparate in den durch die Stundeneintheilung festzusetzenden Stunden;
- f) Besuch der pathologischen Sectionen;
- g) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, und zwar im Aufrichten und Verfertigen der Hufeisen, und im Anpassen derselben auf todte Hufe.

4. Semester.

- a) Pathologische Zootomie, wöchentlich 3 Stunden;
- b) Physiologie mit mikroskopischen Uebungen, wöchentlich 2 Stunden;
- c) thierärztliche Geburtshilfe, wöchentlich 2 Stunden;
- d) Instrumenten- und Verbandlehre, wöchentlich 3 Stunden;
- e) Besuch der Kliniken, täglich;
- f) Besuch der pathologischen Sectionen;
- g) Uebungen im chemischen Laboratorium;
- h) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, wie im 3. Semester.

III. J a h r g a n g.

5. Semester.

- a) Die medicinische Klinik, täglich;
- b) die chirurgische Klinik, täglich;
- c) specielle Pathologie und Therapie, wöchentlich 3 Stunden;
- d) Veterinär-Chirurgie, wöchentlich 2 Stunden;
- e) Operationslehre, wöchentlich 3 Stunden, darunter 2 Stunden praktische Uebung;
- f) Seuchenlehre, wöchentlich 3 Stunden;
- g) Vieh- und Fleischbeschau, wöchentlich 1 Stunde;
- h) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, wie in den früheren Semestern, und Uebungen im Beschlage lebender Pferde.

6. Semester.

- a) Die medicinische Klinik;
- b) die chirurgische Klinik;
- c) specielle Pathologie;
- d) Veterinär-Chirurgie;
- e) Operationslehre;
alle fünf, wie im 5. Semester;
- f) gerichtliche Veterinärkunde, wöchentlich 2 Stunden;
- g) Geschichte und Literatur der Thierheilkunde, wöchentlich 1 Stunde;
- h) Uebungen auf der Beschlagsbrücke, wie im 5. Semester.

Während der letzten zwei Jahrgänge sind auch die Nachmittags-Ordinationen zu besuchen, ebenso werden die Studirenden im 3. Jahrgange abwechselnd zur Poliklinik und zur Seuchenbehandlung beigezogen, und sind verpflichtet, im 3. Jahrgange die kranken Thiere, wie sie die Reihe trifft, zu übernehmen und nach Anordnung zu behandeln.

6. Der Lehrplan für den zweijährigen Curs für Aerzte und Wundärzte umfasst die Unterrichtsgegenstände in nachfolgender Ordnung:

I. J a h r g a n g.

1. Semester.

- a) Einleitung in das thierärztliche Studium;
- b) Thierproductionslehre;
- c) Zootomie;
- d) Theorie des Huf- und Klauenbeschlages;
- e) Pharmakognosie, Arzneimittellehre und Receptirkunde;
- f) allgemeine Pathologie und pathologische Zootomie;
- g) Uebungen im Secirsaale;
- h) Besuch der pathologischen Sectionen;
- i) Uebungen auf der Beschlagbrücke.

2. Semester.

- a) Zootomie;
- b) Thierproductionslehre;

- c) thierärztliche Geburtshilfe;
- d) Exterieur;
- e) Instrumenten- und Verbandlehre;
- f) Pathologische Zootomie;
- g) Uebungen im Secirsaale;
- h) Besuch der pathologischen Sectionen;
- i) Uebungen auf der Beschlagbrücke.

II. J a h r g a n g.

3. Semester.

- a) Medicinische Klinik;
- b) chirurgische Klinik;
- c) specielle Pathologie und Therapie;
- d) Veterinär-Chirurgie;
- e) Operationslehre;
- f) Physiologie und mikroskopische Uebungen;
- g) Seuchenlehre;
- h) Vieh- und Fleischbeschau.

4. Semester.

- a) Medicinische Klinik;
- b) chirurgische Klinik;
- c) specielle Pathologie und Therapie;
- d) Veterinär-Chirurgie;
- e) Operationslehre;
- f) Physiologie und mikroskopische Uebungen;
- g) gerichtliche Veterinärkunde;
- h) Geschichte und Literatur der Thierheilkunde.

Während des 3. und 4. Semesters sind die Nachmittags-Ordinationen zu besuchen, die Beziehung zur Poliklinik und zur Seuchenbehandlung erfolgt wie bei den anderen Studirenden.

B. Lehrplan für die Hufbeschlagsschmiede.

Zur Aufnahme in den Hufbeschlagscurs wird das Zeugniß der mit gutem Erfolge absolvirten Volksschule, der Lehrbrief über das ordnungsmässig erlernte Schmiedehandwerk und der Ausweis über eine wenigstens zweijährige Gesellenzeit erfordert.

Der Curs für Hufbeschlagsschmiede dauert durch sechs Monate und wird jährlich zweimal abgehalten.

Der erste beginnt am 2. Januar und schliesst mit letzten Juni, während der zweite mit 1. Juli seinen Anfang nimmt und mit December beendet wird.

In diesem Curse haben die Schüler:

- a) die Vorlesungen über die Theorie des Huf- und Klauenbeschlages zu besuchen;
- b) sich auf der Beschlagsbrücke in der Verfertigung von Hufeisen für gesunde und kranke Hufe zu üben;

- c) die chirurgische Klinik zu besuchen, wo sie mit den gewöhnlichsten Krankheiten der Hufe und ihrer Heilung bekannt gemacht werden.

Die Hörer des Hufbeschlagsurses erhalten nach Ablegung der Prüfung aus der Theorie des Huf- und Klauenbeschlags, und nachdem sie ein entsprechendes Probebeschlüge geleistet und die Fähigkeit, vollkommene Hufeisen zu verfertigen, nachgewiesen haben, gegen Erlag von 1 fl. ö. W. ein mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehenes Zeugnis nach dem folgenden

Formulare:

Von Seite der am k. k. Thierarznei-Institute zu Lemberg bestehenden Hufbeschlagsschule wird hiermit dem N. N., von in gebürtig, das öffentliche Zeugnis ertheilt, dass er an der hiesigen Hufbeschlagsschule im Jahre den für Hufbeschlagsschmiede vorgeschriebenen halbjährigen Lehrcurs mit „gutem“ („sehr gutem“) Erfolge absolvirt, im Verfertigen und Auflegen der Hufeisen sich eine „gute“ („sehr gute“) Fertigkeit erworben habe und somit für „befähigt“ („besonders befähigt“) erklärt wird, das Hufschmiedgewerbe nach Erlangung der gewerbsbehördlichen Concession in jedem Orte selbstständig auszuüben.

Von der Direction der k. k. Hufbeschlagsschule

Lemberg, am 18 . .

Die weiteren auf den Unterricht und die Verwaltung bezüglichen Angelegenheiten werden durch ein besonderes Reglement geregelt.

Zum Abschnitte

VII. Philosophische Facultät.

Unterabtheilung a: Philosophisches Facultätsstudium und Doctorat.

422 b) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
14. September 1878, Z. 12127,

an die Professoren-Collegien sämtlicher philosophischen Facultäten mit Ausnahme von Prag,

womit ausgesprochen wird, dass die auf die Seminarübungen an der philosophischen Facultät entfallenden Stunden in das gesetzliche Minimum der Collegienstunden nicht einzurechnen sind.

Von dem Professoren-Collegium einer philosophischen Facultät ist die Anfrage gestellt worden, ob die Uebungen in den an der philosophischen Facultät bestehenden Seminarien bei Ausmittlung des gesetzlichen Minimums der von den Studirenden zu frequentirenden Collegienstunden (§. 49 der allgemeinen Studienordnung vom 1. October 1850) in Anschlag zu bringen sind.

Ich finde mich hierdurch veranlasst, zur allgemeinen Darnachachtung auszusprechen, dass im Sinne des §. 49 der allgemeinen Studienordnung die auf die gedachten Seminarübungen entfallenden Stunden in das gesetzlich vorgeschriebene Minimum von wöchentlich zehn Collegienstunden nicht einzurechnen sind.

422 c) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
21. October 1879, Z. 11683,

an das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Krakau,
betreffend die Erläuterung einiger Punkte der Rigorosen-Ordnung für die philosophische Facultät.

Auf die mit Bericht vom gestellte Anfrage in Betreff der Auslegung einiger zu Zweifeln Anlass gebenden Bestimmungen der philosophischen Rigorosen-Ordnung wird dem Professoren-Collegium Nachfolgendes eröffnet:

1. Nach §. 5 Punkt d der philosophischen Rigorosen-Ordnung gehört zu den Fachgruppen, aus welchen das eine (zweistündige) Rigorosum abgelegt werden kann, auch „ein Zweig der beschreibenden Naturwissenschaften (Zoologie, Botanik, Mineralogie) in Verbindung mit einem der sub c angeführten Gegenstände“.

Da nun in dem hier bezogenen Punkte c ausdrücklich auch die Chemie angeführt erscheint, so unterliegt es keinem Zweifel, dass auch die Chemie als Ergänzung der Fachgruppe d gewählt werden kann. Es wird hiernach einem Candidaten, dessen Hauptfach die Chemie ist,

freistehen, zwischen den Fachgruppen c und d, in welchen beiden die Chemie vorkommen kann, die Wahl zu treffen.*)"

2. Im Falle die von dem Candidaten vorgelegte Abhandlung keiner der im §. 5 der Rigorosen-Ordnung bezeichneten Fachgruppen angehört, hat sich die Prüfung — abgesehen von dem Gebiete, in welches die Abhandlung fällt — auf sämtliche Gegenstände der vom Candidaten weiters gewählten Fachgruppe zu erstrecken, wie dieses sowohl aus dem letzten Absatze des citirten §. 5 der Rigorosen-Ordnung als aus mehreren Stellen der Instruction zu derselben hervorgeht.

In dem vom Professoren-Collegium angeführten Falle, dass ein Candidat, dessen Hauptfach deutsche oder orientalische Philologie ist, die Hauptgruppe a wählt, wird derselbe aus der deutschen und orientalischen Philologie, und aus der Geschichte in Verbindung mit der griechischen oder lateinischen Philologie die Prüfung abzulegen haben. Die Fachgruppen sind aber in der Rigorosen-Ordnung taxativ aufgezählt und sie bezeichnen jene zusammenhängenden Wissensgebiete, deren eines der Candidat — auch wenn sein Hauptfach einem anderem Gebiete angehört — jedenfalls zu wählen hat. Dass übrigens auch in diesem Falle das Fach, dem die Abhandlung angehört, in den Vordergrund zu treten hat, und als das Hauptfach zu behandeln und zu prüfen ist, ist sowohl in der Rigorosen-Ordnung deutlich hervorgehoben, so dass hier darauf verwiesen werden kann.

Zum Abschnitte VII.

*Unterabtheilung c: Wissenschaftliche Anstalten und Institute im
Anschlusse an die philosophische Facultät.*

A. Wiener Universität.**)

428k) Statut

des philologischen Proseminars an der Universität zu Wien.

(Genehmigt mit Ministerial-Erlass vom 16. Juni 1875, Z. 8903.)

§. 1. Das philologische Proseminar hat die Aufgabe, eine Vorschule für das eigentliche Seminar zu bilden und soll den Candidaten die Gelegenheit bieten, sich besonders eine tüchtige grammatische Bildung anzueignen.

*) Die in Punkt I des nachstehenden Erlasses gegebene Erläuterung des §. 5 der philosophischen Rigorosen-Ordnung wurde anlässlich eines speciellen Falles auch dem Professoren-Collegium der Wiener philosophischen Facultät mit Min.-Erl. vom 10. December 1881, Z. 11453 mitgetheilt.

**) Die Statuten des Institutes für österr. Geschichtsforschung, des physikalischen Institutes, des philologischen, des historischen Seminars und des Seminars für französische und englische Sprache sind im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub VII c. aufgenommen.

§. 2. Dasselbe zerfällt in eine lateinische und eine griechische Abtheilung. Die Uebungen, für welche in jeder dieser Abtheilungen wöchentlich je zwei Stunden in jedem Semester bestimmt sind, umfassen die cursorische Lectüre von griechischen und lateinischen Autoren unter besonderer Berücksichtigung der Syntax, dann lateinische und griechische, zuweilen auch metrische Exercitien.

§. 3. Die Uebungen werden unentgeltlich abgehalten und steht der Besuch derselben jedem Studirenden der Universität frei.

§. 4. Die Leiter des Proseminars erstatten am Schlusse jedes Semesters einen Bericht an das hohe Ministerium, in welchem sie über den Gang des Unterrichtes und die erzielten Erfolge Aufschluss geben und diejenigen Candidaten, welche sich besonders hervorgethan haben, namhaft machen.

4281) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 29. November 1880, Z. 18119,

an 1. das Decanat der philosophischen Facultät Wien, 2. den Statthalter für
Niederösterreich,

betreffend die Errichtung eines Seminars für deutsche Philologie an der Universität Wien.

Dem von dem Professor im Einvernehmen mit dem Professor gestellten Antrage gemäss finde ich die Errichtung eines Seminars für deutsche Philologie an der Universität Wien mit Beginn des Sommersemesters 1880/81 zu genehmigen und mit der Direction dieses Institutes die genannten Professoren zu betrauen. . .

Statut

des Seminars für deutsche Philologie an der Universität Wien.

§. 1. Der Zweck des Seminars ist, die Studirenden durch praktische Uebungen im Bereich der deutschen Sprache und Literatur zu methodischer wissenschaftlicher Arbeit und Lehrthätigkeit anzuleiten.

§. 2. Das Seminar zerfällt in zwei Abtheilungen, eine für Altdeutsch u. s. w. und eine für Neuhochdeutsch u. s. w. Leiter sind zwei Professoren der deutschen Philologie, von denen einer zugleich die Geschäfte führt.

§. 3. Die Uebungen im Seminar sind öffentlich und unentgeltlich.

§. 4. Im Seminar wird ausser grammatischen Specialübungen die philologische und historisch-ästhetische Interpretation hervorragender literarischer Denkmäler gepflegt. Eingereichte Abhandlungen werden besprochen.

§. 5. Die Theilnehmer zerfallen in ordentliche und ausserordentliche Mitglieder. Die Zahl der ersteren soll in der Regel nicht über zwölf hinausgehen; die Zulassung ausserordentlicher Mitglieder ist unbeschränkt.

§. 6. Ueber die Aufnahme ordentlicher Mitglieder entscheiden die Directoren gemeinsam. Wer als ordentliches Mitglied eintreten will, muss bereits ein Jahr germanistische Vorlesungen besucht, ein Semester den Uebungen eines Seminars für deutsche Philologie beigewohnt und sich den Directoren durch Eifer und Geschick empfohlen haben.

Als ausserordentliches Mitglied kann jeder Studirende den Uebungen beiwohnen und soweit es seine Vorbildung und die Rücksicht auf die Beschäftigung der ordentlichen Mitglieder gestattet, zur thätigen Theilnahme zugelassen werden.

§. 7. Die ordentlichen Mitglieder sind zur regelmässigen Uebernahme von Interpretationen, Referaten u. dgl. verpflichtet.

§. 8. Jedes ordentliche Mitglied hat seinen Austritt dem geschäftsführenden Director persönlich anzuzeigen.

§. 9. Das Seminar besitzt eine Bibliothek, welche der geschäftsführende Director verwaltet. Dieselbe ist allen ordentlichen und den von den Directoren dazu ermächtigten ausserordentlichen Mitgliedern zugänglich.

Die ordentlichen Mitglieder haben ferner das Recht, wenn sie sich durch die Bescheinigung eines Seminarleiters legitimiren, ohne Erlegung einer Caution, doch im Uebrigen unter Beobachtung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aus der k. k. Universitätsbibliothek wissenschaftliche Werke zum häuslichen Gebrauch zu entleihen.

§. 10. Die Seminarleitung hat am Schlusse jedes Semesters über den Stand des Seminars und am Schlusse jedes Studienjahres eingehend über die in beiden Abtheilungen abgehaltenen Uebungen an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht Bericht zu erstatten.

§. 11. Jedes neu eintretende Mitglied des Seminars erhält ein Exemplar dieses Regulativs.

428 m) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 12. Februar 1876, Z. 1672,

an 1. den Statthalter, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Wien,
betreffend die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität zu Wien.

Ad I und II. Auf den vom Decanate der philosophischen Facultät an der Wiener Universität unterstützten Antrag der Professoren der Mathematik finde ich die Errichtung eines mathematischen Seminars an dieser Universität mit dem Studienjahre 1876/77 zu gestatten und mit der Leitung dieses Institutes die Professoren zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das mitfolgende Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat, und bewillige auf Grund desselben 12 Stipendien zu je fünfzig Gulden für das Semester

Provisorische Statuten

des mathematischen Seminars an der k. k. Universität zu Wien.

§. 1. Das mathematische Seminar bezweckt die Ausbildung von Lehrern für den mathematischen Unterricht an höheren Lehranstalten. Zu diesem Behufe soll den Studirenden Gelegenheit zur Vervollständigung ihrer mathematischen Kenntnisse und Anleitung zu selbstständigen Untersuchungen in der Mathematik und mathematischen Physik geboten werden.

§. 2. Vorsteher und Leiter des Seminars sind diejenigen Professoren genannter Fachwissenschaften, welche vom k. k. Unterrichts-Ministerium hiezu bestellt werden.

§. 3. Die Vorsteher stellen unabhängig von einander Themata zu Vorträgen und schriftlichen Arbeiten, und ertheilen den Mitgliedern des Seminars Rath und Anleitung für die Bearbeitung derselben. Die specielle Einrichtung und Anordnung der Uebungen, auf welche von jedem der Leiter in der Regel zwei Stunden in der Woche zu verwenden sind, bleibt denselben überlassen. Die Seminarübungen finden unentgeltlich statt.

§. 4. Mitglieder des Seminars können werden die Studirenden der mathematischen und physikalischen Wissenschaften an der Wiener Universität, welche bereits zwei Semester mit gutem Erfolge studirt haben, oder sich mit den zu erfolgreichem Besuche des Seminars erforderlichen Kenntnissen ausweisen; die Entscheidung hierüber bleibt den Leitern des Seminars anheimgestellt. Studirende, welche es an einer regen Theilnahme an den Arbeiten des Seminars fehlen lassen, sind von den Vorstehern aus der Liste der Mitglieder zu streichen.

§. 5. Von denjenigen Mitgliedern, welche sich an den Uebungen beider Leiter betheiligen und durch Fleiss und rege Theilnahme an den Arbeiten auszeichnen, erhalten zwölf am Ende jedes Semesters Stipendien im Betrage von je 50 fl. ö. W. Ausnahmsweise können für hervorragende Leistungen die Leiter von Fall zu Fall den genau zu motivirenden Antrag auf Erhöhung eines Stipendiums stellen. Die Auszahlung der Stipendien erfolgt auf Grund der Genehmigung des Unterrichts-Ministeriums.

§. 6. Zum Gebrauche für Uebungen im Seminar sowie für die Studien und Arbeiten der Mitglieder wird eine Handbibliothek der besten mathematischen Schriften angelegt und erhalten, deren Benutzung unter Aufsicht der Leiter den Mitgliedern des Seminars gewährt wird. Zu diesem Behufe wird eine Dotation von jährlichen 200 fl. ö. W. bewilligt, welcher auch die etwa nicht zur Vertheilung kommenden Stipendienbeträge zufließen.

§. 7. Am Schlusse jedes Studienjahres wird von den Leitern des Seminars ein Bericht über die Thätigkeit desselben dem k. k. Unterrichts-Ministerium vorgelegt.

428n) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 1. Mai 1876, Z. 7060,

an 1. den Statthalter, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Wien,
betreffend die Errichtung eines archäologisch-epigraphischen Seminars an der Universität Wien.

Ad I und II. Auf den von den Universitäts-Professoren gestellten Antrag finde ich die Errichtung eines archäologisch-epigraphischen Seminars an der Universität zu Wien mit dem Beginne des Studienjahres 1876/77 zu gestatten und die genannten Professoren als Vorsteher dieses Institutes zu bestellen.

Indem ich für dieses Seminar das mitfolgende Statut, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat, genehmige, bewillige ich auf Grund des §. 5 deselben einen Betrag von Eintausend Gulden als ordentliche Dotation für den Lehrapparat des Seminars vorerst auf die Dauer von drei Jahren, vom Jahre 1877 angefangen, sowie auf Grund des §. 7 des Statutes vier Stipendien zu je fünfzig Gulden für das Semester

Provisorische Statuten

des archäologisch-epigraphischen Seminars an der Universität Wien.

An der Universität Wien wird vom 1. October 1876 an ein archäologisch-epigraphisches Seminar errichtet.

§. 1. Zweck des Seminars ist, Unterricht und Uebung im Studium der archäologischen und epigraphischen Quellen der classischen Philologie an der Universität zu ermöglichen.

§. 2. Vorsteher des Seminars sind der ordentliche Professor der classischen Archäologie und der mit der Pflege der epigraphischen Studien betraute ordentliche Professor der classischen Philologie oder alten Geschichte.

§. 3. Von jedem der Vorsteher werden in wöchentlich zwei Stunden Uebungen abgehalten. Die Theilnahme an denselben steht jedem ordentlichen Hörer der philosophischen Facultät an der Wiener Universität unentgeltlich frei. Die Zulassung anderer Hörer der Universität hängt von der Genehmigung der Vorsteher ab.

§. 4. Zur Benutzung des mit dem Seminare verbundenen Apparates sind alle Theilnehmer an den archäologischen und epigraphischen Uebungen berechtigt; jedoch ist auch eine Benutzung von Seiten Anderer mit Erlaubniss der Vorsteher möglich.

§. 5. Als ordentliche Dotation zur Anschaffung von Büchern und anderen Unterrichtsmitteln für den Lehrapparat des Seminars wird die Summe von Eintausend Gulden ö. W. bestimmt, welche in halbjährigen Anticipativ-Raten von einem der Vorsteher ausgezahlt wird.

§. 6. Zur Verwaltung des Apparates bestellen die Vorsteher unter ihrer speciellen Aufsicht einen Studirenden aus der Reihe der Theilnehmer an den Uebungen als Bibliothekar, der auch nach Absol-

virung seiner Universitätsstudien, jedoch nicht länger als zwei Jahre nach absolvirtem Triennium, in dieser Stellung belassen werden kann. Demselben wird für seine Mühewaltung auf gemeinsamen Antrag der Vorsteher eine entsprechende Remuneration bewilligt.

§. 7. Vier Stipendien zu je fünfzig Gulden ö. W. per Semester werden auf gemeinsamen Antrag der Vorsteher solchen Studierenden ertheilt, welche sich an den archäologischen und epigraphischen Uebungen mit Eifer betheiligt, in einer der beiden Sectionen eine befriedigende wissenschaftliche Arbeit geliefert und ausserdem an einer der Abtheilungen des philologischen Seminars selbstthätig und mit Erfolg theilgenommen habe. Die Cumulation eines solchen Stipendiums mit der Remuneration als Bibliothekar ist zulässig.

§. 8. Die Vorsteher sind ermächtigt, alljährlich zwei Studirende, welche ihr Triennium bereits absolvirt haben und an hiesiger Universität als Theilnehmer der Uebungen oder auf anderen Universitäten entsprechend vorgebildet sind, zur Betheiligung mit je einem Stipendium von 400 fl. ö. W. auf die Dauer eines Jahres dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht vorzuschlagen, damit dieselben sich ausschliesslich archäologischen und epigraphischen Studien widmen können. Die Cumulation eines solchen Stipendiums mit der Remuneration des Bibliothekarspostens, nicht aber mit den im §. 7 aufgeführten Stipendien, ist zulässig. Bei Zutheilung dieser Stipendien und bei der Leitung der Studien dieser Stipendisten ist neben den rein wissenschaftlichen Zielen besonders das Bedürfniss nach Conservatoren der Alterthümer in den österreichischen Reichsgebieten zu berücksichtigen.

§. 9. Um die Studirenden bei Zeiten in das praktische Studium der einheimischen Denkmäler einzuführen, können die Vorsteher kleinere Excursionen während des Semesters und kleinere Reisen während der Ferien anordnen. Hierzu wird denselben jährlich ein Betrag von dreihundert Gulden zur Verfügung gestellt.

§. 10. Am Schlusse eines jeden Studienjahres erstatten die Vorsteher an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit der beiden Abtheilungen des Seminars.

428 o) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 21. Januar 1877, Z. 341,

an 1. den Statthalter, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Wien, betreffend die Errichtung eines pädagogischen Seminars an der Universität in Wien.

Auf den vom Decanate der philosophischen Facultät vorgelegten Antrag des Professors finde ich die provisorische Errichtung eines pädagogischen Seminars an der Wiener Universität mit dem Studienjahre 1877/78 zu gestatten und mit der Leitung desselben den Professor zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das für dieses Seminar vorgelegte Statut, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat und bewillige die Systemisirung von acht Stipendien zu Gunsten desselben im Betrage von je fünfzig Gulden.

Provisorische Statuten

des pädagogischen Seminars an der Wiener Universität.

§. 1. Zweck des pädagogischen Seminars ist, seine Mitglieder zum gründlichen Eindringen in die wissenschaftliche Pädagogik anzuleiten und dadurch ihrem künftigen Beruf als Lehrer förderlich zu sein.

§. 2. Das pädagogische Seminar steht unter der Direction desjenigen Professors, welcher mit der Vertretung der Pädagogik betraut ist.

§. 3. Die Seminarübungen finden in zwei wöchentlichen Stunden statt und sind unentgeltlich.

§. 4. Dieselben bestehen:

I. In Erläuterungen, Erklärungen und kritischen Erörterungen philosophisch-pädagogischer Schriften oder von Partien aus solchen. Bei den Erläuterungen wird ein schriftlich abgefasster genauer Auszug zur Verlesung gebracht.

II. In Erläuterungen von Gesetzen und Verordnungen, welche das Schulwesen betreffen, mit vorwiegender Rücksicht auf die österreichische Schulgesetzgebung.

III. In schriftlichen Abhandlungen auf dem Gebiete der Pädagogik. Die Wahl des Themas steht dem Director zu, welcher jedoch sowohl auf die Studienrichtung als auf die besonderen Wünsche der Mitglieder Rücksicht zu nehmen hat. Die schriftlichen Arbeiten werden dem Director eingeliefert, von diesem nach vollzogener Durchsicht einem Mitgliede zur Berichterstattung übergeben und in den Seminarstunden einer gemeinschaftlichen Besprechung und Kritik unterzogen.

§. 5. Die Mitglieder des Seminars sind theils ordentliche, theils ausserordentliche.

§. 6. Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, nach Anweisung des Directors an allen Uebungen sich activ zu betheiligen. Die ausserordentlichen sind gehalten, den Uebungen regelmässig beizuwohnen. Nach vorausgegangener Uebereinkunft mit dem Director können sich dieselben auch activ betheiligen. Entzieht sich ein Mitglied den übernommenen Verpflichtungen, so findet seine Ausschliessung aus dem Seminare statt.

§. 7. Die Dauer der ordentlichen Mitgliedschaft darf in der Regel drei Semester nicht überschreiten.

§. 8. Zur Aufnahme als ordentliches Mitglied ist geeignet, wer durch mindestens zwei Semester der philosophischen Facultät als ordentlicher Hörer angehört hat. Die Beendigung des Universitätsstudiums ist kein Hinderungsgrund zur Aufnahme.

Die ordentliche Mitgliedschaft wird durch ein Colloquium bei dem Director erworben, worin der Aspirant zu zeigen hat, dass er mit

Erfolg pädagogische Vorlesungen gehört hat und der nöthigsten philosophischen, insbesondere psychologischen Vorkenntnisse nicht entbehrt.

§. 9. Den Bedürfnissen des Seminars dient eine kleine Handbibliothek, in welcher zugleich geeignete pädagogische Zeitschriften Aufnahme finden. Die Verwaltung derselben führt unter Aufsicht des Directors ein ordentliches Mitglied.

§. 10. Das Seminar wird mit acht Stipendien à fünfzig Gulden für jedes Semester ausgestattet, welche am Schlusse des Semesters gegen die Bestätigung des Directors, dass der Stipendist seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachgekommen, ausgezahlt werden.

Die Stipendien sind in erster Linie für die ordentlichen Mitglieder bestimmt. In dem Falle, als die Stellen derselben nicht vollständig besetzt sind, kann der Director beantragen, die nicht verwendete Summe an ausserordentliche Mitglieder zu vertheilen.

§. 11. Der Director des Seminars hat am Schlusse des Studienjahres dem Ministerium für Cultus und Unterricht unter Vorlegung der eingelieferten Arbeiten über Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten.

B. Grazer Universität. *)

428 p) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom 31. August
1864, Z. 4277,

an 1. die Statthalterei, 2. das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät in Graz,

betreffend die Errichtung eines philologischen Seminars an der k. k. Universität zu Graz.

Die Errichtung eines philologischen Seminars an der philosophischen Facultät der dortigen Universität nach den von den Professoren hierfür vorgeschlagenen Statuten, deren Giltigkeit übrigens vor der Hand bloß eine provisorische zu sein hat, wird hiermit genehmigt und werden zu Leitern desselben die Professoren bestellt.

Provisorische Statuten

des philologischen Seminars an der k. k. Universität zu Graz.

§. 1. Das philologische Seminar in Graz ist eine mit der philosophischen Studienabtheilung der Universität verbundene Anstalt, welche Studirenden der Philologie nach Erlangung der erforderlichen Vorbildung Gelegenheit darbietet, durch eigene gemeinsame Uebungen auf dem Gebiete ihres Studiums unter Anleitung von Universitätslehrern Förderung für ein gründliches Eindringen in diese Wissenschaft und namentlich Vorbereitung zu ihrem künftigen Berufe als Lehrer an höheren Schulanstalten zu finden.

*) Das Statut des Seminars für deutsche Philologie ist im I. Suppl.-Bde. dieser Sammlung sub VII c. aufgenommen.

Die Leitung desselben ist den betreffenden Universitätslehrern übergeben, welche in collegialischer Vereinigung die Direction des Seminars bilden.

§. 2. Die Uebungen des Seminars bestehen:

1. In schriftlichen Aufsätzen aus dem Gebiete der classischen Philologie. Die Gegenstände sind hier so zu wählen, dass mit einfacheren Arbeiten, welche den Studirenden mit der Methode der philologischen Forschung vertraut machen, begonnen und dann zu grösseren und eigentlich selbstständigen Darstellungen vorgeschritten werde. Ihre Wahl steht den Theilnehmern frei; wo es gewünscht wird, haben die Vorsteher des Seminars angemessene Vorschläge zu machen. Diejenigen Aufsätze, welche sich zu einer Discussion eignen, werden sämmtlichen Mitgliedern des Seminars zur Durchsicht mitgetheilt, von denen dann einer oder nach Umständen auch zwei die Verpflichtung übernehmen, in einer hiezu bestimmten Stunde alle diejenigen Punkte, an welchen sie Anstoss nahmen, zur Sprache zu bringen. Der Verfasser hat dann seine Ansichten gegenüber den Opponenten zu rechtfertigen. Es versteht sich von selbst, dass bei solchen Discussionen der würdige Ton bewahrt werden muss, der allein wissenschaftlicher Förderung und Belehrung dienen kann. Die Discussion über lateinisch geschriebene Aufsätze findet, sobald die Studirenden die hiezu nöthige Vorbildung erreicht haben, in lateinischer Sprache statt.

2. In mündlicher Uebersetzung und Erklärung lateinischer und griechischer Schriftsteller durch die Mitglieder des Seminars. Die zu übersetzenden Schriftsteller bestimmen die Vorsteher des Seminars; für jede folgende Stunde übernimmt nach einer vorher bestimmten Reihenfolge eines der Mitglieder die Aufgabe des Uebersetzens und Erklärens; die übrigen Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse auf die zur Erklärung kommende Stelle sich so vorbereiten, dass sie im Stande sind an der Erklärung und an Discussionen hierüber thätigen Antheil zu nehmen.

Für die Uebungen sind wöchentlich wenigstens vier Stunden bestimmt, wovon zwei für die Erklärung eines lateinischen, zwei für die eines griechischen Schriftstellers entfallen. Die Disputationen über eingediegte schriftliche Aufsätze finden in einer sonst für die Interpretation bestimmten Stunde statt, und zwar nach ihrem Inhalte in einer der für den lateinischen oder der für den griechischen Schriftsteller bestimmten Stunden. So lange das Bedürfniss vorhanden ist, sollen übrigens wöchentlich sechs Stunden für die Uebungen bestimmt sein, indem zu den früher erwähnten Interpretations-Uebungen auch noch Uebungen im lateinischen Stile, im griechisch Schreiben oder in der Metrik hinzutreten.

§. 3. Die Uebungen des philologischen Seminars finden unentgeltlich statt und es steht jedem Studirenden frei, denselben beizuwohnen und sich auch thätig zu betheiligen durch Interpretation, durch Vorträge, Disputationen, schriftliche Aufsätze, insoweit dies ohne Beeinträchtigung der zunächst hiezu berechtigten und verpflichteten

wirklichen Mitglieder geschehen kann, und insoferne die Vorsteher die Ueberzeugung gewonnen haben, dass die Leistungen des Bewerbers nicht unter den nothwendigsten Anforderungen des Seminars stehen werden.

Von der blossen Theilnahme an den Uebungen ist die Aufnahme zum wirklichen Mitgliede unterschieden. In dieser Aufnahme liegt die Anerkennung, dass der Aufgenommene nach bereits früher erworbener Sicherheit in den dem Gymnasium angehörigen Gegenständen das wissenschaftliche Studium selbstthätig mit gutem Erfolge begonnen hat. Durch diese Aufnahme übernimmt das wirkliche Mitglied bestimmte Verpflichtungen und erhält, soweit die Anzahl es erlaubt, das Anrecht auf ein Stipendium.

Ueber die Aufnahme wirklicher Mitglieder entscheiden die Vorsteher.

Wenn diese einerseits darüber zu wachen haben, dass das Seminar den der Universität angemessenen wissenschaftlichen Charakter behaupte, so werden sie andererseits die erforderliche Vorsicht anwenden, um nicht schwächere, aber eifrig regsame Kräfte zurück zu schrecken.

Niemand kann blos für die lateinischen oder blos für die griechischen Uebungen wirkliches Mitglied werden.

Die Bedingungen der Aufnahme zum wirklichen Mitgliede sind:

- a) der Aufzunehmende muss die Maturitätsprüfung an einem Gymnasium bestanden haben;
- b) er muss während der Theilnahme an den Uebungen wenigstens eines Semesters durch seine schriftlichen und mündlichen Leistungen die für das Seminar erforderliche wissenschaftliche Reife bewiesen haben. Speciell erforderlich ist noch, dass der Aufzunehmende eine schriftliche Arbeit aus dem Gebiete der lateinischen und eine aus dem der griechischen Philologie zur einstimmigen Billigung der Vorsteher eingereicht habe. Die Arbeit aus dem Gebiete der lateinischen Philologie ist stets in lateinischer Sprache abzufassen;
- c) das philologische Seminar ist zwar zunächst für Studirende der Philologie während des letzten Theiles ihrer Studien und insbesondere zur Heranbildung von Gymnasiallehrern des philologischen Faches bestimmt; doch ist es durchaus zulässig, dass auch junge Männer, welche ihre Studienzeit bereits beendet haben, oder welche, ohne das Studium der Philologie zu ihrem Berufe zu machen, diesem Gegenstande ein reges Interesse widmen, unter den vorher bezeichneten Bedingungen als ordentliche oder ausserordentliche Mitglieder in das Seminar aufgenommen werden.

§ 4. Alle wirklichen Mitglieder sind verpflichtet, die Uebungen regelmässig zu besuchen und sich auf die in denselben zu behandelnden Gegenstände in dem Masse vorzubereiten, dass sie sich an den Uebungen thätig betheiligen können.

Jedes Mitglied ist, wie die Reihenfolge es trifft, verpflichtet die mündliche Interpretation und die Discussion über einen eingereichten

schriftlichen Aufsatz nach Bestimmung der Vorstände zu übernehmen, und in jedem Semester einen schriftlichen Aufsatz entweder aus dem Gebiete der lateinischen oder aus dem der griechischen Philologie einzuliefern.

Die Dauer der wirklichen Mitgliedschaft (mit Anrecht auf ein Stipendium) kann in der Regel nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden.

§. 5. Zur Förderung des philologischen Seminars in Graz werden sechs Stipendien zu je 30 fl. für jedes Semester bestimmt.

Anrecht auf Empfang eines solchen Stipendiums hat, soweit die Zahl der Stipendien es gestattet, jedes wirkliche Mitglied. Die Auszahlung der Stipendien an die wirklichen Mitglieder geschieht am Schlusse des Semesters nach vollständiger Erfüllung der Verpflichtungen in demselben auf Antrag der Seminar-Direction mit Genehmigung des k. k. Staatsministeriums. Die am Schlusse eines Semesters auf Grund ihrer Leistungen als wirkliche Mitglieder Angenommenen erhalten das Anrecht auf das Stipendium schon für das eben abgelaufene Semester.

Ist in einem Studienjahre nicht die erforderliche Anzahl von Mitgliedern vorhanden, welche den früher angegebenen Verpflichtungen genau nachkommen, so ist es der Seminar-Direction gestattet, die so entfallenden Stipendien entweder zur Erhöhung der anderen Stipendien oder für die Bibliothek des Seminars zu verwenden. Die Seminar-Direction wird in diesem Falle dem k. k. Staatsministerium ihre bezüglichen Anträge stellen.

§. 6. Da zu einem erfolgreichen Betriebe der philologischen Uebungen die Benützung einer grösseren Bibliothek ein nothwendiges Erforderniss ist, so haben die wirklichen Mitglieder das Recht, ohne Erlegung einer Caution, aber mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Bibliotheks-Statuten, aus der Universitäts-Bibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauche zu entleihen. Sie haben zu diesem Behufe ihren Empfangschein mit der Unterschrift eines Vorstehers des Seminars versehen zu lassen, durch welche dieser bestätigt, dass der Empfänger wirkliches Mitglied des Seminars ist und das bezeichnete Buch zu seinen Arbeiten in dieser Anstalt benöthigt.

§. 7. Die Vorsteher des Seminars sind nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch ihren Rath den Mitgliedern in aller Weise hilfreich zu sein.

Dieselben haben am Schlusse jedes Studienjahres dem k. k. Staatsministerium über den Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten, und die eingelierten Aufsätze demselben vorzulegen, welche dann, nach erfolgter Erledigung durch das Ministerium, im Archive des Seminars aufbewahrt werden.

428 q) Erlass des k. k. Staatsministeriums vom 11. April 1866,
Z. 12488 ex 1865,

I. an die k. k. Statthalterei, II. das Professoren-Collegium der philosophischen
Facultät in Graz,

**betreffend die Errichtung eines historischen Seminars an der k. k. Universität
in Graz.**

Ad I. und II. Ueber den Antrag des Professoren-Collegiums der philosophischen Facultät in Graz findet man die Errichtung eines historischen Seminars, welches mit dem Beginne des Studienjahres 1866/67 zu eröffnen sein wird, daselbst zu gestatten.

Zu diesem Behufe werden die beiliegenden Statuten, welche provisorisch in Wirksamkeit zu treten haben, zugemittelt

Die in Antrag gebrachte Systemisirung von sechs Stipendien für dieses Seminar wird genehmigt.

Provisorische Statuten

des historischen Seminars der k. k. Grazer Universität.

§. 1. Zweck des historischen Seminars.

1. Das historische Seminar in Graz ist, wie das philologische daselbst, eine mit der philosophischen Studienabtheilung der Universität verbundene Anstalt, welche Studirenden der Geschichte nach Erlangung der erforderlichen Vorbildung Gelegenheit darbietet, durch eigene gemeinsame Uebungen auf dem Gebiete ihrer Studien unter Anleitung von Universitätslehrern Förderung in ein gründliches Eindringen in diese Wissenschaft und namentlich Vorbereitung zu ihrem künftigen Berufe als Lehrer an höheren Schulanstalten zu finden.

2. Die Leitung des Seminars ist den ordentlichen Professoren der allgemeinen und österreichischen Geschichte übertragen, welche in collegialischer Vereinigung die Direction bilden.

§. 2. Uebungen im historischen Seminar.

1. Das historische Seminar hat zwei neben einander bestehende Sectionen, eine für die Uebungen in der allgemeinen, die andere für die in der österreichischen Geschichte. Die Uebungen in jeder Section finden in jedem Semester zwei Stunden wöchentlich statt, so dass in sachgemässer Folge innerhalb einer bestimmten Reihe von Semestern das ganze Gebiet der allgemeinen wie der österreichischen Geschichte zur Bearbeitung kommt.

2. Aus dem historischen Stoffe werden insbesondere diejenigen Partien hervorgehoben, über welche gründliche Kenntniss oder richtige Auffassung gewonnen zu haben dem Gymnasiallehrer vorzugsweise nothwendig ist. — Die Wahl der einzelnen Themata bleibt den Theilnehmern und Mitgliedern überlassen, jedoch unter Genehmigung des Vorstandes, welcher zu Anfang jedes Semesters eine Anzahl von besonders geeigneten Aufgaben zur beliebigen Auswahl mittheilt.

3. Sämmtliche Uebungen sowohl in der Section für allgemeine als in der für österreichische Geschichte werden in deutscher Sprache gehalten.

4. Die Uebungen bestehen:

- a) in Vorträgen der Theilnehmer und Mitglieder über einzelne historische Themata (vgl. 2). Diese Vorträge sind schriftlich abzufassen, sodann aber mit möglichst freiem Vortrag zu halten; nach Beendigung des Vortrages oder in einer der nächstfolgenden Uebungsstunden knüpft sich daran eine Disputation der Theilnehmer und Mitglieder mit dem Verfasser und die Beurtheilung von Seite des Vorstandes. Hierauf werden die Vorträge entweder in ihrer ursprünglichen schriftlichen Abfassung, oder in einer durch die gemachten Bemerkungen bestimmten Umarbeitung an den Vorstand abgegeben.
- b) in Disputationen über historische Theses, entweder nach Wahl des Vorstandes oder nach der Wahl der Theilnehmer und Mitglieder, jedoch mit Genehmigung des Vorstandes zwischen zwei von demselben ernannten Theilnehmern oder Mitgliedern.
- c) in Colloquien des Vorstandes mit den Theilnehmern und Mitgliedern über Hauptpartien der Geschichte und besonders wichtige oder schwierige Punkte, meist aus demjenigen Gebiete, auf welches sich die Arbeiten des Seminars in demselben Semester beziehen.
- d) in Lesung, Erklärung und kritischer Vergleichung bestimmter Quellenschriftsteller, womit einschlägige schriftliche Arbeiten kleineren Umfanges verbunden werden können.

§. 3. Von der Theilnahme an den Uebungen des Seminars und von der Aufnahme als wirkliches Mitglied in das Seminar.

1. Die Uebungen des historischen Seminars finden unentgeltlich statt; es steht jedem Universitätshörer frei, entweder als blosser Zuhörer oder selbstthätig an den im §. 2, Absatz 4 a, b, c, d bezeichneten Uebungen sich zu betheiligen; er tritt dadurch in die Reihe der Theilnehmer.

2. Von den blossen Theilnehmern unterscheiden sich aber die wirklichen Mitglieder, zu denen jene Theilnehmer an den Seminarübungen gehören, welche auf Grund ihrer vorzüglichen Leistungen in den engeren Kreis derselben aufgenommen werden, und durch diese Aufnahme bestimmte Verpflichtungen (§. 4) übernehmen, und das Anrecht auf eines der dem historischen Seminare bewilligten Stipendien bekommen (§. 5).

3. Ueber die Aufnahme wirklicher Mitglieder entscheiden die beiden Vorsteher collegialiter. Niemand kann zum wirklichen Mitgliede aufgenommen werden, der sich nur an den Uebungen der einen oder der anderen Section des historischen Seminars betheiligt hat, sowie es nach der Aufnahme keinem wirklichen Mitgliede gestattet

ist, blos an den der allgemeinen, oder an den der österreichischen Geschichte gewidmeten Uebungen theilzunehmen; eine einseitige Betheiligung kann nur ausnahmsweise den Theilnehmern erlaubt werden, denen die thätige Theilnahme an den Uebungen beider Sectionen überhaupt nur insoweit gestattet ist, als sie ohne Beeinträchtigung der zunächst hierzu berechtigten und verpflichteten wirklichen Mitglieder geschehen kann.

4. Die Bedingungen der Aufnahme zum wirklichen Mitgliede sind folgende:

- a) Der Aufzunehmende muss ordentlicher immatriculirter Universitäts-hörer sein und bereits ein Jahr lang auf der Universität wissenschaftliche Studien auf dem Gebiete der allgemeinen und österreichischen Geschichte betrieben und durch zwei Semester als Theilnehmer dem historischen Seminare angehört haben.
- b) Der Aufzunehmende muss während der Theilnahme nicht nur an den im §. 2, Absatz 4 b, c, d bezeichneten mündlichen Uebungen in einem von den Leitern des Seminars zu bestimmenden Masse sich bethätigt, sondern auch nach Punkt a zwei schriftliche Abhandlungen, eine aus der allgemeinen, und eine aus der österreichischen Geschichte eingeleistet, und durch diese mündlichen und schriftlichen Leistungen die für die Aufnahme zum wirklichen Mitgliede erforderliche wissenschaftliche Reife bewiesen haben. Die Aufnahme findet hierauf vor Schluss des Semesters statt.
- c) Das historische Seminar ist zwar zunächst für Studirende der Geschichte während des letzten Theils ihrer Studien, und insbesondere zur Heranbildung von Lehrern dieser Wissenschaft an Mittelschulen bestimmt, doch ist es durchaus zulässig, dass auch junge Männer, welche ihre Studienzeit bereits beendet haben, oder welche, ohne das Studium der Geschichte zu ihrem Berufe zu machen, diesem Gegenstande ein reges Interesse widmen, als Theilnehmer in das Seminar aufgenommen werden.

§. 4. Verpflichtungen der wirklichen Mitglieder.

1. Alle wirklichen Mitglieder sind verpflichtet, die Uebungen der beiden Abtheilungen des historischen Seminars regelmässig zu besuchen und sich auf die in denselben zu behandelnden Gegenstände in dem Masse vorzubereiten, dass sie an den Uebungen sich thätig betheiligen können.

2. Jedes wirkliche Mitglied ist verpflichtet, sich den mündlichen, im §. 2, Absatz 4 bezeichneten Uebungen nach der Bestimmung des Vorstandes zu unterziehen, in jedem Wintersemester, und wenn die Länge des Sommersemesters es gestattet, auch in diesem, zwei historische Vorträge, je einen in jeder Abtheilung, mündlich zu halten und schriftlich ausgearbeitet einzureichen. Erscheint die Ausarbeitung von zwei schriftlichen Abhandlungen im Sommersemester wegen Kürze der Zeit nicht leicht möglich, so soll zwischen der allgemeinen und öster-

reichischen Geschichte alternirt werden, in keinem Falle aber von der übrigen thätigen Betheiligung eine Dispense eintreten.

3. Ueberdies ist es wünschenswerth, dass jedes wirkliche Mitglied des historischen Seminars während eines Jahres seiner Mitgliedschaft sich an den lateinischen oder griechischen Uebungen des philologischen Seminars thätig betheilige, jedoch ohne Verpflichtung zur Einreichung eines schriftlichen Aufsatzes, sowie umgekehrt die Theilnahme der wirklichen Mitglieder des philologischen Seminars an den Uebungen des historischen Seminars aus dem Gebiete der alten Geschichte in gleichem Masse wünschenswerth erscheint.

4. Die Dauer der wirklichen Mitgliedschaft und das Anrecht auf ein Stipendium kann in der Regel nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden.

§. 5. Stipendien.

1. Zur Förderung des historischen Seminars in Graz werden sechs Stipendien zu je 30 fl. ö. W. für jedes Semester bestimmt.

2. Anrecht auf eines dieser Stipendien erlangt jener Theilnehmer an den Seminarübungen, der auf Grund vorzüglicher Erfüllung der im §. 3, Absatz 4, bezeichneten Bedingungen zum wirklichen Mitgliede aufgenommen wurde. Er erhält durch diese Aufnahme das Anrecht auf das Stipendium schon für das eben abgelaufene Semester. Die Auszahlung der Stipendien an die wirklichen Mitglieder geschieht nach vollständiger Erfüllung der Verpflichtungen (§. 4) über Antrag der Seminar-Direction mit Genehmigung des hohen k. k. Staatsministeriums am Anfange des folgenden Semesters für das vorausgegangene. Ungerechtfertigte Nichterfüllung der Verpflichtungen zieht den Verlust des Stipendiums und der Mitgliedschaft nach sich.

§. 6. Benützung der Universitäts-Bibliothek.

Da zu einem erfolgreichen Betriebe der historischen Uebungen die Benützung einer grösseren Bibliothek ein nothwendiges Erforderniss ist, so haben die wirklichen Mitglieder des historischen Seminars das Recht, ohne Erlegung einer Caution, aber mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Bibliotheks-Statuten, aus der Universitäts-Bibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauche zu entleihen.

Sie haben zu diesem Behufe ihren Empfangsschein mit der Unterschrift des Vorstehers des Seminars versehen zu lassen, durch welche dieser bestätigt, dass der Empfänger wirkliches Mitglied des historischen Seminars ist, und das bezeichnete Buch zu seinen Arbeiten in dieser Anstalt benöthigt.

§. 7. Leitung des Seminars.

Die Vorsteher des Seminars sind nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch ihren Rath den Mitgliedern bei ihren Arbeiten und Studien in aller Weise hilfreich zu sein.

Dieselben haben am Schlusse jedes Studienjahres dem k. k. Staatsministerium über den Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu

erstatten und die eingelierten Abhandlungen demselben vorzulegen, welche nach erfolgter Erledigung durch das Ministerium im Archive des Seminars aufbewahrt werden.

C. Innsbrucker Universität*).

428 r) Erlass des k. k. Staats-Ministeriums vom 20. Mai 1865,
Z. 779,

an 1. das philosophische Professoren-Collegium, 2. den Stathalter in Innsbruck,
**betreffend die Errichtung eines philologischen Seminars an der k. k. Universität
in Innsbruck.**

Die mit Bericht vom 9. Januar 1865 in Vorschlag gebrachten Statuten für das philologische Seminar in Innsbruck werden genehmigt und haben fortan provisorisch in Wirksamkeit zu treten.

Provisorische Statuten

des philologischen Seminars an der k. k. Universität zu Innsbruck.

§. 1. Zweck des philologischen Seminars.

Das philologische Seminar in Innsbruck ist eine, mit der philosophischen Studienabtheilung der Universität verbundene Anstalt, welche Studirenden der Philologie nach Erlangung der erforderlichen Vorbildung Gelegenheit darbietet, durch eigene gemeinsame Uebungen auf dem Gebiete ihrer Studien unter Anleitung von Universitätslehrern Förderung für ein gründliches Eindringen in diese Wissenschaft und namentlich Vorbereitung zu ihrem künftigen Berufe als Lehrer an höheren Schulanstalten zu finden.

§. 2. Uebungen im philologischen Seminar.

Die Uebungen im philologischen Seminar bestehen:

1. In schriftlichen Aufsätzen aus dem Gebiete der classischen Philologie.

Die Gegenstände hierzu sind so zu wählen, dass sich in ihrer Behandlung nicht nur Fleiss, sondern auch eigenes Nachdenken zeigen kann; ihre Wahl steht den Theilnehmern frei; wo es gewünscht wird, hat der Vorsteher des Seminars angemessene Vorschläge zu machen. Jeder eingelierte Aufsatz wird sämmtlichen Mitgliedern des Seminars zur Durchsicht gegeben; zwei von den Mitgliedern übernehmen die Aufgabe, ihn genauer zu prüfen und dann in einer dazu bestimmten Stunde zu kritisiren, bevor der Vorsteher des Seminars sein Urtheil abgibt. Es versteht sich, dass in allen diesen Urtheilen der würdige Ton bewahrt werden muss, der allein wissenschaftlicher Förderung und Belehrung dienen kann. Die Discussion über die lateinisch geschriebenen Aufsätze findet in der Regel in lateinischer Sprache statt.

2. In mündlicher Uebersetzung und Erklärung lateinischer und griechischer Schriftsteller durch die Mitglieder des Seminars.

*) Das Statut des historischen Seminars an der Universität Innsbruck befindet sich im I. Supplementbände dieser Sammlung sub VIIc.

Die zu übersetzenden Schriftsteller bestimmt der Vorsteher des Seminars; für jede folgende Stunde übernimmt nach einer vorher bestimmten Reihenfolge eines der Mitglieder die Aufgabe des Uebersetzens und Erklärens, die übrigen Mitglieder werden in eigenem Interesse auf die zur Erklärung kommende Stelle sich so vorbereiten, dass sie im Stande sind, an der Erklärung und den Discussionen darüber thätigen Antheil zu nehmen. Mit der Erklärung der griechischen Schriftsteller können von Zeit zu Zeit Uebungen im griechisch Schreiben verbunden werden.

Für die Uebungen des philologischen Seminars sind wöchentlich vier Stunden bestimmt, zwei für die Erklärung eines lateinischen, zwei für die eines griechischen Schriftstellers; die Disputationen über eingedieferte schriftliche Aufsätze finden in einer, sonst für die Interpretation bestimmten Stunde statt, und zwar nach ihrem Inhalte in einer der für die lateinischen oder der für den griechischen Schriftsteller bestimmten Stunde.

§. 3. Theilnahme an den Uebungen des Seminars.

Die Uebungen des philologischen Seminars sind unentgeltlich, und es kann jeder Studirende der Universität zu denselben entweder blos als Zuhörer oder auch als thätiger Theilnehmer zugelassen werden, insoferne dadurch diejenigen Theilnehmer, welche das Studium der Philologie zu ihrem Berufe machen, keine Beeinträchtigung erleiden, und die allfälligen Leistungen des Bewerbers nicht unter den nothwendigen Anforderungen des Seminars stehen. Eine solche vorläufige Theilnahme an den Uebungen des Seminars wird eine zwar nicht nothwendige, aber doch sehr angemessene Vorbereitung für die wirkliche Aufnahme sein, und indem sie dem Vorsteher eine genaue Kenntniss von der wissenschaftlichen Vorbildung des Bewerbers gibt, einen gegründeten Einfluss auf die Aufnahme üben.

§. 4. Von den Theilnehmern an den Seminarübungen und ihren Verpflichtungen.

Die Theilnehmer an den Seminarübungen sind theils ordentliche, theils ausserordentliche.

1. Ordentliche Theilnehmer sind diejenigen, welche das Studium der Philologie zu ihrem Berufe machen, daher bei ihrem Eintritte in das Seminar erklären, an allen, in dem philologischen Seminar stattfindenden Uebungen theilnehmen zu wollen.

Sie verpflichten sich hierdurch zum regelmässigen Besuche der für die Uebungen festgesetzten Stunden und zur sorgfältigen Ausführung aller hierzu erforderlichen Arbeiten überhaupt, insbesondere aber sind sie gehalten, in jedem Jahre zwei grössere Abhandlungen, eine aus dem Gebiete der lateinischen und eine zweite aus dem Gebiete der griechischen Philologie zu liefern, von welchen die eine in lateinischer die andere in deutscher, beziehungsweise italienischer Sprache abzufassen ist.

2. Aus den ordentlichen Theilnehmern werden die vorzüglichsten zu wirklichen Mitgliedern mit dem Anrechte auf ein Stipendium so weit die Anzahl derselben es erlaubt, ernannt; die Zahl der Stipendien ist vorläufig auf sechs festgesetzt. Die Dauer der wirklichen Mitgliedschaft kann in der Regel nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden.

3. Der Austritt eines wirklichen Mitgliedes aus dem Seminar muss der Direction angezeigt werden. Längere nicht gerechtfertigte Versäumung der Stunden oder Unterlassung der erforderlichen Arbeiten sind als Austritt aus dem Seminare anzusehen.

4. Ausserordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche das Studium der Philologie zwar nicht zu ihrem Berufe machen, wohl aber dieser Wissenschaft ein reges Interesse widmen, sie mögen ihre Studienzeit bereits beendet haben, oder als Angehörige eines anderen Lehrgebietes sich noch in derselben befinden. Ihnen steht es frei, zu erklären, in welchem Umfange sie sich an den Seminarübungen betheiligen wollen. Ihre Zahl ist dem Ermessen der Direction anheimgestellt.

§. 5. Bedingungen der Aufnahme in das Seminar.

1. Um als ordentlicher Theilnehmer in das Seminar aufgenommen zu werden, hat der Aufzunehmende nachzuweisen, dass er zwei Semester an den Uebungen der deutschen Abtheilung oder drei Semester an den Uebungen der italienischen Abtheilung des Proseminars sich betheiligt hat.

Verlangt ein Studirender die Aufnahme ohne diese Bedingung erfüllt zu haben, so hat die Direction des Seminars sich in geeigneter Weise die Ueberzeugung zu verschaffen, dass er jenes Mass philologischer Kenntnisse besitzt, welches in den Uebungen des Proseminars erworben wird. *)

2. Um zum wirklichen Mitgliede befördert zu werden, ist nöthig, dass der Candidat wenigstens während Eines Semesters ordentlicher Theilnehmer an den Seminarübungen gewesen sei, und durch Einreichung eines in lateinischer Sprache geschriebenen Aufsatzes über einen Gegenstand der classischen Philologie, in welchem nicht bloß Bekanntes zusammengestellt sein darf, sondern auch die Früchte eigenen Nachdenkens sich zeigen müssen, der Beförderung sich würdig gemacht habe.

Es steht dem Vorsteher des Seminars zu, nach der Durchlesung des Aufsatzes noch im mündlichen Gespräche sich von der wissenschaftlichen Vorbildung des Bewerbers nähere Ueberzeugung zu verschaffen.

3. Die Entscheidung über Aufnahme oder Nichtaufnahme zum wirklichen Mitgliede steht dem Vorsteher des Seminars zu.

4. Um als ausserordentlicher Theilnehmer in das Seminar aufgenommen zu werden, wird jenes Mass philologischer Kenntnisse vorausgesetzt, welches die Maturitätsprüfung fordert, wovon sich die Seminarvorstehung in geeigneter Weise Ueberzeugung zu verschaffen hat.

*) Die Errichtung eines philologischen Proseminars an der Universität Innsbruck wurde mit Min.-Erl. vom 23. August 1874, Z. 11186 genehmigt. (Aufgenommen sub Nr. 428 s im vorliegenden Supplementbande dieser Sammlung.

§. 6. Stipendien.

1. Zur Förderung des philologischen Seminars in Innsbruck werden sechs Stipendien zu je Vierzig Gulden für jedes Semester bestimmt. Anspruch auf ein solches Stipendium haben die nach den Bestimmungen des §. 5 aufgenommenen Mitglieder des Seminars für die Zeit, während welcher sie wirkliche Mitglieder sind (§. 4 al. 2). Die Auszahlung der Stipendien erfolgt am Schlusse des Semesters nach vollständiger Erfüllung der Seminar-Verpflichtungen in demselben auf Antrag der Seminardirection mit Genehmigung des Staatsministeriums.

2. Ausserordentliche Theilnehmer haben auf diese Stipendien keinen Anspruch.

§. 7. Benützung der Universitäts-Bibliothek.

Da zu einem erfolgreichen Betreiben der philologischen Uebungen die Benützung einer grösseren Bibliothek ein nothwendiges Erforderniss ist, so haben sämtliche Mitglieder des philologischen Seminars das Recht, ohne Erlegung einer Caution, aber mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Bibliotheksstatuten aus der Universitäts-Bibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauch zu entleihen.

Zu diesem Behufe haben sie ihren Empfangsschein mit der Unterschrift des Vorstehers des Seminars versehen zu lassen, durch welche dieser bestätigt, dass der Empfänger Mitglied des Seminars ist und das bezeichnete Buch zu seinen Arbeiten in dieser Anstalt benöthigt.

§. 8. Leitung des Seminars.

Der Vorsteher des Seminars ist nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch seinen Rath den Theilnehmern und Mitgliedern des Seminars bei ihren philologischen Studien in aller Weise hilfreich zu sein.

Derselbe hat am Schlusse jedes Studienjahres dem Staatsministerium über den Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten, und die eingelefertten Arbeiten demselben vorzulegen, welche dann, nach erfolgter Erledigung durch das Ministerium, im Archive des Seminars aufbewahrt werden.

428 s) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 23. August 1874, Z. 11186,

an den Statthalter für Tirol,

womit den nachfolgenden Statuten für das philologische Proseminar an der k. k. Universität zu Innsbruck die Genehmigung ertheilt wird.

§. 1. Zweck des philologischen Proseminars.

Das philologische Proseminar an der Universität zu Innsbruck ist eine mit dem philologischen Seminare daselbst verbundene Anstalt welche den Studirenden der Philologie Gelegenheit bietet, ihre Vorbildung soweit zu ergänzen und zu vervollständigen, dass sie an den Uebungen des philologischen Seminars, wie sie durch die Statuten desselben vorgeschrieben sind, mit Erfolg sich betheiligen können.

§. 2. Abtheilungen des Proseminars.

Das Proseminar zerfällt in zwei Abtheilungen:

1. der deutschen Studirenden,
2. der italienischen Studirenden.

§. 3. Uebungen in der ersten (deutschen) Abtheilung des Proseminars.

Für die Uebungen sind wöchentlich zwei Stunden bestimmt, eine für lateinische Stilübungen und eine für griechische Schreibübungen. Ziel der lateinischen Uebungen ist Befestigung und Erweiterung der grammatischen und stilistischen Kenntnisse der Theilnehmer und Sicherheit und Fertigkeit in der Anwendung derselben.

Ziel der griechischen Uebungen ist Sicherheit im Gebrauche der Formen und Befestigung und Erweiterung der syntaktischen Kenntnisse.

§. 4. Uebungen in der zweiten (italienischen) Abtheilung des Proseminars.

Für die Uebungen sind wöchentlich drei Stunden bestimmt, eine für lateinische Stilübungen, eine für griechische Schreibübungen und eine für Uebersetzung und Erklärung eines lateinischen oder griechischen Schriftstellers.

Für die lateinischen Stilübungen und die griechischen Schreibübungen gelten die Bestimmungen des §. 3, nur dass italienische Uebersetzungstücke zu Grunde gelegt werden.

Für die Uebersetzung und Erklärung wird abwechselnd in dem einen Semester ein lateinischer, in dem anderen ein griechischer Schriftsteller gewählt und nach den Bestimmungen in §. 2 al. 2 der Statuten des Seminars*) vorgegangen. Bei diesen Uebungen wird in der Regel die deutsche und nur ausnahmsweise die italienische Sprache gebraucht.

428 t) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. September 1875, Z. 15180,

an 1. den Statthalter, 2. das Decanat der philosophischen Facultät der Universität in Innsbruck,

betreffend die Errichtung eines germanistischen Seminars in Innsbruck.

Ad I und II. — Auf den vom Decanate der philosophischen Facultät der Universität Innsbruck unter dem 27. August d. J. Z. 406 vorgelegten Antrag des Professors der deutschen Sprache und Literatur finde ich die Errichtung eines germanistischen Seminars an dieser Universität mit dem Sommersemester 1876 zu gestatten und mit der Direction dieses Institutes den genannten Professor zu betrauen. Ggleichzeitig genehmige ich das vorgelegte Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten haben wird und bewillige die Systemisirung von fünf Stipendien zu Gunsten desselben in dem

*) Vergl. Staatsmin.-Erl. vom 20. Mai 1865, Z. 779 (siehe oben).

Betrage von je Vierzig Gulden für das Semester mit dem Bemerken, dass in dem Falle, als in einem Studienjahre nicht die erforderliche Anzahl von Mitgliedern, welche mit Stipendien theilt werden können, vorhanden ist, es der Seminars-Direction gestattet sein wird, den nicht zur Vertheilung gelangenden Restbetrag für die Seminar-Bibliothek zu verwenden, worüber jedoch die Anzeige hierher zu erstatten sein wird.

Provisorische Statuten

für das germanistische Seminar an der k. k. Universität Innsbruck.

§. 1. Das germanistische Seminar hat den Zweck, Studirenden der Innsbrucker Universität Anleitung zu methodischen Arbeiten auf dem Gebiete der deutschen Philologie zu gewähren, sowie sie hierdurch zu ihrem künftigen Berufe als Lehrer an höheren Schulanstalten vorzubereiten.

§. 2. Die Studirenden, welche an den Arbeiten des Seminars sich theilnehmen wollen, haben bei dem Director um die Erlaubniss dafür nachzusuchen.

§. 3. Für die Theilnahme an dem Seminar ist kein Honorar zu entrichten.

§. 4. Die Mitglieder zerfallen in ordentliche und ausserordentliche. Ordentliches Mitglied kann nur derjenige werden, der bereits mindestens durch ein Semester mit Erfolg an den Uebungen theilgenommen hat, oder der doch an einer anderen Universität schon ordentliches Mitglied eines germanistischen Seminars war.

Der Aufnahme zum ordentlichen Mitgliede geht ein Colloquium vor dem Director voraus.

§. 5. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder wird auf fünf angesetzt, die Mitgliedschaft wird auf vier Semester erworben.

§. 6. Die Arbeiten des Seminars beziehen sich theils auf die Erklärung germanischer Schriftwerke, theils auf die Bearbeitung deutsch-philologischer Themata. Jedes ordentliche Mitglied hat in jedem Semester eine schriftliche Arbeit einzureichen.

Zu den Uebungen und Besprechungen werden wöchentlich zwei Stunden bestimmt.

Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, daran theilzunehmen.

§. 7. Mitglieder, welche ihren Verpflichtungen als solche nicht nachkommen oder sich durch ihr Verhalten als störend für die Zwecke des Seminars erweisen, können von dem Director von der ferneren Theilnahme am Seminar ausgeschlossen werden.

§. 8. Die Bibliothek des Seminars ist den Mitgliedern in geeigneter Weise möglichst zugänglich zu machen. Missbrauch derselben zieht die Ausschliessung aus dem Seminare nach sich.

§. 9. Zur Förderung des germanistischen Seminars in Innsbruck werden fünf Stipendien zu je 40 fl. für jedes Semester bestimmt. Die Auszahlung der Stipendien an die ordentlichen Mitglieder geschieht

am Schlusse des Semesters nach vollständiger Erfüllung der Verpflichtungen in demselben über Antrag des Directors mit Genehmigung des k. k. Cultus- und Unterrichtsministeriums.

§. 10. Der Director hat am Schlusse jedes Studienjahres dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über die Thätigkeit und den Erfolg des Seminares, sowie über die Verwendung der Seminar-Dotation Bericht zu erstatten.

428 u) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 18. October 1875, Z. 16209,

an 1. den Statthalter, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Innsbruck,
betreffend die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität Innsbruck.

Auf den von dem Decanate der philosophischen Facultät an der Universität in Innsbruck vorgelegten Antrag der Professoren finde ich die Errichtung eines mathematischen Seminares an dieser Universität mit dem Studienjahre 1876/77 zu gestatten und betraue mit der Leitung dieses Institutes die Professoren

Gleichzeitig genehmige ich das vorgelegte Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat und bewillige die Systemisirung von drei Stipendien zu Gunsten desselben im Betrage von je Vierzig Gulden für das Semester.

Provisorische Statuten

des mathematischen Seminars an der k. k. Universität zu Innsbruck.

§. 1. Das mathematische Seminar ist eine mit der philosophischen Facultät verbundene öffentliche Anstalt, welche den Zweck hat, Studierende der Mathematik durch eigene gemeinsame Uebungen auf dem Gebiete ihrer Studien unter Anleitung der Fach-Professoren zur Lehrthätigkeit an den Mittelschulen vorzubereiten, sowie denselben Gelegenheit zu weiterer, fachwissenschaftlicher Ausbildung zu bieten.

§. 2. Das mathematische Seminar zerfällt in zwei Abtheilungen, das Unter- und Ober-Seminar. In der ersten Abtheilung finden jene Gebiete der Mathematik Berücksichtigung, deren Studium für die Lehramts-Candidaten der mathematisch-physikalischen Gruppe nothwendig ist. Die zweite Abtheilung dient zu weiterer, fachwissenschaftlicher Ausbildung der Theilnehmer.

§. 3. Die Uebungen der Theilnehmer sind theils mündliche, theils schriftliche. Erstere bestehen in Vorträgen derselben über selbstgewählte oder von den Vorstehern bezeichnete Themata; letztere bestehen in Ausarbeitungen von Sätzen und Aufgaben, welche von den Vorstehern vorgelegt werden — und in grösseren Arbeiten, deren Themata aus beliebigen Gebieten der Mathematik entnommen, von den Vorstehern vorgeschlagen oder von den Theilnehmern selbst gewählt werden können.

In der Regel werden die Gegenstände für die genannten Uebungen so gewählt, dass sie sich entweder an gleichzeitige Fach-Collegien anschliessen, um denselben zur weiteren Ausführung zu dienen, oder ein grösseres zusammenhängendes Gebiet umfassen, das von den Vorstehern bezeichnet und unter Mitwirkung der Theilnehmer behandelt wird.

§. 4. Die wöchentliche Stundenzahl wird für jede Abtheilung des mathematischen Seminars von den Vorstehern nach Massgabe des vorhandenen Bedürfnisses festgesetzt. Sie soll jedoch nicht unter zwei betragen.

§. 5. Jeder ordentliche Hörer der philosophischen Facultät, der sich dem Studium der Mathematik oder Physik widmet, kann Theilnehmer an dem Unterseminar werden.

Die Zulassung anderer Hörer der Universität zu den Uebungen des Unterseminars hängt von der Genehmigung der Vorsteher ab.

§. 6. Der Eintritt in das Oberseminar kann erst nach vollendetem vierten Universitäts-Semester stattfinden. Die Aufnahme erfolgt auf Grund eines von den Vorstehern anzustellenden Colloquiums oder einer von den Aspiranten einzureichenden schriftlichen Probearbeit, wodurch zu ermitteln ist, ob er die nöthigen Vorkenntnisse besitze, um an den Arbeiten dieser Abtheilung theilnehmen zu können.

§. 7. Die Theilnehmer an beiden Abtheilungen des mathematischen Seminars verpflichten sich zum regelmässigen Besuche der hierfür angesetzten Stunden und zu sorgfältiger Ausführung der erforderlichen Arbeiten.

§. 8. Sollte ein Mitglied sich der thätigen Theilnahme an den Uebungen des Seminars ungeachtet vorgängiger Warnung entziehen, so steht den Vorstehern das Recht zu, dasselbe von der Theilnahme am Seminare auszuschliessen, beziehungsweise ihm die Wiederaufnahme in das Seminar zu verweigern.

§. 9. Die Ankündigung, das An- und Abmelden der Seminarübungen erfolgt in derselben Weise, wie hinsichtlich der öffentlichen Vorlesungen.

§. 10. Der Unterricht im Seminare ist unentgeltlich.

Durch Abhaltung von Seminarübungen wird von Seiten der Vorsteher der Pflicht genügt, unentgeltliche Vorlesungen (*collegia publica*) zu halten.

§. 11. Die Seminarübungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu belegenden Stundenzahl eingerechnet.

§. 12. Die Seminaristen haben das Recht, ohne Erlegung einer Caution, aber mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Bibliotheksvorschriften aus der Universitätsbibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauch zu entleihen.

§. 13. Für diejenigen Seminaristen, welche sich durch Fleiss und rege Theilnahme an den mündlichen Uebungen, sowie durch die eingelierten schriftlichen Arbeiten besonders auszeichnen, werden Stipendien à 40 fl. pro Semester bewilligt. Die Zahl derselben soll in der Regel drei nicht überschreiten.

§. 14. Am Schlusse eines jeden Studienjahres erstatten die Vorsteher an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit der beiden Abtheilungen des Seminars.

D. Deutsche Universität in Prag*).

428 v) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 15. November 1849, Z. 7122**),

an den Statthalter für Böhmen,

betreffend die Errichtung eines philologischen Seminars an der Universität Prag.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse die Errichtung eines philologischen Seminars an der Universität Prag mit Zugrundelegung des nachstehenden Statutes angeordnet.

Statut

des philologischen Seminars an der Universität Prag.

§. 1. Unter der Benennung „Philologisches Seminar“ bildet sich an der Prager Universität ein mit jedem Schuljahre sich erneuernder Verein, in dem Studirende der Philologie nach Erlangung der erforderlichen Vorkenntnisse zusammentreten, um Gelegenheit zu eigenen gemeinsamen Uebungen auf diesem Gebiete unter der Leitung eines Universitätslehrers, und dadurch Förderung für ein gründliches Eindringen in diese Wissenschaft zu finden.

§. 2. Uebungen im philologischen Seminar.

Diese Uebungen im philologischen Seminar bestehen:

1. In schriftlichen Aufsätzen im Gebiete der classischen Philologie.

Die Gegenstände sind so zu wählen, dass sich in ihrer Behandlung nicht nur Fleiss, sondern auch eigenes Nachdenken zeigen kann, ihre Wahl steht den Theilnehmern frei, wo es gewünscht, hat der Vorsteher des Seminars angemessene Vorschläge zu machen.

Jeder eingelieferte Aufsatz wird zwei Mitgliedern des Seminars zur Durchsicht gegeben, welche denselben dann in der dazu bestimmten

*) Das Statut des historischen Seminars an der deutschen Universität in Prag befindet sich im I. Supplementbände dieser Sammlung sub Nr. VII c. — Für die an der philosophischen Facultät der böhmischen Universität bestehenden Seminare sind zum Theile neue Statuten genehmigt worden, welche in der folgenden Abtheilung V aufgenommen sind.

**) Mit Ministerial-Erlass vom 19. November 1857, Z. 17726, wurde auf Grund Allerhöchster Entschliessung vom 8. November 1857 mit dem philologischen Seminar an der Universität Prag eine Vorbereitungsabtheilung in Verbindung gebracht, in welcher zu Gunsten der in das Seminar aufzunehmenden und noch der gründlichen Vorbereitung ermangelnden Zöglinge die erforderliche grammatikalische und syntaktische Sicherheit in den beiden altclassischen Sprachen zu erzielen ist, um so mit Erfolg an den eigentlichen Seminarübungen theilnehmen zu können.

Stunde zu kritisiren haben, bevor der Vorsteher des Seminars sein Urtheil abgibt.

Es versteht sich, dass in all diesen Urtheilen der würdige Ton bewahrt werden muss, der allein wissenschaftlicher Förderung und Belehrung dienen kann.

Die Discussion über die lateinisch geschriebenen Aufsätze findet in lateinischer Sprache statt.

Für diese Seite der Uebungen ist wöchentlich Eine Stunde bestimmt.

Wenn die Zeit es gestattet, kann dieselbe auch zu anderen, von dem Vorsteher zu leitenden Disputationen über philologische Gegenstände benützt werden.

2. In mündlicher Uebersetzung und Erklärung lateinischer und griechischer Schriftsteller durch die Mitglieder des Seminars.

Die zu übersetzenden Schriftsteller bestimmt der Vorsteher des Seminars selbstständig oder nach Kenntnissnahme der Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder.

Für jede folgende Stunde übernimmt eines der Mitglieder die Aufgabe des Uebersetzens und Erklärens; die übrigen Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse auf die zur Erklärung kommende Stelle sich so vorbereiten, dass sie im Stande sind, an der Erklärung und an Discussionen darüber thätigen Antheil zu nehmen.

Mit der Erklärung des griechischen Schriftstellers werden von Zeit zu Zeit Uebungen im Griechisch-Schreiben verbunden werden.

Dieser Art der Uebungen sind wöchentlich vier Stunden bestimmt, zwei für einen lateinischen, zwei für einen griechischen Schriftsteller.

Da zu erfolgreicher Betreibung der bezeichneten Uebungen den Theilnehmern die Benützung einer grösseren Bibliothek auch für ihre häuslichen Arbeiten nöthig ist, so wird dafür Sorge getragen werden, dass denselben unter bestimmten, ihnen zu bezeichnenden Formen die Universitätsbibliothek auch zur Entlehnung von Büchern zugänglich wird.

§. 3. Verpflichtungen der ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder des Seminars.

Das Seminar besteht aus ordentlichen und ausserordentlichen Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche an allen vom Seminar dargebotenen Uebungen theilnehmen zu wollen erklären.

Sie verpflichten sich durch ihren Beitritt nicht nur zu regelmässigem Besuche der für die Uebungen festgesetzten Stunden und sorgfältiger Ausführung der hierzu erforderlichen Arbeiten, sondern auch dazu, in jedem Vierteljahr einen schriftlichen Aufsatz aus dem Gebiete der classischen Philologie (vgl. §. 2, 1) einzureichen, und zwar so, dass der eine von den beiden in demselben Semester gelieferten in lateinischer Sprache geschrieben sein muss.

Ausserordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche nur an einem bestimmten Kreise von Uebungen theilnehmen zu wollen

erklären, zu welchen sie sich durch ihren Eintritt ebenso verpflichten wie die ordentlichen Mitglieder zur Theilnahme an allen Uebungen.

Jedes Mitglied hat, wenn es nicht länger theilzunehmen beabsichtigt, davon sogleich dem Vorsteher des Seminars Anzeige zu machen.

Längere, nicht gerechtfertigte Versäumung der Stunden oder Verabsäumung der erforderlichen Arbeiten berechtigt den Vorsteher anzunehmen, dass das Mitglied fernerhin nicht Zeit zur Theilnahme habe, und für den Beginn des folgenden Semesters die Stelle als erledigt zu betrachten.

Ausserdem ist der Vorsteher des Seminars berechtigt, wegen unwürdigen Betragens ein Mitglied entweder sofort oder nach erfolgter Warnung von der Theilnahme auszuschliessen.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder ist vorläufig auf acht festgesetzt.

Hingegen wird es dem Ermessen des Vorstehers überlassen, wie viele ausserordentliche Mitglieder er zulasse.

Die Dauer der Theilnahme kann in der Regel nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden.

Die Uebungen des philologischen Seminars finden unentgeltlich statt, und es steht jedem Studirenden frei, in demselben zuzuhören, und auch sich thätig zu betheiligen, soweit dies ohne Beeinträchtigung der zunächst berechtigten ordentlichen oder ausserordentlichen Mitglieder geschehen kann.

§. 4. Bedingungen der Aufnahme in das Seminar.

Um in das Seminar als ordentliches Mitglied aufgenommen zu werden, wird der Aufzunehmende künftig nachzuweisen haben, dass er die Maturitätsprüfung an einem Gymnasium bestanden und bereits ein Jahr lang auf der Universität philologische Studien betrieben habe.

Der Aufzunehmende hat sich bei dem Vorsteher des Seminars um die Aufnahme zu bewerben durch Einreichung eines in lateinischer Sprache geschriebenen Aufsatzes über einen Gegenstand der classischen Philologie, in welchem nicht blos Bekanntes zusammengestellt sein darf, sondern auch die Früchte eigenen Nachdenkens sich zeigen müssen. — Es steht dem Vorsteher des Seminars zu, sich nach Durchlesung des Aufsatzes noch im mündlichen Gespräche von der philologischen Bildung des Bewerbers Kenntniss zu verschaffen.

Der behufs der Bewerbung eingereichte Aufsatz eines neu aufgenommenen Mitgliedes wird dann in derselben Weise einer Kritik durch Mitglieder des Seminars unterworfen, wie die regelmässig eingelieferten Aufsätze (vgl. §. 2, 1).

Um als ausserordentliches Mitglied in das Seminar einzutreten, hat der Aufzunehmende sich über die bestandene Maturitätsprüfung auszuweisen, jedoch genügt der Nachweis eines halbjährigen philologischen Studiums, und einen schriftlichen Aufsatz hat derselbe nur in dem Falle einzureichen, dass er an dieser Art der Uebungen theilzunehmen beabsichtigt.

Die Entscheidung über die Aufnahme oder Nichtaufnahme steht dem Vorsteher des Seminars zu, wenn dieser einerseits darüber zu wachen hat, dass das Seminar den der Universität angemessenen wissenschaftlichen Charakter behaupte, so wird er andererseits die erforderliche Vorsicht anwenden, um nicht schwächere, aber eifrig regsame Kräfte von der Theilnahme abzuhalten.

Das philologische Seminar ist zwar zunächst für die Studirenden der Philologie während des letzteren Theiles ihrer Studien, und insbesondere zur Heranbildung von Lehrern der Philologie bestimmt, doch ist es durchaus zulässig, dass auch junge Männer — welche ihre Studienzeit bereits beendet haben, oder welche, ohne das Studium der Philologie zu ihrem Berufe zu machen, diesem Gegenstande ein reges Interesse widmen — unter den vorher bezeichneten Bedingungen als ordentliche oder als ausserordentliche Mitglieder in das Seminar aufgenommen werden.

§. 5. Stipendien.

Zur Förderung des philologischen Seminars in Prag werden acht Stipendien zu Vierzig Gulden für jedes Semester errichtet.

Auf ein solches Stipendium werden in Zukunft die nach den Bestimmungen des §. 4 aufgenommenen ordentlichen Mitglieder des Seminars durch ihre Aufnahme und für die Dauer der Zeit, während der sie Mitglieder sind, Anspruch haben.

Die Auszahlung erfolgt am Schlusse eines jeden Semesters an jenes ordentliche Mitglied, welches durch eine Erklärung des Directors nachweist, dass es die im Obigen bezeichneten, von ihm übernommenen Verpflichtungen erfüllt hat.

Ausserordentliche Mitglieder haben auf diese Stipendien keinen Anspruch, doch steht es dem Vorsteher des Seminars frei, wenn nicht die sämmtlichen Stipendien für ordentliche Mitglieder verwendet sind, ausnahmsweise auf Verleihung derselben an ausserordentliche Mitglieder anzutragen, worüber dem Ministerium des Cultus und Unterrichts die Entscheidung vorbehalten ist.

Die nicht verwendeten Stipendien werden dazu bewahrt bleiben, um in ausserordentlichen Fällen Studirenden der Philologie für wissenschaftliche Arbeiten Unterstützung zu gewähren, welche zu beantragen der Director des Seminars berechtigt ist.

§. 6. Leitung des Seminars.

Der Vorsteher des Seminars ist nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch seinen Rath den Mitgliedern des Seminars bei ihren philologischen Studien in aller Weise hilfreich zu sein.

Derselbe hat am Schlusse jedes Studienjahres dem Minister des Cultus und Unterrichts über den Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten und die eingelieferten Aufsätze demselben vorzulegen, welche dann nach erfolgter Erledigung durch das Ministerium im Archive des Seminars aufbewahrt bleiben.

428w) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
11. Mai 1874, Z. 6064,

an 1. den Statthalter für Böhmen, 2. das Decanat der philosophischen Facultät
in Prag,

**betreffend die Errichtung eines Seminars für deutsche Philologie an der Uni-
versität in Prag.**

Ich genehmige die Errichtung eines Seminars für deutsche Philologie an der Universität in Prag mit dem laufenden Semester und finde mit der Leitung desselben die Professoren zu betrauen.

Der vorgelegte Statuten-Entwurf für das Seminar erhält meine Bewilligung.

Gleichzeitig bewillige ich für sechs Seminarstipendien à 40 fl. per Semester einen Betrag von jährlich 480 fl.

Statut

des Seminars für deutsche Philologie an der Universität Prag.

§. 1. Der Zweck des Seminars ist: die Studirenden zur wissenschaftlichen Behandlung grammatischer, metrischer und literarhistorischer Fragen auf dem Gebiete des Gothischen, Althochdeutschen, Altniederdeutschen, Mittel- und Neuhochdeutschen anzuleiten.

Besondere Rücksicht wird auf die Vorbereitung für das Gymnasial- und Realschullehramt genommen werden.

§. 2. Des Seminar zerfällt in zwei Abtheilungen, jede mit einem besonderen Leiter.

§. 3. Wer eine genügende Arbeit über ein von dem Director der betreffenden Abtheilung genehmigtes Thema aus der alt-, mittel- oder neuhochdeutschen Grammatik oder der Literatur der älteren, mittleren oder neueren Zeit vorgelegt, wird ordentliches Mitglied.

§. 4. Ausserdem steht es der Direction frei, Studirende, welche sich am Anfange des Semesters zur Theilnahme an den Uebungen einer oder beider Abtheilungen melden, als ausserordentliche Mitglieder aufzunehmen.

§. 5. Jede Abtheilung hält wöchentlich eine oder bei einer grösseren Zahl von Meldungen zwei Stunden Uebungen ab, in welchen Literaturwerke sprachlich und sachlich erklärt, Texte kritisch behandelt, Vorträge gehalten und Arbeiten der Mitglieder besprochen werden.

§. 6. Die ordentlichen Mitglieder sind zur Theilnahme an den Uebungen beider Abtheilungen, die ausserordentlichen Mitglieder aber nur zum regelmässigen Besuch der Abtheilung verpflichtet, in welche sie aufgenommen worden sind.

§. 7. Jedes ordentliche Mitglied hat in jedem Semester in einer der beiden Abtheilungen eine Arbeit einzureichen oder einen Vortrag zu halten. Das Thema wird von den Mitgliedern mit Zustimmung der Direction gewählt oder von letzterer bestimmt.

§. 8. Die Direction wird am Schlusse jedes Semesters über den Bestand und die Leistungen des Seminars an das k. k. Unterrichtsministerium berichten.

§. 9. Jene von den ordentlichen Mitgliedern, welche sich durch Fleiss und Fortschritte auszeichnen, erhalten auf Grund dieses Berichtes vom k. k. Unterrichtsministerium Stipendien von je 40 fl. ö. W.

§. 10. Die Anzahl dieser Stipendien ist vorläufig auf sechs festgesetzt.

§. 11. Oefter als viermal kann das Stipendium nicht an denselben Seminaristen verliehen werden.

§. 12. Für das Seminar wird eine Handbibliothek angeschafft und in einem geeigneten Arbeitslocal aufgestellt.

Die Verwaltung dieser Seminarbibliothek führt unter Aufsicht der Direction ein ordentliches Mitglied.

Für die Benutzung gilt das aufliegende Bibliotheksreglement.

§. 13. Die Theilnahme an den Seminarübungen ist unentgeltlich.

428 x) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 22. April 1875, Z. 5268,

an 1. den Statthalter für Böhmen, 2. das Decanat der philosophischen Facultät
Prag,

**betreffend die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität
Prag.**

Ich finde die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität Prag mit dem Beginne des Studienjahres 1875/76 zu gestatten und mit der Leitung dieses Institutes die Professoren zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich für dieses Seminar das vorgelegte Statut in der beiliegenden Form, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat und bewillige zu Gunsten desselben die Systemisirung von 6 Stipendien im Betrage von je fünfzig Gulden für das Semester . . .

Statut

des mathematischen Seminars an der Universität Prag.

§. 1. Das mathematische Seminar soll den Studirenden Anregung und Anleitung zu selbstständigen Untersuchungen in der Mathematik und mathematischen Physik bieten. Vorsteher des Seminars sind diejenigen Professoren der Mathematik und der mathematischen Physik, welche von dem k. k. Unterrichtsministerium dazu bestellt werden.

§. 2. Die Vorsteher des Seminars stellen unabhängig von einander Themata zu kleineren oder grösseren schriftlichen Arbeiten und ertheilen den Mitgliedern des Seminars Rath und Anleitung für die Bearbeitung derselben. Diese Arbeiten sind in deutscher Sprache abzufassen, und desgleichen in dieser Sprache Vorträge, Besprechungen etc. abzuhalten. Die speciellere Einrichtung und Anordnung der Uebungen,

auf welche in der Regel zwei Stunden in der Woche von den zwei Vorstehern zu verwenden sind, bleibt jedem derselben überlassen. Die Seminarübungen finden unentgeltlich statt.

§. 3. Mitglieder des Seminars können die Studirenden der mathematischen und physikalischen Wissenschaften an der Prager Universität werden; auch können sie es nach ihrem Abgange von derselben bleiben, bis sie eine feste Anstellung erlangt haben. Studirende, welche es an reger Theilnahme an den Arbeiten des Seminars fehlen lassen, sind von den Vorstehern aus der Liste der Mitglieder zu streichen.

§. 4. Von denjenigen Mitgliedern des Seminars, welche sich durch besonderen Fleiss und tüchtige Leistungen ausgezeichnet haben, erhalten am Ende jedes Semesters sechs Stipendien von je fünfzig Gulden. Die Verleihung derselben wird von den Vorstehern des Seminars unter Beifügung der eingelieferten Arbeiten unmittelbar bei dem k. k. Unterrichtsministerium beantragt. Es soll hierbei lediglich auf die Tüchtigkeit, die Leistungen und nicht auf etwaige Bedürftigkeit Rücksicht genommen werden. Die nicht zur Verleihung kommenden Stipendienbeträge fliessen der im §. 5 erwähnten Dotation zu.

§. 5. Zur Anschaffung der wissenschaftlichen Hilfsmittel (Bücher, Modelle etc.), welche für die Arbeiten der Mitglieder des Seminars erforderlich sind, wird eine jährliche Dotation von 200 fl. bewilligt. Aus diesen Anschaffungen wird eine dem Seminar gehörige Sammlung gebildet, in deren Aufsicht die Vorsteher nach einem jährlichen Turnus unter einander abwechseln.

§. 6. Von den Vorstehern des Seminars wird am Ende jedes Studienjahres über die Thätigkeit des Seminars, über die verliehenen Stipendien, sowie über die Verwendung der Dotation ein Jahresbericht dem k. k. Unterrichtsministerium durch die k. k. Statthalterei in Prag vorgelegt.

428 y) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 2. September 1875, Z. 13949,

an 1. den Statthalter für Böhmen, 2. das Decanat der philosophischen Facultät
in Prag,

**betreffend die Errichtung eines Seminars für französische und englische
Sprache an der Universität in Prag.**

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse die Errichtung eines Seminars für französische und englische Sprache an der Universität in Prag mit dem Beginne des Studienjahres 1875/76 genehmigt und für dasselbe das mitfolgende, provisorisch in Wirksamkeit tretende Statut erlassen, sowie die Systemisirung von sechs Seminarstipendien im Betrage von je Vierzig Gulden per Semester bewilligt.

Statut

des Seminars für französische und englische Sprache an der Universität Prag.

§. 1. Das Seminar für das Studium der französischen und englischen Sprache und Literatur an der Universität Prag hat die Aufgabe, die praktische und wissenschaftliche Kenntniss der beiden genannten Sprachen und ihrer Literaturen unter den Studirenden zu befördern, insbesondere aber die Heranbildung der an den Mittelschulen anzustellenden Lehrer zu erleichtern.

§. 2. Das Seminar zerfällt in vier Abtheilungen, von denen eine jede durch einen besonderen Vorsteher geleitet wird. 1. für das praktische Studium des Französischen, 2. für das historische Studium des Französischen und der verwandten Sprachen, 3. für das praktische Studium des Englischen, 4. für das historische Studium des Englischen und der verwandten Sprachen.

§. 3. Jede Abtheilung hält mindestens zwei Stunden in der Woche Uebungen ab.

§. 4. In das Seminar werden nur an der Universität immatriculirte Studirende aufgenommen. Sie sind theils Mitglieder, theils Zuhörer.

Wer als Mitglied aufgenommen werden will, muss in einem Colloquium genügende Kenntniss der Grammatik der betreffenden Sprache nachweisen und im Stande sein, einen leichten Abschnitt aus dem Deutschen in die fremde Sprache und umgekehrt zu übersetzen, sowie auch einige Geläufigkeit im Gebrauche der fremden Sprache darthun. Die Entscheidung über die Aufnahme erfolgt durch die betheiligten Lehrkräfte und unterliegt der Bestätigung des Unterrichtsministeriums.

Um als Zuhörer aufgenommen zu werden, genügt die Meldung bei dem Vorstande der betreffenden Abtheilung des Seminars.

§. 5. Die Mitglieder des Seminars haben mindestens die beiden Abtheilungen, welche sich mit einer der genannten Sprachen beschäftigen, zu besuchen und für jedes Semester in jeder dieser beiden Abtheilungen eine von dem Vorsteher derselben als genügend anerkannte Arbeit zu liefern.

§. 6. Diejenigen Mitglieder, welche die besten Leistungen aufzuweisen haben, erhalten Stipendien von je 40 fl. ö. W. für das Semester. Die Zahl der Stipendien ist vorläufig auf sechs festgesetzt.

Die Verleihung derselben erfolgt auf Antrag der Seminarvorsteher vom Unterrichtsminister.

§. 7. Die Theilnahme an den Uebungen des Seminars ist unentgeltlich.

§. 8. Die Vorsteher des Seminars werden am Schlusse jedes Semesters über die Leistungen ihrer Abtheilungen an das k. k. Unterrichts-Ministerium Bericht erstatten.

428z) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 12. Januar 1876, Z. 20637 ex 1875,

an 1. den Statthalter für Böhmen, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Prag,

betreffend die Errichtung eines pädagogischen Seminars an der Universität in Prag.

Auf den vom Decanate der philosophischen Facultät an der Universität in Prag vorgelegten Antrag des Professors finde ich die Errichtung eines pädagogischen Seminars an dieser Universität mit dem Studienjahre 1876/77 zu gestatten und mit der Leitung dieses Institutes den Professor zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das vorgelegte Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten haben wird und bewillige die Systemisirung von sechs Stipendien zu Gunsten desselben im Betrage von je fünfzig Gulden für das Semester.

Provisorische Statuten

des pädagogischen Seminars an der k. k. Universität Prag.

§. 1. Der Zweck des pädagogischen Seminars ist, seine Mitglieder zu selbstständigem Eindringen in die wissenschaftliche Pädagogik anzuweisen und dadurch ihre Befähigung für das Lehramt zu erhöhen.

§. 2. Das Seminar steht unter der Direction desjenigen Professors, welcher mit der Vertretung der Pädagogik betraut ist.

§. 3. Die Mitglieder des Seminars sind theils ordentliche, theils ausserordentliche.

Die Zahl der ersteren soll sechs in der Regel nicht überschreiten; die der letzteren ist in das Ermessen des Directors gestellt.

§. 4. Zur Aufnahme als Mitglied ist qualificirt, wer durch mindestens zwei Semester der philosophischen Facultät als ordentlicher Hörer angehört hat. Die Beendigung des Universitätsstudiums ist kein Hinderungsgrund zur Aufnahme.

Die ordentliche Mitgliedschaft ist durch das Bestehen eines Colloquiums beim Director zu erwerben, worin der Aspirant zu zeigen hat, dass er mit Erfolg pädagogische Vorlesungen gehört hat und der nöthigsten philosophischen, insbesondere psychologischen Vorkenntnisse nicht entbehrt.

§. 5. Die Dauer der ordentlichen Mitgliedschaft darf in der Regel drei Semester nicht überschreiten.

§. 6. Die ordentlichen Mitglieder haben die Pflicht, sich nach Anweisung des Directors an allen Uebungen activ zu betheiligen.

Die ausserordentlichen sind gehalten, den Uebungen regelmässig beizuwohnen; ihre active Betheiligung geschieht nach Uebereinkunft mit dem Director. Wenn ein Mitglied sich den übernommenen Verpflichtungen entzieht, findet seine Ausschliessung aus dem Seminare statt.

§. 7. Die Seminarübungen finden in zwei wöchentlichen Stunden statt, sind unentgeltlich und werden in deutscher Sprache abgehalten.

§. 8. Es bestehen dieselben:

- I. In schriftlichen Arbeiten und Vorträgen der Mitglieder über Themata aus dem Gebiete der allgemeinen Pädagogik, der Didaktik, der Geschichte der Pädagogik und der Lehre vom Schulwesen.

Die Bestimmung der Themata steht dem Director zu, welcher jedoch sowohl auf die Studienrichtung, als auch auf besondere Wünsche der Mitglieder Rücksicht zu nehmen hat.

Die schriftlichen Arbeiten werden dem Director eingeliefert, von diesem nach vollzogener Durchsicht einem Mitgliede zum Referate übergeben und in den Seminarstunden gemeinschaftlicher Besprechung und Kritik unterzogen. Das letztere gilt auch von den Vorträgen, deren Skizze dem Director jedesmal vorher einzureichen ist.

- II. In Lectüre, Erklärung und Kritik von einschlägigen, insbesondere philosophisch-pädagogischen Schriften oder von Partien aus solchen durch die dazu bestimmten Mitglieder;
- III. In freien Colloquien oder Disputationen, vorzugsweise im Anschlusse an die übrigen Uebungen und die pädagogischen Vorlesungen.
- IV. In Erläuterung von Gesetzen und Verordnungen, welche das Schulwesen betreffen, mit vorwiegender Rücksicht auf die österreichische Schulgesetzgebung.

§. 9. Den Bedürfnissen des Seminars dient eine kleine Handbibliothek, in welche zugleich geeignete pädagogische Zeitschriften Aufnahme finden. Die Verwaltung derselben führt unter Aufsicht des Directors ein ordentliches Mitglied.

§. 10. Das Seminar wird mit sechs Stipendien von je 50 fl. für jedes Semester ausgestattet, welche am Schlusse des Semesters gegen Bestätigung des Directors, dass der Stipendist seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachgekommen, ausgezahlt werden.

Die Stipendien sind in erster Linie für die ordentlichen Mitglieder bestimmt.

In dem Falle, dass die Stellen derselben nicht vollständig besetzt sind, kann der Director beantragen, die nicht verwendete Summe entweder an verdiente ausserordentliche Mitglieder zu vertheilen oder als Reisestipendien für besonders befähigte Mitglieder zu verwenden, wodurch dieselben in Stand gesetzt werden, auswärtige Lehranstalten kennen zu lernen, über deren Einrichtung sie einen schriftlichen Bericht zu erstatten haben.

§. 11. Der Director des Seminars hat am Schlusse des Studienjahres dem Ministerium für Cultus und Unterricht unter Vorlegung der eingelieferten Arbeiten über Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten.

E. Böhmische Universität Prag*).

428 aa) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
30. März 1883, Z. 5140,

an das Decanat der böhmischen philosophischen Facultät und den Statthalter
in Prag,

**betreffend die Genehmigung der Statuten für das philologische Seminar
und Proseminar an der philosophischen Facultät der böhmischen Universität
in Prag.**

In Erledigung der Eingabe vom ertheile ich den im Anschluss mitfolgenden Statuten für das philologische Seminar und das philologische Proseminar meine Genehmigung und bewillige für das erstgenannte Institut die Systemisirung von sechs Stipendien à dreissig Gulden.

Statuten

des philologischen Seminars an der k. k. böhmischen Karl Ferdinands-Universität
in Prag.

§. 1. Der Zweck des philologischen Seminars ist, den Studirenden der classischen Philologie Gelegenheit zu eigenen gemeinsamen Uebungen auf dem Gebiete der classischen Philologie und damit die praktische Anleitung zur Aneignung und Anwendung der philologischen Methode und zur beständigen wissenschaftlichen Thätigkeit zu bieten und sie auf diese Weise zugleich für das Gymnasiallehramt zu bilden und vorzubereiten.

§. 2. Das philologische Seminar zerfällt in eine lateinische und griechische Abtheilung und steht unter der Leitung eines oder zweier Universitätsprofessoren der classischen Philologie.

§. 3. Die Uebungen in jeder von diesen zwei Abtheilungen sind doppelter Art und bestehen:

- a) Im Interpretiren lateinischer und griechischer Schriftsteller;
- b) In der Abfassung schriftlicher Arbeiten aus dem Bereiche der classischen Philologie und in der Recension derselben.

§. 4. Die Zahl der wöchentlichen Seminarsstunden wird auf vier festgesetzt, so dass auf die lateinische und griechische Abtheilung je zwei Stunden entfallen.

Wie viele von diesen Stunden in jedem Semester auf die Recension der eingelieferten Seminararbeiten zu verwenden sind, bestimmt der Seminardirector nach dem jeweiligen Bedürfnisse.

§. 5. Die zu interpretirenden Schriftsteller bestimmt die Seminar-direction selbstständig oder nach Kenntnissnahme der Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder.

*) Ausser den nachbenannten Seminarien besteht noch an der böhmischen Universität Prag ein mathematisches Seminar, dessen genehmigte Statuten mit jenen des an der Prager deutschen Universität bestehenden mathematischen Seminars übereinstimmen.

Für jede Interpretationsstunde wird die Aufgabe des Interpretirens von einem oder von zwei Mitgliedern übernommen. Die übrigen Mitglieder sind jedoch ebenfalls verpflichtet, sich auf die zur Erklärung kommenden Stellen so vorzubereiten, dass sie im Stande sind, an der Erklärung und an der darüber stattfindenden Discussion thätigen Antheil zu nehmen.

§. 6. Die Themata der schriftlichen Seminararbeiten sind so zu wählen, dass sich in der Behandlung derselben nicht nur Fleiss und positives Wissen, sondern auch eigenes und selbstständiges Nachdenken zeigen kann. Die Wahl der Themata steht den Seminarmitgliedern frei; doch kann der Seminardirector auf Grund seiner Kenntniss der Studien der einzelnen Seminarmitglieder angemessene Vorschläge machen.

Jede eingeliesserte Arbeit wird einem oder zwei Mitgliedern des Seminars zur Durchsicht gegeben und sodann in der dazu bestimmten Stunde von den Recensenten besprochen, worauf der Director sein Urtheil sowohl über die Arbeit als über die Recension abgibt.

§. 7. Die Uebungen des Seminars werden in böhmischer oder lateinischer Sprache abgehalten. Die Arbeiten in der lateinischen Abtheilung sind in lateinischer Sprache abzufassen, und ebenso hat die Recension derselben in lateinischer Sprache stattzufinden.

§. 8. Die Theilnehmer an den Seminarübungen zerfallen in ordentliche und ausserordentliche Mitglieder.

§. 9. Ordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche an allen in den beiden Abtheilungen des Seminars stattfindenden Uebungen theilnehmen zu wollen erklären.

Sie verpflichten sich durch ihren Beitritt nicht nur zu regelmässigem Besuche der für die Uebungen festgesetzten Stunden und zu sorgfältiger Ausführung der hierzu erforderlichen Arbeiten, sondern auch dazu, in jedem Semester mindestens in einer der beiden Seminarabtheilungen eine schriftliche Arbeit aus dem Gebiete der classischen Philologie einzureichen.

§. 10. Ausserordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche nur an einem bestimmten Kreise von Uebungen theilnehmen zu wollen erklären, zu welchen sie sich durch ihren Eintritt ebenso verpflichten, wie die ordentlichen Mitglieder zur Theilnahme an allen Uebungen.

§. 11. Von ordentlichen Mitgliedern erhalten in jedem Semester sechs ein Stipendium im Betrage von je 30 fl., und zwar jene sechs, welche sich durch ihre Leistungen in dem betreffenden Semester besonders hervorgethan haben.

§. 12. Wer als ordentliches Mitglied des Seminars aufgenommen werden will, muss in der Regel bereits ein Jahr philologische Vorlesungen besucht und durch Colloquien aus diesen Vorlesungen seinen Eifer und seine Vorbildung nachgewiesen haben. Ausserdem muss er behufs der Aufnahme in das Seminar noch einer besonderen Aufnahmeprüfung sich unterziehen und sich hierbei auch mit einem Zeugnisse über seine Leistungen im philologischen Proseminare ausweisen.

§. 13. Die Aufnahme von ausserordentlichen Mitgliedern ist dem Ermessen der Seminardirection überlassen. Die ausserordentlichen Mit-

glieder können, soweit es die Vorbildung derselben und die vorzugsweise auf die ordentlichen Mitglieder zu nehmende Rücksicht gestattet, zur Betheiligung an den Uebungen zugelassen werden.

§. 14. Der Seminardirector ist nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch seinen Rath den Mitgliedern des Seminars bei ihren philologischen Studien auf jede Weise behilflich zu sein.

§. 15. Das philologische Seminar besitzt eine Bibliothek, deren Verwaltung der Seminardirection zusteht. Die Benutzung dieser Bibliothek ist den ordentlichen Mitgliedern des Seminars, sowie auch jenen ausserordentlichen Mitgliedern gestattet, denen die Seminardirection hierzu die specielle Erlaubniss gibt.

§. 16. Die ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder des Seminars haben ausserdem das Recht, wenn sie sich in dieser Eigenschaft mit einem Certificat der Seminardirection ausweisen, ohne Erlegung einer Caution, jedoch unter Beobachtung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, aus der k. k. Universitätsbibliothek wissenschaftliche Werke zum häuslichen Gebrauch zu entleihen.

§. 17. Die Seminardirection hat am Schlusse jedes Semesters dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über den Stand des Seminars und die neu aufgenommenen Mitglieder Bericht zu erstatten und zugleich Anträge bezüglich der Vertheilung der Seminarstipendien zu stellen.

Am Schlusse eines jeden Studienjahres hat die Seminardirection die Specialberichte über die in beiden Abtheilungen gehaltenen Uebungen dem k. k. Unterrichtsministerium vorzulegen. Diesen Berichten sind zugleich die während des Jahres eingelieferten schriftlichen Arbeiten beizuschliessen, welche nach erfolgter Erledigung des Seminarberichtes im Seminararchiv aufzubewahren sind.

Statuten

des Proseminars für classische Philologie an der k. k. böhmischen Karl Ferdinands-Universität in Prag.

§. 1. Das Proseminar für classische Philologie hat den Zweck, denjenigen Studirenden, welche sich dem Studium der classischen Philologie gewidmet haben, einen solchen Grad von Kenntnissen in diesem Fache beizubringen, dass sie mit Erfolg an den Uebungen des Seminars für classische Philologie theilnehmen können.

§. 2. Zu diesem Behufe werden lateinische und griechische Proseminarübungen unter der Leitung eines oder zweier Leiter abgehalten.

§. 3. Diese Uebungen sind doppelter Art, und zwar bestehen sie in schriftlichen Arbeiten und mündlicher Interpretation von Seite der Proseminar-Mitglieder.

- a) Die schriftlichen Arbeiten haben den Zweck, bei den Mitgliedern des Proseminars Sicherheit im Gebrauch der lateinischen und griechischen Sprache in syntaktischer, phraseologischer und stilistischer Hinsicht zu erzielen. Zu diesem Behufe geben die Leiter des

Proseminars den Mitgliedern von Zeit zu Zeit geeignete Uebersetzungsstücke zum Uebersetzen auf und corrigiren in den Proseminarstunden die wahrgenommenen Mängel.

- b) Durch mündliche Erklärung der Classiker sollen die Studirenden Sicherheit in correcter und fließender Uebersetzung, sowie einen gewissen Grad von Fertigkeit in richtiger Erklärung der lateinischen und griechischen Texte, besonders in sachlicher und grammatischer Hinsicht erlangen. Zu diesem Zwecke wählen die Leiter aus den lateinischen und griechischen Schriften eine solche Schrift, welche, ohne grosse kritische Schwierigkeiten zu bieten, durch musterhaften Stil zu diesem Zwecke geeignet ist.

Die Interpretation übernehmen abwechselnd einzelne Mitglieder des Proseminars; an der Discussion können Alle theilnehmen.

Den Interpretations-Uebungen wird im griechischen Proseminar jede zweite, im lateinischen jede dritte Stunde gewidmet; die übrigen Stunden fallen den Uebersetzungsübungen zu.

Wöchentlich werden den lateinischen sowie den griechischen Uebungen je zwei Stunden gewidmet.

§. 4. An diesen Uebungen können alle ordentlich inscribirten Hörer der philosophischen Facultät und zwar unentgeltlich theilnehmen, wenn sie sich bei den Leitern angemeldet haben.

Nachlässigkeit im Erfüllen der Pflichten, sowie unwürdiges Benehmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich; die Entscheidung darüber kommt den Leitern zu.

§. 5. Die Leiter haben nebst der Leitung des Proseminars auch die Pflicht, den Mitgliedern des Proseminars bei ihren Studien durch Rath behilflich zu sein.

§. 6. Ueber die Thätigkeit des Proseminars erstatten die Leiter am Schlusse jedes Semesters Bericht an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht.

428 bb) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. Januar 1880, Z. 489,

an 1. das Decanat der philosophischen Facultät der Universität Prag, 2. den Statthalter für Böhmen,

betreffend die Errichtung eines Seminars für slavische Philologie an der k. k. Universität in Prag.

Ich finde die Errichtung eines Seminars für slavische Philologie an der Universität in Prag mit Beginn des Sommersemesters des laufenden Studienjahres zu gestatten und mit der Direction dieses Institutes den Professor zu betrauen.

Weiters genehmige ich das vorgelegte Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten haben wird, und bewillige zu Gunsten desselben die Systemisirung von sechs Stipendien im Betrage von je dreissig Gulden für das Semester. . . .

Statuten

des Seminars für slavische Philologie an der k. k. Universität in Prag.

§. 1. Der Zweck des Seminars für slavische Philologie ist ein doppelter:

1. Sollen die Studirenden zur wissenschaftlichen Behandlung grammatischer und literarischer Fragen auf dem Gebiete der böhmischen Sprache und Literatur und ferner solcher Fragen auf dem Gebiete der übrigen Slavistik angeleitet werden, die für die historische Entwicklung der böhmischen Sprache und für das Verständniss der böhmischen Sprach- und Literatur-Denkmäler wichtig sind; und
2. soll den Studirenden Gelegenheit verschafft werden, die erworbenen Kenntnisse durch Uebungen zu befestigen und praktisch anwenden zu lernen. Die Vorbereitung für das Lehramt des böhmischen Sprach- und Literaturfaches an Mittelschulen wird hierbei besonders berücksichtigt.

§. 2. Zu diesem Zwecke werden Seminarübungen unter der Leitung eines Directors eingeführt.

§. 3. Die Seminarübungen werden in böhmischer Sprache gehalten und bestehen in schriftlichen Arbeiten und mündlichen Interpretationen von Seiten der Seminarmitglieder.

1. Schriftliche Arbeiten.

Die Gegenstände sind aus dem im §. 1 bezeichneten Gebiete frei oder nach einem Vorschlage des Seminarleiters zu wählen und ihre Behandlung soll nicht nur Gelegenheit zur Bethätigung des Fleisses, sondern auch Anlass zu selbstständigem Nachdenken bieten.

Die Beurtheilung der schriftlichen Arbeiten geschieht durch den Director des Seminars. Aber auch die Mitglieder des Seminars sollen zur Betheiligung an der Kritik derselben herangezogen werden. Zu diesem Behufe übergibt der Director die eingebrachten Aufsätze oder einige von denselben denjenigen Mitgliedern zur Durchsicht, die er zur Beurtheilung für fähig hält, und diese haben ihr Urtheil in einer dazu bestimmten Stunde abzugeben und zu begründen. Die von ihnen hierbei dargelegten Ansichten bieten Anlass zu Discussionen, an denen die übrigen Mitglieder thätigen Antheil nehmen und die der Seminardirector leitet und corrigirt.

Für Uebungen dieser Art ist wöchentlich Eine Stunde bestimmt. Liegt keine Arbeit zur Beurtheilung vor, so wird der Leiter diese Zeit zu einer anderen dem Zwecke des Seminars entsprechenden Beschäftigung der Mitglieder benutzen.

2. Mündliche Interpretationen.

Namentlich:

- a) Erklärung altbulgarischer (altslovenischer) und altböhmischer Texte in sprachlicher Hinsicht, und
- b) Erklärung älterer und neuerer Literaturwerke in Bezug auf Inhalt und Form. Die Wahl dieser Werke wird vom Seminarleiter selbstständig oder nach dem Bedürfnisse und Wunsche der Seminar-

mitglieder getroffen; sie wird sich nicht auf die Lectüre der Mittelschule beschränken, wohl aber werden diese Uebungen die Ausbildung der Interpretationskunst für die Mittelschule insbesondere zu fördern haben.

Die Aufgabe des mündlichen Erklärens übernehmen abwechselnd einzelne Mitglieder des Seminars; an Discussionen können alle thätigen Antheil nehmen.

Diesem Theile der Seminarübungen sind je nach Umständen eine oder zwei Stunden in der Woche zu widmen.

§. 4. Die Theilnahme an den Uebungen des Seminars ist nur Mitgliedern gestattet und ist unentgeltlich.

§. 5. Mitglieder des Seminars können diejenigen ordentlichen Hörer der philosophischen Facultät werden, welche sich für das böhmische Lehramt an Mittelschulen vorbereiten, oder dem slavischen und insbesondere böhmischen Fache ein bloß wissenschaftliches Interesse widmen.

Die Aufnahme geschieht durch den Director des Seminars.

Die Mitglieder sind theils ordentliche, theils ausserordentliche; die letzteren betheiligen sich nur an den mündlichen Uebungen, die ersteren legen nebstdem auch schriftliche Arbeiten (§. 3, 1), und zwar wenigstens Eine Arbeit im Semester vor.

Lässigkeit in der Erfüllung der Pflichten, sowie unwürdiges Benehmen führen den Verlust der Mitgliedschaft herbei; die Entscheidung hierüber kommt dem Seminardirector zu.

§. 6. Der Seminardirector hat nebst der Leitung der Uebungen auch die Pflicht, den Mitgliedern des Seminars bei ihren Studien durch seinen Rath in aller Weise hilfreich zu sein.

§. 7. Ueber die gesammte Thätigkeit des Seminars erstattet der Director am Ende eines jeden Semesters Bericht an das k. k. Unterrichtsministerium.

Mit dem Berichte werden auch die eingelieferten Arbeiten vorgelegt, welche dann nach erfolgter Erledigung im Seminararchiv aufbewahrt bleiben.

§. 8. Zur Förderung des Seminars ist ein Betrag von 180 fl. für jedes Semester (360 fl. jährlich) bestimmt und wird dessen Auszahlung mit der Erledigung des an das k. k. Unterrichts-Ministerium erstatteten Semestralberichtes angewiesen.

Dieser Betrag ist zunächst für sechs Stipendien zu 30 fl. bestimmt, die an jene ordentlichen Seminarmitglieder vergeben werden, welche sich durch Fleiss und Fortschritte ausgezeichnet haben und im Semestralberichte namentlich angeführt werden.

Sollten nicht alle Stipendien zur Vertheilung kommen, so bleibt der nicht vertheilte Betrag für die Vermehrung der Stipendien im künftigen Semester oder für andere Zwecke des Seminars bewahrt. Hierüber hat der Director seine Anträge dem k. k. Unterrichts-Ministerium vorzulegen.

428 cc) Statuten

des historischen Seminars an der Karl Ferdinands-Universität mit böhmischer Unterrichtssprache in Prag.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 17. August 1882, Z. 992/C. U. M.).

§. 1. Der Zweck des historischen Seminars ist ein doppelter:

1. Sollen die Studirenden zum selbstständigen wissenschaftlichen Studium auf dem Gebiete der allgemeinen und der österreichischen Geschichte, sowie der historischen Hilfswissenschaften angeleitet werden; und
2. soll den Studirenden Gelegenheit verschafft werden, die erworbenen Kenntnisse praktisch anwenden zu lernen, wobei die Vorbereitung für das Lehramt an Mittelschulen besonders in's Auge gefasst wird.

§. 2. Zu diesem Zwecke werden Seminarübungen unter der Leitung von Directoren eingeführt. Diese Uebungen bestehen:

- I. In schriftlichen Arbeiten. Die Themata werden zwischen den Seminarleitern und den Mitgliedern vereinbart. Ihre Behandlung soll nicht nur Gelegenheit zur Bethätigung des Fleisses, sondern auch Anlass zu selbstständiger Forschung bieten. — Die Beurtheilung der Arbeiten geschieht durch die Directoren; aber auch die Mitglieder sollen zur Kritik und Besprechung herangezogen werden. Den Directoren liegt es ferner ob, die Discussion, die sich in der Regel daran knüpfen wird, zu leiten.
- II. In Interpretationen von historischen Quellenschriften, deren Auswahl den Directoren zusteht. Zur Interpretation kann für jede Uebungsstunde ein Mitglied besonders designirt werden, doch sind sämtliche Mitglieder verpflichtet, sich über den betreffenden Gegenstand möglichst genau zu unterrichten, um sich an der Discussion betheiligen zu können.
- III. In praktischen Uebungen auf dem Gebiete der historischen Hilfswissenschaften. Durch dieselben soll den Theilnehmern eine möglichst grosse Fertigkeit in der Anwendung der durch die Vorträge erworbenen theoretischen Kenntnisse beigebracht werden.
- IV. In freien Vorträgen der Seminarmitglieder. Dieselben dienen vor Allem dem in §. 1, 2 bezeichneten Zwecke. Ihre Themata werden zwischen den Directoren und den Mitgliedern vereinbart und bestehen in Darstellung von ausgewählten kürzeren Partien der Geschichte. Den Seminarleitern liegt es ob, den Vortragenden methodische Winke zu ertheilen.

Jeder Director hält zwei Stunden in der Woche Uebungen ab.

§. 3. Die Theilnahme an den Uebungen des Seminars ist nur Mitgliedern gestattet und ist unentgeltlich.

§. 4. Das Seminar besteht aus ordentlichen und ausserordentlichen Mitgliedern.

Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, an allen in §. 2 angeführten Uebungen sich zu betheiligen, regelmässig in allen für

dieselben festgesetzten Stunden zu erscheinen und in jedem Semester eine schriftliche Arbeit einzuliefern. Die ausserordentlichen Mitglieder haben das Recht, aber nicht die Pflicht, schriftliche Arbeiten einzuliefern; im Uebrigen haben sie dieselben Verpflichtungen wie die ordentlichen Mitglieder. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder wird auf sechs festgestellt. Die Anzahl der ausserordentlichen Mitglieder hängt vom Ermessen der Directoren ab.

Die Dauer der Theilnahme als ordentliches Mitglied darf in der Regel über zwei Jahre nicht ausgedehnt werden.

§. 5. Als Bedingungen der Aufnahme gelten:

I. Für ordentliche Mitglieder:

- a) Immatriculation an der Prager Universität mit böhmischer Vortrags-
sprache als Studirender der Geschichte;
- b) vorangegangene Betheiligung an den Seminarübungen als ausser-
ordentliches Mitglied in der Regel durch zwei oder wenigstens
durch ein Semester.

II. Für ausserordentliche Mitglieder:

- a) Der Nachweis der Maturitätsprüfung an einem Gymnasium;
- b) Immatriculation an einer der Prager Universitäten, und zwar
können auch Nichthistoriker, vorzüglich Philosophen, Philologen
und Juristen als ausserordentliche Mitglieder aufgenommen werden.

Lässigkeit in Erfüllung der Pflichten führt den Verlust der Mitgliedschaft herbei; die Entscheidung hierüber kommt den Seminar-
leitern zu.

§. 6. Von denjenigen Mitgliedern, welche sich besonders durch Fleiss und tüchtige Leistungen hervorgethan haben, erhalten sechs am Ende jedes Semesters Stipendien von je 30 Gulden. Die Vertheilung derselben wird von den Directoren bei dem k. k. Unterrichts-Ministerium beantragt, wobei in der Regel nur ordentliche Mitglieder empfohlen werden.

Die etwa nicht vertheilten Stipendien werden zur Vermehrung der Seminarbibliothek verwendet.

§. 7. Für die Bedürfnisse des historischen Seminars bestehen besondere Uebungs- und Arbeitslocalitäten, in denen eine Seminarbibliothek aufgestellt wird. Die Benutzung der letzteren wird durch eine besondere Bibliotheksordnung geregelt.

§. 8. Zur Wahrung der Einheit in der Leitung des Seminars liegt es den Directoren ob, für jedes Semester das Programm der abzuhaltenden Uebungen zu vereinbaren, sowie über die Aufnahme der Mitglieder sich zu verständigen. Auch haben sie am Schlusse des Semesters gemeinschaftlich Vorschläge über die Vertheilung der Stipendien zu machen. Die speciellere Einrichtung und Anordnung der Uebungen bleibt jedem Director in seiner Abtheilung überlassen.

Von den Leitern wird am Schlusse des Studiensemesters dem k. k. Unterrichts-Ministerium ein Bericht über die Thätigkeit des Seminars vorgelegt.

428 dd) Statuten

des romanischen Seminars an der Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 8. October 1882, Z. 15740.)

§. 1. Das romanische Seminar an der k. k. Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag hat den Zweck, Studirende, die sich vorzugsweise dem Studium auf dem Gebiete der romanischen Sprachen widmen wollen, in sprachwissenschaftlichen und literarhistorischen Untersuchungen zu üben und in der praktischen Aneignung lebender Sprachen zu fördern.

§. 2. In das Seminar werden nur an der Universität immatriculirte Studirende aufgenommen. Sie sind theils Mitglieder, theils Zuhörer. Die Entscheidung über die Aufnahme in das Seminar sowohl unter die Mitglieder als auch unter die Zuhörer erfolgt durch den Director.

§. 3. Die Mitglieder des Seminars haben an den Uebungen activ theilzunehmen und in jedem Semester eine schriftliche Arbeit zu liefern.

§. 4. Die Theilnahme an den Uebungen, sowie die Benutzung der Bibliothek des Seminars ist unentgeltlich.

§. 5. Diejenigen Mitglieder, welche die besten Leistungen aufzuweisen haben, erhalten Stipendien von je 30 fl. für das Semester. Die Zahl der Stipendien ist auf vier festgesetzt. Die Verleihung derselben erfolgt auf Antrag des Seminarvorstandes vom Unterrichts-Ministerium.

§. 6. Am Ende eines jeden Semesters wird über die Leistungen des Seminars an das k. k. Unterrichts-Ministerium ein Bericht erstattet.

428 ee) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
6. April 1883, Z. 2944,

an den Statthalter für Böhmen,

betreffend die Genehmigung der Statuten für das philosophische Seminar an der böhmischen Universität in Prag.

In Erledigung des vom Decanate der philosophischen Facultät der böhmischen Universität in Prag erstatteten Berichtes vom genehmige ich die beiliegenden auf Grund der gestellten Anträge ausgearbeiteten Statuten für das philosophische Seminar der böhmischen Universität in Prag.

Statuten

des philosophischen Seminars an der böhmischen Universität in Prag.

§. 1. Zweck des Seminars ist, seine Mitglieder zu selbstständigem Urtheil und wissenschaftlichem Forschen auf dem Gebiete der Philosophie anzuleiten und dieselben speciell für das Lehramt der Logik und Psychologie an Mittelschulen vorzubereiten.

§. 2. Das Seminar steht unter der Leitung des (der) von dem Unterrichtsminister hiermit betrauten Professors (Professoren).

§. 3. Die Seminarübungen finden in mindestens wöchentlich zwei Stunden statt und sind unentgeltlich.

§. 4. Dieselben bestehen:

1. In der Lectüre und gemeinsamen Besprechung philosophischer Schriften.
2. In schriftlichen Abhandlungen aus dem Gebiete der Philosophie, deren Themen von dem Leiter des Seminars gewählt werden und welche von demselben einer gemeinsamen Besprechung und Kritik unterzogen werden können.

§. 5. Die Mitglieder des Seminars sind theils ordentliche, theils ausserordentliche.

§. 6. Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, sich nach Anweisung des Leiters an allen Uebungen zu betheiligen, in jedem Semester mindestens eine schriftliche Arbeit zu liefern und sich innerhalb der ersten zwei Semester einem Colloquium aus der Geschichte der Philosophie zu unterziehen.

§. 7. Die ausserordentlichen Mitglieder sind gehalten, den Uebungen regelmässig anzuwohnen.

§. 8. Als ordentliches Mitglied kann aufgenommen werden, wer mindestens zwei Semester der Universität als ordentlicher Hörer angehört und seine Befähigung durch eine mündliche Prüfung vor dem Leiter des Seminars nachgewiesen hat.

§. 9. Die ordentliche Mitgliedschaft hat in der Regel nicht länger als zwei Jahre zu dauern.

§. 10. Die Zulassung der ausserordentlichen Mitglieder ist dem Ermessen des Leiters des Seminars überlassen.

§. 11. Mitglieder, welche sich ihren statutenmässigen Verpflichtungen entziehen, werden aus dem Seminare ausgeschlossen.

§. 12. Den Bedürfnissen des Seminars dient eine Handbibliothek, deren Verwaltung von einem ordentlichen Mitgliede unter Aufsicht des Leiters des Seminars geführt wird.

§. 13. Am Schlusse des Studienjahres hat der Leiter des Seminars dem Unterrichtsminister einen Bericht über die Thätigkeit des Seminars unter Vorlage der eingelierten Arbeiten zu erstatten.

428 ff) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
29. December 1882, Z. 19812,

an das Decanat der philosophischen Facultät der böhmischen Universität in Prag,
betreffend die Genehmigung des Statutes für das pädagogische Seminar an
der böhmischen Universität in Prag.

In Erledigung des Berichtes vom . . . finde ich das vorgelegte Statut für das pädagogische Seminar der Universität mit böhmischer Vortragssprache in Prag . . . zu genehmigen.

Statuten

des pädagogischen Seminars an der Universität mit böhmischer Vortragssprache
in Prag.

§. 1. Der Zweck des pädagogischen Seminars ist, die Mitglieder zu selbstständigem Eindringen in die wissenschaftliche Pädagogik anzuleiten und dadurch ihre Befähigung für das Lehramt zu erhöhen.

§. 2. Das Seminar steht unter der Leitung desjenigen Professors, welcher vom Unterrichtsminister mit derselben betraut ist.

§. 3. Zur Aufnahme als Mitglied ist qualificirt, wer durch mindestens zwei Semester der philosophischen Facultät als ordentlicher Hörer angehört hat.

Die Beendigung des Universitätsstudiums ist kein Hinderungsgrund für die Aufnahme.

Die Mitgliedschaft selbst ist durch das Bestehen eines Colloquiums beim Director zu erwerben, worin der Aspirant zu zeigen hat, dass er mit Erfolg pädagogische Vorlesungen gehört hat und der nöthigen philosophischen, insbesondere psychologischen Vorkenntnisse nicht entbehrt.

§. 4. Die Direction ist ermächtigt, neben den Mitgliedern auch Zuhörer zur Betheiligung an den Uebungen zuzulassen, so lange ihre Anwesenheit den Zwecken des Seminars nicht entgegensteht.

§. 5. Die Mitglieder haben die Pflicht, sich an allen Uebungen nach Anweisung des Directors activ zu betheiligen.

Wer dieser Pflicht nach wiederholter Aufforderung des Directors nicht nachkommt, wird aus dem Seminar ausgeschlossen.

§. 6. Die Seminarübungen finden in zwei wöchentlichen Uebungen statt und sind unentgeltlich.

§. 7. Die regelmässigen Seminarübungen sind folgende:

- I. Vorträge und schriftliche Arbeiten der Mitglieder über Themata aus dem Gebiete der allgemeinen Pädagogik, der Didaktik, der Geschichte der Pädagogik und der Schulkunde. Die Bestimmung der Themata steht dem Director zu, welcher jedoch sowohl auf die Studienrichtung, als auf die besonderen Wünsche der Mitglieder Rücksicht zu nehmen hat. Die schriftlichen Arbeiten werden dem Director eingeliefert, von diesem nach vollzogener Durchsicht einem Mitglied zum Referat übergeben und in den Seminarstunden gemeinschaftlicher Besprechung und Kritik unterzogen; das letztere gilt auch von den Vorträgen, deren Skizze jedesmal früher dem Director einzureichen ist.
- II. Lecture, Erklärung und Kritik von einschlägigen pädagogischen Schriften durch die hierzu bestimmten Mitglieder.
- III. Ein Conversatorium über gegebene pädagogische Themata, vorzugsweise im Anschlusse an die übrigen Uebungen und die pädagogischen Vorlesungen.
- IV. Erläuterung von Gesetzen und Verordnungen, welche das Schulwesen betreffen, mit vorwiegender Rücksicht auf die österreichische Gesetzgebung.

§. 8. Den Bedürfnissen des Seminars dient eine kleine Handbibliothek, in welcher zugleich geeignete pädagogische Zeitschriften Aufnahme zu finden haben.

Die Verwaltung derselben führt unter Aufsicht des Directors ein ordentliches Mitglied.

§. 9. Die vom k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht dem Seminar zugewiesenen Stipendien werden am Ende jedes Semesters über Antrag des Directors den würdigsten Mitgliedern zugesprochen und ausgezahlt.

§. 10. Der Director des Seminars hat am Schlusse des Studienjahres dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten.

F. Universität Krakau.

428 gg) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
29. März 1851, Z. 2575,
an den Statthalter für Galizien,
betreffend die Genehmigung der Statuten für das philologische Seminar an der
Universität Krakau.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse dem nachstehenden Statuten-Entwurfe für das philologische Seminar an der Universität Krakau die Genehmigung ertheilt.

Statut

für das philologische Seminar an der Universität Krakau.

§. 1. Das philologische Seminar zu Krakau ist eine mit der philosophischen Facultät der Universität verbundene Anstalt, welche Studirenden der Philologie nach Erlangung der erforderlichen Vorbildung Gelegenheit darbietet, durch eigene gemeinsame Uebungen auf dem Gebiete ihrer Studien unter Anleitung eines Universitätsprofessors Förderung für ein gründliches Eindringen in diese Wissenschaft und namentlich Vorbereitung zu ihrem künftigen Berufe als Lehrer an höheren Schulanstalten zu finden.

§. 2. Uebungen im philologischen Seminar.

Die Uebungen im philologischen Seminar bestehen:

1. In schriftlichen Aufsätzen aus dem Gebiete der classischen Philologie. Die Gegenstände sind so zu wählen, das sich in ihrer Behandlung nicht nur Fleiss, sondern auch eigenes Nachdenken zeigen kann; ihre Wahl steht den Theilnehmern frei; wo es gewünscht wird, haben die Vorsteher des Seminars angemessene Vorschläge zu machen.

Jeder eingediegte Aufsatz wird sämmtlichen Mitgliedern des Seminars zur Durchsicht gegeben, zwei von den Mitgliedern übernehmen die Aufgabe, ihn genauer zu prüfen und dann in einer dazu

bestimmten Stunde zu kritisiren, bevor der Vorsteher des Seminars sein Urtheil abgibt. Es versteht sich, dass in all' diesen Urtheilen der würdige Ton bewahrt werden muss, der allein wissenschaftlicher Förderung und Belehrung dienen kann. Die Discussion über die lateinisch geschriebenen Aufsätze findet in lateinischer Sprache statt.

2. In mündlicher Uebersetzung und Erklärung lateinischer und griechischer Schriftsteller durch die Mitglieder des Seminars.

Die zu übersetzenden Schriftsteller bestimmt der Vorsteher des Seminars; für jede folgende Stunde übernimmt nach einer vorher bestimmten Reihenfolge eines der Mitglieder die Aufgabe des Uebersetzens und Erklärens; die übrigen Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse auf die zur Erklärung kommende Stelle sich so vorbereiten, dass sie im Stande sind, an der Erklärung und an den Discussionen darüber thätigen Antheil zu nehmen; mit der Erklärung des griechischen Schriftstellers können von Zeit zu Zeit Uebungen im Griechischschreiben verbunden werden.

Für die Uebungen im philologischen Seminar sind wöchentlich 6 Stunden bestimmt; *) 3 für die Erklärung eines lateinischen, 3 für die eines griechischen Schriftstellers; doch wird es dem Ermessen des Vorstehers anheimgestellt, zwei Drittel der Stundenzahl einem einzigen Schriftsteller zuzuwenden, oder auch 3 Schriftsteller (in je 2 Stunden) zu übersetzen und erklären zu lassen. Ob und in welcher Ausdehnung diese Erklärung eines Schriftstellers in lateinischer Sprache stattfinden habe, wird von dem Vorstande je nach Umständen entschieden.

Die Disputationen über eingelieferte schriftliche Aufsätze finden in einer sonst für die Interpretation bestimmten Stunde statt, und zwar nach ihrem Inhalte in einer der für den lateinischen oder der für den griechischen Schriftsteller bestimmten Stunde.

§. 3. Verpflichtungen der ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder.

Das Seminar besteht aus ordentlichen und ausserordentlichen Mitgliedern.

1. Ordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche an allen vom Seminar dargebotenen Uebungen theilnehmen zu wollen erklären. Sie verpflichten sich durch ihren Beitritt nicht nur zu regelmässigem Besuche der für die Uebungen festgesetzten Stunden und sorgfältiger Ausführung der hierzu erforderlichen Arbeiten, sondern auch dazu, in jedem Vierteljahre einen schriftlichen Aufsatz aus dem Gebiete der classischen Philologie (§. 2, 1) einzureichen, und zwar so, dass der eine von den beiden in demselben Semester geschriebenen Aufsätzen in lateinischer Sprache geschrieben sein muss.

2. Ausserordentliche Mitglieder sind diejenigen, welche sich der Verpflichtung nicht unterziehen, schriftliche Aufsätze einzureichen, oder

*) Mit Min.-Erl. vom 20. April 1883, Z. 1519, wurde die Verminderung der den Seminarübungen gewidmeten Zeit von wöchentlich sechs auf vier Stunden gestattet.

welche nur an einem bestimmten Kreise von Uebungen theilnehmen zu wollen erklären, zu welchen sie sich durch ihren Eintritt ebenso verpflichten, wie die ordentlichen Mitglieder zur Theilnahme an allen Uebungen.

3. Jedes Mitglied hat, wenn es nicht länger theilzunehmen beabsichtigt, davon sogleich dem Vorsteher des Seminars Anzeige zu machen. Längere nicht gerechtfertigte Versäumung der Stunden, oder Verabsäumung der erforderlichen Arbeiten berechtigt den Vorsteher anzunehmen, dass das Mitglied fernerhin nicht Zeit zur Theilnahme habe und für den Beginn des folgenden Semesters die Stelle als erledigt zu betrachten.

4. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder ist vorläufig auf fünf festgesetzt.

Die Anzahl der ausserordentlichen Mitglieder darf auch die Zahl fünf nicht übersteigen.

5. Die Dauer der Theilnahme kann in der Regel nicht über zwei Jahre ausgedehnt werden. Die Uebungen im philologischen Seminar finden unentgeltlich statt und es steht jedem Studirenden frei, in demselben zuzuhören und sich auch thätig zu betheiligen, soweit dies ohne Beeinträchtigung der zunächst berechtigten ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder geschehen kann.

Der Zutritt zu den Uebungen ist jedoch durch die vorläufige Zustimmung des Vorstandes auch insoferne bedingt, als diesem das Urtheil zustehen muss, ob ein Studirender zur Theilnahme an den Uebungen oder zum Besuche derselben sich mit Rücksicht auf seine Vorbildung und sonstige Qualification eigne oder nicht, in welchem letzten Falle derselbe nicht zugelassen werden kann.

§. 4. Bedingungen der Aufnahme in das Seminar.

1. *) Um in das Seminar als ordentliches Mitglied aufgenommen zu werden, wird der Aufzunehmende künftig nachzuweisen haben, dass er die Maturitätsprüfung an einem Gymnasium bestanden und bereits ein Jahr lang an der Universität philologische Studien getrieben habe. Der Aufzunehmende hat sich bei dem Vorsteher des Seminars um die Aufnahme zu bewerben durch Einreichung eines in lateinischer Sprache geschriebenen Aufsatzes über einen Gegenstand der classischen Philologie, in welchem nicht nur Bekanntes zusammengestellt sein wird, sondern auch die Früchte eigenen Nachdenkens sich zeigen müssen.

*) §. 4, 1 wurde anlässlich der Errichtung eines philologischen Proseminars an der Krakauer Universität (siehe S. 1035) durch Min.-Erl. vom 26. August 1874, Z. 11849, abgeändert und hat nunmehr folgendermassen zu lauten:

Um als ordentlicher Theilnehmer in das Seminar aufgenommen zu werden, hat der Aufzunehmende nachzuweisen, dass er zwei Semester an den Uebungen in den beiden Abtheilungen des philologischen Proseminars sich betheiligt hat.

Verlangt ein Studirender die Aufnahme, ohne diese Bedingungen erfüllt zu haben, so hat die Direction des Seminars sich im geeigneten Wege die Ueberzeugung zu verschaffen, dass er jenes Mass philologischer Kenntnisse besitzt, welches in den Uebungen des Proseminars erworben wird.

Es steht dem Vorsteher des Seminars zu, sich nach Durchlesung des Aufsatzes noch im mündlichem Gespräche von der philologischen Bildung des Bewerbers Kenntniss zu verschaffen.

Der behufs der Bewerbung eingereichte Aufsatz eines neu aufgenommenen Mitgliedes wird in derselben Weise einer Kritik durch Mitglieder des Seminars unterworfen, wie die unregelmässig eingelieferten Aufsätze (§. 2, 1).

2. Um als ausserordentliches Mitglied in das Seminar einzutreten, hat der Aufzunehmende sich über die bestandene Maturitätsprüfung auszuweisen, jedoch genügt der Nachweis eines halbjährigen philologischen Studiums. Auch kann von der Einreichung eines schriftlichen Aufsatzes abgesehen werden.

3. Die Entscheidung über die Aufnahme oder Nichtaufnahme steht dem Vorsteher des Seminars zu.

Wenn dieser einerseits darüber zu wachen hat, dass das Seminar den der Universität angemessenen wissenschaftlichen Charakter behaupte, so wird er andererseits die erforderliche Vorsicht anwenden, um nicht schwächere, aber eifrig regsame Kräfte von der Theilnahme abzuhalten.

4. Das philologische Seminar ist zwar zunächst für die Studirenden der Philologie während des letzten Theiles ihrer Studien und insbesondere zur Heranbildung von Lehrern der Philologie bestimmt. Aus dem Grunde dürfen auch die im nächstfolgenden Paragraph zu erwähnenden Stipendien nur von denjenigen, die sich dem Lehramte widmen wollen, in Anspruch genommen werden.

Doch ist es durchaus zulässig, dass auch junge Männer, welche ihre Studienzeit bereits beendet haben, oder welche, ohne das Studium der Philologie zu ihrem Berufe zu machen, diesem Gegenstande ein reges Interesse widmen, unter den vorher bezeichneten Bedingungen als ordentliche oder als ausserordentliche Mitglieder in das Seminar aufgenommen werden.

§. 5. Stipendien.

1. Zur Förderung des philologischen Seminars in Krakau werden fünf Stipendien zu fünfzig Gulden für jedes Mitglied errichtet. Auf ein solches Stipendium werden in Zukunft die nach den Bestimmungen des §. 4 aufgenommenen ordentlichen Mitglieder, insoferne sie sich wirklich dem Lehrberufe zu widmen beabsichtigen, durch ihre Aufnahme und für die Dauer der Zeit, während der sie Mitglieder sind, Anspruch haben. Die Auszahlung erfolgt am Schlusse eines jeden Semesters an jedes ordentliche Mitglied, welches durch eine Erklärung des Directors nachweist, dass es die im Obigen bezeichneten, von ihm übernommenen Verpflichtungen erfüllt hat.

2. Ausserordentliche Mitglieder des Seminars haben auf die Stipendien nur in dem Falle und in dem Masse Anspruch, als nicht die sämtlichen Stellen der ordentlichen Mitglieder besetzt sind; die Verleihung des Stipendiums an ein ausserordentliches Mitglied darf aber nur einmal stattfinden, und wird vorausgesetzt, dass der auf diese Weise

Unterstützte sich nun um die vacante Stelle des ordentlichen Mitgliedes vorschriftsmässig bewerben wird.

Das Studium der Philologie ist auch in diesem Falle eine unerlässliche Bedingung.

3. Die nicht verwendeten Stipendien werden dazu bewahrt bleiben, in ausserordentlichen Fällen den Studirenden der Philologie für wissenschaftliche Arbeiten Unterstützungen zu gewähren, welche zu beantragen die Direction des Seminars berechtigt ist.

§. 6. Benutzung der Universitätsbibliothek.

Da zu einem erfolgreichen Betreiben der philologischen Uebungen die Benutzung einer grösseren Bibliothek ein nothwendiges Erforderniss ist, so haben die ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder des Seminars das Recht, ohne Erlag einer Caution, aber mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Universitäts-Statuten, aus der Universitätsbibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauche zu entlehnen.

Sie haben zu diesem Behufe ihren Empfangsschein mit der Unterschrift eines Vorstehers des Seminars versehen zu lassen, durch welche dieser bestätigt, dass der Empfänger ordentliches oder ausserordentliches Mitglied des Seminars ist und das bezeichnete Buch zu seinen Arbeiten in dieser Anstalt benöthigt.

§. 7. Leitung des Seminars.

Der Vorsteher des Seminars ist nicht nur verpflichtet, die Uebungen des Seminars zu leiten, sondern auch durch seinen Rath den Mitgliedern des Seminars bei ihren philologischen Studien in aller Weise hilfreich zu sein.

Derselbe hat am Schlusse jedes Studienjahres dem Minister für Cultus und Unterricht über den Fortgang und Erfolg des Seminars Bericht zu erstatten und die eingelieferten Aufsätze demselben vorzulegen, welche dann nach erfolgter Erledigung durch das Ministerium im Archive des Seminars aufbewahrt werden.

428 hh) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
26. August 1874, Z. 11849,

an 1. die Direction des philologischen Seminars in Krakau, 2. den Statthalter
für Galizien,

**betreffend die Errichtung eines philologischen Proseminars an der Universität
Krakau.**

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Erlasse die Errichtung eines philologischen Proseminars an der Universität Krakau mit Beginn des Studienjahres 1874/75 auf Grund des nachstehenden Statutes genehmigt.

Statut

des philologischen Proseminars an der Universität Krakau.

§. 1. Zweck des philologischen Proseminars.

Das philologische Proseminar an der Universität Krakau ist eine mit dem philologischen Seminar daselbst verbundene Anstalt, welche den Studirenden der Philologie Gelegenheit bieten soll, ihre Vorbildung soweit zu ergänzen, dass sie an den Uebungen des philologischen Seminars, wie sie durch die Statuten desselben vorgeschrieben sind, mit Erfolg sich betheiligen können.

§. 2. Abtheilungen des Proseminars.

Das Proseminar zerfällt in zwei Abtheilungen:

1. In die lateinische und
2. in die griechische Abtheilung.

§. 3. Uebungen im Proseminar.

Für die Uebungen sind wöchentlich vier Stunden bestimmt, zwei für lateinische und zwei für griechische Uebungen.

Ziel der Uebungen in beiden Abtheilungen ist Befestigung und Erweiterung der grammatischen und im Lateinischen der stilistischen Kenntnisse der Theilnehmer, Sicherheit und Fertigkeit in der Anwendung derselben durch Uebersetzung in's Lateinische und Griechische und Abfassung von lateinischen Aufsätzen; Erlernung der elementaren Vorkenntnisse aus der Metrik, Literatur, aus der römischen und griechischen Geschichte, aus den Antiquitäten und der Mythologie, sowie Einübung in der schulmässigen Exposition der dem Gymnasium angehörenden lateinischen und griechischen Classiker.

428 ii) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. October 1874, Z. 13903,

an 1. den Statthalter für Galizien, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Krakau,

betreffend die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität Krakau.

Ad 1 und 2. Ich genehmige die Errichtung eines mathematischen Seminars an der Universität Krakau mit dem Beginne des Studienjahres 1874/75 und finde mit der Direction desselben die Professoren . . . zu betrauen.

Der vorgelegte Statuten-Entwurf erhält meine Billigung.

Gleichzeitig bewillige ich für sechs Seminarstipendien à 50 fl. per Semester einen Betrag von jährlich 600 fl.

Statuten

des mathematischen Seminars der k. k. Universität in Krakau.

§. 1. Der Zweck des mathematischen Seminars ist die Anregung und Anleitung der Studirenden zu selbstständigen mathematischen

Untersuchungen, die Bekanntmachung derselben mit solchen Theilen der Mathematik, welche in den gewöhnlichen akademischen Vorträgen kurz oder gar nicht behandelt werden und die Ausbildung derselben zu tüchtigen Lehrern für Gymnasien und höhere Lehranstalten.

§. 2. Das Seminar besteht aus zwei Abtheilungen, von denen die eine für Anfänger, die andere für weiter fortgeschrittene Studierende bestimmt ist. Die mündlichen und schriftlichen Uebungen der ersten Abtheilung haben sich über das Gebiet der Algebra, Trigonometrie und der analytischen Geometrie, die der anderen über das Gebiet der Differential- und Integralrechnung zu erstrecken.

Die Uebungen werden von zwei ordentlichen Professoren der Mathematik in jeder Abtheilung zweimal wöchentlich vorgenommen und jedesmal auf die Dauer von wenigstens zwei Stunden ausgedehnt.

Die Directoren vereinbaren unter sich die Abwechslung in der Leitung der beiden Abtheilungen.

Einer derselben übernimmt, und zwar abwechselnd jedesmal für ein Jahr die Geschäftsführung.

§. 3. Die Uebungen im Seminar sind öffentlich und unentgeltlich.

§. 4. Die Uebungen bestehen:

1. In Vorträgen der Directoren über ausgewählte Capitel der oben angeführten Partien der Mathematik.

2. In Vorträgen der Mitglieder über mustergiltige, von den Directoren ihnen empfohlene mathematische Abhandlungen.

3. In schriftlichen Bearbeitungen kleinerer und grösserer, entweder von den Mitgliedern gewählter oder ihnen von den Directoren gestellter Aufgaben.

4. In theoretischen Erörterungen über didaktisch-pädagogische Gegenstände im Anschlusse an Lehrversuche.

Während der Vorträge der Mitglieder und der Discussion über ihre schriftlichen Arbeiten, welche von den Directoren geleitet wird, ist es den Mitgliedern gestattet, Einwürfe oder sonstige einschlägige Bemerkungen zu machen.

§. 5. Die Theilnehmer an den Seminarübungen zerfallen in ordentliche und ausserordentliche Mitglieder.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder ist auf sechs festgesetzt, die der ausserordentlichen unbeschränkt.

§. 6. Als ausserordentliches Mitglied kann jeder Studierende den Uebungen beiwohnen und, insoweit es einerseits seine Vorbildung, andererseits die Rücksicht auf die vorzugsweise Beschäftigung der wirklichen Mitglieder gestattet, zur Betheiligung an den Uebungen zugelassen werden.

Wer als ordentliches Mitglied der ersten Abtheilung des Seminars aufgenommen werden will, muss wenigstens ein Semester hindurch mathematische Vorlesungen gehört und sich durch ein Colloquium dem Director bekannt gemacht haben.

Die Aufnahme in die zweite Abtheilung erfolgt nach gehörtem Cursus der Infinitesimalrechnung und bestandenem Colloquium.

§. 7. Ueber die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden am Ende eines jeden Semesters die respectiven Directoren.

§. 8. Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, die Seminarstunden regelmässig zu besuchen, in jedem Semester Eine schriftliche Arbeit zu liefern und Eine Abhandlung durchzustudiren und vorzutragen.

§. 9. Jedes ordentliche Mitglied, wenn es die im §. 8 bezeichneten Verpflichtungen erfüllt hat, hat am Schlusse eines jeden Semesters Anspruch auf ein Stipendium von 50 fl. ö. W.

Auch die auf Grund ihrer Leistungen am Schlusse des Semesters neu aufgenommenen Mitglieder (§. 7) haben Anrecht auf den Bezug dieses Stipendiums für das abgelaufene Semester.

Die Auszahlung der Stipendien geschieht am Schlusse des Semesters auf Antrag der Seminardirection mit Genehmigung des Unterrichts-Ministeriums.

Das wegen Mangels würdiger Aspiranten nicht verausgabte Geld wird zu Bibliothekszwecken verwendet.

§. 10. Der Genuss des Seminarstipendiums soll in der Regel drei Jahre dauern.

Mitglieder, welche den Forderungen der Statuten nicht entsprechen, können durch einen Beschluss der Directoren von der Theilnahme an den Seminarübungen ausgeschlossen werden.

Jedes ordentliche Mitglied hat seinen Austritt aus dem Seminar dem geschäftsführenden Director anzuzeigen.

§. 11. Das mathematische Seminar besitzt eine Handbibliothek, welche in dem mathematischen Vortragssaale aufgestellt ist und unter der Verwaltung des geschäftsführenden Directors steht. Die Benutzung dieser Bibliothek ist den ordentlichen Mitgliedern des Seminars, sowie denjenigen Theilnehmern gestattet, welche den Directoren persönlich bekannt sind.

§. 12. Die Direction des Seminars hat am Schlusse eines jeden Semesters an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über den Stand des Seminars und die neu aufzunehmenden Mitglieder Bericht zu erstatten. Am Schlusse eines jeden Studienjahres hat jeder der beiden Directoren einen Specialbericht über die von ihm geleiteten Uebungen dem Ministerium vorzulegen. Diesem Berichte sind zugleich die während des Jahres gelieferten schriftlichen Arbeiten beizufügen, welche dann nach erfolgter Erledigung im Archiv des Seminars aufzubewahren sind.

§. 13. Jedes neu eintretende Mitglied erhält ein gedrucktes Exemplar dieser Statuten zu seiner Instruction.

428kk) Ministerial-Erlass vom 14. November 1877, Z. 18199,
an die Direction des historischen Seminars in Krakau.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Er-
lasse das nachfolgende neue*) Statut des historischen Seminars der
Universität Krakau genehmigt.

Statuten

des historischen Seminars der k. k. Universität Krakau.

§. 1. Der Zweck des historischen Seminars.

Das historische Seminar an der k. k. Universität zu Krakau ist
eine mit der philosophischen Facultät verbundene Anstalt, und hat die
Aufgabe, die Studirenden mit dem Wesen der selbstständigen histo-
rischen Forschung und Darstellung praktisch bekannt zu machen, sowie
dieselben in die Kunst und Fertigkeit des geschichtlichen Unterrichtes
an einer Mittelschule einzuführen.

§. 2. Die Leitung des historischen Seminars.

Das historische Seminar steht unter der Leitung zweier Direc-
toren, von denen der eine die Abtheilung für allgemeine, der andere
die für österreichische Geschichte zu übernehmen hat.

Dieselben haben am Schlusse eines jeden Studienjahres dem k. k.
Unterrichts-Ministerium über den Fortgang und Erfolg der Seminar-
übungen Bericht zu erstatten und die eingelieferten Abhandlungen dem-
selben vorzulegen, welche nach erfolgter Erledigung durch das Mini-
sterium im Archive des Seminars aufbewahrt werden.

§. 3. Die Uebungen des historischen Seminars.

1. Die innere Einrichtung der beiden Abtheilungen des Seminars
ist dieselbe. Den beiden Hauptzwecken des historischen Seminars
gemäss zerfällt jede der beiden Abtheilungen in zwei Sectionen, deren
eine für Anleitung zur Handhabung der wissenschaftlichen Methode der
historischen Arbeit (methodische Section), die andere für Einführung
in die Kunst und Fertigkeit des geschichtlichen Unterrichtes (didaktische
Section) bestimmt ist.

2. Die Uebungen der methodischen Section bestehen:

- a) in quellenmässigen schriftlichen Arbeiten der Seminarmitglieder,
die unter der Leitung des Directors der Abtheilung gemeinschaftlich
geprüft und besprochen werden.
- b) in der Lectüre hervorragender Quellen, Schriftsteller oder Erör-
terung einzelner kritischer Fragen auf Grund des vom Director der
Abtheilung vorgelegten Quellenmaterials.

*) Durch diesen Erlass wurden die bisher für das historische Seminar
in Krakau geltenden, mit Staatsministerial-Erlass vom 31. August 1861,
Z. 6117, genehmigten, Statuten, nebst den an denselben in Folge der gänzlichen
Polonisirung der Krakauer Universität vorgenommenen, mit Min.-E. vom 7. Sep-
tember 1870, Z. 8814, genehmigten Modificationen ausser Kraft gesetzt.

In je einem Semester eines Studienjahres wird von Einem der beiden Directoren ein Schriftsteller des Alterthums den Uebungen zu Grunde gelegt.

3. Die Uebungen der didaktischen Section bestehen in Vorträgen der Seminarmitglieder, durch die denselben Gelegenheit geboten wird, sich zunächst in der Ausbeutung der Ergebnisse der historischen Wissenschaft, dann aber auch in der Verarbeitung derselben für die Zwecke des geschichtlichen Unterrichtes an den Mittelschulen Uebung zu verschaffen. Die Besprechung der Vorträge geschieht desgleichen gemeinschaftlich unter der Leitung des Directors der Abtheilung.

4. Die Uebungen einer jeden Abtheilung werden wenigstens in zwei Stunden wöchentlich und unentgeltlich gehalten.

§. 4. Die Mitglieder des Seminars.

1. Die Mitglieder des Seminars zerfallen in ordentliche und ausserordentliche.

2. Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, sich an den Uebungen der beiden Abtheilungen des Seminars in den beiden Sectionen desselben zu betheiligen, in jedem Studienjahre wenigstens eine Arbeit zu liefern und einen Vortrag zu halten, und zwar regelmässig so, um sich im Laufe eines jeden Studienjahres in jeder Abtheilung des Seminars thätig zu erweisen.*)

3. Ausserordentliche Mitglieder sind gehalten, an den Uebungen der beiden oder der einen Abtheilung oder Section des Seminars regelmässig theilzunehmen, ohne zur Unternehmung bestimmter Arbeiten nothwendig verpflichtet zu sein.

§. 5. Bedingungen der Aufnahme in das Seminar.

1. Zu ordentlichen Mitgliedern können nur immatriculirte Studierende, die sich mit Erfolg an den Uebungen des Seminars bethätigt haben, von der Direction ernannt werden.

2. Als ausserordentliches Mitglied kann jeder Studierende aufgenommen werden.

§. 6. Ausschiessung aus dem Seminar.

Versäumniss der in diesem Statute enthaltenen Verpflichtungen kann nach einem dem k. k. Unterrichts-Ministerium anzuzeigenden Beschlusse der Direction die Ausschiessung aus dem Seminare zur Folge haben. In der Regel wird aber derselben eine zweimalige Verwarnung vorhergehen.

§. 7. Stipendien.

1. Zur Förderung des historischen Seminars werden fünf Stipendien zu 30 fl. ö. W. für das Semester bestimmt.

2. Anrecht auf Empfang eines solchen Stipendiums hat, soweit die Anzahl der Stipendien es gestattet, jedes ordentliche Mitglied. Die

*) Die vorstehende Fassung des §. 4, al. 2 wurde durch den Ministerial-Erlass vom 8. Februar 1878, Z. 20619 ex 1877, genehmigt.

Auszahlung der Stipendien erfolgt am Schlusse des Semesters nach vollständiger Erfüllung der Seminarverpflichtungen auf Antrag der Seminardirection mit Genehmigung des k. k. Unterrichts-Ministeriums.

3. Ausserordentliche Mitglieder des historischen Seminars haben auf das Stipendium kein Anrecht; doch steht es der Direction frei, wenn nicht sämtliche Stipendien für ordentliche Mitglieder verwendet sind, ausnahmsweise auf Verleihung oder Vertheilung derselben an ausgezeichnete ausserordentliche Mitglieder anzutragen, worüber dem k. k. Unterrichts-Ministerium die Entscheidung vorbehalten ist.

4. Desgleichen steht es der Direction zu, im Falle besonders anerkennungswerther Leistungen einzelner Seminarmitglieder ausnahmsweise auf Erhöhung der betreffenden Stipendien bei dem k. k. Unterrichts-Ministerium anzutragen, sofern die übrigen Seminarstipendien nicht vergeben sind.

5. Der Antrag auf Verleihung der Stipendien geschieht auf Grund einer collegialen Verständigung der beiden Directoren. Als Regel wird jedoch festgestellt, dass, falls wegen einer grösseren Anzahl von ordentlichen Mitgliedern und einer grösseren Anzahl von schriftlichen Arbeiten in einer jeden Abtheilung sich in der Vertheilung der bestimmten Anzahl von Stipendien Schwierigkeiten darbieten sollten, ein jeder der beiden Directoren mit alternirendem Rechte für ein jedes Semester über drei der zu verleihenden Stipendien zu verfügen hat.

§. 8. Benutzung der Bibliothek.

1. Jedes ordentliche Mitglied des historischen Seminars hat das Recht, ohne Erlegung einer Caution, jedoch unter Beobachtung der übrigen Bibliotheksvorschriften aus der Universitätsbibliothek Bücher zum häuslichen Gebrauche zu entlehnen. Zu diesem Behufe hat der Seminarist sich beim Bibliotheksvorstande mit einem Zeugnisse der Direction*) auszuweisen.

2. Für die Bedürfnisse des Seminars ist eine Handbibliothek und eine Kartensammlung aufgestellt; als Dotation zu diesem Zwecke wird der Direction jährlich eine entsprechende Summe zugewendet, über deren Verwendung am Schlusse eines jeden Jahres der k. k. Statthalterei in Lemberg Rechnung zu legen ist.

Der eingangs citirte Ministerial-Erlass enthält noch folgenden Zusatz: Gleichzeitig kann ich nicht umhin, der Direction in Erinnerung zu bringen, dass das Ministerium daran festhält, dass der Universität eigentlich nur die wissenschaftliche Ausbildung der Lehramtsandidaten zufalle, während die praktische durch die Schule selbst vermittelt werden muss. Demgemäss sind schulmässige Unterrichtsübungen in der didaktischen Section nur gelegentlich vorzunehmen, gleichsam zur Orientirung der Seminarvorstände, welcher Leistungen in der Schule sie sich von dem Candidaten wenigstens in der ersten Zeit zu versehen haben. Solche Uebungen können den Vorständen werthvoll werden, um zu

*) Die vorstehende Textirung des §. 8, al. 1 wurde durch den Ministerial-Erlass vom 8. Februar 1878, Z. 20619 ex 1877, genehmigt.

beurtheilen, ob die Candidaten Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden vermögen, ob sie nur Festgestelltes oder auch Hypothetisches berücksichtigen.

G. Universität Lemberg.*)

42811) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 15. December 1879, Z. 19540,

an die Direction des philologischen Seminars der Universität Lemberg,
betreffend die Errichtung eines philologischen Proseminars an der k. k. Universität in Lemberg.

In Erledigung des Berichtes vom 6. December 1879, Z. 160 finde ich den folgenden Entwurf eines Statutes für das philologische Proseminar der Lemberger Universität zu genehmigen.

Statuten

des philologischen Proseminars an der k. k. Universität in Lemberg.

§. 1. Das philologische Proseminar an der k. k. Universität in Lemberg hat den Zweck:

a) den Studirenden der classischen Philologie Gelegenheit zu bieten, unter der Anleitung der Universitätslehrer im Lateinisch- und Griechischschreiben sich jene grammatisch-stilistische Correctheit und Fertigkeit anzueignen, welche zur vollen wissenschaftlichen Durchdringung beider Sprachen und zur erfolgreichen Theilnahme an den Uebungen des philologischen Seminars, wie sie durch die Statuten desselben vorgeschrieben sind, unbedingt erforderlich ist, als auch dem praktischen Bedürfnisse der für die Gymnasien vorgeschriebenen schriftlichen Uebungen und der schulmässigen Erklärung der in den Gymnasien gelesenen Schriftsteller entspricht;

b) den dem Studium der Geschichte obliegenden Hörern der Universität Gelegenheit zu bieten, sich die elementaren Vorkenntnisse aus der Literatur, aus den Antiquitäten und der Mythologie beider antiken Völker anzueignen, und dieselben zum richtigen Verständniss der antiken Quellenschriftsteller anzuleiten.

§. 2. An den publice abgehaltenen Uebungen des philologischen Proseminars können also alle diejenigen Studirenden theilnehmen, welche sich dem Studium der classischen Philologie oder der Geschichte widmen und für das Lehramt sich vorbereiten. Es ist aber ausserdem keinem, der als ordentlicher oder ausserordentlicher Hörer an der Lemberger Universität inscribirt ist, benommen, sich an den Uebungen des Proseminars zu betheiligen, sobald er die zur erfolgreichen Theilnahme an den Uebungen nothwendigen Vorkenntnisse besitzt.

*) Das Statut des philologisch-historischen Seminars an der Universität Lemberg befindet sich im I. Suppl.- Bde. dieser Sammlung sub VII c, pag. 739.

§. 3. Das Proseminar zerfällt in eine lateinische und eine griechische Abtheilung. Jede derselben steht unter der speciellen Leitung desjenigen akademischen Lehrers der classischen Philologie, der dazu besonders beauftragt ist. Für die Uebungen sind wöchentlich zwei Stunden in jeder Abtheilung bestimmt.

§. 4. Die Uebungen bestehen, dem Zwecke des philologischen Seminars gemäss:

1. im Uebersetzen aus der Muttersprache in's Lateinische oder Griechische, oder aus dem Griechischen in's Lateinische und aus dem Lateinischen in's Griechische. Diese Uebungen werden:

- a) theils mündlich in den für das Proseminar anberaumten Stunden selbst von den Mitgliedern des Proseminars unter der Leitung des betreffenden Vorstehers gemacht,
- b) theils zu Hause schriftlich ausgearbeitet und dann von dem Leiter der Abtheilung beurtheilt und besprochen. Im Griechischen wird vor Allem grammatische Correctheit, im Lateinischen ausserdem noch eine angemessene stilistische Form gefordert;

2. im cursorischen Lesen historischer Schriftsteller, bei welchem die Leiter der beiden Seminarabtheilungen den Mitgliedern derselben die nothwendigen literarischen, staatsalterthümlichen und die Mythologie betreffenden Erläuterungen mittheilen und dieselben auf die besonderen Stileigenthümlichkeiten aufmerksam machen.

Ausserdem können auch Uebungen in der Anwendung der metrischen Gesetze abgehalten und freie, die gelesenen Schriftsteller betreffende Aufsätze abgefordert werden.

§. 5. Am Anfange jedes Semesters sollen die Hörer der philosophischen Facultät insbesondere:

- 1. die Hörer der Philologie und
- 2. die der Geschichte durch den Anschlag am schwarzen Brette hiesiger k. k. Universität darüber belehrt werden, welche Zwecke die Uebungen des philologischen Proseminars zu verfolgen haben und zugleich in ihrem eigenen Interesse aufgefordert werden — die ersten (d. h. die Studirenden der Philologie) während der zwei ersten Jahre ihrer akademischen Studienzeit an den Uebungen regelmässig theilzunehmen, die anderen (d. h. die Studirenden der Geschichte) sich während ihrer ganzen Studienzeit an den Uebungen zu betheiligen.

§. 6. Diejenigen Hörer, welche sich mit Anfang des Semesters in die Uebungen inscribirt haben, sind verpflichtet, regelmässig in den Sitzungen zu erscheinen, sich stets gewissenhaft vorzubereiten und alle schriftlichen Aufgaben fleissig und zur bestimmten Zeit zu liefern.

§. 7. Die Stundenzahl der Proseminarübungen kann und darf in die gesetzlich vorgeschriebene Stundenanzahl von Vorträgen, welche ein jeder Hörer der philosophischen Facultät mindestens belegen muss, nicht mit eingerechnet werden.

§. 8. Am Schlusse eines jeden Studienjahres haben die Vorsteher des Proseminars an das hohe Ministerium für Cultus und Unterricht über die Leistungen des Proseminars Bericht zu erstatten.

428 mm) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
1. November 1873, Z. 14568,

an 1. den Statthalter für Galizien, 2. das Professoren-Collegium der philosophischen Facultät Lemberg,

betreffend die Errichtung eines deutschen Seminars an der Universität Lemberg.

Ich finde mich bestimmt, die Errichtung eines deutschen Seminars an der Universität Lemberg mit dem laufenden Studienjahre anzuordnen und das mitfolgende Statut mit provisorischer Wirksamkeit für dasselbe zu erlassen.

Statut

für das deutsche Seminar der Universität zu Lemberg.

§. 1. Das deutsche Seminar an der k. k. Universität zu Lemberg hat die Aufgabe, den Ausbildung der Studirenden in der deutschen Sprache und Literatur zu fördern und zugleich die Candidaten des Lehramtes an den Mittelschulen Galiziens für ihren künftigen Beruf auf dem genannten Gebiete vorzubereiten.

§. 2. Die Uebungen in diesem Seminar sind theils mündliche, theils schriftliche.

Die mündlichen Uebungen bestehen darin, dass die Theilnehmer auf Grund vorangegangener, wo möglich schriftlicher Vorbereitung und unter Leitung des betreffenden Fachprofessors, Erzeugnisse der deutschen Literatur in sachlicher und sprachlicher Beziehung erklären und die von ihnen eingeleferteten schriftlichen Arbeiten einer eingehenden Besprechung unterziehen.

Die zu lesenden Stücke bestimmt der Professor, doch ist hierbei dem Wunsche der Theilnehmer, diesen oder jenen Schriftsteller oder gewisse Werke desselben durcharbeiten, billige Rechnung zu tragen.

Die mündlichen Uebungen sind so einzurichten, dass mindestens vier Theilnehmer in jeder Stunde zu sprechen haben. Für dieselben sind 3 Stunden in der Woche zu bestimmen.

Die schriftlichen Aufgaben sind so zu wählen, dass in ihrer Behandlung nicht nur Fleiss, sondern auch eigenes Nachdenken sich zu bekunden hat. Die Wahl derselben steht den Theilnehmern frei, jedoch haben sie hierzu die Zustimmung des Fachprofessors einzuholen, von dem auch Themen vorgeschlagen werden können.

In der Regel hat jeder Theilnehmer innerhalb eines Jahres zwei umständlichere Arbeiten und fünf kleinere Aufsätze zu liefern. Dieselben werden von dem Fachprofessor durchgesehen und mit den Theilnehmern besprochen, worauf diese die nothwendigen Verbesserungen darin vorzunehmen haben. Theilnehmern, deren fortgeschrittene Ausbildung dies gestattet, kann der Professor die kleineren Aufsätze erlassen. In diesem Falle werden behufs der beiden umständlicheren Arbeiten wissenschaftliche Probleme zur gründlichen methodischen Behandlung zu wählen sein.

§. 3. Es wird vorausgesetzt, dass diejenigen Studirenden, welche sich zu diesen Uebungen melden, mindestens vier Semester an denselben sich betheiligen werden.

§. 4. Die Uebungen in dem Seminar finden unentgeltlich statt.

§. 5. Zur Förderung des Seminars werden fünf Stipendien zu 60 fl. für jedes Semester errichtet, welche auf Antrag des Fachprofessors mit Genehmigung des Unterrichts-Ministeriums zunächst jenen Theilnehmern zuerkannt werden, welche als ordentliche Hörer der philosophischen Facultät immatriculirt sind, sich durch ununterbrochene Theilnahme an den Uebungen im Seminar ausgezeichnet haben und deren schriftliche Arbeiten mindestens befriedigend ausgefallen sind.

§. 6. Bei Benutzung der Universitätsbibliothek geniessen die Theilnehmer dieses Seminars die Begünstigung, dass sie ohne Erlegung einer Caution, aber mit Beachtung der übrigen Bibliotheks-Statuten, Bücher zum häuslichen Gebrauche entleihen dürfen.

Sie haben zu diesem Behufe ihren Empfangsschein mit der Unterschrift des Fachprofessors versehen zu lassen, durch welche dieser bestätigt, dass der Empfänger Theilnehmer des Seminars ist und das bezeichnete Buch zu seinen Arbeiten in dieser Anstalt benöthigt.

§. 7. Am Schlusse eines jeden Semesters hat der Fachprofessor von der Thätigkeit des Seminars dem Unterrichtsministerium Bericht zu erstatten.

§. 8. Dieses Statut wird den neu eintretenden Mitgliedern mit Anfang eines jeden Semesters zur Kenntniss und Darnachachtung mitgetheilt.

H. Universität Czernowitz.

428 nn) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 29. Februar 1876, Z. 20306 ex 1875,

betreffend die Errichtung *a)* eines philologischen, *b)* eines historischen und *c)* eines germanistischen Seminars in Czernowitz,

an 1. den Landespräsidenten, 2. das Decanat der philosophischen Facultät in Czernowitz.

Auf den von der philosophischen Facultät der Czernowitzer Universität hierher gestellten Antrag finde ich die Errichtung eines philologischen, eines historischen und eines germanistischen Seminars an der dortigen Universität mit Beginn des Sommersemesters 1876 zu gestatten und die von der Facultät hiefür entworfenen Statuten mit vorläufig provisorischer Wirksamkeit zu genehmigen.

Zugleich bewillige ich zur Unterstützung und Belehrung eifriger ordentlicher Mitglieder des philologischen Seminars sechs Stipendien zu je dreissig Gulden ö. W. und zum gleichen Zwecke für das historische Seminar zehn Stipendien ebenfalls im Betrage von je dreissig Gulden pro Semester, dann für das germanistische Seminar gleichfalls für Ein Semester den Betrag von einhundert Gulden zur Prämiiung tüchtiger schriftlicher Arbeiten.

I.

Provisorische Statuten

des philologischen Seminars an der k. k. Universität in Czernowitz.

§. 1. Das philologische Seminar an der Universität zu Czernowitz ist eine mit der philosophischen Studienabtheilung verbundene Anstalt, welche den Studirenden der classischen Philologie Gelegenheit bieten soll, unter der Anleitung der Universitätslehrer durch eigene gemeinschaftliche Uebungen zu grösserer Sicherheit und Selbstständigkeit in ihrem Studium zu gelangen, mit der Methode philologischer Forschung vertraut zu werden und so für ihr künftiges Lehramt auf praktischem Wege sich vorzubereiten.

§. 2. Das Seminar zerfällt in eine lateinische und griechische Abtheilung und steht unter der gemeinsamen Leitung derjenigen Professoren für classische Philologie, die dazu besonders beauftragt sind. Die specielle Leitung in einer jeden solchen Abtheilung hat je einer der Seminarvorsteher.

Für die Uebungen sind wöchentlich wenigstens zwei Stunden in je einer Abtheilung bestimmt.

§. 3. Die Uebungen sind:

1. Mündliche Uebersetzung und Erklärung eines Schriftstellers durch die Mitglieder des Seminars. Die Wahl des Schriftstellers und die Bestimmung der Reihenfolge, in welcher jedes Mitglied die Interpretation zu übernehmen hat, liegt den Vorstehern des Seminars ob und wird im Beginne des Semesters bekanntgegeben, damit ein Jeder hinreichende Zeit habe, sich auf die Interpretation sorgfältig vorzubereiten.

Doch wird erwartet, dass nicht nur derjenige, der die Interpretation für die betreffende Stunde übernommen hat, sondern dass auch alle übrigen Mitglieder des Seminars im eigenen Interesse sich jedesmal in den Stand setzen, an der Besprechung der zu erklärenden Stellen thätigen Antheil nehmen zu können.

2. Schriftliche Arbeiten aus dem Gebiete der classischen Philologie.

Die Wahl derselben steht jedem Mitgliede frei, doch müssen sie dem Stande seiner philologischen Bildung angemessen sein. Wenn es gewünscht wird, werden die Vorsteher des Seminars stets bereit sein, bezüglich der Wahl des Stoffes passende Vorschläge zu machen und bei der Ausarbeitung desselben hilfreiche Hand zu bieten.

Die vollendete Arbeit wird, insoweit es möglich ist, sämmtlichen Mitgliedern zur Durchsicht mitgetheilt und einer oder zwei von ihnen werden vom betreffenden Vorsteher beauftragt, die Besprechung derselben in einer dazu bestimmten Stunde zu übernehmen. Der Verfasser hat das Recht und die Pflicht, seine Ansichten gegenüber den Ausstellungen des Recensenten zu rechtfertigen.

Ob Besprechungen über lateinisch geschriebene Arbeiten auch in lateinischer Sprache zu führen sind, bestimmen die Vorsteher nach Massgabe der vorhandenen Vorbildung.

3. Stilübungen.

Jede Woche bezeichnen die Vorsteher ein Stück eines deutschen Aufsatzes zur schriftlichen Uebersetzung in's Lateinische, beziehungsweise Griechische. Die Uebersetzungen werden dann von dem Vorsteher durchgesehen und in einer hiefür bestimmten Stunde kurz besprochen. Jedoch bleiben diese Stilübungen mit dem Seminar nur so lange verbunden, bis durch Errichtung eines Proseminars*) dem unabweislichen Bedürfnisse steter Uebung im lateinischen Stile und im Griechischschreiben ausgiebige Rechnung getragen wird.

§. 4. Mitglieder des philologischen Seminars zu werden, sind vor Allem Diejenigen berufen, welche an der hiesigen Universität dem Studium der classischen Philologie sich widmen und für das Lehramt sich vorbereiten. Doch ist es Keinem, der als ordentlicher oder ausserordentlicher Hörer an der hiesigen Universität inscribirt ist, benommen, daran theilzunehmen, falls er die nöthigen Vorkenntnisse besitzt, um mit Erfolg und ohne Beinträchtigung der zunächst hierzu Berechtigten die Uebungen mitzumachen.

§. 5. Alle Mitglieder sind verpflichtet, den Uebungen des Seminars regelmässig beizuwohnen, selbstthätig bei denselben mitzuwirken, die mündliche Interpretation oder die Besprechung einer eingereichten schriftlichen Arbeit zu übernehmen, wenn nach der Bestimmung der Vorsteher die Reihenfolge sie trifft, und in allen das Seminar betreffenden Dingen den Bestimmungen der Statuten und der Vorsteher sich zu fügen.

§. 6. Aus sämmtlichen Mitgliedern wird eine nach dem Ermessen der Vorsteher zu bestimmende Anzahl ausgewählt und diese heissen ordentliche Mitglieder, während die übrigen ausserordentliche Mitglieder des Seminars sind.

§. 7. Ueber die Wahl der ordentlichen Mitglieder entscheiden die Vorsteher, und zwar nach folgenden Bestimmungen:

Der Betreffende muss

1. wenigstens ein Semester hindurch schon Mitglied des Seminars gewesen sein,

2. während dieser Zeit durch eifrige und erfolgreiche Theilnahme an den Uebungen ein ernstes Streben und die nöthige Befähigung bekundet, und

3. bereits zwei schriftliche Arbeiten, eine aus der lateinischen und eine aus der griechischen Philologie, beide in lateinischer Sprache, zur einstimmigen Billigung der Vorsteher geliefert haben.

§. 8. Studirende, die von einer anderen Universität kommen und dort schon ordentliche Mitglieder des philologischen Seminars waren, können auch gleich als ordentliche Mitglieder in das Seminar aufgenommen werden.

§. 9. Jedes ordentliche Mitglied hat nebst den allgemeinen Verpflichtungen noch die, in jedem Semester wenigstens eine Arbeit, und zwar abwechselnd aus der lateinischen oder griechischen Philologie,

*) Die Errichtung eines philologischen Proseminars wurde mit Min.-E. vom 2. Mai 1879, Z. 4075, genehmigt; siehe S. 1051.

einzureichen. Die Arbeiten müssen stets in lateinischer Sprache geschrieben sein. Dafür erhält es, soweit die Anzahl es erlaubt, ein Anrecht auf ein Seminarstipendium.

§. 10. Niemand kann blos in einer Abtheilung des Seminars Mitglied werden.

§. 11. Zur Unterstützung und Belohnung eifriger Mitglieder des Seminars werden sechs Stipendien zu je dreissig Gulden für jedes Semester bestimmt.

§. 12. Ein Anrecht auf ein solches Stipendium haben nur ordentliche Mitglieder des Seminars und die Verleihung geschieht auf Antrag der Vorsteher durch das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht.

§. 13. Diejenigen, welche am Schlusse eines Semesters in die Zahl der ordentlichen Mitglieder aufgenommen worden sind, erhalten das Anrecht auf ein solches Stipendium auch schon für das eben verflossene Semester.

§. 14. Die Auszahlung der Stipendien geschieht nach vollständiger Erfüllung aller Verpflichtungen am Schlusse eines jeden Semesters.

§. 15. Der Genuss eines Seminar-Stipendiums darf in der Regel nicht über das siebente Semester des Fachstudiums ausgedehnt werden.

§. 16. Sollte in einem Semester nicht die genügende Anzahl von ordentlichen Mitgliedern vorhanden sein, welche Anspruch auf ein solches Stipendium machen können, so ist es der Seminardirection gestattet, auf specielle Genehmigung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht hin den Ueberschuss zur Erhöhung der anderen Stipendien oder zur Unterstützung dürftiger und strebsamer ausserordentlicher Mitglieder oder für die Seminarbibliothek zu verwenden.

§. 17. Mitglieder, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, können nach zweimaliger vergeblicher Ermahnung auf einstimmigen Beschluss der Vorsteher vom Seminar ausgeschlossen werden.

§. 18. Zur Förderung der Zwecke des Seminars durch wissenschaftliche Hilfsmittel ist mit demselben eine Seminarbibliothek verbunden.

Auch können Mitglieder aus der k. k. Universitätsbibliothek ohne Erlegung einer Caution unter den allgemeinen Bedingungen Bücher zum häuslichen Gebrauche entleihen, nur hat der Betreffende zur Beglaubigung, dass er ein Mitglied des Seminars sei, den Empfangschein von einem der Vorsteher unterzeichnen zu lassen.

§. 19. Am Schlusse eines jeden Studienjahres haben die Vorsteher des Seminars an das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über den Stand und die Leistungen des Seminars zu berichten und die eingelieferten schriftlichen Arbeiten vorzulegen.

II.

Provisorische Statuten

des historischen Seminars an der k. k. Universität zu Czernowitz.

§. 1. Der Zweck des historischen Seminars ist, den an der Czernowitzer Universität immatriculirten Studirenden der Geschichte

eine methodische Anleitung zum Quellenstudium sowie zu eigener wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiete der allgemeinen sowohl als der österreichischen Geschichte zu geben und sie in die Kunst und Fertigkeit des geschichtlichen Unterrichtes einzuführen.

§. 2. Das historische Seminar hat zwei neben einander bestehende Sectionen, eine für die Uebungen in der allgemeinen, die andere für die in der österreichischen Geschichte. In beiden Sectionen finden die Uebungen in jedem Semester zwei Stunden wöchentlich statt.

§. 3. Das historische Seminar steht unter der Leitung zweier Directoren. Diese Stellung wird von den beiden für die allgemeine und österreichische Geschichte ernannten Professoren eingenommen.

An der Spitze der ersten Section steht der Professor für die allgemeine, an der Spitze der zweiten der für österreichische Geschichte.

§. 4. Der Unterricht im historischen Seminar zerfällt in Conservatorien und Uebungen.

A. Conservatorien sind bestimmt, aus dem Gebiete der allgemeinen sowohl als der österreichischen Geschichte theils den Stoff den Mitgliedern einzuprägen, theils dieselben zum Unterrichte an Mittelschulen zu befähigen. Dabei werden aus dem historischen Stoffe insbesondere diejenigen Partien hervorgehoben, über welche gründliche Kenntniss oder richtige Auffassung gewonnen zu haben dem Mittelschullehrer vorzugsweise nothwendig ist. Die freien Vorträge, welche von den Mitgliedern zur Uebung derselben im mündlichen Ausdrucke gehalten werden, haben sich nach Wahl der Vorstände auf Partien der allgemeinen sowohl als der österreichischen Geschichte zu beziehen.

B. Die Uebungen bestehen theils in kritischer Prüfung geschichtlicher Quellenschriften, theils in Besprechung von eingereichten Arbeiten.

Diese Arbeiten sind im Seminar vorzutragen, nach Beendigung des Vortrages knüpft sich daran eine Disputation der Mitglieder mit dem Verfasser und die Beurtheilung von Seite des Vorstandes.

In jedem Semester werden die Leiter des Seminars in ihren Sectionen eine historische Quellenschrift aus dem Gebiete der allgemeinen und österreichischen Geschichte ihren Uebungen zu Grunde legen.

§. 5. Die Theilnehmer am historischen Seminar zerfallen in:

- a) ordentliche Mitglieder in der Zahl von zehn, welche zum Genusse eines regelmässigen Stipendiums von 30 Gulden am Schlusse jedes Semesters berechtigt sind;
- b) ausserordentliche Mitglieder, aus deren Mitte die ordentlichen Mitglieder im Falle der Erledigung einer Stelle jederzeit durch die beiden Directoren ernannt werden können.

§. 6. Von den zehn ordentlichen Mitgliedern entfallen auf die Abtheilung für allgemeine Geschichte sechs, auf die österreichische vier.

Die ordentlichen Mitglieder einer Abtheilung ernennt der jedesmalige Director derselben.

§. 7. Die ordentlichen Mitglieder sind zu den ihnen vom Director vorgeschriebenen Arbeiten verpflichtet; jedes ordentliche Mitglied der

einen Abtheilung kann an den Uebungen der anderen nur als ausserordentliches Mitglied theilnehmen.

§. 8. Die Auszahlung der Stipendien an die Mitglieder geschieht am Schlusse des Semesters nach vollständiger Erfüllung der Verpflichtungen.

§. 9. Für die Bedürfnisse des historischen Seminars wird eine Handbibliothek und eine Kartensammlung im geeigneten Locale aufgestellt werden.

§. 10. Am Schlusse eines jeden Studienjahres haben die Directoren von ihrer Thätigkeit dem k. k. Unterrichts-Ministerium Bericht zu erstatten und über die für Anschaffung der Bücher und Karten verausgabten Gelder Rechnung abzulegen.

§. 11. Die äusseren Geschäfte des Seminars (Führung eines Gestionsprotokolles, Correspondenz mit den Behörden, Verrechnung der Bibliotheksdotation) werden immer nur von einem der Directoren nach dem Studienjahre alternirend geführt.

§. 12. Die Bibliotheksdotation wird in der Regel von beiden Directoren zu gleichen Theilen verwendet.

Die Ausstellung von Legitimations- und Ausleihkarten steht jederzeit beiden Directoren zu.

§. 13. In allen in den Statuten nicht ausdrücklich angeführten Punkten wird die Geschäftsgebarung das möglichst grösste Mass der Selbstständigkeit jedes Directors zur Richtschnur haben.

III.

Provisorische Statuten

des germanistischen Seminars an der k. k. Universität zu Czernowitz.

§. 1. Der Zweck des germanistischen Seminars ist, seine Mitglieder in die Methode der wissenschaftlichen Forschung einzuführen und sie zur pädagogisch richtigen Verwerthung des Erlernten am Gymnasium anzuleiten. Dies geschieht durch wissenschaftliche Arbeiten und durch Theilnahme an den Uebungen im Seminar.

§. 2. Diese Seminarübungen werden in vier Cursen abgehalten:

I. Uebungen in der Lectüre des Mittelhochdeutschen;

II. Uebungen zur deutschen Grammatik;

III. Einübung der altdutschen Metrik;

IV. Uebungen in der Erklärung der am Gymnasium gelesenen neu-hochdeutschen Dichter.

Die Curse werden so vertheilt, dass I. und III. im Wintersemester, II. und IV. dagegen im Sommersemester abgehalten werden. In jedem Semester werden drei Stunden wöchentlich für das Seminar bestimmt. In der Regel werden die in jedem Semester abzufassenden Seminararbeiten mit dem im betreffenden Semester abgehaltenen Curse im Zusammenhang stehen.

§. 3. Die Leitung des Seminars obliegt dem jeweiligen Professor der deutschen Sprache und Literatur.

§. 4. An den Uebungen im Seminar können alle an der philosophischen Facultät inscribirten ordentlichen oder ausserordentlichen

Hörer sich betheiligen. Wirkliche Mitglieder des Seminars können jedoch nur jene ordentlichen Hörer werden, welche durch mindestens ein Semester an den Uebungen im Seminar theilgenommen haben, und deren Leistungen hier derart waren, dass von ihren Arbeiten Erspriessliches zu erwarten ist.

§. 5. Die Ernennung der wirklichen Mitglieder steht dem Leiter des Seminars zu.

§. 6. Die wirklichen Mitglieder haben an allen Uebungen und Disputationen im Seminar sich zu betheiligen. Ausserdem hat jedes wirkliche Mitglied pro Semester eine Arbeit, deren Thema vom Leiter des Seminars bestimmt wird, einzuliefern. Diese Arbeiten werden im Seminar vorgetragen und discutirt.

§. 7. Den wirklichen Mitgliedern wird eine Seminarbibliothek zu möglichst freier Benutzung zur Verfügung gestellt werden.

§. 8. Wirklichen Mitgliedern des Seminars werden für vorzügliche Arbeiten, welche besonderen Fleiss bekunden, angemessene Honorare bezahlt.

§. 9. Der Leiter des Seminars erstattet jährlich am Schlusse eines jeden Semesters an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht Bericht über die Arbeiten und Leistungen im Seminar. Er schafft aus der zugewiesenen Dotation die Seminarbibliothek an. Ihm obliegt es auch, die Vorschläge, betreffend die Zuerkennung von Honoraren für Seminararbeiten, am Schlusse eines jeden Semesters an das hohe k. k. Unterrichts-Ministerium zu erstatten. Sie werden in der Regel die Gesamtsumme von Einhundert Gulden pro Semester nicht übersteigen.

42800) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. Mai 1879, Z. 4075,

an das Decanat der philosophischen Facultät in Czernowitz,

betreffend die Errichtung eines philologischen Proseminars an der Universität in Czernowitz.

In Erledigung des Berichtes vom 17. März d. J., Z. 220, finde ich die Errichtung eines philologischen Proseminars an der Czernowitzer Universität mit dem Studienjahr 1879/80 zu gestatten und mit der Leitung desselben die Professoren zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das für dieses Seminar vorgelegte Statut, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat.

Provisorisches Statut

des philologischen Proseminars an der k. k. Universität in Czernowitz.

§. 1. Das philologische Proseminar an der k. k. Universität in Czernowitz hat den ausschliesslichen Zweck, den Lehramtsandidaten für classische Philologie Gelegenheit zu bieten, unter der Anleitung der Universitätslehrer im Lateinschreiben und im Griechischschreiben sich

jene grammatisch-stilistische Correctheit und Fertigkeit anzueignen, welche sowohl zur vollen wissenschaftlichen Durchdringung beider Sprachen unbedingt erforderlich ist, als auch dem praktischen Bedürfnisse der für die Gymnasien vorgeschriebenen schriftlichen Uebungen entspricht.

§. 2. Das Proseminar zerfällt in eine lateinische und eine griechische Abtheilung und steht unter der gemeinsamen Leitung derjenigen Professoren für classische Philologie, die dazu besonders beauftragt sind. Die specielle Leitung einer jeden solchen Abtheilung hat je einer der Vorsteher des Proseminars.

Für die Uebungen sind wöchentlich zwei Stunden in je einer Abtheilung bestimmt.

§. 3. Die Uebungen bestehen ausschliesslich im Uebersetzen aus dem Deutschen in's Lateinische und Griechische oder aus dem Griechischen in's Lateinische und aus dem Lateinischen in's Griechische.

Diese Uebersetzungen werden:

- a) theils blos mündlich in den für das Proseminar anberaumten Stunden selbst von den Mitgliedern des Proseminars unter der Leitung des betreffenden Vorstehers gemacht;
- b) theils zu Hause schriftlich ausgearbeitet und dann dem Vorsteher übergeben, der sie durchsieht und in der nächstfolgenden Seminarstunde mit den Mitgliedern des Proseminars eingehend bespricht. Im Griechischen ist insbesondere auf grammatische Correctheit zu sehen, im Lateinischen noch ausserdem auf eine angemessene stilistische Form. Auch praktische Uebungen in der Anwendung der metrischen Gesetze können damit verbunden werden.

§. 4. Zur Theilnahme am philologischen Proseminar sind vor Allem diejenigen berufen, welche an der hiesigen Universität dem Studium der classischen Philologie sich widmen und für das Lehramt sich vorbereiten. Doch ist es Keinem, der als ordentlicher oder ausserordentlicher Hörer an der Universität inscribirt ist, benommen, sich daran zu betheiligen, falls er die nöthigen Vorkenntnisse besitzt, um mit Erfolg und ohne Beeinträchtigung der zunächst hierzu Berechtigten die Uebungen mitzumachen.

§. 5. Zum regelmässigen Besuche des Proseminars und zur Mitwirkung bei den Uebungen desselben verpflichtet sind alle Mitglieder des Seminars in den ersten vier Semestern, und in den folgenden Semestern noch diejenigen, welche auf die Erlangung eines Seminarstipendiums Anspruch machen, indem die Betheilung mit einem solchen Stipendium auch durch die eifrige Bethätigung im Proseminar bedingt ist.

§. 6. Am Schlusse eines jeden Studienjahres haben die Vorsteher des Proseminars an das Ministerium für Cultus und Unterricht über die Leistungen des Proseminars Bericht zu erstatten.

428pp) Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 4. December 1876, Z. 18253,

an 1. den Landespräsidenten, 2. das Decanat der philosophischen Facultät der Universität in Czernowitz,

betreffend die Errichtung eines Seminars für Mathematik und mathematische Physik in Czernowitz.

Ad 1 und 2. Auf den vom Decanate der philosophischen Facultät an der Universität Czernowitz vorgelegten Antrag der Professoren . . . finde ich die Errichtung eines Seminars für Mathematik und mathematische Physik an dieser Universität mit dem Studienjahre 1877/78 zu gestatten und mit der Leitung dieses Institutes die Professoren . . . zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das mitfolgende Statut für dieses Seminar, welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten hat, und bewillige die Systemisirung von 6 Stipendien zu Gunsten desselben im Betrage von je dreissig Gulden für das Semester

Provisorische Statuten

des Seminars für Mathematik und mathematische Physik an der k. k. Universität zu Czernowitz.

§. 1. Das Seminar für Mathematik und mathematische Physik ist ein öffentliches, mit der philosophischen Facultät verbundenes Institut, welches den Zweck hat, den Studirenden der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abtheilung zur selbstthätigen Anwendung ihrer Kenntnisse Anleitung zu geben, sie durch literarische Unterstützung weiter auszubilden und in die Fertigkeit des mathematischen und physikalischen Unterrichtes einzuführen.

§. 2. Das Seminar für Mathematik und mathematische Physik hat zwei neben einander bestehende Abtheilungen, eine hauptsächlich für die Uebungen in Mathematik, die andere hauptsächlich für die Uebungen in der mathematischen Physik.

§. 3. Das Seminar für Mathematik und mathematische Physik steht unter der Leitung zweier Directoren. Diese Stellung wird von den beiden für die Mathematik und die mathematische Physik ernannten Professoren eingenommen. An der Spitze der ersten Abtheilung steht der Professor der Mathematik, an der Spitze der zweiten der Professor der mathematischen Physik.

§. 4. Die Uebungen jeder Abtheilung werden wöchentlich mindestens einmal abgehalten, und zwar zu einer Zeit, die so zu wählen ist, dass sie nach Bedürfniss auf zwei Stunden und darüber ausgedehnt werden können.

§. 5. Die wissenschaftlichen Uebungen der Mitglieder des Seminars sind theils mündliche, theils schriftliche. Die mündlichen Uebungen bestehen in freier Besprechung von Problemen und Fragen, welche von den Directoren gestellt oder von den Mitgliedern selbst aufgeworfen werden können, und in freien Vorträgen der Mitglieder über das, was

sie selbst gearbeitet, oder über Abhandlungen, welche sie durchstudirt haben.

Die schriftlichen Arbeiten bestehen theils in kleinen Ausarbeitungen von Sätzen und Aufgaben, welche von den Directoren gestellt, und in der Regel so gewählt werden, dass sie in fortlaufender Reihenfolge sich über ein bestimmtes Gebiet der Mathematik, beziehungsweise mathematischen Physik, verbreiten und zusammen eine genauere Einsicht desselben vermitteln; theils in grösseren Arbeiten, deren Themata beliebigen Gebieten entnommen, von den Directoren vorgeschlagen oder von den Mitgliedern selbst gewählt werden. Die schriftlichen Arbeiten sind von den Mitgliedern jeder Abtheilung dem betreffenden Director abzugeben, und werden von diesem beurtheilt.

§. 6. Als ordentliche Mitglieder dieses Institutes sind nur diejenigen ordentlichen oder ausserordentlichen Studirenden zuzulassen, welche sich vorzugsweise der Mathematik und mathematischen Physik widmen.

§. 7. Die Aufnahme erfolgt auf Grund eines von dem Director anzustellenden Colloquiums und einer von dem Aspiranten abzuliefernden schriftlichen Probearbeit, wodurch zu ermitteln ist, ob er regen wissenschaftlichen Sinn und diejenigen Vorkenntnisse besitzt, welche nöthig sind, um an den Uebungen des Seminars mit Nutzen Antheil nehmen zu können.

§. 8. Niemand kann blos in einer Abtheilung des Seminars ordentliches Mitglied werden.

§. 9. Die Anzahl der ordentlichen Mitglieder darf nicht mehr als zwölf betragen. Dieselben werden von den Directoren gemeinschaftlich ernannt. Jeder Director ist jedoch befugt, auch über diese Zahl hinaus Studirende, welche die nöthige Vorbildung besitzen, als ausserordentliche Mitglieder an den Uebungen seiner Abtheilung sich betheiligen zu lassen.

§. 10. Wenn ein Mitglied sich der thätigen Theilnahme an den Uebungen des Seminars ungeachtet vorgängiger Warnung entzieht, so steht den Directoren das Recht zu, dasselbe von der Theilnahme an dem Seminar auszuschliessen.

§. 11. Zur Unterstützung und Belehrung eifriger Mitglieder des Seminars werden sechs Stipendien zu je dreissig Gulden für jedes Semester bestimmt.

§. 12. Ein Anrecht auf ein solches Stipendium haben nur ordentliche Mitglieder des Seminars. Die Verleihung erfolgt auf Grund eines von den Directoren einzureichenden motivirten Berichtes durch das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht.

§. 13. Sollte in einem Seminare nicht die genügende Anzahl von ordentlichen Mitgliedern vorhanden sein, welche Anspruch auf ein solches Stipendium machen können, so ist es der Direction des Seminars gestattet, den Ueberschuss für die Seminarbibliothek zu verwenden.

§. 14. Zum Gebrauche für die mündlichen Uebungen im Seminare, sowie für die Studien und Arbeiten der Mitglieder ist mit dem

Seminare eine Bibliothek verbunden, deren möglichst freie Benutzung unter Controle der Directoren den Mitgliedern des Seminars gewährt wird. Auch können die Mitglieder des Seminars aus der k. k. Universitätsbibliothek ohne Erlegung einer Caution unter den allgemeinen Bedingungen Bücher zum häuslichen Gebrauch entleihen; nur hat der Betreffende zur Beglaubigung, dass er ein Mitglied des Seminars sei, den Empfangsschein von einem der Directoren unterzeichnen zu lassen.

§. 15. Am Schlusse eines jeden Studienjahres haben die Directoren des Seminars an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht über den Zustand des Seminars zu berichten und die eingelieferten schriftlichen Arbeiten vorzulegen.

428qq) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 1. Februar 1880, Z. 802,

an das Decanat der philosophischen Facultät der Universität Czernowitz,
**betreffend die Errichtung eines mathematischen Proseminars an der philo-
sophischen Facultät der Universität Czernowitz.**

Auf den Antrag der Professoren der Mathematik und mathematischen Physik an der Universität Czernowitz finde ich die Errichtung eines mathematischen Proseminariums an dieser Hochschule mit dem Beginne des Studienjahres 1880/81 zu gestatten und mit der Direction dieses Institutes die genannten Professoren zu betrauen.

Gleichzeitig genehmige ich das vorgelegte Statut für dieses Seminar . . . welches provisorisch in Wirksamkeit zu treten haben wird.

Statut

des mathematischen Proseminars an der Universität Czernowitz.

§. 1. Das mathematische Proseminar hat den Zweck, den Studirenden der Mathematik und Naturwissenschaften Gelegenheit zu bieten, unter Anleitung der Universitätslehrer sich jene Herrschaft über die elementaren Partien der Mathematik zu erwerben, welche sowohl für ein tieferes Eindringen in diese Wissenschaft als auch für eine erspriessliche Lehrthätigkeit in derselben an der Mittelschule unbedingt erforderlich ist.

§. 2. Das Proseminar steht unter der Leitung der beiden Directoren des mathematisch-physikalischen Seminars, welche in dieser Leitung von Semester zu Semester alterniren.

§. 3. Die Uebungen, welche theils mündliche, theils schriftliche sind, erstrecken sich über die folgenden Gegenstände:

1. Elementar-Mathematik, einschliesslich der Elemente der projectivischen Geometrie;
2. Determinanten-Theorie;
3. analytische Geometrie;
4. Elemente der Differential- und Integralrechnung;
5. elementare Anwendungen auf Physik.

Mindestens in jedem vierten Semester sind den Uebungen die elementaren Partien der Mathematik mit besonderer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Studirenden der Naturwissenschaften zu Grunde zu legen.

§. 4. Für die Uebungen sind wöchentlich zwei auf einander folgende Stunden bestimmt.

§. 5. Zur Theilnahme an dem mathematischen Proseminare sind blos jene ordentlichen und ausserordentlichen Hörer berechtigt, welche in einem Hauptcollegium über Mathematik oder Naturwissenschaften inscribirt sind, doch haben die Directoren die Vollmacht, auch anderen Studirenden der hiesigen Universität den Zutritt zu den Uebungen zu gestatten.

§. 6. Der regelmässige Besuch des Proseminars und eine rege Theilnahme an dessen Uebungen durch mindestens zwei Semester ist eine unumgängliche Vorbedingung für die Aufnahme als ordentliches Mitglied in das mathematisch-physikalische Seminar.

§. 7. Am Schlusse eines jeden Schuljahres haben die Vorsteher an das Ministerium für Cultus und Unterricht über die Thätigkeit im Proseminare Bericht zu erstatten.

J. Zoologische Versuchsstation in Triest.

428ss) Ministerial-Erlass vom 15. December 1874, Z. 17570
an den Statthalter in Triest und den Inspector der zoologischen Versuchsstation
in Triest.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem citirten Er-
lasse die nachfolgende Instruction für den Inspector der k. k. zoolo-
gischen Versuchsstation in Triest erlassen. *)

Instruction

für den Inspector der k. k. zoologischen Versuchsstation in Triest.

§. 1. Dem Inspector fallen zunächst sämmtliche auf die Ein-
richtung und Verwaltung des Institutes bezügliche Arbeiten zu, und
zwar unter Aufsicht und Leitung des ihm vorgesetzten Directors.

§. 2. Der Inspector hat an Ort und Stelle für die Integrität des
Instituts mit seinem gesammten Inhalte einzustehen und sich von Zeit
zu Zeit einer entsprechenden Controle zu unterziehen.

§. 3. Um die letztere möglich zu machen, hat er die Führung
eines Hauptbuches, in welchem das übernommene Inventar, sowie die
neuen Anschaffungen ordnungsgemäss einzutragen sind, zu übernehmen.
Ebenso wird die Sammlung und Bibliothek von ihm katalogisirt.

§. 4. Dem Inspector fällt die Sorge um Beschaffung und Erhal-
tung des lebendigen Materials in den Aquarien zu.

*) Die vorstehende Fassung der §§. 1, 8 und 9 dieser Instruction er-
folgte durch Min.-Erl. vom 26. September 1877, Z. 15581, womit einige Ab-
änderungen der erwähnten Paragraphe genehmigt wurden.

§. 5. In kurz skizzirter Darstellung werden von ihm in Form eines Tagebuches die Objecte der Ausbeute regelmässig verzeichnet, die wichtigeren derselben mit Notizen über Zeit, Oertlichkeit, Tiefe etc. ihres Fanges nebst biologischen Angaben über Ernährungsweise, Geschlechtsreife, Eierlage etc. etc.

§. 6. Den im Institute mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigten Gelehrten, beziehungsweise Studirenden, hat derselbe, so viel in seinen Kräften steht, in jeder Richtung behilflich zu sein, ihren Wünschen bezüglich der Beschaffung bestimmten Materiales, wenn möglich, zu entsprechen und ihre Arbeiten zu unterstützen.

§. 7. Derselbe hat an das zoologische Institut in Wien, welches unter der Leitung des Stationsdirectors steht, nach Wunsch desselben, ebenso an das zoologische Institut in Graz nach Wunsch des dortigen Professors der zoologischen Lehrkanzel Sendungen von lebendigen Seethieren zu übermitteln und jederzeit für die Beschaffung zweckmässiger, zu versendender Untersuchungsmaterien Bedacht zu nehmen.

§. 8. Versendungen lebenden oder conservirten Materiales an fremde Institute finden nur ausnahmsweise und dann nur nach zuvor eingeholter Genehmigung des Directors der Station gegen Vergütung der mittelst Conto nachzuweisenden Beschaffungskosten statt.

Die hiefür eingelangten Beträge und eventuell noch andere Betriebseinnahmen sind am Schlusse jedes Jahres mittelst detaillirter Rechnung unter Anschluss von Abschriften der ausgestellten Conti im Wege der k. k. Statthalterei an die k. k. Finanz-Landescasse in Triest abzuführen und als Staatseinnahmen zu verrechnen.

§. 9. In Bezug auf den Modus, welcher bei dem Besuche fremder Gelehrten und Studirender anderer Universitäten zu beobachten ist, enthalten die Bestimmungen über die Benutzung der zoologischen Station (Min.-Erl. vom 24. November 1875, Z. 17641, vide unten) die speciellen Vorschriften.

428tt) Ministerial-Erlass vom 4. November 1875, Z. 17641, an den Statthalter für Triest und den Inspector der zoologischen Station in Triest,

womit Bestimmungen über die Benutzung der k. k. zoologischen Station in Triest getroffen werden.

§. 1. Gemäss dem doppelten Zwecke der Station als Lehrapparat für Studirende und als Arbeitsstätte selbstständiger Forschung finden sowohl Studenten als Forscher Gelegenheit, von den Hilfsmitteln der Station Gebrauch zu machen.

§. 2. Die Studirenden sind zunächst vorgeschrittene Schüler der beiden Directoren der Station und erhalten von ihren Lehrern direct die Erlaubniss, in der Station zu arbeiten. Indessen erhalten auch Studirende anderer österreichischer Universitäten die Erlaubniss, die Hilfsmittel der Station zu benutzen, und haben sich zu diesem Zwecke durch das Decanat ihrer Facultät an das k. k. Unterrichts-Ministerium zu wenden.

§. 3. Oesterreichische und ausländische Gelehrte, welche die Station zu besuchen wünschen, haben ihr Ansuchen um Gewährung eines Arbeitsplatzes mindestens vier bis sechs Wochen vor dem Anfangstermine der Benutzung beim k. k. Unterrichts-Ministerium in Wien (erstere durch das Decanat ihrer Facultät) einzureichen.

§. 4. Nach erfolgter Genehmigung des Gesuches erhalten dieselben in der Station einen Arbeitsplatz, die nöthigen Chemikalien, sowie das von ihnen gewünschte Material, soweit solches zu beschaffen ist, unentgeltlich.

§. 5. Auch den Studirenden werden bestimmte Arbeitsplätze nebst den erforderlichen Utensilien und Chemikalien überwiesen; Präparirbestecke, Mikroskop und Zeichenutensilien werden nicht geliefert.

§. 6. Beim Verlassen der Station hat jeder Laborant die ihm anvertrauten Gegenstände an den Inspector wieder abzuliefern.

§. 7. Die Station ist während des Sommers von 7 Uhr, im Winter von 8 Uhr an bis zum Eintritte der Dunkelheit geöffnet.

§. 8. Am Sonntag Nachmittag ist die Station behufs Reinigung der Locale in der Regel geschlossen.

§. 9. Die Bibliothek der Station steht nur in den Räumen der Station zur Benutzung frei.

§. 10. Wer ein Buch aus derselben entnimmt, um dasselbe im Lesezimmer oder an seinem Arbeitsplatze zu benutzen, hat den Titel des Buches nebst der Namensunterschrift in ein hierzu aufliegendes Controlbuch einzutragen und bei der Rücklieferung wieder auszustreichen.

§. 11. Sammlungen von Seethieren können nur ausnahmsweise, aber dann nur unter Vorwissen und Leitung des Inspectors gegen entsprechende Vergütung für das gelieferte Material veranstaltet werden.

Anmerkung. Im Jahre 1878 wurde mit Rücksicht auf die derzeitige Finanzlage eine entsprechende Regelung respective Reducirung der für die Seminarien an den philosophischen Facultäten bestimmten Stipendien in der Weise vorgenommen, dass zunächst durchgängig der Semestralbetrag eines Stipendiums auf 30 fl. reducirt und in einigen Fällen auch die Anzahl der bestehenden Stipendien vermindert wurde. Dasselbe geschah auch hinsichtlich des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und des physikalischen Institutes an der Wiener Universität und es sind seither an den einzelnen Universitäten die nachfolgenden Stipendien systemisirt:

An der Wiener Universität:

Für das historische Seminar statt 12 Stipendien à 50 fl. nunmehr 8 Stipendien à 30 fl.; für das philologische Seminar statt 12 Stipendien à 50 fl. nunmehr 12 à 30 fl.; für das mathematische Seminar statt 12 Stipendien à 50 fl. nunmehr 10 à 30 fl.; für das archäologisch-epigraphische Seminar statt 4 Stipendien à 50 fl. nunmehr 4 Stipendien à 30 fl.; für das pädagogische Seminar statt 8 Stipendien à 50 fl. nunmehr 6 Stipendien à 30 fl.; für das physikalische Institut statt 6 Stipendien à 42 fl. 6 Stipendien à 30 fl. und für das Institut für österreichische Geschichtsforschung statt 6 Stipendien à 500 fl. von nun ab 6 Stipendien à 400 fl. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16263.)

An der Grazer Universität blieben die Seminarstipendien sowohl der Anzahl als der Höhe nach unverändert.

An der Innsbrucker Universität

Für das philologische Seminar statt 6 Stipendien à 40 fl. nunmehr 6 à 30 fl.; für das historische Seminar statt 6 Stipendien à 40 fl. nunmehr 4 à 30 fl.; für das germanistische Seminar statt 5 Stipendien à 40 fl. nunmehr 4 à 30 fl. und für das mathematische Seminar statt 3 Stipendien à 40 fl. von nun ab 3 Stipendien à 30 fl. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16264.)

An der Prager deutschen Universität:

Für das philologische Seminar statt 8 Stipendien à 50 fl. nunmehr 8 à 30 fl.; für das pädagogische Seminar statt 6 Stipendien à 50 fl. nunmehr 6 Stipendien à 30 fl.; für das germanistische Seminar statt 6 Stipendien à 40 fl. nunmehr 6 à 30 fl.; für das historische Seminar statt 6 Stipendien à 50 fl. nunmehr 6 à 30 fl.; für das mathematische Seminar statt 6 Stipendien à 50 fl. nunmehr 6 à 30 fl. und für das Seminar für französische und englische Sprache statt 6 Stipendien à 40 fl. nunmehr 6 Stipendien à 30 fl. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16265).*)

Die an der böhmischen Universität in Prag bestehenden Seminarstipendien sind aus den oben abgedruckten Statuten zu entnehmen.

An der Krakauer Universität:

Für das philologische Seminar statt 5 Stipendien à 52 fl. 50 kr. nunmehr 5 Stipendien à 30 fl. und für das mathematische Seminar statt 6 Stipendien à 50 fl. von nun ab 6 Stipendien à 30 fl. Hinsichtlich des historischen Seminars trat keine Veränderung ein. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16267.)

An der Lemberger Universität:

Für das historische Seminar statt 10 Stipendien à 30 fl. nunmehr 6 Stipendien à 30 fl. und für das mathematische Seminar statt 5 Stipendien à 50 fl. nunmehr 5 Stipendien à 30 fl. Hinsichtlich des philologischen Seminars trat keine Aenderung ein. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16266.)

An der Czernowitzer Universität:

Für das historische Seminar statt 10 Stipendien à 30 fl. nunmehr 4 à 30 fl. und für das mathematische Seminar statt 6 Stipendien à 30 fl. nunmehr 4 Stipendien à 30 fl. Hinsichtlich der Stipendien für das philologische Seminar und der Honorare für Arbeiten im germanistischen Seminar trat keine Aenderung ein. (Min.-Erl. vom 10. October 1878, Z. 16262.)

Zum Abschnitte VII.

Unterabtheilung d: Universitäts- und Studienbibliotheken.

443h) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
19. Jänner 1879, Z. 509,

an sämtliche Landeschefs mit Ausnahme jener von Schlesien und Dalmatien,
betreffend die Ausdehnung der den Mitgliedern des Lehrkörpers an Mittelschulen zustehenden Berechtigung zur Entlehnung von Büchern aus den Universitäts- und Studienbibliotheken auf die Mitglieder des Lehrkörpers der staatlichen Gewerbeschulen.

Ich finde mich bestimmt anzuordnen, dass die rücksichtlich der Berechtigung der Mitglieder des Lehrkörpers an Mittelschulen zur Ent-

*) Mit Min.-Erl. vom 8. December 1882, Z. 20954 wurde das Decanat der philosoph. Facultät dieser Universität aufgefordert, die Seminarvorstände darüber einzuvernehmen, inwieferne mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse eine Reducirung der oben angegebenen Seminarstipendien angezeigt erscheine. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht erflossen.

lehnung von Büchern aus Universitäts- und Studienbibliotheken geltenden Vorschriften auf die Mitglieder des Lehrkörpers an staatlichen Gewerbeschulen analoge Anwendung zu finden haben.

443 k) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
22. December 1873, Z. 17181,

an die Decanate sämmtlicher rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten
und an sämmtliche Universitäts-Bibliotheken,

**betreffend das Recht der Mitglieder der rechts- und staatswissenschaftlichen
Seminare zur Entlehnung von Büchern aus den Universitäts-Bibliotheken ohne
Erlag einer Caution.**

Um den ordentlichen Mitgliedern der neu errichteten rechts- und staatswissenschaftlichen Seminare die literarischen Hilfsmittel zu einer erfolgreichen Theilnahme an den Seminarübungen und insbesondere zu den im Seminare stattfindenden schriftlichen Ausarbeitungen zu gewähren, wird denselben das Recht zugestanden, ohne Erlegung einer Caution, sonst jedoch mit Beobachtung der übrigen allgemeinen Bibliotheks-Statuten, aus der Universitäts-Bibliothek wissenschaftliche Werke in der den Zwecken des Entlehners entsprechenden Anzahl und Auswahl zum häuslichen Gebrauche zu entleihen. Die Entlehner haben behufs Geltendmachung dieses Rechtes ihren Empfangsschein mit der Unterschrift eines Seminarleiters versehen zu lassen, durch welche letzterer bestätigt, dass der Empfänger ordentliches Mitglied des rechts- oder des staatswissenschaftlichen Seminars ist.

443 i) Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
20. März 1879, Z. 17020 ex 1878,

an die Landeschefs in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Laibach, Triest und Brünn,
**mit welchem die Bestimmungen des Erlasses des bestandenenen Staatsministeriums
vom 12. August 1862, Z. 7392/518 in Betreff der Einflussnahme der Vorstände
der höheren staatlichen Unterrichtsanstalten auf die Neuanschaffung von
Büchern für Studienbibliotheken, als auch auf die Vorstände der Lehrer- und
Lehrerinnenbildungsanstalten anwendbar erklärt werden.**

Mit dem Erlasse des bestandenenen Staatsministeriums vom 12. August 1861, Z. 7392/518 wurde in Ausführung und näherer Bestimmung des §. 68 der Bibliotheks-Instruction vom Jahre 1825 die Verfügung getroffen, dass jene Bibliotheken, welche an Orten sich befinden, wo keine Universität besteht, das in dem §. 68 dieser Instruction erwähnte Verzeichniss der im abgelaufenen Verwaltungsjahre angeschafften Werke der relativ höchsten im Orte befindlichen staatlichen Unterrichtsanstalt mitzutheilen haben, welcher sodann dasselbe den Vorstehern der übrigen daselbst befindlichen höheren staatlichen Unterrichtsanstalten — Mittelschulen und Specialschulen — mitzutheilen und sohin die in einer Sitzung gemeinschaftlich zu formulirenden

Wünsche der Bibliothek zu eröffnen hat, wobei weiters angeordnet wurde, dass jeder dieser Vorstände bei Abgabe seines Votums die Wünsche des Lehrkörpers zu berücksichtigen hat.

Um nun auch den Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten einen entsprechenden Einfluss auf die Auswahl der für Studienbibliotheken anzuschaffenden Werke einzuräumen, finde ich auszusprechen, dass das in Frage stehende Verzeichniss auch den Vorständen dieser Anstalten mitzutheilen ist, und dass auch diese Vorstände den oben erwähnten Conferenzen beizuziehen sind.

**Erllass des Ministers für Cultus und Unterricht vom
12. März 1882, Z. 21329 ex 1883,**

**betreffend eine Abänderung des §. 6, alinea 2, der Vorschrift vom 22. Mai 1868,
Z. 2562, über das Ausleihen von Büchern aus öffentlichen Bibliotheken ausser-
halb des Standortes derselben.**

In theilweiser Abänderung des §. 6, alinea 2, des Ministerial-Erlasses vom 22. Mai 1868, Z. 2562, finde ich in Ansehung der Entlehnung von Werken öffentlicher Bibliotheken nach oder aus dem Auslande zur Vereinfachung des diesfälligen bisher vorgeschriebenen Verfahrens Folgendes anzuordnen:

1. Druckwerke inländischer öffentlicher Bibliotheken können künftighin mit der sub 3 ersichtlichen Ausnahme an öffentliche Bibliotheken des Auslandes verliehen werden, ohne dass es hierzu im einzelnen Falle einer besonderen speciellen Bewilligung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht bedürfte.

2. Dasselbe gilt von Handschriften, Incunabeln und denselben gleichgehaltenen Werken; es ist jedoch in Ansehung derselben die Entlehnung stets an die ausdrückliche Bedingung der feuer- und einbruchsicheren Verwahrung und der ausschliesslichen Benutzung innerhalb der Räume der Bibliothek zu knüpfen.

3. Wenn die Entlehnung von Werken von Privatgelehrten zur Benutzung derselben ausserhalb der Räume einer Bibliothek angesucht wird, wenn rücksichtlich der sub 2 bezeichneten Werke den daselbst erwähnten Bedingungen nicht entsprochen werden kann, endlich wenn es sich um besonders kostbare Werke handelt, ist auch fernerhin in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht zur Verleihung einzuholen.

4. Die Versendung der entlehnten Werke hat stets durch die Post unter Angabe des Werthes und auf Kosten des Entlehners stattzufinden.

5. Bei Entlehnung von Werken aus öffentlichen Bibliotheken des Auslandes zur Benutzung im Inlande ist die Intervention des Ministeriums für Cultus und Unterricht nicht erforderlich, falls dieselbe nicht von der betreffenden ausländischen Behörde oder Anstalt ausdrücklich zur Bedingung der Entlehnung gemacht wird.

Anhang.

**Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 9. Mai
1876, Z. 7248,**

**an sämtliche akademische Senate,
betreffend die Stempelpflicht der Colloquien-Zeugnisse, sowie der Verwendungs-
Zeugnisse in akademischen Seminarien.**

Anlässlich eines vorgekommenen Zweifels finde ich nach gepflogenen Einvernehmen mit dem k. k. Finanzministerium zu erklären, dass Zeugnisse über Colloquien, sowie über die Anwendung in akademischen Seminarien nach Tarifpost 116, lit. e, des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R.-G.-Bl. Nr. 50, der Stempelpflicht von 15 Kreuzer unterliegen.

**Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht vom
28. Februar 1877, Z. 21091 ex 1876,**

**an sämtliche unterstehende Behörden, Institute und Anstalten,
betreffend die vorschriftsmässige Befestigung, Ueberschreibung und Durch-
streichung der Stempelmarken.**

Anlässlich des vom k. k. Finanzministerium wiederholt wahrgenommenen Umstandes, dass von k. k. Cassen Quittungen zur Auszahlung übernommen worden sind, auf welchen die scalamässigen Stempelmarken zwar angebracht, aber nicht in Gemässheit des §. 3 der Verordnung vom 28. März 1854, R.-G.-Bl. Nr. 70, befestigt und überschrieben waren, werden im Einvernehmen mit dem genannten Ministerium zur Erzielung eines gleichmässigen Vorganges bei Befestigung, Ueberschreibung und Durchstreichung der Stempelmarken die diesfalls bestehenden Vorschriften zur genauen Befolgung nachstehend in Erinnerung gebracht.

Gemäss §. 21 des Gebührengesetzes, §. 3 der Verordnung vom 28. März 1854, R.-G.-Bl. Nr. 70, und Finanz-Ministerial-Erlass vom 14. December 1858, R.-G.-Bl. Nr. 231, sind die Stempelmarken auf dem Papiere zu befestigen, ehe die stempelpflichtige Urkunde niedergeschrieben wird, daher jede Stempelmarke, welche nachträglich über die Schrift selbst befestigt wurde, als nicht vorhanden angesehen werden muss. Von der Schrift muss wenigstens eine Zeile, nie aber die Ueberschrift (Titel) oder Unterschrift über die Marke unter dem Stempelzeichen in gerader Linie fortlaufen, mithin die Marke auf dem farbigen Felde überschrieben werden.

Beim Gebrauche von Blanquetten muss die Marke an einer, für die Handschrift aufgesparten Stelle so befestigt werden, dass von der Handschrift wenigstens eine Zeile über die Marke geht.

Die Marke mittelst einer Stampiglie zu überdrucken, statt sie zu überschreiben, ist dem Stempelpflichtigen nicht gestattet (Erlass vom 1. December 1854, R.-G.-Bl. Nr. 306).

Nach §. 14 der Verordnung vom 28. März 1854 ist die Stempelmarke als nicht vorhanden anzusehen und die Quittung als nicht gestempelt zu behandeln, wenn die Stempelmarke nicht vorschriftsmässig befestigt und überschrieben ist, wenn ein Theil davon fehlt, oder wenn Markenbestandtheile getrennt und wieder zusammengesetzt worden sind, sie mögen von derselben Stempelmarke herrühren oder nicht.

Nach §. 8 der angeführten Verordnung müssen die Stempelmarken unverletzt sein und keine Spuren einer bereits geschehenen Verwendung an sich tragen.

Ist der Verdacht vorhanden, dass die zu den Quittungen verwendeten Stempelmarken bereits gebraucht worden sind, so sind sie der k. k. Hof- und Staatsdruckerei unmittelbar wegen Prüfung und Abgabe des Befundes zu übersenden. (Erlass vom 1. December 1855, R.-G.-Bl. Nr. 8 ex 1856.)

Die auf Quittungen vorschriftsmässig verwendeten Stempelmarken sind ferner nach dem Finanz-Ministerial-Erlasse vom 9. Mai 1860, R.-G.-Bl. Nr. 122, von den mit der Liquidatur betrauten Beamten der öffentlichen Cassen kreuzweis derart zu durchstreichen, dass die beiden Striche sich in der Mitte der Marke durchschneiden.

Bei jenen mit Geldausgaben betrauten Aemtern, wo die Liquidatur nicht von eigenen Beamten besorgt wird, hat die Durchstreichung der Stempelmarken auf den Ausgabedocumenten von den die Auszahlung leistenden Beamten zu geschehen.

Die Cassa- und Rechnungsbeamten, welche zur Uebernahme, Liquidation oder Censurirung zunächst verpflichtet sind, haben nach §. 93 des Gebührengesetzes beziehungsweise nach dem Unterrichte vom 3. Mai 1850 über die Verpflichtungen, welche das Gesetz den öffentlichen Behörden, Aemtern und Amtspersonen auferlegt, darauf zu sehen, ob die Stempelgebühr vorschriftsmässig entrichtet worden ist.

Im gegentheiligen Falle haben sie über jede Urkunde abgesondert (ausgenommen, es betreffen beide Personen ein und dieselbe Person) einen Befund aufzunehmen. (Finanz-Ministerial-Erlass vom 21. August 1866, R.-G.-Bl. Nr. 98.)

In den Befund ist ein, alle wesentlichen Daten der Urkunde enthaltender Auszug aufzunehmen, derselbe mit der Geschäftszahl, der Zahl des Journalartikels oder der Post, unter welcher die beanständete Urkunde vorgekommen ist, zu versehen, und von dem Amtsvorstande oder von dessen Stellvertreter zu fertigen, mit dem Amtssiegel zu versehen und an die zur Handhabung des Gebührengesetzes berufene Behörde jenes Bezirkes, in welchem der Uebertreter wohnhaft ist, zu leiten.

Die Aufnahme des Befundes ist auf jeder beanständeten Urkunde zur Begegnung wiederholter Beanständigungen und zum Schutze vor der Verantwortlichkeit wegen Ausserachtlassung dieser Vorschrift mit wenigen Worten zu bemerken, diese Anmerkung von dem Beanständenden leserlich zu fertigen und das Amtssiegel beizudrücken, das letztere vorzugsweise deshalb, um zu verhindern, dass von den Parteien selbst

eine Beanständigungsanmerkung beigesetzt und dadurch die Aufnahme des ämtlichen Befundes hintangehalten werde.

Für die Entrichtung der Stempelgebühr und für den vorschriftsmässigen Gebrauch der Stempelmarken haftet nach §. 71, Absatz 6 des Gebührengesetzes Jedermann, dem eine Schuld oder Theilnehmung an einer Uebertretung, die das Gesetz für eine Gefällsverkürzung erklärt, zur Last fällt, er mag in Absicht auf dieselbe straffällig sein oder nicht, bezüglich des Betrages, rücksichtlich dessen die Gefällsverkürzung verübt wurde.

Im Sinne des §. 83 des Gebührengesetzes, Z. 3, tritt die Behandlung nach dem Strafgesetze über Gefällsübertretungen auch bei den Uebertretungen durch Fahrlässigkeit in der Entdeckung der Stempelübertretungen ein, insbesondere also dann, wenn derjenige, dem das Gesetz die Verbindlichkeit auferlegt, über den richtigen Gebrauch des Stempels und die Befolgung des Gesetzes zu wachen, die Anzeige einer Uebertretung, die er wahrgenommen hat, oder bei Anwendung der pflichtmässigen Aufmerksamkeit hätten wahrnehmen sollen, zu machen unterlässt. Unter Umständen findet die kaiserliche Verordnung vom 10. März 1860, R.-G.-Bl. Nr. 64 über die Disciplinarverhandlung der landesfürstlichen Beamten und Diener Anwendung.

Im Besonderen unterliegen nach §. 18 der Verordnung vom 28. März 1852 Beamte, welche verpflichtet sind, darüber zu wachen, dass den §§. 8 und 9 dieser Verordnung entsprechend die amtliche Ueberstempelung nicht überschriebener Marken nur beim Vorhandensein aller gesetzlichen Bedingungen vorgenommen werde, bei Verabsäumung dieser Verpflichtung in Anwendung des §. 83, Z. 4 des Gebührengesetzes einer Strafe von zwei bis zehn Gulden, und gemäss Verordnung vom 28. März 1860 für die unterlassene Durchstreichung der Stempelmarken einer Ordnungsstrafe von einem Gulden für jede nicht durchstrichene Stempelmarke.

Erllass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 24. Jänner 1878, Z. 19982 ex 1877,

**an alle unterstehenden Behörden, Institute und Anstalten,
betreffend die Anwendung der Vorschriften über die Ueberschreibung der
Stempelmarken und den Vorgang beim Vorkommen stempelgebrechlicher
Quittungen.**

Ueber Anfrage einer Finanz-Landesdirection hat das k. k. Finanzministerium in Betreff der Anwendung der Vorschriften über die Ueberschreibung der Stempelmarken, sowie in Betreff des Vorganges beim Vorkommen stempelgebrechlicher Quittungen unterm 26. November 1877, Z. 26442, folgende Bestimmungen erlassen, welche im Nachhange zu der hierortigen Verordnung vom 28. Februar 1877, Z. 21091 *), ent-

*) Siehe oben.

haltend den Finanz-Ministerial-Erlass vom 22. December 1876, Z. 19930, verlaublich werden:

Nach §. 3 der Verordnung vom 28. März 1854 *) über die Einführung von Stempelmarken hat bei den Urkunden und Schriften, welche nicht unter die im §. 4 dieser Verordnung bezeichneten gehören, die Ueberschreibung der Stempelmarken derart stattzufinden, dass von der Schrift wenigstens eine Zeile über die Marke unter dem Stempelzeichen im farbigen Felde in gerader Linie fortläuft. In den Worten: „wenigstens eine Zeile“ liegt schon offenbar die Bestimmung, dass nicht blos eine Zeile, sondern auch mehrere über den Raum unter dem Stempelzeichen geschrieben werden können.

Bei den Marken der Emission in den Jahren 1854 bis 1870 befand sich das Stempelzeichen in einem farbigen, durch Naturdruck mit einer Zeichnung versehenem Felde im oberen Theile der Marke und erst im Jahre 1865 wurde noch die Beidrückung des Geldbetrages bei den Marken unter Einem Gulden und im Jahre 1870 die weitere Beisetzung der Jahreszahl bei allen Marken in dem Raume unter dem Stempelzeichen angeordnet. Seit dem Jahre 1875 ist an die Stelle des Feldes mit dem Stempelzeichen das Bildniss Sr. Majestät in Medaillonform getreten, an dessen beiden Seiten die Stempelwerthe ersichtlich gemacht sind.

Es muss daher gegenwärtig jener Theil der Marke, auf dem sich das Bildniss seiner Majestät befindet, da er nebst dem Hauptbilde noch die anderen wesentlichen Merkmale enthält, nämlich den Stempelwerth und die Unterscheidung der Stempelklasse, durch den verschiedenen Farbendruck als das eigentliche Stempelzeichen betrachtet werden, während die Beisetzung des Geldbetrages und die Jahreszahl im unteren Theile der Marke nur zur grösseren Deutlichkeit dient, daher dieser Theil nur ein nebensächliches Kriterium repräsentirt.

Demzufolge ist der obere Theil der Marke mit dem Hauptbilde (als eigentliches Stempelzeichen) von der Ueberschreibung freizuhalten, da die Marken an dieser Stelle später entweder durchzuschlagen oder zu durchkreuzen sind, dagegen können in dem Raume unter dem Stempelzeichen so viele Zeilen geschrieben werden, als im Zusammenhange mit dem übrigen Texte der Urkunde ordnungsmässig Platz finden.

Man findet es übrigens bei der Anordnung des Erlasses vom 10. März 1855 (Finanz-Ministerial-Verordnungsblatt Nr. 16) zu belassen, wornach, sobald die Marke im unteren Felde vorschriftsmässig überschrieben ist, deshalb, weil etwa eine weitere Zeile des Textes über das Stempelzeichen geschrieben erscheint, wenn sonst kein Bedenken obwaltet, die Marke als vorschriftswidrig verwendet nicht zu betrachten ist.

Was nun den Vorgang beim Vorkommen stempelgebrechlicher Quittungen anbelangt, so ist zu unterscheiden, ob das Stempelgebrechen

a) in einer factischen oder beabsichtigten Verkürzung des Stempelgefälles (als in der Entrichtung einer zu geringen Gebühr oder in der

*) Reichsgesetzblatt vom Jahre 1854, Nr. 70, Seite 275.

gänzlichen Unterlassung der Gebührenentrichtung, Verwendung von unechten oder doppelt gebrauchten Marken etc.) oder

b) bloß in einer Ausserachtlassung der Vorschriften über die Art und Weise der Befestigung und Ueberschreibung der Stempelmarken besteht.

Ist das Erstere der Fall, so ist nach §. 92 des Gebührengesetzes und den Erlässen vom 21. August 1866*) und 22. December 1876 die Aufnahme eines Befundes das Folgerichtige.

Was nun den zweiten Punkt anbelangt, so bestimmt der §. 14 der Verordnung vom 28. März 1854 die Fälle, in welchen die Stempelmarken als nicht vorhanden, die Urkunden somit als nicht gestempelt zu betrachten sind.

Nachdem über eine nicht gestempelte Urkunde der Befund aufzunehmen wäre, müsste dies auch in den vorerwähnten Fällen stattfinden.

In den unter Punkt 1—5 des §. 14 bezeichneten Fällen hat indes in der That eine Stempelentrichtung stattgefunden. Dass dieselbe nicht in der vorgeschriebenen Weise geschah, hat seinen Grund gewöhnlich nicht in einer böswilligen Absicht, als vielmehr in der Unkenntniss oder Fahrlässigkeit des Publicums, die zwar allerdings eine strafbare Handlungsweise, aber doch nicht auf gleiche Stufe mit einer eigentlichen Gefällsverkürzung zu stellen ist.

Von dieser Anschauung wurde daher auch bei den Erlässen vom 10. März 1855, Z. 10362 (Finanz-Ministerial-Verordnungsblatt Nr. 16) und vom 15. März 1865, Z. 1235 (Finanz-Ministerial-Verordnungsblatt Nr. 12) ausgegangen und darin angeordnet, dass trotz vorschriftswidriger Ueberschreibung einer Stempelmarke von der nochmaligen Forderung der ordentlichen Gebühr abzugehen ist, wenn sonst keine Bedenken oder Verdachtsgründe obwalten.

Die Bemerkung der Finanz-Landes-Direction, dass das Stempelgebühren einer Quittung für sich allein die Verweigerung der Liquidirung nicht begründen könne, wäre wohl richtig, wenn die Nichtliquidirung mit einer gänzlichen Aufhebung des Rechtsanspruches gleichbedeutend wäre. Aber bei den hier in Rede stehenden Fällen trifft dies nicht zu, indem die Erfüllung des Rechtsanspruches nicht aufgehoben, sondern nur bis zu dem Zeitpunkte verschoben wird, wo auch der Form in Absicht auf den diesfalls zu verwendenden Stempel Genüge geleistet wird.

In Beziehung auf die bei den Cassen zur Liquidirung producirten Quittungen und anderen derartigen Documente wird daher mit Rücksicht auf die vorbezeichneten Vorschriften, dann den §. 19 der Zusammenstellung der Cassenmanipulations-Vorschriften, ferner behufs Vereinfachung und Beschleunigung des Liquidationsgeschäftes analog mit dem im §. 81 des Gebührengesetzes für Eingaben vorgezeichneten Vorgange gestattet, dass beim Vorkommen stempelgebrechlicher, d. h. solcher

*) Reichsgesetzblatt vom Jahre 1866, Nr. 98, Seite 238.

Quittungen, welche zu gering gestempelt sind, oder zwar mit unbedenklichen Stempelmarken im classenmässigen Betrage, jedoch ohne vorschriftsmässige Ueberschreibung versehen erscheinen, derartige Quittungen nicht zu liquidiren, sondern den Parteien nach vorheriger vorschriftsmässiger Durchstreichung der Stempelmarken und Beisetzung der Anmerkung:

„Nicht liquidirt wegen“

(zu gering oder vorschriftswidrig entrichteter Stempelgebühr u. s. w.) mit der entsprechenden Belehrung zurückzustellen sind.

Diese Anmerkung hat zum Zwecke, dass bei dem allfälligen späteren Ansuchen der Partei um Auswechslung der auf der nicht liquidirten Quittung befindlichen Stempelmarken Anhaltspunkte über die Zulässigkeit derselben vorhanden sind.

Sollte eine Partei aber auf der Liquidirung solcher Quittungen bestehen, so ist dieselbe, wenn sonst kein anderes Bedenken obwaltet, nicht zu verweigern, gleichzeitig aber der Befund nach der im Erlass vom 22. December 1876, Z. 19930 enthaltenen Vorschrift aufzunehmen und darin das Ansuchen der Partei kurz anzumerken.

Wird eine stempelgebrechliche Quittung nicht zurückgestossen, sondern ohne Befundaufnahme liquidirt und dies erst nachträglich bei der Censur entdeckt, so ist ein Anstand im Wege des Rechnungsprocesses zu erheben und es fällt dem schuldtragenden liquidirenden Beamten der Ersatz zur Last.

Wenn jedoch hinsichtlich der Stempelmarken-Verwendung der Verdacht wiederholten Gebrauches derselben oder einer anderen Gefällsverkürzung oder strafbaren Handlung entsteht, so ist im Sinne des Erlasses vom 22. December 1876, Z. 19930 vorzugehen, beziehungsweise unter Anschluss der Quittung die Anzeige zu erstatten.

Nachtrag.

Provisorische Statuten der rechts- und staatswissenschaftlichen Seminare an der Universität in Lemberg.

(Genehmigt mit Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 26. November 1873, Z. 14508.)

Auf Grund der Ministerialverordnung vom 27. September 1873, Z. 12719, wird mit Genehmigung des Ministeriums für Cultus und Unterricht nachfolgendes provisorische Statut für das rechts- und staatswissenschaftliche Seminar an der Universität Lemberg erlassen.

1. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Universität Lemberg werden zwei Seminare, ein rechtswissenschaftliches und ein staatswissenschaftliches, errichtet mit dem Zwecke, das in den Collegien dieser Facultät gewonnene Wissen zu erweitern und zu vertiefen, die Studirenden zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit anzuleiten und sie zum Theile auch für die rechts- und staatswissenschaftliche Praxis vorzubereiten. Jedes Seminar zerfällt nach dem Gegenstande der Seminarübungen in mehrere Abtheilungen.

2. Die Verwaltung der Angelegenheiten jedes Seminars wird durch die Gesammtheit der an demselben beschäftigten akademischen Lehrer (Seminardirectorium) besorgt.

Im Falle einer Meinungsverschiedenheit in Verwaltungsfragen entscheidet die absolute Stimmenmehrheit der Mitglieder des Directoriums, und ist eine solche Mehrheit nicht zu erzielen, das Professorencollegium der Facultät.

Die Vertretung der Seminare nach aussen obliegt dem jeweiligen Decane.

3. Zur Leitung der Seminararbeiten sind die ordentlichen und ausserordentlichen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät berufen. Dieselben sind daher zur Abhaltung von Seminarübungen berechtigt und nach Massgabe der in Absatz 4 enthaltenen Bestimmung verpflichtet.

Ueber Zweifel in Vernehmung der Verpflichtung, Seminarübungen zu halten, entscheidet das Professorencollegium.

4. Das Professorencollegium hat Sorge zu tragen, dass in jedem Semester Seminarübungen in solcher Zahl und in denjenigen Fächern abgehalten werden, wie es den jeweiligen Verhältnissen der Facultät und dem Zwecke der Seminareinrichtung entspricht.

Hierbei hat zur Richtschnur zu dienen, dass jedem Studirenden Gelegenheit zu verschaffen ist, während des akademischen Quadrienniums und des auf dasselbe folgenden Jahres (Absatz 5) an Seminarübungen aus den wichtigsten rechtshistorischen Disciplinen, sowie aus den positiv juristischen oder den staatswissenschaftlichen Hauptfächern theilzunehmen.

5. Als Mitglieder des Seminars können in der Regel nur Studirende der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät aufgenommen werden. Doch ist die Theilnahme an den Seminarübungen auch noch ein Jahr nach erlangtem Absolutorium gestattet. Die Aufnahmswerber müssen sich innerhalb des Inscriptionstermines bei dem Seminarlehrer melden, unter dessen Leitung sie an den Uebungen theilzunehmen wünschen. Sie haben demselben die erforderlichen Mittheilungen über ihre bisherigen Studien zu machen, und er entscheidet sodann auf Grund der ausgewiesenen Collegienfrequenz oder einer speciellen Aufnahmeprüfung, ob der Studirende für die Uebungen der betreffenden Abtheilung genügend vorbereitet erscheint.

Das Belegen der Seminarübungen auf der Quästur kann erst stattfinden, nachdem der betreffende Lehrer durch einen Vormerk im Anmeldungsbuche die Zulassung des Studirenden zu den Uebungen bescheinigt hat.

Ueber die Aufgenommenen führt die Quästur besondere Vormerke (Seminaralbum).

Die An- und Abmeldung der Seminarübungen erfolgt im Uebrigen in derselben Weise, wie bei den Vorlesungen.

Wegen beharrlichen Unfleisses kann die Ausschliessung bereits aufgenommener Mitglieder erfolgen.

6. Die Seminarübungen werden unentgeltlich geleitet.

7. Die Seminarübungen werden den Studirenden in das vorgeschriebene Minimum der in einem Semester zu frequentirenden Stundenzahl eingerechnet.

Die von dem Leiter einer Seminarabtheilung ausgestellte Bestätigung der erfolgreichen Theilnahme an den Seminarübungen gilt in derselben Weise, wie die Colloquienzeugnisse als Nachweis entsprechender Verwendung.

8. Die Seminarübungen sind theils mündlich (Conversatorien, Disputatorien etc.), theils bestehen sie in schriftlichen, von den Seminarmitgliedern zu Hause in angemessener Frist anzufertigenden Arbeiten. Die eingegangenen Arbeiten sind einer möglichst eingehenden kritischen Besprechung zu unterwerfen.

9. Dem rechtswissenschaftlichen Seminare stehen zum Zwecke der Prämiirung von schriftlichen Seminararbeiten 60 fl., für die Seminarbibliothek 30 fl., dem staatswissenschaftlichen zu Prämien für Seminararbeiten 40 fl., für die Seminarbibliothek 20 fl. in jedem Semester zur Verfügung.

Diese Beträge werden von der Regierung zu Handen des Decans angewiesen.

Ueber die Zuerkennung der Prämien entscheidet am Ende jedes Semesters das Seminardirectorium (Absatz 2). Etwaige Ersparnisse eines Seminars können nach Ermessen des Directoriums für das andere verwendet oder künftiger Disposition vorbehalten, nöthigenfalls auch zur Erhöhung des Bibliotheksfondes benutzt werden.

Die Austheilung der zuerkannten Prämien erfolgt durch den Decan.

10. In der Regel beträgt eine Prämie 20 fl. ö. W., durch Beschluss des Seminardirectoriums (Absatz 2) kann in einzelnen Fällen dieselbe erhöht oder herabgesetzt werden.

11. Am Schlusse des Sommersemesters erstattet jedes Seminardirectorium dem Unterrichtsministerium im Wege des Decanats einen Bericht über die Arbeiten und Leistungen des Seminars. In demselben sind die Seminarmitglieder nach den Abtheilungen, denen sie angehörten, namhaft zu machen und Uebersichten über die in den verschiedenen Abtheilungen angestellten Uebungen, sowie die Ergebnisse der Preisvertheilung mitzutheilen.

Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 17. Februar 1883, Z. 2673,

an das Decanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der böhmischen
Universität in Prag,

**betreffend die Genehmigung der Geschäftsordnung für das Professoren-
Collegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der böhmischen
Universität in Prag.**

Dem mit Bericht vom 21. Jänner d. J., Z. 624, vorgelegten Entwürfe einer Geschäftsordnung für das Professorencollegium der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der böhmischen Universität in Prag finde ich die Genehmigung zu ertheilen.

Ich bemerke jedoch, dass selbstverständlich durch den §. 13 des Entwurfes die Bestimmungen des h. o. Erlasses vom 14. Juli 1878, Z. 11263, betreffend den Vorgang bei der Wahl der Wahlmänner für die Rectorswahl, in keiner Weise alterirt werden.

Geschäftsordnung

des k. k. Professorencollegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät
mit böhmischer Vortragssprache in Prag.

§. 1. Currente Geschäftsstücke und alle, welche nur einer einfachen Anwendung bestehender Vorschriften bedürfen, erledigt der Decan selbst und berichtet darüber dem Professorencollegium in der nächsten Sitzung. Wo Gefahr im Verzuge ist, trifft er selbstständig die erforderlichen Anordnungen. (§. 18, Gesetz vom 27. April 1873, Nr. 63 R.-G.-Bl.) Der Decan überwacht die correcte und gesetzentsprechende Geschäftsführung der Universitätskanzlei rücksichtlich der Rechtsfacultät.

Alle übrigen Unterrichts- und Disciplinar-Angelegenheiten bilden innerhalb der gesetzlichen Grenzen (§. 14 citirten Gesetzes) den Wirkungskreis des Professorencollegiums und sind demselben zur Berathung und Beschlussfassung in Sitzungen oder per rollam vorzulegen.

§. 2. Ausser dem Stiftungsreferenten sind nach Bedarf Bericht-erstatte zur Antragstellung über die der Erledigung durch das Professorencollegium vorbehaltenen Angelegenheiten zu bestellen. Bei der Zu-

weisung der Referate ist einerseits das Fachwissen der einzelnen Mitglieder des Collegiums und andererseits der Umstand zu berücksichtigen, dass dergleichen Arbeiten verhältnissmässig gleich vertheilt werden. In böhmischer Sprache verfasste, dem hohen k. k. Ministerium zu unterbreitende Referate sind in einer von dem Decan zu vidimirenden Uebersetzung vorzulegen.

§. 3. Die Sitzungen des Professorencollegiums sind entweder ordentliche oder ausserordentliche. Ordentliche Sitzungen sind von dem Decan je nach Bedarf in angemessenen Zwischenräumen und in den gesetzlich angeordneten Fällen einzuberufen; ausserordentliche dagegen über Verlangen mindestens eines Dritttheils des Collegiums. Die Einberufung erfolgt durch eine schriftliche Ladung mit Angabe der Tagesordnung. Commissionsbericht und Referate sind beim Decan zwei Tage vor der anberaumten Sitzung anzumelden; in der gleichen Frist sind allfällige Anträge der Collegiumsmitglieder vorzulegen.

Ueber die Zulassung eines Antrages, der nicht Gegenstand der Tagesordnung war, zur Berathung und Schlussfassung entscheidet die Zweidrittelmajorität der zur anberaumten Sitzung erschienenen Mitglieder.

§. 4. In den Sitzungen führt der Decan den Vorsitz und leitet die Verhandlung nach den hier folgenden Bestimmungen. Er erklärt die Sitzung für geschlossen, wenn die Tagesordnung erschöpft oder der Antrag auf Sitzungsschluss angenommen wurde, oder endlich die Zeit allzusehr vorgerückt ist. Im Verhinderungsfalle vertritt den Decan hierin der Prodecan.

§. 5. Jeder Professor, welcher Mitglied des Professorencollegiums ist, hat die Pflicht, bei gehöriger Ladung zu den einberufenen Versammlungen desselben zu erscheinen oder sein Ausbleiben zu entschuldigen. Ueber die Zulässigkeit der angeführten Entschuldigungsgründe urtheilt das Collegium ohne Debatte; das Urtheil wird im Protokolle verzeichnet. Erscheint ein Professor in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen nicht, ohne dass seine Abwesenheit dem Lehrkörper gerechtfertigt erscheint, oder bleibt er überhaupt häufig weg, so ist der Decan verpflichtet, ihn schriftlich zum Erscheinen aufzufordern, und wenn dies erfolglos bliebe, dem akademischen Senate die Anzeige zu machen. Ist auch dies ohne Erfolg, so hat der akademische Senats Bericht an das hohe k. k. Unterrichtsministerium zu erstatten. (§. 15 citirten Gesetzes.)

§. 6. Zu einem giltigen Beschlusse ist die Anwesenheit der Hälfte der Professoren, welche Mitglieder des Collegiums sind, nothwendig. (§. 16 citirten Gesetzes.)

§. 7. Nach Eröffnung der Sitzung berichtet der Decan über alle seit der letzten Versammlung nach Ausweis des Einreichungsprotokolles eingelaufenen, bereits erledigten Angelegenheiten, sowie über die Art der Ausführung früherer Beschlüsse des Collegiums. Jedem Mitgliede des Professorencollegiums steht das Recht zu, Auskünfte vom Decan zu erbitten. Der Decan beantwortet die gestellte Anfrage entweder sogleich oder in der nächsten Sitzung, falls nicht wichtige Gründe denselben bestimmen, die Ertheilung der Auskunft abzulehnen.

§. 8. Nach Anhörung des Referenten oder Comitéberichterstatters ertheilt der Decan bei der Verhandlung den Collegiumsmitgliedern das Wort in der Reihenfolge, in welcher sie es verlangt hatten. Ausser dieser Ordnung kann das Wort nur zu einer kurzen persönlichen Bemerkung oder falls Zweifel über die richtige Anwendung verbindlicher Normen entstanden, verlangt werden. In der Debatte über denselben Gegenstand kann ein Mitglied des Collegiums nur zweimal das Wort ergreifen, nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Collegiums noch ein drittesmal. Der Decan hat einen von der Sache abweichenden Redner darauf aufmerksam zu machen und im Wiederholungsfalle zur Ordnung zu rufen. Bleibt auch dies erfolglos, so wird das Wort entzogen. Dem betreffenden Mitgliede steht es frei, sich diesbezüglich an das Collegium zu wenden, welches in der Sache endgiltig entscheidet. Unterbrechungen des Redners sind unzulässig, es wäre denn, dass sich derselbe in einem thatsächlichen Irrthume über den Verhandlungsgegenstand befände.

§. 9. Angelegenheiten, welche das Professorencollegium über höhere Weisung in Verhandlung zu nehmen hat, sind vor allem Anderen zu erledigen. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung oder Schluss der Sitzung ist rücksichtlich solcher unzulässig. Die übrigen Geschäftstücke sind nach der chronologischen Ordnung des Einlaufes zur Verhandlung zu bringen, sofern nicht einzelne dringend erscheinen. Die Verhandlung über Personal-Angelegenheiten ist in Abwesenheit Desjenigen, den sie betrifft, zu pflegen.

§. 10. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung oder auf Schluss der Debatte ist sofort zur Abstimmung zu bringen, wenn derselbe wenigstens von zwei Mitgliedern des Collegiums unterstützt wird.

Nach erfolgter Annahme des Antrages auf Schluss der Debatte bleibt denjenigen Collegiumsmitgliedern, die sich vorher schon zum Worte gemeldet hatten, dasselbe vorbehalten. Dem Referenten oder Antragssteller gebührt stets das Schlusswort.

§. 11. Bei der Abstimmung formulirt der Decan die Fragen; vor Allem ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, beziehungsweise der weitgehendste Antrag und sofort zur Abstimmung zu bringen.

§. 12. Die Abstimmung erfolgt in der Regel durch Erheben der Hände (unter Vorbehalt der nöthigenfalls vorzunehmenden Gegenprobe) oder mündlich. Das Ergebniss wird mit Anführung der Namen der Votanten protokollirt. Wahlen werden ausnahmslos durch geheime Abstimmung vorgenommen; in Personal-Angelegenheiten kann die Versammlung geheime Stimmabgabe beschliessen. Diese Art der Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel, welche so viele Namen zu enthalten haben, als Personen gewählt oder in Vorschlag gebracht werden sollen; die über die derart bestimmte Zahl zuletzt Genannten bleiben ausser Betracht.

§. 13. Die abgegebenen Stimmzettel hat der Decan zu überzählen und bei Abgabe einer die Zahl der activ Wahlberechtigten überschreitenden Anzahl der Zettel die Stimmabgabe neuerlich vornehmen zu lassen. Der Inhalt der Stimmzettel wird vom Decan verlesen und vom Protokolls-

führer, sowie von zwei vom Decane bezeichneten Scrutatoren verzeichnet. Als gewählt, beziehungsweise als in Vorschlag gebracht ist Derjenige zu betrachten, welcher die absolute Mehrheit der Abstimmenden für sich hat. Zur engeren Wahl zwischen Denjenigen, welche die relativ meisten Stimmen für sich hatten, wird geschritten, falls bei zwei Wahlgängen keine absolute Majorität zu Stande kommt. — Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Candidaten, denen bei wiederholter Wahl die verhältnissmässig meisten Stimmen zufielen, ist sonach die doppelte der Zahl der zu wählenden oder in Vorschlag zu bringenden Personen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, welches das dem Dienstrange nach jüngste Mitglied des Professorencollegiums zu ziehen hat, nachdem in die Urne beide betreffenden Namen vom Decan gelegt worden waren. Führt bei Wahlen für akademische Würden ein dreimaliger Wahlgang zu keinem Ergebnisse, so entscheidet der akademische Senat zwischen den in die engere Wahl einbezogenen Candidaten. (§. 7 citirten Gesetzes.)

§. 14. Der Decan vollzieht die Beschlüsse des Professorencollegiums. Glaubt er die Ausführung eines Beschlusses nicht verantworten zu können, so legt er den Fall dem hohen k. k. Unterrichtsministerium vor. (§. 18 citirten Gesetzes.)

§. 15. Beschlüsse per rollam sind nur zulässig, wenn die Formulirung des Antrages eine derartige ist, dass die Votirung durch blosse Bejahung oder Verneinung möglich erscheint.

Das Ergebniss einer solchen Abstimmung ist in der nächsten Sitzung bekannt zu geben. Wurden neue, von dem ursprünglichen abweichende Anträge gestellt, so ist die Angelegenheit auf das Programm der nächsten Sitzung zu stellen.

§. 16. Ein Antrag auf Aenderung eines giltig gefassten Beschlusses darf in jener Sitzung nicht zugelassen werden, in welcher er förmlich gefasst oder der per rollam zu Stande gekommene bekannt gemacht wurde.

Eine Debatte hierüber ist erst dann zulässig, wenn die absolute Majorität des Collegiums sich hierfür erklärt hatte.

§. 17. Vota separata sind entweder sofort zu Protokoll zu geben oder, falls sie blos mündlich begründet wurden, binnen drei Tagen nach gepflogener Sitzung schriftlich vorzulegen. Nach Ablauf dieser Frist hat sie der Decan nicht mehr anzunehmen.

§. 18. Die Protokolle werden von dem jüngsten Mitgliede der Versammlung oder vom Universitätskanzlisten geführt; sie haben den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen und namentlich die gestellten Anträge und gefassten Beschlüsse wörtlich zu enthalten. Das Protokollconcept ist binnen acht Tagen allen Mitgliedern, welche der Sitzung beigewohnt hatten, vorzulegen; wird gegen die Fassung ein Anstand erhoben, den der Sitzungsvorsitzende und der Schriftführer für unbegründet erachten, so ist über die Berücksichtigung des erhobenen Anstandes und die dem entsprechende Richtigstellung des Protokolles per rollam abzustimmen.

Das in böhmischer Sprache abzufassende Original des Protokolles ist von sämtlichen Sitzungstheilnehmern, insbesondere auch von Decan und Schriftführer zu fertigen. Der Decan hat für die Vorlage einer von ihm zu beglaubigenden deutschen Uebersetzung des Protokolles an das hohe k. k. Ministerium Sorge zu tragen.

§. 19. Alle Verhandlungen und Beschlüsse, deren Mittheilung den Interessen der Facultät zuwiderläuft, die Disciplin der Studenten gefährden, oder aber die Autorität des Professorencollegiums oder einzelner Mitglieder desselben herabsetzen könnte, sind Amtsgeheimnisse. — Insbesondere haben als solche zu gelten alle Personal-Angelegenheiten.

§. 20. Beschlüsse des Professorencollegiums, welche die Studirenden betreffen, werden am schwarzen Brette kundgemacht.

Chronologischer Index

der

Universitäts - Normalien.

Vorbemerkung: Jene Normalien, die in einem der früheren Bände der „Sammlung der österreichischen Universitätsgesetze“ aufgenommen, jedoch durch neuere in den späteren Bänden enthaltene Vorschriften wieder völlig ausser Kraft gesetzt wurden, sind in diesem, alle drei Bände umfassenden Register unter Klammern angeführt.

(Directorialvorschrift v. 11. Aug. 1772 — S. 224 u. 570.)

Hofintimationsdecret v. 30. Aug. 1777, Z. 153 — S. 279.

St. H. C. D. vom 15. September 1777 — S. 217.

(Studienhofcommissionsdecret v. 7. Sept. 1784 — S. 469.)

Hofdrecret vom 27. April 1785, Z. 323 — S. 217.

Hofkanzleidecret vom 12. Mai 1785 — S. 514 u. 452.

A. h. Hofentschliessung vom 4. Juli 1786 — S. 191.

Studienhofcommissionsdecret v. 4. Juli 1786, Z. 406 — S. 275 u. 199.

Gubernialverordnung v. 11. Aug. 1787 — S. 452.

(Hofkanzleidecret vom 2. u. 28. Sept. 1789 — S. 455.)

(Studienhofcommissionsverordnung v. 23. October 1789 — S. 281.)

Hofkanzleidecret v. 8. Mai 1790 — S. 167.

Hofrescript v. 4. Juli 1790 — S. 228.

(Hofdecret v. 13. März 1795, Z. 1371 — S. 199.)

Hofkanzleidecret vom 2. April 1802 — S. 228.

(Hofdecret v. 30. Juni 1802, Z. 24149 — S. 165.)

(Hfkld. vom 24. Sept. 1802, Z. 1045 — S. 168.)

(Hfkld. v. 12. Mai 1803 — S. 453 u. 454.)

(Hfkld. v. 17. Februar 1804, Z. 2342 — S. 440, 514 u. 647.)

(Hfkld. v. 24. März 1804 — S. 556.)

(Hfd. vom 30. März 1804 — S. 151.)

Studienhofcommissionsdecret v. 23. Aug. 1804, Z. 14854 — S. 254 u. 260.

(Hfkld. vom 28. Dec. 1804 — S. 469.)

(St. H. C. D. v. 23. Febr. 1805 — S. 455.)

(Hfkld. v. 13. März 1805 — S. 443.)

Hfkld. v. 28. Jänner 1806 — S. 118.

(Hfd. v. 16. Mai 1807, Z. 8807 — S. 276.)

(Hfkld. vom 26. Mai 1807 — S. 497.)

St. H. C. D. v. 28. Mai 1807, Z. 10174 — S. 166.

St. H. C. D. v. 16. Juni 1807 — S. 192.

St. H. C. D. vom 4. October 1808, Z. 724 — S. 463.

St. H. C. D. v. 7. u. 28. Jänner 1809, Z. 391 — S. 280, 217, 223, 279, 419, 469, 567 u. 656.

(St. H. C. D. v. 2. April 1809 — S. 466.)

St. H. C. D. vom 19. Jänner 1810, Z. 516, 521, 635 u. 837 ex 1808 — S. 444, 224, 514 u. 647.

(Hfkld. v. 2. Februar 1810 — S. 486.)

(St. H. C. D. v. 7. Sept. 1810, Z. 1106 — S. 421.)

(St. H. C. D. vom 12. October 1810, Z. 1338 — S. 457 u. 647.)

(St. H. C. D. vom 27. October 1810, Z. 1488 — S. 219.)

St. H. C. D. vom 14. December 1810, Z. 1875 — S. 554.

St. H. C. D. v. 8. Febr. 1811 — S. 228.

St. H. C. D. v. 16. Aug. 1811, Z. 1407 — S. 230.

St. H. C. D. v. 31. Aug. 1811, Z. 1468 — S. 463.

St. H. C. D. vom 6. September 1811
— S. 452.
St. H. C. D. v. 20. Sept. 1811, Z. 1641
— S. 137.
St. H. C. D. v. 27. Sept. 1811, Z. 1654
— S. 137, 139 u. 245.
St. H. C. D. v. 4. Oct. 1811, Z. 1721
— S. 555, 166, 493 u. 558.
St. H. C. D. v. 18. Oct. 1811, Z. 1818
— S. 478 u. 486.
(Hfkmd. v. 24. October 1811, Z. 29760
— S. 101.)
St. H. C. D. v. 17. Juli 1812, Z. 1353
— S. 536.
Hfkld. v. 6. Aug. 1812, Z. 11567 — S. 463.
Hfkld. v. 2. Dec. 1812 — S. 431 u. 540.
(St. H. C. D. v. 31. Dec. 1812, Z. 2720
— S. 153 u. 218.)
(Hfkmd. v. 20. Mai 1813, Z. 13393 —
S. 101.)
(St. H. C. D. v. 21. Mai 1813, Z. 1081
— S. 444 u. 555.)
Hfkld. v. 10. Juni 1813 — S. 540.
St. H. C. D. v. 18. Juni 1813, Z. 1319
S. 230.
St. H. C. D. v. 7. Jänner 1814, Z. 2771
— S. 261.
(St. H. C. D. v. 21. Juli 1814, Z. 8189
— S. 282.)
(Allerhöchste Entschliessung v. 9. Aug.
1814 — S. 214.)
(St. H. C. D. v. 7. Oct. 1814, Z. 1913
— S. 475.)
Hfkld. v. 17. März 1815, Z. 268 —
S. 443, 455 u. 514.
St. H. C. D. v. 24. März 1815, Z. 668
— S. 102 u. 120.
St. H. C. D. v. 31. März 1815, Z. 739
— S. 139 u. 436.
(Hfkmd. v. 11. Mai 1815, Z. 13747 — S. 67.)
St. H. C. D. v. 30. Juni 1815, Z. 1069
— S. 215.
Hfkld. v. 17. Aug. 1815 — S. 540 u. 431.
Hfkld. vom 4. Nov. 1815, Z. 2588 —
S. 282 u. 286.
St. H. C. D. v. 4. Oct. 1816, Z. 1935
— S. 165.
(St. H. C. D. v. 30. Oct. 1816 — S. 469.)
St. H. C. D. v. 11. Nov. 1816, Z. 2501
— S. 575.
St. H. C. D. v. 14. Febr. 1817, Z. 114
— S. 246.
St. H. C. D. v. 28. Febr. 1817, Z. 3004
— S. 166.
(St. H. C. D. v. 29. Aug. 1817, Z. 1995
— S. 213, 433 u. 620.)
(St. H. C. D. v. 2. Mai 1818, Z. 60
— S. 453, 494 u. 648.)
(St. H. C. D. v. 13. Aug. 1818, Z. 1988
— S. 495.)

St. H. C. D. v. 12. Sept. 1818, Z. 2533
— S. 432.
St. H. C. D. v. 21. Oct. 1818, Z. 26190
— S. 513.
(St. H. C. D. v. 30. Jänner 1819, Z. 598
— S. 480.)
St. H. C. D. v. 6. Nov. 1819, Z. 7021
— S. 254 u. 260.
St. H. C. D. v. 9. Dec. 1819, Z. 8627
— S. 62.
(Hfkld. v. 25. Dec. 1819, Z. 6856 — S. 516.)
(St. H. C. D. v. 27. Dec. 1819, Z. 8364
— S. 214 u. 310.)
Hfkld. v. 29. Dec. 1819, Z. 11 — S. 288.
(St. H. C. D. v. 10. Juni 1820, Z. 3645
— S. 451.)
St. H. C. D. v. 14. Oct. 1820, Z. 140
— S. 282.
Hfkld. v. 8. Juli 1820, Z. 20091 — S. 278.
(Hofkanzleiverordnung v. 30. Oct. 1820,
Z. 5748 — S. 516.)
Hfkld. v. 4. Nov. 1820, Z. 33118 — S. 103.
(St. H. C. D. v. 10. Nov. 1820, Z. 3645
— S. 513.)
St. H. C. D. v. 6. Jänner 1821, Z. 9140
— S. 139.
(St. H. C. D. v. 3. Febr. 1821, Z. 592
— S. 281.)
(St. H. C. D. v. 25. März 1821, Z. 2122
— S. 556.)
(St. H. C. D. v. 7. Aug. 1821, Z. 5327
— S. 275.)
St. H. C. D. v. 25. Mai 1822 — S. 191.
St. H. C. D. v. 17. Sept. 1823, Z. 6355
— S. 230.
St. H. C. D. v. 8. Dec. 1823, Z. 8549
— S. 289.
St. H. C. D. v. 20. Juli 1824, Z. 4779
— S. 138.
Hfkmd. vom 10. Nov. 1824, Z. 43875
— S. 103 u. 623.
Hfkld. v. 6. Dec. 1824 — S. 118.
(St. H. C. D. v. 9. April 1825, Z. 2174
— S. 110.)
St. H. C. D. v. 23. Juli 1825, Z. 2930
— S. 597, 431 u. 753.
(St. H. C. D. v. 25. Aug. 1825, Z. 5629
— S. 496.)
(St. H. C. D. v. 26. Nov. 1825, Z. 7848
— S. 540.)
(St. H. C. D. v. 24. Juni 1826, Z. 3072
— S. 303.)
(St. H. C. D. v. 27. Juli 1826, Z. 21173
— S. 511.)
St. H. C. D. v. 12. Aug. 1826, Z. 3716
— S. 591.
St. H. C. D. v. 18. Sept. 1826, Z. 4412
— S. 105.
St. H. C. D. v. 17. März 1827, Z. 1172
— S. 140.

- St. H. C. D. v. 4. April 1827, Z. 1640
— S. 191 u. 443.
Hfcd. v. 24. April 1827, Z. 11840 —
S. 514.
St. H. C. D. v. 15. Juni 1827, Z. 1084
— S. 143 u. 215.
(St. H. C. D. v. 14. Sept. 1827, Z. 4798
— S. 105.)
St. H. C. D. v. 6. Oct. 1827, Z. 5157
— S. 154 u. 552.
St. H. C. D. v. 20. Oct. 1827, Z. 5435
— S. 557.
(St. H. C. D. v. 5. April 1828, Z. 1829
— S. 123.)
(Hfkl.-Verord. v. 26. Juli 1828, Z. 3728
— S. 516.)
St. H. C. D. v. 29. Dec. 1828, Z. 6729
— S. 215 u. 644.
St. H. C. D. vom 20. Februar 1829,
Z. 1068 — S. 590.
(St. H. C. D. v. 23. Mai 1829, Z. 2592
— S. 216 u. 283.)
(St. H. C. D. v. 11. Juni 1829, Z. 2892
— S. 141.)
(St. H. C. D. v. 23. Oct. 1829, Z. 5510
— S. 105.)
St. H. C. D. v. 19. Dec. 1829, Z. 9510
— S. 471.)
St. H. C. D. v. 13. Febr. 1830, Z. 688
— S. 262.
Hfkld. v. 26. März 1830, Z. 21240 — S. 463.
St. H. C. D. v. 24. Apr. 1830, Z. 2132
— S. 283.
St. H. C. D. v. 24. Mai 1830, Z. 2320
— S. 230.
(St. H. C. D. v. 19. Juni 1830, Z. 2866
— S. 448 u. 501.)
(St. H. C. D. v. 25. Sept. 1830, Z. 4664
— S. 469.)
(St. H. C. D. v. 5. Dec. 1830 — S. 106.)
Hfkld. v. 17. Febr. 1831, Z. 3963 — S. 277.
(St. H. C. D. v. 9. Mai 1832, Z. 1940
— S. 509 u. 556.)
Hfkmd. v. 21. Febr. 1833, Z. 7585 — S. 167.
St. H. C. D. v. 29. März 1833, Z. 1243
— S. 106 u. 626.
St. H. C. D. v. 12. April 1833, Z. 984
— S. 143 u. 436.
(St. H. C. D. v. 20. April 1833, Z. 2062
— S. 461, 469 u. 647.)
St. H. C. D. v. 7. Mai 1833, Z. 1888
— S. 590.
(St. H. C. D. v. 17. Sept. 1833, Z. 5210
— S. 470 u. 647.)
(St. H. C. D. v. 8. Nov. 1833, Z. 6361
— S. 509.)
Regierungs-Vdg. v. 5. December 1833,
Z. 64450 — S. 909.
(St. H. C. D. v. 26. Jänner 1834, Z. 7659
ex 1833 — S. 281.)
(St. H. C. D. v. 1. Febr. 1834, Z. 23
— S. 495 u. 648.)
(St. H. C. D. v. 19. Febr. 1834, Z. 1004
— S. 62.)
(St. H. C. D. v. 19. Apr. 1834, Z. 6166
— S. 470 u. 647.)
St. H. C. D. v. 15. Mai 1834, Z. 2958
— S. 516.
St. H. C. D. v. 20. Mai 1834, Z. 3132
— S. 143.
(St. H. C. D. v. 4. Oct. 1834, Z. 5468
— S. 556.)
(St. H. C. D. v. 19. Oct. 1834, Z. 6393
S. 503.)
St. H. C. D. v. 19. Oct. 1834, Z. 6023
— S. 290.
Hfkmd. vom 21. Oct. 1834, Z. 42398
— S. 106.
St. H. C. D. v. 16. Febr. 1835, Z. 668
— S. 290.
St. H. C. D. v. 16. März 1835, Z. 1066
— 463.
(St. H. C. D. v. 21. Apr. 1835, Z. 7622
— S. 480.)
(St. H. C. D. v. 1. Mai 1835, Z. 2304
— S. 449.)
Allerh. Entschl. v. 16. Juli 1835 — S. 123.
(St. H. C. D. v. 8. Aug. 1835, Z. 4802
— S. 494.)
St. H. C. D. v. 19. Sept. 1835, Z. 4975
— S. 248.
(St. H. C. D. v. 7. Nov. 1835, Z. 6790
— S. 472.)
Hfkmd. v. 20. Nov. 1835, Z. 45233 — S. 67.
St. H. C. D. v. 9. März 1836, Z. 1415
— S. 248.
St. H. C. D. v. 11. April 1836, Z. 1804
— S. 191.
St. H. C. D. v. 10. Oct. 1836, Z. 6129
— S. 249.
St. H. C. D. v. 17. Nov. 1836, Z. 6247
— S. 252.
St. H. C. D. v. 19. Dec. 1836, Z. 7734
— S. 140.
St. H. C. D. v. 31. Dec 1836, Z. 8307
— S. 459 u. 461.
St. H. C. D. v. 21. Jänner 1837, Z. 227
— S. 463.
St. H. C. D. v. 24. Febr. 1837, Z. 887
— S. 248.
St. H. C. D. v. 16. Aug. 1837, Z. 4993
— S. 358 u. 166.
(St. H. C. D. v. 11. Nov. 1837, Z. 6970
— S. 481.)
(St. H. C. D. v. 29. Juni 1838, Z. 4033
— S. 530.)
St. H. C. D. v. 16. Sept. 1838, Z. 5718
— S. 167.
(St. H. C. D. v. 28. Oct. 1838, Z. 6664
— S. 475.)

- (St. H. C. D. v. 19. Jänner 1839, Z. 210 — S. 481.)
 St. H. C. D. v. 1. März 1839, Z. 1549 — S. 432, 109 u. 540.
 St. H. C. D. v. 9. März 1839, Z. 1550 — S. 568.
 St. H. C. D. v. 9. März 1839, Z. 1551 — S. 568.
 St. H. C. D. v. 3. Juni 1839, pol. Ges.-Samml. Bd. 67 — S. 144 u. 777.
 (St. H. C. D. v. 8. Juli 1839, Z. 4501 — S. 472, 647 u. 697.)
 St. H. C. D. v. 20. Juli 1839, Z. 4481 — S. 446.
 St. H. C. D. v. 17. Aug. 1839, Z. 5105 — S. 557.
 (St. H. C. D. v. 26. Oct. 1839, Z. 6741 — S. 473.)
 St. H. C. D. v. 10. März 1840, Z. 7034 — S. 541.
 (St. H. C. D. v. 11. April 1840, Z. 2199 — S. 433.)
 (St. H. C. D. v. 19. Juni 1841, Z. 3564 — S. 220.)
 St. H. C. D. v. 16. Sept. 1841, Z. 5959 — S. 107.
 St. H. C. D. v. 27. Sept. 1841, Z. 6242 — S. 432.
 St. H. C. D. v. 4. Oct. 1841, Z. 6430 — S. 541.
 St. H. C. D. v. 8. Nov. 1841, Z. 7557 — S. 108.
 St. H. C. D. v. 13. Juni 1842, Z. 3571 — S. 168.
 St. H. C. D. v. 1. Oct. 1842, Z. 8284 — S. 539.
 St. H. C. D. v. 26. Febr. 1843, Z. 1425 — S. 217.
 St. H. C. D. v. 18. März 1843, Z. 2012 — S. 228.
 (St. H. C. D. v. 27. Mai 1843, Z. 3707 — S. 213.)
 (St. H. C. D. v. 8. Oct. 1843, Z. 8606 — S. 496, 448, 451 u. 648.)
 St. H. C. D. v. 23. Febr. 1844 — S. 132.
 Hfkld. v. 29. März 1844, Z. 9201 — S. 276.
 (St. H. C. D. v. 23. Mai 1844, Z. 3472 — S. 485.)
 (St. H. C. D. v. 9. Nov. 1844, Z. 7384 — S. 486.)
 (St. H. C. D. v. 13. Nov. 1844, Z. 7440 — S. 557 u. 717.)
 (St. H. C. D. v. 18. März 1845, Z. 3297 — S. 154.)
 (St. H. C. D. v. 6. Juni 1845, Z. 4038 — S. 290.)
 (St. H. C. D. v. 13. Dec. 1845, Z. 8755 — S. 496 u. 648.)
 (St. H. C. D. v. 10. Jänner 1846, Z. 346 — S. 218.)
 St. H. C. D. v. 31. Jänner 1846, Z. 11 — S. 541.
 (St. H. C. D. v. 25. April 1846, Z. 3144 — S. 220.)
 St. H. C. D. v. 24. Nov. 1846, Z. 8712 — S. 108.
 (St. H. C. D. v. 31. Jänner 1848, Z. 79 — S. 474 u. 448.)
 M. E. vom 1. April 1848, Z. 2284 — S. 583 u. 588.
 (M. E. v. 6. April 1848, Z. 22 — S. 510.)
 (M. E. v. 16. April 1848, Z. 56 — S. 474 u. 647.)
 (M. E. v. 2. Aug. 1848, Z. 4848 — S. 486 u. 648.)
 (M. Schr. v. 13. Aug. 1848, Z. 4875 — S. 497, 450 u. 464.)
 M. V. v. 17. Aug. 1848, Z. 5087 — S. 178 u. 181.
 M. E. v. 31. Aug. 1848, Z. 5560 — S. 174.
 (M. E. v. 2. Sept. 1848, Z. 5164 — S. 487.)
 M. V. v. 6. Sept. 1848, Z. 5709 — S. 185.
 M. E. v. 12. Sept. 1848, Z. 5723 — S. 59.
 M. E. v. 26. Sept. 1848, Z. 6305 — S. 175.
 M. E. v. 28. Sept. 1848, Z. 6354 — S. 180.
 M. E. v. 30. Sept. 1848, Z. 6488 — S. 59.
 (M. E. vom 1. Oct. 1848, Z. 6392 — S. 495 u. 516.)
 (M. E. v. 4. Oct. 1848, Z. 6902 — S. 219.)
 M. E. v. 19. Oct. 1848, Z. 6932 — S. 170.
 (M. E. v. 21. Oct. 1848, Z. 7018 — S. 181.)
 (M. E. v. 2. Nov. 1848, Z. 5164 — S. 219.)
 Fin. M. E. v. 16. Nov. 1848, Z. 28618 — S. 181.
 (M. V. v. 17. Nov. 1848, Z. 7257 — S. 475.)
 M. E. v. 1. Dec. 1848, Z. 7737 — S. 181.
 M. E. v. 11. Dec. 1848, Z. 8309 — S. 109.
 (M. E. v. 11. Dec. 1848, Z. 7758 — S. 497 u. 648.)
 M. E. v. 19. Dec. 1848, Z. 8175 — S. 129 u. 634.
 (M. E. v. 23. Dec. 1848, Z. 8178 — S. 219.)
 (M. E. v. 25. Dec. 1848, Z. 8392 — S. 527.)
 M. E. v. 2. Jänner 1849, Z. 12405 — S. 59 u. 613.
 M. E. v. 3. Jän. 1849, Z. 7703 — S. 169.
 M. E. v. 5. Jän. 1849, Z. 108 — S. 132.
 (M. E. v. 10. Jän. 1849, Z. 72 — S. 219.)
 M. E. v. 15. Jän. 1849, Z. 358 — S. 111.
 M. E. v. 22. Jän. 1849, Z. 505 — S. 510.
 (M. E. v. 24. Jän. 1849, Z. 100 — S. 131.)
 (M. E. v. 29. Jän. 1849, Z. 663 — S. 476.)
 (M. E. v. 2. Febr. 1849, Z. 648 — S. 501.)
 M. E. v. 3. Febr. 1849, Z. 944 — S. 19.
 M. E. v. 7. Febr. 1849, Z. 695 — S. 19.
 M. Schr. v. 17. Febr. 1849, Z. 917 — S. 69.
 M. E. v. 17. Febr. 1849, Z. 46 — S. 170, 172 u. 362.

- M. E. vom 1. März 1849, Z. 1395 — S. 133 u. 127.
M. Schr. v. 9. März 1849, Z. 1031 — S. 172.
M. E. v. 13. März 1849, Z. 1867 — S. 174.
M. E. v. 15. März 1849, Z. 1863 — S. 483.
M. E. v. 1. April 1849, Z. 2304 — S. 127.
M. E. v. 4. April 1849, Z. 1778 — S. 175.
(M. E. v. 6. April 1849, Z. 2586 — S. 220.)
M. E. v. 11. Apr. 1849, Z. 2793 — S. 137.
M. E. v. 12. Apr. 1849, Z. 2542 — S. 259.
(M. E. v. 20. Apr. 1849, Z. 2815 — S. 433.)
M. E. v. 7. Juni 1849, Z. 4059 — S. 133.
(M. E. v. 4. Juli 1849, Z. 4686 — S. 493.)
(M. E. v. 16. Aug. 1849, Z. 1848 — S. 489.)
M. E. v. 20. Aug. 1849, Z. 5388 — S. 177.
(M. E. v. 4. Sept. 1849, Z. 5964 — S. 486.)
(M. E. v. 30. Sept. 1849, Z. 6798 — S. 69 u. 620.)
(M. E. v. 8. Oct. 1849, Z. 6976 — S. 498 u. 648.)
(M. E. v. 10. Oct. 1849, Z. 6895 — S. 498 u. 648.)
M. E. v. 13. Oct. 1849, Z. 7215 — S. 154.
(M. E. v. 17. Oct. 1849, Z. 7133 — S. 558.)
M. E. v. 18. Oct. 1849, Z. 7196 — S. 131.
(M. E. v. 28. Oct. 1849, Z. 7657 — S. 111, 252, 256, 622 u. 661.)
(M. E. v. 12. Nov. 1849, Z. 7670 — S. 78 u. 620.)
M. E. v. 13. Nov. 1849, Z. 7804 — S. 822.
M. E. v. 13. Nov. 1849, Z. 8102 — S. 183.
M. Schr. v. 17. Nov. 1849, Z. 8023 — S. 184.
M. E. v. 23. Nov. 1849, S. 8125 — Z. 714.
M. Vdg. v. 24. Nov. 1849, Z. 8605 — S. 79 u. 622.
(M. Schr. v. 27. Nov. 1849, Z. 8479 — S. 497.)
M. E. v. 15. Dec. 1849, Z. 8892 — S. 133.
M. E. v. 20. Dec. 1849, Z. 6244 — S. 583.
(M. E. v. 21. Dec. 1849, Z. 8885 — Z. 217 u. 420.)
M. Schr. v. 27. Dec. 1849, Z. 8432 — S. 568.
(M. Vdg. v. 14. Jänner 1850, Z. 8952 ex 1849 — S. 373.)
M. E. v. 17. Jän. 1850, Z. 271 — S. 850.
M. E. v. 19. Jän. 1850, Z. 515 — S. 186.
M. E. v. 20. Jän. 1850, Z. 396 — S. 250.
M. E. v. 21. Jän. 1850, Z. 318 — S. 851.
(M. E. v. 21. Jän. 1850, Z. 514 — S. 580.)
M. E. v. 21. Jän. 1850, Z. 533 — S. 171.
M. E. v. 28. Jän. 1850, Z. 478 — S. 62.
(M. E. v. 5. Febr. 1850, Z. 842 — S. 837.)
(M. E. v. 6. Febr. 1850, Z. 739 — S. 114.)
M. E. v. 9. Febr. 1850, Z. 803 — S. 81.
M. E. v. 13. Febr. 1850, Z. 885 — S. 816.
(M. E. v. 16. Febr. 1850, Z. 8918 ex 1849 — S. 81 u. 620.)
(M. E. v. 19. Febr. 1850, Z. 9326 ex 1849 — S. 221.)
M. E. v. 1. März 1850, Z. 968 — S. 568.
M. E. v. 4. März 1850, Z. 1808 — S. 802.
M. E. v. 10. März 1850, Z. 1585 — S. 145.
M. E. v. 21. März 1850, Z. 2281 — S. 867.
(M. E. v. 29. März 1850, Z. 2834 — S. 339.)
M. E. v. 30. März 1850, Z. 2652 — S. 484.
M. E. v. 7. April 1850, Z. 2704 — S. 263.
M. E. v. 7. April 1850, Z. 2788 — S. 806.
(Kais. Vdg. v. 23. April 1850, RGb. 157 — S. 236.)
(M. E. v. 23. April 1850, Z. 3266 — S. 423.)
M. E. v. 26. April 1850, Z. 2796 — S. 114.
M. E. v. 27. April 1850, Z. 2971 — S. 134.
M. E. v. 6. Mai 1850, Z. 2394 — S. 721.
(M. E. v. 10. Mai 1850, Z. 3275 — S. 530.)
M. E. v. 15. Mai 1850, Z. 3863 — S. 21.
(M. E. v. 24. Mai 1850, Z. 7 — S. 524 u. 531.)
(M. E. v. 24. Mai 1850, Z. 786 — S. 115.)
(M. E. v. 2. Juni 1850, Z. 4611 — S. 326.)
M. E. v. 6. Juni 1850, Z. 4513 — S. 60 u. 705.
M. E. v. 7. Juni 1850, Z. 4502 — S. 786.
M. E. v. 11. Juni 1850, Z. 4697 — S. 476.
M. V. v. 15. Juni 1850, Z. 4333 — S. 525.
M. Schr. v. 27. Juni 1850, Z. 3774 — S. 476.
M. E. v. 30. Juni 1850, Z. 5432 — S. 20.
M. E. v. 30. Juni 1850, Z. 3573 — S. 227, 281 u. 244.
M. E. v. 8. Juli 1850, Z. 5433 — S. 847.
M. E. v. 12. Juli 1850, Z. 5697 — S. 41, 609 u. 610.
M. E. v. 13. Juli 1850, Z. 5514 — S. 854.
(M. E. v. 14. Juli 1850, Z. 5539 — S. 542.)
(M. E. v. 30. Juli 1850, Z. 6241 — S. 403.)
M. E. v. 4. Aug. 1850, Z. 6424 — S. 45.
M. E. v. 7. Aug. 1850, Z. 6382 — S. 186.
M. E. v. 30. Aug. 1850, Z. 7123 — S. 139.
M. E. v. 2. Sept. 1850, Z. 7260 — S. 857.
M. Vdg. v. 3. Sept. 1850, Z. 2039 — S. 510.
F. M. E. v. 11. Sept. 1850, RGb. 350 — S. 484.
M. E. v. 29. Sept. 1850, Z. 8256 — S. 148.
M. E. v. 1. October 1850, RGb. 370, Z. 8214 — S. 3, 610 u. 613.
(M. E. v. 3. Oct. 1850, Z. 8331 — S. 580.)
M. E. v. 4. Oct. 1850, Z. 7483 — S. 134.
M. E. v. 7. Oct. 1850, Z. 8418 — S. 18.
M. E. v. 8. Oct. 1850, Z. 8425 — S. 290.
M. E. v. 11. Oct. 1850, Z. 8718 — S. 82.
M. E. v. 16. Oct. 1850, Z. 8308 — S. 385.
(M. E. v. 23. Oct. 1850, Z. 8900 — S. 489.)
M. E. v. 22. Dec. 1850, Z. 10827 — S. 148.
M. E. v. 6. Jänner 1851, RGb. Nr. 18 — S. 569 u. 484.
(M. E. v. 15. Jän. 1851, Z. 162 — S. 487 u. 648.)

- M. E. v. 16. Jänner 1851, Z. 10950 ex 1850 — S. 250 u. 323.
 (M. E. v. 18. Jän. 1851, Z. 341 — S. 127.)
 (M. E. v. 28. Jän. 1851, Z. 848 — S. 408.)
 M. E. v. 3. Febr. 1851, Z. 1147 — S. 25.
 (M. E. v. 28. Febr. 1851, Z. 9330 — S. 223.)
 M. E. v. 3. März 1851, Z. 1505 — S. 27.
 (M. E. v. 10. März 1851, Z. 1754 — S. 214.)
 (M. Schr. vom 11. März 1851, Z. 2234 — S. 499 u. 648.)
 (Kais. Vdg. v. 19. März 1851, Z. 2600 — S. 116, 622 u. 661.)
 M. E. v. 29. März 1851, Z. 2575 — S. 1031.
 M. E. v. 17. April 1851, Z. 3698 — S. 332.
 (M. E. v. 19. April 1851, Z. 3545 — S. 337.)
 M. E. v. 20. Apr. 1851, Z. 2696 — S. 175.
 M. E. v. 24. Apr. 1851, Z. 2875 — S. 168.
 M. E. vom 25. April 1851, Z. 6739 — S. 187 u. 197.
 M. E. v. 29. Apr. 1851, Z. 2076 — S. 217.
 M. E. v. 26. Mai 1851, Z. 5123 — S. 233.
 (M. E. vom 10. Juni 1851, Z. 5477 — S. 499 u. 648.)
 M. E. v. 15. Juni 1851, Z. 5399 — S. 28.
 (M. E. v. 15. Juni 1851, Z. 5424 — S. 511 u. 487.)
 M. E. vom 16. Juni 1851, Z. 5126 ex 1850 — S. 158 u. 154.
 M. E. v. 17. Juni 1851, Z. 6013 — S. 234.
 M. E. v. 4. Juli 1851, Z. 2904 — S. 343.
 M. E. vom 5. Juli 1851, Z. 6485 — S. 29 u. 149.
 M. E. v. 8. Juli 1851, Z. 4252 — S. 187.
 M. E. v. 11. Juli 1851, Z. 6357 — S. 141.
 M. E. v. 17. Juli 1851, Z. 6632 — S. 83.
 M. E. v. 21. Juli 1851, Z. 6382 — S. 175.
 M. E. v. 8. Aug. 1851, Z. 7104 — S. 580.
 M. E. v. 21. Aug. 1851, Z. 6804 — S. 36.
 M. E. v. 25. Aug. 1851, Z. 8283 — S. 559.
 M. E. v. 26. Aug. 1851, Z. 8358 — S. 119.
 M. E. v. 29. Aug. 1851, Z. 7968 — S. 154.
 M. E. vom 3. Sept. 1851, Z. 1107 ex 1850 — S. 119.
 (M. E. v. 11. Sept. 1851, Z. 8967 — S. 486.)
 M. E. vom 15. Sept. 1851, Z. 9037 — S. 251 u. 662.
 M. E. vom 16. Sept. 1851, Z. 6165 — S. 232 u. 244.
 M. E. v. 7. Oct. 1851, Z. 9608 — S. 84.
 M. E. v. 22. Nov. 1851, Z. 11472 — S. 559.
 (M. E. v. 19. Dec. 1851, Z. 12324 — S. 424.)
 M. E. v. 9. Jän. 1852, Z. 173 — S. 41.
 M. E. v. 9. Jän. 1852, Z. 209 — S. 558.
 M. E. vom 13. Jänner 1852, Z. 11435 ex 1851 — S. 148.
 (M. E. vom 15. Jänner 1852, Z. 12740 ex 1851 — S. 143.)
 M. E. v. 23. Jän. 1852, Z. 658 — S. 512.
 (M. E. v. 25. Jän. 1852, Z. 707 — S. 462.)
 M. E. vom 1. Febr. 1852, Z. 1373 — S. 192 u. 196.
 (M. Schr. v. 7. Febr. 1852, Z. 957 — S. 512 u. 648.)
 (M. E. v. 11. Febr. 1852, Z. 9187 ex 1851 — S. 84 u. 620.)
 (M. E. v. 13. Febr. 1852, Z. 12476 ex 1851 — S. 488 u. 648.)
 (M. E. v. 28. Febr. 1852, Z. 1922 — S. 87 u. 620.)
 M. E. v. 28. Febr. 1852, Z. 1260 — S. 359.
 M. E. v. 20. März 1852, Z. 10381 ex 1851 — S. 188 u. 636.
 (M. E. v. 5. April 1852, Z. 2980 — S. 469.)
 (M. E. v. 17. April 1852, Z. 2565 — S. 365.)
 M. Vdg. vom 1. Mai 1852, Z. 4142 — S. 363 u. 390.
 M. E. v. 4. Mai 1852, Z. 3697 — S. 234.
 M. Circul. v. 7. Mai 1852, Z. 4387 — S. 121.
 (M. E. v. 12. Juni 1852, Z. 2806 — S. 87, 84, 217 u. 620.)
 M. E. vom 19. Juni 1852, Z. 3920 — S. 196, 166 u. 579.
 M. Circul. v. 24. Juni 1852, Z. 5080 — S. 121.
 M. E. v. 26. Juni 1852, Z. 6140 — S. 360.
 M. E. v. 30. Juni 1852, Z. 6273 — S. 252.
 M. E. v. 16. Juli 1852, Z. 6755 — S. 304.
 M. E. v. 19. Juli 1852, Z. 6229 — S. 222.
 M. E. v. 9. Aug. 1852, Z. 7538 — S. 575.
 M. E. v. 2. Sept. 1852, Z. 8736 — S. 322.
 (M. Vdg. vom 11. Sept. 1852, Z. 9044 — S. 422.)
 M. E. v. 18. Sept. 1852, Z. 8527 — S. 90.
 M. E. v. 23. Sept. 1852, Z. 7122 — S. 580.
 M. E. v. 9. Oct. 1852, Z. 10121 — S. 263.
 (M. E. vom 20. Oct. 1852, Z. 9330 — S. 477, 450, 464 u. 648.)
 M. E. v. 30. Oct. 1852, Z. 11122 — S. 264.
 M. E. v. 30. Oct. 1852, Z. 11114 — S. 434.
 (M. E. v. 31. Oct. 1852, Z. 10761 — S. 481.)
 (M. E. v. 5. Nov. 1852, Z. 11327 — S. 499.)
 M. E. v. 7. Nov. 1852, Z. 11123 — S. 500.
 M. E. v. 12. Nov. 1852, Z. 11454 — S. 583.
 (M. E. v. 21. Nov. 1852, Z. 6089 — S. 424.)
 (M. E. v. 23. Nov. 1852, Z. 12103 — S. 501 u. 648.)
 (M. E. v. 1. Dec. 1852, Z. 12395 — S. 141.)
 M. E. v. 7. Dec. 1852, Z. 603 — S. 91.
 M. E. v. 7. Dec. 1852, Z. 6715 — S. 197.
 M. E. v. 24. Dec. 1852, Z. 13376 — S. 484.
 (M. E. v. 7. Jänner 1853, Z. 13238 ex 1852 — S. 513 u. 648.)
 Erlass des Ministeriums des Innern vom 19. Jänner 1853 — S. 124.
 (M. E. v. 14. Febr. 1853, Z. 1200 — S. 501 u. 648.)
 M. E. v. 15. Febr. 1853, Z. 1579 — S. 304.
 (M. E. v. 18. Febr. 1853, Z. 676 — S. 425.)
 M. E. v. 19. Febr. 1853, Z. 338 — S. 91.

M. E. vom 27. Febr. 1853, Z. 637 — S. 50 u. 609.
 (M. E. v. 28. Febr. 1853, Z. 1201 — S. 435.)
 (M. E. v. 19. März 1853, Z. 12008 ex 1852 — S. 570 u. 656.)
 M. E. v. 16. Apr. 1853, Z. 563 — S. 92.
 (M. E. v. 29. Apr. 1853, Z. 1126 — S. 867.)
 M. E. v. 3. Mai 1853, Z. 1529 — S. 876.
 M. E. v. 4. Mai 1853, Z. 3371 — S. 150.
 M. Note v. 6. Mai 1853, Z. 1743 — S. 364.
 M. E. v. 24. Mai 1853, Z. 5013 — S. 161.
 M. E. vom 28. Mai 1853, Z. 3287 — S. 304 u. 296.
 M. E. v. 28. Mai 1853, Z. 5062 — S. 364.
 M. E. vom 14. Juli 1853, Z. 3457 ex 1852 — S. 265.
 (F. M. E. v. 20. Juli 1853 — S. 141.)
 M. E. v. 21. Juli 1853, Z. 6624 — S. 92.
 (M. E. v. 30. Juli 1853, Z. 6150 — S. 219.)
 (M. E. v. 31. Juli 1853, Z. 3295 — S. 489 u. 648.)
 M. E. v. 8. Aug. 1853, Z. 7432 — S. 435.
 M. E. v. 19. Aug. 1853, Z. 8077 — S. 513.
 M. E. v. 31. Aug. 1853, Z. 9956 — S. 149.
 (M. E. v. 23. Sept. 1853, Z. 9243 — S. 502 u. 648.)
 M. E. v. 29. Sept. 1853, Z. 3413 — S. 144.
 M. E. v. 5. Oct. 1853, Z. 9586 — S. 514.
 (M. E. v. 15. Oct. 1853, Z. 9281 — S. 221.)
 M. E. v. 20. Oct. 1853, Z. 10499 — S. 560.
 (M. E. v. 3. Nov. 1853, Z. 11325 — S. 501.)
 M. E. v. 7. Nov. 1853, Z. 11326 — S. 436.
 (M. E. v. 27. Nov. 1853, Z. 11788 — S. 525 u. 530.)
 M. E. v. 13. Dec. 1853, Z. 9087 — S. 91.
 M. E. v. 19. Dec. 1853, Z. 5665 — S. 260.
 M. E. v. 20. Dec. 1853, Z. 13100 — S. 286.
 M. E. v. 29. Dec. 1853, Z. 12815 — S. 478.
 M. Vdg. v. 5. Jänner 1854, Z. 12813 ex 1853 — S. 478.
 M. E. v. 4. Februar 1854, Z. 13713 ex 1853 — S. 51.
 M. E. vom 9. Febr. 1854, Z. 9853 ex 1853 — S. 588.
 M. E. v. 8. März 1854, Z. 3119 — S. 92.
 M. E. v. 11. März 1854, Z. 2673 — S. 121.
 M. E. v. 12. März 1854, Z. 3168 — S. 437.
 M. E. v. 27. März 1854, Z. 13257 ex 1853 — S. 37.
 M. E. v. 27. März 1854, Z. 3885 — S. 122.
 M. E. v. 4. April 1854, Z. 5379 — S. 307.
 (M. E. v. 7. April 1854, Z. 11448 — S. 222.)
 M. E. v. 15. April 1854, Z. 3695 — S. 526 u. 530.
 M. E. v. 28. April 1854, Z. 5450 — S. 290.
 M. E. v. 29. April 1854, Z. 6751 — S. 593.
 M. E. v. 12. Mai 1854, Z. 7214 — S. 284.
 (M. E. v. 17. Mai 1854, Z. 7743 — S. 405.)
 M. E. v. 23. Mai 1854, Z. 3468 — S. 93 u. 51.

M. E. v. 26. Mai 1854, Z. 6039 — S. 52.
 M. E. v. 1. Juni 1854, Z. 6081 — S. 324.
 M. E. v. 12. Juni 1854, Z. 9161 — S. 479, 464 u. 648.
 M. E. v. 4. Juli 1854, Z. 10155 — S. 306.
 (M. E. v. 7. Juli 1854, Z. 748 — S. 528 u. 648.)
 M. E. v. 23. Juli 1854, Z. 7349 — S. 172.
 M. E. vom 18. Aug. 1854, Z. 12791 — S. 123.
 M. E. v. 29. Aug. 1854, Z. 13058 — S. 141.
 M. E. v. 10. Sept. 1854, Z. 11022 — S. 324.
 M. E. v. 10. Sept. 1854, Z. 13748 — S. 162.
 M. E. v. 13. Sept. 1854, Z. 1033 — S. 374.
 M. E. v. 24. Sept. 1854, Z. 13567 — S. 427 u. 660.
 (M. E. vom 27. Sept. 1854, Z. 13394 — S. 597.)
 (M. E. v. 25. Oct. 1854, Z. 15623 — S. 142.)
 (M. E. v. 28. Oct. 1854, Z. 9883 — S. 77 u. 620.)
 M. E. v. 11. Nov. 1854, Z. 16363 — S. 580.
 M. E. v. 16. Nov. 1854, Z. 16796 — S. 93.
 (M. E. vom 22. Dec. 1854, Z. 18475 — S. 558 u. 563.)
 (M. E. v. 5. Jänner 1855, Z. 18422 ex 1854 — S. 536.)
 (M. E. v. 14. Jän. 1855, Z. 254 — S. 426.)
 (M. E. v. 8. Febr. 1855, Z. 1337 — S. 217.)
 M. E. v. 21. Febr. 1855, Z. 1828 — S. 562.
 A. h. Handschreiben v. 24. Febr. 1855, Z. 245/C. U. M. — S. 123 u. 108.
 Justiz M. Vdg. vom 27. Febr. 1855, RGb. Nr. 39 — S. 893.
 (M. E. v. 19. März 1855, Z. 3707 — S. 502 u. 648.)
 (M. E. v. 17. April 1855, Z. 5170 — S. 350.)
 M. E. v. 7. Mai 1855, Z. 5536 — S. 514.
 M. E. v. 21. Juni 1855, Z. 8617 — S. 198.
 M. E. v. 23. Juli 1855, Z. 10400 — S. 290.
 (M. E. v. 10. Aug. 1855, Z. 11660 — S. 464.)
 (M. E. v. 21. Sept. 1855, Z. 13709 — S. 482 u. 698.)
 F. M. E. v. 29. Sept. 1855, Z. 42976 — S. 772.
 Vereinbarung v. 25. Sept. 1855 — S. 238, 661 u. 762.
 M. E. v. 2. Oct. 1855, Z. 15162 — S. 321 u. 669.
 M. E. v. 2. Oct. 1855, Z. 15219 — S. 330.
 (M. E. v. 10. Oct. 1855, Z. 3130 — S. 580.)
 M. E. v. 20. Oct. 1855, Z. 8224 — S. 584.
 M. E. v. 16. Nov. 1855, Z. 14061 — S. 353.
 M. E. v. 5. Dec. 1855, Z. 18461 — S. 151.
 M. E. v. 14. Dec. 1855, Z. 19044 — S. 61.
 (M. E. v. 18. Dec. 1855, Z. 18824 — S. 504 u. 648.)

- M. E. v. 27. Dec. 1855, Z. 19631 — S. 529.
(M. E. v. 25. Jänner 1856, Z. 1371 ex 1855 — S. 239.)
M. E. v. 7. Febr. 1856, Z. 2018 — S. 334.
M. E. vom 8. Febr. 1856, Z. 2017 — S. 336 u. 372.
M. E. v. 10. März 1856, Z. 952 — S. 364.
(M. E. v. 17. März 1856, Z. 1743 — S. 571 u. 567.)
M. E. v. 20. März 1856, Z. 4518 — S. 367.
A. h. Entsch. v. 31. März 1856, Z. 5001 — S. 482.
M. E. v. 2. Apr. 1856, Z. 4443 — S. 265.
M. E. v. 3. Apr. 1856, Z. 5169 — S. 337.
M. E. v. 12. Apr. 1856, Z. 5727 — S. 370.
M. E. v. 16. April 1856, Z. 5877 — S. 372 u. 667.
M. E. v. 18. Apr. 1856, Z. 5107 — S. 562.
(M. E. v. 2. Mai 1856, Z. 71 — S. 504 u. 648.)
M. E. v. 8. Mai 1856, Z. 5520 — S. 577.
(M. E. vom 10. Mai 1856, Z. 7052 — S. 382 u. 403.)
M. E. v. 26. Mai 1856, Z. 7874 — S. 383.
M. E. vom 8. Juni 1856, Z. 5217 — S. 590 u. 588.
M. E. vom 20. Juni 1856, Z. 9576 — S. 383 u. 667.
M. E. v. 25. Juni 1856, Z. 8934 — S. 141.
M. E. v. 26. Juni 1856, Z. 9850 — S. 378.
(M. E. v. 30. Juni 1856, Z. 8956 — S. 529.)
M. E. v. 7. Juli 1856, Z. 9657 — S. 38.
M. E. vom 7. Juli 1856, Z. 5820 — S. 583 u. 590.
M. E. v. 23. Sept. 1856, Z. 14872 — S. 108.
M. E. v. 29. Sept. 1856, Z. 14709 — S. 939.
(M. E. v. 22. Oct. 1856, Z. 16413 — S. 143 u. 217.)
M. E. v. 29. Nov. 1856, Z. 18553 — S. 401.
(M. E. v. 13. Dec. 1856, Z. 18287 — S. 72.)
M. E. v. 25. Dec. 1856, Z. 18456 — S. 353 u. 357.
M. E. v. 6. Jänner 1857, Z. 20415 ex 1856 — S. 80.
(M. E. v. 10. Jän. 1857, Z. 20425 — S. 199.)
M. E. v. 17. Febr. 1857, Z. 2076 — S. 253.
M. E. v. 26. Febr. 1857, Z. 2685 — S. 340.
M. E. v. 14. März 1857, Z. 4636 — S. 401.
M. E. vom 10. April 1857, Z. 6367 — S. 39 u. 303.
M. E. v. 15. Apr. 1857, Z. 4102 — S. 341.
(M. E. v. 1. Mai 1857, Z. 7586 — S. 597.)
M. E. v. 9. Mai 1857, Z. 7081 — S. 40.
M. E. v. 6. Juni 1857, Z. 9114 — S. 515.
M. E. v. 15. Juni 1857, Z. 9709 — S. 516.
M. E. v. 19. Juni 1857, Z. 8260 — S. 254.
M. E. v. 26. Juli 1857, Z. 12561 — S. 303.
(M. E. v. 30. Juli 1857, Z. 12007 — S. 542 u. 706.)
(M. E. vom 10. Aug. 1857, Z. 614 — S. 483 u. 647.)
M. E. v. 19. Aug. 1857, Z. 14184 — S. 584.
M. E. v. 26. Aug. 1857, Z. 13063 — S. 123.
M. E. v. 9. Sept. 1857, Z. 21390 — S. 307.
(M. E. v. 9. Sept. 1857, Z. 13037 — S. 504 u. 648.)
M. E. v. 22. Sept. 1857, Z. 15433 — S. 255.
M. E. v. 15. Oct. 1857, Z. 16918 — S. 326.
M. E. v. 28. Oct. 1857, Z. 18280 — S. 93.
M. E. v. 29. Oct. 1857, Z. 18352 — S. 165.
(M. E. v. 1. Nov. 1857, Z. 18371 — S. 373.)
M. E. vom 5. Nov. 1857, Z. 16914 — S. 64 u. 65.
M. E. v. 5. Nov. 1857, Z. 16914, RGb. Z. 220 — S. 349 u. 324.
M. E. v. 6. Nov. 1857, Z. 18687 — S. 517.
M. E. v. 15. Nov. 1857, Z. 18992 — S. 370.
M. E. v. 19. Nov. 1857, Z. 17726 — S. 1010.
(M. E. v. 7. Dec. 1857, Z. 20872 — S. 513.)
M. E. v. 19. Dec. 1857, Z. 21091 — S. 124.
M. E. v. 21. Dec. 1857, Z. 12791 — S. 305.
M. Note v. 22. Jän. 1858, Z. 21466 ex 1857 — S. 326.
M. E. v. 1. Febr. 1858, Z. 21777 ex 1857 — S. 65.
M. Note v. 5. Febr. 1858, Z. 1573 — S. 326.
(M. E. v. 24. Febr. 1858, Z. 3262 — S. 597.)
M. E. v. 15. März 1858, Z. 20513 ex 1857 — S. 276.
M. Vdg. v. 29. März 1858, Z. 264 — S. 240, 3, 108, 109 u. 248.
M. E. v. 16. April 1858, Z. 5164 — S. 128.
M. E. v. 14. Juni 1858, Z. 17637 ex 1857 — S. 771.
M. E. v. 26. Juli 1858, Z. 12112 — S. 437.
Finanzministerial-Erlass v. 20. August 1858, RGb XXXII, Z. 115 — S. 67.
M. E. v. 22. Aug. 1858, Z. 13870 — S. 166.
M. E. v. 27. Aug. 1858, Z. 12988 — S. 402.
(M. E. v. 5. Sept. 1858, Z. 15216 — S. 403.)
M. E. v. 25. Sept. 1858, Z. 16197 — S. 342.
M. E. v. 7. Oct. 1858, Z. 16946 — S. 308.
M. E. v. 14. Oct. 1858, Z. 13894 — S. 365.
M. E. v. 18. Oct. 1858, Z. 5552 ex 1857 — S. 361.
(M. E. v. 2. Nov. 1858, Z. 18614 — S. 51 u. 648.)
M. E. v. 2. Nov. 1858, Z. 18612 — S. 517.
(M. E. v. 2. Nov. 1858, Z. 18613 — S. 518 u. 648.)
M. E. v. 12. Nov. 1858, Z. 18269 — S. 255.
M. E. v. 25. Nov. 1858, Z. 20571 — S. 404.
M. E. v. 30. Dec. 1858, Z. 21291 — S. 405.
M. E. v. 3. Jänner 1859, Z. 22600 ex 1858 — S. 62.
M. E. v. 3. Jänner 1859, Z. 22573 ex 1858 — S. 142.

- M. E. v. 18. Jänner 1859, Z. 20858 ex 1858 — S. 326.
M. E. vom 5. Febr. 1859, Z. 1572 — S. 414 u. 383.
(M. E. v. 14. Febr. 1859, Z. 21999 — S. 223.)
(M. E. v. 21. Febr. 1859, Z. 20700 — S. 155.)
M. E. v. 24. März 1859, Z. 4430 — S. 125.
M. E. v. 28. März 1859, Z. 334 — S. 266.
M. E. v. 30. März 1859, Z. 3027 — S. 349.
M. E. v. 7. April 1859, Z. 5314 — S. 304.
M. Note v. 16. Mai 1859, Z. 7481 — S. 406.
(M. E. v. 28. Mai 1859, Z. 7745 — S. 508.)
M. E. vom 26. Mai 1859, Z. 1020 ex 1858 — S. 581.
M. E. vom 14. Juni 1859, Z. 8759 — S. 530 u. 706.
M. E. v. 4. Aug. 1859, Z. 11590 — S. 534.
M. E. v. 9. Aug. 1859, Z. 17081 ex 1857 — S. 166.
M. E. v. 7. Oct. 1859, Z. 12661 — S. 408 u. 409.
M. E. v. 16. Dec. 1859, Z. 18878 — S. 268.
M. E. v. 3. Jän. 1860, Z. 1444 — S. 378.
M. E. v. 11. Jän. 1860, Z. 20075 ex 1859 — S. 285.
M. E. v. 20. Jän. 1860, Z. 523 — S. 94.
(M. E. v. 23. Jän. 1860, Z. 908 — S. 507 u. 648.)
M. E. v. 30. Jän. 1860, Z. 1059 — S. 143.
M. E. v. 6. Febr. 1860, Z. 18529 ex 1859 — S. 409.
M. E. v. 6. Febr. 1860, Z. 19522 ex 1859 — S. 198.
M. E. v. 6. Febr. 1860, Z. 1554 — S. 554.
M. E. v. 13. Febr. 1860, Z. 1630 — S. 142.
M. E. v. 28. Febr. 1860, Z. 2786 — S. 162.
M. E. v. 10. März 1860, Z. 3146 — S. 552.
(M. E. v. 10. März 1860, Z. 3533 — S. 507 u. 648.)
M. E. v. 20. März 1860, Z. 3141 — S. 518.
M. E. v. 28. März 1860, Z. 4103 — S. 268.
(Note des Armee-Ober-Commandos vom 29. März 1860, Z. 1620 — S. 553.)
M. E. v. 18. Mai 1860, Z. 7461 — S. 590.
M. E. v. 20. Mai 1860, Z. 7039 — S. 125.
(M. E. v. 30. Mai 1860, Z. 7679 — S. 507 u. 648.)
Allerh. Entschl. v. 15. Juni 1860, M. Z. 8986 — S. 410.
(M. E. v. 19. Juni 1860, Z. 8708 — S. 508 u. 648.)
M. E. v. 22. Juni 1860, Z. 1146 — S. 125.
M. E. v. 12. Juli 1860, Z. 9909 — S. 359.
M. E. v. 23. Juli 1860, Z. 1525 — S. 175.
M. E. v. 24. Juli 1860, Z. 10062 — S. 410.
M. E. v. 29. Juli 1860, Z. 7372 — S. 150.
M. E. v. 4. Aug. 1860, Z. 10274 — S. 591.
M. E. v. 21. Aug. 1860, Z. 10819 — S. 361, 181 u. 484.
(M. E. v. 28. Sept. 1860, Z. 14009 — S. 426.)
(M. E. v. 9. Oct. 1860, Z. 14694 — S. 520.)
(M. E. v. 27. Oct. 1860, Z. 10016 — S. 411, 360 und 669.)
M. E. v. 29. Nov. 1860, Z. 1863 — S. 94.
M. E. v. 13. Febr. 1861, Z. 615 — S. 54.
M. E. v. 14. Febr. 1861, Z. 1555 — S. 592 u. 753.
M. E. v. 19. Febr. 1861, Z. 1112 — S. 135.
M. E. v. 25. Febr. 1861, Z. 1836 — S. 489.
M. E. v. 27. März 1861, Z. 2085 — S. 183.
M. E. v. 4. April 1861, Z. 3102 — S. 63.
Allerh. Entschl. v. 14. April 1861, Z. 2526 St. M. — S. 663.
M. E. v. 13. Mai 1861, Z. 3426 — S. 115.
M. E. v. 23. Mai 1861, Z. 2629 — S. 438.
M. E. v. 10. Juni 1861, Z. 5152 — S. 168.
(M. E. v. 12. Juni 1861, Z. 5160 — S. 217.)
Circul. des Oest. Polizei-Ministers vom 13. Juli 1861, Z. 4275 — S. 894.
(M. E. v. 23. Juli 1861, Z. 6728 — S. 553.)
M. E. v. 3. Aug. 1861, Z. 6830 — S. 309.
St. M. E. v. 10. Aug. 1861, Z. 6510 — S. 894.
St. M. E. v. 31. Aug. 1861, Z. 6617 — S. 1039.
M. E. v. 6. Sept. 1861, Z. 6117 — S. 580.
Allerh. Entschl. v. 6. Oct. 1861, Z. 9832 — S. 143 u. 436.
(M. E. v. 27. Nov. 1861, Z. 11599 — S. 491 u. 648.)
(M. E. v. 9. Dec. 1861, Z. 10644 — S. 166.)
M. E. v. 14. Febr. 1862, Z. 1732 — S. 516.
M. E. v. 11. April 1862, Z. 2968 — S. 587.
M. E. v. 17. April 1862, Z. 3933 — S. 363 u. 419.
M. E. v. 22. April 1862, Z. 4163 — S. 438.
M. E. v. 24. Mai 1862, Z. 4969 — S. 595.
(M. E. v. 1. Juli 1862, Z. 3542 — S. 354.)
M. E. v. 1. Aug. 1862, Z. 7966 — S. 517.
M. E. v. 9. Aug. 1862, Z. 8189 — S. 223, 673 u. 697.
M. E. v. 12. Aug. 1862, Z. 7392 — S. 593.
(M. E. v. 16. Aug. 1862, Z. 7767 — S. 412.)
M. E. v. 3. Sept. 1862, Z. 9125 — S. 139.
M. E. v. 5. Sept. 1862, Z. 9001 — S. 126.
M. E. v. 7. Nov. 1862, Z. 9390 — S. 175.
M. E. v. 11. Nov. 1862, Z. 11285 — S. 594.
M. E. v. 18. Nov. 1862, Z. 12303 — S. 595.
M. E. v. 30. Nov. 1862, Z. 10184 — S. 151, 7 u. 52.
M. E. v. 4. Dec. 1862, Z. 12977 — S. 592.
M. E. v. 6. Dec. 1862, Z. 12882 — S. 315 u. 289.
M. E. v. 2. Jän. 1863, Z. 14100 ex 1862 — S. 523.
M. E. v. 24. Febr. 1863, Z. 1160 — S. 268.
M. E. v. 4. März 1863, Z. 1106 — S. 268.
M. E. v. 16. März 1863, Z. 3017 — S. 95.
(M. E. v. 9. Mai 1863, Z. 4738 — S. 427.)
M. E. v. 5. Juni 1863, Z. 5371 — S. 277.

- M. E. v. 12. Juni 1863, Z. 6032 — S. 412.
 M. E. v. 14. Juni 1863, Z. 6291 — S. 96.
 M. E. v. 28. Juli 1863, Z. 5529 St. M. I. — S. 413 u. 417.
 (M. E. v. 5. Aug. 1863, Z. 8293 — S. 81 u. 617.)
 (M. E. v. 2. Oct. 1863, Z. 8547 — S. 423.)
 M. E. v. 4. Nov. 1863, Z. 11642 — S. 269.
 M. E. v. 30. Nov. 1863, Z. 12983 — S. 414.
 M. E. v. 21. Febr. 1864, Z. 11038 — S. 594.
 St. M. E. v. 25. Febr. 1864, Z. 1192 — S. 940.
 St. M. E. v. 26. Febr. 1864, Z. 839 — S. 826.
 M. E. v. 6. März 1864, Z. 7905 ex 1863 — S. 538.
 M. E. v. 6. März 1864, Z. 1297 — S. 285.
 M. E. v. 31. März 1864, Z. 2679 — S. 286.
 M. E. v. 3. April 1864, Z. 3229 — S. 575.
 (M. E. v. 16. Juni 1864, Z. 5509 — S. 256 u. 662.)
 M. E. v. 12. Juli 1864, Z. 6306 — S. 240.
 M. E. v. 31. Aug. 1864, Z. 4277 — S. 580 u. 994.
 M. E. v. 30. Sept. 1864, Z. 9331 — S. 315.
 M. E. v. 4. Oct. 1864, Z. 7844 — S. 516.
 M. E. v. 22. Nov. 1864, Z. 11773 — S. 414.
 St. M. E. v. 12. Jän. 1865, Z. 12350 — S. 862.
 M. E. v. 21. Jän. 1865, Z. 12352 — S. 595.
 M. E. v. 5. Febr. 1865, Z. 12625 — S. 415.
 (M. E. v. 7. Febr. 1865, Z. 629 — S. 509 464 u. 648.)
 M. E. v. 7. Febr. 1865, Z. 1059 — S. 596.
 St. M. E. v. 11. Febr. 1865, Z. 909 — S. 867.
 M. E. v. 28. Febr. 1865, Z. 1280 — S. 97.
 M. E. v. 28. Febr. 1865, Z. 1825 — S. 306.
 St. M. E. v. 5. März 1865, Z. 1800 — S. 871.
 M. E. v. 23. März 1865, Z. 2459 — S. 152.
 M. E. v. 27. März 1865, Z. 2368 — S. 53.
 (M. E. v. 4. Apr. 1865, Z. 2951 — S. 257 u. 662.)
 M. E. v. 12. April 1865, Z. 2639 — S. 257.
 M. E. v. 18. April 1865, Z. 3382 — S. 277.
 M. E. v. 24. April 1865, Z. 3888 — S. 108.
 M. E. v. 14. Mai 1865, Z. 4285 — S. 278.
 M. E. v. 20. Mai 1865, Z. 779 — S. 580 u. 1002.
 M. E. v. 20. Juni 1865, Z. 3805 — S. 152.
 M. E. v. 21. Juni 1865, Z. 5260 — S. 365.
 M. E. v. 23. Juli 1865, Z. 5857 — S. 468.
 (M. E. v. 28. Juli 1865, Z. 6745 — S. 496.)
 M. E. v. 1. Sept. 1865, Z. 8141 — S. 287.
 M. E. v. 25. Sept. 1865, Z. 2151 — S. 316.
 M. E. v. 4. Oct. 1865, Z. 4620 — S. 69.
 M. E. v. 21. Nov. 1865, Z. 11194 — S. 416.
 (M. E. v. 16. Dec. 1865, Z. 12030 — S. 258 u. 662.)
 M. E. v. 18. Dec. 1865, Z. 11027 — S. 152.
 M. E. v. 22. Dec. 1865, Z. 12093 — S. 259.
 M. E. v. 15. Jän. 1866, Z. 12256 ex 1865 — S. 417.
 M. E. v. 31. Jän. 1866, Z. 12407 — S. 223.
 M. E. v. 4. März 1866, Z. 83 — S. 579 u. 166.
 M. E. v. 31. März 1866, Z. 2743 — S. 439.
 M. E. v. 3. Apr. 1866, Z. 1390 — S. 99.
 M. E. v. 11. Apr. 1866, Z. 12483 — S. 580 u. 998.
 M. E. v. 11. Mai 1866, Z. 3462 — S. 259.
 St. M. E. v. 22. Juni 1866, Z. 3371 — S. 909.
 M. E. v. 4. Juli 1866, Z. 5620 — S. 287.
 (M. E. v. 11. Juli 1866, Z. 5865 — S. 112.)
 M. E. v. 3. Aug. 1866, Z. 5565 — S. 364.
 M. E. v. 24. Sept. 1866, Z. 7630 — S. 579.
 (M. E. v. 28. Oct. 1866, Z. 5636 — S. 571 u. 656.)
 M. E. v. 7. Nov. 1866, Z. 8315 — S. 255.
 Kais. Vdg. v. 9. Dec. 1866, R Gb. 157 — S. 624.
 M. E. v. 25. Dec. 1866, Z. 2410 — S. 136.
 M. E. v. 27. Dec. 1866, Z. 10378 — S. 95.
 M. E. v. 19. Jän. 1867, Z. 312 — S. 298.
 M. E. v. 16. Febr. 1867, Z. 833 — S. 53.
 M. E. v. 12. Apr. 1867, Z. 2642 — S. 255.
 M. E. v. 10. Mai 1867, Z. 3373 — S. 278.
 M. E. v. 4. Juli 1867, Z. 470 — S. 596.
 (M. E. v. 6. Juli 1867, Z. 4732 — S. 462.)
 M. E. v. 9. Juli 1867, Z. 5162 — S. 260.
 Allerh. Entschl. v. 22. Juli 1867, Z. 6164 C. U. — S. 664.
 (M. E. v. 9. Aug. 1867, Z. 6458 — S. 326.)
 M. E. v. 16. Sept. 1867, Z. 7401 — S. 316 u. 296.
 M. E. v. 22. Nov. 1867, Z. 9714 — S. 572.
 (M. E. v. 24. Nov. 1867, Z. 9595 — S. 573 u. 656.)
 M. E. v. 3. Dec. 1867, Z. 9212 — S. 270.
 M. F. v. 19. Jän. 1868, Z. 10610 ex 1867 — S. 351.
 M. E. v. 24. Jän. 1868, Z. 34 — S. 116.
 M. E. v. 19. Febr. 1868, Z. 963 — S. 597 u. 590.
 M. E. v. 22. Febr. 1868, Z. 984 — S. 582.
 (M. E. v. 25. März 1868, Z. 2028 — S. 355.)
 M. E. v. 8. Apr. 1868, Z. 2591 — S. 144.
 Schr. d. M. d. Innern v. 10. Apr. 1868, Z. 1417, C. U. M. Z. 2995 ex 1868 — S. 163.
 M. E. v. 24. Apr. 1868, Z. 3030 — S. 126.
 M. E. v. 22. Mai 1868, Z. 2562 — S. 597 u. 753.
 (M. E. v. 26. Mai 1868, Z. 4108 — S. 127 u. 615.)
 Gesetz vom 6. Juli 1868 — S. 123.
 M. Schr. v. 7. Juli 1868, Z. 4065 — S. 418.
 M. E. v. 10. Juli 1868, Z. 4873 — S. 164.
 M. E. v. 28. Sept. 1868, Z. 3318 — S. 351.
 M. E. v. 9. Oct. 1868, Z. 8808 — S. 356 u. 54.

M. E. v. 20. Oct. 1868, Z. 9367 — S. 199.
 Ges. v. 5. Dec. 1868, RGb. 151 — S. 203
 u. 637.
 Circ. Vdg. d. R.-Kriegs-M. v. 22. Dec. 1868,
 Z. 4554 — S. 205.
 M. E. v. 15. Jän. 1869, Z. 11056 — S. 200.
 (M. E. v. 18. Jän. 1869, Z. 10462 ex 1868
 — S. 136 u. 635.)
 M. E. v. 22. Jän. 1869, Z. 11264 ex 1868
 — S. 270.
 M. E. v. 8. Febr. 1869, Z. 669 — S. 538.
 M. E. v. 8. März 1869, Z. 86 — S. 153
 u. 613.
 M. E. v. 30. März 1869, Z. 1986 — S. 554.
 Vdg. d. R.-Kriegs-M. v. 1. April 1869,
 Z. 1923 — S. 210 u. 639.
 M. E. v. 19. April 1869, Z. 3060 —
 S. 484 u. 497.
 Circ. Vdg. d. R.-Kriegs-M. v. 24. April.
 1869, Z. 3050 — S. 211, 209 u. 210.
 M. E. v. 25. Apr. 1869, Z. 3029 — S. 200.
 M. E. v. 4. Mai 1869, Z. 1409 — S. 201.
 M. E. v. 16. Juni 1869, Z. 4508 — S. 224.
 M. E. v. 6. Juli 1869, Z. 5847 — S. 721.
 M. E. v. 13. Juli 1869, Z. 6213 — S. 754.
 M. E. v. 20. Juli 1869, Z. 6193 — S. 272
 u. 270.
 M. E. v. 30. Juli 1869, Z. 6535 — S. 201,
 194 u. 636.
 Vdg. d. R.-Kriegs-M. v. 9. Sept. 1869, Z.
 3710, Abth. III — S. 706.
 (M. E. v. 14. Sept. 1869, Z. 6734 — S. 426.)
 M. E. v. 21. Sept. 1869, Z. 6613 ex 1868
 — S. 262.
 M. E. v. 19. Oct. 1869, Z. 9166 — S. 357.
 (M. E. v. 12. Nov. 1869, Z. 10770 — S. 491
 u. 487.)
 M. E. v. 2. Dec. 1869, Z. 11015 — S. 636.
 M. E. v. 15. Dec. 1869, Z. 11580 — S.
 483 u. 443.
 M. E. v. 20. Jän. 1870, Z. 11168 ex 1869
 — S. 538.
 (M. E. v. 5. Febr. 1870, Z. 762 — S. 491.)
 M. E. v. 22. Febr. 1870, Z. 949 — S. 663.
 M. E. v. 22. Febr. 1870, Z. 1253 — S. 665.
 M. Vdg. v. 1. März 1870, Z. 7330 ex 1869
 — S. 599.
 M. E. v. 3. März 1870, Z. 1958 — S. 600
 u. 586.
 M. E. v. 4. März 1870, Z. 7453 ex 1869 —
 S. 633.
 M. E. v. 7. März 1870, Z. 1847 —
 S. 555.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. März 1870,
 Z. 2479 — S. 844.
 Erl. d. M. f. Landesvertheidigung vom
 24. März 1870, Z. 2320/II — S. 637
 u. 643.
 M. E. v. 25. März 1870, Z. 1974 — S. 612
 u. 648.

Ges. v. 9. April 1870, RGb. Nr. 45 — S. 622,
 627, 629 u. 632.
 Ges. v. 9. April 1870, RGb. Nr. 47 — S. 624
 u. 632.
 (M. E. v. 12. April 1870, Z. 2751 — S. 492.)
 M. E. v. 14. Mai 1870, Z. 4034 — S. 611.
 M. E. v. 26. Mai 1870, Z. 4115 — S. 439.
 M. E. v. 2. Juli 1870, Z. 5736 — S. 637
 u. 641.
 A. h. Handschr. v. 30. Juli 1870 —
 S. 661.
 M. E. v. 16. Aug. 1870, Z. 7434 — S. 638.
 M. E. v. 23. Aug. 1870, Z. 7844 — S. 677.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 7. Sept. 1870,
 Z. 8814 — S. 1039.
 M. E. v. 13. Sept. 1870, Z. 8825 — S. 609
 u. 610.
 M. E. v. 21. Sept. 1870, Z. 9124 — S. 626.
 Vdg. d. R.-Kriegs-M. v. 28. Sept. 1870,
 Z. 4088 — S. 639.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Oct. 1870,
 Z. 5021/VId — S. 698.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Nov. 1870,
 Z. 11740 — S. 705.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 10. Jän. 1871,
 Z. 12517 ex 1870 — S. 678 u. 716.
 M. E. v. 29. Jän. 1871, Z. 495 — S. 641.
 M. E. v. 9. Febr. 1871, Z. 1314 — S. 664.
 M. E. v. 14. März 1871, Z. 2279 — S. 626.
 A. h. Entschl. v. 20. März 1871 — S. 698.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 27. März 1871,
 Z. 1928 — S. 907.
 M. E. v. 30. April 1871, Z. 8825 v. J. 1870
 — S. 610.
 M. E. v. 11. Juli 1871, Z. 523 — S. 611.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Juli 1871,
 Z. 7377 — S. 706.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 17. Juli 1871,
 Z. 7747 — S. 640.
 M. E. v. 24. Juli 1871, Z. 6466 — S. 698.
 M. E. v. 18. Aug. 1871, Z. 9287 — S. 727.
 Ges. v. 22. Aug. 1871, RGb. Nr. 106 —
 S. 751.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 18. Oct. 1871,
 Z. 9910 — S. 752.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Nov. 1871,
 Z. 13442 — S. 679.
 M. E. v. 9. Febr. 1872, Z. 1607 — S. 664.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 25. Febr. 1872,
 Z. 13700 — S. 715.
 M. E. v. 16. März 1872, Z. 1346 — S. 633.
 M. E. v. 19. März 1872, Z. 3123 — S. 634,
 629, 632 u. 661.
 Ges. v. 3. April 1872, RGb. Nr. 45 — S.
 627.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 15. April 1872,
 Z. 4398 — S. 619, 643, 673 u. 696.
 M. E. v. 22. Mai 1872, Z. 3472 — S. 731.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Juni 1872,
 Z. 6726 — S. 647, 648 u. 680.

- Ges. v. 6. Juni 1872, RGb. St. XXXIV, Nr. 81 — S. 677.
 M. E. v. 2. Juli 1872, Z. 7971 — S. 644 u. 718.
 Erl. d. M. d. Innern u. d. M. f. C. u. U. v. 11. Juli 1872, Z. 10355 — S. 692.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Juli 1872, Z. 7896 — S. 717.
 M. E. v. 20. Aug. 1872, Z. 10222 — S. 750.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Aug. 1872, Z. 10119 — S. 663.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Aug. 1872, Z. 1047 — S. 768.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Sept. 1872, Z. 11995 — S. 770.
 M. E. v. 15. Oct. 1872, Z. 12942 — S. 732.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 24. Oct. 1872, Z. 13446 — S. 689.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Oct. 1872, Z. 13603 — S. 752.
 M. E. v. 10. Dec. 1872, Z. 15677 — S. 747.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 10. Jän. 1873, Z. 10517 — S. 614 u. 753.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Jän. 1873, Z. 14077 — S. 672.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. Jän. 1873, Z. 929 — S. 696.
 M. E. v. 31. Jän. 1873, Z. 1511 — S. 664.
 Erl. d. M. f. Landesverth. v. 3. Febr. 1873, Z. 1711/323 II — S. 643.
 Ges. v. 17. Febr. 1873, RGb. 25 — S. 698.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 23. Febr. 1873, Z. 1519 — S. 837.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 13. März 1873, Z. 2300 — S. 614 u. 753.
 Vdg. d. M. d. Innern v. 21. März 1873, (RGb. 37) — S. 697.
 M. E. v. 22. März 1873, Z. 3356 — S. 716.
 Ges. v. 15. April 1873, RGb. XVIII, Nr. 47 — S. 627 u. 629.
 Ges. v. 15. April 1873, RGb. Nr. 48 — S. 623, 627, 748 u. 751.
 Ges. v. 27. April 1873, RGb. XXII, Nr. 63 — S. 615 u. 625.
 M. E. v. 29. April 1873, Z. 4651 — S. 748.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 7. Mai 1873, Z. 5823 — S. 621.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Mai 1873, Z. 14901 — S. 735.
 Ges. v. 15. Mai 1873, RGb. Nr. 75 — S. 629 u. 631.
 Erl. d. F. M. v. 2. Juni 1873, Z. 1816 — S. 630.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 7. Juni 1873, Z. 6956 — S. 706.
 M. E. v. 3. Juli 1873, Z. 8580 — S. 740.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 19. Juli 1873, Z. 8804 — S. 738.
 M. Act. v. 13. Aug. 1873, Z. 8065 — S. 697.
 Vdg. d. M. d. Innern v. 27. Aug. 1873, RGb. Nr. 139 — S. 697.
 Erl. d. M. d. Innern v. 27. Aug. 1873, RGb. Nr. 140 — S. 716.
 M. E. v. 5. Sept. 1873, Z. 8131 — S. 732.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 23. Sept. 1873, Z. 9740 — S. 739.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 27. Sept. 1873, Z. 12719 — S. 674.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Nov. 1873, Z. 14568 — S. 1044.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Nov. 1873, Z. 14693 — S. 961.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Nov. 1873, Z. 14759 — S. 953.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Nov. 1873, Z. 15084 — S. 956.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Nov. 1873, Z. 15419 — S. 950.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Nov. 1873, Z. 15702 — 958.
 M. E. v. 5. Dec. 1873, Z. 15971 — S. 706.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Dec. 1873, Z. 16530 — S. 660.
 M. E. v. 16. Dec. 1873, Z. 16528 — S. 697.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Dec. 1873, Z. 17181 — S. 1060.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 20. Jän. 1874, Z. 13210 ex 1873 — S. 755.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 31. Jän. 1874, Z. 858 — S. 791.
 M. E. v. 3. Febr. 1874, Z. 1357 — S. 664.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 5. Febr. 1874, Z. 1432 — S. 660.
 Note d. M. f. Landesvertheidigung an d. M. f. C. u. U. v. 2. März 1874, Z. 850/192 IV — S. 642.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 2. März 1874, Z. 322 — S. 699.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 10. März 1874, Z. 2896 — S. 698.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. März 1874, Z. 3099 — S. 699.
 M. E. v. 21. März 1874, Z. 3098 — S. 642.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. März 1874, Z. 4105 — S. 772.
 M. E. v. 31. März 1874, Z. 4111 — S. 630.
 (Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. April 1874, Z. 4288 — S. 700.)
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Apr. 1874, Z. 3822 — S. 941.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 16. April 1874, Z. 2230 — S. 631.
 Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 28. April 1874, Z. 5234 — S. 614 u. 753.
 Erl. d. M. f. C. u. U. v. 11. Mai 1874, Z. 6064 — S. 1014.
 Erl. d. M. f. Landesverth. v. 17. Mai 1874, Z. 6641/II — S. 643.

- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 18. Juni 1874,
Z. 8164 — S. 632.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 7. Juli 1874,
Z. 8499 — S. 673.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Aug. 1874,
Z. 10310 — S. 968.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 23. Aug. 1874,
Z. 11186 — S. 1005.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Aug. 1874,
Z. 11849 — S. 1033 u. 1038.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Sept. 1874,
Z. 10474 — S. 697.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Sept. 1874,
Z. 10237 — S. 744.
- Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 28. Sept. 1874,
Z. 13633 — S. 665.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Sept. 1874,
Z. 13634 — S. 666.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 6. Oct. 1874,
Z. 13903 — S. 1036.
- M. E. v. 6. Oct. 1874, Z. 13908 — S. 669.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Nov. 1874,
Z. 10992 — S. 816.
- M. E. v. 30. Nov. 1874, Z. 16701 — S. 750.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Dec. 1874,
Z. 11335 — S. 786.
- M. E. v. 9. Dec. 1874, Z. 16846 — S. 697.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Dec. 1874,
Z. 17570 — S. 1056.
- Ges. v. 25. Dec. 1874, RGb. Nr. 2 —
S. 623, 629, 632 u. 662.
- Ges. v. 25. Dec. 1874, RGb. Nr. 3 —
S. 754.
- Vdg. d. M. d. Innern v. 20. Jän. 1875,
RGb. Nr. 8 — S. 697.
- M. E. v. 13. März 1875, Z. 3326 — S. 664.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. März 1875,
Z. 3116 — S. 775.
- Ges. v. 31. März 1875, RGb. Nr. 40
u. 41 — S. 612.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. April 1875,
Z. 4162 — S. 948.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 9. April 1875,
Z. 3524 — S. 660.
- M. E. v. 14. April 1875, Z. 5340 — S. 748.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 20. April 1875,
Z. 5400 — S. 634.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. April 1875,
Z. 5268 — S. 1015.
- Note d. M. f. C. u. U. an die k. gross-
britannische Botschaft in Wien vom
25. Mai 1875, Z. 6655 — S. 703.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Juni 1875,
Z. 8963 — S. 887.
- M. E. v. 9. Juli 1875, Z. 9695 — S. 613.
- M. E. v. 17. Juli 1875, Z. 10458 — S. 706.
- M. E. v. 30. Juli 1875, Z. 11944 — S. 621.
- M. E. v. 31. Juli 1875, Z. 11169 — S. 748.
- Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 30. Aug. 1875,
Z. 13240 — S. 914.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 2. Sept. 1875,
Z. 13949 — S. 1016.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 18. Sept. 1875,
Z. 12266 — S. 755.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 27. Sept. 1875,
Z. 15180 — S. 1006.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1875,
Z. 16300 — S. 931.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 18. Oct. 1875,
Z. 16209 — S. 1008.
- Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 24. Oct. 1875,
Z. 17140 — S. 761.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 4. Nov. 1875,
Z. 17641 — S. 1057.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Dec. 1875,
Z. 16740 — S. 822.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Jän. 1876,
Z. 20637 ex 1875 — S. 814.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. Febr. 1876,
Z. 1672 — S. 989.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Febr. 1876,
Z. 1276 — S. 814.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. Febr. 1876,
Z. 20306 ex 1875 — S. 1045.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 5. März 1876,
Z. 2342 — S. 965.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Mai 1876,
Z. 7060 — S. 991.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 9. Mai 1876,
Z. 7248 — S. 1062.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Mai 1876,
Z. 7889 — S. 880.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Mai 1876,
Z. 7864 — S. 903.
- Erl. d. Min. d. Innern v. 1. Juni 1876,
Z. 2209 — S. 895.
- Vdg. d. Min. f. C. u. U. v. 1. Juni
1876, Z. 6208 — S. 924.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 20. Juni 1876,
Z. 7914 — S. 895.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. Juli 1876,
Z. 9760 — S. 884.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 13. Juli 1876,
Z. 9764 — S. 884.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 11. Aug. 1876,
Z. 457/C. U. M. — S. 984.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. Aug. 1876,
Z. 12792 — S. 872.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Oct. 1876,
Z. 12867 — S. 884.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 4. Dec. 1876,
Z. 18253 — S. 1053.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 21. Jän. 1877,
Z. 341 — S. 992.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Jän. 1877,
Z. 723 — S. 785.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Febr. 1877,
Z. 21091 ex 1876 — S. 1062.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. April 1877,
Z. 4192 — S. 946.

- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. Juni 1877, Z. 10802 — S. 766.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Juni 1877, Z. 402/C. U. M. — S. 948.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Juni 1877, Z. 10017 — 939.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 6. Juli 1877, Z. 9761 ex 1876 — S. 932.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Sept. 1877, Z. 15581 — S. 1056.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 10. Oct. 1877, Z. 13204 — S. 774.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1877, Z. 3751 — S. 903.
- Verord. d. Min. f. C. u. U. v. 31. Oct. 1877, Z. 9087 — S. 941.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 13. Nov. 1877, Z. 18392 — S. 889.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Nov. 1877, Z. 18199 — S. 1039.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 24. Jän. 1878, Z. 19982 ex 1877 — S. 876.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Febr. 1878, Z. 20619 ex 1877 — S. 1040 u. 1041.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Febr. 1878, Z. 3011 — S. 948.
- Verord. d. Min. f. C. u. U. v. 6. Mai 1878, Z. 5385 — S. 892.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 23. Mai 1878, Z. 7822 — S. 913.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Mai 1878, Z. 4544 — S. 829.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 2. Juli 1878, Z. 10389 — S. 987.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Juli 1878, Z. 11263 — S. 762.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Juli 1878, Z. 9968 — S. 763.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 31. Juli 1878, Z. 10147 — S. 776.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Sept. 1878, Z. 12127 — S. 986.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Sept. 1878, Z. 15363 — S. 908.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16262 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16263 — S. 1058.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16264 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16265 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16266 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Oct. 1878, Z. 16267 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Oct. 1878, Z. 17238 — S. 937.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 7. Dec. 1878, Z. 18509 — S. 760.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Jän. 1879, Z. 18262 ex 1878 — S. 769.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 19. Jän. 1879, Z. 509 — S. 1059.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 20. März 1879, Z. 17020 ex 1878 — S. 1060.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 2. April 1879, Z. 5566 — S. 921.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. April 1879, Z. 5324 — S. 904.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 2. Mai 1879, Z. 4075 — S. 1047 u. 1051.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 5. Mai 1879, Z. 6275 — S. 757.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Mai 1879, Z. 6532 — S. 906.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 24. Mai 1879, Z. 7923 — S. 905.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 19. Juni 1879, Z. 9375.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. Juni 1879, Z. 8866 — S. 832.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Juni 1879, Z. 6460 — S. 906.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. Juni 1879, Z. 9845 — S. 905.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Juli 1879, Z. 11425 — S. 977.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. Sept. 1879, Z. 3310 — S. 944.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 21. Oct. 1879, Z. 11083 — S. 986.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Dec. 1879, Z. 19540 — S. 1042.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 27. Jän. 1880, Z. 489 — S. 1023.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Febr. 1880, Z. 802 — S. 1055.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. Febr. 1880, Z. 862 — S. 898.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Febr. 1880, Z. 1724 — S. 765.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 22. Febr. 1880, Z. 2486 — S. 890.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. April 1880, Z. 6582 — S. 890.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. Mai 1880, Z. 7807 — S. 911.
- Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 1. Juni 1880, Z. 8258 — S. 936.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Juni 1880, Z. 17683 — S. 947.
- Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 30. Juni 1880, Z. 351/C. U. M. — S. 904.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 5. Aug. 1880, Z. 11747 — S. 946.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Aug. 1880, Z. 13220 — S. 910.
- Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. Nov. 1880, Z. 18119 — S. 988.

Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Dec. 1880,
Z. 19282 — S. 764.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 6. Jän. 1881,
Z. 110 — S. 771.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3. Febr. 1881,
Z. 1406 — S. 764.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Febr. 1881,
Z. 560 — S. 947.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 9. Febr. 1881,
Z. 1798 — S. 764.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 26. Febr. 1881,
Z. 2202 — S. 896.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 31. März 1881,
Z. 2909 — S. 758.
Ges. v. 13. April 1881, RGb. N. 36 —
S. 968.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 27. April 1881,
Z. 4994 — S. 839.
Ges. v. 18. Mai 1881, RGb. N. 56 —
S. 910.
Vdg. d. M. f. Intern v. 4. Juni 1881,
Z. 6183 — S. 973.
Erl. d. M. d. Intern v. 11. Juni 1881,
Z. 8246 — S. 979.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Juni 1881,
Z. 8238 — S. 822.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Juni 1881,
Z. 8600 — S. 973.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 15. Juni 1881,
Z. 8301 — S. 760.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Juni 1881,
Z. 4918 — S. 943.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 28. Juni 1881,
Z. 9053 — S. 760.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 20. Juli 1881,
Z. 9410 — S. 932.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 25. Aug. 1881,
Z. 12731 — S. 949.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 27. Octob. 1881,
Z. 15308 — S. 773.
Vdg. d. M. f. C. u. U. v. 31. Octob. 1881,
Z. 11507 — S. 931.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 13. Nov. 1881,
Z. 17003 — S. 889.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 19. Nov. 1881,
Z. 16888 — S. 768.

Erl. d. M. f. C. u. U. v. 10. Dec. 1881,
Z. 11453 — S. 987.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 18. Jän. 1882,
Z. 941.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 1. Febr. 1882,
Z. 1797 — S. 901.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 17. Febr. 1882,
Z. 2753 — S. 899.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 23. Febr. 1882,
Z. 19768 — S. 849.
Ges. v. 28. Febr. 1882 R.-G.-B. N. 24 —
S. 756.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 3 April 1882,
Z. 5204 — S. 758.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 9. Mai 1882,
Z. 7601 — S. 938.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Mai 1882,
Z. 7926 — S. 949.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. Juni 1882,
Z. 758/C. U. M. — S. 945.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 16. Juli 1882,
Z. 9642 — S. 970.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 17. Aug. 1882,
Z. 992/C. U. M. — S. 1026.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 18. Aug. 1882,
Z. 12746 — S. 969.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 31. Aug. 1882,
Z. 885/C. U. M. — S. 891.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8 Octob. 1882,
Z. 15740 — S. 1028.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 14. Nov. 1882,
Z. 19324 — S. 970.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Dec. 1882,
Z. 20097 — S. 978.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 8. Dec. 1882,
Z. 20954 — S. 1059.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 29. Dec. 1882,
Z. 19812 — S. 1029.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 17. Febr. 1883,
Z. 1995 — S. 972.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 12. März 1883,
Z. 21329 — S. 1061.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 30. März 1883,
Z. 5140 — S. 1020.
Erl. d. M. f. C. u. U. v. 6. April 1883,
Z. 2944 — S. 1028.

Sach-Register.

Abgang von der Universität (Abgangszeugnisse).

Im Allgemeinen, S. 17, 48, 145.

Speciell für Theologen S. 237 u. 269.

„ „ Juristen S. 337, (411) u.
669.

„ „ Privatisten S. 939.

Abgangszeugnisse ausländischer Uni-
versitäten als Grundlage der Imma-
trication von Inländern S. 612.

Abhaltung von Vorträgen in den PrivatwohnungenderDocenten S. 28.

Abhandlung,

als Erforderniss des phil. Doctorates,
S. 656.

Absolutorien.

S. Abgangszeugnisse.

Activitätsbezüge

des Staatslehrpersonales und d. Bib-
liotheksbeamten S. 627—630.

Akademische Behörden.

Organisation und Wirkungskreis der-
selben, S. (69—77), 615—621.

Geschäftsordnung, S. 619.

Correspondenz, S. 79, 94—96 u. 621.

Akademischer Senat.

Siehe Senat.

Adjuncten.

Im Allgemeinen, S. 137.

Verlängerung der Anstellung der
Adjuncten, S. 139 (§. 5).

Adjuncten werden nicht beeidet, S.
139, Anm.

Verwendung derselben für ein anderes
Lehrfach, S. 140.

Speciell Betreff der theol. Adjuncten,
S. 245, 247.

Feststellung der Bezüge der Adjuncten
an den Univ. Sternwarten in Wien,
Prag u. Krakau, S. 750.

Adjuten.

Beginn des Genuss derselben und
Zeitpunkt des Erlöschens, S. 629.

Administrative Abtheilung der theoret. Staatsprüfung.

Aufhebung derselben, S. 325 u. 403.

Aenderungen d. Vorleseordnung.

S. 22, 24, 35, 37 u. 40.

Aerzte (ausländische).

Inscription derselben in die Collegien,
S. 569.

Agramer Universität.

Zulassung der dortigen absolvirten
Hörer zu Rigorosen und zur Pro-
motion, S. 351.

Anrechenbarkeit der dort zurück-
gelegten Studien, S. 937 u. 938.

Album der Universität.

S. 3 (§. 3).

Allgemeine Anordnungen

übersämmtliche Facultätsstudien, S. 3.

Für die theol. Facult. modific., S. 232.

Für die jurid. Facult. modific., S. 321.

Allgemeine Staatsprüfung

des jurid. Stud.-Systems v. J. 1850,
aufgehoben, S. 325 u. 403.

Amanuensen.

Bibliotheks-Amanuensen dürfen Aus-
hilfen erhalten (S. 595).

Zuerkennung v. Quinquennalzulagen
an dieselben, S. 754.

Amtsgeheimniss.

Wahrung desselben seitens der aka-
demischen Körperschaften. S. 772.

Anatomie.

Patholog. Anatomie als obligater
Lehrgegenstand (S. 485).

Patholog. Anatomie als Gegenstand
des 2. medic. Rigorosums, S. 649.

Studium der Anatomie und Stellung
der Prosectoren (S. 486).

Anatomie.

Errichtung anatomisch - pathologischer Cabinet, S. 486.

Einsendung pathologisch - anatom. Präparate u. Missgeburten, S. 478.

Angelobung der Hebammen,

S. 699;

der Wund- u. Geburtsärzte, S. 699.

Annual- u. Semestralprüfungen.

Im Allgemeinen, S. 13 (§. 51) u. (511).

Hinsichtl. der Theologen, S. 237.

„ d. Chirurgen (S. 498 u. 501).

„ der Hebammen, S. 510.

Anrechnung

der an einer techn. Hochschule angebrachten Dienstzeit beim Uebertritte an eine Universität, S. 627.

Anticipativ-Zahlung

der Collegiengelder, S. 609 u. 610.

Anweisung

der Bezüge der Staatsdiener, Vorgang dabei, S. 629.

Apothekerlehre.

Nachsicht der Fortgangsschule für die Aufnahme, S. 526 u. 527.

Assistenten.

S. 137—143 (Absch. II. c).

Im Allgemeinen, S. 137.

Stellung derselben, S. 141.

Erfordernisse der Bestellung als Assistent, S. 138, 142 u. 143.

Vorgang bei der Wahl derselb., S. 142.

Vorgang bei der Bestellung von A. der Wiener Sternwarte und Centr.-Anstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus, S. 721.

Ernennung und Dienstverlängerung, S. 142.

Festsetzung der Bezüge, S. 633.

Flüssigmachung der Bezüge, S. 141.

Anspruch auf Naturalwohnung, S. 776.

Dispens des Verwandtschaftsverhältnisses od. der Verehelichung, S. 143.

Verwendung für ein anderes Lehrfach, S. 140.

Urlaub, S. 141.

Assistenten der Chemie, S. 539.

Assistenten werden nicht beeidet, S. 139. (Subst. Norm.)

Einrechnung der Dienstzeit, S. 438.

Instruction für klinische Assistenten, S. 515.

Chirurgische Assistenten, S. 500 (507).

Aufnahme von Studirenden,

S. 3.

Nachträgliche Aufnahme, S. 91 u. 152.

Thaa, Oesterr. Universitätsgesetze.

Aufnahme von Studirenden.

Aufnahmebedingung für die theolog. Studien, S. 232 u. f.

Bes. Bestimmungen für die jurid. Studien, S. 341.

Aufnahmsschein,

S. 5, §. 13 u. S. 10, §. 34.

Formularef. Aufnahmsscheine, S. 148.

Aufnahmsscheine sind nicht stempel-pflichtig, S. 148.

Augenheilkunde,

S. (453, 494 und 502), 649, 687—689, 691.

Bestellung von Prof. der Augenheilkunde, S. (470).

Augustin St. (höheres Priesterbildungsinstitut in Wien).

Befreiung vom Collegiengelde, S. 263.

Zulassung zur Erlangung des theol. Doctorgrades, S. 283, 284 u. 286.

Ausländer.

Behandlung bezügl. d. Immatriculation, S. 5, §. 11, S. 12, §. 46, S. 59 folg.

Hinsichtl. d. Honorarbefreiung, S. 44, §. 15.

Hinsichtl. der Zulassung zum Studium d. Theologie, S. 266.

Hinsichtl. der Zulassung zum Studium der Rechte, S. 329 u. 345.

Nostrification ausländischer Doctor-diplome, S. 60.

Strenge Prüfungen fremder Aerzte zur Ausübung der Praxis, S. 480 u. 481.

Aufnahme ausländischer Aerzte in die Collegien der medic. Facultät, S. 569.

Ueber die Ausfertigung der medic. und jurid. Doctor-diplome für Ausländer, S. 480 u. 760.

Immatriculation von Inländern auf Grund ausländischer Abgangszeugnisse, S. 612.

Erforderniss der Maturitätsprüfung, S. 758.

Ungiltigkeit ausländischer Professors-titel für die im Reichsrathe vertretenen Länder, S. 613.

Führung des im Auslande erworbenen Titels eines Doctors der Medicin, S. 968.

Ergänzung eines im Auslande erworbenen Doctorates der Medicin durch das Doctorat der Chirurgie und Geburtshilfe in Wien, S. 696.

Siehe noch Diplome.

Ausschliessung ein. Studirenden
(von einer Lehranstalt), S. 157;
ist in der Regel allen betreffenden
Lehranstalten der Monarchie an-
zuzeigen, S. 154.

Ausschl. der aus geistl. Seminarien
wegen Vergehen Entlassenen v.
d. theol. Studien, S. 262.

Ausserordentliche Professoren.
Begriff d. ausserordentl. Prof. (S. 70).
Gehalte u. Diätenklasse, S. 623.
Eideserinnerung derselben bei Er-
nennung zu Ordinarien, S. 626.
Einreihung d. ausserordentl. Prof.,
S. 119.
Bezug der Collegiengelder bei Vor-
rückung eines Supplenten zum
ausserordentl. Professor, S. 53.

Ausserordentliche Hörer,
S. 3 u. 9 §. 33.
Gymn. Abiturienten sind nicht ohne
Maturitätsprüfung aufzunehmen,
S. 150.
Verpflichtung derslb. zur anticipativen
Entrichtung des Collegiumgeldes,
S. 50 u. 609.
Disciplinarbehandlung derselb. S. 157
§. 16 u. S. 539 Anm.

Austritt aus den Studien.
Im Allgemeinen, S. 17, 145 u. folg.
Für Theologen, S. 269.
Für Juristen, S. 337 u. folg.

Auswärtige Doctordiplome.
Siehe Diplome.

Ausweise
Erstattung derselben betreffs der
Stipendisten aus den ungarischen
Ländern, S. (188, 201), 636.
Ueber die Inscriptionen, S. 890.
Ueber d. nachträglichen Inscriptionen,
S. 889.
Statistische Ausweise über die Uni-
versitäten, S. 948.
Ueber die Rigorosen, S. 949.

Baccalaureat.
Abschaffung desselben auch bei der
theol. Facultät, S. 281 Anm.

Bandagen- u. Instrumentenlehre.
Obligat für das bestandene Doctorat
der Chirurgie (S. 698).

Barmherzige Brüder.
Gleichstellung mit gelernten Chirur-
gen (S. 509).
Ausfolgung der Diplome (S. 482).
Dieselben sind zur Ausübung der
chir. Praxis im weltlichen Stande
nicht berechtigt (S. 504).

Barmherzige Brüder.
Diplome u. Angelobungsformeln für
Barmherzige Brüder (S. 508).

Beamte.
(Kanzlei- u. Manipulationsbeamte.)
Ausnahmsweise Zulassung derselben
zur Conceptionspraxis, S. 326.
Ausnahmsweise Zulassung derselben
zu den jurid. Studien, S. 939.

Beeidigung
der Professoren, S. 116 u. 626;
„ promovirten Doctoren (S. 85 u. 90);
der geprüften Hebammen, S. (477)
699;
der Magister der Pharmacie, S. 477
u. 529.

Befreiung
a) vom Collegiengelde.
Im Allgem., S. 35, 41, 43, 169 u. 610.
Speciell für Theologen, S. 263, 265
u. 268.
Speciell für Juristen, S. 329.
b) von der Prüfungstaxe,
S. 366 u. 402.

**Behandlung fremder Staatsange-
höriger.**
Siehe Ausländer.

Behörden.
Siehe Akademische Behörden.
Berichte der akad. Behörden.
Siehe Correspondenz.

**Berliner Hochschule des Juden-
thumes,**
Enthebung der dort studirenden In-
länder von der Präsenzdienstpflicht,
S. 643.

Beschwerden der Studirenden.
Ueber Anbringung derselben, S. 17
u. 80.

Besetzung der Univ. Lehrämter.
S. 109 u. 110.

Besoldungsverhältnisse.
Siehe Gehalte.

Bestätigung des Besuchs.
Im Allgem., S. 14 §. 54 ff., S. 32,
33 u. 149.
Hinsichtl. der Juristen, S. 330, 340
u. 665.
Abkürzung der Frist zur Frequenz-
bestätigung, S. 889.
Bestätigung der Professoren in ihrer
Anstellung, S. 104—108, 123,
125 u. 244.
Bestätigung der Diener in ihrer An-
stellung, S. 484.

Besuch ausländ. Universitäten
(durch österr. Staatsangehörige).

Im Allgem., S. 12 (§. 46).

Hinsichtl. der Theologen, S. 265.

" " Juristen, S. 329, 347
u. 410.

Besuch der Vorlesungen.

Im Allgemeinen, S. 14 ff.

Hinsichtl. der Theologen, S. 237.

Hinsichtlich der Juristen, S. 328 u.
665.

Besuchszeugnisse.

Siehe Bestätigung.

**Besteuerung des Einkommens d.
Univ.-Mitglieder,**

S. 122 u. 772.

**Besteuerung des Einkommens
von Staatsprüfungstaxen,**
S. 947.

Bibliotheken.

Siehe Univ.-Bibliotheken.

Breslauer Rabbinatsseminar.

Enthebung der dort studirenden In-
länder von der Präsenzdienstpflicht,
S. 637.

**Centralanstalt für Meteorologie u.
Erdmagnetismus.**

Vorgang bei Bestellung von Assi-
stenten, S. 721.

Chemie.

Creirung der Doctoren der Chemie,
S. 536.

Bestellung von Assistenten d. Chemie,
S. 539.

Chirurgische Assistenten.

Abhaltung der Vorlesungen über
chirurgische Operationslehre durch
die Assistenten, S. 500.

Siehe noch Assistenten.

Chirurgische Lehranstalten.

Verrechnung der Dotationen, S. 614.

Auflassung der med.-chir. Lehran-
stalten zu Lemberg, Olmütz und
Salzburg, S. 698.

Chirurg. Operationsinstitut,

S. 474, 476, 478, 482, 500, 677 und
716.

**Civilpensionäre des k. k. Thier-
arznei-Institutes,**

Erhöhung der Bezüge derselben, S.
716.

Coexaminatoren,

bei den medic. Rigorosen nach der
neuen Rig.-Ord., S. 649 folg. u. 680 ff.

Collegien.

In Betreff angekündigter und später
nicht abgehaltener Collegien, S. 37.

Collegiengelder,

S. 41—53.

Gesetz über Einführung derselb., S. 41.

Befreiungsgesuche, S. 41.

Zeitpunkt der Entrichtung, S. 609
u. 756.

Durchführungsmodalitäten der anti-
cipativen Entrichtung, S. 610.

Zurückstellung bei späterer Befreiung,
S. 51.

Verwendung der Einhebungsprocente,
S. 49 u. 52.

Verpflichtung, publica zu halten, S.
42 u. 53.

Bezug d. C. G. bei Ernennung eines
Supplenten zum a. o. Professor, S. 53.

Berücksichtigung der C. G. in den
Lectionskatalogen, S. 23, 26 u. 27.

Stempelpflicht der C. G. Quittungen,
S. 83, 84.

Vergl. auch Befreiungen.

Colloquien-Zeugnisse,

S. 13 §. 51, S. 47 §. 30, S. 125, 149 u. 359;
deren Stempelpflicht, §. 1062.

Commissionen,

Remunerationen der Prof. für Verwen-
dung bei ämtl. Commissionen, S. 103.

Concordat.

(S. 238—240.)

Aufhebung desselben, S. 661 u. 762.

Concurse

um Lehrämter, siehe S. 109
und hinsichtlich der Theologen, S.
229 und 241 ff.

Consistorium.

Siehe Universitäts-Consistorium.

Contrahirung d. r. u. s. w. Studien.

S. 325 (§. 7) u. 367—370.

Controle

über die Anschaffungen der Univ.-
Bibliotheken, S. 594.

Conversatorien,

S. 32 u. Abschn. VII c.

Correspondenz d. akd. Behörden.

Bezügliche Stellung des akad. Senates
u. Landeschefs S. (74 §. 20), 79,
80, 96, 59 u. 621.

Art der Unterfertigung der Berichte, S. 95.

Der Staatsprüfungs-Commissionen,
S. 372 ff. u. 385.

Cumulirung

der Professur mit anderen Staats-
ämtern, S. 123;

Cumulirung

der Professur mit Verwaltungsrathstellen, S. 125;
von Stipendien, S. 199.

Czernowitz.

Errichtung einer Universität, Unterrichtssprache, Gehalte der Professoren, Dotation pro 1875, S. 612.
Beginn des Studienjahres, S. 755.
Gr.-or. theolog. Facultät, S. 914 ff.
Errichtung eines pharmac. Curses, S. 977.

Dalmatinische Stipendien.

Siehe Stipendien.

Dauer der Studien.

Im Allgemeinen, S. 12 (§. 47).
Speciell für Theologen, S. 235 (§. 13).
Für Juristen, S. 321.

Dauer der einzelnen Vorlesungen,
(S. 21).**Decan d. Professorencollegiums,**
Vorgang bei der Wahl desselben,
(S. 71, §. 6—9), 616.

Stellung u. Wirkungskreis desselben,
(S. 73 §. 19, S. 4 §. 7, S. 72, 78
u. 84—87), 618.

Speciell hinsichtl. der Juristen, S. 330
Anm. u. 401.

Definitivum.

Siehe Bestätigung.

Diätenklassen

des Univ.-Lehrpersonales (S. 101 u.
119), 623.
der Universitätsbeamten, S. 67.
Bibliotheksbeamten, S. 745.

Diener.

Anstellung an medic.-chirurg. Lehranstalten, S. 484.

Diensttaxen für Prof. und Lehrer,
S. 107.**Dienstzeit,**

Anrechnung der bei einer techn. Hochschule zugebrachten, beim Uebertritt an eine Universität, S. 627.

Diöcesan-Lehranstalten.

Allg. Bestimmungen, S. 227 u. 230.
Zulassung von Externisten gestattet,
S. 263.
Siehe auch Befreiungen.

Diplome.

Ausfertigung der Diplome überhaupt,
S. 217 (85), 87 und 446.
Diplome der Magister der Pharmacie,
S. 453, 535 u. folg.
Diplome für Hebammen, S. (514), 700.
Einhändigung dieser Diplome (S. 477).

Diplome.

Ausstellung von Duplicaten, siehe
Duplicate.

Diplome für Mitglieder des Ordens
der Barmherzigen Brüder (S. 482).

Diplome für Ausländer.

Juridische und medicinische, S. 427
u. 480.

Chirurgische (S. 502).

Diplome ausländisch. Gelehrten-
Gesellschaften od. Akademien,
S. 59.**Diplome fremder Universitäten.**

Annahme und Geltung derselben,
S. 60, 62, 214 u. 613.

Disciplinar-Ordnung provis. f. die
Universitäten,

S. 154, vergl. auch S. 763.

Dispens

von strengen Prüfungen, unzulässig.
S. 214.

Dispositionen

über die akad. Localitäten, S. 99.

Disputationen,

aufgehoben, S. 646.

Docenten.

Siehe Privatdocenten.

Doctorat.

Im Allg. S. 213—226 u. insb. 643.
Theol. Doctorat, S. 279—287.

Juridisches Doctorat, S. 419—430 u.
insbes. 644.

Medicinisches Doctorat, S. 485—493
u. insbes. 647.

Philosophisches Doctorat, S. 656.

Doctorats-Candidaten.

Dieselben sind nicht verpflichtet, in
die Facultät einzutreten, S. 77 u.
620.

Verlust des Doctorats im Falle der
Verurtheilung wegen Verbrechen,
S. 218 u. 222.

Vergl. auch Rigorosen, Dispu-
tation und Promotion.

Doctoratsprüfungen.

Vergl. Rigorosen.

Doctorcollegien.

Aufhebung derselben als Theile der
Facultäten und der Universitäten.
Constituierung derselben als selbst-
ständige Corporationen, S. 620.

Doctorgrad.

Allgem. Normen zur Ertheilung des-
selben bei allen Facultäten (S.
213 ff.) u. 643 ff.

Doctordiplome.

Siehe Diplome.

Doctor-Promotionen.

Siehe Promotionen.

Dotation.

Dotation der Univ. Czernowitz per 1875/76, S. 612.

Duplicate

von Meldungsbüchern, S. 17 (§. 68);
von Diplomen, S. 909.

Ehrendiplome o. Ehrendoctorate.

Bedingung der Ausfolgung derselb.,
S. 62, 214 u. 660.

Siehe auch Diplome.

Eidesabnahme

der Professoren, S. 111.

Eideserinnerung, S. 626.

Eidesformel, S. 116.

„ Licentiaten und Doctoren an
der ev.-theol. Lehranstalt, S. 313.

Eidesformel für Magister der Pharmacie, S. 529.

Angelobungsformel für Hebammen
(S. 520), 699; für Wund- und Geburtsärzte, S. 698.

Eingaben in Studienangelegenheiten.

Siehe Correspondenz.

Einhändigung d. Doctordiplome.

Siehe Diplome.

Einhebungsprocente der Collegiengelder.

Verwendung derselben, S. 49 u. 52.

Einjährig-Freiwillige,

Dauer ihrer Präsenzpflcht, S. 639.

Einkommen der Professoren.

Besteuerung desselb., S. 122 u. 751.

Einrechnung

der Semester in die Studienzeit,
S. 13 (§. 49), S. 11 u. 15 (§. 59),
S. 29, 324, 330 und 343;

bei preussischen Studirenden,
S. 63 und 679.

Einreichungsprotokoll

der Staatsprüfungs-Commissionen,
S. 385 u. 410.

Einreihung d. ausserordentlichen Professoren.

Siehe ausserord. Professoren.

Einschaltung

der Lectionskataloge in die öffentl.
Blätter, S. 24 u. 27.

Einverleibung

der neu creirten Doctoren in die
Facultät nicht mehr erforderlich,
S. 213 u. 620.

Erledigung der Geschäftsstücke,

S. (72) u. 618.

Eröffnung der Vorlesungen.

Zeitpunkt, wann dieselbe stattzu-
finden hat, S. 36.

Massregeln zur rechtzeitigen Eröff-
nung der Vorlesungen, S. 39.

Erziehungsbeiträge,

Bewilligung, charaktermässiger E.-B.
für Waisen von Universitäts- und
Facultäts-Professoren, S. 632.

Erziehungskunde,

S. 255 u. 568.

Evangelisch-theol. Lehranstalt,

(Abschn. IV f), S. 288 ff. — 317 u.
663, 664.

Errichtung, S. 288.

Organisation, S. 290.

Lehrplan, S. 398.

Prüfungsvorschrift, S. 316.

Stipendien und Beneficien, S. 289,
304, 315 u. 663 u. 664.

Regulirung des Beneficienwesens,
S. 913.

Besondere Verpflichtungen der Sti-
pendisten (Semestralprüfungen und
fixe Stundenzahl), S. 304 u. 307.

Evang.-theol. Würden (Licentiat u.
Doctorat), S. 309 ff.

Evidenzhaltung

der Studirenden im Allg., S. 10;

der bei Staatsprüfung Reprobirten,
S. 382 u. 389.

Examinatorien

S. 32.

Externisten.

In den theol. Hauslehranstalten, S. 263.

Facultäten.

Begriff und Rechte derselben, S. (69,
75 u. 77), 615.

Aufnahme der Doctoren in die Fa-
cultäten, S. (213), 620.

Theilnahme der Prof. an den Rigo-
rosen ist nicht abhängig von
ihrem Eintritte in die Facultät,
S. (114) u. 643 ff.

Zahlungen der Doctoranden an Doc-
toren-Collegien der Witwen-Socie-
täten nicht mehr obligat, S. 620.

Siehe noch theologische, juri-
dische, medicinische und
philosophische Facultät.

Facultätsstudien.

Allgem. Anordn. über dieselben, S. 3.
Facultätssiegel.
 (S. 86.)

Fallfrist

für Einreichung der Befreiungs-
 gesuche, S. 45 u. 610.

Feldärztliche Zöglinge.

(S. 487.)

Ferien.

Allgemeine Bestimmungen, S. 16
 (§. 63), S. (21 [§. 6]).
 Definitive Regelung, S. 64 u. 65.
 Specielle Weihnachtsferien, S. 97.
 Specielle Bestimmungen für die jurid.
 Facultät, S. 330 u. 349.
 Vergl. noch Urlaub.

Finanzgesetzkunde.

S. 323 u. 334.

Formulare.

Für Meldungsbücher, S. 148.
 Für Meldungsbogen, S. 148.
 Für Nationale, S. 148.
 Für Aufnahmscheine, S. 148.
 Für Hauptkataloge, S. 148.
 Univ. Abgangszeugnisse, S. 145.

Frauen.

Zulassung zu Universitätsvorlesungen,
 S. 892.

Freiwillige,

siehe Stiftungen u. Stipendien
 u. Militärpflicht.

**Frequentationsbestätigung und
Controle,**

siehe Bestätigung des Besuches.

**Fundamental- und Pastoraltheo-
logie,**

Honorirung der betreffenden Vor-
 träge, S. 259.

Besetzungsmodalität in Lemberg,
 S. 260.

Gäste (Hospitanten).

Zeitdauer d. unentgeltlich gestatteten
 Hospitirung, S. 47, §. 32.

Disciplinarpflichten der Hospitanten,
 S. 157 (§. 16).

Geburtshilfe.

Lehrplan des geburtshilfl. Studiums
 für Hebammen, S. 467 u. 703.

Strenge Prüfungen der Hebammen,
 S. 452, 514 u. 704.

Semestralprüfungen der Hebammen-
 schülerinnen, S. 510.

Zulassung jüdischer Hebammen zu
 christlichen Wöchnerinnen, S. 510.

Geburtshilfe.

Begünstigungen der Hebammen in
 Bezug auf Taxen und Stipendien,
 S. 514.

Zulassung zum praktischen Curs und
 Collegiengelder, S. (487), 511, (513
 u. 517).

Ausschliessung gebrechlicher Frauen
 vom Hebammendienste, S. 512.

Ausfertigung der Diplome für Heb-
 ammen und Einhebung der Taxen,
 S. (512), 513, 514, 520 u. 704.

Instruction der geburtshilfl. Profes-
 soren, S. 515.

Errichtung eines geburtshilfl. Opera-
 tions-Institutes in Wien, Statut
 und Instruction für die Frequen-
 tanten, S. 970—973.

Zulassung lediger Frauenspersonen
 zum Hebammencurse, S. 516 u. 703.

Zuweisung von Gebärenden an die
 Klinik, S. 518.

Angelobungs- und Diplomsformel für
 Hebammen, S. 520 ff., 699 u. 700.

Aufnahmstermin für den Hebammen-
 curs, S. 523.

Gehaltskarenz.

Siehe Urlaub.

Gehalte.

Der Univ.-Professoren an den welt-
 lichen Facultäten, S. (111 u. 116)
 u. 622.

Der Professoren an den theologischen
 Facultäten (S. 251, 257 und 258),
 661.

Der Professoren an den Hebammen-
 schulen, S. 677.

Der Univ.-Professoren in Czernowitz,
 S. 612.

Beginn des Genusses und Erlöschung,
 S. 629 u. 630.

Geldverläge.

Verrechnung derselben, S. 614.

Gerichtliche Arzneikunde.

Stellung der betreffenden Docenten
 an der rechts- und staatswissensch.
 Facultät, S. 323.

**Geschäftsgang bei Eingaben oder
Recursen in Studienangelegen-
heiten.**

S. 17 u. 80.

Geschäftsordnungen

der akademischen Behörden, S. 786 ff.

Geschichte.

(Oesterr. Gesch. für Juristen), S. 324,
 325, 333 u. 349.

Geschichtsforschung.

Gründung des Institutes für österr.
Geschichtsforschung, S. 580.
Neues Statut desselben, S. 744.

Gesuche in Studienangelegenheiten.

S. 17 u. 80.

Grazer Universität.

Einrechnung der von preuss. Studierenden der Medicin dort zugebrachten Dienstzeit in das vorgeschriebene Univ.-Studium, S. 679.
Errichtung einer Professur für Syphilis und Hautkrankheiten, S. 697.
Fortbestand d. Vorträge über Staatsrechnungswissenschaft, S. 665.

Gutachten

der medic. Professoren, S. 431, 434 und 436.

Gymnasial-Abiturienten.

Vergl. Ausserordentl. Hörer.

Habilitirung

der Privatdocenten, S. 129 u. 634.

Hauptcollegien,

S. 20 (§. 3), S. 42 (§. 5 u. 6).

Hauptferien.

Siehe Ferien.

Hauptkataloge.

Siehe Kataloge.

Hebammen.

Siehe Abschn. VI e, S. 510—523, 699—705 u. S. 973.

Hebammenschulen.

Gehalte der Professoren an denselben, S. 677.

Zuerkennung v. Quinquennalzulagen für die Professoren und von charaktermässigen Pensionen für deren Witwen, S. 968.

Heranbildung

von Lehrkräften an Hochschulen, S. 775.

Honorarpflicht,

S. 41 (§. 2).

Honorar-Professoren, S. 625.

Hospitirung von Collegien.

S. 47 u. 157.

Hufbeschlagschmiede.

Neuer Lehrplan für dieselben, S. 714.
Errichtung einer solchen in Lemberg, S. 979.

Immatriculation.

Im Allg., S. 3 u. 153.

Frist hierzu, S. 4 (§. 7 u. 152), S. 9 (§. 31).

Immatriculation.

Taxe, S. 6.

Von Theologen, S. 233.

Immatriculation auf Grund ausländischer Abgangszeugnisse, S. 612.

Innsbrucker Universität.

Recht derselb., Doctoren der Theologie zu promoviren, S. 287.

Wiedererrichtung der medic. Facultät und Auflassung der chir. Lehranstalt, S. 484.

Einrechnung der von preussischen Studirenden der Medicin dort zugebrachten Dienstzeit in das vorgeschriebene Univ.-Studium, S. 679.

Einführung von italienischen Vorträgen für Juristen, S. 357 u. 940.

Statut des historischen Seminars, S. 727.

Inscription.

Im Allgemeinen, S. 7 u. folg., dann S. 145, 151—153.

Für die jurid. Facultät, S. 341.

Ausweise über dieselbe, S. 890.

Nachträgliche Inscription, siehe nachträgliche Aufnahme.

Inscription von Beamten, S. 939.

Institut für österr. Geschichtsforschung in Wien.

Statut desselben, S. 744.

Institut, physikalisches.

Statut desselben, S. 721,
geburtshilfliches in Wien, siehe Geburtshilfe.

Instruction

für den Vorgang bei Anordnung der Vorlesungen und bei Abfassung der Lectionskataloge, S. 20—40.

Inst. für das Verfahren bei Evidenzhaltung der Verweisungserkenntnisse, S. 158.

Inst. über die Behandlung derjenigen Candidaten des öffentl. Dienstes, welche sich auf die theoret. Staatsprüfungen durch Privatstudium vorbereiten, S. 367.

Instr. für die theor. Staatsprüfungen der Juristen, S. 383 u. 414.

Instr. für Diener der anatom. pathol. Anstalt, S. 490.

Instr. der geburtshilf. klinischen Professoren u. Assistenten, S. 515.

für Hebammen, S. (521), (700), 973.

„ die Bibliotheken, S. 588 u. 753.

Instr. zur Ausführung der Rigorosen-Ordnung für die rechts- und staatswissenschaftliche Facultät, S. 670.

Instruction.

- Instr. zur Ausführung der Rigorosen-
Ordnung f. d. med. Facultät, S. 680.
Instr. für die praktischen Prüfungen
bei den medic. Rigorosen, S. 689.
Instr. der Ausführung der Rigorosen-
Ordnung für die philosophische
Facultät, S. 718.

Interims-Aufnahmsscheine.

- für ordentl. Hörer, S. 5;
sind nicht stempelpflichtig, S. 148.

Intervalle der Rigorosen.

- Im Allgem., S. 223.
Speciell für Juristen, S. 644.
" " Mediciner, S. 648.
" " Philosophen, S. 658.

Inventare

- von Lehrmitteln und Einrichtungs-
gegenständen an Hochschulen,
S. 93 u. 766.

Israeliten.

- Prüfung derselb. aus dem Kirchen-
rechte und Promotion derselb. zu
Dr. der Rechte, S. 673.
Begünstigung der an der Hochschule
des Judenthums in Berlin studi-
renden Inländer hinsichtlich der
Präsenzdienstpflicht, S. 643.

Judicielle Staatsprüfung.

- Siehe Staatsprüfung.

Juridisches Doctorat.

- Vergl. Jurid. Rigorosen.

Juridische Facultät.

- (Abschn. V), S. 321 ff. bis 427, dann 665
bis 676 und S. 936—968.
Vergl. noch S. 30—32.

Juridische Lehrgegenstände.

- Reihenfolge derselben.
Siehe Jurid. Facultät.

Juridische Rigorosen.

- Allg. Bestimmungen, S. 12 u. 213
u. ff. (Abschn. III e).
Specielle Bestimmungen über die
juridischen Rigorosen (S. 419—427),
(Abschn. V e), 644 u. 670 ff.

Juridisches Stipendienwesen.

- S. 358—362 (Abschnitt V e).

Juridische Studien.

- Siehe Jurid. Facultät.

Kanzleibeamte.

- Zulassung derselb. zu den theoret.
Staatsprüfungen, S. 326 Anm.

Kanzleifond.

- Siehe Universitätskanzlei.

Kanzleipauschalien

- für höhere Lehranstalten, S. 67, 69.

Kanzleipersonale.

- S. 82.
Bezüge und Stellung, S. 761.
Siehe auch Univ.-Kanzlei.

Kataloge

- über die Univ.-Studirenden, S. 10.
Formulare für Hauptkataloge, S. 148.

Katechetik.

- Behandlung der Lehrer dieses Faches
an der Universität, S. 663.

**Katechetisch-pädagogischer Un-
terricht an Theologen.**

- S. 261.

Kirchenrecht.

- Ertheilung d. Unterrichtes im Kirchen-
recht für Theologen, S. 250;
für Juristen, S. 322.
Doctorat des Kirchenrechtes für Juri-
sten, S. (420), 673;
für israelitische Doctoranden der
Rechte, S. (373, 424 u. 425), 673.

Kliniken.

- Verpflichtung der Studirenden der
Medicin zur praktischen Bethäti-
gung auf denselben, S. 697.
Regelung der Beziehungen der Univ.-
Kliniken in Wien zum allgemeinen
Krankenhaus, S. 692.

Klinische Assistenten,

- S. 515.

Klinischer Unterricht.

- Erforderniss der Landessprache für
klinische Lehrkanzel, S. 432.

Klosterlehranstalten.

- S. 227, 230.

Kompetenz

- zur Entscheidung über nachträgliche
Aufnahmsgesuche der Studiren-
den, S. 9, 91 u. 152.

Konkursprüfungen.

- S. 109;
für Theologen, S. 229, 239, 241 u.
243.

Konferenzen der Professoren.

- Vergl. Sitzungsprotokolle.

Krakauer Universität.

- Einfluss der politischen Behörden
auf dieselbe, S. 94.
Unterrichtssprache, S. 54, 353 u. 611.
Erhöhte Bezüge der Adjuncten an
den Sternwarten, S. 750.
Reorganisirung der theologischen
Facultät, S. 910.

Landeschef, resp. Landesstelle.

Vermittlung derselben bei der Correspondenz d. akad. Behörden mit dem Unterrichtsministerium aufgehoben, S. 621.

Landwehr.

Bestimmungen für die zu Landwehrofficieren ernannten Studenten, S. 637—642.

Landwirthschaftslehre.

S. 568.

Lebende Sprachen.

S. 568.

Lektionskataloge.

Vorschriften über die Abfassung derselben, S. 20—40 u. (73) u. 617.

Lehranstalten,

chirurgische, Auflassung derselben, S. 698;

theologische, S. 230 u. 227.

Lehrer im engeren Sinne.

S. 20 u. 26 (70) u. 615.

Lehr- und Lernfreiheit.

S. 12 (§. 44), 29 u. 44 (§. 15).

Eingeschränkte Anwendung dieses Princips: bei Theologen, S. 241; bei Juristen, S. 323 ff. u. 345 ff.; bei Pharmaceuten, S. 530 ff.

Lehrgegenstände

der Theologie, S. 227 ff. u. 240 ff.;

der Rechte, S. 321 u. ff.;

der Medicin, S. (461 u. 485) u. 684 ff.

Lehrercollegium

im Gegensatz von Professoren-Collegium, S. (69 ff.), 615.

Lehrkanzeln.

Verfahren bei Wiederbesetzung, S. 109; und hinsichtlich der Thologen, S. 229, 241 u. 243.

Lehrkörper, medicinischer.

Siehe medicinischer Lehrkörper.

Lemberger Universität.

Collegienfreie Tage an derselb., S. 65.

Ueber die Vernehmung der Function des Univ.-Kanzleidirectors das., S. 91.

Besetzungen der theol. Lehrämter mit Rücksicht auf d. Verschiedenheit des Ritus, S. 253.

Doppelte Vertretung der Professur für Pastoraltheologie, S. 260 u. 911.

Lemberger Handstipendien, siehe Stipendien.

Unterrichtssprache, S. 353 ff., 611, 757 u. 758.

Lemberger Universität.

Auflassung der med.-chirurg. Lehranstalt, S. 698.

Errichtung einer Thierarznei- und Hufbeschlagsschule, Lehrplan hierfür, S. 979.

Siehe chir. Lehranstalt.

Localität

der Universitätsvorträge, S. 28.

Berechtigung des akad. Senats zur Disposition über die akad. Localitäten, S. 99.

Löschung eines Collegiums.

S. 148.

Löschung der Bezüge der Staatsdiener, Vorgang dabei, S. 629.

Magister

der Pharmacie, S. 530 ff.

Matrikel.

Taxe, S. 5, 6 u. ff.

Verwendung d. Matrikeltaxen, S. 52 u. 151.

Streichung aus der Matrikel, S. (153) u. 222.

Maturitäts-Prüfungszeugniss.

Als Erforderniss d. Immatriculation, S. 5, 153 u. 612.

Ausnahme bei den Theologen, S. 233 u. 234.

Medicinische Assistenten.

Stellung derselb. zum Professor, S. 435. Vergl. noch Assistenten.

Medicinische Disputationen

sind nicht mehr abzuhalten (S. 486).

Medicinische Dissertationen.

In Zukunft nicht mehr zu verfassen u. in Druck zu legen, S. (474 u. 486).

Medicinisches Doctorat.

Im Allgemeinen (Abschn. VI b u. c insbes., S. 444 ff.), 647 ff. u. 680 ff.

Verleihung desselben an Schüler anderer Universitäten (Repetitions-act), (S. 443 u. 483).

Geburtshilfliches Studium der Mediciner, S. 513 u. 517 u. 687 ff.

Vergl. auch Geburtshilfe.

Medic.-Chirurg. Lehranstalten.

Siehe chir. Lehranstalten.

Medicinische Facultät,

(Abschnitt VI), S. 429 ff. bis 563 u. 677 bis 717.

Medicinischer Lehrkörper,

S. 431 ff. (Abschnitt VI a).

Vergl. Assistenten, S. 137 ff.

Medicin. Rigorosen.

Voraussetzungen der Zulassung (S. 470) u. S. 648.

Prüfungsvorschriften und Taxen (S. 444 u. ff.) u. S. 649 ff.

Zwischenräume bei den med.-chir. Rigorosen, S. (472) u. 648.

Wiederholungen der Rigorosen, S. (470) u. 651 ff.

Vergl. noch (S. 485 ff. Abschn. VI c) u. Suppl. zu diesem Abschn., S. 677 ff.

Medic. Stipendienwesen.

Beibehaltung während des 6. Jahres der Medicin, S. 555 u. 717.

Beibehaltung während des 7. Jahres der Medicin (S. 557).

Anatomische Stipendien, S. 559.

Medicinische Stipendien f. Galizianer, S. 554 u. 557.

Medic.-chir. Stipendien für Dalmatiner, S. 559 u. 562.

Med.-chir. u. geburtshilfl. Stipendien für Croaten und Slavonier, S. 560.

Stipenden b. Operationsinstitut, s. d.

Medicinische Studien.

Med.-chir. Lehrplan, S. 684 ff.

Meldungsbogen

für d. ausserordentl. Hörer, S. 10 (§. 34).
Formulare, S. 148.

Meldungsbuch,

S. 7 u. folgende;

Ausstellung von Duplicaten, S. 17.
Formulare, S. 148.

Löschungen im Meldungsbuche, S. 148.

Bei den Juristen:

Vidierung des Meldungsbuches, S. 340.

Eintragung der Staatsprüfungs-Ergebnisse, S. 383 u. 414.

Methodik.

Behandlung der Lehrer dieses Faches an der Universität, S. 663.

Militär.

Zulassung zu den theor. Staatsprüfungen, S. 363—364.

Militärpflicht u. Waffenübungen.

(Abschn. III d), S. 203—212, 637 bis 643 u. 907—911;

hinsichtl. d. Theologen, S. 270 u. 272.

Militärstipendisten.

Ausweise in Betreff derselben, S. 200.

Nachsicht strenger Prüfungen,

S. 214.

Nachträgl. Aufnahme v. Studirend.

Einschärfung eines strengeren Vorganges und Anordnung von Semestralausweisen, S. 889.

Siehe auch Kompetenz.

Nationale

für die Immatriculirung oder Inscription, S. 4 (§. 8) u. S. 8, §§. 25, 26.

Formulare für Nationale, S. 148.

Naturalquartier.

Anspruch der Assistenten, S. 776.

Naturalquartier-Aequivalente,

Vorgang wegen Anweisung und Lösung derselben, S. 631.

Naturhistorische Prüfungen

behufs Zulassung zu den medic. Rigorosen, S. 654.

Vornahme derselben an der böhm. Universität in Prag, S. 969.

Nebenbeschäftigungen

der Professoren, S. 123 u. 125;

hins. theol. Professoren, S. 248.

Nebenfächer

der philos. Facultät, S. 568.

Niederes medic. Studium.

Auflassung desselben, S. 497 u. 498.

Nominalprofessoren,

S. (126—128) u. 671.

Nostrification.

Im Allg., S. 60 ff., 480 ff., 493 u. 660.
Pharmaceutischer Diplome unzulässig, S. 705.

Thierärztlicher Diplome von ausländischen Anstalten, S. 715.

Geltung eines in Rom erlangten theol. Doctorgrades, S. 285 u. 287.

Obligate Fächer

für Studirende der Thierheilkunde, S. 706 ff.

Oeffentlichkeit der Rigorosen,

der theologischen in Wien, S. 663;
der rechts- und staatswissenschaftlichen, S. 644;

der medicinischen S. (491) u. 609;

der philosophischen, S. 657.

Oesterreichische Geschichte.

Siehe Geschichte.

Olmütz.

Auflassung der medic.-chirurg. Lehranstalt, S. 698.

Siehe chir. Lehranstalten.

Operationsinstitut.

Siehe chir. Operations-Institut.

Ordentliche Professoren.

Siehe Professoren.

Organisation d. akad. Behörden,

S. (69 ff.) u. 615 ff.

Pastoraltheologie.

Doppelte Besetzung dieser Professur in Lemberg, S. 260 u. 911.

Pathologische Anatomie.

Siehe Anatomie.

Pazmaniten,

S. 282.

Pedell.

Siehe Universitätspedell.

Pensionirung

der Univ.-Prof. im Allgem., S. 126 u. 624 ff.;

(der theol. Professoren, S. 251 u. 252);
der theol. Professoren in Krakau,
S. 910;

der klinischen Hebammen, S. 439.

Personalstandtabellen

der Klosterlehranstalten, S. 230.

Personalzulagen,

S. 118 u. 623.

Pharmaceuten

sind nur als ausserordentl. Univers.-
Hörer anzusehen, S. 10, §. 36 und 38.

Pharmaceutisches Studium, Magisterium und Doctorat.

Dauer des ph. Lehrcurses, S. 530,
Bedingungen der Zulassung (Unent-
behrlichkeit des Studiums des
Griechischen), S. 525 u. 705.

Neue Studienordnung für das Mag.
der Pharm. und den Doctorgrad,
S. 530 u. 537.

Einschärfung des §. 12 derselben,
S. 978.

Beeidigung der Pharmacenten, S. 529
u. 538.

Aufnahme von Ausländern, S. 978.
Wiederholungsprüfungen u. Taxen,
S. 538 u. 539.

Errichtung eines pharm. Curses in
Czernowitz, S. 977 u. 978.

Philosoph. Collegien der Juristen,

S. 324, al. 4.

Philosophische Facultät,

(Abschnitt VII), S. 565 ff. bis 600
u. 718—754.

Philosophische Rigorosen,

S. (567), 656 u. 718 ff.

Philosoph. Stipendienwesen,

Abschn. VII b, S. 575 ff.

Stipendien für Mathematik, S. 575.

Stipendien für Chemie, S. 577

Belassung im St. Genusse während
des 7. u. 8. Semesters, S. 579.

Philos. Studium u. Doctorat,

Dauer und Art des Universitäts-
besuchs als Vorbedingung der Zu-
lassung zu den ph. R. (S. 571 u.
573), 656.

Philos. Studium u. Doctorat,

Doctorat als Erforderniss eines Lehr-
amtes, S. (568).

Wiederholung der ph. R., S. (570),
658 ff.

Vorsitz des Prof. Decans, S. (571),
657.

Aufnahme ausländischer Aerzte in
die Collegien, S. 569.

Physikalisches Institut,

S. 580, 582 u. 721.

Vorgang bei Bestellung von Assi-
stenten desselben, S. 721.

Physikatsprüfungen,

Bestimmungen über dieselben, S. 697.

Plätze, in den Hörsälen,

S. 8 (§. 28).

Polit. u. Finanzgesetzkunde,

S. 323 u. 334.

Polizeidirection.

Ist von jeder Relegation oder dem
freiwilligen Austritte und von jeder
Studentenversammlung zu verstän-
digen, S. 162 u. 552. Vergl. S. 763.

Prager Universität.

Activirung der böhmischen Universi-
tät, Unterrichtssprache, Verwaltung
des Vermögens, S. 756.

Regelung des Uebergangszustandes,
S. 891.

Einrichtung der Staatsprüfung, S. 945.

Bestimmungen über die Ablegung
der Vorprüfungen für Mediciner
und des ersten pharmaceutischen
Rigorosums an der böhmischen
Universität, S. 969 u. 970.

Vortrag d. Pastoraltheologie in zwei
Sprachen, S. 259.

Erhöhte Bezüge der Adjuncten an
den Sternwarten, S. 750.

Prager Convictsstipendien.

Siehe Stipendien.

Praktische Prüfungen.

Instruction für die Einrichtung der-
selben, nach der neuen medic.
Rig.-Ordn., S. 689.

Praxisausübung.

Frühere Beschränkungen derselben
bei der medic. Facultät, S. (443).

Aufhebung der letzteren für alle in-
ländischen Doctoren, S. 483.

Präsenzdienstpflicht

u. Befreiungen v. ders., S. 637—643.

Preussischen Studirenden

zugestandene Einrechnung der auf
östr. Univ. zugebrachten Univer-
sitätszeit, S. 679.

Privatdocenten,

Rechte und Verpflichtungen der Docenten (Abschn. II c), S. 129 ff.
 Habilitierungsvorschrift, 129 ff. u. 634.
 Umfang des Habilitationsfaches, S. 774.
 Begriff und Stellung im Collegium, S. 615 u. 633.

Wahl ihrer Vertreter im Collegium, S. 765.

Mitwirkung bei der Rectorswahl, S. (70, 72) u. 616.

Uniform, S. 119.

Anspruch auf Collegiengelder, S. 130, §. 9.

Anrechnung der Dienstzeit, S. 438.

Zulassung zum Dociren an anderen Facultäten, S. (127) u. 615.

Zulassung activer Feldärzte zum Dociren, S. 438.

Unterschied zwischen Professor und Docenten, S. 615.

Privatissima

sind nicht in den Lectionskatalog aufzunehmen, S. 38.

Privatstudium.

Im Allgemeinen nicht gestattet, S. 13 (§. 50) und zieht den Verlust der Stipendien nach sich, S. 191 u. 361.

In der Theologie principiell unzulässig, S. 268.

Für Juristen ausnahmsweise gestattet, S. 325, al. 7, S. 326, 345, 361, 363, 367, 381 u. 396.

Ausfolgung des Absolutoriums unstatthaft erklärt, S. 939.

Für Mediciner speciell untersagt, S. 443.

Privatwohnungen der Docenten.

Abhaltung der Universitäts-Vorträge daselbst unzulässig, S. 28.

Probetriennium,

S. 104—108, 123 u. 125.

Theologen, S. 244.

Berechnung desselben, S. 768.

Probevorlesung

der Privatdocenten, S. 130.

Prodecan

(S. 72, §. 14) u. 616.

Bestellung desselben, S. 764.

Professoren.

Rechte u. Verpflichtungen der Prof. im Allg., S. 101—128 (Abschn. II b).

Unterschied zwischen ordentl. Professoren, ausserordentl. Prof. und Docenten, S. 20, 26, 28 (70) u. 615.

Forderung des Doctorgrades zur Anstellung (S. 568).

Lehrämtl. Verpflichtung, S. 42 u. (127).

Professoren.

Theilnahme an den Rigorosen, S. (78). (114), 215 u. (217) u. 643 ff.

Gehalte des Profess., S. (111), (116), 622, 647 u. 661.

Einkommensteuerbemessung, S. 122 u. 764.

Auszeichnungsanträge, S. 771.

Pensionirung, S. 126 u. 624.

Bedingungen der Führung des im Auslande erworbenen Professor-titels, S. 613.

Cumulirbarkeit der Professur mit anderen öffentl. Functionen, S. 770.

Siehe noch ausserordentl. Professoren.

Professorencollegium.

Stellung desselb. zu anderen akadem.

Behörden, zu den einzelnen Lehrern und zu den Studirenden,

S. 67 ff. bis 100 (Abschn. II a); (insbes. S. 70, 72, 90), dann 45,

130, (221) u. 615.

Geschäftsordnungen für dieselben.

Siehe Geschäftsordnungen.

Professorendecan.

Siehe Decan.

Promotionen.

Allgem. Anordnungen über die P., S. (78), (84 ff.), (217 u. 219).

Specielle Bestimmungen für die jur. Fac., S. 646;

med. Fac., S. 653;

philos. Fac., S. 658;

P. haben dort zu erfolgen, wo die Rigorosen abgelegt wurden, S. 216;

Förmlichkeiten bei dens., S. 220 u. 659.

Promotionstaxen

jur. Fac., S. 647;

med. Fac., S. 653;

philos. Fac., S. 659.

Promotionstaxen.

Feierlichkeit der Promotionen nur facultativ, S. 647, 654, 659.

Siehe n. Doctorats-Candidaten.

Prorector.

Wirkungskreis desselb. (S. 72 §. 14).

Bestellung desselb. (S. 81) u. 764.

Protestantisch-theolog. Facultät.

Siehe Evangelisch.

Protokolle.

Siehe Sitzungs-Protokolle.

Provisorium

aller Lehrer durch 3 Jahre.

Siehe Probe-Triennium.

Der Universitätsdiener, S. 69 u. 484.

Prüfungen,

strenge, siehe Rigorosen;
 Staatsprüfungen, theoretische, siehe
 S. 363 ff. (Abschnitt V d);
 aus lebenden Sprachen, S. 568;
 theoret. u. praktische nach der neuen
 medic. Rig.-Ordnung, S. 649 folg.;
 Instruction und Einrichtung der prak-
 tischen Prüfungen, S. 689.

Prüfungs-Commissionen.

Im Allg. mit Ausschliessung der Ver-
 wandten des Candidaten, S. 215.
 Für die theoretische Staatsprüfung,
 siehe S. 363 ff. (Abschn. V d),
 insbes. S. 374 u. 385.

Prüfungssprache.

Unterrichtssprache im Allg., S. 54 ff.
 u. 611 ff.

Bezüglich der theor. Staatsprüfung
 u. jurid. Rigorosen, S. 353 bis 357
 (Abschnitt V b).

Bei den th. St. in's Meldungsbuch
 einzutragen, S. 414.

Prüfungs-Protokolle.

Siehe Theoret. Staatsprüfungen,
 inbes. S. 385 u. 388.

Publica.

Begriff derselben, S. 41 u. 42.

Stundenzahl, S. 42 u. 28.

Verpflichtung der Professoren, zur
 Abhaltung derselben, S. 53.

Quaestur,

Functionen derselben:

bei der Immatriculation, S. 8;

hins. Evidenzhaltung der Studiren-
 den, S. 10;

hinsichtlich der Collegiengelder, S. 41
 bis 49, 52 u. 92.

Durchführungsvorschrift, hins. der
 Univ.-Quästur, S. 82 u. 83.

Organisirung der Wiener, S. 768.

Quartiergelder,

a) der Universitätsprofessoren (S. 623);

b) der Bibliotheksbeamten (S. 751).
 Aufgehoben, s. S. 627.

Quinquennalzulagen

der Univ.-Prof., S. 622, 662 u. 632;
 der Professoren an Hebammenschulen,
 S. 968;

der Bibl.-Beamten, S. 751.

Rangbestimmung

der Univ.-Prof., S. 106, 121, 124 u. 626.

Ueber den Rang unter den theolog.
 Prof., S. 255.

Realschulabiturienten.

Zulassung zur Gymnasialmaturitäts-
 prüfung, S. 893.

Rechtshistorische Staatsprüfung.

Siehe Staatsprüfung.

Rector.

Rectorswahl, S. (71), (76), (81) 616 ff.
 u. 762.

Wirkungskreis desselben, S. (74), 619.

Vertretung des Rectors, S. (72).

**Recurse in Studienangelegen-
heiten.**

Siehe Correspondenz.

Regelung

der Verrechnung der den Univer-
 sitäten aus Staatsmitteln zuge-
 wiesenen Geldverläge, S. 614.

Regierungscommissär

bei den medic. Rigorosen, S. 649 ff.

Reihung

der Professoren derselben Facultät
 untereinander, S. 106 u. 626.

Relegirung,

siehe Verweisungs-Erkenntnisse.

Remunerationen

der Prof., S. 103, 118, 623 u. 662.

Besteuerung derselben, S. 773.

Repetitorien,

S. 32.

Reprobation,

siehe theor. Staatsprüfungen.

„ Rigorosen.

**Reproducirung älterer Verord-
nungen,**

S. 97.

Rigorosen.

Im Allgemeinen, S. (12), 643 ff.

Dispensen unzulässig, S. 214.

Einfluss der Verwandtschaft, S. 215.

Sämmtliche R. sind an derselben
 Univ. abzulegen, S. 216, 643 ff.

Verfahren bei Beurtheilung der R.,
 S. (217), 643 ff.

Zwischenräume der R., S. (221), 643 ff.

Zeitpunkt der Zulassung zum 1. Rig.,
 S. 223 und 643 ff. u. 673.

Verständigungen vom Misserfolge der
 R., S. 223.

Sprache, in der die R. abzuhalten
 sind:

In Lemberg, S. 612.

Abhaltung von R. während der Ferien,
 S. 224.

Leitung der R. durch die Decane,
 S. (78 und 84 ff.) 643 ff.

Recht der Prof. zur Theilnahme an
 den R., S. (217) u. (114), 643 ff.

Oeffentlichkeit der R., S. 643 ff. u. 663.

Rigoresen-Ordnung

für die rechts- u. die staatsw. Facultät,
S. 644 ff.
für die medicinische Facultät, S. 647 ff.;
für die philosophische Facultät, S.
656 ff.;
Erläuterung derselben, S. 986.;
für die gr.-or. theol. Facultät in
Czernowitz, S. 921;
Wiederholung der Rigoresen, S. (224)
u. 643 ff.

Rigoresen-Taxen.

Im Allg. (S. 217 u. 420).
Für Candid. d. theol. Doctorats, S. 279.
" " " jurid. " S. 646.
" " " medic. " S. 653.
" " " philosoph. " S. 658.
" " " Pharmacie, S. 535 ff.
" Hebammen, S. 452 u. 456.

Salzburg.

Auflassung der med.-chir. Lehran-
stalt, S. 698.

Sammlungen, wissenschaftliche.

Deren Inventarisirung, S. 766.

Schreibgebühren

für Ausfertigung v. Abgangszeugnissen
und Duplicaten von Meldungs-
büchern etc. etc., S. 17 (§. 68).

Schriftliche Arbeiten,

als Erforderniss des jurid. Doctorates
aufgehoben, S. 646;
für das phil. Doctorat vorgeschrieben,
S. 656.

Semestral-Prüfungen.

An der Univers. aufgehoben, S. 13
(§. 51), (S. 511).
An den theol. Lehranstalten, S. 237.
An der evangel.-theologischen Lehr-
anstalt (mit Stipendisten), S. 304
u. 306.
Für Hebammen, S. 510.

Seminarien.

Wien:
philologisches, S. 748;
" Proseminar, S. 987;
germanistisches, S. 988;
mathematisches, S. 989;
archäologisch-epigraphisch., S. 991;
historisches, S. 732;
für französische und englische
Sprache, S. 731;
pädagogisches, S. 992.
Graz:
philologisches, S. 994;
germanistisches, S. 738;
historisches, S. 998.

Seminarien.

Innsbruck:
philologisches, S. 1002;
" Proseminar, S. 1005;
germanistisches, S. 1006;
historisches, S. 727;
mathematisches, S. 1008.

Prag, deutsche Universität:

philologisches, S. 1010;
germanistisches, S. 1014;
mathematisches, S. 1015;
für franz. u. engl. Sprache, S. 1016;
pädagogisches, S. 1018.

Prag, böhmische Universität:

philologisches, S. 1020;
" Proseminar, S. 1022
für slavische Philologie, S. 1023;
historisches, S. 1026;
romanisches, S. 1028;
philosophisches, S. 1028;
pädagogisches, S. 1029.

Krakau:

philologisches, S. 1031;
" Proseminar, S. 1035;
mathematisches, S. 1036;
historisches, S. 1039.

Lemberg:

philologisch-historisches, S. 741;
philologisches Proseminar, S. 1042;
germanistisches, S. 1044.

Czernowitz:

philologisches, S. 1045;
" Proseminar, S. 1051;
historisches, S. 1048;
germanistisches, S. 1050;
mathematisches, S. 1053;

" Proseminar, S. 1055;
für gr.-or. Theologie, S. 932.

Rechts- und staatswissenschaftliche,
S. 674 u. 761.

Statuten derselben, S. 950—967.

Recht der Mitglieder zum Ausleihen
von Büchern aus Universitäts-
bibliotheken, S. 1060.

Seminar-Remunerationen.

Besteuerung derselben, S. 773.

Senat, akademischer.

Organisirung, S. (69) ff. u. 619.
Wirkungskreis, S. 9 (74), 157, 599,
619.
Geschäftsordnungen. Siehe Geschäfts-
ordnungen.
Competenz für nachträgliche Auf-
nahmen, S. 91 u. 152.
Berechtigung zur Disposition über
die akad. Localitäten, S. 99.
Disciplinargewalt d. akad. S., S. 154.
Ueber die selbstständige Stimm-
berechtigung der Mitglieder, S. 92.

Senat, akademischer.

Wahlen in denselben, S. 762.

Ersatzwahlen, S. 763.

Sitzungsprotokolle

der akadem. Behörden, siehe S. (75) 618.

Weisungen über Verfassung und Fertigung derselben, S. (81) 93 u. 95.

Einsendung derselben an das Ministerium, S. (75 §. 23) 618.

Bedeutung der Rückstellung ohne Bemerkung, S. 93.

Sommersemester.

Behandlung der Studirenden, welche im Sommersemester in die jur. Studien eintreten, S. 936.

Specialcollegien.

Juridische, S. 332.

Specialcommissionen

für theoret. Staatsprüfungen, S. 390.

Sponsionsformeln,

S. 217, 643 ff.

Sprache

für den Unterricht an den drei weltl. Facultäten in Krakau, S. 54 ff. u. 611.

Speciell für die jurid. Facultät in Lemberg, Krakau u. Innsbruck, S. 353 ff. u. 940.

Unbeschränkte Einführung der polnischen und ruthen. Unterrichtssprache für die jurid. und philos. Facultät in Lemberg, S. 611, 757 u. 758.

Italienisch als Prüfungssprache in Wien, ausnahmsweise zugestanden, S. 412; wieder aufgehoben, S. 946.

Unterrichtssprache in Czernowitz, S. 612 u. 917.

Unterrichtssprache an den Universitäten in Prag, S. 756 u. 945.

Staatsprüfungen, theoretische,

S. 363—418 (Abschn. V d) u. 411 ff. Allgem. Bedingungen der Zulassung, S. 12 (§. 47).

Gesetz über die Einrichtung und Abhaltung derselben, S. 321.

Zulassung von Manipulationsbeamten, S. 326 u. 363.

Einfluss der Reprobation bei St. P., auf d. Genuss von Stipendien, S. 359.

Begünstigungen wegen Militärdienst, S. 363 ff.

Stempel, S. 364 u. 402.

Stempelpflichtigkeit, S. 365 u. 383.

Instruction für Privatisten als St. P. Candidaten, S. 367.

Staatsprüfungen, theoretische.

Durchführungsvorschrift des Gesetzes über die Einrichtung der St. P., S. 372 ff.

Prüfungsblanquette, S. 378.

Instruction über die th. St. P., S. 383 ff.

Nachträgl. Einschärfung grösserer Strenge, S. 666.

Berichterstattung über die Ergebnisse, S. 404, 409, 413, 414 u. 416.

Register d. Reprobirten, S. 400 u. (405).

Einfluss der th. St. P. auf Eintritt in die Praxis, S. 406.

Wiederholung der St. Prüf., S. 408 u. 944.

Führung des Einreichungsprotokolles, S. 410.

Eintragung des Ergebnisses in das Meldungsbuch, S. 379 u. 414.

Ausfertigung der Zeugnisse, S. 947.

Unzulässigkeit einer St. P. aus einem einzelnen Gegenstande, S. 418.

Einrichtung der th. St. P. in Prag, S. 945.

Vergl. noch rechtshistorische, judicielle und staatswissenschaftliche Staatsprüfung.

Staatsprüfung, rechtshistorische.

Einrichtung ders., S. 324 al. 5 u. 372.

Ablegung derselben als Vorbedingung d. weiteren Inscription, S. 341 u. 415; und des weiteren Stipendiengenusses, S. 361.

Zeitpunkt der Ablegung dieser Prüfung, S. 370, 401, 405 u. 410.

Einführung eines a. o. Termines S. 941 u. 943.

Stellung des Decans bei den Meldungen, S. 401.

Schlussberichte über die r. h. St. P. S. 416.

Staatsprüfung, judicielle.

Einrichtung derselben, S. 325 (al. 5) u. 372 u. ff.

Zeitpunkt der Zulassung zu dieser Prüfung, S. 402 u. 410.

Anwendung der ital. Sprache, S. 412.

Staatsprüf., staatswissenschaftl.

Einrichtung, S. 325 und 373.

Zeitpunkt d. Zulassung, S. 410 u. (411), 669.

Anwendung des Italienischen als Prüfungssprache, S. 412.

Zeitpunkt des Abschlusses derselben in Wien, S. 946.

Vergl. Staatsprüfungen, theoretische.

Staatsprüfungen für Theologen, in Czernowitz, S. 918, 924 u. 931.

Staatsrechnungswissenschaft.

Stellung des betref. Docenten an der r. u. stw. Facultät, S. 323.

Fortbestand d. Vorträge in Graz, S. 665.

Staatsuniform.

Siehe Uniform.

Staatswissenschaftl. Staatsprüf.

Siehe Staatsprüfung.

Stempel.

Vorschriften über deren Ueberschreibung etc. S. 1062.

Stempelpflicht,

hins. der Quittungen der Docenten über die Collegiengelder, S. 83 u. 84; der Colloquienzeugnisse und der Zeugnisse über Verwendung in Seminarien, S. 1062.

Sternwarte.

Wahrung der wissenschaftlichen Arbeiten bei Personalveränderungen S. 581.

Vorgang bei Bestellung von Assistenten, S. 721.

Erhöhung der Bezüge der Adjuncten in Wien, Prag u. Krakau, S. 750.

Dotation für wissenschaftliche Ausrüstung, S. 750.

Stiftungen und Stipendien.

S. 165 u. ff., sowie S. 898 ff.

Insbes. Dauer d. Stipendien-Genusses, S. 165, 167, 168, 188, 193, 196 u. 197.

Impfzeugniss als Erforderniss, S. 166.

Wirkungskreis der Behörden bei Verleihung, S. 167 u. 198.

Anordnung rechtzeitiger Verleihung, S. 898.

Ueberwachung v. Stipendisten und Erstattung bezüglichlicher Ausweise, S. 169, 194, 197, 200, 201 u. 636.

Zaraer-Convicts-Stipendien, S. 170.

Lemberger Convicts-Stipend., S. 172.

Tiroler Ritterakademie-Stipendien, S. 174, 183 u. 187.

Prager Convicts-Stipendien, S. 175.

Wiener Stadtconvicts-Stipend., S. 177.

Kremsmünsterer Convicts-Stipendien, S. 184.

Ruthenische Handstipendien, S. 186.

Stipendien für Studirende aus Dalmatien u. dem Küstenlande, S. 906.

Semesterweise Auszahlung der Stipendien, S. 186.

Ehemals „philosophische“ Stipendien, S. 187 u. 196.

Unzulässigkeit der Bewerbung um ausländische Staatsstipend., S. 904.

Stipendiengenuss im Auslande, S. 192, 196 u. 905.

Stiftungen und Stipendien.

Insbes. v. Privatstipendien, S. 905.

Stipendiengenuss bei aufgeschobener oder missglückter Maturit.-Prüfung, S. 192 u. 196.

Stipendiengenuss über die Studienzeit hinaus, behufs Erwerbung des Doctorates, S. 901.

Cumulirung von Stip., S. 198, 199, 903 u. 904.

Behandlung einjähr. Freiwilliger als Stipendisten, S. 201.

Verlust der St. beim Privatstudium, S. 191 u. 361.

Anlage der Stiftungscapitalien, S. 898.

Vergl. hins. d. Theologen, S. 275 ff. (Abschn. IV d) u. S. 911;

vergl. hins. der evangl.-theol. Facultät, S. 289, 304, 315, 663 u. 913;

vergl. hins. der Juristen, S. 358 ff. (Abschn. V c);

vergl. hins. d. Mediciner, S. 554 ff. (Abschn. VI h u. Suppl. zu VI h);

vergl. hins. d. Philosophen, S. 575 ff. (Abschn. VII b).

Strenge Prüfungen.

Siehe Rigorosen.

Studenten-Vereine.

Unterstellung unter das Vereinsgesetz, S. 895.

Einflussnahme der akademischen Behörden bei Constituirung derselben, S. 896.

Studenten-Geselligkeitsvereine,
S. 163.**Studiengang in der r. u. staatsw. Facultät,**
S. 322, 30 u. 341 ff.**Studienordnung.**

Im Allgem., S. 3.

Für Theologen, S. 241.

„ Stipendisten der evang.-theolog. Facultät, S. 308.

„ Juristen, S. 321 ff. 30 u. 341 ff.

„ Pharmaceuten, S. 530.

Studirende,

ordentliche, S. 3;

ausserordentliche, S. 3, 10 u. 150.

Bedingungen der Aufnahme, S. 5 u. 153.

Frequentations-Vorschriften, siehe oben „Besuch“.

Evidenzhaltung, S. 10.

Anbringung von Gesuchen, S. 17 u. 80.

Lernfreiheit, S. 12, 29 u. 44.

Disciplinavorschriften, S. 153 ff.

Abgang v. der Universität, S. 17 u. 145.

Stundenkatalog.

Vergl. Lectionskatalog.

Stundenzahl,obligate; im Allgem., S. 13;
für Juristen, S. 324.Einrechnung der Seminarübungen in
die obligate Stundenzahl der Phi-
losophen, S. 986.**Stundung der Honorare**

findet nicht statt, S. 49 (§. 44).

Substitutionsnormale,

S. 777 u. 785.

Supplenten.Bezug der Collegiengelder bei Vor-
rückung eines Supplenten zum
ausserordentl. Professor, S. 53.Beziehung der Supplenten zu den
Sitzungen der Prof.-Coll., S. 143.Wahl der Supplenten als Examinatoren
bei Rigorosen, S. (217).Remunerirung von Docenten, welche
ausserdem noch ein zweites Lehr-
fach suppliren, S. 144.Die Supplenten für die Vorträge aus
Gegenständen der judic. Staats-
prüfung müssen sich der Habiliti-
rung unterzogen haben (S. 354
u. 355).Suppl. werden nicht beeidet (§. 19
des Subst.-Norm.), S. 144.**Taxen,**für Immatriculation, S. 6;
„ Staatsprüfungen, S. 364 u. 402;
„ Besteuerung der letzteren, S. 947;
„ die naturhistor. Prüfungen behufs
Zulassung zu den medicinischen
Rigorosen, S. 655;
„ Rigorosen.

Siehe Rigorosen.

Theologisches Doctorat.

Siehe Theol. Rigorosen.

Theologische Facultät.Siehe (Abschn. IV); S. 225 u. ff. bis 317,
661 bis 665, 755—762, 910 bis 936.**Theolog. Lehrgegenstände.**Katechetik und Pädagogik, S. 261 u.
663.Pastoraltheologie (in Prag), S. 259.
Kirchenrecht, S. 250.Orientalische Sprachen und höhere
Exegese, S. 254.

Erziehungskunde, S. 255.

Theologische Professoren.Theolog. Doctorat als regelmässiges
Erforderniss ihrer Bestellung, S. 244,
250 u. 568.**Theolog. Professoren.**Erlöschung der Professur durch Er-
nennung zum Domherrn, S. 248.Behandlung bei Antritt einer anderen
Pfründe, S. 248 u. 249.Theolog. Prof. an bischöflichen Diö-
cesan-Lehranstalten sind keine
stabil angestellte Beamte, S. 252.

Gehalte (S. 251, 257, 258) u. 661.

Ueber die Rangstellung derselben,
S. 255.Einrechnung der an theolog. Haus-
lehranstalten zugebrachten Dienst-
zeit, S. 257.Ueber die Pensionsansprüche der
theolog. Prof., S. 251, 252 u. 624.**Theolog. Rigorosen.**

Zulassung, S. 286 u. 282.

Prüfungs-Taxen, S. 279.

Rigorosen-Ordnung, S. 280 u. 285.

Gutheissung der Thesen durch die
Ordinariate, S. 282.

Begünstigung der Pazmaniten, S. 282.

Nostrification eines fremden Diploms,
S. 285 u. 287.

Oeffentlichkeit der th. R., S. 663.

Theolog. Stipendienwesen.Siehe S. 275—278 (Abschn. IV d),
sowie S. 911 ff.**Theolog. Studien.**

Hauptnormen, S. 227, 232, 240 u. 755 ff.

Zulassung zum theol. Stud., S. 233,
264 u. 270.

Dauer des theol. Studiums, S. 240.

Katechet.-pädagog. Unterricht, S. 261.

Ausschliessung vom theol. Studium,
S. 262.

Zulassung von Externisten, S. 263.

Befreiungen vom Coll.-Gelde, S. 263,
265 u. 268.Theol. Studien von Oesterr. im Aus-
lande, S. 265.Theol. Studium von Ausländern in
Oesterreich, S. 266.Semestralprüfungen und Zeugnisse,
S. 237 u. 269.

Privatstudium der Th., S. 268.

Wehrpflicht der Th., S. 270 u. 272.

Theresianische Ritterakademie.Den allgem. Stipendienvorschriften
nicht unterworfen, S. 197.**Thierarzneianstalt und thierärzt-
liches Studium,**

S. 540—553 (Abschn. VI g).

Insbes.: Neuer Lehrplan für das
thierärztliche Studium, S. (542 u.
553), u. 706.

Thierarzneianstalt und thierärztliches Studium.

Thierärztliche Lehrämter, S. 540 u. 541.

Oblig. Fächer für Studierende der Thierheilkunde, S. 706 u. ff.

Titel eines Magisters der Thierarzneikunde, S. 541.

Civilpensionäre, Bezüge derselben, S. 716.

Dispens des Unter-Gymn. für das thierärztliche Studium, S. 553.

Errichtung einer Thierarzneischule in Lemberg, S. 979.

Tiroler Handstipendien.

Siehe Stipendien.

Titel

einer höheren Diensteskategorie, welche Rechte damit verknüpft sind, S. 630.

Wirkung der Verleihung von Titel und Charakter eines ordentl. oder a. o. Professors, S. 769.

Verleihung des Universitätstitels, S. 771.

Führung des im Auslande erworbenen Doctortitels, S. 968.

Triest.

Zoologische Versuchsstation, siehe dort.

Uebersicht der akad. Behörden,
S. 24 (§. 17), S. 25.**Uniform**

für Rectoren, Prorectoren, Decane u. Prodecane, ordentl. u. ausserordentl. Prof., Privatdocenten und Lehrer, S. 102, 119 u. 120, 630.

Universitäts-Bibliotheken,

(Abschn. VII d), S. 583—600, 751 bis 754 u. 1059—1062.

Verwendung der Matrikeltaxen für dieselben, S. 151.

Vorschriften über das Ausleihen, S. 583, 588, 590, 592, 597, 600 u. 752.

Personalstandstabellen und Ausweise, S. 597.

Ausweise (Controle) über die Acquisitionen, S. 593, 594 u. 596.

Vertretung des Vorstandes, S. 591.

Einfluss der akadem. Senate auf die Univ.-Bibliotheken, S. 599.

Activitätsbezüge der Bibliotheks-Beamten, S. 627.

Bezüge und Stellung der Bibliotheks-Beamten, S. 751.

Verwaltung der Univ.- und Studien-Bibliotheken, S. 752.

Universitäts-Bibliothek.

Benutzung derselben durch das Lehrpersonal der Lehrer-Bildungs-Anstalten, S. 752.

Einflussnahme des Lehrkörpers derselben, S. 1060.

Benutzung durch den Lehrkörper der Gewerbeschulen, S. 1059.

Offenhaltung der Wr. Univ.-Biblioth. an Sonn- und Feiertagen, S. 753.

Verrechnung der Dotationen, S. 753.

Quinquennalzulage der Amanuenses an Univ.- u. Studien-Bibliotheken, S. 754.

Universitätsconsistorium i. Wien,
S. (77) u. 620 (Vergl. Senat).**Universitätsdiener.**

Prov. Dienstzeit desselben, S. 69.

Universitätskanzlei,

S. 217 (85), 93 u. 122.

Vergl. auch Kanzlei-Personale.

Universitätskanzler,

(S. 76, §. 31).

Universitätspedell.

Regelung seiner Verpflichtungen, S. 217.

Universitätsvorträge,

Gegenstände, Zeit u. Ort ihrer Abhaltung, S. 19 u. 28.

Universitätszeugniss,

Siehe Abgangszeugniss.

Unterbrechung der Studien,

hins. der Juristen, S. 341.

Unterrichts-Ministerium.

Competenz desselben a) bei der Bildung der akademischen Behörden, S. (71 u. 72), 615 ff.

b) in Habilitierungssachen, S. 634.

Unterrichtssprache.

Krakau, S. 53 u. 611; Krakau, Lemberg u. Innsbruck, 353—357 (Abschnitt V b), Lemberg S. 611, 757 u. 758; Czernowitz, S. 612 u. 917; Prag 765 u. 945.

Unvollständige Universitäten,

S. (70).

Urlaub.

Von Mitgliedern des Lehrstandes, S. 114, 123 u. 432;
zu wissenschaftl. Reisen, S. 121;
an Assistenten, S. 141.

Venia legendi

von Akademie-Mitgliedern (131); aufgehoben, S. 634.

Vereine,

S. 164.

Siehe Studenten-Geselligkeitsvereine.

Verläge, Verrechnung derselben bei den Universitäten, S. 614.

Versammlungen d. Studirenden,

S. 156, 162 u. 164.

Versorgungsgebühren

an Staatsbedienstete und deren Angehörige, Auszahlung derselben, S. 630.

Verwandtschaft.

Einfluss derselben auf die Prüfungsvornahme, S. 215.

Verwaltungsgesetzkunde,

S. 323 u. 334.

Verwarnung

unfleissiger Universitäts-Hörer, S. 14 u. 665.

Verweisungs-Erkenntnisse,

S. 14, 157, 158, 161 u. 162.

Veterinärwesen.

Siehe Thierarzneianstalt.

Vorlesungen.

Instruction für den Vorgang bei Anordnung, S. 20 u. 37.

Beginn derselben, S. 36 u. 39.

Besuch „ S. 14.

Privatissima S. 38.

Publica S. 41.

Vorrückung in höheren Gehalt.

Siehe Gehalte.

Vorprüfungen.

Siehe Naturhist. Prüfungen.

Vortragssprache.

Siehe Unterrichtssprache.

Waisen,

der Universitätsprof., Erziehungsbeiträge für dieselben, S. 632.

Waffenübungen,

jährliche, Einberufung zu denselben und Enthebungsgründe, S. 637 ff. u. insbes. 640—642.

Wahlen

der Mitglieder des akad. Senates und der Wahlmänner, S. 762.

Ersatzwahlen für den akad. Senat, S. 763.

des Prorectors u. Prodecans, S. 764.

der Vertreter d. Privatdocenten, S. 765.

Wehrpflicht.

Siehe Militärpflicht.

Weihnachtsferien.

Siehe Ferien.

Wiederaufnahme

von, wegen polit. Verbrechen verurtheilten Studirenden (S. 153).

Wiederbesetzung erledigt. Lehrkanzeln.

Siehe Besetzung.

Wiederholung der Rigorosen,

wie oft dieselbe gestattet ist.

Jurid. Facult., S. 646.

Med. „ S. 651—653.

Philos. „ S. 658.

Wissenschaftliche Anstalten in der philos. Facultät

(Abschn. VII c), S. 580—582 u. 721 bis 750, sowie S. 988 ff.

Witwen

der Univ.-Prof., Pensionsansprüche derselben, S. 625;

der Professoren an Hebammenschulen erhalten charaktermäss. Pensionen, S. 968.

Würdigkeitsausweise

zur Fortdauer von Stipendien und Collegiengeldsbefreiungen.

S. Stipendien u. Befreiungen.

Zahnärztliche Praxis.

Bestimmungen hins. der Zahnärzte, S. 454.

Zeugnisse

über Colloquien, S. 125 u. 359.

Stempelpflicht derselben, sowie der Zeugnisse über Seminarverwendung, S. 1062.

Frequentationszeugnisse, S. 15.

Abgangszeugnisse, S. 17, 48, 145, 269, 337, 612 u. 669;

über theoret. Staatsprüfungen, S. 947.

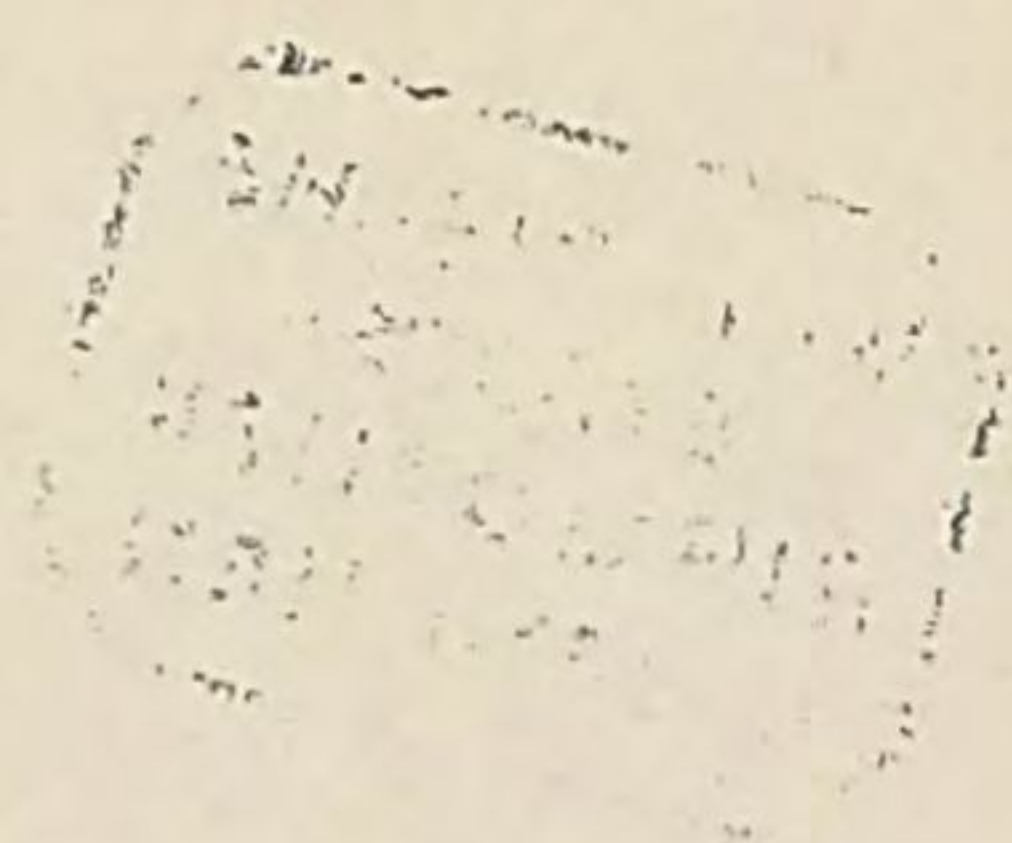
Zoologische Versuchsstation in Triest.Instruction für den Inspector, S. 1056
Bestimmungen über die Benutzung, S. 1057.**Zurückstellung des Collegiengeldes**

bei späterer Befreiung, S. 51.

Zwischenräumezwischen den strengen Prüfungen.
Siehe Rigorosen.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN



Sammlung der für die österreichischen Universitäten giltigen Gesetze und
Verordnungen

Bd.: 2

1885

H.lit.p. 344 bkm-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11616925-8